

**Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
München**

**Bundeswehr und Ausrüstung: Die Beschaffung der Fahrzeugfamilien
des Kampfpanzers LEOPARD 1 und des Schützenpanzers MARDER
in den 1960er Jahren im Spannungsfeld zwischen Politik, Bundeswehr
und Rüstungsindustrie**

**vorgelegt von
Thomas Haslinger, M.A.
aus Landshut**

2015

Danksagung

Gewidmet

**meinem Doktorvater Professor em. Dr. Dr. h.c. mult. Horst Möller für seinen Rat,
meinen Eltern Erich und Sieglinde für ihre jahrelange Unterstützung,
meiner Verlobten Karina für ihr unendliches Verständnis.**

Ohne sie wäre diese Dissertation nicht möglich gewesen.

Landshut, Juli 2015

Thomas Haslinger

Erstgutachter: Professor em. Dr. Dr. h.c. mult. Horst Möller

Zweitgutachter: Professor Dr. Thomas Raithel

Datum der mündlichen Prüfung: 06.07.2015

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	... 5
II.	Die deutsche Verteidigungskonzeption im Kalten Krieg und die besondere Rolle der schweren Kettenfahrzeuge	... 25
II.1	Die NATO-Strategie im Wandel - Die Abkehr von „massive retaliation“ und das Konzept der „flexible response“ - wachsende Bedeutung von gepanzerten Kampfverbänden	... 25
II.2	Die verteidigungspolitischen Überlegungen in der frühen Bundesrepublik	... 33
II.3	Strategische Pläne des deutschen Militärs – die Rolle der gepanzerte Truppen	... 45
II.4	Die militärischen Anforderungen an die Fahrzeugfamilien von LEO-PARD 1 und MARDER auf Grundlage der deutschen Verteidigungskonzeption	... 72
III.	Die Fahrzeugfamilien LEOPARD 1 und MARDER – Initiationsprojekte der neuen deutschen Rüstungsindustrie?	... 88
III.1	Rüstungspolitik und -industrie bis Ende der fünfziger Jahre im Zeichen der Hochkonjunktur – kein Bedarf an schwerer Rüstungsgüterproduktion?	... 88
III.2	Neuaufbau der deutschen Rüstungsindustrie für schwere Waffen und die „Qualitätsarmee“ – die neuen deutschen Fahrzeugfamilien	... 99
III.3	Gemeinsame Rüstungsentwicklung – bi- und trilaterale Kooperation: der LEOPARD 1 und der Kampfpanzer 70	... 120
III.4	Die Bedeutung der Rüstungssparte in der deutschen Gesamtwirtschaft regionale Schwerpunkte am Beispiel Bayern	... 142

IV.	Lernen aus den Fehlern der Vergangenheit? Das Beschaffungswesen der Bundeswehr und ihre Veränderung bei LEOPARD 1 und MARDER	... 148
IV.1	Die Organisation der Rüstungsgüterbeschaffung im Bundes- verteidigungsministerium in den fünfziger und sechziger Jahren	... 148
IV.2	Veränderungen im Beschaffungsprozess der Bundeswehr und die Einsetzung von Generalunternehmern bei neuen Rüstungsprojekten	... 154
IV.3	Krauss-Maffei und die Produktion der LEOPARD-Familie	... 160
IV.4	Rheinstahl-Henschel und die Produktion der MARDER-Familie	... 184
V.	Die Vergabe der Rüstungsaufträge für LEOPARD 1 und MARDER im Spiegel der verschiedenen Interessen	... 202
V.1	Die Rolle des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages	... 202
V.2	Regional- und wirtschaftspolitische Aspekte – Versuche politischer Einflussnahme auf die Auftragsvergabe	... 231
V.3	Harte Bandagen – Kampf um Einfluss und Posten innerhalb von Ministerialbürokratie und Offizierskorps	... 237
V.4	Mit allen Mitteln - Rüstungsunternehmen im Kampf um die größten Heeresprojekte der 1960er Jahre und die personellen Ver- bindungen zwischen Politik, Industrie und Ministerium	... 246
V.5	Objektive Entscheidung? Der Prozess um die Auftragsvergabe im Bundesministerium der Verteidigung	... 278
VI.	Fazit	... 304
VII.	Quellen- und Literaturverzeichnis	... 313
VII.1	Ungedruckte Quellen	... 313
VII.2	Veröffentlichte Quellen	... 324
VII.3	Literatur	... 334

I. Einleitung

Die Beschaffung von Rüstungsgütern in der Bundesrepublik Deutschland war seit der Gründung der Bundeswehr 1955 bis heute immer dann in der Öffentlichkeit ein Thema, wenn mit ihr zeitliche Verzögerungen einhergingen oder qualitative Mängel bzw. illegale Aspekte eine vermeintliche oder tatsächliche Rolle spielten. Als herausgehobene Beispiele seien hier stellvertretend die Vorgänge rund um den Schützenpanzer HS-30 oder den Kampffjet Starfighter F-104G und in neuester Zeit um die Anschaffung des Eurofighter oder des Airbus A400 M genannt, die auch durch die mediale Berichterstattung weiten Bevölkerungsteilen bekannt wurden.¹ Die Kritik an der Auswahl der Waffensysteme und an den Verträgen war stets größer, als beispielsweise das Verständnis für die Tatsache, dass die sehr schnelle Zuführung von 867 Starfightern die junge Luftwaffe und die Luftstreitkräfte der Marine an ihre personellen und technischen Grenzen brachte und viele Probleme nicht zuletzt aus diesen Gründen auftraten.²

In der Regel werden rüstungs- und wehrtechnische Probleme fast nur in kleinen Kreisen von Experten aus Politik, Wirtschaft, Entwicklung und Journalismus diskutiert.³ Verteidigungsfragen stoßen in Westeuropa, speziell in Deutschland, auf ein eher geringes Interesse.⁴ Auch die in vielen Ländern stark polarisierende Frage, ob es einen nationalen militärisch-industriellen Komplex gibt, fand und findet bis heute in Deutschland kaum Beachtung.⁵

Dabei handelt sich bei der Beschaffung von Rüstungsgütern um ein hochkomplexes und interessantes Thema, das viele verschiedene Politikfelder betrifft. Originär ist sie natürlich dazu da, durch Rüstungsbehörden die Streitkräfte eines Landes mit entsprechenden Waffen und Fahrzeugen auszustatten und so die Verteidigung seiner Integrität nach außen durch Abschreckung oder Kriegsführung sicherzustellen.⁶ Zudem muss aber

1 Vgl. Peter Barth, Rüstung und Öffentlichkeit in den fünfziger und sechziger Jahren - Das Beispiel HS 30, in: Dülffer, Jost (Hrsg.): Parlamentarische und öffentlich Kontrolle von Rüstung in Deutschland 1700-1970, Düsseldorf 1992, S. 219-240, hier: S. 219; zur Aufarbeitung der Vorgänge rund um den HS-30 im Bundestag und in den Medien vgl. ausf. Dieter H. Kollmer, Rüstungsgüterbeschaffung in der Aufbauphase der Bundeswehr. Der Schützenpanzer HS 30 als Fallbeispiel 1953-1961 (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Band 93), Stuttgart 2002, S. 250-262.

2 Vgl. Hans-Günter Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland (Die Bundeswehr. Eine Gesamtdarstellung Band 10), Regensburg 1978, S. 29.

3 Vgl. ebd., S. 30.

4 Vgl. Bruno J. Köppl, Rüstungsmanagement und Verteidigungsfähigkeit der NATO. Probleme des multinationalen Rüstungsmanagement und deren Auswirkungen auf die Verteidigungsfähigkeit der NATO-Staaten unter dem Aspekt der wachsenden sowjetischen Bedrohung (Staatswissenschaften Band 2), Straubing und München 1979, S. 6.

5 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 30.

6 Vgl. Dieter H. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“ Die materielle Aufrüstung des Heeres von den An-

vielen weiteren Aspekten Rechnung getragen werden. Die Ausstattung ist an Art und Ausmaß der gegnerischen Bedrohung genauso gebunden, wie an den Auftrag der eigenen Streitkräfte, völkerrechtliche Einschränkungen bei bestimmten Waffengattungen, die technologischen bzw. industriellen Ressourcen im In- und Ausland und nicht zuletzt an den Etat eines Staates.⁷

Wenn ein Land eine eigene Rüstungsindustrie aufbauen oder erhalten will, dann ist die Leistungsfähigkeit und vor allem -bereitschaft der einheimischen Industrie und ihrer Lenker dabei ein entscheidender Faktor. Ohne sie miteinzubeziehen ist ein solches Unterfangen schwerlich durchzuführen.⁸

Betrachtet man den Bereich der Rüstung wird aber ein anderer Aspekt ebenfalls recht schnell deutlich: Auch wenn private Unternehmen Rüstungsgüter produzieren - der Markt für solches Material ist kein freier. „Die Herstellung von Rüstung und anderen militärischen Ausrüstungen zeichnet sich gegenüber der für zivile Zwecke bestimmten Warenproduktion dadurch besonders aus, daß sie stark politisiert ist.“⁹ Denn „die konjunkturelle Entwicklung der Rüstungsindustrie ist durch eine fast ausschließlich staatliche, also politisch bestimmte Nachfrage für Rüstungswaren geprägt.“¹⁰

Ein Staat verfolgt aber im Bereich des Rüstungs- und Beschaffungswesens nicht nur die Ausstattung seiner Streitkräfte mit angemessener Bewaffnung. Andere Politikfelder stehen mit dem originären Grund oftmals im Wettstreit und überlagern ihn häufig. Denn Ausgaben für Rüstung sind nicht nur in der Sicherheits- und Verteidigungs-, sondern genauso in der Wirtschafts-, Finanz-, Innen-, Sozial-, Bündnis-, Außen- und Forschungspolitik eine relevante Größe. Diese sekundären Aspekte der Rüstung mögen staatspolitisch legitim erscheinen, können aber dem eigentlichen Ziel durchaus entgegenstehen.¹¹

fängen bis Ende der sechziger Jahre, in: Hammerich, Helmut R. / ders. / Rink, Martin / Schlaffer, Rudolf / Poppe, Michael (Hrsg.): Das Heer 1950 bis 1970. Konzeption, Organisation und Aufstellung (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 3), München 2006, S. 487-614, hier: S. 493

7 Vgl. Hans-Günter Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen und ihr Einfluß auf die Rüstung der Bundesrepublik Deutschland, in: Benecke, Theodor / Schöner, Günther (Hrsg.): Wehrtechnik für Verteidigung, Bundeswehr und Industrie - 25 Jahre Partner für den Frieden (1956-1981), Koblenz 1984, S. 13-47, hier: S. 13f.

8 Vgl. Barth, Rüstung und Öffentlichkeit, S. 224 u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 493.

9 Jo Rodejohann, Die Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg in die Krise, Frankfurt am Main 1985, S. 2.

10 Ebd.

11 Vgl. Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 14; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 493 u. 614; ders., Zwischen Zahlenbilanzüberschuss und Skalenerträgen: Deutsche Interessen in den Anfangsjahren der deutsch-französischen Rüstungskooperation von 1953 bis 1972, in: Echternkamp, Jörg / Martens, Stefan (Hrsg.): Militär in Deutschland und Frankreich 1870-2010. Vergleich, Verflechtung und Wahrnehmung zwischen Konflikt und Kooperation, Paderborn u.a. 2012, S.

Nicht nur in der Öffentlichkeit ist das spannende und diffizile Thema Rüstung/Rüstungsbeschaffung wenig präsent. Auch in der Geschichtswissenschaft im Allgemeinen und der Militärgeschichtsschreibung im Besonderen wird ihm wenig Beachtung geschenkt und selbst wenn darüber geforscht wird, dann lediglich aus einer sehr technikgeschichtlichen Warte heraus. Politische und strukturelle Entscheidungsprozesse sind sehr selten Gegenstand der Untersuchung.¹² Dabei wäre die ökonomisch-strukturgeschichtliche Einordnung in den volkswirtschaftlichen, organisatorischen und gesamthistorischen Kontext ein guter Zugang, um diese Prozesse nachzuzeichnen. Dadurch können die Rahmenbedingungen und Handlungsoptionen bei einer Entscheidung analysiert und bewertet werden.¹³

Eine umfassende Beleuchtung eines Rüstungsprojektes aus Sicht verschiedener politischer, wirtschaftlicher und militärischer Akteure in Verbindung mit einer Einbettung in den historischen Kontext ist bis heute nicht existent. Dieses Desiderat der Forschung soll mit der vorliegenden Dissertation am Beispiel der Beschaffung der Fahrzeugfamilien des Kampfpanzers LEOPARD 1 und des Schützenpanzers MARDER in den 1960er Jahren im Spannungsfeld zwischen Politik, Bundeswehr und Rüstungsindustrie geschlossen werden.

Ich greife dabei als Grundlage auf meine unveröffentlichte Magisterarbeit zurück. Überall dort, wo Passagen daraus unverändert übernommen wurden, sind diese gekennzeichnet.¹⁴

Die Magisterarbeit wurde jedoch an einigen Stellen entscheidend weiterentwickelt. Zum einen habe ich den Untersuchungsgegenstand vom Kampfpanzer LEOPARD 1 auf den Schützenpanzer MARDER und die kompletten Fahrzeugfamilien beider Waffenträger ausgedehnt. Auch wenn der Zeitrahmen sich durch die Auslieferung mancher Fahrzeugtypen bis in die 1970er Jahre zieht, wurden die Entscheidungen dafür dennoch in den 1960er Jahren getroffen.

Zum anderen konnte ich mit der viel breiteren Quellenbasis durch die Auswertung der unveröffentlichten Akten des Bundesministeriums der Verteidigung insbesondere die

159-173, hier: S. 161.

12 Vgl. Dieter H. Kollmer, „Nun siegt mal schön!“ Aber womit? Die Aufrüstung des Heeres der Bundeswehr 1953 bis 1972, in: Nögler, Frank (Hrsg.): Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden - Einsichten - Perspektiven (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 7), München 2007, S. 397-415, hier: S. 398.

13 Vgl. ebd., S. 399.

14 Vgl. Thomas Haslinger, Verteidigungspolitik und Ausrüstung: Die Beschaffung des LEOPARD 1 im Spannungsfeld zwischen Bundeswehr, Politik und Rüstungsindustrie (unveröffentlichte Magisterarbeit an der Ludwig-Maximilians Universität), München 2012.

Bedeutung der Ministerialbürokratie für die Vorgänge rund um die Beschaffung der beiden Kampffahrzeugfamilien herausarbeiten und die komplexen Wechselbeziehungen zwischen politischen Akteuren, Ministerialbeamten und Wirtschaftsvertretern tiefgehend analysieren. Auch die Anzahl der veröffentlichten Quellen habe ich unter anderem durch die vollständige Durchsicht des SPIEGELS und aller wichtigen militärischen Fachzeit-Schriften bis in die 1970er Jahre hinein deutlich erweitern können.

Die Beschaffung von LEOPARD 1 und MARDER sowie ihrer Fahrzeugfamilien ist in der Rüstungsgeschichte der Bundesrepublik eine seltene Erfolgsgeschichte. Weder war sie Gegenstand von Skandalen noch von negativer Konnotation in der breiten Öffentlichkeit. Es sind die ersten größeren Rüstungsprojekte nach dem Zweiten Weltkrieg, die von der heimischen Rüstungsindustrie in Eigenregie und zum Großteil im eigenen Land hergestellt wurden. Alle Fahrzeuge auf Grundlage des LEOPARD 1- und des MARDER-Chassis wurden von der Bundeswehr weitgehend ohne Komplikationen und vor allem ohne große zeitliche Verzögerung eingeführt.

Die vorliegende Dissertation soll im Zusammenhang mit der Beschaffung der beiden Fahrzeuge sowie ihrer Abarten folgende acht Fragen klären:

1. Begünstigten NATO-Strategie und die Überlegungen der militärischen und politischen Führung der Bundesrepublik die Einführung von LEOPARD 1 und MARDER?
2. Welche Gründe führten dazu, dass die deutsche Industrie mit den beiden Fahrzeugplattformen das erste vollständig in Deutschland entwickelte und produzierte Rüstungsprogramm nach dem Zweiten Weltkrieg auflegte?
3. Welche Maßnahmen ergriff das Verteidigungsministerium nach dem Debakel um die Beschaffung des Schützenpanzers HS-30 für die Zukunft, um Heeresrüstungsprojekte schneller, effizienter und vor allem kostengünstiger umzusetzen?

Über diese drei Fragen hinaus gibt es aber Aspekte im Rahmen dieser Rüstungsprojekte, die wesentlich schwerer zu erkennen sind, jedoch viel über die vielfältigen Interdependenzen zwischen Abgeordneten und Ministern, Ministerialbürokratie und der deutschen Industrie aussagen. Konkret geht es im Rahmen dieser Arbeit dabei um folgende Punkte:

4. In welchem Verhältnis standen Parlament, in diesem Fall Verteidigungsausschuss, und Ministerialbürokratie bzw. Ministerium bei den Vorgängen rund um LEOPARD 1 und MARDER? Wie war der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren, gab es einen Wissensvorsprung einer Seite?

5. Inwieweit versuchten Politiker auf die Entscheidung des Ministeriums bei der Auftragsvergabe Einfluss zu nehmen?
6. Versuchten Industrieunternehmen die Vergabe der Rüstungsaufträge LEOPARD 1 und MARDER zu beeinflussen und wenn ja auf welche Weise?
7. In welcher Form gab es personelle Verquickungen zwischen Industrie, Politik und Ministerialbürokratie? Waren diese Verbindungen in der Öffentlichkeit bekannt?
8. Welche Aspekte waren für das Bundesministerium der Verteidigung beim Vergabeverfahren bzw. bei der Entscheidung für ein Unternehmen ausschlaggebend und wie war der Weg der Entscheidungsfindung? Führten einige der in den Fragen vier bis sieben zu untersuchenden Aspekte tatsächlich zu einer Beeinflussung des Vergabeverfahrens und wenn ja warum?

Ziel dieser Dissertation ist es, durch die Beantwortung der oben gestellten Fragen die Beschaffung der beiden Großprojekte aus militärstrategischer und -technischer Sicht genauso umfassend zu beleuchten, wie aus industrie- und wirtschaftspolitischer Perspektive. In Verbindung mit der Untersuchung der Aktivitäten von Politik, Wirtschaft und Ministerialbeamten im Vorfeld der Vergabe wird die Arbeit einen bisher einmaligen Einblick in den Ablauf und die Interdependenzen von Rüstungsprojekten des deutschen Heeres in den 1960er Jahren geben, weil wie bereits beschrieben, bis dato die moderne Militärgeschichtsschreibung das Thema Rüstungswirtschaft und Material meistens außen vor lässt.¹⁵

Die Arbeit beginnt zunächst mit der Analyse der militär- und sicherheitspolitischen Lage in den 1950er und 1960er Jahren, um die strategische Ausrichtung von NATO und Bundeswehr zu untersuchen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die deutsche Verteidigungspolitik durch das Bündnissystem der NATO mit den europäischen Staaten und den USA untrennbar verknüpft, außenpolitische Souveränität nicht vorhanden.¹⁶ Allein schon ökonomische Gründe machten deutlich, dass die Sicherheit der einzelnen Staaten nur durch internationale Kooperation zu gewährleisten war. Daher beeinflussten NATO-Entscheidungen, wie der Strategiewechsel von massiver Vergeltung bis hin zur flexiblen Antwort, die Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr in hohem Maße. Das neue Konzept der flexible response brachte es mit sich, dass den NATO-Streitkräften neben taktischen und strategischen Atomwaffen auch hochentwickelte konventionelle Waffensysteme wie Kampf-, Jagdpanzer und Schützenpanzer sowie Mehrfach-

¹⁵ Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 487.

¹⁶ Vgl. ders., Zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 161.

raketenwerfer zur Verfügung stehen mussten.¹⁷ So war die Anschaffung des deutschen Kampfpanzers LEOPARD 1 und des Schützenpanzers MARDER inklusive ihrer Fahrzeugfamilien durch die Rolle der gepanzerten Verbände in der offiziellen Bündnisstrategie determiniert.¹⁸ In einem ersten Punkt (Kap. II.1) soll dem Rechnung getragen und die Veränderungen in der NATO-Strategie dargestellt werden.

Obwohl die NATO-Strategie den sicherheitspolitischen Rahmen bildete, waren die politischen und militärischen Akteure vor Ort diejenigen, die letztendlich über die Beschaffung eines Waffensystems entschieden. Ausgehend von der Rolle der Bundeswehr in der NATO, ihrem Auftrag und der Beurteilung der Fähigkeiten des Feindes,¹⁹ wird in Kapitel II.2 bzw. Kapitel II.3 herausgearbeitet, welche sicherheitspolitischen Vorstellungen die deutsche Politik und die militärischen Führungsebenen hatten. Ferner soll untersucht werden, welche Rolle sie den gepanzerten Truppen bzw. dem Kampfpanzer in einem, möglicherweise atomar geführten, Gefecht geben wollten. Nicht zu vergessen ist die Tatsache, dass das Kampfwagenprogramm in direktem Zusammenhang mit Gegner im Osten und der allgemeinen Situation des Kalten Krieges stand. Allein in der sowjetischen Besatzungszone standen circa 7500 Kampfpanzer mit einer permanenten Solleinsatzstärke von 90 Prozent und mit hohem Ausbildungsgrad bereit.²⁰ Nur mit einem Blick auf all diese Determinanten lässt sich feststellen, wie groß die Bereitschaft für die Beschaffung eines Waffensystems wie dem LEOPARD 1 oder dem MARDER auf politischer und militärischer Ebene war.

Aus der politischen Gesamtstrategie und den konkreten Überlegungen der obersten Militärischen Führung kann man die Anforderungen für die einzelnen Waffensysteme ableiten. Im vierten Abschnitt (II.4) soll daher darauf eingegangen werden, welche Ansprüche von Seiten der Bundeswehr an MARDER und LEOPARD 1 sowie ihre Fahrzeugfamilien gestellt und inwieweit diese Forderungen umgesetzt wurden.

Nach den militärstrategischen Voraussetzungen kommen die politischen Weichenstellungen in Deutschland für den Bereich Rüstung und mögliche Veränderungen im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre zur Sprache, die zum Gelingen des LEOPARD

17 Vgl. ders., „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 600.

18 Vgl. Gerhard Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik (Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr Band 3), Witten - Berlin 1966, S. 57f; Kollmer „Nun siegt mal schön!“, S. 401.

19 Zu Berücksichtigen sind bei Rüstungsentscheidungen auch völkerrechtliche Einschränkungen für bestimmte Waffengattungen, technologische und industrielle Ressourcen im In- und Ausland und der Etat der Streitkräfte. Diese Faktoren spielen aber auf der rein militärischen Ebene eine untergeordnete Rolle. Vgl. dazu Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 13.

20 Vgl. Das Kampfwagenprogramm der Bundeswehr, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 10 (1963), S. 385-388, hier: S. 385.

1-Projektes beigetragen haben könnten. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Rüstungsindustrie starken Beschränkungen unterworfen. Selbst nach dem WEU-Vertrag gab es große Einschnitte, beispielsweise beim U-Boot-Bau. Nur Boote mit weniger als 450 Tonnen Verdrängung durften unbeschränkt gebaut werden, zusätzlich sechs mit 1000 Tonnen für die Bundesmarine. Die Werften waren folglich international vom Wettbewerb abgeschnitten, obwohl sie bis 1945 technisch führend waren.²¹

Mit der Verschärfung des Kalten Krieges änderte sich aber die politische Großwetterlage. Ein Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland wurde vom Westen nun ausdrücklich erwünscht. Die Ausrüstung des Heeres war ein Mammutprojekt. Aus dem Nichts sollte ein Hauptteil der konventionellen Streitkräfte Europas entstehen.²² Zunächst war die Bundeswehr dabei völlig von den Rüstungshilfen der Bündnisstaaten abhängig. Erst nach und nach entstanden in einigen Bereichen punktuelle Kapazitäten, bis in den 1960er Jahren eine eigene breitere rüstungswirtschaftliche Basis existierte.²³

Zunächst soll die Lage nach dem Neuaufbau der Streitkräfte bis Ende der fünfziger Jahre kurz dargelegt werden (Kap. III.1). Auch wenn Rüstungsvorhaben generell nicht nur Teil der Sicherheitspolitik sind, sondern auch außen-, wirtschafts-, oder regionalpolitische Aspekte besitzen, gilt das für die fünfziger Jahre in Deutschland unter der Regierung Adenauer in besonderem Maße. Das stand einer adäquaten Ausrüstung der Bundeswehr häufig im Wege, bzw. führte dazu, dass diese in der Anfangsphase nicht einmal den Mindestanforderungen entsprach. Als Beispiele sind hier der Schützenpanzer HS-30 und die Bestellung von Großkalibermunition aus der Türkei in den Jahren 1956 und 1957 zu nennen. Auch beim Erwerb von LEOPARD 1 Panzern durch Belgien in den 1960er Jahren waren internationale Kompensationsgeschäfte ein wichtiger Punkt der Verhandlungen.²⁴

Gleichwohl die militärische Führung die Beschaffung von Rüstungsgütern für die Bundeswehr aus dem Ausland sehr kritisch begleitete und generell den Einsatz von

21 Vgl. Friedrich Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 1 (1969), S. 19-24, hier: S. 21.

22 Vgl. Kollmer, „Nun siegt mal schön!“, S. 397.

23 Vgl. Bruno Thoß, Einführung, in: Hammerich, Helmut R. / Kollmer, Dieter H. / Rink, Martin / Schlaffer, Rudolf / Poppe, Michael (Hrsg.): Das Heer 1950 bis 1970. Konzeption, Organisation und Aufstellung (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 3), München 2006, S. 1-15, hier: S. 13.

24 Vgl. Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 14; Christoph Grams, Transatlantische Rüstungskooperation, Bedingungsfaktoren und Strukturen im Wandel (1990-2005), Baden-Baden 2007, S. 96; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 493f u. 608; ders., „Nun siegt mal schön!“, S. 397 u. 401; Leopard-Export, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 12 (1967), S. 619.

Rüstungsaufträgen als Konjunkturmittel ablehnte,²⁵ gilt die Aussage von Friedrich Zimmermann nach wie vor, nach der sich das Militär in der Bundesrepublik Deutschland seit Gründung 1949 zu richten hatte: „Auch die Bundeswehr lebt nicht im luftleeren Raum. Sie muß sich einfügen in das budgetmäßig und volkswirtschaftlich Verkraftbare und das wirtschaftspolitisch Wünschbare.“²⁶

War in den 1950er Jahren der Rahmen im Bereich der deutschen Rüstungsindustrie noch relativ eng gesteckt, veränderte sich die Situation Anfang der 1960er Jahre grundlegend. Nachdem Theodor Blank als Verteidigungsminister der Bundesrepublik durch Franz Josef Strauß abgelöst wurde, veränderte sich die Beschaffungspolitik der Bundeswehr in einigen Punkten gravierend. Während gerade bei der Aufrüstung der Luftwaffe aufgrund mangelnder eigener Expertise insbesondere mit den Vereinigten Staaten und Frankreich eng zusammengearbeitet wurde, griff man bei der Heeresrüstung vermehrt auf die vielfältigen Erfahrungen der heimischen Industrie beim Bau von gepanzerten Fahrzeugen zurück.

Das von Strauß entwickelte Konzept der Qualitätsarmee beinhaltete in diesem Zusammenhang neben einem verlangsamten Aufwuchs der Streitkräfte und der Ausrüstung der Bundeswehr für ein mögliches atomares Gefechtsszenario die bewusste Förderung der deutschen Rüstungsindustrie und damit von einheimischen Waffensystemen, wie LEOPARD 1 und MARDER. Das Kampfwagenprogramm war das erste große Projekt, welches in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt und dann auch beschafft wurde.²⁷

Der Hauptschriftleiter der WEHRTECHNISCHEN MONATSFESTE und Generalleutnant a.D., Erich Schneider, fasste 1967 diese Entwicklung nicht ohne Stolz zusammen: „Das wichtigste [...] Kampfinstrument des Heeres, der Leopard, ist [...] das Ergebnis einer deutschen Konstruktion und Produktion.“²⁸ Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, werden das Konzept der Qualitätsarmee und das Umschwenken bei der Heeresrüstung auf eigene Industriekapazitäten in Kapitel III.2 beleuchtet.

Die deutsche Rüstungsindustrie hatte in der Geschichte der Bundesrepublik zu allen Zeiten einen relativ geringen Anteil an der Gesamtwirtschaftsleistung. Zunächst weil ihr die Produktion verboten wurde, später weil sie im Kontext einer starken und dynami-

25 Vgl. Werner Classen, Rüstungsausgaben und Wirtschaftsentwicklung. Eine Untersuchung des rüstungswirtschaftlichen Einflusses auf Produktion, Einkommen und Beschäftigung, Tübingen 1971, S. 140.

26 Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 24.

27 Vgl. Das Kampfwagenprogramm der Bundeswehr, S. 385.

28 Erich Schneider, Der neue Bundesverteidigungsminister und seine Probleme, in WEHRTECHNISCHE MONATSFESTE 1 (1967), S. 1-7, hier: S. 5.

schen zivilen Produktion nicht in großem Maße als Konjunkturspritze benötigt wurde. Dennoch spielte und spielt die Rüstungsindustrie bis heute für gewisse Branchen und in einigen Regionen gerade in wirtschaftlich schwierigen Phasen eine wesentlich größere Rolle, als es die nackten Statistiken widergeben können.

Wenn man die geostrategische Lage der Bundesrepublik und die neuen Gefechtsfeldszenarien der Nachkriegszeit ansieht, hätte Westdeutschland auf Rüstungsproduktion auch gänzlich verzichten können. Dies wiederum wäre aber dem Konzept einer Qualitätsarmee und einer eigenen rüstungsindustriellen Basis zuwidergelaufen und hätte darüber hinaus Verzicht an einer Teilhabe der Rüstung im Bündnis bedeutet. Hamburg, Kiel und Kassel wurden deshalb und auch aus regional- und strukturpolitischen Gründen wieder zu wichtigen Standorten der Rüstungsindustrie.²⁹

In Bayern war die Ansiedlung von Industrie aus dem militärischen Bereich fester Bestandteil der Politik der Staatsregierung in den 1960er Jahren und gerade hier sowie im Norden der Bundesrepublik für die kränkelnde Werftindustrie ein Rettungsanker in konjunkturellen Krisensituationen. Welche Bedeutung die Vergabe der Aufträge von LEOPARD 1 und MARDER für die regionale Wirtschaftsförderung hatten, wird in einem eigenen Abschnitt II.3 herausgearbeitet.

Obwohl die Produktion des LEOPARD 1 ein Erfolg der deutschen Rüstungsindustrie war, liegen seine Wurzeln in einer bi- bzw. trilateralen Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland bzw. Frankreich, Italien und Deutschland.³⁰ Auf der Grundlage einer gemeinsamen Panzerkonzeption der militärischen Führung und der bereits beschriebenen Einsicht, dass aus ökonomischen und sicherheitspolitischen Gründen eine Zusammenarbeit auf dem Sektor der Rüstung anzustreben sei, versuchten die drei Länder zunächst einen gemeinsamen Panzer zu entwickeln. „Meinungsverschiedenheiten technisch-konstruktiver, wie auch politischer Art, beendeten die Kooperation mit Frankreich.“³¹

Die gescheiterte Zusammenarbeit bei der Einführung eines europäischen Standardpanzers war nicht der einzige Versuch einer gemeinsamen Entwicklung eines Kampfpanzers. Bereits während der Einführung des LEOPARD 1 in die Verbände des

29 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 25. Eine zweite mögliche Variante beim Wiederaufbau einer eigenen deutschen Rüstungsindustrie, die Verlegung aller Rüstungsproduktion westlich des Rheins und unter Tage wurde nicht realisiert. Wahrscheinlich wäre es zu teuer gewesen, alle Fertigungsstätten zu demontieren und neu aufzubauen. Außerdem scheute man wohl aus politischen und psychologischen Gründen davor zurück. Vgl. dazu ebd., S. 26.

30 Vgl. Frank Lobitz, Kampfpanzer Leopard 1 in der Bundeswehr. Band 1 - Frühe Jahre, Erlangen 2006, S. 2.

31 Ebd., S. 3.

deutschen Heeres gab es erste Überlegungen für den Bau eines Panzers in deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit, des MBT 70, zu deutsch des Hauptkampfpanzers 70. Anfangs mit großer Euphorie und modernen Managementmethoden begonnen, scheiterte dieses Projekt ebenso an den unterschiedlichen technischen Auffassungen und politischen Notwendigkeiten in den beiden beteiligten Staaten. Sie verwendeten aber jeweils Teile der Kooperation für ihre nationalen Kampfpanzer, den M1 ABRAMS und den LEOPARD 2, genauso wie zuvor die Franzosen für ihren AMX 30 und die Deutschen für ihren LEOPARD 1. Die Vorgänge rund um die beiden internationalen Kooperationen und ihre Bedeutung bei der Beschaffung des LEOPARD 1 sind Gegenstand des Kapitels III.4.

Für die Anschaffung eines Waffensystems der Bundeswehr war in den 1960er Jahren das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) zuständig. Der Vorgang der Beschaffung ist Gegenstand des nächsten Abschnittes, in dem als Leitlinie die Frage erörtert wird, ob der relativ reibungslose Beschaffungsvorgang bei LEOPARD 1- und MARDER-Familie das Ergebnis eines Lernprozesses war, den das Bundesverteidigungsministerium und seine Dienststellen nach dem Debakel um die Beschaffung des Schützenpanzers HS-30 durchmachte.³² Zunächst wird das ursprüngliche Konzept der Bundeswehrbeschaffung bis zur Zeit nach dem Kauf des Schützenpanzers HS-30 geschildert (Kap. IV.1).

Danach sollen in einem zweiten Kapitel die Veränderungen zur Sprache kommen, die als Reaktion auf die Beschaffungen der ersten Bundeswehrjahre unter Verteidigungsminister Theodor Blank vorgenommen wurden (Kap. IV.2). Insbesondere die erstmalige Vergabe einer Generalunternehmerschaft im Falle des LEOPARD 1 und des Jagdpanzers KANONE für ein Projekt und die Auswirkungen eines alleinigen verantwortlichen Betriebs für die Beschaffung sollen erforscht werden. Dies ist insofern von Bedeutung, da, wenn man die Marine außen vor lässt, neben dem Starfighter das Kampfwagenprogramm für Standardpanzer und Kanonenjagdpanzer in technischer und finanzieller Hinsicht das aufwendigste Rüstungsprojekt der 1960er Jahre war.³³

Die konkrete Planung der jeweiligen Einzelprojekte der LEOPARD 1-Familie wird im nächsten Punkt IV.3 erläutert. Für das Großprojekt LEOPARD 1 nahm der Generalunternehmer Krauss-Maffei große Mühen auf sich, um den reibungslosen Ablauf von

³² Vgl. zur Beschaffung des Schützenpanzers HS-30 ausführlich Kollmer, Rüstungsgüterbeschaffung in der Aufbauphase der Bundeswehr. Vgl. zum Thema Lernprozess aus den Fehlern bei der Beschaffung des HS-30 ebd., S. 262f.

³³ Vgl. Das Kampfwagenprogramm der Bundeswehr, S. 385.

der Koordination der Zulieferer über die Produktion der Fahrzeuge bis hin zur Auslieferung der einzelnen Tranchen zu gewährleisten. Bis Oktober 1969 hatte Krauss-Maffei alleine 2672 LEOPARD 1 Kampfpanzer produziert, was einem Gegenwert von circa 2,7 Milliarden DM entsprach. Ungefähr 3000 Zulieferfirmen waren dabei involviert.³⁴ Dazu kamen andere Fahrzeuge der Familie oder Teilaufträge für das Chassis des Panzers.

Daran anschließend werden die gleichen Aspekte bei der Produktion der Schützenpanzerfamilie MARDER und beim Generalunternehmer Rheinstahl-Henschel durchleuchtet (Kap. IV.4). Diese weniger bekannte Fahrzeuggruppe wurde extra entwickelt, um den Panzergrenadieren und Panzerjägern ein Fahrzeug an die Hand zu geben, mit dem sie dem Kampfpanzer LEOPARD 1 im Gefecht folgen und ihn unterstützen konnten. In der Literatur führt der Schützenpanzer zu unrecht ein Schattendasein, da es weltweit wesentlich mehr Schützen- als Kampfpanzer gibt.³⁵ Auch in puncto Auftragsvolumen stand das Gesamtprogramm des MARDER der LEOPARD 1-Familie in nichts nach.

Nachdem in den Hauptkapiteln II. bis IV. die militärischen, industriepolitischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Aspekte rund um die Beschaffung der beiden deutschen Fahrzeugfamilien des Heeres zu untersuchen sind, liegt der Schwerpunkt des nächsten Abschnittes V. auf der Politik und den nichtöffentlichen Vorgängen rund um die Auftragsvergabe von LEOPARD 1 und MARDER. Anhand der Quellenlage, auf die später noch einzugehen ist, wird deutlich, dass die Vergabe des LEOPARD 1 wesentlich umkämpfter war. Sie ist durch die Aktenlage auch deutlich besser belegt als die des MARDER. Daher wird im Kapitel V. der Schwerpunkt auf dem LEOPARD 1-Projekt und hierbei insbesondere auf dem ersten Vertreter der Fahrzeugfamilie, dem Kampfpanzer, liegen.

Zunächst wird untersucht, in welchem Verhältnis der Verteidigungsausschuss und die Ministerialbürokratie des Bundesverteidigungsministeriums bzw. dessen Führungsebene standen. Dem Verteidigungsausschuss in Stellvertretung für den Bundestag kommt eine wichtige Rolle zu. Denn im Gegensatz zu einer Diktatur, ist in einem demokratischen Rechtsstaat die Beschaffung von Rüstungsgütern dem parlamentarischen Willensbildungsprozess unterworfen. Nur Gelder, die im Verteidigungshaushalt oder als Nach-

34 Vgl. Leopard ein Exportschlager, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 10 (1969), S. 528.

35 Vgl. Michael Scheibert, Schützenpanzer der NATO. Hauptwaffensysteme der Infanterie (Waffen-Arsenal Sonderband S-28), Friedberg 1993, S. 3.

trag eingestellt werden, dürfen wirklich für Rüstung ausgegeben werden.³⁶ Die Parlamentarier selbst formulierten häufig ihren Anspruch, Rüstungspolitik mitzugestalten, wie der CSU-Verteidigungspolitiker und spätere Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann: „Die Rüstungspolitik ist zu wichtig, als daß man sie den technischen und militärischen Experten, oder auch der Regierung allein überlassen dürfe!“³⁷ Daher soll auf die generellen Positionen von CDU/CSU, SPD und FDP zum Ankauf der beiden Systeme für die Bundeswehr im Verteidigungsausschuss genauso eingegangen werden, wie auf den Informationsfluss zwischen Ausschuss und Ministerium (V.1).

Die Vergabe von Rüstungsaufträgen schließt wie bereits erwähnt immer auch Aspekte der Regional- und Wirtschaftspolitik ein. Wiederum Friedrich Zimmermann ist es, der daraus keinen Hehl macht: „Regierung und Parlament wären zu bedauern, wenn sie nicht mit diesen Staatsaufträgen von jährlich DM 5 Mrd. zugleich auch andere politische Zielsetzungen anstreben würden.“³⁸ Daher werden in Punkt V.2 die vielfältigen Versuche der Parteien und Politiker, von der Kommunalpolitik über die Landesregierungen bis hin zur Bundesebene, unter die Lupe genommen, Einfluss auf die Entscheidungen des Verteidigungsministeriums zu nehmen. Sowohl die kriselnde Werftindustrie in Norddeutschland als auch die bayerischen Politiker bemühten sich massiv darum, für die jeweiligen Unternehmen ihrer Bundesländer Vorteile zu ergattern. Wen sie dabei kontaktierten und inwiefern ihre Versuche Anklang fanden, soll ebenfalls her-ausgearbeitet werden.

Im Nachgang wird im Punkt V.3 durchleuchtet, inwieweit personelle Verquickungen zwischen Politik, Industrie und Militär existierten bzw. ob sie im Rahmen des Vergabeprozesses von der einen oder anderen Seite aktiv genutzt wurden. Gerade die Person des CDU- bzw. CSU-Bundestagsabgeordneten, CSU-Schatzmeisters und Flick-Generalbevollmächtigten Wolfgang Pohle wird dabei Erwähnung finden.

Nicht nur die Politik, sondern auch die Industrieunternehmen selbst taten natürlich alles, um im Vorfeld der Entscheidung einen Vorsprung vor den jeweiligen Konkurrenten zu erlangen. Dabei konnte auch die Situation entstehen, dass sich zwei Firmen zusammenschlossen, um einen dritten Konkurrenten auszusteichen. Kapitel V.4 widmet sich daher den wechselseitigen Kontakten, den Hintergrundgesprächen und Abmachungen der Unternehmen untereinander sowie mit dem Bundesministerium der Verteidigung.

Im letzten Kapitel des Hauptteils (V.5) werden die Entscheidungsgrundlagen und

36 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 494.

37 Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 24.

38 Ebd.

Anforderungen für die Generalunternehmerschaft im Rahmen der Auftragsvergabe durch das Bundesministerium der Verteidigung ergründet und der Weg bis zur Entscheidungsfindung dargestellt. Dabei soll auch der Konnex mit den Erkenntnissen der vorherigen Punkte V.I bis V.4 hergestellt werden. Konkreter gesagt: Welche Einflussfaktoren wurden bei der endgültigen Auftragsvergabe stärker gewichtet, welche weniger und waren Versuche einer Beeinflussung des Ministeriums von Erfolg gekrönt oder nicht und falls ja warum?

Im Fazit (VI.) sollen alle in der Einleitung aufgeworfenen Forschungsfragen noch einmal aufgegriffen und die Interdependenzen herausgearbeitet werden. Abschließend wird ein umfassender Eindruck der offiziellen wie inoffiziellen Vorgänge um die Rüstungsprojekte LEOPARD-1 und MARDER sowie ihrer Fahrzeugfamilien aus verschiedenen Blickwinkeln entstehen, der die Komplexität des Themas Rüstungsgüterbeschaffung offenlegt.

Die Quellenlage für die Erstellung der vorliegenden Arbeit war grosso modo sehr gut, für den Schützenpanzer teilweise ambivalent. Das Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg bot insbesondere für die Vorgänge rund um die Beschaffung der LEOPARD 1-Familie und in geringerem Maße für die MARDER-Familie eine Vielzahl an unveröffentlichten Quellen. So gut wie alle Unterlagen sind frei zugänglich. Die wenigen nicht einsehbaren Akten beschäftigen sich zu annähernd 100 Prozent mit technischen Details der Waffensysteme und waren somit für die Ziele dieser Arbeit zu vernachlässigen.

Die Unterlagen aus dem Bundesarchiv-Militärarchiv beleuchten insbesondere den Entscheidungsprozess im Bundesministerium bis unmittelbar vor Auftragsvergabe für den LEOPARD 1 sehr umfassend. Gerade für die wichtige Hauptabteilung W, ihre Unterabteilungen und Referate sind umfassende Aktenbestände vorhanden und von mir ausgewertet worden. Neben der internen Kommunikation des Ministeriums können durch die vorhandenen Quellen vor allem die schriftliche Korrespondenz und die geführten Gespräche mit den Industriefirmen sehr gut nachgezeichnet werden.

Auch viele Briefe und Fernschreiben von Politikern aller Couleur und aller Ebenen sind vorhanden, die auf diesem Wege versucht haben, ihren Einfluss auf die Auftragsvergabe geltend zu machen. Daneben finden sich zahlreiche Informationen über die einzelnen Unternehmen, die sich um den Auftrag für den Kampfpanzer LEOPARD 1 beim Ministerium beworben haben. Während die Quellenlage aus dem Bundesministerium der Verteidigung für den LEOPARD 1 sehr gut ist, existieren über die Schützen-

panzerfamilie wesentlich weniger Unterlagen. Das gilt sowohl für die Kommunikation innerhalb des Ministeriums wie auch für die Korrespondenz von Politikern oder Industrieunternehmen.

Der zweite große Quellenfundus, insbesondere für den Bereich des Parlaments bzw. des Verteidigungsausschusses und seinem Verhältnis zur Ministerialbürokratie, bildet das Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages in Berlin. Dort habe ich umfassende Aktenbestände des Verteidigungsausschusses und des Haushaltsausschusses eingesehen. Vor allem die Protokolle der Verteidigungsausschusssitzungen der 1960er Jahre, die mittlerweile vollständig zugänglich sind, boten mir eine Vielzahl an Quellen zum Thema Beschaffung der Kampf- und Schützenpanzerfamilien. Sie geben über die Positionen der drei damals im Bundestag vertretenen Parteien zu den beiden Rüstungsprojekten ebenso Aufschluss wie über die damalige sicherheitspolitische Gesamteinschätzung der Ausschussmitglieder und ihr militärtechnisches Detailwissen. Im Abgleich mit den Akten aus dem Bundesarchiv-Militärarchiv lassen sich außerdem Schlüsse über den Informationsgrad der Parlamentarier durch die Ministerialbürokratie des Bundesministeriums der Verteidigung ziehen.

Den dritten großen Block an unveröffentlichten Quellen bilden die Unterlagen der Firma Krauss-Maffei. Sie liegen mittlerweile im Bayerischen Wirtschaftsarchiv in München und sind ebenfalls frei zugänglich. Zahlreiche Akten belegen die rege Kontaktaufnahme der Firma mit der bayerischen Landespolitik, vor allem der CSU im Vorfeld der Auftragsvergabe durch das Ministerium, mit dem ebenso ein reger Austausch gepflegt wurde. Daneben existieren Beweise dafür, dass es zwischen den konkurrierenden Firmen bzw. zwischen mehreren Unternehmen und Vertretern des Ministeriums Treffen und Absprachen gegeben hat, die auf einen Interessenausgleich abgezielt haben.

Für die Herstellerfirmen der Schützenpanzerfamilie gestaltete sich die Quellenlage wesentlich dürftiger. Durch die Tatsache, dass keines der Unternehmen Hanomag, Henschel und Rheinstahl, die maßgeblich an der Herstellung beteiligt waren, heute noch existiert, ist es sehr schwer gewesen, an Originalunterlagen zu kommen.

Von der Firma Hanomag aus Hannover waren einige Akten über ein privat initiiertes Hanomag-Archiv zu finden, die jedoch in erster Linie technischer Natur waren und weniger die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge rund um das Schützenpanzerprogramm darstellten.

Die im heutigen ThyssenKrupp Konzernarchiv in Duisburg lagernden Bestände der

Firma Rheinstahl, in die Henschel und Hanomag aufgingen, sind wiederum hauptsächlich technischer Natur und beschäftigen sich im Schwerpunkt nicht mit den politischen Aspekten der Auftragsvergabe.

Eine Anfrage beim historischen Archiv Krupp, in dem Bestände der Atlas MaK-Kiel lagern, die ein maßgeblicher Mitbewerber von Krauss-Maffei um den LEOPARD 1 und später auch an der Produktion des Bergepanzers beteiligt war, wurde mit Verweis auf die archivischen Sperrfristen negativ beschieden. Außerdem wurde mir mitgeteilt, dass es sich nur um wenige Akten handelt, die ebenfalls vor allem technische Details enthalten.

Zwei Punkte sind festzuhalten: Erstens können die Vorgänge rund um die Beschaffung des LEOPARD 1 nahezu lückenlos dargestellt werden, da sich im Bestand des Bundesarchives-Militärarchives die Korrespondenz mit allen betroffenen Firmen erhalten hat. Ein Abgleich der Krauss-Maffei- und der Ministeriumsakten hat ergeben, dass im Bundesministerium der komplette Schriftverkehr erhalten ist, ja dass sogar noch mehr Quellen verfügbar sind, als im Firmenarchiv des Generalunternehmers.

Zweitens ist zu konstatieren, dass im Bereich der unveröffentlichten Quellen, die vor allem die nicht veröffentlichten Vorgänge um die Rüstungsaufträge beleuchten sollen, sehr wenig über die Schützenpanzerfamilie zu finden ist. Im Laufe der Dissertation werde ich darauf noch zurückkommen und abschließend im Fazit diese Tatsache entsprechend bewerten.

Als kleineren unveröffentlichten Bestand für den Bereich Bundeswehr und Ministerium habe ich den Nachlass des Journalisten Bernd C. Hesslein genutzt, der im Institut für Zeitgeschichte einsehbar ist. Eine Abfrage der politischen Stiftungen im Bezug auf mögliche Unterlagen von Spitzenpolitikern zum Thema Rüstungsaufträge LEOPARD 1- und Schützenpanzerfamilie war wenig ergiebig. Selbst eine Recherche im Nachlass des bayerischen Ministerpräsidenten und Bundesverteidigungsministers Franz-Josef Strauß in der Hanns-Seidel-Stiftung führte zu dem Ergebnis, dass im Bereich Rüstungsbeschaffung dort keine Unterlagen existieren.

Bei den veröffentlichten Quellen, konnte ich zu allen Themen auf eine breite Basis zurückgreifen. Als wichtigste Grundlage sind dabei die militärischen Fachzeitschriften WEHR UND WIRTSCHAFT, WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE, SOLDAT UND TECHNIK und WEHRKUNDE zu nennen, die sich in den 1950er bis 1970er Jahren durch eine hohe Qualität auszeichneten. Darin waren technische Details zu den Fahrzeugen ebenso zu finden, wie strategische Überlegungen von NATO und Bundes-

wehr oder die Analyse aktueller Probleme durch hohe Politiker und Spitzenmilitärs. Darüber hinaus boten sie interessante Einblicke in die taktisch-operativen Auseinandersetzungen jener Jahre.

Die Artikel des SPIEGEL, die sich mit Hintergrundgeschichten rund um die Rüstungsbeschaffung, mit strategischen Überlegungen oder militärischen Fragen beschäftigen, wurden von mir ebenso aufgenommen und berücksichtigt.

Außerdem bieten Reden, Memoiren und Vorträge einzelner Politiker und Spitzenmilitärs wie Konrad Adenauer, Franz Josef Strauß, Adolf Heusinger und Hans Speidel³⁹ sowie Aufsätze und Monographien zu einzelnen militärischen Gesichtspunkten⁴⁰ ein probates Mittel, um die Quellenbasis zu ergänzen.

Als Grundlage für alle strategischen Überlegungen der deutschen Bundeswehr ist die Himmeroder Denkschrift anzusehen.⁴¹ Darin wurden bereits lange vor Gründung der Bundeswehr von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren im Jahre 1950 strategische Grundlagen einer Wiederbewaffnung dargelegt, die auf die spätere Bundeswehr großen Einfluss hatten.

Die Haushaltspläne der Bundesrepublik Deutschland waren vor allem für den Punkt des wirtschaftlichen Gewichtes der Rüstungssparte für die Gesamtwirtschaft und die Größe des Wehretats ein unverzichtbarer Bestandteil der Quellenforschung.⁴² Durch das Jahrbuch der öffentlichen Meinung konnte ich zusätzlich wichtige Informationen im Bezug auf die Stimmung der 1960er Jahre beim Thema Bundeswehr sammeln.⁴³

Im Bereich der Sekundärliteratur gibt es keine Monographie, die den Rahmen der vorliegenden Dissertation umfassend behandelt, gleichwohl waren Dieter H. Kollmers

39 Vgl. u.a. Konrad Adenauer, Bericht zur politischen Lage vor dem engeren CDU-Bundesparteivorstand in Bonn (Palais Schaumburg), in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Konrad Adenauer. Reden 1917-1967, Stuttgart 1975, S. 431-442; Ulrich De Maizière, Die Konzeption des Heeres. Vortrag vor der Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik e.V. und des Arbeitskreises für Wehrforschung, gehalten am 30. April 1965 in Bad Godesberg, in: ders.: Soldatische Führung - heute. Vorträge und Reden zur Aufgabe und Situation der Bundeswehr (Truppe und Verwaltung Band 12), Hamburg - Berlin 1966, S. 59-74; Adolf Heusinger, Sicherheit und Entspannung, in: Sicherheit und Entspannung. Zum siebzigsten Geburtstag von General a. D. Adolf Heusinger, Köln 1967, S. 57-73; Hans Speidel, Aus unserer Zeit. Erinnerungen, 4. Auflage Frankfurt am Main - Wien 1977 u. Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989.

40 Vgl. u.a. Guy Brossollet, Das Ende der Schlacht, Versuch über die „Nicht-Schlacht“, in: Verteidigung ohne Schlacht, München - Wien 1976, S. 93-214; Heinz Guderian, Panzer Marsch, hrsg. u. bearb. von Oskar Munzel, 2. Auflage München 1957; Patrick Gordon Walker, Das Ziel heißt Entspannung. Deutschland im englischen Verteidigungsprogramm - Politik des Gleichgewichts, in: Raven, Wolfram von (Hrsg.): Armee gegen den Krieg, Stuttgart 1966, S. 161-175.

41 Vgl. Hans-Jürgen Rautenberg / Norbert Wiggershaus, Die „Himmeroder Denkschrift“ vom Oktober 1950, Karlsruhe 1977.

42 Vgl. Bundeshaushaltspläne 1959-1967, Bonn 1959-1967.

43 Vgl. Elisabeth Noelle / Erich Peter Neumann (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1958-1964, Allensbach 1965 u. dies / ders., Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1965-1967, Allensbach 1967.

Forschungen für meine Arbeit sehr hilfreich.⁴⁴ Für die einzelnen Kapitel existierte jedoch durchaus eine adäquate Menge an nutzbaren Werken. Die weltpolitische Situation, und die strategischen Überlegungen von NATO im Allgemeinen und Bundeswehr im Speziellen in den 1950er und 1960er Jahren hat eine Reihe von Titeln zum Thema. Zu nennen sind hier unter anderem die Monographien von Ulrich Albrecht, Frank Buchholz, Thomas Enders, Axel F. Gablik und Bruno Thoß⁴⁵, sowie die Sammelbandaufsätze von Detlev Bald, Helmut R. Hammerich, David Clay Large und Arbeiten des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr in Potsdam⁴⁶. Sehr detailliert und fachlich fundiert stellen sie die weltpolitische Lage und den Strategiewechsel innerhalb der NATO von der massive retaliation hin zur flexible response dar.

Eine Reihe von Forschern widmete sich dem militärischen bzw. militärtechnischen Aspekt der Ausrüstung der Bundeswehr mit den modernen deutschen Waffensystemen des Standardpanzer- und Standardschützenpanzer Programmes. Die wohl meisten Publikationen im Rahmen einer eigenen Reihe verfasste der Autor Peter Blume. Er thematisiert sowohl die allgemeine Bewaffnung des deutschen Heeres als auch in jeweils eigenen Beiträgen die einzelnen Waffensysteme.⁴⁷ Das Heer und seine gepan-

44 Vgl. Kollmer, Dieter H.: „Klotzen, nicht kleckern!“; ders.; „Nun siegt mal schön!“; ders., Rüstungsgüterbeschaffung in der Aufbauphase der Bundeswehr; ders., Zwischen Zahlenbilanzüberschuss und Skalenerträgen.

45 Vgl. Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation, Köln 1980; Frank Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen in der Gründungsphase Bundeswehr 1949-1960, Frankfurt am Main u.a. 1991; Thomas Enders, Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung, Koblenz 1984; Axel F. Gablik, Strategische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland 1955-1967: Politische Kontrolle oder militärische Notwendigkeit? (Nuclear History Programm Band 5), Baden-Baden 1996; Bruno Thoß, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Verteidigungsstrategie 1952 bis 1960 (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 1), München 2006.

46 Vgl. Detlev Bald, Die Atombewaffnung der Bundeswehr in den fünfziger Jahren. Öffentlichkeit und die Kontrolle der Militärpolitik, in: Dülffer, Jost (Hrsg.): Parlamentarische und öffentlich Kontrolle von Rüstung in Deutschland 1700-1970, Düsseldorf 1992, S. 203-217; Helmut R. Hammerich, Ostfronterfahrungen und Landesverteidigung im Kalten Krieg: Oberst Gerd Ruge und Oberst Josef Rettemeier, in: ders. / Schlaffer, Rudolf J. (Hrsg.): Militärische Aufbaugenerationen der Bundeswehr 1955 bis 1970. Ausgewählte Biographien (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 10), München 2011, S. 237-263; David Clay Large, Die deutsch-amerikanische Verteidigungspartnerschaft und die Sicherheit in Europa 1950-1968, in: Junker, Detlev (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990. Ein Handbuch (Band 1), München - Stuttgart, S. 325-336; u.a. Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950-1972, München 1975.

47 Vgl. Peter Blume, Das Heer der Bundeswehr im Kalten Krieg 1967 - 1990 (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5010), Erlangen 2005; ders., Die Anfangsjahre des Heeres 1956 - 1966 (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5002), Erlangen 2003; ders., Die Panzergrenadiere der Bundeswehr 1956 - heute (Fahrzeugprofile Band 4), Illertissen 1995; ders., Flugabwehrpanzer der Bundeswehr 1956 - heute (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5021), Erlangen 2008; Blume, ders., Kanonen/Raketen-Jagdpanzer der Bundeswehr (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5016), Erlangen 2007; ders., Panzerhaubitzen der Bundeswehr, M7-M52-M44-M55-M109 (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5026), Erlangen 2010; ders. / Carsten Kemp, Panzerjäger des Deutschen Heeres 1916 - 1996 (Fahrzeugprofile Band 12), Illertissen 1997; ders., Panzerpioniere der Bundeswehr

zerten Truppen mit ihrer Ausrüstung haben die Monographien von Heinrich Felix Beckmann⁴⁸, Karl Anweiler und Reiner Blank⁴⁹, Helmut R. Hammerich⁵⁰ ausführlich erklärt. Speziell für die Geschichte der Panzergrenadiere ist André Deinhardt's 2012 erschienenes Buch „Panzergrenadiere im Kalten Krieg“ zu empfehlen.⁵¹

Um die Erforschung der Geschichte des LEOPARD 1 und seiner Abarten hat sich vor allem Walter J. Spielberger mit mehreren Werken verdient gemacht.⁵² Auch Raimund Knecht⁵³, Frank Lobitz⁵⁴ und Heinrich Wüst⁵⁵ verfassten Arbeiten über den ersten deutschen Kampfpanzer nach dem Zweiten Weltkrieg. Während Spielberger auch die Geschichte der Wehrtechnik bei der Firma Krauss-Maffei beleuchtet, legen Knecht, Lobitz und Wüst ihren Schwerpunkt auf technische und taktische Grundlagen des LEOPARD 1. Über die Schützenpanzer-Familie und besonders den MARDER sowie den Jagdpanzer KANONE schrieben Michael Scheibert⁵⁶ und wiederum Walter J. Spielberger in Zusammenarbeit mit Hilary L. Doyle und Thomas L. Jentz⁵⁷.

Zum Themenbereich der Rüstungswirtschaft und -politik existieren ebenfalls sehr hochwertige Arbeiten verschiedener Autoren. Als Standardwerke zur allgemeinen Wirtschaftsgeschichte habe ich die Ausführungen von Werner Abelshauser verwendet.⁵⁸ Er

1956 - 2000 (Fahrzeugprofile Band 18), Stengelheim 2001; ders. / Walter Böhm, Panzertruppe der Bundeswehr 2004 - 2012 (Fahrzeugprofile Band 53), Stengelheim 2012; ders., Raketenartillerie der Bundeswehr Honest John – Sergeant - Lance - LARS 1 (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5029), Erlangen 2010; ders., Schützenpanzer kurz, Hotchkiss / lang, HS 30 (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5018), Erlangen 2008; ders., SPz MARDER. Der Schützenpanzer der Bundeswehr – Geschichte, Einsatz, Technik (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5017), Erlangen 2007.

48 Vgl. Heinrich Felix Beckmann, Schild und Schwert. Die Panzertruppe der Bundeswehr. Geschichte einer Truppengattung, Friedberg 1989.

49 Vgl. Karl Anweiler / Reiner Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr. 1956 bis heute, Augsburg 1998.

50 Vgl. Helmut R. Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss. Das Heer der Bundeswehr zwischen Wehrmacht und U.S. Army (1950 bis 1970), in: ders. / Kollmer, Dieter H. / Rink, Martin / Schlaffer, Rudolf / Poppe, Michael (Hrsg.): Das Heer 1950 bis 1970. Konzeption, Organisation und Aufstellung (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 3), München 2006, S. 17-351.

51 Vgl. André Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg. Die Geschichte einer Truppengattung zwischen „Massive Retaliation“ und „Flexible Response“ 1960 bis 1970 (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 11), München 2012.

52 Vgl. Walter J. Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten (Militärfahrzeuge Band 1), Stuttgart 1974; ders., Der Weg zum Flak-Panzer Gepard. Die geschichtliche Entwicklung der deutschen Flugabwehrpanzer, München 1980; ders., Von der Zugmaschine zum Leopard 2. Geschichte der Wehrtechnik bei Krauss-Maffei, München 1979.

53 Vgl. Raimund Knecht (Hrsg.), Kampfpanzer Leopard, München 1972.

54 Vgl. Lobitz, Kampfpanzer Leopard 1.

55 Vgl. Heinrich Wüst, Leopard - Symbol eines umfassenden Waffensystems, in: Jahrbuch des Heeres 1967/68 (Jahrbuch des Heeres Band 1), S. 22-32.

56 Vgl. Michael Scheibert, Schützenpanzer der NATO. Hauptwaffensysteme der Infanterie (Waffen-Arsenal Sonderband S-28), Friedberg 1993.

57 Vgl. Walter J. Spielberger / Hilary L. Doyle / Thomas L. Jentz, Leichte Jagdpanzer. Entwicklung - Fertigung - Einsatz (Militärfahrzeuge Band 14), Stuttgart 1992.

58 Vgl. Werner Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004; ders., Wirtschaft und Rüstung in den fünfziger Jahren, in: ders. / Schwengler, Walter (Hrsg.): Wirtschaft und Rüstung, Sicherheit und Souveränität (Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik Bd. 4), München 1997, S. 1-185.

legt die Aufbauphase der gesamtdutschen Wirtschaft nach Kriegende auch in Hinblick auf die Rüstungsindustrie sehr gut dar. Für den Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie im Speziellen ist die Lektüre von Hans-Günter Bodes „Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland“⁵⁹ zu empfehlen. Er verfügte über ein großes Wissen rund um den Bereich der Rüstungspolitik und ihrer Rahmenbedingungen.⁶⁰ Ebenso ist das Buch „Rüstung und die Wirtschaft in der Bundesrepublik“⁶¹ von Gerhard Brandt für diesen Bereich zu verwenden. Beide Autoren stellen die gesamtpolitischen und -wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Entstehen einer neuen deutschen Rüstungsindustrie umfassend vor. Für die Zeit bis 1960 ist Michael Geyers „Deutsche Rüstungspolitik 1860-1960“⁶² zu empfehlen. Über die einzelnen deutschen Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei⁶³, Henschel und Wegmann⁶⁴, ThyssenKrupp⁶⁵, und Hanomag⁶⁶ sowie den Flick-Konzern⁶⁷ gibt es ebenfalls eine Reihe von Forschungsliteratur.

Die Rüstungsausgaben und ihre Bedeutung für die Gesamtwirtschaft haben Jörg Beutenmüller, Ulrich Kern und Lutz Köllner, Nobert Zdrawomyslaw wie auch Horst Zimmermann und Hans D. Klingemann⁶⁸ eingehend dargestellt.

Über die Vergabe und Überprüfung von Rüstungsprojekten und damit vor allem das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung existieren ebenfalls ausreichend Sekundärliteraturtitel, beispielsweise „Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und

59 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland.

60 Vgl. ders. Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

61 Vgl. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik.

62 Vgl. Michael Geyer, Deutsche Rüstungspolitik 1860-1960, Frankfurt am Main 1984.

63 Vgl. Alois Auer (Hrsg.) / Gerald Engpasser, Krauss-Maffei. Lebenslauf einer Münchner Fabrik und ihrer Belegschaft, Kösching 1988.

64 Vgl. Carl-Friedrich Baumann, 175 Jahre Henschel. Der ständige Weg in die Zukunft 1810-1985, Moers 1985; Alfred Gottwaldt, Der glücklose Lokomotivenkönig. Erinnerung an Oscar R. Henschel, in: Nautz, Jürgen (Hrsg.): Henschel und Kassel. Fallstudien zur Geschichte des Unternehmens und der Familie Henschel, Darmstadt 2012, S. 82-98; Ralf Kulla / Thomas Vollmer, Panzer aus Kassel. Die Rüstungsproduktionen der Firmen Henschel und Wegmann, Kassel 1994; Jürgen Nautz, Einleitende Bemerkungen, in: Ders. (Hrsg.): Henschel und Kassel. Fallstudien zur Geschichte des Unternehmens und der Familie Henschel, Darmstadt 2012, S. 7-20.

65 Vgl. Günther Schmidt, BSI-DEW-ThyssenKrupp. 1927-2002. 75 Jahre Schmiede Remscheid, Remscheid 2003.

66 Vgl. Friedrich Schreiber, Die Wehrtechnik bei der HANOMAG aus Hannover von 1914-1967, 2. überarb. und erw. Auflage Altwarmbüchen 2013.

67 Vgl. Ralf Ahrens / Norbert Frei / Jürgen Osterloh / Tim Schanetzky, Flick. Der Konzern, die Familie, die Macht, München 2009; Günter: Ogger, Friedrich Flick der Große, Bern - München 1971.

68 Vgl. Jörg Beutenmüller, Die Entwicklung der Militärausgaben in Deutschland von der Reichsgründung bis zur Gegenwart und ihr Einfluß auf das Wirtschaftswachstum, Reinheim 1971; Ulrich Kern / Lutz Köllner, Zur langfristigen Entwicklung des Verteidigungshaushaltes der Bundesrepublik Deutschland 1955-1983 und einiger ausgewählter Kapitel. Eine Skizze, in: Berichte des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr Band 36 (1984), S. 1-37; Norbert Zdrawomyslaw, Wirtschaft, Krise und Rüstung. Die Militärausgaben in ihrer wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bedeutung in Deutschland von der Reichsgründung bis zur Gegenwart, Bremen 1985; Horst Zimmermann / Hans D. Klingemann, Der Einfluss der Verteidigungsverkäufe auf die Regionalstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, Raumforschung und Raumordnung 2 (1967), S. 49-59.

sein Geschäftsbereich“ von Elmar Caspar⁶⁹ oder Konrad Steinbrinks „Wehrtechnik und Beschaffung. Aufgabe und Organisation des Geschäftsbereiches des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung“⁷⁰, zusätzlich zwei Aufsätze aus einem Sammelband anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Bundesamtes.⁷¹

Dem Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung und seinem Führungspersonal in der Ministerialbürokratie sowie den Gremien des deutschen Bundestages widmeten sich in ihren Forschungsarbeiten Detlev Bald, Wilhelm Sahner, Matthias Zimmer⁷², Hannes Friedrich⁷³, Siegfried Mann⁷⁴, Heribert Schatz⁷⁵, Günther Schmidt und Hubert Treiber⁷⁶ und nicht zuletzt Rolf Seeliger⁷⁷.

Abschließend sind noch die Biographien über den SPD-Verteidigungspolitiker und späteren Staatssekretär unter Helmut Schmidt, Karl Wilhelm Berkhan, und über den Generalinspekteur Ulrich de Maizières von Karl Vogel und John Zimmermann zu nennen, die einen interessanten Einblick in die Sicherheitspolitik der 1960er Jahre geben.⁷⁸

69 Vgl. Elmar Caspar, Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und sein Geschäftsbereich, Bonn 1969.

70 Vgl. Konrad Steinbrink, Wehrtechnik und Beschaffung. Aufgabe und Organisation des Geschäftsbereiches des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (Truppe und Verwaltung Band 11), Hamburg - Berlin 1965.

71 Vgl. Dietrich Willikens, Wehrtechnik Land, in: Benecke, Theodor / Schöner, Günther (Hrsg.): Wehrtechnik für Verteidigung, Bundeswehr und Industrie - 25 Jahre Partner für den Frieden (1956-1981), Koblenz 1984, S. 120-162; Bruno Abild / Bruno Klinker / Karl-Berthold Suhle, Organisation und Verfahren, in: Benecke, Theodor / Schöner, Günter: Wehrtechnik für die Verteidigung. Bundeswehr und Industrie - 25 Jahre Partner für den Frieden (1956-1981), S. 48-71.

72 Vgl. Detlev Bald / Wilhelm Sahner / Matthias Zimmer (Hrsg.), Parlamentarische Kontrolle, Bundeswehr und öffentliche Meinung, dargestellt am Beispiel der Großen und Kleinen Anfragen des Deutschen Bundestages 1953-1987 (Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts Band 46), München 1989;

73 Vgl. Hannes Friedrich, Staatliche Verwaltung und Wissenschaft. Die wissenschaftliche Beratung der Politik aus der Sicht der Ministerialbürokratie, Frankfurt am Main 1970.

74 Vgl. Siegfried Mann, Das Bundesministerium der Verteidigung (Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland Band 28), Bonn 1971.

75 Vgl. Heribert Schatz, Der Parlamentarische Entscheidungsprozeß. Bedingungen der verteidigungspolitischen Willensbildung im Deutschen Bundestag (Mannheimer sozialwissenschaftliche Studien Band 1), Meisenheim 1970.

76 Vgl. Günther Schmid / Hubert Treiber, Bürokratie und Politik. Zur Struktur und Funktion der Ministerialbürokratie in der Bundesrepublik Deutschland, München 1975.

77 Vgl. Rolf Seeliger (Hrsg.), Bonns Graue Eminenzen. Aktuelle Beiträge zum Thema Ministerialbürokratie und sozialdemokratische Reformpolitik, München 1970.

78 Vgl. Winfried Vogel, Karl Wilhelm Berkhan. Ein Pionier deutscher Sicherheitspolitik nach 1945 [Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit e.V. (WIFIS) Band 21], Bremen 2004 u. John Zimmermann, Ulrich de Maizières. General der Bonner Republik 1912 bis 2006, München 2012.

II. Die deutsche Verteidigungskonzeption im Kalten Krieg und die besondere Rolle der schweren Kettenfahrzeuge

II.1 Die NATO-Strategie im Wandel - Die Abkehr von „massive retaliation“ und das Konzept der „flexible response“ - wachsende Bedeutung von gepanzerten Kampfverbänden

Bereits während des Zweiten Weltkrieges traten zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion im Rahmen der Konferenz von Jalta im Februar 1945 Spannungen über die Nachkriegsordnung zu Tage. Über verbindliche Vereinbarungen für die Zeit nach der Niederlage der Achsenmächte konnte man sich nicht einigen. Bereits zum Zeitpunkt des Todes Franklin D. Roosevelts kurz vor Kriegsende im April 1945 war die Anti-Hitler-Koalition zerbrochen. Während die USA und Großbritannien nun in erster Linie das Ziel hatten, den Einfluss der Sowjetunion in Europa einzudämmen, war Josef Stalin bestrebt, seinen Machtbereich im Osten des Kontinents zu sichern.

Als sich mit der Verkündung der Truman-Doktrin 1947 der Kalte Krieg endgültig manifestierte, war die militärische Situation in Europa von zwei Determinanten geprägt. Zunächst das ein Monopol der Vereinigten Staaten auf atomare Waffen, das bis zur Zündung der ersten sowjetischen Bombe 1949 existierte. Diese Vormachtstellung im Bereich der Nuklearwaffen führte dazu, dass die USA ihre konventionellen Streitkräfte in Europa nach Kriegsende im Mai 1945 zügig reduzierten.⁷⁹

Das hatte zweitens zur Folge, dass der Westen einer Sowjetunion gegenüberstand, der er im Bereich der klassischen Waffengattungen weit unterlegen war.⁸⁰

Die Verteidigung Europas war schon aufgrund der immensen Kosten nur in einem Militärbündnis möglich, da kein Land sich eine exklusive nationale Verteidigung leisten konnte.⁸¹ Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)⁸² entstand zu diesem Zweck als militärisches Bündnis der USA und der europäischen Staaten die NATO, um sich vor der Übermacht der Sowjetunion zu schützen.⁸³ Denn

79 Vgl. Erich Schneider, Begrenzter Krieg - Konventionelle Waffen, in: WEHRTECHNISCHE MONATSSHEFTE 10 (1959), S. 313-316, hier: S. 313.

80 Vgl. Strauß, Die Erinnerungen, S. 360.

81 Dazu äußerte sich Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß folgendermaßen: „Der Versuch eine rein nationale Verteidigung aufzubauen, wäre zum Scheitern verurteilt, weil schon die Kosten der modernen Waffen die wirtschaftliche Kraft eines Landes von Größe der Bundesrepublik weit übersteigen.“ Franz Josef Strauß, Allianz zwischen zwei Kontinenten. Dimensionen unserer Sicherheitspolitik - Eine logische Lösung für die NATO, in: Raven, Wolfram von (Hrsg.): Armee gegen den Krieg, Stuttgart 1966, S. 33-42, hier: S. 33.

82 Vgl. zum Scheitern des EVG-Vertrages ausf. Large, Die deutsch-amerikanische Verteidigungspartnerschaft und die Sicherheit in Europa 1950-1968, S. 328.

83 Vgl. Brandt, Wirtschaft und Rüstung in der Bundesrepublik, S. 57f.; Schneider, Begrenzter Krieg - Konventionelle Waffen, S. 314.

„auch das Verteidigungspotential eines vereinigten Europa würde nicht genügen, um ein Sicherheitssystem von ausreichender Stärke zu schaffen und aufrechtzuerhalten.“⁸⁴ Die Antwort der Vereinigten Staaten auf die sowjetische Bedrohung war die sog. Schild-Schwert Strategie, in der sie die atomare Komponente mit ihrer atomwaffenfähigen strategischen Bomberflotte und die Europäer den Großteil der konventionellen Truppen im Sinne einer Arbeitsteilung einbringen sollten.⁸⁵

Während die europäischen Verbündeten möglichst weit im Osten stehend den Schutz der Versorgungseinrichtungen, Flughäfen, Radar-, Navigations- und Marinestützpunkte der strategischen Bomberflotte zu gewährleisten hatten und konventionelle Angriffe zurückschlagen, hätten die Luftstreitkräfte der USA der UdSSR die Möglichkeit eines atomaren Gegenschlags nehmen sollen. Offizielle gingen diese Überlegungen als The Forward Defense Policy (MC 14/1) vom 17.12.1952 in die NATO-Strategie ein. Denn als entscheidendes Element eines zukünftigen Krieges erschien nicht mehr die gepanzerte Kampftruppe des Heeres, sondern die nukleare Überlegenheit.

Insbesondere in Frankreich setzte sich diese Auffassung vermehrt durch und blieb auch wesentlich länger als in vielen anderen europäischen Staaten verbreitet. Der französische General Beaufre äußerte sich dazu folgendermaßen: „Die Vorstellung, daß sich ein neuer Krieg so abspielen könnte wie der letzte Weltkrieg mit dem Hinzutreten des Einsatzes einer großen Anzahl nuklearer Waffen, entbehrt jeder realen Grundlage. Die Existenz der Nuklearwaffe schließt praktisch die Möglichkeit großer operativer Kampfhandlungen aus.“⁸⁶ Weiter plädierte er für eine Umrüstung der Streitkräfte: „Die Hauptaufgabe der Strategie wird es daher, von der Abschreckung durch ein klassisches System der Landesverteidigung auf die Abschreckung durch ein System der Androhung nuklearer Repressalien überzugehen.“⁸⁷ Die Androhung der massiven Vergeltung wurde in diesem Verständnis mehr eine politische als eine militärische Einschüchterung des Gegners.⁸⁸

84 Strauß, Allianz zwischen zwei Kontinenten, S. 33.

85 Vgl. Dieter Krüger, Der Strategiewechsel der Nordatlantischen Allianz und die Luftwaffe, in: Lemke, Bernd / ders. / Rebhan, Heinz / Schmidt, Wolfgang (Hrsg.): Die Luftwaffe 1950 bis 1970. Konzeption, Integration, Aufbau (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 2), München 2006, S. 41-69, hier: 65. Es gab aber auch bereits zu diesem Zeitpunkt Vertreter der Strategie Europa so weit wie möglich im Osten und mit starken konventionellen Kräften zu verteidigen. Vgl. Enders, Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung, 39.

86 André Beaufre, Vorfeld und Hinterland. Verteidigung für Deutschland und Frankreich - Gemeinsamkeiten und Gegensätze, in: Raven, Wolfram von (Hrsg.): Armee gegen den Krieg, Stuttgart 1966, S. 176-192, hier: S. 179.

87 Ebd.

88 Vgl. ebd., S. 184.

Die Zielsetzungen in Europa waren für den Konfliktfall durchaus unterschiedlich: während die amerikanischen Verbündeten der Europäer im Falle einer Auseinandersetzung dem militärischen Erfolg über die Sowjetunion den Vorrang einräumten, stand für jene die Verteidigung und der Schutz ihrer Staaten sowie der Bevölkerung an erster Stelle.⁸⁹

Die geographischen Voraussetzungen dafür erschienen denkbar schlecht. In Mitteleuropa existierten von Dänemark über die Bundesrepublik bis nach Italien lange Landesgrenzen zu den Warschauer Pakt-Staaten, abgesehen von den Alpen wenige wirklich verzögernde Geländehindernisse, die Bevölkerungsdichte in Mitteleuropa war sehr hoch, es gab zahlreiche ausgedehnte und anfällige Wirtschaftsräume wie das Ruhrgebiet und der militärische Operationsraum nach Westen war relativ gering.⁹⁰ Daher wurde ein deutscher Verteidigungsbeitrag bereits in frühen militärischen NATO-Planungen als absolut notwendig erachtet.⁹¹

1950 ging man in den Planspielen der NATO davon aus, dass ein konventioneller Angriff der Sowjets erst an den Pyrenäen aufzuhalten sei. Bis 1958 verschob man sich dann auf die Weser-Fulda-Main-Lech Linie. Erst 1963 einigten sich die NATO-Staaten abschließend darauf, zu jedem Zeitpunkt einen Angriff so nah an der Grenze wie möglich aufhalten zu wollen.⁹² Die NATO hoffte durch das Schild-Schwert Konzept der bereits erwähnten MC 14/1 eine abschreckende Wirkung zu erreichen und die Atomwaffen nie einsetzen zu müssen.⁹³

Dieses Vorgehen wurde zunächst von allen NATO-Staaten akzeptiert, denn das Vertrauen in die strategische und taktische Luftflotte der USA war sehr groß.⁹⁴ Das

89 Vgl. Reiner Pommerin, Von der „massive retaliation“ zur „flexible response“. Zum Strategiewechsel der sechziger Jahre, in: Thoß, Bruno (Hrsg.): Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995, München 1995, S. 525-542, hier: S. 526f u. 529.

90 Vgl. Emil Obermann (Hrsg.), Gesellschaft und Verteidigung. Idee, Gesellschaft, Weltstrategie, Bundeswehr - ein Handbuch, Stuttgart 1970, S. 523.

91 Vgl. Bernd Lemke, Vorwärtsverteidigung, Integration, Nuklearisierung. Die gesamtstrategische Entwicklung bis 1959, in: ders. / Krüger, Dieter / Rebhan, Heinz / Schmidt, Wolfgang (Hrsg.): Die Luftwaffe 1950 bis 1970. Konzeption, Integration, Aufbau (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 2), München 2006, S. 17-40, hier: S. 21; Pommerin, Von der „massive retaliation“ zur „flexible response“, S. 526-528.

92 Vgl. Carola Bielfeldt / Peter Schlotter, Die militärische Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Einführung und Kritik, Frankfurt am Main 1980, S. 26.

93 Die strategischen Dokumente der NATO zwischen 1949 und 1969 sind alle in Gregory W. Pedlow (Hrsg.), NATO Strategy Documents, 1949-1969, Brüssel 1997 (online unter: <http://www.nato.int/archives/strategy.htm>. Zuletzt aufgerufen am 09.10.2014) einsehbar.

94 Vgl. Pommerin, Von der „massive retaliation“ zur „flexible response“, S. 530 u. Walker, Das Ziel heißt Entspannung, S. 164. Über die Zielplanungen der USA hatte Deutschland lange Zeit keine Information. Erst nachdem Strauß dies vehement gefordert hatte, erhielt Generalmajor Schnez Einblick in die Zielkartei der USA und konnte eine Reduzierung des geplanten Bombardements auf dem Territorium der Bundesrepublik erreichen. Vgl. dazu Strauß, Erinnerungen, S. 376.

Problem der massiven Vergeltung wurde jedoch schnell ersichtlich – wäre es tatsächlich zu einem Konflikt gekommen, dann hätte die NATO keine andere Möglichkeit gehabt, als ein Angriff auf ihr Bündnisgebiet mit einem strategischen Atombombenangriff zu beantworten, denn die konventionellen Kräfte sollten einen sowjetischen Angriff lediglich so lange verzögern, bis die Luftstreitkräfte antworten konnten. Eine langfristig Durchhaltefähigkeit oder gar Offensivaktionen waren nicht vorgesehen.

Der Eisenhower-Administration kamen erste Zweifel an der Strategie der massive retaliation. Robert R. Bowie, Direktor des Center for International Affairs an der Harvard University legte eine Studie vor, in der er dafür plädierte, den konventionellen Schild Europas stärken, damit die NATO bei einem Angriff nicht sofort auf die atomare Antwort angewiesen war.⁹⁵

Die Ergebnisse der Studie wurden durch eine Entwicklung in der Sowjetunion untermauert, die die gesamte Strategie des Westens ins Wanken brachte. Die Sowjets zogen auf dem Gebiet der strategischen Atomwaffen nach und schlossen zu den USA auf. Durch das Aufkommen der Interkontinentalraketen waren nun auch die Vereinigten Staaten atomar auf eigenem Territorium verwundbar, obwohl sie im Gegensatz zum kommunistischen Gegner über strategische Luftflottenkapazitäten verfügten. Die Welt näherte sich dem nuklearen Patt.⁹⁶ Im Weißbuch der Bundesregierung von 1970 wurde diese Tatsache festgehalten: „Die einseitige Abschreckung ist zur gegenseitigen Abschreckung geworden. [...] Es besteht ein grobes Gleichgewicht der Potentiale.“⁹⁷

Dazu kam noch der Fortschritt im Bereich der taktischen Nuklearwaffen und ihrer Trägersysteme wie Flugzeugen oder Rohr- und Raketenartillerie, die die Rolle der Schildkräfte neu definierten. Bereits ab 1954 existierte keine reine Vergeltungsstrategie mehr, denn durch die Verwendung von Atomwaffen für den taktisch-operativen Einsatz wurden die Möglichkeiten der Reaktion differenzierter. 1958 legte die NATO-Plandirektive MC 70⁹⁸ fest, dass alle NATO-Staaten nukleare Trägersysteme nutzen sollten. Als Deutschland damit begann, seine konventionellen Streitkräfte neu aufzustellen, wurden die amerikanischen Truppen schon mit taktischen Trägersystemen wie Honest John und Corporal ausgestattet.⁹⁹ Die Bundesrepublik Deutschland sollte ebenfalls

95 Vgl. Pommerin, Von der „massive retaliation“ zur „flexible response“, S. 532.

96 Vgl. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 26 u. Walker, Das Ziel heißt Entspannung, S. 167.

97 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Weißbuch 1970. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr. Ein Auszug, Bonn 1970, S. 13.

98 Vgl. für die Direktive MC 70 Thoß, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung, S. 513-555.

99 Vgl. Bald, Die Atombewaffnung der Bundeswehr in den fünfziger Jahren, S. 204; Enders, Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung, S. 43; Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 102; Pommerin, Von der „massive retaliation“ zur „flexible response“, S. 529; Thoß,

taktisch-nukleare Trägersysteme erhalten, die Sprengköpfe jedoch in Hand der Amerikaner bleiben.¹⁰⁰ Die massive retaliation erschien daher bereits vor ihrer offiziellen Einführung als NATO-Strategie unter der Bezeichnung MC 14/2 Overall Strategic Concept for the Defense of the NATO Area am 23.05.1957 als überholt. Schon 1958 plädierte US-Außenminister Dulles dafür, Pläne für eine flexiblere Verteidigung jenseits der massiven Vergeltung zu entwerfen, was auch die Zustimmung der deutschen Verbündeten fand¹⁰¹

Insbesondere die Zweite Berlin- und die Kubakrise führten zum endgültigen Umdenken in den USA. In beiden Fällen wurde der Leitmacht des Westens klar, wie gefährlich eine militärische Strategie mit nur einer Option war, die Gefahr und Angst vor einem Atomkrieg in der Bevölkerung schien virulent.¹⁰² Zusätzlich wollten die USA eine Entlastung ihres Militärhaushaltes erreichen und daher ihre Bündnispartner stärker an den Kosten der Verteidigung Europas beteiligen.¹⁰³ Unter dem reaktivierten General Maxwell Taylor¹⁰⁴ und Präsident John F. Kennedy wurde daher die Modifizierung der bisherigen Planungen in Angriff genommen, was aber nicht bei allen Verbündeten auf Gegenliebe stieß.¹⁰⁵ Der deutsche General Heusinger unterstützte dieses Vorhaben als Vorsitzender des Ständigen NATO-Militärausschusses nach Kräften, da es seinen militärischen Überzeugungen entsprach.¹⁰⁶

Als neues Modell wurde die Gefahr eines begrenzten Konfliktes identifiziert, in dem die Eskalation nach Möglichkeit unterhalb der atomaren Schwelle gehalten werden sollte.¹⁰⁷ Die dafür notwendigen Anforderungen an die Streitkräfte der NATO formulierte General a.D. Erich Schneider treffend in den WEHRTECHNISCHEN MONATSHEFTEN vom Oktober 1959: „Der zahlenmäßige Stand an konventionellen Streitkräften und ihre waffentechnische Ausrüstung müssen [...] zum Ausgleich der zurzeit bestehenden vielfachen Überlegenheit des Ostens so vergrößert und ausgebaut werden, daß ein Angriff aus dem Osten auch ohne den Einsatz von Atomwaffen zurückgeschlagen werden kann,

NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung, S. 543; Walker, Das Ziel heißt Entspannung, S. 167.

100 Vgl. Strauß, Die Erinnerungen, S. 323.

101 Vgl. Lemke, Vorwärtsverteidigung, Integration, Nuklearisierung, S. 30f u. Thoß, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung, S. 518f.

102 Vgl. Schneider, Begrenzter Krieg – Konventionelle Waffen, S. 313.

103 Vgl. Geyer, Deutsche Rüstungspolitik, S. 227f.

104 Vgl. Strauß, Die Erinnerungen, S. 363.

105 Vgl. Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 111 u. Pommerin, von der „massive retaliation“ zur „flexible response“, S. 537f.

106 Vgl. Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 114.

107 Vgl. Pommerin, von der „massive retaliation“ zur flexible response“, S. 361.

oder zumindest mit einem so großen Risiko behaftet sein muß, daß er sich nicht lohnt.“¹⁰⁸ Auf der NATO-Ministerratstagung Anfang 1962 in Athen äußerte US-Verteidigungsminister Robert McNamara aus der Erkenntnis heraus, dass „die [die Supermächte mit ihren] thermonuklearen Waffen [...] einander vernichten können“¹⁰⁹, den Wunsch nach einer Verstärkung der konventionellen Streitkräfte im Bündnis, um die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen anzuheben und somit auch Amerikas Sicherheit zu erhöhen.¹¹⁰

Dies führte zu einigen Irritationen innerhalb der NATO, da die meisten Mitgliedsstaaten gerade eine atomar-taktische und teilweise auch atomar-strategische Ausrüstung planten.¹¹¹ Insbesondere die Furcht vor einem kompletten Wegfallen des atomaren Schirms und der konventionellen Truppen der USA besorgte die europäischen NATO-Staaten. Vor allem Frankreich und England konnten sich mit der neuen Situation nur schwer anfreunden, was letztendlich zum atomaren Sonderweg der Franzosen führte, die keinesfalls eine konventionelle Vergrößerung ihrer Armee wollten, sondern die Atomwaffe. Sie befürchteten, dass im Falle eines Krieges Amerika nicht bereit wäre, Nuklearwaffen zum Schutz seiner Verbündeten in Europa einzusetzen. 1966 schieden sie aus der NATO aus.¹¹² In Deutschland erlitten die Befürworter der Nuklearbewaffnung 1962 mit dem Rücktritt von Franz Josef Strauß vom Amt des Bundesverteidigungsministerium einen empfindlichen Rückschlag, sodass Kissinger 1966 völlig zu Recht konstatieren konnte:

108 Schneider, Begrenzter Krieg - Konventionelle Waffen, S. 315.

109 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1970, S. 10.

110 Vgl. Strauß, Die Erinnerungen, S. 360f. Bereits im Rahmen eines Vortrages in Paris 1961 war McNamaras beabsichtigter Strategiewechsel zu erkennen. Dazu vgl. Gablik, Strategische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 353. Zum Gesamtkonzept der neuen US-Strategie vgl. Henry A. Kissinger, Das nukleare Dilemma der Allianz, Eine kritische Untersuchung der amerikanischen politisch-strategischen Planung für Europas Verteidigung, in: WEHRKUNDE 5 (1963), S. 230.

111 McNamaras Forderungen führten nicht zuletzt in Deutschland zu einem neuerlichen Disput zwischen erklärten Anhängern einer atomaren Bewaffnung wie Franz-Josef Strauß und den Vertretern einer rein konventionellen bzw. mit geringer nuklear-taktischer Komponente bewaffneten Bundeswehr. Vgl. dazu Pommerin, Von der „massive retaliation“ zur „flexible response“, S. 531. Nachdem Strauß vom Amt des Bundesverteidigungsministers zurücktrat, gelang es seinen Gegnern sich mit der konventionellen Bewaffnung durchzusetzen. Daher konnte Kissinger in einem Aufsatz für die Zeitschrift WEHRKUNDE vor dem Hintergrund nuklearer Bestrebungen Frankreichs und Englands auch klar äußern: „Gegenwärtig [...] sind keine Anzeichen eines irgendwelchen Druckes in Deutschland zugunsten eines nationalen Kernwaffenprogrammes festzustellen.“ Kissinger, Das nukleare Dilemma der Allianz, S. 244.

112 Vgl. Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 111f; In der Tat reduzierten die USA ihre Truppen in Europa 1961 um mehr als 100.000 Mann. Vgl. dazu, zur Angst der Europäer vor einem Entzug des atomaren Schirms und den Gründen der amerikanischen Truppenreduzierung bzw. des Strategiewechsels Enders, Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt, S. 52f. Der Anfang der Differenzen insbesondere zwischen Frankreich, aber auch Großbritannien und den USA ist bereits auf das Jahr 1956 zurückzuführen. Nach der Suezkrise befand sich die Allianz in einer tiefen Krise. Briten und Franzosen erkundigten sich ob die Amerikaner sie schützen würden, falls Bulganins Drohung wahr würde, Interkontinentalraketen gegen Paris und London einzusetzen, wenn diese sich nicht sofort aus Ägypten zurückziehen sollten. Die Antwort war negativ und wurde somit zum Geburtshelfer der französischen Atombombe. Vgl. dazu Strauß, Die Erinnerungen, S. 309f.

„Gegenwärtig [...] sind keine Anzeichen eines irgendwelchen Druckes in Deutschland zugunsten eines nationalen Kernwaffenprogrammes festzustellen.“¹¹³ Generell war der Wunsch danach in der Bundesrepublik nie besonders stark verankert.

Das Ausscheiden Frankreich war für die restliche NATO eine beträchtliche Schwächung. „Für den Westen gilt daher mehr denn je, der auf konventioneller Ebene vorhandenen Überlegenheit des Ostblocks begegnen zu können.“¹¹⁴ Folglich stieg die Kompromissbereitschaft aller Partner nach dem französischen Austritt an.

Unter McNamara wurden 7000 taktische Atomwaffen in Westeuropa stationiert und das Versprechen gegeben, sie im Notfall einzusetzen. Den Verbündeten wurde bei der Planung eventueller Ziele mehr Mitsprache eingeräumt. Im Gegenzug verpflichtete sich beispielsweise Deutschland, seine konventionelle Streitkraft deutlich zu erhöhen. Das Scheitern der atomaren Multilateral Force (MLF) tat sein Übriges, um den Weg zur neuen Strategie der flexible response MC 14/3 bedeutend zu erleichtern, die am 16. Januar 1968 in Kraft trat.¹¹⁵

Die Korrektur der MC 14 war lediglich ein konsequenter Schritt. Zwar war die massive Vergeltung als MC 14/2 formal bis 1968, da facto aber nur bis 1957/58 gültig. Danach war man bemüht, sukzessive eine abgestufte Abschreckung zu schaffen.¹¹⁶ „Dem Verteidiger soll die Wahl der Gegenmaßnahmen offen stehen, die sogenannte ‚Option der Waffen‘. Da er aber erst dann zum Äußersten greifen wird, wenn ihn der Angreifer durch Überlegenheit dazu zwingt, trifft diesen auch die Verantwortung für die optierten Gegenmaßnahmen.“¹¹⁷

Aber was sagte die MC 14/3 konkret aus?¹¹⁸ Ein allgemeiner Krieg wurde angesichts des atomaren Patt kaum mehr für möglich erachtet, blieb aber nach wie vor in den Planungen inbegriffen.¹¹⁹ Auch die Bundesregierung kam zu diesem Schluss: „Eine großan-

113 Kissinger, Das nukleare Dilemma der Allianz, S. 244.

114 Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 27. Vgl. Obermann, Gesellschaft und Verteidigung, S. 528.

115 Vgl. dazu Pommerin, Von der „massive retaliation“ zur „flexible response“, S. 540. Zum Ausscheiden Frankreichs aus der NATO vgl. Militärgeschichtliches Forschungsamt, Verteidigung im Bündnis, S. 180. Die Warschauer Pakt-Staaten erhielten ebenfalls keine atomaren Waffen von der Sowjetunion. Vgl. dazu Vojtech Mastny, NATO from the Soviet and East European Perspectives 1949-1968, in: Harder, Hans-Joachim (Hrsg.): Von Truman bis Harmel. Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischer Integration, München 2000, S. 55-73, hier: S. 64. Zur Einführung der MC 14/3 hatte nicht zuletzt der Harmel-Bericht beigetragen. Vgl. dazu ders., NATO from the Soviet and East European Perspectives, S. 73 u. Militärgeschichtliches Forschungsamt, Verteidigung im Bündnis, S. 181.

116 Vgl. Enders, Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung, S. 43 u. 45; ausf. Krüger, Der Strategiewechsel der Nordatlantischen Allianz, 47-53.

117 Obermann, Gesellschaft und Verteidigung, S. 154.

118 Vgl. zur MC 14/3 Alfred Stutz, Raumverteidigung - Utopie oder Alternative? Vorschläge, Modelle und Kontroversen, Zürich 1982, S. 14.

119 Vgl. Dieter Falge, Die Entscheidung über den Einsatz deutscher NATO-Streitkräfte, Würzburg 1967, S. 76 u. Militärgeschichtliches Forschungsamt, Verteidigung im Bündnis, S. 181.

gelegte Aggression gegen Westeuropa ist zur Zeit wenig wahrscheinlich.“¹²⁰ Daher musste sich die NATO auf alle realistischen Konfliktszenarien einstellen. Es traten zeitliche und lokal begrenzte Konflikte im Rahmen von Stellvertreterkriegen zum Nuklearkrieg in das Szenarienportfolio hinzu.¹²¹ Das Verteidigungsbündnis erachtet einen „begrenzten, überwiegend mit herkömmlichen und eventuell nuklearen Waffen von geringer Sprengkraft ausgetragenen Konflikt für möglich und macht diese Situation zum Ausgangspunkt der strategischen Überlegungen.“¹²² Die neue Konzeption sah als Reaktion auf die neue Bedrohungslage drei Stufen der Eskalation vor, „auf der konventionellen, der taktisch-nuklearen und der strategisch-nuklearen Ebene.“¹²³

Welche Form der Verteidigung im Einzelfall gewählt werden würde, blieb bewusst offen, um das Risiko für den Gegner unkalkulierbar zu machen. Das bedeutete aber auch, dass die Streitkräfte der NATO für alle drei Möglichkeiten ausgerüstet werden mussten.¹²⁴ „Es [gab] die Maxime, dass „ausgewogene Streitkräfte [...] auch in Zukunft auf strategischer Ebene eine lückenlose Abschreckung garantieren [sollten], während wesentlich erweiterte Präsenzstreitkräfte in Europa auch unterhalb der atomaren Schwelle jederzeit zur Verteidigung befähigt sein mussten.“¹²⁵

Diese Stärkung der konventionellen Kräfte erwies sich als richtig, wie ein Blick auf die Planungen der Sowjets verrät. „In December 1966, the Soviet party central committee allegedly approved the plan to defeat NATO by conventional forces only. But if it did, the plans that anticipated the transformation of Central Europe into nuclear wasteland still remained in effect.“¹²⁶

General a.D. Erich Schneider folgerte, „die weitere Konsequenz daraus ist, daß man nicht nur mehr Verbände mit konventioneller Bewaffnung aufstellen muß; es ist ebenso unvermeidbar, daß man jede Anstrengung unternehmen muß, um den Truppen des Westens die besten und wirkungsvollsten klassischen Waffen zur Verfügung zu stellen, die bei dem heutigen Stand der Technik und der Naturwissenschaften denkbar sind.“¹²⁷ Die europäischen Staaten hatten nicht mehr nur als reine Deckungskräfte zu agieren, son-

120 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Weißbuch 1970, S. 21.

121 Vgl. Schneider, Begrenzter Krieg - Konventionelle Waffen, S. 315.

122 Falge, Die Entscheidung über den Einsatz, S. 77.

123 Militärgeschichtliches Forschungsamt, Verteidigung im Bündnis, S. 181.

124 Vgl. Bielfeldt / Schlotter, Die militärische Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 32; Geyer, Deutsche Rüstungspolitik, S. 227; Pommerin, von der „massive retaliation“ zur „flexible response“, S. 538f. u. 541. Schon die „Athener Richtlinien“ von 1962 benannten die Aggressions- und Reaktionsformen für zukünftige Konflikte. Vgl. dazu Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 115f.

125 Thoß, NATO-Strategie, S. 552.

126 Mastny, NATO from the Soviet and East European Perspectives, S. 72.

127 Schneider, Begrenzter Krieg – Konventionelle Waffen, S. 315.

dern sollten durch eine Aufrüstung im konventionellen Bereich ihren Kampfwert deutlich steigern,¹²⁸ um so stark sein, dass sie jedem nicht-atomaren Angriff hätten widerstehen können. Das hatte eine massive Aufwertung der Landstreitkräfte in der Gesamtkonzeption der NATO zur Folge, obwohl die Atomwaffen weiterhin für die strategische Abschreckung elementar blieben.

Für die Bundeswehr wurde Anfang der sechziger Jahre und dann endgültig ab Mitte des Jahrzehnts durch die NATO-Vergaben klar, welche Rolle sie zu spielen hatte. Als konventioneller Eckpfeiler des Atlantikbündnisses musste sie die Fähigkeit besitzen, unter ggf. atomaren Bedingungen die Verteidigung Westeuropas zu gewährleisten. Gewünschtes Kernstück sollten dabei die, sowohl in einem klassischen als auch in einem atomaren Kriegsszenario einsetzbaren, gepanzerten Truppen der Landstreitkräfte sein, die ihr Gegenstück jenseits des Eisernen Vorhangs hatten.¹²⁹

II.2 Die verteidigungspolitischen Überlegungen in der frühen Bundesrepublik

Die Entscheidung über das Aufstellen eigener bundesrepublikanischer Streitkräfte war im Bundestag heftig umstritten. Nicht zuletzt die Verschärfung des Konfliktes um Korea, der Ängste in der Bevölkerung verursachte, trug dazu bei, dass sich die Befürworter durchsetzen konnten.¹³⁰ Nachdem jedoch die Entscheidung über die Gründung der Bundeswehr gefallen war, herrschte bei vielen wichtigen Themen die die deutschen

128 Vgl. Rüdiger Wenzke / Irmgard Zündorf, „Ein Eisener Vorhang ist niedergegangen.“ Militärgeschichte im Kalten Krieg 1945-1968/70, in: Neugebauer, Karl-Volker (Hrsg.): Die Zeit nach 1945. Armeen im Wandel (Grundkurs deutsche Militärgeschichte Band 3), München 2008, S. 1-149, hier: S. 114.

129 Absatz teilweise übernommen aus Haslinger, Verteidigungspolitik und Ausrüstung, S. 15. Vgl. dazu Enders, Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung, S. 51; Gablik, Strategische Planungen, S. 361; Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 26f; Kollmer, „Nun siegt mal schön!“, S. 414. Im Weißbuch 1970 ging man von einem Stärkeverhältnis Ost-West bei den Landstreitkräften im Bereich AFCENT (Allied Forces Central Europe) von folgenden Zahlen aus: 855.000 Mann mit 13650 Kampfpanzern gegliedert in 28 sowjetische und 29 verbündete Divisionen auf Seiten des Warschauer Pakt in den Grenzregionen. Aus den westlichen Teilen der Sowjetunion vermutete man Verstärkung in Form von 6500 weiteren Kampfpanzern und 29 Divisionen, die in kürzester Zeit an der Grenze zu NATO-Territorium stehen konnten. Auf NATO Seite gab es 27 Divisionen, darunter 5 amerikanische und 2 französische mit 703.000 Mann und 6600 Panzern. Zusätzliche Verstärkung hätte über den Atlantik kommen müssen. Vgl. dazu Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1970, S. 19f.

130 Vgl. Large, Die deutsch-amerikanische Verteidigungspartnerschaft, S. 327. Im Falle weltpolitischer Krisen ist es ein oftmals zu beobachtendes Phänomen, dass die Zustimmungswerte für die Armee in der Bevölkerung steigen. Als Beispiel mag hier eine Umfrage über die Zustimmung für die Bundeswehr in der deutschen Bevölkerung dienen. Sie wuchs in fünf Jahren von 38 Prozent im Oktober 1956 auf 60 Prozent im August 1961, an. Die Gegnerschaft reduzierte sich von 43 Prozent auf 24 Prozent. Es ist zu vermuten, dass nicht zuletzt die weltweite Eskalation des Kalten Krieges dafür verantwortlich war. Vgl. dazu Noelle / Neumann Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1958-1964, S. 470.

Streitkräfte betrafen, wie auch bei der Einstellung des Parlamentes zur Armee als solcher, zwischen der Regierung und der Opposition Einigkeit.¹³¹

Der SPD-Verteidigungsexperte Fritz Erler betonte: „Ich möchte [...] ganz klarmachen, daß zwei Dinge auseinandergehalten werden müssen. Das eine ist der Kampf der SPD gegen die Wiederbewaffnung [...]. Das andere ist unsere Haltung zur Bundeswehr, nachdem sie nach demokratischen Spielregeln beschlossen und dann im Entstehen begriffen war.“¹³² Im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages bildete sich die sog. „Wehrkoalition“ der Militärexperten aller Parteien unter dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, dem CSU-Politiker Richard Jaeger.¹³³

Wichtigstes Beispiel für die überparteiliche Einigkeit war die von deutschen Militärs und Politikern geforderte Vorwärtsverteidigung¹³⁴, also die möglichst weit nach Osten vorgeschobene Verteidigung der Bundesrepublik. CSU-Politiker Franz-Josef Strauß trat als einer der ersten westdeutschen Politiker mit dieser Forderung auf, das Verteidigungsausschussmitglied der FDP, Reinhold Kreitmeyer, war derselben Meinung.¹³⁵ In den anderen Parteien gab es ebenfalls mehrheitlichen Zuspruch für die Vorwärtsverteidigung. Der forward strategy der Amerikaner Anfang der fünfziger Jahre lag ein ähnliches Konzept, mit einer möglichst weit im Osten aufzubauenden Verteidigungslinie, zu Grunde.¹³⁶ Sie wurde im gleichen Jahrzehnt noch ins NATO-Verteidigungskonzept übernommen. Die Bundesregierung bemühte sich, durch politische Einflussnahme und der Wiederbewaffnung als militärischem Faustpfand, die geplante Verteidigungslinie Europas immer näher an den Eisernen Vorhang zu verschieben.¹³⁷

Die ursprüngliche Annahme, Sowjetrußland würde erst an den Pyrenäen aufgehalten

131 Vgl. Hans-Joachim Berg, Der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages. Kontrollorgan zwischen Macht und Ohnmacht, München 1982, S. 180. Insbesondere die Krisen von Suez und Ungarn gaben in der öffentlichen Meinung den Ausschlag, die Wiederbewaffnung zu akzeptieren. Vgl. dazu Hans Speidel, Aus unserer Zeit, S. 356.

132 Fritz Erler, Opposition und Wehrbeitrag. Hypotheken aus der Vergangenheit - Rüstung im gespaltenen Deutschland, in: Raven, Wolfram von (Hrsg.): Armee gegen den Krieg, Stuttgart 1966, S. 72-103, hier: S. 95.

133 Vgl. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 188.

134 Vgl. zur Vorwärtsverteidigung ausf. Obermann, Gesellschaft und Verteidigung, S. 530f.

135 Vgl. Fortsetzung der Beratung der großen Anfrage der Fraktion FDP betr. die Lage in der Bundeswehr (Drucksache IV/2426), in: Verhandlungen des deutschen Bundestages, 156. Sitzung der 4. Wahlperiode (1961-1965), S. 7669C-7697D, hier: S. 7694D.

136 Vgl. Enders, Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung, S. 39 u. 93.

137 Franz Josef Strauß trat immer wieder dafür ein, die militärische Bedeutung Deutschlands nicht zu überschätzen, aber durchaus offensiv zu vertreten, welche Bedeutung eine technisch und personell voll ausgestattete Bundeswehr für die NATO hat. Vgl. Franz Josef Strauß, „Wehrpolitik – Wehrführung – Wehrtechnik“. Vortrag des Bundesministers für Verteidigung Dr. h. c. Franz Josef Strauß vor dem Arbeitskreis für Wehrforschung und der Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik am 26.10.1957 in Bad Godesberg, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 1 (1958), S. 1-7, hier: S. 3.

werden können, führte zu vermehrten Rüstungsanstrengungen in Europa. 1958 plante das westliche Bündnis die vorderste Verteidigung auf die Linie Fulda – Schweinfurt – Nürnberg – Landshut vorzuschieben. Es sollte noch bis in die 1960er Jahre dauern, ehe sich die Vorstellung der westdeutschen militärischen Führung endgültig durchsetzte und eine Verteidigung an der Grenze zur Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakei aufgebaut wurde. Dadurch konnte die Bundesrepublik erreichen, dass im Konfliktfall nicht mehr nur 50 sondern 90 Prozent ihres Territoriums im Schutzbereich der NATO lagen.¹³⁸ Die Idee der Vorwärtsverteidigung wurde in der Bundeswehrführung niemals in Frage gestellt¹³⁹ und hatte unter allen Bundesregierungen, egal ob CDU/CSU oder SPD geführt, bis zum Ende des Kalten Krieges und damit bis zur Wiedervereinigung Bestand.¹⁴⁰

Im Weißbuch der sozialliberalen Koalition von 1970 wurde die Situation der Bundesrepublik Deutschland folgendermaßen geschildert: „Das Gebiet [...] ist schmal [...] Die Möglichkeiten zur beweglichen Kampfführung bis in die Tiefe des Raumes sind beschränkt. Für die Bürger der Bundesrepublik liegt Sicherheit allein in der Gewißheit einer grenznahen Verteidigung. Deshalb kann keine Bundesregierung auf das Prinzip der Vorverteidigung verzichten.“¹⁴¹ Das Vorgängerweißbuch der Großen Koalition bringt es noch deutlicher auf den Punkt: „Das strategische Konzept der Allianz fordert eine Verteidigung so weit vorn wie möglich,“¹⁴² denn „eine kampflose Aufgabe auch nur von Teilen des Bundesgebietes verbietet sich gleichermaßen aus politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen. Daher müssen die Verteidigungsvorbereitungen auf sofortige und wirksame militärische Reaktion angelegt sein“.¹⁴³

„Der Preis hierfür war allerdings hoch, denn die NATO-Oberbefehlshaber gingen davon aus, dass frühzeitig Atomwaffen eingesetzt werden mussten.“¹⁴⁴ General Hans Speidel vertrat 1963 eine ähnliche Ansicht, indem er sagte, ein Kampf habe nur Aussicht auf Erfolg, wenn frühzeitig Atomwaffen zur Abwehr zur Verfügung stünden.¹⁴⁵

Selbst wenn die atomare Abschreckung bzw. gegebenenfalls der Einsatz von Atom-

138 Vgl. Helmut R. Hammerich, Der Fall „MORGENGRUSS“. Die 2. Panzergrenadierdivision und die Abwehr eines überraschenden Feindangriffs westlich der Fulda 1963, in: Nägler, Frank (Hrsg.): Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden – Einsichten - Perspektiven, München 2007, S. 297-312, hier: S. 304 u. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1969, S. 20.

139 Vgl. Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 195.

140 Abschnitt teilweise übernommen. Vgl. dazu Haslinger, Verteidigungspolitik und Ausrüstung, S. 16f.

141 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1970, S. 27.

142 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Weissbuch 1969. Zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung, Bonn 1969, S. 19.

143 Ebd., S. 20.

144 Hammerich, Der Fall „MORGENGRUSS“, S. 304f.

145 Vgl. ebd., S. 305.

waffen teil der NATO-Strategie war - für das Konzept der Vorneverteidigung waren ebenso starke Bodentruppen unumgänglich. Sie mussten mit starken konventionellen und/oder atomaren, panzerstarken Einheiten versuchen, den Feind zu bekämpfen.¹⁴⁶

Die zweite unverrückbare verteidigungspolitische Konstante der Bundesrepublik Deutschland war die unter Konrad Adenauer vorangetriebene Integration in das westliche Bündnissystem.¹⁴⁷ Nach dem Scheitern des EVG-Vertrages manifestierte sich diese Integration im Beitritt zur NATO.¹⁴⁸ Folglich muss die Bundeswehr im Kontext der NATO bzw. politisch der WEU gesehen werden. Nach Art. 24 Abs. 2, Art. 26 Abs. 2 und Art. 87a haben die deutschen Streitkräfte nur einen Teilauftrag und sind weder in noch außerhalb Europas offensiv einzusetzen.¹⁴⁹ Sie sollten lediglich der Verteidigung dienen. Franz Josef Strauß machte das in einer Debatte des Bundestages am 16. Juli 1955 öffentlichkeitswirksam deutlich: „Die deutschen Streitkräfte – und da kommen wir zu dem wesentlichen Punkte – im Rahmen der NATO haben [...] gar nicht mehr die Aufgabe, eine für sich allein stehende strategische Bedeutung im Sinne einer deutschen Militärmacht zu gewinnen. [...] Sie sind zusammen mit ihren taktischen Luftstreitkräften genau das, was sie sein sollen [...], nämlich eine Ergänzung und Verstärkung der NATO“¹⁵⁰. Im Gegenzug wusste sich die Bundesrepublik in einem System der kollektiven Verteidigung und dem Schutz der strategischen Atomwaffen der USA.¹⁵¹ Durch die Neuaufstellung der deutschen Streitkräfte erbrachte Westdeutschland einen eigenen militärischen Verteidigungsbeitrag für die Allianz, der vorher in Form von finanziellen Ausgleichszahlungen geleistet wurde.¹⁵²

Die Wiederbewaffnung und die Integration in die NATO waren auf zwei Ebenen für die Bundesrepublik wichtig.¹⁵³ Einerseits wirkten sie wie bereits oben erwähnt wie ein mili-

146 In der Bundesrepublik ging davon aus, dass die Sowjetunion eine starke konventionelle, mit Schwerpunkt auf der Panzerwaffe liegende, Armee hatte und in der Rüstung große Anstrengungen unternahm. Vgl. dazu Konrad Adenauer, Bericht zur politischen Lage vor dem engeren CDU-Bundesparteivorstand in Bonn (Palais Schaumburg), in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Konrad Adenauer. Reden 1917-1967, Stuttgart 1975, S. 431-442, hier: 433.

147 Konrad Adenauer über die Situation Deutschlands: „Uns kann nur eines retten, das ist die Einigkeit und die Einheit des Westens.“ Ebd., S. 437.

148 Vgl. Large, Die deutsch-amerikanische Verteidigungspartnerschaft, S. 331. Zum Scheitern des EVG-Vertrages vgl. Strauß, Die Erinnerungen, S. 260.

149 Vgl. Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 14.

150 Strauß, Die Erinnerungen, S. 198f.

151 Die Gefahr durch die Sowjetunion wurde von der Regierung Adenauer immer als sehr hoch eingeschätzt. „Die russischen Divisionen bei den konventionellen Truppen sind zwar, was die Zahl der Soldaten angeht, kleiner als die NATO-Divisionen, aber sie haben vielmehr Panzer. Sie haben ausgezeichnete Panzer.“ Adenauer, Bericht zur politischen Lage vor dem engeren CDU-Bundesparteivorstand, S. 433.

152 Vgl. Bontrup / Zdzrowomyslaw, Die deutsche Rüstungsindustrie, S. 36 u. Grams, Transatlantische Rüstungskoooperation, S. 98.

153 Vgl. Barth, Rüstung und Öffentlichkeit, S. 220.

tärisches Faustpfand. Denn „in der strategischen Ebene wirkt die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer intakten Verteidigungsvorbereitung und dem Potential – 500000 Soldaten im Frieden, 1,3 Millionen im Konfliktfall – als Faktor [nicht zuletzt für die Vereinigten Staaten] ein.“¹⁵⁴ Sie bildete damit ein probates Mittel, die Präsenz der USA in der Bundesrepublik zu erhalten und ein gleichberechtigter Partner der westlichen Verteidigungsgemeinschaft zu werden.¹⁵⁵

„Die Bundesregierung sieht in der bestehenden integrierten Verteidigungsorganisation und in der Stationierung alliierter Truppen in Deutschland an der Seite unserer eigenen Verbände, die durch nichts zu ersetzen ist, eine entscheidende Voraussetzung für unsere Sicherheit.“¹⁵⁶ Dies war wichtig, weil es trotz der Stärke der Bundeswehr nicht möglich gewesen wäre, ohne die Präsenz der Verbündeten, insbesondere aus Übersee, das Territorium der Bonner Republik adäquat abzusichern.¹⁵⁷ „Die Notwendigkeit einer ausreichenden Zahl sofort einsatzbereiter Verteidigungskräfte ist von den NATO-Partnern überwiegend anerkannt worden.“¹⁵⁸

Gerade die US-amerikanischen Streitkräfte in Europa und im Speziellen in Westdeutschland waren ein unverzichtbarer Bestandteil der Verteidigungskonzeption der Bundesrepublik. Denn eine Verteidigung Westeuropas ohne die Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion erschien unmöglich.¹⁵⁹ Letztendlich beruhte die Verteidigung Europas darauf, dass der Warschauer Pakt davon ausgehen musste, dass die USA jederzeit bereit wären, ihre Soldaten und ihr Territorium für die Bündnispartner aufs Spiel zu setzen.¹⁶⁰ Die Bundeswehrführung konnte umgekehrt ihre einzigartigen Erfahrungen im Kampf gegen Russland aus dem Ostfeldzug 1941 bis 1945 einbringen, über die kein anderer NATO-Staat verfügte.¹⁶¹

154 Hans-Georg Wieck, Die Bundesrepublik Deutschland und das Nordatlantische Bündnis - Rückblick und Perspektiven, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): 30 Jahre Bundeswehr 1955-1985. Friedenssicherung im Bündnis, Mainz 1985, S. 299-311, hier: S. 300f. Folglich waren die Vereinigten Staaten auch nicht sonderlich begeistert, als Franz Josef Strauß im Rahmen der Übernahme des Verteidigungsministeriums ankündigte, die Truppenstärke von 500000 auf 350000 Mann reduzieren zu wollen, die unter internationalem Druck zunächst von der Bundesregierung zugesagt wurden. Vgl. dazu Large, Die deutsch-amerikanische Verteidigungspartnerschaft, S. 333 u. Strauß, Die Erinnerungen, S. 270 u. 74.

155 Vgl. ebd., S. 332.

156 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1969, S. 19.

157 Vgl. Baumann, Gerhard: Devisenausgleichsabkommen als rechtlich-wirtschaftliches Problem, in: WEHRKUNDE 12 (1966), S. 628-634, hier: S. 633 u. Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Die grundlegenden Probleme der NATO, WEHRKUNDE 4 (1966), S. 176-178, hier: S. 177.

158 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1969, S. 20.

159 Vgl. Strauß, „Wehrpolitik – Wehrführung – Wehrtechnik“, S. 2.

160 Vgl. Guttenberg, Die grundlegenden Probleme der NATO, S. 177.

161 Vgl. Large, Die deutsch-amerikanische Verteidigungspartnerschaft, S. 329.

Als zweiter Aspekt der NATO-Integration ist die politische Komponente und Mitsprache zu sehen.¹⁶² Jedem Angreifer musste klar sein, dass ein Angriff auf ein Land des Bündnisses ein Angriff auf alle Partner wäre. Notwendig dazu war daher „das Prinzip der international gemischten Präsenz: Ein Angreifer muß in Mitteleuropa von Anfang an auf die Truppen einer möglichst großen Zahl von Verbündeten treffen. Die international gemischte Präsenz ist der sichtbare Ausdruck für die [politische] Unteilbarkeit des Bündnisses.“¹⁶³

Diese Vernetzung der Bundeswehr mit den anderen NATO-Staaten war für den politischen Erfolg der Abschreckung von immenser Bedeutung. Der sowjetische Außenminister Dimitri Fjodorowitsch Ustinow sagte dazu: „Der Unterschied zwischen der Bundeswehr und der Wehrmacht [...] liegt nicht etwa darin, daß die Bundeswehr anders ausgerüstet sei als die Wehrmacht. [...] Der Unterschied liege vielmehr darin, daß die Wehrmacht einen strategischen Krieg mit einer dafür nicht ausgelegten Ausrüstung aus einer schlechten strategischen Lage führen mußte. Die Bundeswehr aber sei militärpolitisches Instrumentarium der Bundesrepublik Deutschland, das sich in einem strategischen Bündnis, also nicht in Isolierung befinde.“¹⁶⁴ Er bewertete die Kampfkraft der bundesrepublikanischen Verbände als entsprechend hoch.

Für die Bundesrepublik war es insbesondere von Bedeutung, über die Waffen des Bündnisses mitzuentcheiden. In Anlehnung an Churchills gleichlautende Äußerung über Großbritannien machte Franz Josef Strauß im Bundestag klar: „Wenn wir keinen eigenen Beitrag leisten, können wir nicht sicher sein, daß die Mittel der anderen Mächte im Ernstfall so eingesetzt werden, wie wir es für richtig halten.“¹⁶⁵

Um welche Waffen es sich handelte, bei denen man ein Mitspracherecht wollte, wird schnell offensichtlich – taktische und strategische Atomwaffen. Als Mitgliedsstaat musste sich Deutschland an der übergeordneten NATO-Strategie orientieren. Die Diskussion darüber und damit über die Art der Bewaffnung für die Bundeswehr fand folglich nicht nur international, sondern auch in der deutschen Politik und militärischen Führung statt.

So einig man sich über das Konzept der Vorwärtsverteidigung und die Westintegration der Bundesrepublik in die NATO war, so erbittert wurde lange Zeit über die Ausrüstung der deutschen Truppen gestritten.¹⁶⁶ Franz Josef Strauß war einer der entschiedensten

162 Vgl. Barth, Rüstung und Öffentlichkeit, S. 220.

163 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1970, S. 28.

164 Wieck, Die Bundesrepublik Deutschland und das Nordatlantische Bündnis, S. 299.

165 Strauß, Die Erinnerungen, S. 198.

166 Vgl. Geyer, Deutsche Rüstungspolitik, S. 217.

Befürworter einer Nuklearbewaffnung, die für ihn eher einen politischen Wert zur Abschreckung und damit zur Verhinderung eines Krieges als einen militärischen hatte. Ziel war es nicht, einen möglichen Krieg zu gewinnen, sondern ihn zu verhindern.¹⁶⁷

Es „ergibt sich für uns als oberste politische Aufgabe [...] die Verhinderung des Krieges. Wir sagen nicht wie der Kollege Blachstein: Wie lehnen den Gedanken eines Krieges mit taktischen Atombomben leidenschaftlich ab. Wer garantiert uns denn, daß nicht nach dem Einsatz taktischer Atombomben als nächste Phase der Einsatz strategischer Atomwaffen beginnt? Wer garantiert uns denn, daß nicht nach dem Einsatz konventioneller Waffen in ständig steigendem Grade der Einsatz von ABC-Waffen kommt? Das oberste Ziel [...] ist, alles, aber auch alles zu tun für die Verhinderung des Krieges.“¹⁶⁸ Strauß wurde von großen Teilen der CDU/CSU unterstützt. Ihm in dieser Frage folgend war Bundeskanzler Konrad Adenauer ebenso ein Befürworter der nuklearen Teilhabe.¹⁶⁹

Für den späteren Verteidigungsminister aus Bayern war evident, dass „es [...] ein legitimes Anliegen der nicht-nuklearen Staaten [ist], die im Bündnis ihren Anteil auf konventionellem Gebiet für die Abschreckung die gemeinsame Verteidigung beitragen, an der nuklearen Verantwortung beteiligt zu werden.“¹⁷⁰ Strauß „dominierende[s] Motiv war, die Apokalypse des Krieges so zu steigern, daß [dieser] sich selber abschaffte, also die Abschreckung des Krieges durch die erschreckenden Folgen eines Krieges. Natürlich war bei der Einführung atomarer Waffenträger in der Bundeswehr auch der Gedanke der Wiedergewinnung deutscher Selbstständigkeit und Souveränität mit im Spiel.“¹⁷¹ Für Strauß lag der Schwerpunkt bei der Rüstung daher auf dem Aufbau einer taktisch-atomaren Luftwaffe und der entsprechenden Truppenteile des deutschen Heeres.¹⁷²

Die Opposition im Bundestag hingegen, namentlich die SPD, war mehrheitlich gegen eine atomare Bewaffnung, genauso wie die Bevölkerung.¹⁷³ Eine Große Anfrage zur

167 Vgl. Strauß, „Wehrpolitik - Wehrführung - Wehrtechnik“, S. 2.

168 Strauß, Die Erinnerungen, S. 198.

169 Vgl. Bald, Die Atombewaffnung der Bundeswehr, S. 205; Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen, S. 80 u. 218; Gablik, Strategische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 205f; Lemke, Vorwärtsverteidigung, Integration, Nuklearisierung, S. 36.

170 Strauß, Allianz zwischen zwei Kontinenten, S. 36;

171 Ders., Die Erinnerungen, 328.

172 Vgl. Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen, S. 213; Strauß, Erinnerungen, S. 198, 282, 328 u. 373. Einige konservative Politiker wie der CSU-Bundestagsabgeordnete Karl-Theodor zu Guttenberg plädierten sogar für eine europäische Atommacht die in enger Zusammenarbeit mit den USA stehen sollte. Er hielt sie für viel realistischer als eine transatlantische. Solange die Vereinigten Staaten alleine das A-Waffenmonopol besäßen, sei Europa im „ungleichgewichtigen Gleichgewicht“ des Bündnisses gefangen. Vgl. dazu Guttenberg, Die grundlegenden Probleme der NATO, S. 178.

173 Bei einer Umfrage des Allensbach Instituts sprachen sich im März 1956 32 Prozent für und 49

Atombewaffnung am 2. April 1957 lief jedoch ins Leere.¹⁷⁴ „Die Diskrepanzen zwischen den die Fakten erahnenden Abgeordneten und der erklärten und vertretenen Politik der Regierung waren immens. Die Opposition im Parlament erlebte ein Schauspiel, das der eigenen Handlungsohnmacht“¹⁷⁵ und konnte sich zunächst nicht durchsetzen.

Der politische Vorstoß von US-Außenminister Robert McNamara, die konventionelle Ausrüstung der Streitkräfte in Europa zu stärken, stieß bei Strauß auf wenig Gegenliebe, obwohl er Befürworter einer flexiblen NATO-Strategie war. Denn für ihn war die volle nukleare Teilhabe der Bundeswehr elementarer Bestandteil der deutschen Verteidigungspolitik.¹⁷⁶ „Die damit verbundene Aufwertung der konventionellen Streitkräfte war [hingegen] Munition für die Gegner des [deutschen] Verteidigungsministers, der in ihren Augen den Abschreckungsgedanken überbetonte und in erster Linie die Luftwaffe unterstützte.“¹⁷⁷

Auch wenn die nukleare Bewaffnung der Bundeswehr für ihn ein Wunschtraum blieb, konnte er Erfolge verbuchen. Mit dem Kampfflugzeug F84 F stattete er 1957 die Luftwaffe mit einem Waffensystem aus, das taktische Atomwaffen tragen konnte.¹⁷⁸ Die vom Luftwaffengeneral und NATO-Oberbefehlshaber Nordstad maßgeblich betriebene MC 70 der NATO und die darin vorgesehene Bewaffnung der NATO-Heerestruppen mit taktisch-atomaren Startgeräten¹⁷⁹ begrüßte er aus drei Gründen: Erstens verfügte der Gegner im Osten ebenfalls über diese Mittel, zweitens um bei Gegenmaßnahmen nicht gleich auf strategische Atomwaffen angewiesen zu sein und drittens um die Sowjets daran zu hindern, die Schwachstellen in der Verteidigung dadurch ausmachen zu können, indem sie nur Partner ohne atomar-taktische Komponente gezielt angriffen.¹⁸⁰

Tatsächlich rüstete die Bundeswehr in den Jahren 1958 bis 1963, nachdem die Luftwaffe bereits taktisch-atomar Einsätze fliegen konnte, das Heer mit den Waffen-

Prozent gegen eine atomare Bewaffnung aus, im September 1960 sogar nur noch 23 Prozent dafür und wiederum 49 Prozent dagegen aus. Vgl. dazu Noelle / Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1958-1964, S. 471.

174 Vgl. Bald, Die Atombewaffnung der Bundeswehr, S. 206.

175 Ebd., S. 208.

176 Vgl. Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen, S. 307; Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 112. Später revidierte Strauß seine Meinung über die nukleare Bewaffnung der Bundeswehr bzw. schränkte seine früheren Aussagen ein, wonach nur eine nuklear bewaffnete Bundesrepublik ihre volle Verteidigungsfähigkeit hätte. Strauß lobt 1966 den Zustand der Bundeswehr stark und sagte: „Bewaffnung und Ausrüstung geben allen Verbänden hohe Feuerkraft und Beweglichkeit.“ Strauß, Allianz zwischen zwei Kontinenten, S. 38.

177 Vgl. Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 112.

178 Vgl. Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen, S. 274.

179 Vgl. Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 105.

180 Vgl. Enders, Franz-Josef Strauß - Helmut Schmid und die Doktrin der Abschreckung, S. 104f.

systemen Nike, Honest John und Matador aus, die alle Atomsprengkörper verschießen konnten.¹⁸¹ In direktem Zusammenhang damit ist auf den zweiten Bereich einzugehen, aus dem Strauß teilweise heftiger Widerstand entgegengebracht wurde: Dem Bundesverteidigungsministerium und der deutschen Generalität, insbesondere der des deutschen Heeres.

Die Bundeswehr- und vor allem die Heeresführung der ersten Jahre war geprägt von führenden Köpfen der ehemaligen Operationsabteilung der deutschen Wehrmacht und damit von der Kriegsführung im Osten. Dort hatte sie erlebt, welche Wucht panzerstarke, konventionelle Truppen in beweglicher Operation erreichen konnten. Franz Josef Strauß sah in ihren militärischen Vorstellungen altmodische Truppenführer, die die neue Zeit nicht verstanden. „Für die anderen Offiziere waren mit der Wandlung der Apokalypse alle Gesetze des bisherigen Kriegsführung praktisch außer Kraft gesetzt. Zu dieser ‚nuklearen Kriegsverbotschule‘ gehörten der Führungsstab der Luftwaffe einschließlich Kammhubers und ein Teil des Führungsstabes des Heeres. Die Konfrontation zwischen beiden Denkschulen spiegelte sich selbstverständlich auch im Verteidigungsministerium. Nachdrücklich ist mir eine Abteilungsleiterbesprechung im Gedächtnis, zu der ich einige kritische Obristen aus dem Führungsstab des Heeres gegen Jahresende 1962 eingeladen hatte. Aus dem Gesicht des damaligen Oberst i.G. Heinz Guderian schlug mir nackte Feindseligkeit entgegen, was nicht nur mit Differenzen über die Heeresstruktur und Mobilmachungsfragen, sondern auch damit zusammenhängen mochte, daß ich über seinen Vater [...] nicht eben freundlich geurteilt hatte.“¹⁸²

Das Misstrauen der Heeresführung war nicht zuletzt dadurch geprägt, dass es natürlich um die Verteilung der Ressourcen ging. Der Verteidigungsminister legte Strauß seinen Schwerpunkt bei den Teilstreitkräften aufgrund seiner strategischen Ansichten eindeutig fest. „Bezüglich der Fähigkeiten und Möglichkeiten der einzelnen Waffengattungen gibt es wechselnde und zwangsläufig auch widersprüchliche Ansichten. Ich hatte beim Aufbau der Bundeswehr, ohne jede Geringschätzung von Heer und Marine, [...] Präferenzen. Die für die Luftwaffe ergab sich aus den strategischen Notwendigkeiten durch das Aufkommen der nuklearen Waffen“¹⁸³. Sie gewann in der NATO-Strategie einen relativen Bedeutungsgewinn, da sie eine wichtige Rolle für die Abschreckung und

181 Vgl. Pommerin, Von der „massive retaliation“ zur „flexible response“, S. 531.

182 Strauß, Die Erinnerungen, S. 372f.

183 Ebd., S. 282.

im atomaren Gefecht zu spielen hatte.¹⁸⁴ Der Verteidigungsminister wurde dafür von seinen Gegnern stark angegriffen.¹⁸⁵ „Meine konservativen Kritiker warfen mir im Zuge der Auseinandersetzung [...] vor, daß ich den ‚normalen Krieg‘ ablehnen, aber den Atomkrieg befürworten würde. Diese Offiziere, allesamt vom Heer, kritisierten des weiteren, daß ich eine Luftwaffe aufgebaut hätte, die weit überzogen sei – dabei entsprach unsere Luftwaffe maximal 70 Prozent dessen, was im NATO-Dokument MC-70 von uns verlangt worden war.“¹⁸⁶ Dennoch existierte die Angst bei einer Mehrheit der Heeresgeneralität, dass das Heer langfristig gegenüber der Luftwaffe in der Bedeutungslosigkeit verschwinden würde.¹⁸⁷

Strauß war keineswegs ein Befürworter einer einseitigen militärischen Aufrüstung, sondern immer Vertreter einer abgestuften Abschreckung, jedoch nicht der flexible response Überlegungen der Kennedy-Administration. Den entscheidenden Unterschied sah er darin, dass beim Konzept der flexiblen Antwort die Nuklearschwelle so hoch gehoben wurde, dass ein Krieg wie in Vietnam auch in Europa möglich erschien.¹⁸⁸ Folglich wies er die von US-Außenminister Rusk ins Spiel gebrachte Option, ein konventioneller Angriff in Europa solle auch nur konventionell beantwortet werden, entschieden zurück.¹⁸⁹ Zu keinem Zeitpunkt sollte für den Warschauer Pakt gewiss sein, auf welche Weise der Westen antworten würde.¹⁹⁰ Dementsprechend hatte Strauß „aufgrund der sich ständig verändernden Bedeutung der Nuklearwaffen in der Verteidigungsstrategie der NATO [...] seit seinem Amtsantritt im Übrigen auch konventionelle Waffensysteme gefordert, die auf einem nuklearen Gefechtsfeld bestehen konnten und den Soldaten Schutz gegen atomare Strahlung bieten sollten.“¹⁹¹ Das Heer musste in seinen Augen sowohl im konventionellen wie auch atomartaktischen Bereich bestmöglich aufgestellt werden, was natürlich enorme Kosten erzeugte.¹⁹²

Zur absoluten Führungsspitze der Bundeswehr hatte Strauß grundsätzlich ein gutes Verhältnis. So schrieb er in seinen Memoiren: „Zu meinen wichtigsten Beratern, mit

184 Vgl. Hammerich, Der Fall „MORGENGRUSS“, S. 301.

185 Gemeint ist die Debatte, nachdem Strauß und Oberst Gerd Schmückle ihre Ansicht, dass ein Atomkrieg nicht steuerbar sei, am 26.01.1962 in CHRIST und WELT auch der Öffentlichkeit in Form eines Artikels präsentierten. Vgl. dazu Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 112.

186 Strauß, Die Erinnerungen, S. 373.

187 Vgl. Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 114.

188 Vgl. Enders, Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung, S. 145f u. Strauß, „Wehrpolitik - Wehrführung - Wehrtechnik“, S. 3.

189 Vgl. Enders, Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung, S. 134.

190 Vgl. ebd., S. 108.

191 Kollmer, „Klotzen nicht kleckern!“, S. 515f.

192 Vgl. Enders, Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung, S. 107f.

denen ich in unzähligen Einzelgesprächen schon lange vor meiner Ernennung zum Verteidigungsminister die strategische Lage und Probleme beim Aufbau der Bundeswehr immer wieder durchgesprochen hatte, zählten die Generale Heusinger und Speidel. [...] Speidel, militärischer Berater von Konrad Adenauer und Mitarbeiter im Amt Blank, war ein hochgebildeter, sehr sympathischer Mann, urban, mit noblen Umgangsformen, der Prototyp des schwäbischen Offiziergelehrten.“¹⁹³ Als er jedoch im Rahmen seiner Tätigkeit als Bundesverteidigungsminister in einer seiner ersten wichtigen Amtshandlungen die Reduktion der Aufwuchsstärke auf 350000 verkündete, musste er diese Entscheidung gegen den massiven Widerstand von Generalinspekteur Adolf Heusinger und dem ersten Inspekteur des Heeres Hans Röttiger durchsetzen.¹⁹⁴

Mit Strauß als Verteidigungsminister blieb der deutschen militärischen Elite nur die Chance die Nuklearisierung zu akzeptieren und irgendwie in ihr Konzept zu integrieren, wie Heusinger es tat: „Wir wollen keine atomare Bewaffnung der Bundeswehr, wir wollen dem deutschen Soldaten die Möglichkeit geben, sich mit Atomwaffen verteidigen zu können, wenn ein Angreifer uns dazu zwingen sollte und die NATO uns die Atomköpfe für die Waffen zur Verfügung stellt.“¹⁹⁵ Heusinger vertrat dabei aber vehement die Ansicht, die konventionelle Präsenz so hoch wie möglich zu halten, um die Einsatzschwelle für den strategischen Atomwaffeneinsatz anzuheben und damit die amerikanische Position entgegen seinem Verteidigungsminister Strauß.¹⁹⁶ Das Heer musste daher den Spagat zwischen teurer Modernisierung der konventionellen Kräfte und teuren atomfähigen Waffen schaffen.¹⁹⁷

Nach dem Rücktritt von Strauß im Zuge der SPIEGEL-Affäre¹⁹⁸ gewannen die politischen und militärischen Befürworter einer stärkeren konventionellen Bewaffnung, durch die Signale aus Washington im Zeichen der flexible response zusätzlich ermutigt, innerhalb von wenigen Jahren die Oberhand. Alle weiteren Pläne, die Bundeswehr atomar zu bewaffnen, ließen sich nicht realisieren. Lediglich die bereits beschafften

193 Strauß, Die Erinnerungen, S. 281.

194 Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen, S. 79. Neben der Generalität der Bundeswehr wollten 1956 nur noch Belgien, Niederlande und Luxemburg weiter auf eine starke konventionelle Rüstung setzen. Vgl. dazu ebd.

195 Vortrag Heusingers an der Universität Heidelberg am 19.01.1959, vgl. SRIF Beiheft 3/87, S. 310. Zit. in: Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen, S. 232f.

196 Vgl. Baumann, Devisenausgleichsabkommen als rechtlich-wirtschaftliches Problem, S. 633.

197 Vgl. Hammerich, Der Fall „MORGENGRUSS“, S. 303.

198 Hatte Strauß bei seinem Amtsantritt noch bei 19 % einen guten und nur bei 6 % der Befragten des Allensbach-Instituts einen schlechten Eindruck hinterlassen, so änderte sich das Bild zum Ende seiner Amtszeit. 57 % fanden seinen Rücktritt gut, nur 9 % bedauerten ihn. Nicht allein die SPIEGEL-Affäre, sondern auch seine Haltung zur atomaren Beaffung der Bundeswehr dürfte dabei eine Rolle gespielt haben. Vgl. dazu Noelle/ Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1958-1964, S. 311-314 u. 477f u. dies. / ders. (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1965-1967, Allensbach 1967, S. 222f u. 227.

Trägersysteme für eine taktische Atomwaffennutzung blieben im Bestand der Bundeswehr, die Sprengköpfe jedoch in amerikanischer Hand.¹⁹⁹ Abgelöst wurde Franz Josef Strauß durch den in Bonn völlig unerfahrenen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel, unter dem die Generalität wieder mehr an Einfluss gewinnen konnte.²⁰⁰ Einige Male gelang es Generalinspekteur Ulrich De Maizière sogar gegen den Willen des Verteidigungsstaatssekretär Gumpel bei von Hassel Personalentscheidungen durchzusetzen, nicht zuletzt 1966 die Besetzung seiner Nachfolge als Inspekteur des Heeres durch Generalleutnant Josef Moll. Von ihm wurde erwartet, dass er Ruhe in das von Umwälzungen bewegte Heer bringen sollte, das eine Konsolidierung so dringend nötig hatte.²⁰¹ Der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Adorno, fasste die Erwartungen an die zukünftigen Streitkräfte wie folgt zusammen: „Die Bundeswehr muß wechselnden Aufgaben gerecht werden können, in sich ausgewogen und flexibel in der Struktur sein. [...] Der Schwerpunkt liegt in der konventionellen Bewaffnung“.²⁰²

Auf die konkrete Konzeption ging die Bundesregierung in ihrem Weißbuch ein. „Angesichts der nuklearen Bewaffnung des Warschauer Paktes sind nukleare Waffen gegenwärtig ein unverzichtbares Mittel der Abschreckung. Als Mittel der Verteidigung können sie wegen ihrer eskalierenden und zerstörerischen Wirkung jedoch nur im äußersten Falle eingesetzt werden.“²⁰³ Das hieß im Umkehrschluss, dass im Falle eines Konfliktes, gemäß der NATO-Strategie, ein Angriff mit möglichst starken konventionellen Waffen abwehren worden wäre.

Glaubt man der Aussage des Verteidigungsstaatssekretärs Adorno über den Zustand der Bundeswehr vor dem Verteidigungsausschuss 1967, hatten Politik und Militärführung scheinbar rechtzeitig die Weichen gestellt. „Die Doktrin der flexible response war in der Praxis militärischer Planungen bereits seit dem Jahre 1962/63 wirksam geworden. [...] Die Bundeswehr hat sich seit Jahren auf dieses Konzept und seine Konsequenzen eingestellt [...]. So ist die konventionelle Feuerkraft der Landstreitkräfte ständig

199 Die Freigabe der Sprengköpfe sollte nach dem Mac Mahon Act erfolgen: Sie lagerten grundsätzlich in amerikanischen Händen und nach Freigabe durch amerikanischen Präsidenten von den NATO-Partnern zu benutzen gewesen. Vgl. dazu Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen, S. 233.

200 Vgl. Gablik, Strategische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 320. Der von ihm 1964 zum Inspekteur des Heeres und 1966 zum Generalinspekteur ernannte Ulrich de Maizière hielt von Hassel für die beste Lösung nach dem Straußrücktritt und schätzte von Hassel sehr, obwohl die beiden nie eine tiefe Freundschaft verband. Zimmermann, Ulrich de Maizière, S. 270f.

201 Vgl. Zimmermann, Ulrich de Maizière, S. 266f.

202 Bericht des Verteidigungsstaatssekretärs über den Stand der Bundeswehrplanung in Zusammenhang mit der mittelfristigen Finanzplanung, Protokoll der 58. Sitzung des Ausschusses der Verteidigung vom 07.09.1967. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A5/5 Prot. 58, S. 22.

203 Ebd.

verstärkt worden. Diese Entwicklung wird weiterhin fortgesetzt.²⁰⁴ Die gemeinsame Einführung der Kampfpanzer- und der Schützenpanzerfamilie hatte dabei einen entscheidenden Anteil. Staatssekretär Adorno brachte die Vorteile des Kampfpanzers bei der Vorlage des vierten LEOPARD 1-Loses im Verteidigungsausschuss deutlich zum Ausdruck und erläuterte dass man auf beide Fahrzeugtypen angewiesen war: „Vergleicht man andere Panzerabwehrsysteme mit dem Kampfpanzer, so ergibt sich, daß erstens der Panzerjäger Kanone zwar auch angriffsweise eingesetzt werden kann, jedoch nur in einem Gelände, das die Waffenwirksamkeit des Feindpanzers auf eine Hauptrichtung einschränkt [...] und daß zweitens der Panzerjäger Rakete und die Panzerabwehrkanone nur defensiv [...] kämpfen können. Keines dieser Waffensysteme kann daher den Kampfpanzer in seiner doppelten Funktion – taktische Angriffswaffe und Panzerbekämpfung ersetzen.“²⁰⁵ Gerade die Forderung nach begrenztem Angriff und Panzerabwehr durch konventionelle gepanzerte Einheiten hatte in den Planungen der militärischen Führung des Heeres eine große Bedeutung.²⁰⁶

II.3 Strategische Pläne des deutschen Militärs – die Rolle der gepanzerte Truppen

Vor der Beschaffung von Waffensystemen eines Landes steht zunächst immer die Festlegung der strategischen Konzeption der Streitkräfte durch die oberste militärischen Führung. Im Falle der Kampf- und Schützenpanzerprogramme müssen zunächst die Überlegungen der Bundeswehrführung als Ganzes und dann in einem zweiten Schritt die des deutschen Heeres betrachtet werden.

Wie im vorherigen Kapitel dargelegt, stand für Politiker aller Couleur die politische und militärische Westintegration der Bundesrepublik außer Frage. Die deutsche Generalität schloss sich dieser Position an. Nach Beginn des Koreakrieges schrieben die ehemaligen Wehrmachtsgeneräle Heusinger, Speidel und Foertsch einen Brief an den Bundeskanzler, in dem sie die Überzeugung des Militärs zum Ausdruck brachten: „Westdeutschland kann nie aus eigener Kraft seine äußere Sicherheit herstellen, sondern bleibt in diesem Bestreben abhängig von der Erkenntnis der Westmächte, daß die

204 Ebd., S. 4.

205 Beratung über die Beschaffung des 4. Loses LEOPARD 1 Panzer, Protokoll der 59. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 05.10.1967. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A5/5 Prot. 59, S. 32.

206 Abschnitt teilweise übernommen. Vgl. dazu Haslinger, Verteidigungspolitik und Ausrüstung, S. 19f.

Herstellung dieser Sicherheit nicht allein im deutschen, sondern im westlichen Gesamtinteresse liegt.“²⁰⁷ Mit der Verschärfung des Kalten Krieges, unter dem Einfluss der Ersten Berlinkrise und des Koreakrieges wuchs die Einsicht der Westalliierten, dass man im Ost-West-Konflikt nicht auf die Aufstellung von Streitkräften durch die Bundesrepublik Deutschland verzichten konnte.

Als sich die Westmächte im September 1950 endgültig für einen deutschen Verteidigungsbeitrag entschieden hatten, gab Bundeskanzler Konrad Adenauer ein Gutachten in Auftrag, das zum Ziel hatte, die militärischen Erfordernisse für die zukünftige Ausrüstung einer neuen deutschen Armee zu definieren.

15 hochrangige ehemalige Soldaten, davon zehn im Generals- oder Admiralsrang trafen sich zum diesem Zweck im Herbst 1950 im Eifelkloster Himmeroder, nach dem die Ergebnisse später benannt wurden: Die Himmeroder Denkschrift, die am 9. Oktober 1950 fertiggestellt wurde.²⁰⁸ Unter den Anwesenden waren viele Offiziere wie Baudissin, Kielmanssegg, Speidel, Röttiger, Krüger, Ruge und Heusinger, die die ersten Jahre der jungen Streitkräfte als Bundeswehrgeneräle entscheidend prägen sollten. Sie wurden entweder Generalinspekteur wie Heusinger, Inspektore einer Teilstreitkraft wie Röttiger oder Oberbefehlshaber in NATO-Kommandostellen wie Speidel.²⁰⁹

Wolf Graf von Baudissin wollte in Himmerod grundlegend Neues schaffen, ohne sich an die Wehrmacht anzulehnen. „Doch er vermochte den radikalen Neuanfang nur anzuvizieren, durchgesetzt hatten sich in der Denkschrift die Kategorien und Sprachfiguren der unmittelbar militaristisch geprägten Vergangenheit. Sie entstammten zudem der Vorstellungs- und Erfahrungswelt des Ostfeldzugs im Zweiten Weltkrieg.“ Das war durchaus gewollt und „kein Zufall; denn der Kreis der ausgewählten Offiziere verkörperte die personelle Kontinuität zwischen Wehrmacht und Bundeswehr.“²¹⁰

Vor der Gründung der Bundeswehr wurden allein 40 ehemalige Generäle und Admiräle der Wehrmacht im Amt Blank eingestellt. In der jungen Armee fanden sich dann überwiegend Repräsentanten des ehemaligen Generalstabs des Heeres, vor allem aus der Operationsabteilung des Ostfeldzuges. Zu nennen sind hier vor allem Adolf Heusinger,

207 Enders, Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt, S. 33.

208 Vgl. für die gesamte Denkschrift Rautenberg / Wiggershaus, Die „Himmeroder Denkschrift“, S. 36-58.

209 Vgl. Enders, Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung, S. 33; Large, Die deutsch-amerikanische Verteidigungspartnerschaft, S. 327 u. Rautenberg / Wiggershaus, Die „Himmeroder Denkschrift“, S. 18f.

210 Vgl. Detlev Bald, Alte Kameraden. Offizierkader in der Bundeswehr, in: Breymayer, Ursula / Ulrich, Bernd / Wieland, Karin (Hrsg.): Willensmenschen. Über deutsche Offiziere, Frankfurt am Main 1999, S. 50-64, hier: S. 50.

Hans Speidel, Johann-Adolf Graf Kielmannsegg, Ulrich de Maizière und Bogislaw von Bonin.²¹¹ Die personelle förderte natürlich eine gewisse militärstrategische Fortsetzung der Ideen aus der Wehrmachts-, insbesondere der Heeresführung. Die 15 Offiziere brachten einen großen Erfahrungsschatz aus Truppenführung und Generalstabsdienst, aus Theorie und Praxis in die Denkschrift mit ein.²¹² Eine der ersten Äußerungen eines hohen Wehrmachtsoffiziers nach dem Krieg war eine von General Hans Speidel 1948 verfasste Denkschrift, in der er sich mit der außenpolitischen Situation des Westen auseinandersetzte. „Je weiter die Verteidigungslinie für die atlantische Welt nach Osten verlegt wird, [...] desto mehr ist die Gewähr für eine Sicherung Westeuropas gegeben.“²¹³ Außerdem plädierte er für eine bewegliche Operationsführung, die sich um starke Eckpfeiler der Verteidigung in Nord- und Süddeutschland gruppieren sollte. Speidels Gedanken von 1948 wurden in Himmerod wieder aufgegriffen.²¹⁴

Zu beachten sind drei Determinanten der Denkschrift vom Oktober 1950, aus denen heraus die damalige Situation und der Erfahrungsschatz der Offiziere zu sehen sind. Erstens fanden strategische Nuklearwaffen sowohl in politischer als auch militärischer Hinsicht so gut wie gar keine Erwähnung, zweitens ging die Verfasser von den Erfahrungen der großräumigen Bewegungsschlachten des Weltkriegs sowie einer Priorität dieser Landgefechte aus und drittens wurde die sowjetische Bedrohung mit 175 Divisionen als sehr hoch eingeschätzt und zum Maßstab für die eigenen Verteidigungsbemühungen benommen.²¹⁵

Zunächst plädieren die Soldaten für eine gleichberechtigte Teilhabe Westdeutschlands in einem gemeinsamen Bündnis. „Deutschland darf auf dem Lande nicht als Vorfeld einer am Rhein etwa beabsichtigen Hauptverteidigung angesehen werden.“²¹⁶ Ziel sei „die militärische Gleichberechtigung der westdeutschen Bundesrepublik im Rahmen der europäisch-atlantischen Gemeinschaft.“²¹⁷ Die Vorneverteidigung wurde als gemeinsame Strategie aller militärischen Partner propagiert. „Der westeuropäische Raum muß *soweit ostwärts wie möglich* verteidigt werden. Seine operative Tiefe ist im Zeitalter des

211 Vgl. Bald, *Alte Kameraden*, S. 51 u. Hammerich, *Ostfronterfahrungen*, S. 251. Ende 1959 hatten von 14900 Berufsoffizieren 12360 bereits in der Wehrmacht gedient. Dazu kamen noch circa 300 aus den Reihen der SS. Vgl. Bald, *Alte Kameraden*, S. 51.

212 Vgl. Rautenberg / Wiggershaus, *Die „Himmeroder Denkschrift“*, S. 20.

213 Enders, *Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung*, S. 32.

214 Vgl. Buchholz, *Strategische und militärpolitische Diskussionen in Deutschland*, S. 134 u. Enders, *Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung*, S. 34.

215 Vgl. ebd. u. Rautenberg / Wiggershaus, *Die „Himmeroder Denkschrift“*, S. 25.

216 Ebd., S. 37.

217 Ebd.

Motors und der Luftwaffe an sich schon sehr gering.“²¹⁸ Dabei sollte die Abwehr des Gegners so offensiv wie möglich erfolgen. „Daß diese Kampfhandlungen möglichst bald auf ostdeutschem Gebiet vorgetragen werden, muß mit allen Mitteln angestrebt werden.“²¹⁹

Die in Westdeutschland stationierten Truppen sollten so stark sein, dass sie dem ersten Angriff des späteren Warschauer Paktes widerstehen und durch die Verstärkung aus dem rückwärtigen Gebiet in den begrenzten Angriff übergehen konnten. In der Denkschrift heißt es dazu dass „die in Westdeutschland stehenden 25 Divisionen [...] die gepanzerte Faust [ist], die den Sowjets entgegengehalten wird, und unter deren Schutz die rückwärtigen westeuropäischen und amerikanischen Streitkräfte heraneilen, um den Gegenschlag zu führen.“²²⁰

Die Panzertruppe sollte dabei den Schwerpunkt der Verteidigung und damit der Wiederaufrüstung bilden, ähnlich wie sie es bei den Sowjets für den Angriff war.²²¹ Damit knüpfte man an klassische Tradition des operativen deutschen Generalstabsdenkens an. Die Verteidigung sollte nicht linear von den gepanzerten Kräften geführt und der Feind folglich in einer Vernichtungsschlacht eingekesselt, aufgerieben und zurückgetrieben werden.²²²

Bei der Ausstattung der zwölf geplanten Panzerdivisionen sollte darauf geachtet werden, dass „die Bewaffnung und Ausrüstung der Panzer-Divisionen, der Korps-Stäbe und Korps-Truppen [...] nicht aus veraltetem Material der Westmächte bestehen [darf], sondern aus neuzeitlichen Waffen und Gerät.“²²³

Aus den Erfahrungen bei Nachschub und Ersatzteilversorgung während des Zweiten Weltkrieges legten die Offiziere besonderen Wert auf Typeneinheit bei den zu beschaffenden Waffen. „Sofern beabsichtigt ist, einen Teil der Waffenherstellung in Deutschland durchzuführen, wäre streng darauf zu achten, daß es sich um dieselben Typen wie die der amerikanischen Armee handelt, da sich aus der bei Nichtbefolgung dieser Richtlinie entstehenden Vielzahl der Typen die größten Nachteile für Nachschub und Instandsetzung ergeben würden.“²²⁴

218 Ebd., S. 39.

219 Ebd., S. 40. Meyer-Detring weist auf einen speziellen Aspekt zum Thema Vorverteidigung hin: Der Begriff sei irreführend, weil der Feind immer Anfangserfolge verbuchen und Gelände besetzen wird. Das ist korrekt, jedoch führt das nicht dazu, dass der Begriff Vorverteidigung irreführend ist. Vgl. dazu Meyer-Detring, Konventionelle Verteidigung Mitteleuropas, S. 289.

220 Ebd., S. 41.

221 Vgl. ebd., S. 18-20.

222 Vgl. Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen in Deutschland, S. 130.

223 Rautenberg / Wiggershaus, Die „Himmeroder Denkschrift“, S. 44.

224 Ebd.

Die Überlegungen der Offiziere hatten große Bedeutung. „Grundlage für die Organisation, Ausbildung und Führung der neuen Streitkräfte bildete die Himmeroder Denkschrift.“²²⁵ Vorneverteidigung und Verteidigung im Bündnis waren bei der militärischen Führung der Bundeswehr genauso unumstritten wie in der Politik. Diese beiden Gedankenstränge der Denkschrift wurden folglich übernommen.²²⁶ Dass die Bundeswehr den Auftrag hatte, eine abschreckende Wirkung auf die Truppen des Warschauer Paktes auszuüben und einen möglichen Angriff von der Ostsee bis zu den Alpen abzuwehren stand ebenfalls nicht zur Debatte.²²⁷

Streit entzündete sich aber innerhalb der Bundeswehrgeneralität um die richtige Schwerpunktsetzung innerhalb der Streitkräfte²²⁸ und letztendlich auch um die Frage der atomaren Bewaffnung der Armee, vor allem zwischen der Luftwaffenführung, die sich wie Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß für eine atomwaffenfähige Ausrüstung stark machte, und dem Führungsstab des Heeres, der eher in klassischen militärischen Schemata dachte. Eine Versteifung auf eine rein atomare Strategie wurde von vielen Heeresgeneralen als Verengung der Operationsführung kritisiert.²²⁹

Ein Sprecher des Bundesministeriums der Verteidigung beschrieb 1962 die angespannte Situation wie folgt: „Es gibt Generale, die sich darauf versteifen, ein Krieg in Europa dauere nicht länger als 48 Stunden. Andere sprechen von 48 Monaten. Die Differenz beider Zahlen spiegelt die geistige Entfernung wider, die Luftwaffen- und Heeresexperten im allgemeinen voneinander trennt, sobald die Rede auf das Kriegsbild unserer Tage kommt.“²³⁰

Auch Strauß ahnte schon längere Zeit, dass sich ein Konflikt anbahnte. Insbesondere Generalinspekteur Heusinger, der die atomare Bewaffnung zwar nicht grundlegend ablehnte, ihr aber sehr skeptisch gegenüberstand,²³¹ lag im Streit mit dem Heeresgeneral Kielmannsegg²³² und dem Inspekteur der Luftwaffe Josef Kammhuber, die die atomare

225 Speidel, *Aus unserer Zeit*, S. 337.

226 Vgl. Gablik, *Strategische Planungen in der Bundesrepublik*, S. 272. Lediglich zwei Offiziere vertraten eine Abweichende Meinung. Oberst von Bonin wollte, dass die Bundeswehr aus der NATO ausscheiden sollte und nur auf nichtnukleare Verteidigung setzen sollte. General Trettner plädierte für einen Atomminengürtel an der innerdeutschen Grenze. Vgl. dazu Enders, *Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung*, S. 35.

227 Vgl. Beckmann, *Schild und Schwert*, S. 11.

228 Vgl. Thoß, *Einführung*, S. 6.

229 Vgl. Gablik, *Strategische Planungen in der Bundesrepublik*, S. 298f. General De Maizière widersprach in diesem Punkt. Er ging davon aus, dass das durch erhöhte Beweglichkeit die Operationsführung im atomaren Gefecht möglich ist. Vgl. dazu De Maizière, *Die Konzeption des Heeres*, S. 65.

230 Enders, *Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt*, S. 35f.

231 Vgl. Lemke, *Vorwärtsverteidigung, Integration, Nuklearisierung*, S. 38.

232 Vgl. zur Atomwaffenstrategie von Kielmannsegg Gablik, *Strategische Planungen in der Bundesrepublik*, S. 297f.

Kampfführung favorisierten, während er und die Marineführung die Pläne von Strauß äußerst kritisch beäugten.²³³ Den Ärger der Heeresgeneräle bekam Strauß als Verteidigungsminister zu spüren. „Sie wehrten sich gegen die von der Luftwaffe beanspruchte Dominanz. Hier trat ein tiefer Riß innerhalb der Bundeswehr zu tage, der sich seit meiner Amtsübernahme angedeutet hatte. [...] Der Heeresinspekteur General Röttiger, war zunächst grundsätzlich gegen atomare Waffenträger in der Bundesrepublik, der Luftwaffeninspekteur, General Kammhuber, war dafür, der Generalinspekteur, General Heusinger, hat sich auf den Standpunkt gestellt: ‚Ja, wenn es sein muß, aber es ist furchtbar!‘ Die Marine [...] war an dem Streit weniger beteiligt. Das Offizierkorps spaltete sich etwa auf der Etage der Obristen: auf der einen Seite stand als einer der Wortführer Schmückle, auf der anderen der junge Guderian.“²³⁴

Durch den Verteidigungsminister unterstützt, erhielt die Luftwaffe mit dem Starfighter ein atomwaffenfähiges Flugzeug.²³⁵ Der Führungsstab der Bundeswehr und die Luftwaffenführung kamen mit der NATO-Strategie der massiven Vergeltung überein, während der Führungsstab des Heeres eine andere Auffassung vertrat. Hier zeigte sich die Zerrissenheit vieler Heeresgeneräle wie dem Heusinger-Vertrauten und Panzerfachmann Röttiger zwischen den neuen Kriegsszenarien der aktiven Generalstabsoffiziere auf der einen und ihren Erfahrungen aus dem Rußlandfeldzug auf der anderen Seite.²³⁶

Sie wussten, dass Deutschland im Konfliktfall das Schlachtfeld sein würde und wollten eine atomare Kampfführung nicht zuletzt deswegen verhindern.²³⁷ Außerdem gingen die Heeresoffiziere davon aus, dass ein Angriff der Sowjets durch Atomwaffen niemals völlig aufzuhalten wäre.²³⁸ „Dass sie sich dabei an den tradierten Auffassungen des deutschen Generalstabs orientierten, lag nicht an der geistigen Unflexibilität der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere, sondern am vorausschauenden Abwägen der Möglichkeiten eines sowjetischen Angriffs auf Mitteleuropa, an einem gesunden Misstrauen gegenüber der nuklearen Abschreckung und am Selbstverständnis, die Verteidigung der Bundes-

233 Vgl. Krüger, Der Strategiewechsel, S. 44 u. Lemke, Vorwärtsverteidigung, Integration, Nuklearisierung, S. 37.

234 Strauß, Die Erinnerungen, S. 371 u. 378.

235 Vgl. Krüger, Der Strategiewechsel, S. 57 u. Lemke, Vorwärtsverteidigung, Integration, Nuklearisierung, S. 39.

236 Vgl. Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 106 u. 144; Kerstin von Lingen, Von der Freiheit der Gewissensentscheidung. Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Hans Röttiger, in: Hammerich, Helmut R. / Schlaffer, Rudolf J. (Hrsg.): Militärische Aufbaugenerationen der Bundeswehr 1955 bis 1970. Ausgewählte Biographien (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 10), München 2011, S. 383-407, hier: S. 407.

237 Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 509 u. Stutz, Raumverteidigung, S. 12.

238 Ebd., S. 517.

republik eigenständig gestalten zu wollen.“²³⁹ Solange die massive retaliation auf NATO-Ebene favorisiert wurde, blieb aber die Luftwaffe das Maß aller Dinge. So gut wie möglich versuchten die Vertreter des konventionellen Heeres die Existenz von panzerstarken Truppen zu rechtfertigen. So schrieb Heusinger an Bundeskanzler Adenauer: „Die Kräfte für die atomare Gegenoffensive werden [...] von entscheidender Bedeutung sein. Die Verteidigung [...] allein auf Atomwaffen aufzubauen, wäre falsch. Stärkere Landstreitkräfte sind nach wie vor notwendig.“²⁴⁰ Insbesondere die Verzahnung der jeweiligen Gegner auf dem Schlachtfeld führte er ins Feld. Überall dort sei ein Einsatz von Atomwaffen nicht möglich. Daher wären starke konventionelle Kräfte notwendig, um im verzahnten Gefecht gegen die Truppen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten bestehen zu können.²⁴¹

„Innerhalb der Bundeswehr setzten sich die pragmatisch-technisch orientierten Offiziere von Luftwaffe und Marine gegen die Traditionalisten der alten Generalstabselite aus dem Heer [zunächst] durch. Die Beschaffungspolitik schwankte zwischen einer neuartigen Atom-Konzeption, die von der Luftwaffe getragen wurde, und einer traditionellen Rüstungsplanung des Heeres, die zwar um eine taktisch nukleare Komponente erweitert, aber mit der Verankerung der Vorneverteidigung auch in der NATO-Strategie institutionalisiert wurde.“²⁴²

Anfang der 1960er Jahre gab die Heeresführung ihren Widerstand gegen die atomare Ausrüstung der Teilstreitkraft endgültig auf und rüstete sich für alle Bedrohungsszenarien mit der Einführung von Waffensystemen wie Honest John, Sergeant und Matador sowie den Großprogrammen für die neuen Kampf- und Schützenpanzer.²⁴³ Die Verbindung von atomarem und konventionellem Gefecht fanden auch in der Heeresstruktur 2 und den Dienstvorschriften ihren Niederschlag.²⁴⁴

Aber selbst unter atomaren Bedingungen blieb man im Grundsatz bei der Idee der beweglichen Operationsführung. Die atomaren Gefechtsmittel und ihr Nutzen wurden

239 Ebd., S. 509.

240 Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 109.

241 Vgl. ebd., S. 109f.

242 Bucholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen, S. 273.

243 Vgl. Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 197 u. 200.

244 Die Forderungen an die neue Heeresstruktur und -ausrüstung neben taktischen Atomwaffen waren vielfältig: „1. Massive Erhöhung der eigenen Stoßkraft durch: - Zusammenfassung der Panzerkräfte [...] - Neue Bewaffnung: - Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Panzer und Schützenpanzer [...] - Nachtkampffähigkeit 3. Veränderung der Organisationsstruktur: Panzer und Grenadierbrigaden als selbstständige Einheiten [...] 4. Konkrete Waffensysteme: [...] - Neue Kampf- und Schützenpanzer.“ Auffassung des Heeres zur weiteren Entwicklung strategischer Pläne und ihre Auswirkungen auf die Aufstellungsplanungen, 16. Oktober 1959, BA-MA, BH 1/9487, BMVg, Fü H II, TgbNr. 300/59, zit. in: Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 516f.

zwar vom Heer akzeptiert, den gepanzerten und beweglichen Kräften im Rahmen der Vorwärtsverteidigung und des Gefechtes der verbundenen Waffen jedoch die entscheidende Rolle zuerkannt.²⁴⁵ General Ulrich de Maizière²⁴⁶ führte dazu aus: „Moderne Heeresverbände müssen somit fähig sein [...] über das Gefecht mit ausschließlich konventionellen Waffen bis zur Schlacht unter Einsatz atomarer Kampfmittel, ihre Aufträge auszuführen.“²⁴⁷

Die Heeresdienstvorschrift 100/1 vom Oktober 1962 vereinte dementsprechend die bis dato getrennten Dienstvorschriften für die atomare bzw. konventionelle Kriegsführung. Darin wird von einer möglichen Verwendung von Atomwaffen in einem Gefecht ausgegangen, aber die Truppenführer wurden ausdrücklich darauf hingewiesen, welche Konsequenzen dieser Einsatz haben würde und dass diese Waffen nicht in unendlicher Anzahl zur Verfügung stünden.²⁴⁸

Der Fall MORGENGRUSS und FALLEX 62 geben einen guten Einblick in das Kriegsbild Anfang der 1960er Jahre. MORGENGRUSS simulierte einen Überraschungsangriff des Warschauer Paktes, der westlich von Fulda von der 2. Panzergrenadierdivision abgefangen werden sollte.²⁴⁹ FALLEX 62 empfand eine Abwehr des Feindes unter massivem Einsatz von Atomwaffen nach.²⁵⁰

Für die neuen Gegebenheiten und für die Option eines Gefechtes unter atomaren Bedingungen wurden eine moderne, bewegliche Gliederungen im Heer benötigt. Die Brigadeebene löste die Division als maßgebliche Größe ab.²⁵¹ Insbesondere General Röttiger als Befürworter der motorisierten und gepanzerten Verbänden lieferte dafür viele wichtige Impulse.²⁵²

245 Vgl. De Maizière, Heer im Atomzeitalter, S. 226, 228 u. 230 u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 489; Die französische Generalität war mehrheitlich anderer Meinung: „Die Vorstellung, daß sich ein neuer Krieg so abspielen könnte wie der letzte Weltkrieg mit dem Hinzutreten des Einsatzes einer großen Anzahl nuklearer Waffen, entbehrt jeder realen Grundlage. Die Existenz der Nuklearwaffe schließt praktisch die Möglichkeit großer operativer Kampfhandlungen aus“. Weiter heißt es: „Die Hauptaufgabe der Strategie wird es daher, von der Abschreckung durch ein klassisches System der Landesverteidigung auf die Abschreckung durch ein System der Androhung nuklearer Repressalien überzugehen.“ Beaufre, Vorfeld und Hinterland, S. 179.

246 Für die Rolle von De Maizière als Generalinspekteur, seine strategischen Überlegungen und seine Konsolidierungsstrategie für das deutsche Heer in Verbindung mit Verteidigungsminister von Hassel vgl. De Maizière, Heer im Atomzeitalter, S. 272-274, 276f u. 292.

247 Ebd., S. 226.

248 Vgl. dazu und zu den Aussagen über die Verwendung von Atomwaffen in den Dienstvorschriften Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 115f u. 150 u. Gablik, Strategische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 205.

249 Vgl. Hammerich, Der Fall „MORGENGRUSS“, S. 299.

250 Vgl. Bedingt abwehrbereit. Strategie, in: DER SPIEGEL vom 10.10.1962 (Nr. 41/1962), S. 33-53, hier: S. 33.

251 Mathias Gollwitzer, Hierarchie im Heer aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Analyse von Einflussgrößen auf die Führungsspanne in Militärorganisationen, Erlangen 1992, S. 70.

252 Vgl. Lingen, Von der Freiheit, S. 405f.

Nach dem Rücktritt von Strauß als Verteidigungsminister, der Entscheidung, dass die Bundeswehr nur die Trägersysteme, nicht jedoch die taktischen Atomwaffen selbst haben sollte, dem Scheitern der atomaren multilateral force (MLF)²⁵³ und der Ablösung der massive retaliation- durch die flexible response-Strategie gewann das Heer gegenüber der Luftwaffe wieder an Gewicht. Schon durch die erschreckenden Ergebnisse der Übung FALLEX 62 fühlte sich die Heeresgeneralität in ihrer strategischen Einschätzung bestätigt.²⁵⁴

Die Überlegungen des Heeresgenerals Adolf Heusingers hatten zum Ziel, parallel drei Wege für die Sicherheit Westeuropas zu verfolgen. „Der erste Weg ist eine wirkungsvolle und vor allem glaubhafte Abschreckung mit dem Ziel, einen Krieg überhaupt zu verhindern. [...] Der zweite Weg ist die Aufrechterhaltung und Präsenz so starker westlicher militärischer Kräfte in Europa, daß für jedes NATO-Mitglied eine Verteidigung von der Grenze ab, die sogenannte Vorwärtsstrategie, gewährleistet ist. Ohne diese Garantie würde das Bündnis in seinem Kern gefährdet werden. [...] Der dritte Weg ist der Versuch einer Entspannung [...]. Für uns ist sie von besonderem Wert, weil nur durch sie aller Voraussicht nach unsere Wiedervereinigung erreicht werden könnte.“²⁵⁵

Die Bundeswehr stellte sich sehr breit auf. Denn „ausgewogene Streitkräfte sollten [...] in Zukunft auf strategischer Ebene eine lückenlose Abschreckung garantieren, während wesentlich erweiterte Präsenzstreitkräfte in Europa auch unterhalb der atomaren Schwelle jederzeit zur Verteidigung befähigt sein mussten.“²⁵⁶ Als Befürworter einer flexiblen Verteidigung erließ Generalinspekteur Ulrich de Maizière in Korrespondenz dazu die Führungsrichtlinien für den taktischen Einsatz von Atomwaffen, die einen wesentlich restriktiveren Umgang mit ihnen vorgaben, als das zuvor der Fall war.²⁵⁷ Bereits sein Vorgänger General Trettner machte sich dafür stark.²⁵⁸ Ziel blieb es dabei, dass „die Fähigkeit der Landstreitkräfte zur Abwehr [...] allen Möglichkeiten eines gegnerischen Angriffs gerecht“²⁵⁹ wird.

253 Vgl. für die MLF Militärgeschichtliches Forschungsamt, Verteidigung im Bündnis, S. 176.

254 Vgl. Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 71-74 u. 78.

255 Heusinger, Sicherheit und Entspannung, S. 64.

256 Thoß, NATO-Strategie, S. 552.

257 Vgl. dazu und den vorher geltenden TF 60 und TF 62 Gablik, Strategische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 202 u. 453.

258 Vgl. Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 119.

259 Ulrich De Maizière, Heer im Atomzeitalter. Konsequenzen des neuen Kriegsbildes - Entscheidend bleibt der Mensch, in: Raven, Wolfram von (Hrsg.): Armee gegen den Krieg, Stuttgart 1966, S. 224-241, hier: S. 226. Vgl. dazu Speidel, Die Verteidigung Mitteleuropas, S. 218.

Diese Umstellung auf eine flexiblere Verteidigungsplanung kam den deutschen Heeresplanern sehr entgegen.²⁶⁰ Durch das nukleare Patt der Großmächte hielt sich der von Strauß befürchtete Einflussverlust der Bundeswehr durch eine reine konventionelle Bewaffnung in engen Grenzen. Vielmehr war damit eine erhebliche Aufwertung der konventionellen Abschreckungskomponente verbunden. Folglich bedeutete es sogar eine relative Stärkung der Bundeswehrposition, da durch den Verzicht auf Nuklearwaffen alle Gelder in die konventionelle Rüstung fließen konnten.²⁶¹ General Speidel hatte bereits in den 1950er Jahren dafür geworben. „Von Anfang an aber versuchte ich [...], die konventionelle Abwehrbereitschaft zu stärken, um die für Deutschland gefährliche Vergeltungsstrategie überflüssig zu machen.“²⁶² In der Führungsanweisung 1 des Führungsstabes der Bundeswehr von 1967 wurde eindeutig festgelegt, dass die Luftwaffe zur Unterstützung des Heeres da sei. Außerdem verlangte der Supreme Allied Commander Europe (SACEUR), dass die deutsche Luftwaffe ihre konventionellen Fähigkeiten zu Lasten der nuklearen erweitern, was Luftwaffeninspekteur Steinhoff dann auch umsetzte. Das Drängen der Amerikaner, die konventionellen Kräfte des deutschen Heeres auszubauen, tat sein Übriges.²⁶³

Die Heeresgeneralität und ihre Überzeugung, dass ein Massenangriff der Sowjets nicht allein durch strategische Atomwaffen aufzuhalten sei, hatten sich gegen die Befürworter einer starken atomaren Bewaffnung zu Lasten der klassischen durchgesetzt. Dementsprechend lag auch der Schwerpunkt der Heeresrüstung in den 1960er Jahren auf dem Aufbau einer leistungsfähigen Panzer- und Panzergrenadiertuppe.²⁶⁴

Dies war aus militärischer Sicht sinnvoll, da man bei einem Überfall des Warschauer Paktes davon ausging, dass deren konventionellen Schwerpunktswaffen Kampfpanzer und mobile Infanterie in geschützten Fahrzeugen sein würden, die von Artillerie und Luftlandetruppen unterstützt würden.²⁶⁵ Auch wenn der Panzer durch neue Abwehr-

260 Vgl. Thoß, Einführung, S. 13.

261 Vgl. Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 17 u. Gablik, Strategische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 311.

262 Speidel, Aus unserer Zeit, S. 361.

263 Vgl. Krüger, Der Strategiewechsel, S. 66f.

264 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 517 u. Erich Schneider, Wehrtechnik von heute und morgen, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 6 (1960), S. 235-242, S. 238.

265 Vgl. Obermann, Gesellschaft und Verteidigung, S. 526f. Heusinger stellte die Situation wie folgt dar: große Landmacht UdSSR und Gruppe von Seemächten mit USA an der Spitze stehen sich im atomaren Patt gegenüber. Der Westen hat eine vierfache strategische Überlegenheit bei Atomwaffen, der Osten dafür viermal überlegen bei taktisch-atomaren Systemen und bei den Landstreitkräften. Früher waren die Seemächte den Landmächten auf Dauer immer Überlegen. Das ist im Atomzeitalter nicht mehr in dem Maße der Fall. Hauptgefechtspunkt bleibt Zentraleuropa. Die Bundesrepublik hat eine Schlüsselstellung inne. Schwächen der Verteidigung: Frontgebiet lässt keine operative Tiefe zu. Mit den neuen Waffensystemen sind einige hundert Kilometer keine operative Tiefe mehr. Es existieren keine

mittel wie Raketen und die taktische Atombombe neue Gegner auf dem Schlachtfeld hatte, wies er im Gegenzug einige Verbesserungen auf. Er verfügte über eine niedrige Silhouette, neue, leichtere zugleich aber stärkere Motoren, eine Stabilisierung des Turmes und der Waffe, was ihm das Schießen in der Bewegung ermöglichte, größere Kaliber der Waffen, breitere geländegängigere Ketten, über eine leichtere Bedienung und bessere Fahrweise sowie verbesserte optische Geräte und Entfernungsmesser.²⁶⁶

Die Sowjets waren nach wie vor von der Durchschlagskraft dieser Waffe überzeugt und gingen davon aus, dass ihr massenhafter Einsatz einen Durchbruch erzielen konnte, ohne dass atomare Waffen eingesetzt würden.²⁶⁷ „Im Konfliktfall dürfte die Auseinandersetzung in Europa mit dem Einbruch mechanisierter und panzerstarker Armeen in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beginnen.“²⁶⁸ Dafür wurde „auf der russischen Kriegsakademie [...] der Angriff mit Panzer-Divisionen als Stoß durch die Tiefenzone und die Erweiterung des taktischen Einbruchs zum strategischen Durchbruch mit anschließender Verfolgung gelehrt“²⁶⁹, deren Ziel vermutlich die deutschen Nordseehäfen, die Industriegebiete im nördlichen Mitteleuropa sowie die Atlantikhäfen in den Niederlanden und Frankreich gewesen wären.²⁷⁰ Weitere Großangriffe hätten auf den Thüringer Balkon, durch Süddeutschland oder in Richtung Oberitalien zur Unterstützung einer Seeaktion im Mittelmeer erfolgen können.²⁷¹

Um dabei eine Erfolgchance zu haben, mussten die Truppen des Warschauer Paktes eine dreifache Überlegenheit herstellen.²⁷² Im Gegensatz zur NATO war ihre Aufwuchsfähigkeit durch Reservisten im Konfliktfalle enorm. Während die NATO im Kriegsfall von 142 auf 150 Brigaden anwuchs, davon waren über 25 Prozent der Landstreitkräfte Einheiten der Bundeswehr,²⁷³ hätte der Feind einen Aufwuchs von 280 auf 378 Brigaden durchführen können, was umgerechnet in westliche Stärkezahlen ein Anwachsen von

natürlichen Hindernisse. Selbst der Rhein kann mit neuen Pioniermitteln problemlos überwunden werden. Daher ist Europa von den USA abhängig. Nur sie können die Reserven bereitstellen, die für die Verteidigung elementar sind. Vgl. dazu Heusinger, Sicherheit und Entspannung, S. 59f. Zur Idee der Entspannung vgl. ebd., S. 68-71.

266 Vgl. Guderian, Panzer Marsch, S. 197.

267 Vgl. Eike Middeldorf, Führung und Gefecht. Grundriss der Taktik, 2. völlig neu bearbeitete Auflage Frankfurt am Main 1968, S. 206. Dietrich Willikens, Planungen zum Panzerbau. Grundsätzliche Gedanken zum Konzept von gepanzerten Kraftfahrzeugen, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 165f, hier: S. 165.

268 Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 27.

269 Vgl. Guderian, Panzer Marsch, S. 199.

270 Vgl. Stutz, Raumverteidigung, S. 10.

271 Vgl. ebd., S. 12.

272 Vgl. Heusinger, Sicherheit und Entspannung, S. 63.

273 Vgl. Blume, Das Heer der Bundeswehr im Kalten Krieg, S. 2. De Maizièr spricht sogar von 50 Prozent. Vgl. dazu De Maizièr, Die Konzeption des Heeres, S. 61.

144 auf 226 Brigaden bedeutet hätte.²⁷⁴ Auch bei der aktiven Truppe war der Personalbedarf der NATO in allen Dienstgradgruppen höher als der mögliche Deckungsgrad.²⁷⁵ Wesentlich schlimmer waren die Kräfteverhältnisse aber im Bereich der Luftwaffe: 1000 Jäger der NATO standen 4300 des Warschauer Paktes gegenüber. Über leichte Bomber verfügte das westliche Bündnis überhaupt nicht, während im Osten 650 bereit standen. Hinzu kamen Schwierigkeiten bei der technischen Entwicklung und immense Kosten für einzelne Projekte.²⁷⁶

Experten rechneten mit circa 13000 Panzern, die die Sowjets und ihre Verbündeten in einer ersten Angriffswelle ins Feld führen konnten,²⁷⁷ dazu wären noch starke Reserven aus der Tiefe des Raumes gekommen.²⁷⁸ „Der Verteidiger – in diesem Fall insbesondere das Heer – muß sich somit darauf einstellen, den an bestimmten Stellen mit weit überlegenen Panzerkräften auftretenden Aggressor schnell und wirksam abwehren zu können.“²⁷⁹ Aus dieser Gewissheit heraus waren die deutschen Heeresstrategen stets darauf bedacht die konventionelle Panzer- und Luftabwehr so weit wie möglich zu verstärken.²⁸⁰ „Die NATO-Landstreitkräfte und damit das deutsche Heer haben sich darauf eingestellt, einen quantitativ überlegenen Gegner gegebenenfalls auffangen zu müssen. Die Art dieser Überlegenheit besteht insbesondere in der Zahl der gepanzerten Truppen.“²⁸¹

Erkenntnissen für effektive Verteidigung zogen die ehemaligen Generäle und Generalstabsoffiziere aus dem Krieg gegen die Sowjetunion in den Jahren 1941-1945. Wichtigste Beobachtung war dabei die Anfälligkeit der Roten Armee gegenüber einer

274 Vgl. Erich Schneider, Die Ausbaulücken des Heeres müssen vorrangig geschlossen werden, in: WEHRTECHNISCHE MONATSCHEFTE 10 (1968), S. 405-412, hier: S. 409.

275 Vgl. zur Personallage der Bundeswehr Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1970, S. 61-67.

276 Vgl. Schneider, Die Ausbaulücken des Heeres, S. 409 u. Strauß, „Wehrpolitik – Wehrführung - Wehrtechnik, S. 6.

277 Vgl. Carl-Gideon von Claer, Panzerjagd an der Zonengrenze? in: DER SPIEGEL vom 05.12.1966 (Nr. 50/1966), S. 62. Die Bundesregierung ging 1972 von folgenden Stärkezahlen aus: Kampfpanzer Warschauer Pakt: 14000, NATO: 6600; Soldaten: 860000, NATO: 725000, vgl. dazu: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1971/72, S. 16.

278 Vgl. Speidel, Die Verteidigung Mitteleuropas, S. 212. Brossollet ging in den 1970er Jahren davon aus, dass der Warschauer Pakt einen Konflikt klar für sich entscheiden würde. Vgl. dazu Brossollet, Das Ende der Schlacht, S. 121.

279 Vgl. Günter Vollmer, Die Streitkräfte (Die Bundeswehr. Eine Gesamtdarstellung Band 8), Regensburg 1978, S. 27.

280 Vgl. Wilhelm Meyer-Detring, Konventionelle Verteidigung in Mitteleuropa, in: WEHRKUNDE 6 (1974), S. 286-290, hier: 287 u. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1971/1972, S. 141.

281 Vollmer, Die Streitkräfte, S. 21. „Für unsere Überlegungen dürfte genügen, wenn nie aus den Augen verloren wird, dass auf einem Kriegsschauplatz Mitteleuropa der Warschauer Pakt in wohl allen Bereichen des terrestrischen Kampfes (Kernwaffen ausgenommen) den Nato-Staaten zahlenmäßig etwa dreifach überlegen wäre“. Stutz, Raumverteidigung, S. 10.

beweglichen Operations- und Gefechtsführung, was durch die starren Strukturen des Sowjetmilitärs bedingt war. Auf deutscher Seite glaubte man gegen eine relative Übermacht eine Chance zu haben. Wichtig war dafür, dem Gegner unter Ausnutzung des Geländes die Initiative zu nehmen und selbst sehr offensiv zu verteidigen. Dazu wurden überproportional starke Panzerkräfte benötigt. Die Infanterie sollte motorisiert sein und gepanzert folgen können,²⁸² weshalb sie mit ebenso geländegängigen Fahrzeugen ausgestattet wurde, wie dem Kampfpanzer.²⁸³

Herausragende Bedeutung für die Verteidigung hatte wie bereits angesprochen die Geographie und die Oberflächenbeschaffenheit der Bundesrepublik. Ihre Grenzen waren bis auf den Harz und den Bayerischen Wald meist flach bis leicht wellig mit wenig Wald, was sich hervorragend für eine bewegliche Kampfführung von Angreifer wie Verteidiger mit starken Panzerkräften eignet. Der strategische Ansatz der Sowjetunion war deshalb denkbar einfach: ihre Panzerverbände sollten zunächst an den Rhein und in einem zweiten Schritt bis an den Atlantik vordringen.²⁸⁴

Wie hätte die NATO darauf reagiert? Dem Feind sollte so nah an der Grenze wie möglich begegnet werden.²⁸⁵ „Die Enge des europäischen Raumes und seine Struktur machen eine Verteidigung möglichst weit vorne zur Selbstverständlichkeit. [...] Vorwärtsverteidigung bedeutet dabei eine Operationsführung, bei der die Abwehr mit starken Kräften bereits an der Demarkationslinie beginnt.“²⁸⁶ General Speidel sah es ähnlich: „Die Streitkräfte des Westens sollen [...] den Bereich von Europa bei einem Angriff so weit ostwärts wie möglich verteidigen, wodurch Infrastruktur und Navigationshilfen der Luftwaffe gleichzeitig gedeckt werden. Deshalb müssen sich die Landstreitkräfte bereits am Eisernen Vorhang jedem Feindangriff entgegenstellen, ihn zum Stehen bringen und zerschlagen.“²⁸⁷

282 Vgl. Kollmer, „Klotzen nicht kleckern!“, S. 488 u. 509.

283 Vgl. Guderian, Panzer Marsch, S. 196.

284 Vgl. Claer, Panzerjagd an der Zonengrenze?, S. 62; De Maizièrè, Die Konzeption des Heeres, S. 62 u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 488.

285 Beispielsweise General Speidel war darüber hocherfreut. „Daß gerade am Tage meines Ausscheidens die durch so viele Jahre hindurch angestrebte Vorwärtsverteidigung erreicht wurde, erfüllt mich mit Befriedigung.“ Speidel, Aus unserer Zeit, S. 419. Er plante, dass eine Gegenoffensive aus dem Raum Hof-Bamberg-Würzburg-Nürnberg Richtung Norden erfolgen sollte, ging jedoch davon aus, dass die Truppen der Bundesrepublik alleine, dafür zu schwach wären. Vgl. dazu Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 139.

286 De Maizièrè, Die Konzeption des Heeres, S. 63.

287 Speidel, Die Verteidigung Mitteleuropas, S. 212f. Vgl. zur Rolle des Heeres im Verteidigungsfall: Vortrag über die Bedeutung von Atomwaffen für die Kriegsführung und die Bodenverteidigung durch General a.D. Adolf Heusinger, 90. Kabinettsitzung (2. Wahlperiode) vom 11.07.1955 (online unter: http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0001/k/k1955k/kap1_2/kap2_33/para3_1.html? Zuletzt aufgerufen am 21.02.2013).

Mit der EDP Europe's Joint Emergency Defence (EDP) 1-63 vom September 1963 hatten sich die Vorstellungen der deutschen Militärs durchgesetzt. Statt wie früher 50 Prozent sollten nun 90 Prozent des Bundesgebietes verteidigt werden. Jean Valluy als Commander in Chief Allied Forces Central Europe (CINCENT) und der spätere SACEUR Lauris Norstad wollten den Kampf ebenso weit vorne führen und unterstützen die deutschen Vorstellungen.²⁸⁸ Nur durch die amerikanische Hilfe und den deutschen Beitrag war es möglich, die ‚Vorwärtsverteidigung‘ an den Eisernen Vorhang zu verlegen.²⁸⁹

Bei 800 Kilometer Frontlinie war für die NATO jedoch nicht überall eine gleich starke Abwehr möglich. Als entscheidende Abschnitte wurden der Bereich zwischen Lübeck und der Elbe bzw. dem Harz und dem Main angesehen. Diese beiden Korridore wollte man in fester Front halten, während in anderen Abschnitten durch bewegliche Operationsführung der einbrechende Gegner unter Einsatz der vorhandenen Reserven zurückzuwerfen und die Linie wiederherzustellen war.

Nicht mehr die Hauptkampflinie war das Maß aller Dinge, sondern das Auffangen des Feindes im Abwehrraum. Anschließend sollte er „immer wieder angefallen und gestellt, zu Massierungen gezwungen, durch atomares und konventionelles Feuer zermürbt und schließlich im Gegenangriff der gepanzerten Reserven zurückgeworfen und vernichtet werden.“²⁹⁰ Generalinspekteur Heusinger ging davon aus, dass ein Angriff abwehrbar sei, wenn der Feind nur mit den Einheiten aus Polen, der Tschechoslowakei und Ostdeutschlands angreifen würde.²⁹¹

Das wichtigste Organisationselement der NATO und damit der Bundeswehr im Gefecht war im Rahmen der Heeresstruktur 1 wie bereits im Zweiten Weltkrieg die Division. In der Nachkriegszeit war sie jedoch bereits wesentlich ausdifferenzierter als ihr Pendant vor 1945. Gab es früher pro Panzerdivision zwei Stabsoffiziere, also einen Kommandeur sowie einen Stellvertreter und 13 Offiziere für spezielle Stabsgebiete, waren es in einer Panzerdivision zu Zeiten des Kalten Krieges 5 Stabsoffiziere und 46 Offiziere für die einzelnen Stabsgebiete.²⁹²

288 Vgl. Fritz Engelen, Auswirkungen der Vorneverteidigung auf die Nationale Verteidigung, in: WEHRKUNDE 7 (1969), S. 345-349, hier: S. 345f u. 348f; Hammerich., Der Fall „MORGENGRUSS“, S. 303 u. ders., Kommiss kommt von Kompromiss, S. 145.

289 Speidel, Die Verteidigung Mitteleuropas, S. 213.

290 De Maizièrè, Heer im Atomzeitalter, S. 232.

291 Vgl. ders., Die Konzeption des Heeres, S. 64 u. Heusinger, Sicherheit und Entspannung, S. 66f.

292 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1971/1972, S. 124.

Die in neuer Gliederung der Division 59 durchgeführte Lehr- und Versuchsübung 58 (LV 58) machte deutlich, dass die Divisionen des 150000 Mann starken Heeres für die Bedingungen des modernen Gefechtsfeldes, vor allem unter atomaren Bedingungen, zu unbeweglich und schwer zu führen war. Bis zu 28000 Soldaten zu kommandieren wurde als unzweckmäßig erachtet.²⁹³ Dazu kamen die Anforderungen im Gefecht, die Auflockerung der Truppen, schnelle Bewegungen der mechanisierten Verbände, Unterbrechung von Verbindungen, Zerreißen der Gefechtsgliederung, Ausfall von Führungsbereichen und eigeninitiatives Handeln der untergeordneten Führung wegen der Ausfallmöglichkeit der operativen Führung.²⁹⁴

Das Gefecht der verbundenen Waffen sollte ab der Heeresstruktur 2 die Brigade führen, was der ehemalige Wehrmachtsgenerals von Manstein schon lange anregte.²⁹⁵ Sie war wesentlich mobiler, dennoch durch die Versorgungsführung durch den Kommandeur mehrere Tage eigenständig operationsfähig und den Herausforderungen insgesamt besser angepasst, auch wenn sie nicht befähigt war, taktische Atomwaffen einzusetzen. Die dafür notwendigen Waffensysteme blieben bei den Divisionen und Korps, die über den atomare oder konventionellen Einsatz nach Absprache mit dem NATO-Oberbefehlshaber entschieden.²⁹⁶

Zwei unterschiedliche Typen von Brigaden waren vorgesehen: Panzer- und Panzergrenadierbrigaden. Die Panzerbrigade hatte ein Panzergrenadierbataillon zu vier Kampfkompanien und zwei Panzerbataillone zu je drei Kampfkompanien. Eine Panzergrenadierbrigade setzte sich aus zwei Panzergrenadierbataillonen und einem Panzerbataillon zusammen. Ein Panzerbataillon umfasste dabei 54 Kampfpanzer. Außerdem hatte jede Brigade die notwendigen Kampfunterstützungs- und Versorgungstruppen an seiner Seite, die vorher bei der Division untergebracht waren.²⁹⁷

Steigende Betriebskosten und begrenzte Haushaltsmittel führten 1970 zur Heeresstruktur 3. Zwei Panzergrenadierdivisionen wurden daher zu Jägerdivisionen mit geringerer Materialausstattung umgegliedert und im Hessischen Bergland und im Bayerischen Wald stationiert.

293 Vgl. Blume, Die Anfangsjahre des Heeres, S. 5 u. Senger und Etterlin, Die Panzergrenadiere, S. 118.

294 Vgl. Middeldorf, Führung und Gefecht, S. 54.

295 Vgl. Gollwitzer, Hierarchie im Heer, S. 70f u. Vollmer, Die Streitkräfte, S. 26.

296 Vgl. Beckmann, Schild und Schwert, S. 85; Blume, Die Anfangsjahre des Heeres, S. 4; ders., Panzerpioniere der Bundeswehr, S. 5; Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 74 u. 76; De Maizière, Heer im Atomzeitalter, S. 234; Militärgeschichtliches Forschungsamt, Verteidigung im Bündnis, S. 135 u. 140; ausf. Ferdinand M. von Senger und Etterlin, Die Panzergrenadiere. Geschichte und Gestalt der mechanisierten Infanterie 1930-1960, München 1961, S. 118-125.

297 Vgl. Blume / Böhm, Panzertruppe in der Bundeswehr, S. 2 u. Gollwitzer, Hierarchie im Heer, S. 71.

Aus den freiwerdenden Kräften erhielt jedes der drei Korps ein Panzerregiment als Reserve, um in der Abwehr eine Schwerpunktbildung zu ermöglichen. Die zusätzliche Erhöhung der Präsenzstärken sorgte dafür, dass auch im Überraschungsfall die Einheiten der Divisions- bis zur Regimentsebene einsatzbereit waren.²⁹⁸ Bis 1970 waren insgesamt elfeinhalb Divisionen funktionsfähig.

So war sichergestellt, dass „trotz allem [...] die deutschen Landstreitkräfte zwischen 1955 und 1970 zu einem kampfkraftigen Bündniskontingent heran[wuchsen], das unter den Auspizien der ‚flexible response‘ zum konventionellen Kernstück der NATO-Verteidigungskonzeption in Mitteleuropa avancierte.“²⁹⁹ Auch der ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Strauß äußerte sich über den Zustand der Streitkräfte zufrieden: „Bewaffnung und Ausrüstung geben allen Verbänden hohe Feuerkraft und Beweglichkeit.“³⁰⁰ Das Heer der Bundeswehr in Gemeinschaft von Panzertruppen und Infanterie mit seiner Gliederung in Panzer- und Panzergrenadierbrigaden war nicht zuletzt das Ergebnis der Auswertung der Gefechtserfahrungen des Ostfeldzuges 1941-1945.³⁰¹ Ein Resultat dieser Auswertung war die Feststellung, dass eine Verteidigungslinie nicht starr, sondern beweglich sein musste. Räumlich begrenzte Gegenangriffe waren unbedingt notwendig, um den Feind im Schach zu halten. „Der Feind muß [...] federnd aufgefangen, zum Stehen gebracht, mit überlegenem Feuer zerschlagen und sodann von starken gepanzerten Kräften im Gegenangriff überrollt werden. Jede starre Lösung muß zur Vernichtung durch feindliche Atomwaffen und zum Durchbruch der feindlichen Panzerarmeen führen.“³⁰² Daher waren Kampf- und Schützenpanzer, Panzerjäger, Panzergrenadiere sowie Artillerie und Bomber zur flexiblen Verteidigung fester Bestandteil der Planungen.³⁰³

Nicht alle teilten die Meinung der beweglichen Verteidigung völlig. Innerhalb des Heeres wurde von Experten eine Diskussion darüber ausgetragen, ob in den Panzer-einheiten dem Kampfpanzer oder dem Jagdpanzer der Vorzug zu geben sei, bzw. ob sie sich ergänzen sollten oder ob man vielmehr auf eine Rolle der leichten Panzerabwehr durch die Infanterie setzen sollte.

298 Vgl. Blume, Panzerpioniere der Bundeswehr, S. 9; Gollwitzer, Hierarchie im Heer, S. 71; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1970, S. 36f.

299 Thoß, Einführung, S. 12. Vgl. außerdem Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 351.

300 Strauß, Allianz zwischen zwei Kontinenten, S. 38.

301 Vgl. Hammerich, Ostfronterfahrungen und Landesverteidigung, S. 252 u. Wolfgang Klennert / Klaus Schneider, Der neue deutsche Schützenpanzer, in: SOLDAT UND TECHNIK 6 (1971), S. 306-311, hier: 306.

302 Middeldorf, Führung und Gefecht, S. 205.

303 Vgl. Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 15.

Der FDP-Sicherheitsexperte Kreitmeyer beteiligte sich an der Diskussion. „Dabei kommt man nicht um die Erkenntnis herum, daß die Technik den Wettlauf zwischen Panzer und Panzerabwehr – abgesehen von dem Mangel an Vielseitigkeit beim Einsatz gepanzerter Verbände – zugunsten der Abwehr entschieden hat.“³⁰⁴ Die Erfahrungen aus den Kämpfen im Nahen Osten ließen in der Tat bei einigen den Gedanken aufkommen, ob leichte Panzerabwehrwaffen den Vorzug vor teuren Kampfpanzern erhalten sollten.³⁰⁵ In der Fachzeitschrift WEHRKUNDE warf Hauptmann Albert Beer die Frage auf, ob der Kampfhubschrauber den Kampfpanzer ersetzen könne.³⁰⁶

Nach Beer gab es vier mögliche Optionen: erstens die klassische Panzertheorie, die besagt, dass Panzer nach wie vor von großer Bedeutung sind durch die neuen Entwicklungen in den Bereichen Waffentechnik, Geschwindigkeit ebenso wie im Fahrbereich.³⁰⁷ Zweitens die Anti-Tank-Theorie: Panzerabwehrwaffen sind demnach immer besser und ein Ende des klassischen Panzerkampfes in Sicht. Vier Schwachpunkte sind jedoch dabei zu beachten. Infanterie allein ist ziemlich hilflos, Eingraben dauert ohne entsprechendes Gerät ziemlich lange, einmal überrannt ist die Infanterie meist verloren und gegen vertikale Umfassung ist die Infanterie eingegraben meistens machtlos.³⁰⁸

Drittens die Infanteriepanzer-Theorie, die einen Kompromiss aus Panzer- und Anti-Panzer-Theorie darstellt. Panzer gehen dabei nur gemeinsam mit abgessener Infanterie und niemals im schnellen Angriff vor. Diese Taktik wurde im Ersten Weltkrieg häufig angewandt, aber im Zweiten Weltkrieg gründlich widerlegt.³⁰⁹ Viertens gab es noch die Überlegung, den Kampfpanzer durch den Kampfhubschrauber zu ersetzen. Eine schnelle Verlegung und überraschende Angriffe wurden als große Vorteile dieser Überlegungen gesehen. Aber andererseits ist die Beherrschung des Luftraums dafür unabdingbar und dem Kampfhubschrauber ist es unmöglich, gewonnenes Gelände zu halten.³¹⁰

304 Fortsetzung der Beratung der großen Anfrage der Fraktion FDP betr. die Lage in der Bundeswehr (Drucksache IV/2426), in: Verhandlungen des deutschen Bundestages, 156. Sitzung der 4. Wahlperiode (1961-1965), S. 7694D.

305 Vgl. Meyer-Detering, Konventionelle Verteidigung in Mitteleuropa, S. 290.

306 Vgl. Albert Beer, Kampfpanzer oder „Kampfhubschrauber“?, in: WEHRKUNDE 2 (1968), S. 79-82, hier: S. 79. Vgl. dazu außerdem Stefan Geisenheyner, Hat der Panzer eine Überlebenschance, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 4 (1973), S. 242. Zu den Überlegungen, welche Bedrohungsszenarien die NATO erwarteten und welche Panzer dafür benötigt würden vgl. R. Mirscht, Gedanken über eine neue Panzergeneration, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 10 (1970), S. 543f.

307 Vgl. Beer, Kampfhubschrauber oder „Kampfhubschrauber“?, S. 80.

308 Vgl. ebd.

309 Vgl. ebd.

310 Vgl. ebd., 80f.

Die Frage ob einem der beiden Waffensysteme der Vorzug zu geben sei, „wäre demnach dahingehend zu beantworten, daß sowohl der Kampfpanzer als auch der Kampfhubschrauber und ihr enges Zusammenwirken die Entscheidung im Landkrieg herbeiführen.“³¹¹

Einer der prominentesten Vertreter der Stärkung von Abwehrwaffen und Jagdpanzern gegenüber von Kampfpanzern war Oberst a.D. Gerd Ruge, langjähriger Kommandeur der Kampftruppschule III, die sich mit Panzerabwehr beschäftigte.³¹² Im Richtungsstreit taktische Offensivwaffen (Panzer) oder eher Konzentration auf die Panzerabwehr mit einfacheren Mitteln vertrat Ruge die These, dass Luftwaffe nicht sicherstellen könnte, dass Panzer unter ihrem Schutzschirm frei agieren könnten, was eine Grundbedingung ist, um die Stärke der Kampfpanzer auszunutzen. Beispielsweise wurden panzerstarke Verbände der Wehrmacht durch die alliierte Luftüberlegenheit bei Invasion in der Normandie am Eingreifen gehindert bzw. stark dezimiert.³¹³

Außerdem eigne sich die geographische Lage der Bundesrepublik nur sehr bedingt dafür, umfassende Panzergegegenangriffe zu fahren.³¹⁴ Das Gelände sei bei der Panzerabwehr im Allgemeinen für den Verteidiger günstig. Im Schnitt wären 50 Prozent des Geländes für den Panzereinsatz ungünstig. Dabei gebe es Schwankungen zwischen 30 und 85 Prozent, je nach Region.³¹⁵ Somit sei es notwendig mehr gestaffelte Panzerabwehrwaffen, Kanonen- und Raketen-Jagdpanzer einzusetzen.³¹⁶

In Kursk führte das für die Sowjetstreitkräfte zum Erfolg. Panzerstarke und mit Luftschutz vorgehende deutsche Truppen wurden durch ein tief gestaffeltes Abwehrsystem und panzerbrechende Abwehrwaffen aufgehalten und dezimiert. Anschließend ging die Rote Armee zum Gegenangriff über.³¹⁷ Ruge sprach sich nicht generell gegen den Einsatz von Panzern aus. Vielmehr könne sich die eigene Panzerwaffe auf ihre Kernaufgaben konzentrieren – Gegenangriffe gegen einen geschwächten und abgekämpften Angreifer. Als Panzerjäger seien sie viel zu wertvoll.³¹⁸

Unterstützung in seiner Einschätzung, dass die Panzerjäger gleichwertig neben den Panzern stehen sollten, erhielt er von Franz-Georg Werner, der in WEHRKUNDE ein

311 Vgl. ebd., S. 82.

312 Vgl. Gerd Ruge, Jegliches hat seine Zeit - auch der Kampfpanzer, in: WEHRKUNDE 3 (1972), S. 131-135, hier: S. 131.

313 Vgl. ebd., S. 134.

314 Vgl. ebd., S. 132.

315 Vgl. ebd., S. 134.

316 Vgl. ebd.

317 Vgl. ebd.

318 Vgl. ebd.

flammendes Plädoyer für Panzerjägereinheiten hielt.³¹⁹ Diese sollten Riegelaufgaben und Panzerabwehr übernehmen, während die Panzer Vorstöße in die Flanke des Feindes und ins Hinterland unternehmen sollten.³²⁰ Leider würden die Jäger nur in Zug- und Kompaniestärke eingesetzt und nicht auf höheren Ebenen.³²¹

Auf Widerstand stießen diese Vorstellungen insbesondere beim General der Panzertruppen Guderian, der angeblich auch verhinderte, dass Ruge in den Generalsrang befördert wurde.³²² Sogar im STERN trugen Befürworter und Gegner des Kampfpanzers ihre Auseinandersetzungen aus.³²³

General Guderian antwortete öffentlich auf die die Angriffe Ruge. Er führte ins Feld, dass auf der Welt kaum Kasematt- aber sehr wohl verschiedene Turmpanzer existierten und Länder die nur einen Typus beschafften, immer dem zweiten den Vorzug gaben.³²⁴ Die Feuerkraft sei bei beiden groß, die Beweglichkeit und Nachtkampffähigkeit auch.³²⁵ Die Panzerung des LEOPARD 1 war dicker als beim Jagdpanzer, lediglich bei der Frontalpanzerung war es umgekehrt, dafür hatte der Kanonenjagdpanzer eine niedrigere Silhouette. In Deckung war der LEOPARD 1 wiederum besser versteckt, da die Kanone näher an der Turmoberkante war, als bei Kasemattenpanzer am Fahrzeugoberdeck. Die finanzielle Kostenwirksamkeit lag bei zwei zu drei zwischen Jagdpanzer und LEOPARD 1. Aber bei allen Arten des Gefechtes außer der klassischen Verteidigung sei der Kampfpanzer besser geeignet und damit letztlich effektiver und kostengünstiger. Man solle die Fahrzeuge nicht gegeneinander ausspielen, sondern an einer diversifizierten Abwehr aus Panzerabwehrhelikoptern, Kanonenjagd-, Raketenjagd und Kampfpanzern arbeiten.³²⁶

Im Nachgang setzte sich in der deutschen Heeresführung deutlich die Ansicht durch, dass Kampfpanzer das beste Mittel wären, um die sowjetischen Angriffswellen zu zerbrechen. Stärkstes Argument dabei war sicherlich, dass alleine der Kampfpanzer einen durchgebrochenen Feind noch einfangen könnte. Jagdpanzer mit Kasematte waren dafür

319 Vgl. Franz-Georg Werner, Panzer an der Wende?, in: WEHRKUNDE 6 (1969), S. 253f.

320 Vgl. ebd., S. 253.

321 Vgl. ebd.

322 Vgl. ausf. Hammerich, Ostfronterfahrungen, S. 255f. Zur Rolle Röttigers beim Heeresaufbau und der Schwerpunktlegung auf den Kampfpanzer vgl. Lingen, Von der Freiheit der Gewissensentscheidung, S. 397-407.

323 Vgl. Hammerich, Ostfronterfahrungen, S. 254f.

324 Vgl. Stellungnahme des Generals der Kampftruppen, Generalmajor Guderian, zu dem Artikel „Mehr Sicherheit für weniger Geld“ im Stern Nr. 46 vom 8. November 1970, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 11 (1970), S. 616.

325 Vgl. ebd.

326 Vgl. ebd.

ebenso wenig geeignet wie mit Panzerabwehrwaffen ausgestattete Infanterie.³²⁷ Der Satz, „das wirksamste Mittel zur Abwehr der Feindpanzer [ist] nun einmal der eigene Panzer“³²⁸, war daher die Maxime der militärischen Führung. Sie sollten von Jagdpanzern, Panzergrenadieren, Artillerie und anderen Versorgungs- und Spezialeinheiten in beweglicher Kampfführung unterstützt werden.³²⁹ Folgerichtig lag der Schwerpunkt der Rüstung auf Kampf-, Schützenpanzern, Rad-Kraftfahrzeugen der neuesten Generation, Feld- und Panzerhaubitzen, Artillerieraketen-Mehrfachwerfer und neuzeitlicher Pionierausrüstung, die allesamt ähnlich geländegängig sein mussten, um den Angriffsspitzen folgen zu können.³³⁰ Über die wirkungsvollsten Methoden die Panzer einzusetzen, gibt unter anderem Eike Middeldorf, Generalstabsoffizier der 4. Panzerdivision und Referent im Oberkommando des Heeres Auskunft. 1952 bis 1956 war er Referent im Amt Blank und dann im Bundesministerium der Verteidigung und unter anderem zuständig für die Auswertung taktischer Kampferfahrungen.³³¹

Panzertruppen sind taktisch und operativ wichtige Einheiten, die unter Ausnutzung ihrer drei wichtigsten Elemente Feuerkraft, Beweglichkeit und Panzerung³³² Lücken in der Abwehr schließen, Massierungen von Feindverbänden stoppen und operative Gegenmaßnahmen bei richtiger Führung genauso beherrschen wie alle Arten der Offensive unter Ausnutzung von panzergünstigem Gelände. Ihre Wucht ist im modernen Gefecht unter engen Zusammenspiel mit Artillerie und Luftwaffe noch größer als zuvor, eine Abwehr schwierig.³³³ Generalinspekteur Ulrich de Maizière formulierte es klar und deutlich: „Die gepanzerten Verbände stellen mit ihrer starken Feuerkraft, ihrer hohen Beweglichkeit und ihrem Panzerschutz den Kern des Heeres dar.“³³⁴

327 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1971/1972, S. 141. Nicht zu unterschätzen war auch der psychologische Effekt. Die Rote Armee hatte vor den deutschen Kampfpanzern und den Panzergrenadieren hohen Respekt. Vgl. dazu Schneider, Die Ausbaulücken des Heeres müssen vorrangig geschlossen werden, S. 409.

328 Vgl. Eike Middeldorf, Taktik im Rußlandfeldzug. Erfahrungen und Folgerungen, Darmstadt 1956, S. 157.

329 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 488f. Zum Zusammenarbeiten von Panzern und Artillerie, Pionieren und Luftwaffe bzw. Flak vgl. Guderian, Panzer Marsch, S. 163-175.

330 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1969, S. 59 u. 65; Wilhelm Speisebecher, Panzerartillerie, in: WEHRKUNDE 7 (1968), S. 370-373, hier: S. 370 u. Thoß, Einführung, S. 13. Für die moderne Panzerartillerie und ihre Einsatzmöglichkeiten vgl. Speisebecher, S. 171-173.

331 Middeldorf, Taktik im Rußlandfeldzug, S. 239.

332 Vgl. Militärgeschichtliches Forschungsamt, Verteidigung im Bündnis, S. 136, Vollmer, Die Streitkräfte, S. 21.

333 Vgl. Guderian, Panzer Marsch, S. 197; Vollmer, Die Streitkräfte, S. 27. Brossollet kommt zu einer anderen Einschätzung über die Panzerabwehr. Vgl. dazu Brossollet, Das Ende der Schlacht, S. 146.

334 De Maizière, Die Konzeption des Heeres, S. 65. Vgl. dazu auch Die neue Kampfpanzergeneration des deutschen Heeres: „Leopard“ und „Kampfpanzer 70“, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 5 (1967), S. 281-287, hier: S. 283 u. Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 274. Generalinspekteur De Maizière pflegte enge Kontakte zu ehemaligen hochrangigen Panzeroffizieren des Zweiten Weltkrieges wie Generaloberst a.D. Hermann Hoth, der über General Friedrich Foertsch vermittelt wurde, und dem

Der Schöpfer der deutschen Panzerwaffe Heinz Guderian, Vater des späteren Generals der Panzertruppen der Bundeswehr, verfasste in den 1950er Jahren ein Buch über den Einsatz von Panzern.³³⁵ „Die Nachkriegsentwicklung hat hinsichtlich der operativen Einsatzmöglichkeiten der Panzerwaffe keine Änderungen gebracht. Es wird überall anerkannt, daß nur ein Bewegungskrieg dem Wesen neuzeitlicher Waffen entspricht, und daß hierbei der Panzer die stärkste Erdfeuerwaffe zur überraschenden und schnellen Bildung eines Schwerpunktes im Angriff und in der Verfolgung darstellt.“³³⁶

„Der Bewegungskrieg ist [folgich] das eigentliche Element der Panzerverbände; ihre Bestimmung liegt in der Weite des Raumes, nicht in engen Grenzen.“³³⁷ Daher sind „die europäischen Ebenen [...] ideale Einsatzräume für Panzerarmeen in einem Ausmaße, wie sie der zweite Weltkrieg nicht im entferntesten gekannt hat.“³³⁸

Gegen ausgebaute Stellungen können aber auch Panzereinheiten hohe Verluste erleiden. „Am wirkungsvollsten trifft ein überraschender Panzerangriff den Feind [daher] in der Bewegung.“³³⁹ Auch wenn Middel Dorf noch die Division in Ermangelung des Wissens um die zukünftigen Entwicklungen im Bereich der strategischen und taktischen Atomwaffen als geeignetste Form der Gliederung ansah, maß er der Brigade als beweglicher Einheit bereits erhöhte Bedeutung zu.³⁴⁰

„Die Gefechtsart ‚Abwehr‘, getragen in erster Linie von der Feuerkraft der Atomwaffen und der Stoßkraft der gepanzerten Truppen beruht vor allem auf dem engen Zusammenwirken zwischen Feuer und Bewegung. Wenn Führung und Truppe diese Gefechtsart und vor allem die angriffsweise Gefechts- und Kampfführung beherrschen, kann man dieser im Rahmen der defensiven Gesamtkonzeption westlicher Armeen wichtigsten Gefechtsart volles Vertrauen schenken.“³⁴¹

„In der Verteidigung wird das Panzerbataillon ausschließlich [...] für Gegenstöße und Gegenangriffe eingesetzt“³⁴², um die Vorteile der Panzerwaffe bestmöglich auszunutzen. „Nur durch Gegenangriffe, also durch Stoßkraft gepanzerter Verbände kann Feind vernichtet werden.“³⁴³ Hierbei sei es wichtig, die Panzer frontnah zu positionieren und bei mehreren Durchbrüchen diese der Reihe nach in geschlossener Formation abzu-

General der Kavallerie Siegfried Westphal. Vgl. dazu Zimmermann, Ulrich De Maizière, S. 284.

335 Vgl. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 22.

336 Guderian, Panzer Marsch, S. 196.

337 Middel Dorf, Taktik im Rußlandfeldzug, S. 31.

338 Ebd., S. 158.

339 Ebd., S. 31.

340 Vgl. ebd., S. 32 u. 39.

341 Ders., Führung und Gefecht, S. 219.

342 Ders., Taktik im Rußlandfeldzug, S. 50.

343 Ders., Führung und Gefecht, S. 199.

riegeln.³⁴⁴ Um atomare Waffen zur Abwehr einsetzen zu können, muss der Feind gestoppt und auf Distanz gehalten werden. Das wiederum bewerkstelligen nur Panzer oder weitreichende Panzerabwehrwaffen. „So werden die Panzerwaffe und innerhalb der Panzergrenadiere die Kanonenjagdpanzer sowie weitreichende Raketen zu entscheidenden Trägern der Abwehr. Die Panzerwaffe ist damit nicht mehr die letzte Reserve des Truppenführers, sondern diejenige Waffengattung, die meist von Beginn des Gefechtes an, sicher aber im gesamten Verlauf des Abwehrgefechtes dem Feinde die Stirn zu bieten hat.“³⁴⁵ „Ein Einsatz gepanzerter Fahrzeuge könnte zwar angesichts der atomaren Bedrohung überholt erscheinen, doch dürfte der Kampfpanzer alles in allem immer noch den bestmöglichen Schutz gegen Atomdetonationen bieten. Sein Gewicht schützt gegen Druckwellen, seine Panzerung gegen Hitzewellen und gegen Kernstrahlen; seine Schutzbelüftungsanlage verhindert das Eindringen von radioaktivem Staub.“³⁴⁶ Auch die Beweglichkeit ist bei so einer Gefechtsart eine absolute Notwendigkeit, um Truppenmassierungen schnell bilden und wieder auflösen zu können.³⁴⁷

Im nichtatomaren Gefecht wird ebenfalls große Flexibilität benötigt,³⁴⁸ aber die Lage verändert sich nicht so schlagartig wie bei einem Atomwaffeneinsatz. Die seelischen Belastungen für die Soldaten sind wie die Verwüstungen des Gebietes geringer. Hier steht der Kampf Panzer gegen Panzer und das zusammengefasste Feuer der konventionellen Artillerie gegen Truppenmassierungen noch mehr im Mittelpunkt.³⁴⁹

In einem Vortrag vor der Gesellschaft für Wehrtechnik am 25.04.1969 in Bad Godesberg legte der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Albert Schnez seine Überlegungen zu einem künftigen Konflikt dar. Als wahrscheinlichstes Szenario nahm auch er einen begrenzten Krieg an. Daher würde der Schwerpunkt auf der Abwehr von Angriffen unter der atomaren Schwelle liegen.³⁵⁰

344 Ders., Taktik im Rußlandfeldzug, S. 142.

345 Ders., Führung und Gefecht, S. 207.

346 Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 28. Vgl. außerdem Guderian, Panzer Marsch, S. 198 u. Ferdinand M. von Senger und Etterlin, Atomkrieg und Panzertruppe, in: WEHRKUNDE 9 (1956), S. 438-441, hier: S. 438.

347 Vgl. De Maizièrre, Heer im Atomzeitalter, S. 230. Senger und Etterlin, Die Panzergrenadiere, S. 54.

348 Dr.-Ing. Karl Fischer, Abteilungsleiter T im Bundesministerium der Verteidigung bemängelte noch 1963 die geringe Beweglichkeit des Heeres. Vgl. dazu Karl Fischer, Aktuelle Probleme der Wehrtechnik, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 10 (1963), S. 389-404, hier: S. 395.

349 Middeldorf, Führung und Gefecht, S. 55 u. „Schnell – Beweglich – Feuerstark“. Die NATO-Länder werden den überlegenen Kampfpanzer gemeinsam entwickeln müssen, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 1 (1957), S. 42-44, S. 42.

350 Vgl. Albert Schnez, Die Rüstungskonzeption des deutschen Heeres, in: WEHRKUNDE 6 (1969), S. 277-282.

Bei einer Hauptkampffernung der klassischen Panzergefechte in Mitteleuropa von 1800 bis maximal 2000 Metern waren für die Verteidigung aus nächster Nähe hohe Schussfolge und Treffergenauigkeit unabdingbar. Wenn der erste Schuss nicht saß, bestand durchaus die Möglichkeit, dass der Panzer keine zweite Chance mehr hatte, weil er selbst bereits ausgeschaltet worden war.³⁵¹ In einem hügeligen und von Flüssen durchzogenen Gebiet war es wichtig, in Bewegung zu bleiben, tauch- und tiefwatfähige Fahrzeuge und das entsprechende Gerät zum Überwinden von Hindernissen zu haben.³⁵² „Größere Chancen des Erfolges liegen im höheren Tempo des Angriffes mit Panzern und in der Fähigkeit zu wendiger Änderung der Stoßrichtung, damit im Erzielen der Bewegungsfreiheit, ehe vom Gegner ausreichende Reserven herangezogen werden können.“³⁵³ Diese sind für einen operativen Durchbruch unerlässlich, um eine Lücke in der Frontlinie auszudehnen und zu verbreitern.

Die gesamte Frontlinie in Europa von Dänemark bis nach Italien gleich stark zu verteidigen war nahezu unmöglich. „Daraus ergibt sich zwangsläufig statisch dort zu kämpfen, wo es das Gelände begünstigt, im übrigen den Kampf beweglich zu führen und die Entscheidung im Gegenangriff möglichst starker gepanzerter Verbände zu suchen. [...] Allein gepanzerter Verbände können beweglich fechten in der Verzögerung wie im Gegenangriff. Aber auch in der ihnen an sich nicht auf den Leib geschriebenen Verteidigung erzielen sie dank ihrer Feuerkraft, ihrer verhältnismäßig geringen Empfindlichkeit gegenüber feindlichem Feuer und dank ihrer taktischen Beweglichkeit auf dem Gefechtsfeld größere Erfolge als ungepanzerter Verbände, es sei denn, das Gelände begünstige letztere ganz ausgesprochen.“³⁵⁴

Im Dreiklang Feuer, Beweglichkeit und Schutz gaben die deutschen Panzerexperten immer gemäß der Maxime Wirkung geht vor Deckung der Feuerkraft und Beweglichkeit aus oben genannten Gründen den Vorzug. Die deutsche militärische Führung „meint, der erhöhten Wirkung des Feuers müsse durch erhöhte Beweglichkeit begegnet werden. Alle Überlegungen seien darauf zu richten, wie die Beweglichkeit verbessert

351 Vgl. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 32.

352 Vgl. De Maizière, Heer im Atomzeitalter, S. 229 u. Schnez, Die Rüstungskonzeption des deutschen Heeres, S. 278.

353 Heinz Guderian, Führung und Kampf der gepanzerten Truppen. Gepanzerter Verbände sind und bleiben vielseitigstes Mittel der Kampfführung zu Lande, in: SOLDAT UND TECHNIK 6 (1971), S. 297-301, hier: S. 297.

354 Guderian, Führung und Kampf, S. 301. Auch den USA war die Bedeutung der konventionellen Truppen insbesondere nach der Landung in Beirut und britischer Truppen in Jordanien neu bewusst geworden. Vgl. dazu die Ausführungen des ehemaligen niederländischen Generalstabschefs in Hendrik J. Kruls, Strategisches Reserve-Korps für den Westen. General H. J. Kruls über: „Das militärische Potential des Westens“, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 6 (1959), S. 8.

werden könne.³⁵⁵ Lediglich ein Mindestmaß an Schutz durch Panzerung wurde gefordert. Nur beim ABC-Schutz wurden hohe Anforderungen gestellt, genauso wie bei der Fähigkeit auch nachts zu kämpfen.³⁵⁶ Durch die örtlichen Geländegegebenheiten Mitteleuropas, die dadurch relativ geringe Kampftfernung und die immer neu entwickelten Panzerabwehrwaffen wie Hohlladungsgeschosse und Raketen, die einen absoluten Schutz gegen Beschuss sowieso ausschlossen, erschien dieser Weg für das Gefechtsfeld Mitteleuropa im Bereich Panzerbau sinnvoll, der Kampfpanzer für das atomare und konventionelle Gefechtsszenario und die Kampfarten Angriff, Verteidigung und Verzögerung bestens geeignet, insbesondere weil er auch beim Lösen vom Feind durch den drehbaren Turm wirken kann.³⁵⁷

„Durch die modernen Waffen wird er noch mehr zur Beweglichkeit gezwungen. Diese Beweglichkeit und sein Panzerschutz befähigen ihn, eigene Atomschläge auszunutzen und den Wirkungsbereich feindlicher Atomwaffeneinsätze zu durchstoßen. Hierdurch und mit Hilfe seiner großen Feuerkraft kann er seine Aufgabe, tief in das Feindgebiet einzudringen, ihm wichtiges Gelände zu entreißen und insbesondere seine Panzerkräfte zu vernichten, auch im atomaren Gefecht erfüllen. Er bleibt somit eine Schwerpunktwaffe des Heeres.“³⁵⁸

Das der Kampfpanzer die führende Rolle bei den Landstreitkräften behalten sollte, ist klar erkennbar. Bereits 1956 gab es konkrete Vorstellungen, welche Eigenschaften der zukünftige deutsche Panzer besitzen sollte. „Als Standard-Panzerkampfwagen [...] dürfte [daher] ein mittlerer Panzer von etwa 40 to Gewicht mit einem luftgekühlten Dieselmotor in Stärke von etwa 20 PS je to in Frage kommen. Nach deutschen Erfahrungen sind die überlegene Wendigkeit und Beweglichkeit, sowie die Durchschlagsleistung der Kanone über den Wert der Panzerung zu stellen.“³⁵⁹

Die Anforderungen an den modernen deutschen Kampfpanzer in den 1960er Jahren waren in einem Aufsatz der Zeitschrift WEHR UND WIRTSCHAFT bereits 1957 präzise beschrieben: „Nur hohe Schnelligkeit, Wendigkeit und ein kleines Zielbild können gegenüber dieser Bedrohung Schutz gewähren. Darüber hinaus muß der moderne Panzer über eine hochleistungsfähige Waffe verfügen.“³⁶⁰

355 De Maizièrè, Heer im Atomzeitalter, S. 228.

356 Vgl. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 35f.

357 Vgl. Guderian, Führung und Kampf, S. 298f u. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 29.

358 De Maizièrè, Heer im Atomzeitalter, S. 236.

359 Middeldorf, Taktik im Rußlandfeldzug, S. 48. Vgl. dazu ebenso „Schnell – Beweglich – Feuerstark“, S. 44.

360 Vgl. ebd., S. 42.

Im Zweiten Weltkrieg waren es zumeist die gepanzerten Angriffsspitzen der Panzerdivisionen, die Durchbrüche erzielten, Feinde einkesselten oder in der Verzögerung und Verteidigung Durchbrüche abriegelte, während die Infanterie motorisiert und zu Fuß nachrückte. Die deutsche Wehrmacht war aber auch die erste Armee der Welt, die mit den Panzergrenadieren eine Truppengattung einführte, die den Kampf- auf Schützenpanzern folgen konnte.³⁶¹

1918 wurde der britische MARK IX für den gepanzerten Transport mit 4 Mann Besatzung eingesetzt. Er konnte die ungeheure Zahl von 54 Infanteristen aufnehmen. In dieser Tradition sahen Briten und Franzosen den Panzer lange Zeit – nicht als eigenständig operierende Truppengattung, sondern als reine Unterstützungseinheit der Infanterie.³⁶² Im Polenfeldzug wurden erstmal Panzerspähwagen, Kampfpanzer und gepanzerte Mannschaftstransportwagen (MTW) von der Wehrmacht gemeinsam eingesetzt. Später bewaffnete man die Mannschaftstransportwagen mit 3,7 PaK als Zugführerwagen oder mit Maschinengewehr. So wurde während des Krieges der Schützenpanzer geboren. Meistens wurden die Schützenpanzer mit Kampfpanzern wo es möglich war zusammen eingesetzt. Sie hatten ihre Stärken wo der Kampfpanzer Schwächen hat, beispielsweise im Orts- und Häuserkampf, im Kampf gegen Feinde im Nahbereich und beim Bekämpfen von Flächenzielen. Die Besatzung eines Schützenpanzers bestand in der Regel aus Kommandant, Fahrer, Richtschütze sowie sechs bis acht Soldaten, die auf wie abgesessen kämpfen konnten.³⁶³

Die Bedrohungsszenarien des Kalten Krieges machten es notwendig, dass Panzer und Panzergrenadiere noch enger zusammen agierten.³⁶⁴ „Die in Deutschland unter Guderian begonnene Verflechtung von Panzern und Grenadieren wurde in nahezu allen Armeen vollzogen.“³⁶⁵ In der Bundeswehr wurden aufbauend auf den Kriegserfahrungen Panzergrenadiere genauso vorgesehen. „So weit wie hier in der Verzahnung mit dem Panzer ist kaum eine andere Infanterie gegangen. Diese Entwicklung, entstanden aus den Erfahrungen letzten Weltkrieges, ist auch durch die Ausrüstung der großen Mächte

361 Vgl. für das Zusammenwirken von Kampfpanzern und Panzergrenadieren Ernst Pein, Der Schützenpanzer MARDER. Das neue Kampffahrzeug der Panzergrenadiere im Vergleich zu dem bisherigen Schützenpanzer HS 30, in: TRUPPENPRAXIS 2 (1972), S. 106-114, S. 106.

362 Vgl. Scheibert, Schützenpanzer der NATO, S. 3.

363 Vgl. ebd.

364 Vgl. dazu Die neue Kampfpanzergeneration des deutschen Heeres, S. 284; Guderian, Panzer Marsch, S. 154; Heinz-Georg Lemm, Die Infanterie in modernen Heeren, in: WEHRKUNDE 4 (1967), S. 169-175, hier: S. 175 u. Karl-Theodor Molinari, Panzerprobleme von heute, in: WEHRKUNDE 11 (1959), S. 593f. Kampfpanzer und Panzergrenadiere mussten über die gegenseitigen Stärken und Schwächen genau Bescheid wissen, denn „gute Zusammenarbeit erfordert genaues Kennen der gegenseitigen Kampfbedingungen und Leistungsgrenzen.“ Guderian, Panzer Marsch, S. 155.

365 Ebd., S. 169.

mit Atomwaffen nicht abgewertet worden. Der Infanterist unter Panzerschutz ist eher befähigt weiterzukämpfen, als der auf einem Lkw ungeschützt fahrende Grenadier.“³⁶⁶ Gleichwohl konnte war die reguläre Infanterie nicht zuletzt aus Kostengründen unverzichtbar.³⁶⁷ Kriegserfahrene ehemalige Offiziere im Amt Blank legten die Einsatzgrundsätze für die gepanzerten mobilen Infanteristen fest. „Die Panzergrenadiere sollten mit Panzern und Grenadiern im Angriff, in der Abwehr sowie in der Verzögerung und Verfolgung eng zusammenwirken.“³⁶⁸

Vor allem in drei Situationen waren Panzergrenadiere bei einem Angriff notwendig: erstens bei nächtlichen Panzerangriffen, zweitens beim Überwinden von Minensperren und Pak-Riegeln und drittens beim Kampf in schwierigem und unübersichtlichem Gelände.³⁶⁹ Der besondere Vorteil der Panzergrenadiere war ihre Fähigkeit sowohl auf- als auch abgesessen kämpfen zu können.

Die Heeresdienstvorschrift 231/1 favorisierte zwar den aufgesessen geführten Kampf, da er die Vereinigung größter Beweglichkeit und Feuerkraft bewirkte. Die Grenadiere konnten aber auch abgesessen im Schutz der 20 mm Kanonen der Schützenpanzer vorgehen, um das Vorfeld zu sondieren oder von gegnerischer Infanterie zu säubern. „*Panzergrenadiere* bekämpfen die feindliche Infanterie. Wo immer möglich wirken sie mit der Panzertruppe zusammen. Der schnelle Wechsel zwischen auf- und abgesessen geführtem Kampf ist die Stärke der Panzergrenadiere. In abgesessen geführtem Kampf werden sie durch das Feuer der Bordwaffen ihrer Schützenpanzer unterstützt.“³⁷⁰ Im Gegensatz zur regulären Infanterie waren die Panzergrenadiere vor allem auf offensives Vorgehen ausgelegt. „Der Angriff entspricht besonders dem Wesen der Spz-Grenadiere.“³⁷¹

Jedoch waren sie auch in der Verteidigung zur Hilfe für Kampfpanzer bei einem Gegenstoß oder Gegenangriff, bei einem Einfall in die Flanke eines eingebrochenen Gegners, als Flankenschutz und zum zügigen Besetzen von Widerstandslinien sehr effektiv.³⁷² Dabei waren Jagdpanzer eine äußerst wirksame Methode der Unterstützung. „*Panzerjäger* kämpfen mit Kanonen- und Raketenjagdpanzern. Sie bilden den Schwerpunkt der Panzerabwehr für Panzergrenadiere und Jäger. Panzerjäger können auch

366 Lemm, Die Infanterie in modernen Heeren, S. 172.

367 Vgl. ebd., S. 175. „Der Kern jeder Infanterie ist heute ihre Panzerabwehr und die Panzerabwehrstärke entscheidet über ihren Wert.“ Ebd.

368 Blume, Die Panzergrenadiere der Bundeswehr, S. 5.

369 Vgl. Guderian, Panzer Marsch, S. 161.

370 Vollmer, Die Streitkräfte, S. 22.

371 Vgl. Lemm, Die Infanterie in modernen Heeren, S. 172.

372 Vgl. ebd., S. 162.

gegen ungepanzerten Feind in Feldstellungen mit Vorteil eingesetzt werden. Die Raketenjagdpanzer sind auf Grund ihrer hohen Schußentfernungen in der Lage, schon auf weite Entfernungen den Kampf gegen feindliche Panzer aufnehmen zu können.³⁷³ Aufgaben in Angriff wie Verteidigung benötigten ein perfekt abgestimmtes Fahrzeug, das dem neuen deutschen Kampfpanzer in nichts nachstand.³⁷⁴ Dementsprechend waren die technischen Anforderungen für den Schützen- sowie die Jagdpanzer festgelegt auf hohe Beweglichkeit und Geländegängigkeit, starke Panzerung, adäquate Feuerkraft und ausreichende Fernmeldemittel.³⁷⁵

„Der Führungsstab des Heeres forderte daher für die Panzergrenadiere ein Kampffahrzeug, das die gleiche Beweglichkeit wie der Kampfpanzer hat, eine hohe Feuerkraft besitzt, der Besatzung ein Maximum an Schutz gewährt, ihr ermöglicht, den Kampf auch vom Fahrzeug aus zu führen und zwischen auf- und abgesehenem Kampf schnell zu wechseln.“³⁷⁶ Eine Standardisierung der Fahrzeuge im Bereich der gepanzerten Kräfte von Panzer- und Panzergrenadiertruppe brachte die Hoffnung nach Synergieeffekten und einer Kampfwertsteigerung zum Ausdruck.³⁷⁷

Mit der LEOPARD 1- und der Schützenpanzerfamilie, der u.a. MARDER sowie Jagdpanzer KANONE und RAKETE angehörten, bewegte sich die Bundeswehr genau in die beabsichtige Richtung. „Alle Kampffahrzeuge der deutschen Kampftruppen gehören zu einer sogenannten Panzerfamilie. Das bedeutet, daß sie in ihrer Geschwindigkeit und in bestimmten technischen Faktoren aufeinander abgestimmt sind.“³⁷⁸

373 Vollmer, Die Streitkräfte, S. 22. In WEHR UND WIRTSCHAFT wird die Vermutung geäußert, dass die Fähigkeit der Panzergrenadiere Panzer zu bekämpfen ein Indiz dafür ist, dass die klassische Panzerabwehr nicht stark genug ist. Vgl. Braucht die Bundeswehr noch Panzerjäger?, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 4 (1969), S. 196-198, hier: S. 196.

374 Vgl. Guderian, Panzer Marsch, S. 157-161 u. Senger und Etterlin, Die Panzergrenadiere, S. 99.

375 Vgl. Blume, Die Panzergrenadiere der Bundeswehr, S. 5.

376 Vgl. Klennert / Schneider, Der neue deutsche Schützenpanzer, S. 306f. Anforderungen nochmals detailliert bei Senger und Etterlin, Die Panzergrenadiere, S. 177-180. 1. Panzerschutz – ausreichend gegen Infanterie und leichte Bordwaffen (12,7-20 mm), Druckunempfindlich gegen Atomwirkung, voll schließbar um verseuchtes Gelände zu überwinden. 2. Straßengeschwindigkeit: möglichst hoch, hohe Dauergeschwindigkeit und Unempfindlichkeit. 3. Leistungsgewicht 20 PS/t oder höher. 4. Tauch- und Schwimffähigkeit. 5. Mehrzweckaufbau, schnelles Absitzen. 6. Wirtschaftlichkeit - möglichst billig, schnell und einfach zu fertigen, ähnlich den sowjetischen Typen.

377 Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 613.

378 Vollmer, Die Streitkräfte, S. 22.

II.4 Die militärischen Anforderungen an die Fahrzeugfamilien von LEO-PARD 1 und MARDER auf Grundlage der deutschen Verteidigungskonzeption

Als 1955 mit der Bundeswehr wieder eine deutsche Armee aufgestellt wurde, mangelte es an allem - Personal, Organisation und natürlich auch Material. Gepanzerte Kräfte sollten das Rückgrat des deutschen Heeres und damit ein Eckpfeiler der NATO-Verteidigung in Europa werden. Immense Mengen an Soldaten und Fahrzeugen waren in kürzester Zeit vonnöten, um die Panzer und Panzergrenadierbrigaden aufzustellen.³⁷⁹

„Mit der vierfachen Aufgabenstellung der Bundeswehr – Aufstellung, Ausbildung, Herstellen der Einsatzbereitschaft und Weiterbildung – war die Truppe von Anfang an überfordert worden. [...] Parallel zu dieser Überforderung hatte sich zudem eine Militär-bürokratie entwickelt, die den Dienstbetrieb erheblich hindern sollte.“³⁸⁰

Während die Personallage während der ersten Dekade der neuen deutschen Streitkräfte dauerhaft angespannt blieb,³⁸¹ deckten die USA den Erstbedarf der jungen Armee im Rahmen der Nash-Liste. Wehrmaterial in Höhe von 3,8 Milliarden DM wurde kostenlos zur Verfügung gestellt, die Military Assistance Advisory Group (MAAG) unterstützte vor Ort bei der Einführung und vor allem bei der Ausbildung an den amerikanischen Waffensysteme.³⁸²

Die Ausstattung des Heeres mit Kampfpanzern war für die Aufstellung der gepanzerten Truppen von besonderer Bedeutung. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es mit dem Ausscheiden Deutschlands aus der Panzerentwicklung und -fertigung kaum noch technische Fortschritte. Seine Waffenschmieden waren bis dato führend in der Panzertechnik.³⁸³ Erst ab 1950 kam es in den USA zu wirklichen Weiterentwicklungen. Die durch T 34 und Panther beeinflusste Panzerentwicklung brachte in den USA den M 26 Pershing und die Patton-Baureihe M 46, M 47, M 48 und M 60 hervor. Großbritannien entwickelte den Centurion, Frankreich den leichten Kampfpanzer AMX 13. Die Sowjetunion setzte auf die Nachfolgemodelle des T 34, den T 44, T 54 und T 62.³⁸⁴

379 Zur Geschichte der Panzertruppe mit Personal, Struktur und Bewaffnung vgl. ausf. Beckmann, Schild und Schwert, S. 1-190.

380 Frank Pauli, Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr. Das kriegsgediente Offizierkorps der Bundeswehr und die Innere Führung 1955 bis 1970, Paderborn - München - Wien - Zürich 2010, S. 231.

381 Vgl. Rudolf Warnke, Der Offizier im Truppendienst (I). Eine Einführung in die Untersuchungsreihe „Der Offizier der Bundeswehr“ (Wehrsoziologische Studien Band 7), Bonn-Beuel 1970, S. 29,31,33,35 u. 78f.

382 Vgl. Grams, Transatlantische Rüstungskoooperation, S. 247f; Wenzke / Zündorf, „Ein Eiserner Vorhang ist niedergegangen.“, S. 114 u. Strauß, „Wehrpolitik - Wehrführung - Wehrtechnik“, S. 6.

383 Vgl. Das Kampfwagenprogramm der Bundeswehr, S. 386.

384 Vgl. Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 8.

Wie beschrieben wurde zwar im Panzerbau weiterentwickelt, wirkliche Quantensprünge wie im Bereich der U-Boote oder wie bei den Strahlenflugzeugen der Luftwaffe wurden nicht gemacht.³⁸⁵ Letztendlich wurden der Bundeswehr als Erstausrüstung 1000 M 47 und 1500 M 48 der Typen A1, A2 und A2C zur Verfügung gestellt. Auch wenn Weltkriegsveteranen sich oftmals beklagten, die amerikanische Ausrüstung sei schlechter als die des Zweiten Weltkrieges, bot sie für die Bundeswehr zunächst viele Vorteile. Die Fahrzeuge waren für Ausbildungszwecke geeignet, zum Zeitpunkt der Beschaffung auf einem passablen technischen Stand und die Truppe erhielt durch sie wieder internationalen Anschluss.³⁸⁶

Beide Fahrzeugtypen waren also durchaus moderne Panzer, die auch noch vom Herstellerland, den Vereinigten Staaten, genutzt wurde. Jedoch entsprachen sie in einigen Bereichen entweder nicht den Anforderungen des mitteleuropäischen Gefechtsfeldes oder den operativen Überlegungen der deutschen Heeresführung. Es gab ein Problem mit der Reichweite der Panzer.³⁸⁷ Die deutschen Vorstellungen verlangten einen Panzer mit großem Aktionsradius, um weiträumige Operationen durchführen zu können. Die amerikanischen Panzer hatten jedoch einen immensen Kraftstoffverbrauch und verfügten über eine ähnliche Reichweite wie die deutschen Kampffahrzeuge PANTHER und TIGER im Zweiten Weltkrieg. Der M 47 hatte beispielsweise Betriebsstoff für vier bis fünf Stunden dabei, im Gegensatz zum späteren LEOPARD 1, der es auf durchschnittlich 22 brachte.³⁸⁸ Der M 48 A2 verbrauchte bei normalem Marsch auf 100 km 850 Liter Treibstoff und musste nach 90 km nachtanken.³⁸⁹ Die deutschen Panzerexperten waren den Benzinmotoren der Amerikaner sowieso nicht sonderlich zugeneigt, sondern bevorzugten einen Diesel- oder Vielstoffmotor.³⁹⁰ Die Betriebskosten nahmen Ausmaße an, die nicht mehr vertretbar erschienen.³⁹¹

Als zweites Problem kam das Gewicht der amerikanischen Waffensysteme hinzu. Wie der britische Centurion waren sie viel zu schwer für die deutsche Konzeption von Feuer und Beweglichkeit und eine schnelle Operationsführung insbesondere in der norddeut-

385 Vgl. „Schnell - Beweglich - Feuerstark“, S. 42.

386 Vgl. Grams, Transatlantische Rüstungskooperation, S. 248, Large, Die deutsch-amerikanische Verteidigungspartnerschaft, S. 334 u. Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 8.

387 Vgl. Lobitz, Der Kampfpanzer Leopard 1 in der Bundeswehr, S. 2 u. Strauß, „Wehrpolitik - Wehrführung - Wehrtechnik“, S. 6.

388 Beckmann, Schild und Schwert, S. 59 u. Das Kampfwagenprogramm der Bundeswehr, S. 386.

389 Strauß, „Wehrpolitik - Wehrführung - Wehrtechnik“, S. 6.

390 Vgl. Large, Die deutsch-amerikanische Verteidigungspartnerschaft, S. 334. Selbst die Feuerraten der deutschen Maschinengewehre aus dem Weltkrieg waren höher als die der amerikanischen. Vgl. dazu ebd.

391 Vgl. Beckmann, Schild und Schwert, S. 48.

schen Tiefebene.³⁹² Darüber hinaus waren sie zu groß, hatten eine zu hohe Silhouette und eine zu geringe Durchschlagskraft.³⁹³ Sie wären für die sowjetischen Modelle eine leichte Beute und in offener Feldschlacht ohne Unterstützung von Artillerie oder Luftwaffe in großen Stückzahlen abgeschossen worden.

Auf deutscher Seite kam man zu dem Schluss, dass „die sowjetischen Panzer, insbesondere die Kampfpanzer T 54 und J S III, [...] eine Kampfstärke, [besitzen] der der Westen noch nichts Gleichwertiges entgegenzustellen vermag.“³⁹⁴ Daher bildete „für das Heer [...] die Ausstattung mit einem modernen allen Anforderungen entsprechenden Standardpanzer einer der zur Zeit wichtigsten Probleme.“³⁹⁵ Die Erkenntnis über die Stärke der Panzer des Sowjetimperiums waren mit der Grund für eine Neuentwicklung eines deutschen Kampfpanzers. „Die Technik des T 54, die voraussichtlichen taktischen Situationen, die Erfahrungen der früheren deutschen Wehrmacht mit den sowjetischen Panzerverbänden und verschiedene andere Faktoren ergaben die taktisch-technischen Forderungen an das Ersatzmuster für den M 47 bzw. M 48 – also an den deutschen Standardpanzer.“³⁹⁶

Bereits 1956 gingen die Planer des Truppenamtes von einem panzerstarkem Heer aus, das zukünftige Gefechte beweglich führen würde. Die Vorstellungen über die zu verwendenden Fahrzeuge waren sehr konkret. „Leichte (Aufklärungs-)Panzer bis 20 t mittlere Panzer bis 40 t schwere Panzer bis 60 t und Sturmpanzer (ohne Turm) bis 40 t – Der Panzerbau wird von der Taktik und den Panzerabwehrmitteln des Gegners bestimmt. - Atomare Gefechtsführung sowie zunehmende Wirkung von Panzerabwehrwaffen aller Art von der Erde wie aus der Luft zwingen die Panzertruppen zur Erhöhung ihrer Beweglichkeit – d.h. Schnelligkeit, Geländegängigkeit, Wenigkeit, Beschleunigungsvermögen, Fahrbereich – und zu kleinerer Zielbildung. Die Feuerkraft muss erhöht, auf ausreichende Panzerung kann nicht verzichtet werden. Bei einer Überprüfung der bisherigen militärischen Forderungen für Panzer in dieser Richtung muss vom mittleren Panzer als der Hauptwaffe der Panzertruppe ausgegangen werden. Ihn vor allem gilt es beweglicher zu machen, als bisher vorgesehen. - Gefordert wird ein möglichst niedriger Standard-Panzer mit einem Gefechtsgewicht von max. 30 t und einem Leistungsgewicht von 30 PS/t. Durchschlagsleistung der Waffe und Abstoß-

392 Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 570 u. „Schnell - Beweglich - Feuerstark“, S. 43.

393 Vgl. Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 9.

394 Schneider, Begrenzter Krieg - Konventionelle Waffen, S. 316. Vgl. dazu auch Das Kampfwagenprogramm der Bundeswehr, S. 385.

395 Schneider, Wehrtechnik von heute und morgen, S. 239.

396 Das Kampfwagenprogramm der Bundeswehr, S. 386.

wirkung der Panzerung müssen sich gegenseitig so ergänzen, dass ein schwerer Feindpanzer (Stalin III) auf eine Entfernung vernichtet werden kann, die diesem noch keine vernichtende Wirkung gegen unseren mittleren Panzer ermöglicht³⁹⁷.

Während der leichte und der schwere Kampfpanzer nicht verwirklicht wurden, gingen die Planungen für den mittleren und den Sturmpanzer weiter. Die Abteilung Technik des Bundesministeriums der Verteidigung gab bereits am 25.07.1957 folgende Richtwerte für einen neuen Kampfpanzer heraus, die sich an die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges anlehnten: „Gesamtgewicht 30 t, Leistungsgewicht 30 PS/t, Vielstoffmotor mit Luftkühlung, Fahrbereich 350 km, dem letzten Stand der Technik entsprechende (Drehstab- oder hydraulische) Federung, Höchstbreite 3150 mm, Bodendruck bis 0,8 kp/cm²“³⁹⁸. Er sollte eine Straßengeschwindigkeit von 65 km/h und im Gelände von 40 km/h haben, eine 105 mm Kanone mit einer Durchschlagsleistung von 150 mm Panzerstahl auf 2.500 Metern. „Zusammenfassend verlangte die militärische Forderung eine von allen bisherigen Panzerfahrzeugen noch nicht verwirklichte taktische Beweglichkeit.“³⁹⁹

Ein solches Fahrzeug war genau auf die Anforderungen des modernen Gefechtes ausgelegt, beeinflusst von der vorherigen Generation deutscher Panzer. „Es bestehen ganz konkrete Vorstellungen über den geeigneten Typ, und es werden auch Entwicklungsaufträge an einige deutsche Firmen vergeben.“⁴⁰⁰ Die Grundüberlegung war, dass ein verhältnismäßig kleiner wendiger Kampfpanzer mit hoher Feuerkraft mit weniger Panzerung auskommen würde, da es für den Feind schwieriger ist, einen gezielten Schuss zu setzen. Daher sollte die Höhe nicht über zwei Metern liegen und das Gewicht im Gefecht max. 30 Tonnen betragen. Gefordert war außerdem ein Maximum an Wirkung, Treffgenauigkeit, Feuerbereitschaft, Schussweite und Beweglichkeit. Gleiches gilt für den Panzerschutz, die Einfachheit der Bedienung und Wartung, sowie die Robustheit für die klimatischen Bedingungen und die europäische Geographie. Eine schnelle und leichte Austauschbarkeit aller Teile und 4 Mann Besatzung waren anvisiert. „Klassische Kanonen, Rohrrücklauf so kurz wie möglich – wirksame Schussweite bis zu 2500 Meter, Flugzeit für 1000 Meter nicht über 1,5 sec.“⁴⁰¹

397 Truppenamt, Abt. Panzertruppe, Betr. Militärische Forderungen für Panzer, Köln 23.11.1956, S.1, BA-MA, Bw 1/21590, zit. in: Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 571f.

398 Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 10. Vgl. außerdem dazu: Kollmer, „Klotzen nicht kleckern!“, S. 570.

399 Ebd., S. 10.

400 Strauß, „Wehrpolitik - Wehrführung - Wehrtechnik“, S. 6.

401 Truppenamt, Abt. Panzertruppe, Militärische Forderungen für den Standartpanzer, Köln, 23.11.1956, BA-MA, Bw 1/21590, zit. in: Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 570. Vgl. zu den Anforderungen

Auch wenn deutsche Firmen zwölf Jahre vom Panzerbau ausgeschlossen waren, dienten der Kampfpanzer V PANTHER, der Kampfpanzer VI TIGER und der Kampfpanzer VV B KÖNIGSTIGER aus den einheimischen Waffenschmieden als Vorlage.⁴⁰² „Wenn auch ein unmittelbarer technischer Zusammenhang der neuen Entwicklung mit den Typen des Zweiten Weltkrieges nicht gegeben ist, so sind doch gewisse Verwandtschaften unverkennbar.“⁴⁰³ Außerdem wurde auf die Erfahrungen mit den sowjetischen Typen zurückgegriffen, die relativ robust und unkompliziert in ihrer Bauart waren.⁴⁰⁴ Mit aller Kraft wurde das Programm im Rahmen des Heeresaufbaus durchgeführt.⁴⁰⁵ Die Entwicklung wurde von Beginn an als Kooperationsprojekt mehrerer Länder geplant. „Durch Entwicklung von Einheitsfahrzeugen [...] wird versucht, Einsparungen zu erzielen. Die [...] Möglichkeit, im Rahmen von Gemeinschaftsentwicklungen Kosten einzusparen“⁴⁰⁶, war ein Hauptgrund dafür.

Letztendlich wurde aus den Überlegungen eine gemeinsame deutsch-französische Entwicklung.⁴⁰⁷ „Wir wollen jedenfalls, wenn der amerikanische Panzer verbraucht ist, einen deutsch-französischen Einheitspanzer anstreben. [...] Eine solche Gemeinschaftsarbeit ist notwendig, weil sich die Standardisierungsversuche im Rahmen der WEU oder der NATO als schwierig erweisen. Wenn man warten wollte, bis sich alle NATO-Staaten auf einen Panzertyp am Schreibtisch geeinigt haben, dann ist, glaube ich, das Zeitalter der Panzer längst vorbei.“⁴⁰⁸ Die französischen Vorstellungen eines modernen Panzers entsprachen den deutschen wesentlich mehr als beispielsweise in Großbritannien, wo dem Panzerschutz, nicht der Beweglichkeit der Vorrang eingeräumt wurde.⁴⁰⁹ Daher erhielt der LEOPARD 1 auch eine wesentlich schlankere Silhouette als sein britisches Pendant, der CENTURION.⁴¹⁰ Die militärischen Forderungen an den neuen Kampf-

auch Das Kampfwagenprogramm der Bundeswehr, S. 386; Ekkehard Medert, Der Kampfpanzer im atomar geführten Gefecht (I), in: WEHRKUNDE 12 (1963), S. 592-598, hier: S. 592 u. Willikens, Wehrtechnik Land, S. 125f u. Wüst, Leopard – Symbol eines umfassenden Waffensystems, S. 23f.

402 Vgl. AMX 30 und der deutsche Standardpanzer. Keine europäische Gemeinschaftsentwicklung, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 7 (1963), S. 264f, hier: 265; „Schnell - Beweglich - Feuerstark“, S.43 u. Willikens, Planungen zum Panzerbau, S. 166.

403 Vgl. Panzer der Bundeswehr, in: SOLDAT UND TECHNIK 12 (1964), S. 673-675, hier: S. 673.

404 Nach Geysenheyner hatte der russische T 34 gegenüber dem LEOPARD 1 einen entscheidenden Vorteil – den Preis. Während der deutsche Panzer mit 1,2 Millionen DM veranschlagt wurde, waren es beim russischen Modell 200000 DM. Die Überlebenschancen waren seiner Meinung nach aber ungefähr gleich. Vgl. dazu Geysenheyner, Hat der Panzer ein Überlebenschance, S. 242.

405 Vgl. Alfred Zerbel, Heeresaufbau in der Endphase. Eine Zwischenbilanz der bisherigen Arbeit, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 6 (1962), S. 276f, hier: S. 277.

406 Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 289.

407 Vgl. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 40.

408 Strauß, „Wehrpolitik - Wehrführung - Wehrtechnik“, S. 6.

409 Vgl. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 181 u. Schneider, Wehrtechnik von heute und morgen, S. 239.

410 Vgl. Ferdinand M. von Senger und Etterlin, Der Kampfpanzer Leopard. Entwicklungsgeschichte und Leistungsvergleich, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 171-176, hier: S. 176.

panzer wurden eng mit Frankreich abgestimmt.⁴¹¹ „Früh wurde deutlich, dass insbesondere gegen moderne tragbare Panzerabwehrwaffen nach Hohlladungsprinzip kein umfassender Schutz bei akzeptabler Beweglichkeit realisierbar war. Somit wurde bei einem Mindestschutz der Beweglichkeit der Vorzug gegeben, um so ein erschwertes Ziel zu bieten.“⁴¹²

Die Wirkung des Feuers und die Beweglichkeit des Panzers mussten folglich so gut sein, dass Panzerung nicht mehr entscheidend war. Dazu brauchte man eine sehr hohe Durchschlagskraft und Treffergenauigkeit der Waffen, schnellste Feuereröffnung aus allen Lagen, hohe Feuergeschwindigkeit und ggf. die Fähigkeit, das Feuergefecht aus der Bewegung zu führen. In der Tat wurden die deutschen Kampfpanzer später mit einer Waffenstabilisierungsanlage ausgerüstet, die es ermöglichte in voller Fahrt das Gefecht aufzunehmen. Die meisten anderen Panzer mussten stoppen, ehe sie einen Schuss abgeben konnten, was dazu führte, dass der LEOPARD 1 hier einen großen Vorteil, insbesondere bei der Abgabe des ersten Schusses hatte. Die Kanone sollte die gängigen Munitionsarten der 1960er Jahre, also panzerbrechende Geschosse, Sprengmunition und Hohlladungsprojekteile sowie die Illum-Granaten für das Nachtgefecht verschießen können.⁴¹³

Hohe Geländegängigkeit, auch in sehr weichen Böden, große Geschwindigkeit querfeldein, schneller Start des Panzers, Wendigkeit und ausreichender Bewegungsbereich waren darüber hinaus gefordert.⁴¹⁴ Gute optische Geräte und eine moderne Funkanlage war für eine optimale Gefechtsfeldbeobachtung und die Führung der Panzereinheiten unabdinglich. Die Panzerung sollte so gut sein, dass das Kampffahrzeug ein kurzer Gefecht überleben konnte und die Besatzung gegen atomare Strahlung bestmöglich geschützt war. Gleichzeitig sollte das Gefechtsgewicht so gering wie möglich gehalten werden. Die angestrebte Perfektion des Fahrzeugs durfte aber nicht zu Lasten von Wartung, Pflege und Instandsetzung gehen.⁴¹⁵

411 Vgl. Beckmann, Schild und Schwert, S. 48.

412 Lobitz, Der Kampfpanzer Leopard, S. 2. Vgl. ebenso Mirscht, Gedanken über eine neue Panzergeneration, S. 544.

413 Ebd., S. 9.

414 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1971/1972, S. 142 u. Schneider, Wehrtechnik von heute und morgen, S. 239. Generalleutnant a.D. Dipl.-Ing. Schneider war langjähriger 1. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik und Hauptschriftleiter der Wehrtechnischen Monatshefte.

415 Vgl. Fritz Hauska, Gedanken zur Entwicklung von Kettenfahrzeugen, in: WEHRTECHNISCHE MONATSSHEFTE 11 (1961), S. 481-484, hier: S. 482 u. Schneider, Wehrtechnik von heute und morgen, S. 239.

Besonders wichtig war die Tatsache, dass der Kampfpanzer als Plattformlösung entwickelt wurde. Dabei distanzierte man sich bewusst von der Typenvielfalt in der Wehrmacht. Diese erste echte Plattformlösung für die Bundeswehr wurde von Seiten der Abteilungen des Ministeriums gegenüber der Industrie ausdrücklich gewünscht.⁴¹⁶

„Aus logistischen Gründen ist es zweckmäßig, daß die Fahrzeuge, aus denen ein moderner Panzerverband zusammengesetzt ist, einen möglichst einheitlichen Ersatzteilbedarf haben.“⁴¹⁷

Die Vorteile lagen auf der Hand. Eine Vereinheitlichung von Baugruppen und Bauteilen hatte zur Folge, dass die Ersatzteilbevorratung klein gehalten werden konnte, der Ausbildungsaufwand für Mechaniker war ebenfalls geringer, einfachere Pflege, Wartung und Instandsetzung waren die Folge. In Friedenszeiten hatte die Plattformlösung vor allem wirtschaftliche Vorteile, im Krieg hätte sie bei einem Mangel im Nachschubbereich, dennoch eine hohe Einsatzfähigkeit und Kampfstärke der Verbände bedeutet.⁴¹⁸

Daher wurde neben dem LEOPARD 1 auch der Bergepanzer Standard, der Flakpanzer GEPARD, der Pionierpanzer, der Brückenlegepanzer BIBER, und der Fahrschulpanzer LEOPARD gebaut. Über 6500 Fahrzeuge liefen vom Band und wurden in zwölf Nutzerstaaten verwendet.⁴¹⁹

Die vielen Forderungen unter einen Hut zu bringen war nicht einfach.⁴²⁰ Dennoch gelang es im Falle des neuen deutschen Kampfpanzers. Beim Panzerlehrbataillon 93 wurde der Panzer am 14. und 15. Januar 1963 der Öffentlichkeit präsentiert. In Rekordzeit war seine Entwicklung abgeschlossen worden. Am 25.07.1963 bestellte das Bundesministerium der Verteidigung das erste Los Kampfpanzer in einer Stückzahl von 1500 Fahrzeugen.⁴²¹ „Damit verfügte das Heer über einen modernen Kampfpanzer, der das Rückgrat der konventionellen Verteidigungsfähigkeit darstellte.“⁴²² Gemäß einer Weisung des Führungsstabes des Heeres erhielt der Kampfpanzer nach deutscher Tradition am 4. Oktober 1963 offiziell seinen Namen - Kampfpanzer LEOPARD.⁴²³

Bei der Aufstellung der Bundeswehr waren für die Führung des Heeres neben den Kampfpanzereinheiten auch die gepanzerten Grenadiere von Bedeutung. „Die

416 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 577.

417 Besprechungsgrundlage für die Routinebesprechung beim BMVtdg T III 2 am 4. Mai 1965, Ba MA BW 1 / 478315, S. 149.

418 Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 177.

419 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 577.

420 Vgl. Hauska, Gedanken zur Entwicklung von Kettenfahrzeugen, S. 481.

421 Vgl. Beckmann, Schild und Schwert, S. 154.

422 Wenzke / Zürndorf, „Ein Eisener Vorhang ist niedergegangen.“, S. 116.

423 Vgl. Beckmann, Schild und Schwert, S. 154.

Bundeswehr beabsichtigte die im Jahre 1945 unterbrochene Entwicklung einer eigenständigen Panzergrenadier-Kampfweise fortzusetzen.⁴²⁴ Nach dem Krieg war auch in diesem Bereich für zehn Jahre Stillstand in der Entwicklung gewesen. Die Planer im Amt Blank wollten für Panzergrenadiere einen geeigneten Schützenpanzer. Die Auswahl gestaltete sich schwierig – national gab es seit 1945 keine Entwicklung bei den Schützenpanzern, international gab es, gerade wegen der besonderen Einsatzweise der Panzergrenadiere in der deutschen Militärtradition kein passendes Fahrzeug, denn andere Nationen hatten keine Panzergrenadiere die denen der geplanten Bundeswehr entsprachen und somit auch keine Fahrzeuge am Markt.⁴²⁵

„Im Auftrag des BMVg entwickelte [daher] die Schweizer Firma Hispano Suiza (HS), eine im Panzerbau völlig unerfahrene Firma, ab 1955 auf der Basis des Flakpanzerprototyps HS 30 einen SPz für die BW.“ Geplant war, 10.860 Fahrzeuge für das Heer zu kaufen. 1956 wurde ohne Erprobung die Beschaffung von 6202 Schützenpanzern angewiesen. Hispano Suiza sollte 4.412 produzieren, 2800 British-Leyland und je 825 Henschel und Hanomag.⁴²⁶ Letztendlich wurde der HS 30 als Pendant zum Kampfpanzer M 47 geplant.⁴²⁷ Auch die Panzerpioniere sollten mit dem HS 30 ausgestattet werden.⁴²⁸ Die Beschaffung und Einführung des HS 30 geriet zum Debakel.⁴²⁹ „Die Entscheidung fiel in einer Periode politisch motivierter Expansion beim Aufbau der Bundeswehr, einer Phase, [...] schleunigst aufrüsten, das war die Parole.“⁴³⁰

In seinen verschiedenen Varianten wurde der Schützenpanzer dennoch in den Einheiten des deutschen Heeres bis zu seiner schrittweisen Ablösung ab 1971 eingesetzt.⁴³¹ Das Fahrzeug war für die Anforderungen des deutschen Heeres nicht geeignet. „Die zahlreichen technischen Mängel konnten leider im Verlauf des Truppendienstes nie endgültig beseitigt werden.“⁴³² Als Übergangslösung wurde der amerikanische M 113 ab 1962 eingeführt.⁴³³ „Der Erfolg des Fahrzeuges liegt in seiner Einfachheit, den relativ

424 Blume, SPz MARDER, S. 2.

425 Vgl. ebd. u. Klennert / Schneider, Der neue deutsche Schützenpanzer, S. 307.

426 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 297 u. Blume, Schützenpanzer kurz Hotchkiss / lang HS 30, S. 35. Blume spricht von 800, nicht 750 Fahrzeugen, die Henschel und Hanomag herstellen sollten.

427 Vgl. Pein, Der Schützenpanzer MARDER, S. 106.

428 Vgl. Blume, Panzerpioniere der Bundeswehr, S. 6.

429 Vgl. für den HS 30 ausf. Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 136-144.

430 Strauß, Die Erinnerungen, S. 289.

431 Vgl. Blume, Schützenpanzer kurz Hotchkiss / lang HS 30, S. 47 u. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1970, S. 31.

432 Blume, SPz MARDER, S. 2.

433 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 301, Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 85 u. Lemm, Die Infanterie in modernen Heeren, S. 172.

geringen Beschaffungskosten und der Vielseitigen Verwendbarkeit⁴³⁴. Damit war zumindest die Mobilität der Grenadiere gesichert. „Wie bereits [...] beschrieben, konnte mit dem Schützenpanzer HS 30 nicht die gewünschte Fahrzeuggeneration, entsprechend den Anforderungen der Bundeswehr, aufgebaut werden.“⁴³⁵

Dazu kam, dass im Kampfpanzerbereich die amerikanischen Modelle durch den LEOPARD 1 ersetzt werden sollten. „Mit dem Entschluß zur Entwicklung des Kampfpanzers LEOPARD wurde gleichzeitig die Forderung nach einem neuen Kampffahrzeug für die Panzergrenadiere gestellt.“⁴³⁶ Folglich „plante man im BWB ab 1958 mit einer völlig neuen Panzerfamilie auf Einheitsfahrgestell, die die dringend geforderten Kanonen- und Raketenjagdpanzer realisieren sollten und aus denen sich auch ein neuer Schützenpanzer, mit Heckausstieg, entwickeln ließ.“⁴³⁷ Denn „spätestens mit der Einführung des neuen deutschen Kampfpanzers LEOPARD ab 1966 war der HS 30 im Gelände zu langsam und nicht mehr zeitgemäß, um eine wirkungsvolle Unterstützung für die Panzerbataillone darzustellen.“⁴³⁸

Für die neue Fahrzeugfamilie waren der Schützenpanzer Gruppe / Führung und Funk, der Kanonenjagdpanzer, der Raketenjagdpanzer, ein Panzermörser 120 mm, ein Schützenpanzer Führung Flugabwehr, ein Sanitätspanzer, ein Transportpanzer, ein Flakpanzer und ein Flugabwehrraketenpanzer in Planung, von denen jedoch nicht alle realisiert wurden.⁴³⁹

Kampfpanzer und Panzergrenadiere mit ihren Hauptwaffensystemen Schützen- und Jagdpanzern sollten gemeinsam operieren können.⁴⁴⁰ Dementsprechend waren auch die Anforderungen an den neuen Schützenpanzer abgestimmt. Der für Ausbildung, Technik und Versuche zuständige ATV-Stab der Panzertruppschule in Munster erstellte 1959 die Militärischen Forderungen, die 1961 und 1966 nochmals modifiziert und den aktuellen Entwicklungen angepasst wurden. Die wesentlichen geforderten Merkmale waren, dass er schnell, geländegängig sein und ein Leistungsgewicht von 20 PS/t haben sollte,

434 Gerhard Hubatschek (Hrsg.), Waffensysteme der Bundeswehr, Frankfurt am Main, 1999, S. 72.

435 Schreiber, Die Wehrtechnik bei HANOMAG, S. 146.

436 Pein, Der Schützenpanzer MARDER, S. 106.

437 Schreiber, Die Wehrtechnik bei HANOMAG, S. 146.

438 Blume, Die Panzergrenadiere der Bundeswehr, S. 10.

439 Vgl. ders., Spz MARDER, S. 4 u. Klennert / Schneider, Der neue deutsche Schützenpanzer, S. 307.

440 Vgl. Blume, Die Panzergrenadiere der Bundeswehr, S. 16; Hubatschek, Waffensysteme der Bundeswehr, S. 63 u. Willikens, Wehrtechnik Land, S. 126. Im Weißbuch der Bundesregierung ist dieser Wille nochmals deutlich bekundet worden. „Dem Zusammenwirken von Kampf- und Schützenpanzern misst das Heer besondere Bedeutung zu. Dem Kampfpanzer Leopard wird daher der neu entwickelte Schützenpanzer Marder zugeordnet. Hierfür ist die Beschaffung von 1926 Schützenpanzern Marder (Preis: rund 0,75 Millionen DM) bis 1974 eingeleitet.“ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1969, S. 142.

bei Einsatzdauer und Fahrbereich dem LEOPARD ebenbürtig, von Bord aus das Gefecht mit allen Waffen gegen Erdziele und Tieffliegerangriffe, sowie ein schneller Wechsel zwischen auf- und abgesessenem Kampf möglich sein sollte. Die lückenlose Beobachtung des Gefechtsfeldes auch von innen heraus bei Tag und Nacht als Ergänzung für den Kampfpanzer musste sicher gestellt sein. Die Bauweise hatte zum Ziel, ihn einfach und robust zu machen, Baugruppen sollten standardisiert sein, um sie leicht austauschen zu können. Darüber hinaus war eine Absitzstärke von zwölf Mann, eine zuverlässige 20 mm Maschinenkanone, ABC-Schutz und eine Unterwasserfahrmöglichkeit bis zu fünf Metern Tiefe gefordert. Er sollte gegen 20 mm-Waffen beschusssicher sein, an Front sogar gegen panzerbrechende Munition, eine Panzerabwehrkrakete mit 1000 Meter Schussentfernung haben, ein stufenloses Schalt- und Wechselgetriebe und eine Munitionswechselanlage für hochexplosive und panzerbrechende Munition.⁴⁴¹

Nicht immer war alles wünschenswerte auch umsetzbar. Eine Abstufung der Leistungsmerkmale musste vorgenommen werden, da Entwicklungen sonst durch Überzüchtungen verzögert werden. Beim Schützenpanzer wurde beispielsweise im Laufe der Planungen auf die Schwimffähigkeit verzichtet, weil für das gemeinsame Gefecht mit Kampfpanzern eine hohe Feuerkraft und ein gewisser ballistischer Schutz wichtiger waren als die uneingeschränkte Beweglichkeit in jedem Gelände.⁴⁴²

Im Bereich der Höhe des Panzers konnte eine Konstruktion nach der deutschen Maxime so flach wie möglich nicht durchgeführt werden. Mit knapp drei Metern überragte der MARDER den Kampfpanzer LEOPARD 1 um knapp einen halben Meter.⁴⁴³ Der Inspekteur des Heeres kommentierte diese Tatsache lapidar: „In der Technik gibt es keine 100 Prozent.“⁴⁴⁴ Der Grund für die Höhe des MARDERS war banal – um im modernen Gefecht tagelang autark operieren zu können, mussten die zehn Soldaten im Heckraum auch Platz zum schlafen haben. Das war nur mit einer Scheitellafette möglich, die auf dem Dach des Panzers befestigt wurde.⁴⁴⁵ Die Höhe des Panzers wurde jedoch durch seine Formgebung ausgeglichen. General Schnez konterte die Frage des SPIEGEL nach der Hohen Silhouette mit der Gegenfrage: „Haben Sie gesehen, wie im

441 Vgl. Blume, SPz MARDER, S. 4; Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 168f.

442 Vgl. Schnez, Die Rüstungskonzeption des deutschen Heeres, S. 280. Wünschenswert wäre auch die Ausstattung aller Infanteristen mit gepanzerten Fahrzeugen gewesen - das Scheiterte aber an der Kostenfrage. Vgl. dazu Lemm, Die Infanterie in modernen Heeren, S. 173.

443 Schützenpanzer. Kontur verschwimmt, in: DER SPIEGEL vom 12.05.1969 (Nr. 20/1969), S. 39 u. 41, hier: S. 39.

444 Ebd.

445 Ebd.

Gelände die Kontur verschwimmt?“⁴⁴⁶ Der Unterschied zwischen HS 30 und MARDER war für die Panzergrenadiereinheiten beträchtlich, ihr Fahrzeug entscheidend für ihre Wirkung. „Durchsetzungsfähigkeit und Beweglichkeit der Panzergrenadiere sind [...] abhängig von der engen Verbindung der Panzergrenadiergruppe mit dem Kampffahrzeug, das Feuerkraft, Schutz und Beweglichkeit in sich vereint. Kampffahrzeug und Panzergrenadiergruppe bilden eine Wirkungseinheit.“⁴⁴⁷

Daher stieg die Kampfkraft der Panzergrenadiere mit dem neuen Schützenpanzer, aus dem eine Bordkanone, zwei Maschinengewehre und 6 Maschinenpistolen wirken konnten,⁴⁴⁸ enorm an. „Mit dem Schützenpanzer (SPz) Marder erhielt die Panzergrenadiertruppe ab Anfang der 70er Jahre die volle Befähigung zum Kampf aus der Bewegung vom Kampffahrzeug, zum Kampf abgesessen mit Unterstützung durch das Fahrzeug sowie zum schnellen Wechsel zwischen beiden Arten.“⁴⁴⁹ Endlich konnten die Grenadiere mit den Kampfpanzern mithalten. „Das neue Kampffahrzeug der Panzergrenadiere versetzt diese in die Lage, ihre Kampfaufgaben wirkungsvoller als bisher durchzuführen und befähigt sie zum engen Zusammenwirken mit dem Kampfpanzer LEOPARD“⁴⁵⁰.

Das war nötig, denn die Sowjetunion rüstete auf. Neben der Bundesrepublik nutzte nur noch der Warschauer Pakt den Schützenpanzer im Verbund mit den Panzergrenadiern. Die Philosophie in den meisten anderen Ländern war es, Infanteristen mit gepanzerten Transportpanzern bis zum Schlachtfeld zu fahren, aussteigen und dann kämpfen zu lassen.⁴⁵¹ Dies ist der Unterschied zwischen der Infanterie (mot.) und den Panzergrenadiern (Spz).⁴⁵²

1959 begannen parallel zur Entwicklung des MARDER in Sowjetrußland die Planungen für den BMP-1, 1970 wurde das erste Serienfahrzeug gebaut. Mitte der 1960er Jahre waren die Warschauer Pakt Staaten den westlichen Kräften sogar überlegen. Die DDR begann Mitte der 1960er Jahre damit, ihre Grenadiere komplett mit Schützen-

446 Ebd., S. 41.

447 Hobatschek, Waffensysteme der Bundeswehr, S. 62. „Die Panzergrenadiergruppe ist zu allen Kampfarten von Bord befähigt.“ Der neue Schützenpanzer des Heeres. Ausgereifte Entwicklung führt zum modernen SPz, in: SOLDAT UND TECHNIK 10 (1968), S. 554-558, hier: S. 558.

448 Schützenpanzer. Kontur verschwimmt, S. 39.

449 Hubatschek, Waffensysteme der Bundeswehr, S. 62.

450 Pein, Der Schützenpanzer MARDER, S. 114. Vgl. auch Wenzke / Zürndorf, „Ein Eiserner Vorhang ist niedergegangen“, S. 116.

451 Schützenpanzer. Kontur verschwimmt, S. 41. Die deutsche Einsatzweise der Grenadiere war nicht ohne Risiko. Gerade bei einem abwehrbereiten Feind war das Risiko sehr groß. Bei einem Volltreffer auf einem Schützenpanzer konnte unter Umständen gleich eine ganze infanteristische Gruppe ausfallen. Vgl. dazu Schneider, Wehrtechnik von heute und morgen, S. 240.

452 Vgl. Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 113.

panzern auszustatten. Erst durch den MARDER wurde dieser Nachteil ausgeglichen.⁴⁵³ Bis 1974 ersetzte er nach und nach den HS 30 in den Einheiten der Panzergrenadiertruppe.⁴⁵⁴

„Mit Abschluss der Einführung des Schützenpanzers Marder [...] endete die Aufbau- phase der Panzergrenadiere aus der Beschaffungsperspektive – zehn Jahre nach Abschluss des strukturellen Aufbaus.“⁴⁵⁵ Die Produktion des MARDER verzögerte sich immer wieder, insbesondere die Versuche mit Prototypen der ersten Generation kosteten viel Zeit. Immer wieder gab es neue Vorschläge von verschiedenen Stellen, NATO- Partner machten Schwierigkeiten, „die bei der deutschen Entwicklung eines so wichtigen Kampffahrzeuges unterrichtet und gefragt sein wollten. Darüber hinaus gab es noch ein Abkommen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland, dass ein zukünftiger Schützenpanzer von beiden Staaten gemeinsam entwickelt werden sollte.“ Die Militärischen Anforderungen jedoch waren so unterschiedlich (die USA wollten z.B. die volle Schwimmfähigkeit des Schützenpanzers), dass man sich entschloss, nicht gemeinsam zu entwickeln. Auch der Einbau einer großen Heckklappe im Rahmen der zweiten Prototypengeneration zum schnellen Ein- und Ausstieg der Grenadiere im Gefecht kostete Zeit.⁴⁵⁶

Dennoch waren die Panzergrenadierverbände mit dem neuen Fahrzeug sehr glücklich. „Seine taktische und operative Beweglichkeit sind überdurchschnittlich.“⁴⁵⁷ Neueste technische Erkenntnisse wurden mit den taktischen Überlegungen des Heeres und den Forderungen der Truppe in Einklang gebracht.⁴⁵⁸ „Der Nachteil der größeren Höhe des Schützenpanzers MARDER wird jedoch infolge der aufgelockerten und leicht zu tarnenden Form des Turmes in dem meist durchschnittlich, bedeckten und welligen Gelände Mitteleuropas nahezu völlig aufgehoben.“⁴⁵⁹ Im Gegensatz zum HS 30 konnte der Kommandant des neuen Schützenpanzers unter Luke das Gefechtsfeld beobachten und musste sich nicht aus der relativen Sicherheit des Panzerschutzes begeben. Die Feuerkraft war massiv erhöht worden, eine Waffenstabilisierungsanlage wie im LEOPARD 1 wurde nachgerüstet. Die 20 mm-Kanone ermöglichte es ihm, zusammen

453 Vgl. ebd., S. 148 u. 150.

454 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1971/1972, S. 142.

455 Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 150.

456 Vgl. Blume, SPz MARDER, S. 5. Oftmals war auch das Problem ausreichend geschultes ziviles wie militärisches Personal zu bekommen. Vgl. dazu Fischer, Aktuelle Probleme der Wehrtechnik, S. 392. Auch die finanzielle Lage des Bundeshaushaltes Mitte der 1960er Jahre trug seinen Anteil dazu bei. Vgl. dazu Pauli, Wehrmachts-offiziere in der Bundeswehr, S. 228.

457 Der neue Schützenpanzer des Heeres, S. 558.

458 Vgl. Neue deutsche Schützenpanzerfamilie, S. 17.

459 Pein, Der Schützenpanzer MARDER, S. 107.

mit dem Flakpanzer die Tieffliegerabwehr der gepanzerten Truppen zu übernehmen.⁴⁶⁰ Die Geländegängigkeit des MARDER und die Höchstgeschwindigkeit mit fast 80 km/h wurde optimiert. Der Fahrbereich im Vergleich zum HS 30 im Gelände steigerte sich mit 15-24 statt 7-12 Betriebsstunden als auch auf der Straße mit 500 bis 550 km statt 260 km, was eine Verdoppelung darstellte. Der MARDER war schwimm- und tiefwatfähig bis 1,50 Meter, während der Vorgänger nur 0,70 Meter schaffte.⁴⁶¹

Der Schutz ist konventionell, aber durch gute Formgebung gesteigert.⁴⁶² Gegen Beschuss aus 20 oder 25 mm-Kanonen war er frontal, seitlich gegen Geschosssplitter und Infanteriewaffen geschützt, ebenso wie gegen atomare, biologische und chemische Angriffe.⁴⁶³ „Der MARDER ist [...] zur Zeit der einzige Schützenpanzer der Welt, der seine volle Kampffähigkeit auch unter ABC-Bedingungen behält.“⁴⁶⁴ Er verfügte über eine Nebelwurfanlage und eine Heizung im Kampfraum, der es den Grenadieren ermöglichte mit ihren Waffen unter Luke aus dem Schützenpanzer heraus zu wirken.⁴⁶⁵ Genauso wie der LEOPARD 1 wurde der MARDER nachtkampffähig gemacht.⁴⁶⁶

Die Aufteilung in einzelne Baugruppen zahlte sich aus. „Eine einheitliche Triebwerkskonsole und ein Universalhebegeschirr, die der Bergepanzer STANDARD mitführt, sind für den Kampfpanzer LEOPARD, den Schützenpanzer MARDER und den Kanonenjagdpanzer verwendbar.“⁴⁶⁷ Dazu kamen viele Verbesserungen in technischer Hinsicht: für die technische Überprüfung, Pflege und Wartung reichten Sichtkontrollen weitgehend aus. Die Dauerstandfestigkeit der Verschleißteile wurde erhöht und das Auswechseln des Triebwerkblockes dauert 25-30 Minuten.⁴⁶⁸ „Dieser neue Gruppenpanzerwagen für die Panzergrenadiere wurde nach einer festen Konzeption und nach den Auswertungen einer überaus harten Erprobung sowie aus den Erfahrungen verschiedener Truppenversuche entwickelt.“⁴⁶⁹

In der Tat gelang es der Bundeswehr mit dem MARDER einen der modernsten Schützenpanzer der Welt einzuführen, der dem LEOPARD 1 und der Panzertruppe zur Seite stehen konnte.⁴⁷⁰ „Der Schützenpanzer MARDER kann den Kampfpanzer LEO-

460 Vgl. Guderian, Führung und Gefecht gepanzerter Truppen, S. 300.

461 Vgl. ebd., S. 107-112.

462 Der neue Schützenpanzer des Heeres, S. 558.

463 Vgl. Pein, Der Schützenpanzer MARDER, S. 112.

464 Ebd.

465 Vgl. ebd., S. 112 u. 114.

466 Vgl. ebd., S. 111.

467 Ebd., S. 113.

468 Vgl. ebd., S. 113. Zu den Vorteilen des MARDER gegenüber dem HS 30 vgl. ebenso Schützenpanzer. Kontur verschwimmt, S. 39.

469 Neue deutsche Schützenpanzerfamilie, S. 17.

470 Vgl. Der neue Schützenpanzer des Heeres, S. 558 u. Neue deutsche Schützenpanzerfamilie, S. 17.

PARD 1 [...] im Gelände voll unterstützen.⁴⁷¹ Denn „in der Schnelligkeit, Wendigkeit und Geländegängigkeit sind beide Fahrzeuge gleichwertig.“⁴⁷²

Neben dem Schützenpanzer war der Jagdpanzer das zweite wichtige Fahrzeug für die Panzergrenadiere. „Jagdpanzer sind hoch bewegliche und wendige Panzerfahrzeuge, die speziell zur Panzerabwehr eingesetzt werden.“⁴⁷³ Sie stellten das Rückgrat der Panzerabwehr der Grenadiere dar, „kämpfen hauptsächlich aus Stellungen heraus und sind in der Lage, schnell ihre Stellungen zu wechseln. Mit ihrer Kanonenbewaffnung kann der Feuerkampf bis zu 2000 m wirksam geführt werden. [...] Raketenjagdpanzer können Feindpanzer bis zu einer Entfernung von 4000 m mit ihren Panzerabwehrlenktraketen bekämpfen.“⁴⁷⁴ Ursprünglich war der Kasemattpanzer ohne Turm mit starker Frontpanzerung als Sturmgeschütz mit kurzem Lauf der Kanone oder in der Flammenwerferausführung dafür gedacht, befestigte Stellungen zusammen mit der Infanterie zu nehmen. Daraus entwickelte sich der Jagdpanzer mit langem Lauf, der darauf spezialisiert war, feindliche Panzer zu bekämpfen. Bekannteste Modelle aus dem Zweiten Weltkrieg waren auf deutscher Seite der HETZER, der JAGDPANTHER und JAGD-TIGER.

Bei Neuaufstellung des deutschen Heeres 1955 standen keine Spezialfahrzeuge zur Panzerbekämpfung zur Verfügung. Nach der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges stellten die Jagdpanzer ein geeignetes Mittel für den beweglichen Panzerabwehrkampf dar. Die deutsche Rüstungsindustrie konnte aber trotz ihrer großen Erfahrung zunächst auch hier nichts liefern. „Die ersten Panzerjägerinheiten des deutschen Heeres waren deshalb zunächst als Notlösung mit amerikanischen leichten und mittleren Kampfpanzern ausgerüstet.“⁴⁷⁵ Die Erstausrüstung der Panzerjäger bestand konkret aus dem leichten US-Panzer M 41 mit 76,2 mm-Kanone, dann wurde der M 47 mit 90 mm, später der Raketenjagdpanzer HS 30 eingesetzt.⁴⁷⁶

1957 wurden erste Planungen angestellt, einen Kanonenjagdpanzer einzuführen.⁴⁷⁷ Zwei Prototypen auf HS 30 Gestell wurden aber als unbrauchbar bewertet.⁴⁷⁸ Daher entschloss man sich im Rahmen der Schützenpanzerfamilie einen Jagdpanzer zu ent-

471 Blume, Die Panzergrenadiere in der Bundeswehr, S. 50.

472 Neue deutsche Schützenpanzerfamilie, S. 17.

473 Blume, Kanonen/Raketen-Jagdpanzer der Bundeswehr, S. 2.

474 Ebd.

475 Ebd.

476 Blume / Kemp, Panzerjäger des Deutschen Heeres, S. 20.

477 Vgl. Der Jagdpanzer mit 90 mm Kanone. Das erste Mitglied der leichten Panzerfamilie - Serienfertigung läuft an, in: SOLDAT UND TECHNIK 8 (1963), S. 428f.

478 Vgl. Schreiber, Die Wehrtechnik bei der HANOMAG, S. 146.

werfen.⁴⁷⁹ Der wurde in der Entwicklung sogar vor dem Schützenpanzer fertig, denn „der Jagdpanzer Kanone musste schnellstens vorgezogen werden, da die Einheiten der Panzergrenadiere bereits aufgestellt und in der Ausbildung waren, aber über keine Fahrzeuge verfügten.“⁴⁸⁰ Außerdem war er leichter fertigzustellen, als der kompliziertere Schützenpanzer mit Turm und Firmen wie HANOMAG und Henschel verfügten über Expertise bei der Produktion solcher Fahrzeuge.

Die deutsche Industrie konnte wie beschrieben auf eine lange Tradition im Jagdpanzerbau zurückblicken. Der Kanonenjagdpanzer der Bundeswehr stand dabei eher in einer Entwicklungslinie mit den kleinen wendigen Waffensystemen wie dem Jagdpanzer 38 HETZER und dem Jagdpanzer IV als mit JAGDPANTHER, JAGDTIGER oder ELEPHANT. Eine extrem niedrige Silhouette wurde bevorzugt.⁴⁸¹

Während der LEOPARD 1 als Nachfolger der deutschen Kampfpanzer des Zweiten Weltkrieges bezeichnet werden kann, darf „der Kanonenjagdpanzer als später Sproß der langen Reihe von deutschen Jagdpanzern angesprochen werden, die im letzten Krieg immer mehr an Bedeutung gewannen.“⁴⁸²

Beide Systeme stellen keine völligen Neuentwicklungen dar, sondern waren Ergebnisse der Erfahrungen von Militär und Industrie, insbesondere aus dem Ostfeldzug 1941-1945. „Beide Typen enthalten keine revolutionären technischen Neuerungen. Sie stellen vielmehr vielleicht die letzte Generation einer Entwicklungsreihe dar, die schon im Ersten Weltkrieg im wesentlichen die gleichen Bauelemente aufwies: Stahlpanzer, Kettenlaufwerk, Kanonen und Verbrennungsmotoren.“⁴⁸³ Diese Tatsache wurde durch die Feststellung untermauert, dass der Jagdpanzer mit der noch einzubauenden Nachtkampffähigkeit eine technische Weiterentwicklung nur noch mit unverhältnismäßigem finanziellen Aufwand hätte betrieben werden können. Ein Nachfolgemodell wurde daher nicht mehr geplant.⁴⁸⁴

Der Jagdpanzer Kanone hatte einen 8-Zylinder Dieselmotor MB 837 mit 500 PS von Daimler Benz, wog 25,7 Tonnen und ein Leistungsgewicht von 19,46 PS/t. Er war hochgradig geländegängig, hatte eine 50 mm dicke Frontpanzerung, eine flache Bauweise mit nach vorn gezogener und gerundeter Geschützblende für die 90 mm Hauptwaffe, die Rheinmetall-Kanone L40, und eine mittlere Kampffernung von

479 Vgl. Der Jagdpanzer mit der 90 mm Kanone, S. 428.

480 Schreiber, Die Wehrtechnik bei der HANOMAG, S. 146.

481 Vgl. Spielberger 7 Doyle / Jentz, Leichte Jagdpanzer, S. 91 u. 131f.

482 Panzer der Bundeswehr, S. 673.

483 Ebd.

484 Braucht die Bundeswehr noch Panzerjäger?, S. 197. u. Die neue Rüstungsplanung, S. 112.

1500 Metern. Im Kampfraum war Platz für 51 Granaten. Ursprünglich wurde das Kaliber eingeführt, damit es kongruent zu den Waffen des M 47 und M 48 war.⁴⁸⁵

1961 wurden 12 Prototypen I hergestellt. 1962 und 1963 nochmal 10 Prototypen II mit besseren Motoren von Daimler-Benz.⁴⁸⁶ 1964 und 1965 wurden ausführliche Erprobungen durchgeführt.⁴⁸⁷ „Da sich die Entwicklung eines Kanonenjagdpanzers auf der Basis einer leichten Panzerfamilie bis in die 1960er Jahre hinzog, kam es erst im Jahre 1966 zur Auslieferung des Kanonenjagdpanzers aus einer rein deutschen Entwicklung.“⁴⁸⁸ 770 Jagdpanzer KANONE wurden produziert und stellten während des gesamten Kalten Krieges bis zu seinem Ende gemeinsam mit dem Jagdpanzer RAKETE, von dem 316 Stück mit der Lenkrakete SS 11 ausgeliefert wurden, das Rückgrat der mobilen deutschen Panzerabwehr dar.⁴⁸⁹

Eingesetzt wurde er in den Panzerjägerkompanien der Grenadier- und Panzergrenadierbrigaden und den Panzergrenadierbataillonen zur Unterstützung der Infanterie bei der Panzervernichtung.⁴⁹⁰ Eine eingespielte Besatzung konnte bis zu zwölf Schuss in der Minute abfeuern.⁴⁹¹

Die dritte gepanzerte Gruppe des deutschen Heeres, die mobile Rohrtartillerie wurde im Gegensatz zu Kampfpanzern und Panzergrenadieren auch in der zweiten Generation mit amerikanischen Panzerhaubitzen ausgestattet.⁴⁹² „Für den Einsatz in der Artillerietruppe der Deutschen Bundeswehr wurden die aus den USA gelieferten Panzerhaubitzen vom Typ M 109 von der Firma Rheinmetall durch verschiedene Umrüstungen leistungsgesteigert und erhielten die Typenbezeichnung M 109 G.“⁴⁹³ Trägersysteme und Munition für die Raketenartillerie wurde zunächst komplett in den USA beschafft und später gemeinsam entwickelt.⁴⁹⁴

Der Spähpanzer (kurz) Bundeswehr war zunächst der in einer Stückzahl von 1600 in unterschiedlichen Varianten eingeführte Hotchkiss, der von 1958 bis 1967 produziert wurde. In den späten 1970er und in den 1980er ersetzen ihn der Kettenpanzer WIESEL

485 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 564. Vgl. für ausf. technische Daten Blume, Kanonen/Raketen-Jagdpanzer der Bundeswehr, S. 6-8.

486 Vgl. ebd., S. 6.

487 Vgl. Panzer in der Bundeswehr, S. 673.

488 Blume, Kanonen/Raketen-Jagdpanzer der Bundeswehr, S. 2.

489 Vgl. ders. / Kemp, Panzerjäger des Deutschen Heeres, S. 20 u. Zerbel, Heeresaufbau in der Endphase, S. 277.

490 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 564.

491 Blume, Kanonen/Raketen-Jagdpanzer der Bundeswehr, S. 6.

492 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 311 u. 313; Blume, Panzerhaubitzen, S. 42 u. 69. Vgl. ausf. zur Rohrtartillerie Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 578 u. 586.

493 Blume, Panzerhaubitzen, S. 42

494 Vgl. zur Raketenartillerie ausf. ders., Raketenartillerie, S. 7, 25, 34 u. 48f.

und der Radpanzer LUCHS, der zeitgleich mit dem Transportpanzer FUCHS entwickelt wurde.⁴⁹⁵

Insbesondere die Kampftruppen des Heeres, also Kampfpanzer und Panzergrenadiere, entwickelten sich in den 1960er Jahren zu kampfkraftigen Einheiten der NATO, manche Generäle sahen sie sogar als weltweit führend an.⁴⁹⁶ „Abgestimmt auf die Leistungsmerkmale des ‚Leopard‘ und des Kanonenjagdpanzers, ergänzt durch die Berge- und Brückenlegepanzer, stellte dieser [...] Waffenverbund eine deutliche Erhöhung der Kampfkraft der Brigaden dar.“⁴⁹⁷ Entscheidenden Anteil daran hatte die deutsche Industrie, die in den 1960er Jahren begann, der Bundeswehr Waffen aus deutscher Produktion als Alternative zur ausländischen Beschaffung anzubieten.

III. Die Fahrzeugfamilien LEOPARD 1 und MARDER – Initiationsprojekte der neuen deutschen Rüstungsindustrie?

III.1 Rüstungspolitik und -industrie bis Ende der fünfziger Jahre im Zeichen der Hochkonjunktur – kein Bedarf an schwerer Rüstungsgüterproduktion?

Mit der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 wurde auch die Rüstungsproduktion völlig eingestellt. Bis dahin gelang es deutschen Ingenieuren während des Zweiten Weltkrieges einige bahnbrechende Entwicklungen zu machen. Von neuen Elektro-U-Booten mit langen Tauchzeiten wie dem Typ XXI über Strahlflugzeuge wie die Messerschmidt ME 262 und neuartige Raketenantriebe wie bei der V 2 bis hin zu den Entwicklungen im Panzerbereich waren deutsche Rüstungsunternehmen technisch führend. Die Kapazitäten der Rüstungsindustrie wurden nach dem Krieg nicht mehr genutzt und lagen brach, wurden insbesondere im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands im großen Rahmen demontiert und in den Osten verlegt. Andere Betriebe verlegten sich sehr schnell auf die zivile Produktion und produzierten Gebrauchs- und Konsumgüter.

Der Wiederaufbau der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik während des Kalten Krieges lässt sich in fünf Phasen gliedern. Die erste dauerte circa von 1950 - 1955. Während dieser Zeit gab es nur eine sehr begrenzte Produktion von Rüstungsgütern auf deutschem Boden, die aber weniger Waffensysteme betraf. 1955 - 1961 wurde damit

495 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 292. Vgl. ausf. zu FUCHS, LUCHS und WIESEL Hubatschek, Waffensysteme der Bundeswehr, S. 66-77.

496 Vgl. Licht vom Mond. Panzerbau, in: DER SPIEGEL vom 03.11.1969 (Nr. 46/1969), S. 57-60, hier: S. 57.

497 Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss, S. 202.

begonnen harte Rüstungsgüter aus dem Ausland in Lizenz zu fertigen, viele Teile wurden dabei noch aus dem Ausland bezogen. In der dritten Phase 1961 - 1973 entwickelte sich eine relative Technologieeigenständigkeit in vielen Bereichen der Rüstung. Komplexe Lizenzproduktionen wie der Starfighter F 104 G und erste Eigenproduktionen wie der Kampfpanzer LEOPARD 1 und der Schützenpanzer MARDER kennzeichnen diese Phase. 1973 - Mitte der 80er wurden komplexe deutsche Waffensysteme entwickelt. Danach kam es in einer fünften Phase zum Abflauen der Nachfrage und zu einer neuen Runde der Entwicklung von Waffensystemen wie dem Jäger 90.⁴⁹⁸

Bis zum Beginn der 1950er Jahre war ein Wiederaufbau einer deutscher Rüstungsindustrie kein Thema. Erst mit der Aufstellung neuer deutscher Streitkräfte wurde es wieder virulent. Dabei spielten jedoch nicht alleine wehr- und rüstungspolitische Aspekte eine Rolle, sondern auch der Ausgleich der Außenhandelsüberschüsse, die Westintegration, die Förderung der bilateralen Beziehungen, die Mitfinanzierung der in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte und die generelle wirtschaftliche Unterstützung der befreundeten Staaten.⁴⁹⁹

Vor der Gründung der Bundeswehr zahlte die Bundesrepublik für die in Westdeutschland stationierten Soldaten Stationierungskosten, die 16-18 Prozent der öffentlichen Gesamtausgaben ausmachten.⁵⁰⁰ Ab 1955 hatten die Beziehungen zu den Verbündeten bei der Beschaffung von Rüstungsgütern große Bedeutung. Adenauer räumte der Außenpolitik und der schnellen Westintegration nicht zuletzt durch die in der deutschen Öffentlichkeit umstrittenen Eingliederung in ein westliches Verteidigungsbündnis, nach dem Scheitern des EVG-Vertrages folglich in die NATO, den Vorrang vor anderen Politikfeldern ein.⁵⁰¹ Die Römischen Verträge sind nicht zuletzt unter dem

498 Vgl. Bontrup / Zdrowomyslaw, Die deutsche Rüstungsindustrie, S. 130. In einem seinem eignen Werk spricht Zdrowomyslaw von vier Phasen, wobei er die letzten beiden einfach zusammenfasst. Vgl. dazu Zdrowomyslaw, Wirtschaft, Krise und Rüstung, S. 113.

499 Vgl. Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 179; Kollmer, „Nun siegt mal schön“, S. 406 u. Obermann, Gesellschaft und Verteidigung, S. 743. Es gab auch Stimmen, die darauf drängten, völlig auf eigene Rüstung zu verzichten. Sie gingen davon aus, dass das militärisches Potential eines Landes im Atomzeitalter nicht mehr voll zur Entfaltung kommt. Deswegen wäre es sekundär, ob im Ausland oder Inland Rüstungsstätten genutzt würden. Entscheidend war die Präsenzstärke am Tag X bzw. die Mittel die an diesem Tag einsetzbar waren. Vgl. dazu Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 63.

500 Vgl. Bontrup / Zdrowomyslaw, Die deutsche Rüstungsindustrie, S. 36.

501 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 5f; Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 75 u. Strauß, Die Erinnerungen, S. 201. Bundeskanzler Adenauer war in seinem Wirken bestrebt, seine Politik mit Hilfe einer Koalition aus CDU/CSU/FDP, Ministerialbürokratie, katholischem Klerus, militärischer Führung und Unternehmern durchzusetzen. Dabei musste er jeweils auf die Befindlichkeiten Rücksicht nehmen. Vgl. dazu Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 7 u. Wüst, LEOPARD - Symbol eines umfassenden Waffensystems, S. 23. Zur EVG vgl. ausf. Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 177f u. ders., Wirtschaft und Rüstung, S. 25-

Aspekt der Sicherheitspolitik und dem Einfluss von Suez-Krise sowie Ungarnaufstand zu sehen.⁵⁰² Die Streitkräfte und die Beschaffung von Rüstungsgütern blieben jahrelang eine von außen- und bündnispolitischen Konstellationen abhängige Größe.⁵⁰³ 1955 wurden 50 Prozent aller Rüstungsaufträge ins Ausland vergeben, noch 1969 lag die Quote bei 30 Prozent.⁵⁰⁴

Neben der außen- und bündnispolitischen Seite hatte die Beschaffung von Wehrmaterial im Ausland einen wirtschaftspolitischen Aspekt. Durch seine starke zivile Wirtschaft erwirtschaftete die Bundesrepublik ab den 1950er Jahren einen hohen Außenhandelsüberschuss, die Wechselkurse für den Devisenhandel mit Fremdwährungen waren festgelegt und bedeuteten damit eine inflationäre Gefahr. Es blieben nur zwei Möglichkeiten: entweder die DM geldpolitisch aufzuwerten oder den Überschuss durch Importe zu verringern. Rüstungsaufträge ans Ausland waren dabei ein probates Mittel, wollte man das Wachstum der Wirtschaft nicht durch eine Aufwertung der Währung bremsen. Davon wurde häufig Gebrauch gemacht.⁵⁰⁵

Das Bundeswirtschaftsministerium entschied „der Deckung von Rüstungsbedarf durch den Bezug aus dem Ausland den Vorzug zu geben, wenn ohne die Verletzung zwingender militärischer Forderungen durch solche Auslandseinkäufe die Politik der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit gefördert oder eine im Einzelfall und zum gegebenen Zeitpunkt unerwünschte Belastung für die deutsche Volkswirtschaft vermieden werden kann“⁵⁰⁶

Deutsche Rüstungskäufe in USA und England machten noch in den Jahren 1961-1967 im Schnitt 3,05 Milliarden DM aus. Diese waren von vornherein im deutschen Beschaffungsprogramm als Kompensationsleistungen für die verbündeten Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik vertraglich gebunden und wurden alle zwei Jahre neu verhandelt. Auch wenn nicht verbindlich festgelegt wurde, was gekauft werden musste, waren es häufig militärische Güter.⁵⁰⁷ Durchschnittlich waren damit 43 Prozent aller deutschen Rüstungskäufe bei einem jährlichen Gesamtbeschaffungsvolumen von 7,2

32.

502 Vgl. ders., Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 258 u. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 77-79.

503 Vgl. Kollmer, „Klotzen nicht kleckern“, S. 495.

504 Vgl. Obermann, Gesellschaft und Verteidigung, S. 739.

505 Vgl. Grams, Transatlantische Rüstungskooperation, S. 99; Kollmer, Zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 164; Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 21 u. Tilbert Zwissler, Probleme der Wehrwirtschaft und Rüstung, in: WEHRKUNDE 5 (1971), S. 231-236, hier: S. 236.

506 Abelshauser, Wirtschaft und Rüstung, S. 155f.

507 Vgl. Baumann, Devisenausgleichsabkommen, S. 628f u. 632.

Milliarden DM durch das Devisenausgleichsabkommen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten fest verplant. Druckmittel der anderen Staaten um die Praxis aufrecht zu erhalten war stets, die Androhung die Truppenstärke der Verbündeten in der Bundesrepublik zu verringern.⁵⁰⁸ Zusammen mit den Stationierungskosten flossen in den 1950er Jahren durch den Außenhandelsbilanzüberschuss über 70 Milliarden DM ins Ausland.⁵⁰⁹

Im Kampf um den Devisenausgleich konnte es mitunter hart zugehen. Bundeskanzler Adenauer berichtete im Rahmen einer CDU Bundesvorstandssitzung, dass „britische Regierungsstellen [...] wiederholt die mangelnde Berücksichtigung britischer Unternehmen bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen beklagt und insbesondere die Stornierung einer Teillieferung aus dem Vertrag über die Bestellung von Schützenpanzern durch den BMVtg kritisiert [hatten].“⁵¹⁰ Gerade Großbritannien war an einer Partizipation bei der deutschen Wiederbewaffnung sehr interessiert. Nach 1953 setzte es selbst vermehrt auf atomare Rüstung und erhoffte durch Aufträge u.a. aus der Bundesrepublik eine Chance für das Überleben der staatlichen Royal Ordnance Factories, die Panzer, Gewehre, leichte Waffen und Munition lieferten.⁵¹¹ Bis in die 1960er Jahre hinein blieb der Devisenausgleich mit Großbritannien ein virulentes Thema.⁵¹²

Auch wenn die Generäle der Bundeswehr gerne mehr Waffen aus dem Inland beim Aufbau der Bundeswehr genutzt hätten, war die Hilfe der USA im Rahmen des Nash-Commitments eine willkommene Unterstützung.⁵¹³ Die meisten Länder der Anti-Hitler Koalition, die in der NATO waren, hatten abgerüstet, bzw. hatten die Streitkräfte nicht verstärkt, sondern forcierten den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Durch die amerikanischen Militärhilfen gab es dann eine günstige Chance aufzurüsten.⁵¹⁴

Die Vereinigten Staaten wiederum waren froh, ihr älteres Material abgeben zu können.⁵¹⁵ McNamara hatte noch Anfang der 1960er Jahre die Überlegung, die Bundesrepublik rüstungspolitisch auf Jahre an die USA zu binden, was ihm aber nur teilweise

508 Vgl. Ulrich Albrecht, *Der Handel mit Waffen*, München 1971, S. 75 u. 77.

509 Vgl. Abelshauser, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 181.

510 Adenauer, Konrad: Bericht zur politischen Lage vor dem engeren CDU-Bundesparteivorstand in Bonn (Palais Schaumburg), in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Konrad Adenauer. Reden 1917-1967, Stuttgart 1975, S. 431-442, hier: S. 440.

511 Vgl. Abelshauser, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 71.

512 Vgl. So oder so. England-Hilfe, in: DER SPIEGEL vom 31.03.1965 (Nr. 14/1965), S. 31.

513 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 499 u. 513; ders., „Nun siegt mal schön“, S. 404f; ders., *Zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen*, S. 164.

514 Vgl. Hans Otto Seydel / Hans-Georg Kanno, *Die Rüstung*, in: Carstens, Karl / Mahneke, Dieter (Hrsg.): *Westeuropäische Verteidigungskooperation*, München – Wien 1972, S. 160-213, hier: S. 162.

515 Vgl. Edgar Jahn, *Wehrpolitik und Rüstung*, in: WEHRTECHNISCHE MONATSFESTE 5/6 (1967), S. 207-210, hier: S. 208.

gelang.⁵¹⁶ Zu Beginn der Wiederbewaffnung war die Bundeswehr bei den Waffensystemen komplett auf das Ausland angewiesen.⁵¹⁷

Es wurde genau darauf geachtet, dass die Volkswirtschaft nicht zu schwer mit der Wiederaufrüstung belastet wurde, bis 1957 galt eine Annuität des Wehrbudgets. Günstige US-amerikanische Waffen, Panzer und Fahrzeuge waren der Grundstock der neu entstehenden Armee.⁵¹⁸ Zusätzliche Schiffe kamen aus Großbritannien, Flugzeuge aus Italien.⁵¹⁹ „Diese militärische Beschaffungspolitik als Funktion der Wirtschaftspolitik bedingte allerdings qualitative Mängel der Ausrüstung der Bw durch den Erwerb minder-wertiger Rüstungsgüter.“⁵²⁰ Immer wieder gab es wegen der außenpolitisch-pragmatischen Vorgehensweise qualitative Mängel der Bundeswehrausrüstung.⁵²¹

Das deutsche Militär war wie bereits erwähnt von Anfang an skeptisch bei der Vergabe von Aufträgen ins Ausland. Kritik kam vor allem von ehemaligen Offizieren, innerhalb der Führungsriege, gerade zwischen Heer und Luftwaffe, war man geteilter Meinung. Generalleutnant a.D. Schneider bemängelte, dass die „von außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Überlegungen gesteuert[e]“⁵²² Beschaffung mit dem „Interesse der Kampftruppen“ nicht in Einklang zu bringen sei, die „letzten Endes mit diesen Waffen [...] kämpfen“. Gerade die Probleme mit der Beschaffung des HS 30 untermauerten seine Äußerungen bezüglich der voreiligen Beschaffung von Wehrmaterial.⁵²³ Erst unter Strauß fanden ein pragmatischerer Umgang des Staates mit Rüstungsintervention und subtilere Methoden des Rüstungskorporatismus Einzug. „Dann allerdings vor dem Hintergrund einer ordnungspolitisch weithin gefestigten Bundesrepublik und eines sich selbst tragenden Massenkonsum, der der Aufrüstung in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ihre potentiell verformende Kraft auf Wirtschaftsstruktur und -ordnung nahm.“⁵²⁴

516 Vgl. Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 183f u. Baumann, Devisenausgleichsabkommen, S. 633.

517 Vgl. Classen, Rüstungsausgaben und Wirtschaftsentwicklung, S. 3.

518 Vgl. ausf. zur amerikanischen Ausrüstung Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 524-538. Zum finanziellen Aspekt der Aufrüstung vgl. Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 20. Zur Rolle des Finanzministers Fritz Schäffler (CSU) und seiner strikten Haushaltspolitik vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 496-498.

519 Vgl. ebd., S. 500.

520 Grams, Transatlantische Rüstungskoooperation, S. 100.

521 Vgl. Kollmer, „Klotzen nicht kleckern“, S. 495.

522 Generalleutnant a.D. E. Schneider, „Strategie und materielle Rüstung“, Wehrtechnische Monatshefte 1/1962, S. 5 zit in: Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 284.

523 Vgl. zum HS 30 ausf. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 538-557 u. ders., Rüstungsgüterbeschaffung in der Aufbauphase der Bundesrepublik, S. 131-242.

524 Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 181.

Die führenden Vertreter der deutschen Industrie waren zu Beginn der Wiederaufrüstung bei der Frage, ob rüstungstechnische Kapazitäten wieder in größerem Umfang bereitzustellen seien, geteilter Meinung. Die Vereinigten Staaten unterstützen die Befürworter sehr stark, da sie auf das Potential der deutschen Wirtschaft nicht verzichten wollten.⁵²⁵

Die Voraussetzungen dafür gestalteten sich aber denkbar schlecht.

Eine staatlich gelenkte Rüstung kam für die junge Bundesrepublik wegen der Erfahrungen aus der Zeit vor 1945 nicht in Betracht. Außerdem ging man davon aus, dass privatwirtschaftlich geführte Konzerne eine höhere Leistungsfähigkeit haben würden.⁵²⁶

Nach dem Krieg wäre die Verteidigungsbürokratie auch mit Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie überfordert gewesen. Technische Erprobungsstellen und den Güteprüfdienst zu schaffen war schon komplex genug. Die Regierung hoffte auf eine wechselseitige Befruchtung von zivilem und militärischem Markt.⁵²⁷ „Die Bundeswehr braucht in gewissem Umfang jedenfalls eine aktive Mitarbeit der deutschen Wirtschaft zur Befriedigung ihres Rüstungsbedarfs im Frieden und im Kriege. Es hat schwer genug gehalten, hierfür in den letzten Jahren einige verantwortungsfreudige Unternehmer zu gewinnen.“⁵²⁸

Die Fertigungsanlagen der deutschen Rüstungsindustrie waren entweder zerstört oder demontiert und in die Staaten der Alliierten, insbesondere in die Sowjetunion gebracht worden. Circa 100000 deutsche Patente waren nicht mehr geschützt und wurden von anderen Nationen als Forschungsgrundlage verwendet.⁵²⁹ Der Mangel an qualifizierten Ingenieuren und Konstrukteuren in der Wehrtechnik war eklatant. Sie gingen nach dem Krieg in andere Branchen, wo sie dringend beim Wiederaufbau der Wirtschaft benötigt wurden.⁵³⁰ Ein anderer Teil verließ mehr oder weniger freiwillig die Heimat in Richtung Ausland. Prominentestes Beispiel dürfte Wernher von Braun und sein V2-Entwicklungsteam aus Peenemünde sein.⁵³¹ Erst allmählich kehrten manche dieser

525 Vgl. Joachim Rohde, Der Transfer amerikanischer Militärtechnologie nach Deutschland, in: Junker, Detlev (Hrsg): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990. Ein Handbuch (Band 2), München – Stuttgart, S. 257-267, hier: S. 259.

526 Grams, Transatlantische Rüstungskoooperation, S. 104.

527 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 45.

528 Vgl. dazu Erich Schneider, Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen beim Aufbau einer Rüstungswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 7 (1957), S. 241-245, hier: S. 241.

529 Vgl. Rohde, Der Transfer amerikanischer Militärtechnologie nach Deutschland, S. 259.

530 Vgl. dazu Beutenmüller, Die Entwicklung der Militärausgaben in Deutschland, S. 113; Claus Grossner, Wir wurden schon kräftig hereingelegt. Die Verflechtung von Rüstungswirtschaft, Militär und Politik in der Bundesrepublik, in: DER SPIEGEL vom 15.03.1971 (Nr. 12/1971), S. 84-94, hier: S. 90 u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 604.

531 Vgl. Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 83f.

Experten zurück, jedoch mit einigen neuen Erfahrungen, die sie sammeln konnten.⁵³² So arbeitete nach dem Krieg eine Vielzahl deutscher Rüstungsingenieure beim Rüstungskonzern Gnome et Rhône, die ihr Wissen in Deutschland nicht verwerten durften. Eine Massenproduktion ließ sich allein mit dem französischen Bedarf nicht generieren, jedoch konnten die deutschen Entwickler viele Erkenntnisse über die Weiterentwicklung im Panzerbau gewinnen.⁵³³

Deutsche Ingenieure engagierten sich im Ausland auch beim Militärflugzeugbau, vor allem in Argentinien. Die Technische Leitung des Luftrüstungsprogramms von Juan Peron übernahm der ehemalige Technikdirektor des Focke-Wulf-Konzerns, Professor Dr. Kurt Tank. In kurzer Zeit gelang es dem deutschen Team, das samt Testpiloten nach Südamerika übergesiedelt war, einen modernen Düsenjäger zu konstruieren. Weitere Versuche erfolgten in Brasilien und nach Perons Sturz durch Tank in Indien. Heinrich Focke konstruierte zeitgleich in Brasilien einen Hubschrauber.⁵³⁴

Daimler-Benz erhielt bereits 1952 einen ersten Exportauftrag für Panzermotoren in die Schweiz, die diese in ihre Panzermodelle 61 und 68 einbauten. Auch mit Indien stand der Konzern gemeinsam mit der Zahnradfabrik Friedrichshafen, Ruhrstahl und Porsche in Verhandlungen über die Entwicklung eines Panzerfahrzeuges für dessen Armee. Diese Pläne scheiterten aber.⁵³⁵

Die alliierten Produktionsverbote hemmten die Bereitschaft der Industrie zusätzlich und wurden erst 1954 aufgehoben.⁵³⁶ Durch die historischen Erfahrungen wurde die Bundesrepublik aber der einzige Staat, in dem Kriegswaffenkontrolle Verfassungsrang hat. Art. 26 Abs. 2 GG, das Kriegswaffengesetz von 1961 und das im selben Jahr erlassene Außenwirtschaftsgesetz schränken die Rüstungsindustrie ein: Herstellung, Transport, in Verkehr bringen und Export von Waffen wurden der Erlaubnis der Bundesregierung bzw. des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft unterworfen.⁵³⁷ Somit ist es nicht verwunderlich, dass „die Entwicklung der Rüstungsgüterproduktion in Westdeutschland [...] atypisch [verlief]. Bedingt durch die Beschränkungen [...] waren für den Aufbau der Bundeswehr [...] die Bekleidungs-, Lebensmittel-, Handfeuerwaffen-

532 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 31.

533 Vgl. Abelshauser, Wirtschaft und Rüstung, S. 70.

534 Vgl. Alberecht, Die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik, S. 54.

535 Vgl. ebd., S. 52; Kulla / Vollmer, Panzer aus Kassel, S. 32 u. Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 8f.

536 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 31 u. Kollmer, Zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 163.

537 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 15 u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 501f.

und Automobilindustrie sowie das Baugewerbe [von entscheidender Bedeutung].⁵³⁸ Die Verurteilung einiger Industrieller, die vermeintlich oder tatsächlich mit den Nationalsozialisten sympathisierten, lies das Interesse an der Produktion von Rüstungsgütern weiter sinken.⁵³⁹ Die Versuche eine partielle gesellschaftliche Neuordnung durch die Besatzungsmächte auf Kosten des Privateigentums und mit der gesellschaftlichen Ächtung einiger Industrieller durchzusetzen, hatte sich im Gedächtnis eingebrannt.⁵⁴⁰

Der Firmenbesitzer des wohl berühmtesten deutschen Rüstungskonzerns, Alfred Krupp von Bohlen und Halbach, war sogar der Meinung „es sei heute nicht mehr klug und ökonomisch, wenn man unter hohen Investitionskosten schwere Waffen in Deutschland bauen würde. Man könne sie ja viel besser und billiger in Amerika beziehen.“⁵⁴¹

BDI-Präsident Berg wollte 1956 von Theodor Blank Klarheit, ob eine Fertigung schweren Gerätes erwünscht sei und erwähnte in diesem Zusammenhang, dass diese Produkte „bei der hervorragenden Meinung, die das Ausland von der deutschen Waffenfertigung hatte und immer noch hat, zu einem nutzbringenden Exportgeschäft werden kann.“⁵⁴² Sollte eine erneute Rüstung durch deutsche Produkte erfolgen, so müssten staatliche Forschungszuschüsse gewährt werden und Leistungskatalog mit Zeitplan aufgestellt werden.⁵⁴³

Die breite Mehrheit der Industriellen war bis Mitte der 1950er Jahre zu einer Beteiligung an der Rüstungsgüterproduktion nicht bereit, „auch wenn es an der Bereitschaft nicht mangelte, sich gegebenenfalls in die Pflicht nehmen zu lassen“⁵⁴⁴. Diese Willensbekundung war notwendig, denn äußere Sicherheit geht immer zu Lasten des maximalen Gewinnes der Unternehmen.⁵⁴⁵

„Trotz allem grundsätzlichen Interesse daran, Rüstung in ihre Produktion einzubeziehen, scheint eine breite Unternehmerfraktion während des Höhepunktes der Wiederaufbaukonjunktur in den fünfziger Jahren ein aktuell gemindertes Interesse an der Herstellung von Waffen gehabt zu haben.“⁵⁴⁶ Die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft waren ein wichtiges Argument dafür, Rüstungsgüter lieber im Ausland zu

538 Vgl. ebd., S. 499.

539 Vgl. Kollmer, Zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 163.

540 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 86 u. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 87.

541 Alfred Krupp von Bohlen und Halbach gegenüber dem SPIEGEL vom 30.11.1955. Zit. in: Bucholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen in Deutschland, S. 206.

542 Abelshauser, Wirtschaft und Rüstung, S. 155.

543 Vgl. ebd. u. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 92.

544 Ebd., S. 27.

545 Vgl. ebd., S. 100.

546 Barth, Rüstung und Öffentlichkeit, S. 225. Vgl. Seydel / Kanno, Die Rüstung, S. 163f.

beschaffen und so die eigene Position bei der Produktion von zivilen Gütern auf dem Weltmarkt durch die freien Kapazitäten zu stärken.⁵⁴⁷ „Der Primat der (Europa-)Politik [hatte sich] gegen zunächst nur schwach industrielle Interessen am Aufbau einer eigenen nationalen Rüstungsindustrie durchgesetzt“⁵⁴⁸.

Die Kapazitäten der Industriefirmen waren in den 1950er Jahren durch das Wirtschaftswachstum an ihre Grenzen gekommen. Selbst Betriebe, die Relevanz für die Rüstung hatten, waren durch die zivile Produktion voll ausgelastet. Spezialisten waren sehr gefragt und kaum für die Entwicklung neuer Waffensysteme abstellen.⁵⁴⁹

Die Vollbeschäftigung war nahezu erreicht. Es herrschte die Sorge, dass Bedarf der neuen Streitkräfte in kurzer Zeit und aus dem Inland abgedeckt werden sollte und damit die zivile Nachfrage eingeschränkt werden könnte. Auch ein Arbeitskräftemangel wurde aufgrund des Personalbedarfs der Bundeswehr befürchtet, was erst Franz Josef Strauß als Verteidigungsminister mit dem Konzept der Qualitätsarmee ausräumen konnte.⁵⁵⁰

Insbesondere der geplante Zeitablauf bei der Aufstellung deutscher Streitkräfte bereitete den Unternehmen Kopfzerbrechen.⁵⁵¹ „Es ist normalerweise nicht zu erwarten, daß die in der Wirtschaft tätigen Menschen derartige Anstrengungen, wie sie zur Durchführung der Rüstung abverlangt werden, übernehmen, wenn ihnen gleichzeitig die Aussicht genommen wird, ihre Lebenshaltung oder die betriebliche Ausstattung zu verbessern.“⁵⁵² Die Verteuerung der Anleihezinssätze wegen der anstehenden Rüstungskredite und mögliche Inflationsschübe durch die Rüstung standen ebenfalls im Raum.⁵⁵³

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHT) als Spitzenverband der Export-

547 Vgl. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 28.

548 Ebd. Die europäische Idee war wirtschaftlich genauso wichtig wie politisch. Am 27. Februar 1957 wurde vom deutschen Cepas-Gruppenanteil (le Comité Européen pour le Progrès Economique et Social), einem Zusammenschluss Industrieller, Kaufleute, Bankiers, Landwirte und Wissenschaftler div. europäischer Länder, das 1952 als inter- und übernationales Forum entstand eine Denkschrift zum Thema Rüstungswirtschaft präsentiert. Der Vorstand wurde u.a. gebildet durch Prof. Dr. Ludwig Erhard, Dr. Hans C. Boden, dem Vizepräsidenten des Cepas und Deutschlandchef Dr. Walter Bauer, Fritz Berg, Otto A. Friedrich, Dr. Dr. Christian Krull und Dr. h. c. W. A. Menne. Vgl. dazu Schneider, Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen, S. 241.

549 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 289; Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 31; Bucholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen in Deutschland, S. 207; Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 88 u. 92; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 513; ders., „Nun siegt mal schön“, S. 402 u. ders., Zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 161-163; Rohde, Der Transfer amerikanischer Militärtechnologie nach Deutschland, S. 260f.

550 Vgl. Barth, Rüstung und Öffentlichkeit, S. 222 u. Schneider, Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen, S. 242.

551 Vgl. Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, S. 55.

552 Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen beim Aufbau einer Rüstungswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main 1957 zit. in: Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 89.

553 Vgl. Barth, Rüstung und Öffentlichkeit, S. 225.

wirtschaft und des Außenhandels schloss sich den Firmen an. Die zivile Produktion und der Außenhandel sollten Priorität haben.⁵⁵⁴ Andere Stimmen blieben zunächst in der Minderheit.⁵⁵⁵ Jegliche Unterstützung für Rüstungsprogramme war von Beginn an mit der Bedingung verknüpft, dass die in Westdeutschland herrschende Wirtschaftsordnung nicht beeinträchtigt werden dürfe. „In der Hierarchie gesellschaftlicher Prioritäten habe die Rüstung unter den Normen der wirtschaftlichen Sphäre zu rangieren.“⁵⁵⁶

BDI und DIHT versucht gerade zu Beginn der Wiederaufrüstung auf die Beschaffung in der Bundesrepublik durch ihre Gremien und die Landesbeauftragtenstellen in Form von Grundsatzserklärungen, Memoranden, Eingaben, Gesetzesentwürfen und nicht zuletzt durch persönliche Kontakte in Regierung und Verwaltung Einfluss zu nehmen.⁵⁵⁷

Die gesamtwirtschaftliche Federführung lag im Bundeswirtschaftsministerium im Rüstungsprozess. Bereits im Sommer 1953 hatte die Rüstungssparte des BDI mit Arbeitskreis, Arbeitsstab und Arbeitsgruppen Gestalt angenommen.⁵⁵⁸

Mit der Zeit ging der Einfluss der Verbände aber zurück. Erstens weil es in den Verbänden Unstimmigkeiten über den richtigen Kurs gab⁵⁵⁹ und zweitens weil das Verteidigungsministerium eine eigene öffentliche Beschaffung aufbaute, die zum Funktionsverlust für die rüstungswirtschaftliche Organisation der Verbände führte.⁵⁶⁰

Die Stimmung in weiten Teilen der deutschen Industrie gegenüber einer eigenen Rüstungswirtschaft änderte sich Ende der 1950 Jahre als die Hochkonjunktur abzukühlen begann. Der Versuch von Verteidigungsminister Franz Josef Strauß sich aus sicherheitspolitischer Sicht von Importen in einigen Bereichen der Bewaffnung zu lösen und eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen wurde von der Wirtschaft aus verschiedenen Gründen und mit unterschiedlicher Intensität mitgetragen.⁵⁶¹ Es mussten „für die militärisch wichtigsten Rüstungsprodukte zum mindesten insoweit Fertigungsstätten geschaffen werden, daß unsere Wissenschaftler und Ingenieure auf diesem Gebiet wieder den technischen Anschluss gewinnen und darüber hinaus dann auch selbst aktiv

554 Vgl. Abelshauser, Wirtschaft und Rüstung, S. 148-150.

555 Vgl. ebd., S. 160f u. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 132.

556 Ebd., S. 133.

557 Vgl. dazu ausf. ebd., S. 105-120.

558 Abelshauser, Wirtschaft und Rüstung, S. 147. Zur Lobbyarbeit der Verbände und dem rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis vgl. Bielfeldt / Schlotter, Die militärische Sicherheitspolitik, S. 111-113.

559 Die einheitliche Linie zur Rüstung sei durch den „Widerstreit der Meinungen [...] sogar in den Reihen der Unternehmerschaft erschwert worden“. Tätigkeitsbericht des DIHT 1958/1959 zit. in: Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 85.

560 Vgl. Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, S. 50 u. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 123.

561 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 604f.

an ihrer Weiterentwicklung mitarbeiten können.“⁵⁶² Gerade traditionelle Rüstungsunternehmen, die in der Krise befindliche Werftindustrie, Teile der Schwerindustrie und die von staatlichen Fördermitteln abhängige Flugzeugindustrie waren genauso an Rüstungsaufträgen und dem Aufbau von Kapazitäten interessiert wie Unternehmen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder Landesregierungen, die für ihre Zonenrand- und Notstandsgebiete um Berücksichtigung bei der Vergabe von Aufträgen baten.⁵⁶³

Andererseits gab es auch die Situation, dass das Verteidigungsministerium gerade im Rüstungsbereich erfahrene Unternehmen darum bat, aktiv in die Rüstungsplanung einzusteigen.⁵⁶⁴ Diese zögerten oft, da Beschaffungsprogramme in sehr unregelmäßigen Abständen aufgelegt wurden.⁵⁶⁵ Der Staat musste hier Abhilfe schaffen.⁵⁶⁶

Rüstungsindustrie und Staat waren voneinander sehr abhängig, weil der Staat nicht selbst entwickelte und daher immer einen Interessenausgleich schaffen musste! Die Wirtschaft hatte übergeordnete Grundsätze und Richtlinien zu akzeptieren. Dafür sorgte der Staat im Gegenzug für eine möglichst kontinuierliche Auslastung der industriellen Kapazitäten und eine angemessene Rendite.⁵⁶⁷ Zeitgleich galt es Ineffizienzen zu verhindern, um unnötige finanzielle Belastungen des Haushaltes und einen Verlust an äußerer Sicherheit einzudämmen.⁵⁶⁸

Insbesondere der neue Verteidigungsminister Franz Josef Strauß fand mit seinem Konzept der Qualitätsarmee die Zustimmung der Industrie.⁵⁶⁹ Er folgte dem rüstungswirtschaftlichen Grundsatz: „Keine Rüstungsautarkie, aber Erringung der rüstungstechnologischen Bündnisfähigkeit in dem durch den Auftrag der Bundeswehr vorgegebenen Rahmen.“⁵⁷⁰ Die Ausgangslage war von Branche zu Branche unterschiedlich. Im Elektronik-, Computer-, und Werkstoffmechanikbereich erhofften sich Staat und Industrie über Rüstungsaufträge mit vergleichsweise geringem unternehmerischen Risiko den Anschluss an das Weltmarktniveau. Die Traditionsfirmen aus dem Fahrzeug-, Motoren- und Schiffsbau sowie im Bereich Optik und Fernmeldemittel besaßen gute Chance, durch ihr Know-How an frühere Erfolge anzuknüpfen. Die Flugzeugindustrie

562 Schneider, Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen, S. 245.

563 Vgl. Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, S. 50; Barth, Rüstung und Öffentlichkeit, S. 225; Bontrup / Zdwomyslaw, Die deutsche Rüstungsindustrie. Vom Kaiserreich bis zu Bundesrepublik, S. 129 u. Brand, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 94. Seydel / Kanno, Die Rüstung, S. 178.

564 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 31.

565 Vgl. ebd., S. 32.

566 Vgl. Schneider, Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen, S. 243.

567 Vgl. Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 24.

568 Vgl. Köppl, Rüstungsmanagement und Verteidigungsfähigkeit der NATO, S. 136.

569 Vgl. Geyer, Deutsche Rüstungspolitik, S. 210.

570 Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 40.

war im Gegenzug dazu durch Verbote und Demontagen so schwer getroffen, dass über die militärischen Aufträge eine zivile Nutzung des Wissens erst ermöglicht werden musste.⁵⁷¹

III.2 Neuaufbau der deutschen Rüstungsindustrie für schwere Waffen und die „Qualitätsarmee“ – die neuen deutschen Fahrzeugfamilien

Mit der Gründung der Bundeswehr verpflichtete sich die Bundesrepublik gegenüber ihren Verbündeten innerhalb kürzester Zeit ein Heer von 500000 Mann aufzustellen und es angemessen auszurüsten. An Stimmen, die dieses Vorhaben für übereilt und nicht realistisch erachtet haben, mangelte es nicht. Und in der Tat - Minister Theodor Blank war es nicht möglich, die Zielvorgaben zu erfüllen.

Strauß schätzte rückwirkend seine Berufung zum Bundesverteidigungsminister entsprechend ein: „Hätte Blank mit seinen mit seinem Staatssekretär Rust und seinen Generalen beim Aufbau der Bundeswehr nicht die gravierenden Fehler gemacht, vor denen ich gewarnt hatte, sondern meine Mahnungen ernst genommen und berücksichtigt, wäre ich nie Verteidigungsminister geworden.“⁵⁷² So ging das Ministerium jedoch in die Hände von Strauß über. „Das politisch-strategische Denken Strauß stand im Gegensatz zur traditionellen unpolitisch-operativen Planung der Militärs“⁵⁷³. Wie bereits in Kapitel II.2 und II.3 erläutert, sollten atomare Abschreckung und strategische Kriegsverhinderung nun eine zentrale Rolle beim Aufbau der Bundeswehr spielen.⁵⁷⁴

Das von Strauß propagierte Konzept der Qualitätsarmee sah einige bedeutende Änderungen, nicht zuletzt im Bereich des Rüstungssektors vor. Zunächst machte er sich für einen verlangsamten Personalaufwuchs der Streitkräfte bis 1961 stark, um eine Leistungsverbesserung zu erreichen. „Das Gesamtziel, ohne daß ich mich hier auf endgültige Zahlen festlegen kann und darf geht dahin, Verbände der ursprünglichen Kampfkraft und Feuerwirkung zu schaffen, wie sie ursprünglich bei der EVG-Planung unter dem 500.000 Mann Schema gedacht waren. Wie das 1960/61 aussehen wird, vermag bei der raschen Entwicklung der Technik in der Bundeswehr heute niemand zu sagen.“⁵⁷⁵

571 Vgl. ebd. u. ders. Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 31.

572 Strauß, Die Erinnerungen, S. 268.

573 Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen in Deutschland, S. 212.

574 Vgl. ebd. u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 495.

575 Bundesminister Strauß in einer Rede vor dem Bundestag am 01.02.1957. Zit. in: Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 197.

Die neuen Planungen von NATO und Bundeswehr bedeuteten mehr Feuerkraft, Beweglichkeit und Effektivität durch die Anpassung an die atomare Kriegsführung. Strauß hatte aber darüber hinaus auch wirtschaftliche Aspekte im Blick.⁵⁷⁶ „Mehr Effizienz versprach sich Strauß nicht zuletzt von einer nachhaltigeren Entwicklung der deutschen Rüstungswirtschaft, die langfristig zu einem höheren Anteil inländischer Waffenproduktion führen sollte, auch wenn unter kurzfristigen konjunkturellen Aspekten der Auslandsbeschaffung eine sogar noch zunehmende Bedeutung zukommen mußte.“⁵⁷⁷ Als Bundesverteidigungsminister wollte Franz Josef Strauß eine stärkere Einbindung der deutschen Industrie und kam ihr mit dem langsameren Aufwuchs der Bundeswehr, der fast ausschließlich zu Lasten des Heeres ging, entgegen.⁵⁷⁸

Der BDI hoffte verstärkt auf seine Unterstützung. „Hilfe suchte man in erster Linie in der Frage der inländischen Rüstungsproduktion.“⁵⁷⁹ Mit dieser Forderung lief der Spitzenverband der deutschen Industrie bei Strauß offene Türen ein.

„Meine Grundidee war, mit dem Aufbau der Bundeswehr eine Kombination von militärischer und ziviler Technik zu schaffen und zu nutzen, die insgesamt einer moderneren Wirtschaftsstruktur zugute kam. [...] Ich war stets der Meinung, daß die Bundesrepublik Deutschland den Bedarf ihrer Streitkräfte in der Größenordnung [...] im Friedensfall nicht mit Beschaffungen aus dem Ausland decken kann und daß sie deshalb eine eigene Rüstungsindustrie braucht.“⁵⁸⁰

Strauß veränderte als Bundesminister der Verteidigung den Sinn von Rüstungspolitik von einem reinen zweckorientierten Faktor zum Schutz vor der Sowjetunion hin zu einer technizistischen und strukturpolitischen Rüstungspolitik. „Der Staat muss der Wirtschaft helfen, die mit öffentlichen Mitteln gewonnenen wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse wirtschaftlich-industriell auszunutzen. [...] Was beim Stichwort Kernenergie begann, hat sich dann später in meiner Zeit als Verteidigungsminister fortgesetzt, als ich von Erhard eine stärkere Förderung der zivilen Luftfahrt-industrie verlangte und er rundweg ablehnte. Während ich die militärische Luftfahrt-industrie aufbaute – Dornier, Messerschmitt, Bölkow, VFW – sollte meiner Meinung

576 Vgl. Abelshauser, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 170; Enders, Franz-Josef Strauß Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung, S. 102f u. 137; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 495.

577 Abelshauser, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 170. Als Beispiel für die Auslandsbeschaffung unter Strauß sei der Kauf von Uzi-Maschinenpistolen und Granatwerfermunition in Israel zu nennen. Vgl. dazu Strauß, *Die Erinnerungen*, S. 346.

578 Vgl. Abelshauser, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 156; Barth, *Rüstung und Öffentlichkeit*, S. 223. Brandt, *Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik*, S. 199f. Das Heer sollte von 370000 bis 400000 Mann auf 200000 bis 220000 Mann reduziert werden. Vgl. dazu ebd., S. 224.

579 Abelshauser, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 155.

580 Strauß, *Die Erinnerungen*, S. 543.

nach das Wirtschaftsministerium [...] sich um den Aufbau der zivilen Luftfahrtindustrie kümmern“⁵⁸¹. Diese Politik wurde von Helmut Schmidt später in der Tradition von Franz Josef Strauß fortgeführt.⁵⁸² Dabei wurde stets versucht, die Industrie eng einzubinden. Rüstungsbetriebe und Staatsintervention sollten nach seinem Verständnis Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung werden und keinesfalls als rückständig erachtet werden.⁵⁸³

Sein Konzept verstand Strauß als große Chance für Politik, Bundeswehr und Rüstungsindustrie.⁵⁸⁴ Zunächst war es ihm ein Anliegen, das getrennte Rüsten zwischen den Teilstreitkräften mit ihren Doppel- und Dreifachstrukturen aus der Zeit vor 1945 endgültig zu beenden. Die Beschaffung der Bundesrepublik wurde über die Abteilungen T und W gebündelt und vom Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung für Heer, Luftwaffe und Marine gemeinsam geregelt.⁵⁸⁵ Die Ausgangslage der drei Teilstreitkräfte war jedoch nicht gleich.

Für die Marine gestaltete sie sich relativ unkompliziert. Sie erhielt zunächst günstiges veraltetes, aber funktionsfähiges Material durch NATO-Verbündete. In der zweiten und dritten Generation war die deutsche Industrie dann bereits stark eingebunden. Die Entscheidung darüber wurde auf Kabinettsebene gezogen, Aufträge an alle deutschen Großwerften verteilt.⁵⁸⁶

Die Luftwaffe hatte große technische und logistische Schwierigkeiten beim Aufbau. In Relation waren ihre Beschaffungsprogramme mit Abstand am teuersten.⁵⁸⁷ Taktische Überlegungen der Generale und das vorhandene Material konnten nicht immer in Einklang gebracht werden, manche Flugzeugtypen wurden zu schnell zugeführt oder in ihrer Konzeption soweit verändert, dass es zu Problemen kam. Der Starfighter F 104 G mag hier als Beispiel dienen.⁵⁸⁸

Beim Heer stand es noch schlimmer. Es erhielt zunächst nur möglichst viel Wehrmaterial, um die ursprünglich geplanten 300.000 Mann in nur drei Jahren auszustatten. Daher war es mit einem Mix verschiedenster Typen aus verschiedenen Ländern ausgestattet, wobei der Schwerpunkt auf amerikanischem Material lag.⁵⁸⁹ Die

581 Ebd., S. 226.

582 Vgl. Geyer, Deutsche Rüstungspolitik, S. 207.

583 Vgl. ebd., S. 211.

584 Vgl. ebd., S. 212.

585 Vgl. Strauß, „Wehrpolitik - Wehrführung - Wehrtechnik“, S. 4.

586 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 33.

587 Vgl. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 237. Zur Luftwaffe ausf. ebd., S. 298 u. 312.

588 Vgl. Kollmer, „Nun siegt mal schön“, S. 399.

589 Vgl. ebd. Die Angaben über die genaue Heeresgröße nach dem ursprünglichen Plan differieren zwi-

Struktur des Heeres musste in den ersten Jahren wiederholt an politische und Bündnis interne Entscheidungen ausgerichtet werden. Eine kontinuierliche, an die Bedrohungslage angepasste Planung und Steuerung der Rüstungsbeschaffung wurde erst Ende der 1960er Jahre unter Verteidigungsminister von Hassel bzw. seinem Nachfolger Gerhard Schröder erreicht.⁵⁹⁰ 1968 gab es erstmalig einen Rüstungsplan der Bundesregierung, „in dem die Beschaffungsabsichten und der Mittelbedarf für die Ausrüstung und Bewaffnung der Streitkräfte in einer Gesamtdarstellung zusammengefasst waren.“⁵⁹¹ Die Grundlage dafür schuf jedoch Franz Josef Strauß bereits 10 Jahre zuvor. Unter Strauß begann die Bundesrepublik mehr Rücksicht auf die tatsächlichen Notwendigkeiten für eine effektive Verteidigung zu nehmen. Sie waren mit den außen- und bündnispolitischen Faktoren gleichauf. Dabei half der Regierung auch die Tatsache, dass andere NATO-Partner ähnlich handelten.⁵⁹² „Der militärische Auftrag der Bundeswehr ist auf die taktisch-konventionelle Verteidigung der Bundesrepublik und ihrer angrenzenden Seeräume beschränkt.“⁵⁹³ Diesem Auftrag wollte man mit entsprechender Ausrüstung nachkommen.

Gerade beim Heer wurde der Ruf nach neuen Fahrzeugen laut, die dem Anspruch der Soldaten genügten, um ihren Auftrag auszuführen. Er umfasste örtlichen Angriffen mit Gegenangriffen zu begegnen, eine Abwehrschlacht auch gegen einen zahlenmäßig überlegenen Gegner atomar und nicht-atomar zu gewinnen und unter dauerhaft atomarer Bedrohung kämpfen zu können.⁵⁹⁴ Dazu sollten der Hotchkiss, der HS 30 und die amerikanischen Kampfpanzer ersetzt werden.⁵⁹⁵

Die USA blieben dabei natürlich der wichtigste Partner. Die „Auftragsteilung im Bündnis unter Abstützung auf Führungsrolle und Potential der USA bei gleichzeitigem Bemühen, die europäische Komponente zu verstärken, bestimmen die Verteidigungs- und damit die Rüstungspolitik der Bundesrepublik.“⁵⁹⁶ Ferner war die Eingliederung in die NATO-Kräfte verbunden mit Überlegungen einer Standardisierung, auferlegten Rüstungsbeschränkungen im Bereich der ABC-Kampfmittel, der Nachrüstung und

schen 300.000 und 400.000 Mann. Vgl. dazu auch Fußnote 575.

590 Vgl. ders., „Klotzen, nicht kleckern“, S. 488; Schröder, Der neue Bundesverteidigungsminister und seine Probleme, S. 1.

591 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1970, S. 97. Dabei ist zu bedenken, dass die Rüstungsplanung immer von der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Staates determiniert wird. Vgl. dazu Linnenkamp, Rüstungsplanung und Rüstungspolitik, S. 34.

592 Vgl. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 206.

593 Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 28.

594 Vgl. Schnez, Die Rüstungskonzeption des deutschen Heeres, S. 277.

595 Vgl. ebd., S. 85; Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 312f u. Die neue Kampfpanzergeneration des deutschen Heeres, S. 282.

596 Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 28.

Verbesserung von Material wegen der langen Entwicklungsdauer bei neuen Waffensystemen, der Aufgabenteilung innerhalb der Bundeswehr und der logistischen Erfordernisse unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten.⁵⁹⁷

Dabei wurde unter Strauß vermehrt auf inländische Kapazitäten zurückgegriffen. „Ich war ursprünglich der Meinung: einkaufen auf dem Weltmarkt, um Deutschland nicht aus politischen oder aus anderen Gründen zu belasten. Die Erfahrungen in meinem Amt haben mich aber dazu gebracht, daß ich entweder Regiebetriebe aufziehen müßte, was gegen meine wirtschaftspolitische Ansicht ist, oder daß wir uns abstützen müssen auf eine auf diesem Gebiet tätige Industrie.“⁵⁹⁸

Die Gründe dafür lagen auf der Hand. „Die deutsche Industrie und Wirtschaft kann und muß im übrigen im Hinblick auf die wahrscheinliche Umgestaltung der deutschen Landesverteidigung mit Schwerpunkten in modernster konventioneller Bewaffnung damit rechnen, daß sie in der Forschung und Entwicklung gemeinsam mit der im Ostkrieg erfahrenen deutschen militärischen Führung vor Entwicklungsaufgaben gestellt wird, für die sie prädestiniert ist.“⁵⁹⁹ In Deutschland und Mitteleuropa lagen spezifische wehrgeographische und operationelle Gegebenheiten vor, für die das Ausland oftmals keine adäquate Antwort hatte. Zweitens konnten sich das Bundesverteidigungsministerium und die Industrie nur durch eigene Projekte das nötige Wissen aneignen, um die Qualität ausländischer Rüstungsgüter zu begutachten, was insbesondere bei grenzüberschreitenden Kooperationen wichtig war. Drittens waren wehrtechnische und rüstungswirtschaftliche Bündnis- und Kooperationsfähigkeit nur durch eigene wettbewerbsfähige Produkte nachzuweisen. Beispiele dieses neuen Trends waren der LEO-PARD 1 und 2, der MARDER sowie der GEPARD. Sie wurden ohne größere Rückschläge entwickelt, hatten relativ wenig ausländische Komponenten und setzten sich in internationalen Vergleichen durch bzw. wurden teilweise sogar erfolgreich und in großer Stückzahl exportiert.⁶⁰⁰

Diese Entwicklung fand auch in Expertenkreisen ihren Widerhall. Bereits 1958 war im VOLKSWIRT zu lesen: „Mehr und mehr scheint das einst proklamierte Ziel der Bundesregierung, den größten Teil der Käufe an schwerem Rüstungsgerät ins Ausland

597 Vgl. Schnez, Die Rüstungskonzeption des deutschen Heeres, S. 277f. Der Devisenausgleich blieb in der Frage der Finanzierung immer noch ein wichtiges Thema. Vgl. Jahn, Wehrpolitik und Rüstung, S. 209.

598 Strauß in „Wirtschaft und Rüstung“, Bulletin vom 03.12.1959. Zit. in: Brand, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 285.

599 Schneider, Der neue Bundesverteidigungsminister und seine Probleme, S. 5f.

600 Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 41f.

zu verlagern, umstritten zu sein. Die Finanzpolitiker glauben jedenfalls, eine deutliche Tendenz zugunsten von Inlandsaufträgen feststellen zu können. Eine solche Wendung würde im Grunde nicht überraschen, sind doch die Erfahrungen, die die Bundesregierung bislang mit großen Auslandsaufträgen gemacht hat, alles andere als zufriedenstellend.“⁶⁰¹

Insbesondere die Frage der Versorgung wurde in der Hochphase des Kalten Krieges virulent und führte zu einer größeren Orientierung hin auf die europäische und westdeutsche Industrie wo immer möglich. Auch wenn die USA als Großmacht die unumstrittene Führungsrolle im transatlantischen Bündnis innehatten, gab es in der Bundesrepublik die Sorge, ob im Falle eines Konfliktes ausreichend Nachschub aus Übersee bezogen werden konnte, zumal die Vereinigten Staaten an vielen Fronten auch in Südostasien involviert waren.⁶⁰² Die für Wartung und technische Betreuung vor Ort anwesenden Soldaten sollten mit Industrie zusammenarbeiten bzw. waren davon abhängig, dass im Inland produziert wurde. „Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die laufende Wartung und Instandsetzung [...] überhaupt nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten durchgeführt werden kann, wenn man im Hintergrund nicht eine Industrie hat, die sowohl durch technische Berater als auch durch unmittelbare Einschaltung in das Betreuungsprogramm eingeschaltet werden kann. [...] Das alles erfordert ein hochwertiges technisches Spezialkorps. Dieses Korps ist ohne eine Zusammenarbeit mit einer produzierenden Industrie einfach nicht möglich.“⁶⁰³

Vor diesem Hintergrund und den Erfahrungen mit Beschaffungsmaßnahmen der ersten Jahre bezog der Inspekteur des Heeres eine klare Position über den zukünftigen Weg der Rüstungspolitik. „Ich möchte [...] nicht verschweigen, daß ich im Hinblick auf das gewandelte Kriegsbild [...] für den Aufbau und die Unterstützung einer leistungsfähigen deutschen Rüstungsindustrie eintrete. Sie sollte nicht nur durch Lizenzbauten, sondern auch durch Eigen- und Gemeinschaftsentwicklungen sowie ausreichende Aufträge lebensfähig gehalten werden.“⁶⁰⁴

Die Voraussetzungen dafür erfüllt die deutsche Rüstungsindustrie, denn spezielle Ausrüstung für den Wüstenkampf, Über- und Unterwassergroßkampfschiffe, Lang-

601 „Verlagerung der Rüstungsaufträge?“, Volkswirt 47/1958, zit. in: Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 280.

602 Vgl. Jahn, Wehrpolitik und Rüstung, S. 208 u. Schneider, Der neue Bundesverteidigungsminister und seine Probleme, S. 5.

603 Strauß in „Wirtschaft und Rüstung“, Bulletin v. 3.12.1959, zit. in: Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 283.

604 Schnez, Die Rüstungskonzeption des deutschen Heeres, S. 282.

streckenbomber und ABC-Waffen entfielen für die Bundeswehr. „Die Bewaffnung und Ausrüstung von Heer und Luftwaffe ist vielmehr auf taktische, d.h. Gefechtsfeldwaffen und militärische Transportmittel zum Einsatz unter europäischen Bedingungen begrenzt.“⁶⁰⁵ Dafür verfügte die deutsche Industrie nicht nur über die entsprechenden Kapazitäten, sondern besaß auch noch eine hohe Expertise aus der Zeit vor 1945.⁶⁰⁶ Zusätzlich begünstigte der Schwerpunkt der Rüstungsanstrengungen die Beschaffung in der Bundesrepublik. Zwischen 1956 und Anfang der 70er Jahre waren 70 Prozent des Investitionskapitals in die Heeresrüstung geflossen.⁶⁰⁷

Vermehrt wurde auch die europäische Kooperation bei Rüstungsprojekten gesucht, da die Beschaffung eines Waffensystems sehr teuer, oftmals für einzelne Partner alleine nicht zu leisten war und die europäischen Staaten eine gewisse Eigenständigkeit von USA wollten. Die Teilnahme bei Kooperationen erfolgte jedoch nur, wenn das jeweilige Land das entsprechende Waffensystem wirklich benötigte. Dabei wurde festgestellt, dass die bi- oder multilaterale Entwicklung und Einführung von Rüstungsgütern sehr komplex und nicht immer von Erfolg gekrönt war, worauf im Kapitel III.4 noch ausführlich eingegangen wird.⁶⁰⁸ Höhepunkt der gemeinsamen Rüstungsanstrengungen waren die Kuba-Krise 1962 und die Niederschlagung des Aufstandes in der Tschechoslowakei 1968. Die jeweilige internationale Bedrohungslage hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Kooperationsbereitschaft der Staaten. Je höher die Gefahr, desto höher die Bereitschaft zur Zusammenarbeit.⁶⁰⁹

Gerade die an Rüstung interessierten Unternehmen des BDI setzten große Hoffnungen auf Verteidigungsminister Strauß, da sie davon ausgingen, dass er die Interessen Bayerns vertrat und er großes Interesse am Ausbau einer starken, modernen Rüstungsindustrie im Münchner Raum hatte.⁶¹⁰

„Hierzu ist zunächst zu sagen, daß die Revision des Rüstungsprogramms erzwungen wurde durch die Formierung einer Opposition innerhalb der herrschenden Regierungskoalition, wobei die Landesgruppe der Christlich-Sozialen Union als Zentrum fungierte. Daß gerade die bayerischen christlichen Demokraten sich von der Regierungspolitik distanzierten und damit eine Kabinettskrise heraufbeschworen, hat einigermaßen kom-

605 Vgl. Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 15.

606 Vgl. Kollmer, Zwischen Zahlenbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 170.

607 Vgl. ders., „Nun siegt mal schön“, S. 400.

608 Vgl. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 287f; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1969, S. 57; Schnez, Die Rüstungskonzeption des Heeres, S. 281 u. Zwissler, Probleme der Wehrwirtschaft und Rüstung, S. 234.

609 Vgl. Seydel / Kanno, Die Rüstung, S. 165.

610 Vgl. Abelshauser, S. Wirtschaft und Rüstung, S. 156.

plexe Ursachen. Ihr Erfolg aber erklärt sich im wesentlichen dadurch, daß sie sich die Erwartungen wichtiger Interessengruppen zu eigen machten und gegenüber der Bundesregierung vertraten.“⁶¹¹ Gerade die Interessen der Privatwirtschaft und speziell der an Rüstung partizipierenden Betriebe in Bayern beeinflussten die Wehrpolitik der CSU-Landesgruppe nachhaltig.

Bundesverteidigungsminister Strauß förderte und unterstützte diese Politik nachhaltig und machte daraus auch keinen Hehl: „Das hängt auch damit zusammen, dass wir im Süden für die mit dem Aufbau der Bundeswehr verbundenen rüstungstechnischen Belange aufgeschlossener waren als im Norden. [...] Der unverdächtigste Zeuge dafür, daß meine Politik schon damals Früchte für Bayern getragen hat, ist Helmut Schmidt, der in jenen Jahren in Wahlkampfversammlungen zu sagen pflegte, die Arbeitsplätze, die anderswo fehlten, habe der Verteidigungsminister Strauß um München herum geschaffen.“ „Ich leistete bei der Gründung der Bölkow GmbH Hilfe und habe sie durch zwei Krisen hindurch gerettet. Dann haben wir Messerschmitt zu einem Zusammenschluß mit Bölkow veranlaßt, später kam aus dem Norden noch Blohm hinzu.“⁶¹²

Das Verteidigungsministerium blieb nicht nur auf die reine Sicherheit der Bundesrepublik beschränkt. „Das für die Verteidigung zuständige Ressort hat eine doppelte Verantwortung: Nämlich einmal die ihm als Ressort gestellte Aufgabe der bestmöglichen Ausstattung der aufzustellenden Streitkräfte zu lösen, um zum anderen die Realisierung dieser Pläne den wirtschaftspolitischen Forderungen anzupassen und in die Politik der Regierung einzuordnen.“⁶¹³ Die deutsche Rüstungspolitik hatte sich Anfang der 1960er Jahre durch das Konzept der Qualitätsarmee und der Einstellung von Franz Josef Strauß zur Rüstungsbeschaffung stark verändert. „Strauß betrieb die Förderung der deutschen Rüstungsindustrie so intensiv, dass zum Ende seiner Ära die Vergabe von Rüstungsaufträgen zu einem bedeutenden Instrument der bundesdeutschen Industrie-, Technologie- und Regionalpolitik geworden war.“⁶¹⁴ Auch unter seinen Nachfolgern wurde diese Politik fortgeführt.

DIHT und BDI waren wie bereits erwähnt von einem Aufbau der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik und dem schnellen Aufstellen einer großen Streitmacht wenig begeistert, beteiligte sich jedoch beim Aufbau der benötigten Strukturen im Sinne ihrer

611 Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 187.

612 Strauß, Die Erinnerungen, S. 541.

613 Oberregierungsrat Troll, „Die Rolle der Rüstung“, im VOLKSWIRT 51-52/1957, zit. in: Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 212.

614 Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 605.

staatspolitischen Verantwortung.⁶¹⁵ „Sie sahen sich [...] in der Pflicht, Überlegungen darüber anzustellen, welche Rolle der Rüstung innerhalb der Industriestruktur der Bundesrepublik zukommen sollte“⁶¹⁶.

Die Interessenvertretung der Industrie fürchtete dennoch durch die geplante atomare und konventionelle Rüstung hohe Kosten und hatte Angst an die Grenzen der Leistungsfähigkeit zu geraten.⁶¹⁷ „Nach den Erfahrungen der Wiederaufrüstung in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts wird ein überhasteter Aufbau der Streitkräfte nicht nur aus wirtschaftspolitischen Gründen, sondern auch im Interesse einer soliden militärischen Ausbildung und innerer Festigung der Truppeneinheiten abgelehnt. Es entsprach daher durchaus der Auffassung des DIHT, wenn das Bundesverteidigungsministerium Ende November 1956 erklärte, die Wiederaufrüstung werde so langsam vorangehen, als es die politischen Verhältnisse irgend erlauben.“⁶¹⁸ Daher entspannten die Planungen des Bundesverteidigungsministeriums unter Strauß die Lage zwischen Politik und Industrie nachhaltig. Der BDI zeigte sich sehr erfreut darüber, „daß der derzeitige Verteidigungsminister dem Aufbau der Streitkräfte das Fieberhafte und Undurchführbare der ersten Zeit genommen hatte.“⁶¹⁹

Mit dem Ende der Hochkonjunktur in der Bundesrepublik Ende der 1950er Jahre veränderte sich die Einstellung zur Auftragsnahme für die Bundeswehr und damit zur Produktion von Rüstungsgütern. Gerade auf lokaler Ebene entstanden enge Verflechtungen zwischen Mittelständlern sowie Kleinunternehmern und der Bundeswehr.⁶²⁰

Aber auch der BDI bewegte sich in seiner Position. Dessen Präsident Fritz Berg äußerte sich bereits auf der Jahresversammlung des Wirtschaftsverbandes EBM 1959 sehr offen für die Produktion von Rüstungsgütern im Inland. „Wir haben nicht den Ehrgeiz, eine Rüstungsindustrie im früheren Sinne aufzubauen, haben jedoch auch kein Verständnis dafür, daß Aufträge ins Ausland gehen, obwohl sie von unserer Industrie gleichwertig ausgeführt werden könnten. Im Rahmen einer internationalen Arbeitsteilung will die deutsche Wirtschaft nicht nur Kunde sondern auch Lieferant sein.“⁶²¹ Insbesondere das

615 Vgl. ebd., S. 503.

616 Rohde, Der Transfer amerikanischer Militärtechnologie nach Deutschland, S. 261.

617 Vgl. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 159.

618 Tätigkeitsbericht des DIHT 1956/57, S. 230f, zit. in: Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 200.

619 Jahresbericht des BDI 1957/58, zit. in: Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 201.

620 Vgl. ebd., S. 95 u. 285f; Jahn, Wehrpolitik und Rüstung, S. 210; Kollmer, „Klotzen nicht kleckern“, S. 500, ders., „Nun siegt mal schön“, S. 403 u. ders., Zwischen Zahlenbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 162.

621 Beilage der EBM-Mitteilungen 9/1959, zit. in: Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 151.

Wirtschaftswachstum wurde dafür als Argument ins Feld geführt, warum die Industrie verstärkt auf Inlandsbeschaffungen drängte. Die Bemühungen des BDI, die deutsche Industrie in angemessenem Umfang in die Rüstungsfertigung einzuschalten, sind angesichts der Entwicklung der Konjunktur in verstärktem Maße fortgesetzt worden.⁶²²

Die Verbände versuchten verstärkt, Unternehmen mit Problemen durch Rüstungsaufträge zu stützen. Im Zweifel sollten unterbeschäftigte Unternehmen im Inland bevorzugt werden.

Dabei wurde oftmals gar nicht gefragt, was die Gründe für die Auftragsrückgänge waren (ggf. technisch veraltete Produktionsmittel oder mangelnde Innovationskraft), sondern versucht, dem Protektionismus Tür und Tor zu öffnen.⁶²³ „Die deutsche Industrie [erwartet] aber, daß vor der Vergabe von Auslandsaufträgen genau geprüft wird, 1. ob im Inland entsprechende freie Kapazitäten vorhanden sind 2. ob ein Auftrag fachlich, termingerecht und kostenmäßig befriedigend ausführbar ist 3. ob der Auftrag unsere Industrie nicht im Hinblick auf die Gewinnung neuer Erfahrungen von besonderem Interesse ist 4. ob die Möglichkeit besteht, dem ausländischen Kontrahenten die Beteiligung der deutschen Industrie – gegebenenfalls als Vorlieferer – zur Auflage zu machen, was in vielen Fällen trotz der hiermit verbundenen Risiken möglich sein sollte.“⁶²⁴

Die Bedeutung der Rüstungsgüterproduktion für die Gesamtwirtschaft darf jedoch keinesfalls überschätzt werden, wie in Kapitel III.4 noch zu erläutern sein wird. Nicht bei allen Traditionsunternehmen hatte die Produktion von Rüstungsgütern die gleiche Bedeutung wie früher erlangt. Aber BMW, Henschel, Krauss-Maffei, MAN, Thyssen, Siemens, Krupp und anderen nutzte die neue Haltung der Spitzenverbände wie auch der Bundesregierung, die keine staatliche Rüstungsindustrie wollte,⁶²⁵ sehr wohl. Dazu kamen noch viele Kleinunternehmer und Mittelständler die partizipieren wollten.⁶²⁶ Spe-

622 Mitteilungen des BDI 4/1958, S. 10, zit. in: Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 151.

623 Vgl. ebd., S. 150f. u. Kollmer, „Nun siegt mal schön“, S. 408. Manchmal wurde in der Tat wie bei der Fregatte F 122 Beschäftigungspolitik ohne Rücksicht auf erhöhte Kosten oder Verletzung der Wettbewerbsregeln gemacht. Ähnlich wie bei Verbündeten war es möglich, dass sich sektoral und zeitlich begrenzt Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik völlig durchsetzte. „Hierbei blden Industrieverbände und Unternehmen mit den korrespondierenden Branchengewerkschaften und Betriebsräten eine wirkungsvolle Interessensgemeinschaft.“ Bode Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 33f.

624 Jahresbericht des BDI 1958/59, S. 253, zit. in: Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 150.

625 Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 44.

626 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 500 u. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1971/1972, S. 149. 1965 lag die einheimische Produktion bei 45 Prozent. Vgl. Large, Die deutsch-amerikanische Verteidigungspartnerschaft, S. 336. Noch 1971 waren die Importe aus dem Ausland bei Rüstungsgütern mit 30 Prozent relativ hoch. Vgl. dazu ebd.

ziell die Förderung der kleineren Betriebe war auch der Bundesregierung ein Anliegen. „Auch bei Großaufträgen soll der Mittelstand in Zukunft stärker beteiligt werden. Der Bundesminister der Verteidigung hat die Großbetriebe verpflichtet, mehr als bisher mittelständische Firmen bei Rüstungsaufträgen zu berücksichtigen; leistungsfähige Zulieferfirmen werden an Entwicklung und Produktion von Waffensystemkomponenten beteiligt.“⁶²⁷

Die Ansicht, dass die Bundesrepublik nicht auf eine eigenen Rüstungsindustrie verzichten konnte, hatte sich durchgesetzt. Die Zusammenarbeit mit einheimischen Betrieben erschien einfacher, der Nachschub wesentlich sicherer. Dazu kamen die wirtschafts- und technologiepolitischen Aspekte.⁶²⁸

Staat und Parlament waren immer mehr Anlaufstellen für benachteiligte Gruppen und Regionen sowie Krisenbranchen. „Aus einer Reihe alter Rüstungsunternehmen (Rheinmetall/Flugzeugbau) und einiger Krisenunternehmen (Henschel, Krauss-Maffei) wurde ein fester Stamm von Rüstungsunternehmen herausgezogen, denn letztendlich bestimmten nicht parlamentarische oder wirtschaftspolitische Vorstöße die Entwicklung der deutschen Rüstungsindustrie, sondern im Rahmen der durch die Wirtschafts- und Fiskalpolitik gesetzten Grenzen die Symbiose von Beschaffungsverwaltung der Bundeswehr und Unternehmen, die in der Rüstungsproduktion eine Marktlücke zu entdecken glaubten.“⁶²⁹

Bode thematisierte noch einen anderen Aspekt, der zum Aufbau der Rüstungsindustrie geführt haben könnte. Er vermutete, dass bei der Erhöhung von Kapazitäten eine Rolle gespielt hatte, dass man durch die Abschreckung nie an einen Ernstfall glaubte bzw. mit einem schnellen Ende der Kampfhandlungen rechnete. „Diese Überzeugung erlaubte es dann auch, die Frage des Aufbaues einer Rüstungsfertigung in der Bundesrepublik gewissermaßen unter friedenslogistischen Bedingungen zu entscheiden und dabei bündnispolitischen, sowie technologie- und regionalpolitischen Erwägungen den Vorrang vor geostrategischen Bedenken einzuräumen.“⁶³⁰ Durch den Aufbau von Rüstung-

627 Ebd., S. 150.

628 Vgl. Classen, Rüstungsausgaben und Wirtschaftsentwicklung, S. 6; Jahn, Wehrpolitik und Rüstung, S. 209 u. Schneider, Der neue Bundesverteidigungsminister und seine Probleme, S. 5. Sieht auch Zwisslers sechs Thesen zur Rüstungsindustrie. Erstens: geographische und politische Situation der Bundesrepublik Deutschland erfordert Schaffung und kontinuierliche Aufrechterhaltung einer Rüstungsindustrie, zweitens: Rüstungsindustrie befruchtet übrige Industrie als Innovationsgeber, drittens: eigene Rüstung gibt eine gewisse politische und letztendlich wirtschaftliche Unabhängigkeit, viertens: Export von Rüstung verbilligt eigene Anschaffung und bereitet Weg für zivilen Export, fünftens: Rüstung im Land vermeidet teure Importe und ermöglicht regional angepasste Waffensysteme, sechstens: Rüstung produziert Sicherheit und Freiheit. Vgl. Zwissler, Probleme der Wehrwirtschaft und Rüstung, S. 236.

629 Geyer, Deutsche Rüstungspolitik, S. 218f.

630 Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 26.

skapazitäten wollten die Unternehmen nicht zuletzt durch Forschung und Entwicklung Fortschritte für die zivile Produktion erreichen. „Durch den Ausbau des Rüstungs-Know-hows erhofften sie sich zudem, einen von Weltmarktschwankungen unabhängigen Produktionsbereich aufzubauen, mit dem die internationale Konkurrenzfähigkeit in der zivilen Fabrikation abgesichert werden konnte“⁶³¹.

Dieser wurde als Synergieeffekt der Zusammenarbeit von Militär und Wirtschaft angesehen, während Rüstung per se als eher unproduktiv beurteilt wurde. In der Tat fanden Steuer- und Regelgeräte, Spezialwerkstoffe, Meßgeräte u.a. Einzug in den zivilen Bereich.⁶³² Gerade in den 1960er und 1970er Jahren gab es viele naturwissenschaftlich relevante Aspekte, die in der Wehrforschung untersucht werden konnten.⁶³³

Für die Entwicklung von Hochtechnologie im Bereich der Rüstungswirtschaft war zwar einerseits viel Expertise aus der Vergangenheit vorhanden,⁶³⁴ jedoch tat sich die akademische Welt sehr schwer damit. Im Weißbuch 1970 wurde das deutlich. Von circa 7000 Hochschullehrern boten nur circa 70 Veranstaltungen mit dem Thema Landesverteidigung an. Teilweise gab es nicht nur Desinteresse sondern auch öffentlichen Widerstand. Im Göttinger Manifest sprachen sich 18 namhafte Hochschullehrer gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik aus. Die Wissenschaft hatte bei Rüstungsthemen Angst, dass die Freiheit der Forschung verletzt würde. „Dies führte schließlich im Jahre 1970 zu der Entscheidung des Verteidigungsministeriums, in Zukunft an Hochschulinstitute keine geheimhaltungsbedürftigen Forschungsaufträge mehr zu erteilen.“⁶³⁵

Darüber hinaus ist die Wehrtechnik anwendungsorientiert und weniger für die in Hochschulen betriebene Grundlagenforschung relevant. 1977 gingen daher von 192,7 Millionen DM 137,7 Millionen des Forschungsetats an außeruniversitäre Einrichtungen wie die Fraunhofergesellschaftsinstitute wovon sechs für Rüstung existierten oder die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR), an Industrie- und Vertragsforschungseinrichtungen 36 Millionen und an Hochschulen mit 19 Millionen nur circa 10 Prozent des Gesamtvolumens.⁶³⁶ Die einzelnen Rüstungszweige nahmen unterschiedliche Entwicklungen, gerade die Luftfahrtsparte hatte Probleme.⁶³⁷

631 Kollmer, „Nun siegt mals schön“, S. 408.

632 Vgl. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 154 u. 291 u. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1971/1972, S. 150.

633 Vgl. ausf. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 72-84.

634 Vgl. ebd., S. 37.

635 Ebd., S. 34.

636 Vgl. ebd., S. 35.

637 Vgl. Bielfeldt / Schlotter, Die militärische Sicherheitspolitik, S. 65.

Dennoch konnte die deutsche Industrie in der Rüstungswirtschaft Fortschritte verzeichnen und mit den Fahrzeugfamilien LEOPARD 1 und MARDER auf einem bekannten Terrain herausragende Ergebnisse vorweisen.⁶³⁸ Ministerialdirektor Dr. Knieper verkündete im Februar 1962: „Des weiteren wird an die deutsche Industrie der wesentliche Teil des Standardpanzer-Programms [...] gehen. Wenn man das alles zusammenfaßt, kann man meiner Meinung nach für die nächsten drei bis vier Jahre mit einem Volumen von 3 bis 4 Milliarden DM rechnen. [...] Es gibt [...] eine ganze Reihe von Waffen und Geräten, bei denen wir mit unseren Entwicklungen gute Fortschritte machen, nachdem wir zunächst durch Nachbau unsere Industrie auf die richtige Höhe gebracht haben.“⁶³⁹ Nur die Bewaffnung und Munition wurden beim LEOPARD 1 zunächst im Ausland produziert, der Rest war einheimische Entwicklung und Fertigung.⁶⁴⁰ Aber „die deutsche Heeresindustrie war [...] schon Anfang der 1960er Jahre auf dem Weg zur Systemfähigkeit und ein interessanter Partner auch für deutsch-amerikanische Kooperationsprogramme wie den Kampfpanzer 70.“⁶⁴¹ Bis in die 1970er Jahre hatte sie diesen Status endgültig erreicht und bereits einige Exporterfolge verbuchen können.⁶⁴² Die Bereitschaft, wieder für die Rüstung zu produzieren und sie auch politisch zu unterstützen war kein radikaler Bruch, sondern einfach ein Schwenk unter der Berücksichtigung des Wandels der Interessenskonstellationen.⁶⁴³

Welche Firmen profitierten vom Kurswechsel in der Rüstungspolitik, welche konnten sich die Erfolge auf ihre Fahnen schreiben? Exemplarisch soll hier auf fünf Unternehmen eingegangen werden. Der spätere Generalunternehmer für den Kampfpanzer LEOPARD 1 war das Unternehmen Krauss-Maffei aus München-Allach. Die Firma war als Lokomotivenhersteller bekannt. Von den 15000 Fahrzeugen des Eisenbahnprogrammes wurden alleine 1400 in München-Allach hergestellt.⁶⁴⁴ Es war aber auch bereits an der Entwicklung und Produktion von Panzern im Zweiten Weltkrieg beteiligt, beispielsweise dem Aufklärungspanzer VK 601 oder dem

638 Vgl. Kollmer, „Nun siegt mal schön“, S. 415.

639 Bericht des Bundesverteidigungsministeriums über das Kampfwagenprogramm, Protokoll der 7. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 15.02.1962. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 7, S. 43f. Der Anteil der innländischen Produktion stieg von 69,2 Prozent im Jahr 1963 über 74,2 Prozent 1964 und 76,9 Prozent 1965 auf 81,8 Prozent im Jahr 1966. Vgl. dazu Classen, Rüstungsausgaben und Wirtschaftsentwicklung, S. 7.

640 Vgl. Das Kampfwagenprogramm der Bundeswehr, S. 386 u. Rolf Hilmes, 20 Jahre Kampfpanzer LEOPARD 1. Zum Jubiläum eines bewährten Waffensystems, in: SOLDAT UND TECHNIK 9 (1985), S. 530-531, hier: S. 530.

641 Rohde, Der Transfer amerikanischer Militärtechnologie nach Deutschland, S. 263.

642 Vgl. ebd., S. 264 u. Schneider, Die Ausbaulücken des Heeres müssen vorrangig geschlossen werden, S. 412.

643 Vgl. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 280.

644 Vgl. Auer / Engpasser, Krauss-Maffei, S. 191 u. 193.

Infanterieunterstützungspanzer VK 1801. Darüber hinaus stellte Krauss-Maffei ab 1934 Halbkettenfahrzeuge für die Wehrmacht, darunter die Zugmaschinen m 9, m 10 und m 11 her.⁶⁴⁵ 1942 beschäftigte die Firma insgesamt 8960 Personen, davon circa 50 Prozent Zwangsarbeiter.⁶⁴⁶

Nach Kriegsende erfolgte ein Produktionsverbot für die Fahrzeuge des Unternehmens. Bis November 1945 hielt sich Krauss-Maffei mit Reparaturen oder Auftragsarbeiten für die amerikanischen Besatzer über Wasser, unter anderem durch das Entrosten und Lackieren der Biergartenbestuhlung der Münchner Brauereien.⁶⁴⁷ Danach wurden insgesamt 20 Produktionsgruppen zur Fertigung durch die Militärregierung genehmigt, darunter Stellwerksbau, Signalbau, Lokreparatur, Turbinen, Zugmaschinen, Omnibusse und Schmalspurloks.⁶⁴⁸

Dementsprechend machten Omnibusse und Lokomotiven 80 bis 90 Prozent des Umsatzes im ersten Nachkriegsjahrzehnt bei Krauss-Maffei aus. Auch der Produktionsbereich Verfahrenstechnik war von Bedeutung, der später großen Zuwachs brachte.⁶⁴⁹ In den 1960er Jahren folgten massive Absatzprobleme, nicht zuletzt weil eine eigene Aggregatefertigung und das Fließbandsystem fehlte.⁶⁵⁰ Darauf reagierte der neue Besitzer von Krauss-Maffei umgehend.

Die Buderus'sche Eisenwerke AG musste ihre Tochterfirma, die Buderus'schen Hüttenwerke an den hessischen Staat gemäß der Landesverfassung von 1955 verkaufen. Daher war das Unternehmen, welches erst kurz vorher vom Flick-Konzern erworben wurde, sehr liquide. Passend dazu wollte die Deutsche Bank ihre Aktienmehrheit bei Krauss-Maffei, die sie seit 1930 hielt, loswerden. Buderus übernahm das Paket.

Das neu entwickelte Unternehmenskonzept, das bis in die 1980er Jahre Bestand haben sollte sah in den Grundzügen im Wesentlichen eine Begradigung der Produktpalette und keine damit einhergehende Spezialisierung vor. Dieser Versuch weg von einer Konkurrenzsituation gegenüber massenproduzierenden Großfirmen wurde nötig, da sich abzeichnen begann, dass Krauss-Maffei im Omnibusbau gegen Daimler-Benz und MAN keine Chance hatte. Der Lokomotivenbau alleine reichte nicht aus, um die Firma zu

645 Vgl. Günter Papenbroock, Krauss-Maffei baut den ersten deutschen Nachkriegspanzer „Leopard“, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 4 (1966), S. 254-256, hier: S. 254 u. Spielberger, Von der Zugmaschine zum Leopard 2, S. 32-68 u. 72-92.

646 Vgl. Auer / Engpasser, Krauss-Maffei, S. 203.

647 Vgl. ebd., S. 222.

648 Vgl. ebd., S. 226.

649 Vgl. ebd., S. 230.

650 Vgl. ebd., S. 228f; Papenbroock, Krauss-Maffei baut den ersten deutschen Nachkriegspanzer, S. 254 u. Spielberger, Von der Zugmaschine zum Leopard 2, S. 95-98.

stabilisieren, was eine Produktionsverlagerung vom Fahrzeugbau hin zum allgemeinen Maschinenbau und zur Rüstungsgüterproduktion zur Folge hatte.⁶⁵¹

Der Auftrag für die Produktion des LEOPARD 1 kam für Krauss-Maffei zur richtigen Zeit. „Die Aufnahme der Produktion des Kampfpanzers Leopard 1 rettete 1963 das Unternehmen vor dem Konkurs.“⁶⁵² Bis 1974 wurden mehr als 5600 Panzer gebaut. Ab 1972 gab es für Krauss-Maffei keine größeren Rüstungsaufträge mehr und die Firma war gezwungen ihre Diversifikation im zivilen Bereich (u.a. Transportsysteme) auszubauen. Umsatz und Zahl der Beschäftigten gingen um 25 Prozent zurück. Überbrückungsmöglichkeiten waren durch den Export des LEOPARD 1 und den GEPARD gegeben. Ab 1979 kam es mit dem LEOPARD 2 zu einem neuerlichen Umsatzanstieg auf über 2 Mrd. DM.⁶⁵³ „Im Fall der Panzerproduktion blieben also direkte Anschlussprogramme als Krisenbekämpfungsinstrument aus, langfristig wurde jedoch auch hier das Unternehmen durch weitere militärische Aufträge vor dem Konkurs bewahrt.“⁶⁵⁴

Bereits 1955 führte der Vorstand erste Verhandlungen mit dem Amt Blank über die Produktion von Vollkettenzugmaschinen für Artillerie, Panzergrenadiere und als Abschleppfahrzeuge, da die Wirtschaftslage angespannt war.⁶⁵⁵ Bis August 1956 legte die Firma einen Entwurf für eine acht Tonnen und eine zwölf Tonnen schwere Zugmaschine vor. Durch Unterstützung von Ministerialrat a.D. Kniepkamp aus dem ehemaligen Heereswaffenamt Abteilung WaPrüf 6 wurde dieser zur KM 12/K verbessert und als Gleisketten-Lastkraftwagen vorgestellt und damit als Halbkettenfahrzeug ausgelegt. „Diese Entwicklungen ergaben sich im Übergang von der abgeschlossenen Omnibusfertigung bei Krauss-Maffei auf den Einsatz als Generalunternehmer für die Fertigung des Kampfpanzers *Leopard* und sorgten dafür, daß der Stamm erfahrener Mitarbeiter für diese Aufgabe zur Verfügung stand.“⁶⁵⁶

Der Vorstand von Krauss-Maffei blieb in ständigem Kontakt mit dem Ministerium. Vorstandsvorsitzender Dr.-Ing. h.c. Oskar Stamm, der zuvor bei Schwarzkopf in Berlin tätig war und nach dem Krieg drei Jahre in einem Internierungslager verbrachte, notierte in einer Aktennotiz dazu: „Ich habe mich mit dem Bundesminister Strauß über diesen Punkt [Konjunkturabschwung] unterhalten. Er ist der Meinung, daß wenn es wirklich zu

651 Vgl. Auer / Engpasser, Krauss-Maffei, S. 252.

652 Bielfeldt / Schlotter, Die militärische Sicherheitspolitik, S. 92.

653 Vgl. ebd., S. 94.

654 Ebd.

655 Vgl. ebd., S. 254.

656 Spielberger, Von der Zugmaschine zum Leopard 2, S. 108. Vgl. dazu auch Papenbroock, Krauss Maffei baut den ersten deutschen Nachkriegspanzer, S. 255 u. Spielberger, Von der Zugmaschine zum Leopard 2, S. 103-108.

einem Konjunkturabschwung käme, dieser zumindest in den nächsten fünf Jahren durch eine Intensivierung der Rüstungswirtschaft abgefangen werden könne, und zwar ohne die sonst üblichen inflationären Auswirkungen⁶⁵⁷.

Dabei waren nicht alle Beteiligten vom Geschäft mit Waffen überzeugt. Der Betriebsrat zeigte sich skeptisch und hatte Angst im Kriegsfall in den Blickpunkt zu geraten. „Die Panzerproduktion [ist], wie selbst Betriebsratsvorsitzender Bieringer meinte, hinausgeschmissenes Geld“⁶⁵⁸, denn in einem Atomkrieg könnten Krauss-Maffei und jegliche Panzerdivision durch Atomraketen vernichtet werden. Angeblich hätte die Betriebsführung noch 1961 versprochen, keine Rüstungsgüter produzieren. Daher regte sich gegen Panzerproduktion im Betriebsrat und einigen Arbeitern Widerstand. Auch im Vorstand fand der Weg Dr. Stamms nicht ungeteilte Zustimmung.⁶⁵⁹ Letztendlich konnte er sich jedoch durchsetzen und Krauss-Maffei stieg wieder in großem Rahmen in die Rüstungswirtschaft ein.

Auch die Firma Borgward beschäftigte sich nach dem Krieg mit der Kampfpanzerentwicklung und präsentierten für den Standardpanzer ein sehr modernes Konzept. „Die meisten dieser revolutionären Vorschläge von Herrn Übelacker erwiesen sich in jener Zeit als technisch und kostenmäßig für nicht umsetzbar. [...] Zeitgleich fielen auch in diesen Jahren die großen Finanzprobleme bei der Firma Borgward an, die 1960 zu einem Vergleichsverfahren führten. [...] Im Jahr 1961 übernahm dann Hanomag große Anteile des Werkes in Bremen, um ihre Lastwagen- und Baumaschinenproduktion dorthin zu verlagern. [...] Bereits im Vorfeld war der gesamte Bereich der Sonderfahrzeugentwicklung von der Hanomag übernommen und mit in Hannover eingebunden worden.“⁶⁶⁰

Drittes Beispiel war der Rüstungskonzern Henschel. „Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik eröffnete dem Unternehmen die Rückkehr zu einer Kernkompetenz: der Produktion von Rüstungsgütern. Die Bundeswehr bezog von Henschel gepanzerte Fahrzeuge und Panzer, später eröffnete der Beitritt der Bundesrepublik zum Nordatlantischen Bündnis weitergehende Chancen.“⁶⁶¹

Bereits seit dem 17. Jahrhundert waren Mitglieder der Familie Henschel Geschützgießer. Erster nachweisbarer Rotgießmeister war Johannes Henschel 1634. Im Ersten Weltkrieg produzierte die Firma Geschosse, Zünder und Munitionswagen, erst ab 1917

657 Auer / Engpasser, Krauss-Maffei, S. 253.

658 Ebd., S. 260.

659 Vgl. ebd., S. 256 u. 261.

660 Schreiber, Die Wehrtechnik bei der HANOMAG aus Hannover, S. 181.

661 Nautz, Einleitende Bemerkungen, S. 16.

erhielt sie den Auftrag auch Geschütze zu entwickeln. Dazu wurde ein eigenes Werk, der älteste Teil des Werkes Mitterfeld errichtet. Nach 1918 stellte Henschel Lastwagen und Omnibusse her. Bereits während der Weimarer Republik wurden erste Kontakte zwischen dem Heereswaffenamt der Reichswehr und Henschel & Sohn geknüpft und das Unternehmen wurde als möglicher Lieferant harter Rüstungsgüter in Betracht gezogen.

An erstem Entwurf für den leichten Panzerkampfwagen von Krupp-Gurson war Henschel & Sohn schon beteiligt. 1933 erfolgte der Auftrag für den Panzer I, 1934 für den Panzer II. Als einer von 2800 R-Betrieb unterlag sie dem Rüstungsprogramm der Wehrmacht. Später wurde der TIGER I von Henschel entwickelt und in Mitterfeld bzw. ab 1942 in Wien produziert, gegen Kriegsende der TIGER II. Insgesamt wurden 1348 bzw. 480 dieser Panzer gebaut.⁶⁶² Nach dem Krieg war Henschel ein breit aufgestelltes Unternehmen. Oscar Henschel und Johannes Semmler versuchten aber durchaus an der Rüstung zu partizipieren und darüber die Firma mit zu sanieren. 1960/1961 machte der Rüstungsgüterumsatz nicht zuletzt durch die HS 30 Produktion knapp 20 Prozent des Konzernumsatzes aus.⁶⁶³

Ab 1960 war Henschel an allen wichtigen Entwicklungen für Panzerfahrzeuge beteiligt, gerade die bei Henschel gefertigten MARDER sowie die Schützenpanzer KANONE und RAKETE brachten dem Unternehmen hohe Gewinne ein.⁶⁶⁴ Auch an Wartung und Instandsetzung von Bundeswehrfahrzeugen verdiente Henschel.⁶⁶⁵ Insgesamt wurde 510 von 2176 HS 30, 385 von 770 Kanonenjagdpanzer und 1050 von 1926 MARDER durch die Firma in Kassel hergestellt.⁶⁶⁶ Als nach dem Auslaufen des MARDER-Auftrages Kurzarbeit drohte, kam die Beschaffung von 210 Schützenpanzern zur rechten Zeit, um die Produktion am Laufen zu halten. Über die Jahre stieg die Abhängigkeit des Unternehmens von der Rüstungssparte immer weiter an. Machte die Rüstung 1969 acht Prozent vom Gesamtumsatz aus, waren es 1970 zehn, 1974 bereits, 1975 48 und schließlich 1981 51 Prozent.⁶⁶⁷ 1961 lief die letzte Lokomotive, 1963 der letzte Omnibus vom

662 Vgl. Baumann, 175 Jahre Henschel, S. 71 u. 73f; Gottwaldt, Der glücklose Lokomotivenkönig, S. 90 u. 93f.

663 Vgl. Kulla / Vollmer, Panzer aus Kassel, S. 99.

664 Vgl. Baumann, 175 Jahre Henschel, S. 74 u. Kulla / Vollmer, Panzer aus Kassel, S. 99 u. 101. „Auf dem Gebiet der gepanzerten Radfahrzeuge ist Thyssen Henschel der leistungsfähigste Hersteller in der Bundesrepublik Deutschland. Vom Spähpanzer LUCHS baute das Unternehmen insgesamt 408 Stück und vom Transportpanzer FUCHS 996 als Generalunternehmer in Serie.“ Baumann, 175 Jahre Henschel, S. 74.

665 Vgl. Kulla / Vollmer, Panzer aus Kassel, S. 98.

666 Vgl. ebd., S. 106.

667 Vgl. ebd., S. 101 u. 116.

Band.⁶⁶⁸ Die Familie Henschel schied nach einem Vergleichsverfahren aus dem Unternehmen und ein Konsortium übernahm die Führung, das sich mehr auf den Werkzeug- und Schwermaschinenbau sowie Lizenzprodukte aus den USA konzentrierte.⁶⁶⁹ Der Mehrheitseigner Fritz-Aurel Georgen musste seine Anteile nach Betrugsvorwürfen für 100 Millionen DM an die Rheinstahl AG verkaufen. Mehrmals wechselte der Betrieb den Besitzer, zuletzt ging er mit Rheinstahl 1973 in die August-Thyssen-Hütte AG auf, die sich 1976 Thyssen Henschel AG nannte.⁶⁷⁰ Auch die Firma Wegmann aus Kassel war in hohem Maße von der Rüstungssparte abhängig und benötigte immer wieder Folgeaufträge um den Bestand an Mitarbeitern einigermaßen zu sichern.⁶⁷¹

Insbesondere der Hauptkampfpanzer 70 stellte sich als Fehlinvestition dar. Fast alle deutschen Panzerbauer schlossen sich für das Projekt zur Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) zusammen, an der der Rheinstahl 58 Prozent hielt. Bis 1969 waren die Kosten bereits über die Milliarden Grenze geschossen und die Bundesrepublik samt Konsortium mit 500 Millionen beteiligt.⁶⁷²

Die meisten Geschütze für die deutschen Kampffahrzeuge stammten von Rheinmetall. Entscheidend für deren Aufstieg war das Press- und Ziehverfahren für nahtlose Rohre von Heinz Erhardt, der die Firma 1889 unter dem Namen Rheinische Metallwaren und Maschinenfabrik AG in Düsseldorf-Derendorf gründete. Bereits 1898 baute er eine 7,5 cm Feldkanone, das erste felddiensttaugliche Rohrücklaufgeschütz der Welt. Im Ersten Weltkrieg versorgte die Firma Heer, Luftwaffe und Marine mit Munition, Waffen, Kanonen, Haubitzen, Mörsern, Flugabwehrkanonen, Schiffs- und U-Bootgeschützen sowie Flugzeugen. Nach der Demontage lief 1920 die Zivilproduktion von Lokomotiven, Waggons und diversen Maschinen an.

Sein militärisches Programm verbreiterte der Konzern ab 1936 durch die Vereinigung mit Borsig erheblich. Zum Portfolio gehörten nun Panzer, Mörser, Munition, Geschütze aller Art, darunter auch KARL und THOR, 54 und 60 cm Geschütze, nach Kaliber die größten als komplette Einheit transportierbaren Geschütze der Welt. Darüber hinaus fand die Entwicklung von Boden – Boden Lenkkörper statt. Die Mitarbeiterzahlen verzehnfachten sich von 1914 bis 1945 von 8000 über 48000 1918 auf 80000 Mann.⁶⁷³

668 Vgl. Natz, Einleitende Bemerkungen, S. 16.

669 Vgl. ebd.

670 Vgl. Gottwaldt, Der glücklose Lokomotivenkönig, S. 97 u. Kulla / Vollmer, Panzer aus Kassel, S. 99f.

671 Vgl. ebd., S. 42, 44 u. 59.

672 Vgl. ebd., S. 101.

673 Vgl. Rheinmetall. Porträt eines Unternehmens der Wehrtechnik, in: SOLDAT UND TECHNIK 12 (1970), S. 706-711 u. 745, hier: 706f.

Bis 1956 unterlag Rheinmetall einem strikten Produktionsverbot. Erst danach erfolgte der Wiederaufbau des Werksgelände in Düsseldorf, das in Schutt und Asche lag. Erst nach und nach konnte durch ehemalige Mitarbeiter eine Kernmannschaft aufgebaut werden, die die Produktion wieder ermöglichte. Ab 1958 erfolgte die Herstellung des MG 42 bzw. MG 3 und danach in Lizenz die der 20 mm Kanone MK 20-10 von Hispano Suiza als HS 820, später kam das Sturmgewehr G 3 dazu.

Zeitlich erlebte das Unternehmen aber auch eine Diversifikation. Rheinmetall eignete sich Entwicklungs- und Fertigungskapazitäten auf dem Gebiet der Elektronik, der Wehrtechnik und dem Maschinenbau an. Gleichwohl blieb die Wehrtechnik bei Rheinmetall wichtig für die NATO und die Bundeswehr bei der Herstellung von Waffensystemen und Munition. Eigene Forschungs- und Entwicklungsstätten sowie ein eigenes Testgelände in der Lüneburger Heide bei Unterlüß wurden erbaut.

Das wehrtechnische Portfolio reichte vom MG 3 über die Maschinenkanone 20 Rh 202, der Hauptbewaffnung für den MARDER bis hin zu Turmsystemen des LEOPARD für die Bundesrepublik, Belgien, Holland und Norwegen. Darüber hinaus stammte die komplette Waffenanlage des Kanonenjagdpanzers mit Bordkanone 90 mm in Kugelblende und achsparallelen Blenden- und Fla-MG von Rheinmetall ebenso wie die Waffenanlage der Panzerhaubitze M 109 G.⁶⁷⁴

Wie bereits im vorherigen Kapitel angesprochen war Alfried Krupp nach dem Kriegsende bereit, von der Rüstungsproduktion Abstand zu nehmen. „Das absolute Nein zur Rüstung gilt allerdings nur für die Krupp-Stammbetriebe – und auch da nur für die Endfertigungen.“⁶⁷⁵ In der Nachkriegszeit machte das hochtechnisierte Militär eine Trennung zwischen Kriegs- und Friedensmaterial quasi unmöglich. Die im Krieg zerstörte und später wieder aufgebaute Krupp-Schmiede Remscheid war beispielsweise in der Zeit nach 1945 die größte Gelenkschmiede Europas und hatte viele Konzerne als Kunden, die auch für das Militär produzierten.⁶⁷⁶ Darunter war mit der MAK Kiel auch ein Unternehmen, dass zunächst zum Krupp-Konzern gehörte, bevor es an Friedrich Flick ging, und an der Produktion des LEOPARD 1 und des Bergepanzers beteiligt war.⁶⁷⁷

674 Vgl. ebd., S. 707f u. 710f.

675 Frank Stenglein, Krupp. Höhen und Tiefen eines Industrieunternehmens (Wir in Nordrhein-Westfalen Unsere gesammelten Werke Band 88), überarb. und aktual. Neuauflage Essen 2009, S. 219.

676 Vgl. Schmidt, BSI-DEW-ThyssenKrupp, S. 74f u. 107. Ab 1964 gab es wieder eine breitere Aufstellung durch Dr. Voigtländer als technischem und Dr. Holtschmid als kaufmännischem Leiter. Voigtländer war vorher Leiter der Schmiede von Henschel und setzte mehr auf Rüstung insbesondere Flugzeugturbinen. Vgl. dazu ebd., S. 108.

677 Vgl. Harold James, Krupp. A history of the legendary german firm, Princeton 2012, S. 247.

Krupp geriet nach 1961 wie Borsig, Henschel und Krauss- Maffei in finanzielle Probleme, die letztendlich nur durch die Gründung der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung in den Griff bekommen wurden, die es ermöglichte, die Einheit des Unternehmens zu erhalten.⁶⁷⁸ Die Politik stellte sich vor die deutschen Unternehmen, so Bundespräsident Theodor Heuß beim 150-jährigen Firmenjubiläum von Krupp.⁶⁷⁹

Betrachtet man die Firmen, die an der Produktion der ersten deutschen Fahrzeuggeneration nach dem Krieg beteiligt waren, werden zwei Punkte deutlich. Einerseits ist auffällig, dass sie alle wegen ihrer wirtschaftlichen Lage in mehr oder weniger großem Umfang von Rüstungsaufträgen abhängig waren und sich somit bereitwillig zur Verfügung stellten.

Andererseits muss festgehalten werden, dass alle diese Rüstungsbetriebe bereits aus der Zeit vor 1945 eine hohe Expertise im Panzer- und Fahrzeugbau mitbrachten und über die entsprechenden Fachkräfte für Entwicklung und Produktion verfügten. „Bis Mitte der sechziger Jahre war die personelle und materielle Grundausrüstung der Bundeswehr abgeschlossen, es existierte eine nationale industrielle Basis für die Rüstungsproduktion.“⁶⁸⁰

So gelang es Mitte der 1960er Jahre eine neue Waffengeneration mit LEOPARD 1, dem Kanonen-, dem Raketenjagdpanzer und Panzerhaubitze 155 mm M 109 G an der Spitze ins Leben zu rufen.⁶⁸¹ Zusammen mit dem MARDER wurden sie oftmals als „Stolz der heranwachsenden Industrie“⁶⁸² bezeichnet.

Der Leiter der Abteilung Wehrtechnik im Bundesverteidigungsministerium, Ministerialdirektor Dr.-Ing. Karl Fischer würdigte den großen Anteil der Industrie bei der Panzer-Entwicklung explizit: „Ohne die Tätigkeit, die breite Mitarbeit und den vollen Einsatz vieler Konstruktions- und Fertigungsstätten der Industrie wäre das vorgestellte Ergebnis nicht möglich gewesen.“ Seit den ersten Überlegungen für einen Standardpanzer 1957 habe die Industrie diese begleitet. „Im Rückblick auf die Entwicklung kann heute gesagt werden, daß sie nicht nur den Streitkräften neue moderne Panzer brachte sondern auch der Industrie viele Anregungen und Initiativen sowohl auf allen Gebieten des Motoren- und allgemeinen Maschinenbaus als auch der Optik und der

678 Vgl. James, Krupp. A history of the legendary german firm, S. 256 u. 262.

679 Vgl. Stenglein, Krupp, S. 222.

680 Bielfeldt / Schlotter, Die militärische Sicherheitspolitik, S. 65.

681 Vgl. Blume, Die Anfangsjahre des Heeres 1956 – 1966, S. 5.

682 Rolf Abresch / Rolf-Jürgen Lützow, Vom M47 zum Leopard 2. Die Ausrüstung des Heeres, in: SOLDAT UND TECHNIK 8 (1995), S. 478-505, hier: S. 480.

Fernmeldetechnik gab.“⁶⁸³ Lob für die neuen deutschen Fahrzeuge gab es auch von der Fachpresse. „Damit hat die deutsche Industrie in enger Zusammenarbeit mit den Erprobungs- und Versuchsstellen der Bundeswehr ihre große Tradition im Panzerbau aufgenommen und ihre Leistungsfähigkeit durch ein hervorragendes Baumuster erneut unter Beweis gestellt.“⁶⁸⁴ Friedrich Zimmermann (CSU), Mitglied im Verteidigungsausschuss war ähnlicher Meinung. „Der Weg, den unsere Rüstungspolitik zusammen mit der Verteidigungswirtschaft bisher in Richtung auf die Entwicklung und Produktion einzelner Waffensysteme behutsam gegangen ist, scheint mir im ganzen richtig zu sein. Mein Bekenntnis zu einer nationalen Rüstungsindustrie sollte man aber nicht verwechseln mit der Forderung nach nationaler Rüstungsautarkie.“⁶⁸⁵

Gerade der Aufbau in und nicht außerhalb des Bündnisses war für die deutsche Rüstungsindustrie von eminenter Bedeutung. Der Export florierte. In fast allen Bereichen hatte die Bundesrepublik Mitte der 1960er Jahre auf das Weltmarktniveau aufgeschlossen.⁶⁸⁶ „Die wohl wichtigste Anschaffung im Rüstungsbereich war [dabei] der in Deutschland gebaute Kampfpanzer Leopard, der den Ruf des Landes als einer exzellenten Waffenschmiede wiederherstellte.“⁶⁸⁷ Alleine Belgien beschaffte 350 Kampfpanzer, weitere Nutzerstaaten folgten.⁶⁸⁸ „Anfang der 70er Jahre hatte sich eine originär deutsche Rüstungsindustrie herausgebildet. Die beteiligten Behörden und Firmen hatten erste Erfahrungen mit multinationalen Kooperationen vornehmlich im europäischen Rahmen sammeln können.“⁶⁸⁹ Der Weg der Beschaffung eines Waffensystems in mehreren NATO-Ländern, egal ob bi- oder multilateral oder auch von einem Land entwickelt, setzte sich in vielen Sektoren der Bewaffnung durch. Finanzielle und Gründe der Effizienz sowie der Standardisierung gaben dafür den Ausschlag.⁶⁹⁰

683 Karl Fischer, Die neuen deutschen Panzerentwicklungen serienreif. Standardpanzer und Kanonenjagdpanzer entsprechen allen Anforderungen, in: SOLDAT UND TECHNIK 9 (1963), S. 481f.

684 Der „Leopard“. Deutsche Version des europäischen Standardpanzers, in: SOLDAT UND TECHNIK 8 (1963), S. 426-428, hier: S. 426.

685 Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 21.

686 Vgl. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 152; Rüstungsausgaben und Wirtschaftsentwicklung, S. 5 u. Schreckliche Erfahrungen. Panzer 70, in: DER SPIEGEL vom 16.10.1967 (Nr. 43/1967), S. 32-34.

687 Large, Die deutsch-amerikanische Verteidigungspartnerschaft, S. 336. Die deutsche Rüstungsindustrie genoss wieder hohes Ansehen, hatte aber permanent mit finanziellen Kompromissen zu leben. Kürzung Wehretat nicht gut! Immer zu Lasten der Forschung und Entwicklung! „Ich bedaure diese Wehretatkürzung umso mehr, als gerade in jüngster Zeit die deutsche Wehrwirtschaft überzeugende Beweise ihrer Leistungsfähigkeit abgelegt hat. Der Leopardpanzer, die Entwicklung des Senkrechters, die führende Rolle in der Laser-Strahlen-Forschung [...] sind eine Bilanz, die sich sehen lassen kann.“ Jahn, Wehrpolitik und Rüstung, S. 210.

688 Vgl. Panzerexporte, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 1 (1968), S. 16.

689 Kollmer, Zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 172.

690 Als positives Beispiel der Kooperation innerhalb der NATO mögen ROLAND und GEPARD genannt werden. Das Chassis stammte jeweils vom deutschen Kampfpanzer LEOPARD 1. Die Waffen des

III.3 Gemeinsame Rüstungsentwicklung – bi- und trilaterale Kooperation: der LEOPARD 1 und der Kampfpanzer 70

Anders als in der Vergangenheit wurde mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Entstehen der großen Machtblöcke um die Vereinigten Staaten von Amerika auf der einen und um die Sowjetunion auf der anderen Seite versucht, Rüstungsbeschaffung in Kooperation durchzuführen. Dies konnte bedeuten, dass ein Land ein Waffensystem entwickelte und an andere Staaten exportierte oder zwei und mehr Staaten eine bi- oder multilaterale Partnerschaft wagten, um ein Rüstungsgut serienreif zu machen.⁶⁹¹

Gerade der Warschauer Pakt unter sowjetrussischer Führung verstand es außerordentlich gut, schnell und kostengünstig zu produzieren. Dabei wurden einfach handhabbare, robuste Produkte entwickelt. Beispielhaft seien hier die Panzer in der Tradition des T 34 und die Schützenpanzer der BMP-Reihe genannt.⁶⁹²

Die Entwicklung jenseits des Eisernen Vorhangs vor Augen, angesichts der steigenden Kosten für die Entwicklung von Waffensystemen, den beschränkten Haushaltsmitteln und den großen Synergieeffekten bei einheitlichen Waffensystemen waren die europäischen Länder an gemeinsamen Projekten nicht nur interessiert, sondern im Grunde genommen darauf angewiesen.⁶⁹³ Die Staaten drängten die Unternehmen geradezu auf internationaler Ebene zusammenzuarbeiten.⁶⁹⁴ „Rüstungskoooperation ist für alle Mitglieder der Allianz eine Chance, wirtschaftliche, technologische, außenpolitische und finanzielle Bedingungen mit den jeweiligen verteidigungspolitischen Zielen [...] in Übereinstimmung zu bringen.“⁶⁹⁵

Oftmals scheiterten solche Versuche aber, denn es gibt eine Reihe von Hindernissen für derartige Kooperationen. Zunächst ist die Ausrüstung der jeweiligen Streitkräfte eine nationale Sache, militärische Anforderungen können unterschiedlich sein, auch wenn mit der NATO STANAG eine Vereinheitlichung des Materials zu erreichen versucht wurde.⁶⁹⁶ Zweitens waren die Termine, wann ein Waffensystem aus Altersgründen

ROLAND 1 und 2 kamen aus der Zusammenarbeit mit Frankreich, die 35 mm GEPARD-Zwillingsflugabwehrkanone aus der Schweiz. Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 86.

691 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 96-100.

692 Vgl. ebd., S. 94f.

693 Vgl. Kollmer, „Nun siegt mal schön“, S. 401 u. 411; ders., Zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 170f u. 173; Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 21.

694 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 521.

695 Hilmar Linnenkamp, Rüstungsplanung und Rüstungspolitik, in: Sonntag, Philipp (Hrsg.): Rüstung und Ökonomie (Aroldshainer Schriften zur Interdisziplinären Ökonomie Band 3), Frankfurt am Main 1982, S. 33-47, hier: S. 36.

696 Vgl. ausf. Abelshauser, Wirtschaft und Rüstung, S. 82f.

ersetzt werden musste, international unterschiedlich. Hinzu kam die jeweilige wirtschaftliche Situation, teilweise gab es rüstungstechnische Überkapazitäten mit Auslastungsproblemen in einigen Ländern. Eine unterschiedliche Rechtslage und Gesetze spielten genauso eine Rolle wie nationale Vorurteile oder Traditionen.⁶⁹⁷ Die Gefahr eines immensen Zeitverlustes durch eine Kooperation mit mehreren Ländern war und ist bis heute virulent.⁶⁹⁸

Dennoch führte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kein Weg daran vorbei. „Die Zusammenarbeit der europäischen Länder auf dem Gebiet der Verteidigungsindustrie ist ein unvermeidbarer Vorgang, der mit dem technischen Vorschrift in Verbindung steht und der politischen Entwicklung ausgesetzt ist. Sie ist zu einer Notwendigkeit geworden, die diktiert wird von den wachsenden Kosten der Forschung, der Abnahme der Fabrikserien infolge des zunehmenden Wirkungsgrades pro Einheit der neuen Waffensysteme, sowie den Einschränkungen der Verteidigungshaushalte.“⁶⁹⁹

Trotz aller Vorteile ging es bei der gemeinsamen Rüstung nicht allein um Effizienz und das Sparen von Kosten. Gerade die im Aufbau befindliche Rüstungsindustrie und die Bundeswehr sollten über Zusammenarbeit in die EVG bzw. dann in die NATO integriert werden, um sie zu kontrollieren.⁷⁰⁰ Frankreich war daran sehr interessiert, die Bundesrepublik möglichst eng an sich zu binden, nicht zuletzt um gegen die USA ein europäisches Gegengewicht zu bilden. „Kontrolle durch Einbindung“ war die Devise.⁷⁰¹ Mit den Vereinigten Staaten verband Westdeutschland seit 1945 eine äußerst enge Partnerschaft, die den Franzosen in manchen Bereichen ein Dorn im Auge war. Bis in die 1960er Jahre war die Rüstungskoooperation in der NATO immer ein Stück weit politisch geprägt.⁷⁰²

697 Vgl. Fischer, Aktuelle Probleme der Wehrtechnik u. Linnenkamp, Rüstungsplanung und Rüstungspolitik, S. 36f.

698 Vgl. Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 22.

699 M. Mesnet, Grenzen und Möglichkeiten der Europäischen Verteidigungsindustrie, in: WEHRKUNDE 5 (1971), S. 225-230, hier: S. 229.

700 Vgl. Kollmer, Zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 172.

701 Harald Bauer, Die autonome Sicherheitspolitik Frankreichs und ihre industriellen Konsequenzen, in: Karl, Wilfried (Hrsg.): Rüstungskoooperation und Technologiepolitik als Problem der westeuropäischen Integration, Opladen 1994, S. 175-230, hier: S. 216.

702 Vgl. ebd., S. 215; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 570f; Rohde, Der Transfer amerikanischer Militärtechnologie nach Deutschland, S. 267; Florian Seiller „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“? Die Anfänge der deutsch-französischen Rüstungskoooperation im konventionellen Bereich, in: MILITÄRGESCHICHTLICHE ZEITSCHRIFT 67 (2008), S. 53-104, hier: S. 54. Für die Kooperation zwischen der Bundesrepublik vgl. ausf. Abelshauser, Wirtschaft und Rüstung, S. 84f. Für die europäische Zusammenarbeit vgl. ausf. David Burigana, La coopération en matière de production d'armements en Europe. Évolutions et débats des années 1950 à nos jours, in: Wassenberg, Birte / Faleg, Giovanni / Mlodecki, Martin W. (Hrsg.): L'OTAN et l'Europe. Quels liens pour la sécurité et la défense européenne? Brüssel 2010, S. 53-74, hier: S. 59-61 u. Kollmer, „Nun siegt mal schön“, S. 414.

„Es gab Formen einschlägiger Zusammenarbeit mit einzelnen Bündnispartnern wie Frankreich oder Italien. Diejenigen, die von Beginn meiner Amtszeit an ein besonderes Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit uns zeigten waren die Franzosen. Sie hatten vor allem eine Beteiligung an der Ausrüstung der Bundeswehr im Auge, wobei auch einige recht privatwirtschaftliche Sonderwünsche französischer Politiker mit im Spiel waren.“⁷⁰³

Erster Höhepunkt der europäischen Kooperationsversuche, die auch von Bundeskanzler Konrad Adenauer, Verteidigungsminister Franz Josef Strauß und dem französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet unterstützt wurden, waren 1957/1958 die trinationalen Verhandlungen zwischen Westdeutschland, Italien und Frankreich (FIG-Staaten) über die gemeinsame Entwicklung konventioneller und atomarer Waffen.⁷⁰⁴ Nach dem Bekanntwerden des Radford-Planes und der doppelten Bündniskrise von Suez und Budapest wollte Frankreich in vollem Umfang an der Atomwaffe im Rahmen der NATO partizipieren.⁷⁰⁵ Gerade nach dem Sputnik-Schock wurden die Forderungen nach einer Erneuerung der NATO immer lauter.

Der Vertragsentwurf vom 21. Januar 1958 sah eine gemeinsame Nutzung und Erforschung der Kernenergie vor. Westdeutschland und Frankreich sollten je 45 Prozent, Italien 10 Prozent der Kosten übernehmen. Am 7. April 1958 paraphierten die Verteidigungsminister den Vertrag über die trilaterale Kooperation. Die Sprachregelung sah keinen juristischen Vertrag, sondern ein Protokoll einer Entente vor.⁷⁰⁶ Dies stieß auf den Widerstand der USA. Frankreich war sogar bereit, den Bau selbst zu entwickeln und Italien sowie die Bundesrepublik zu beteiligen, wozu man in Westdeutschland grundsätzlich bereit war. Jedoch wurde Befürchtungen laut, dass die USA ihr Engagement in Europa einschränken würden.⁷⁰⁷

London und Washington waren verständlicherweise von den französischen Plänen alles andere als begeistert. Nach dem Machtwechsel hin zu de Gaulle wurde der nicht internationale Vertrag der drei Länder für nichtig erklärt. Als die atomare Zusammenarbeit wieder aufgenommen werden sollte, hatten sich die USA und die

703 Strauß, Die Erinnerungen, S. 310. Vgl. für die mannigfaltigen Initiativen deutsch-französischer Rüstungskoperation ausf. Abelshauser, Wirtschaft und Rüstung, S. 32-36.

704 Vgl. ebd., S. 47; Kollmer, Zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 160 u. 168; David S. Yost, Franco-German Defence Cooperation, in: Szabo, Stephan F. (Hrsg.): The Bundeswehr and Western Security, London 1990, S. 217-247, S. 218.

705 Vgl. Abelshauser, Wirtschaft und Rüstung, S. 36f.

706 Vgl. ebd., S. 44f.

707 Vgl. ders., Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 256. Die geplante Nuklearkooperation in den Jahren 1956-1958 ist sehr gut untersucht, der konventionelle Bereich der Überlegungen dagegen nicht. Vgl. dazu Seiller, „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“?, S. 55.

Bundesrepublik bereits geeinigt. Eine gemeinsame europäische Atommacht war damit obsolet.⁷⁰⁸ Der zwischen Frankreich und der Bundesrepublik geschlossene Elysée-Vertrag von 1963 vertiefte dennoch die Freundschaft zwischen beiden Ländern, obwohl entgegen dem französischen Wunsch in der vom Bundestag beschlossenen Präambel des Vertrages unter Druck der Transatlantiker in der CDU um Außenminister Gerhard Schröder ausdrücklich die Vertiefung der Beziehungen zu den USA und Großbritannien hervorgehoben wurde.⁷⁰⁹

Neben auswärtigen Angelegenheiten sowie Erziehungs- und Jugendfragen war der Bereich Verteidigung sehr wichtig:⁷¹⁰ „B. Verteidigung I. Auf diesem Gebiet werden nachstehende Ziele verfolgt: 1. Auf dem Gebiet der Strategie und Taktik bemühen sich die zuständigen Stellen beider Länder, ihre Auffassungen einander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen. [...] 3. Auf dem Gebiet der Rüstung bemühen sich die beiden Regierungen, eine Gemeinschaftsarbeit vom Stadium der Ausarbeitung geeigneter Rüstungsvorhaben und der Vorbereitung der Finanzierungspläne an zu organisieren. Zu diesem Zweck untersuchen gemischte Kommissionen die in beiden Ländern hierfür betriebenen Forschungsvorhaben und nehmen eine vergleichende Prüfung vor.“⁷¹¹ Der Vertrag bildete die Grundlage für die jahrzehntelange Freund- und Partnerschaft der beiden wichtigsten Staaten Mitteleuropas.

Auch wenn die atomare Kooperation scheiterte, so gab es schon aus der Zeit vor dem Elysée-Vertrag Ergebnisse der Kooperation zwischen den beiden Ländern. Ende der 1950er Jahre waren einige Entwicklungs-, Erprobungs-, und Fertigungsprojekte -, „die zum Teil im trilateralen Rahmen, zum Teil unter dem Dach deutsch-französischer Firmengemeinschaften anliefen.“⁷¹² Dabei stellten Heeresoffiziere der drei Länder fest, dass sie sehr ähnliche Ansichten über den Kampfpanzer der Zukunft hatten. Sie formulierten gemeinsame Militärische Forderungen und gaben sie an die zuständigen nationalen Stellen weiter.⁷¹³ Beim Schützenpanzer kam es zu keinen Gesprächen, da

708 Vgl. Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 257; Kollmer, Zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 166f.

709 Vgl. Strauß, Die Erinnerungen, S. 416; Yost, Franco-German Defence Kooperation, S. 219. „Insbesondere einer engen Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika“ und „die Einigung Europas auf dem durch die Schaffung der europäischen Gemeinschaften begonnenen Weg unter Einbeziehung Großbritanniens“. Der Elysée-Vertrag, in: Auswärtiges Amt (Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dokumente von 1949 bis 1994, Köln 1995, S. 275-278, hier: S. 279.

710 Frankreich hatte ganz besonderes Interesse die Bundesrepublik militärisch mit dem Elysée-Vertrag einzubinden. Vgl. dazu Bauer, Die autonome Sicherheitspolitik Frankreichs, S. 216.

711 Der Elysée-Vertrag, S. 277.

712 Abelshauser, Wirtschaft und Rüstung, S. 86. Vgl. außerdem Seiller, „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“, S. 54.

713 Vgl. Abelshauser, Wirtschaft und Rüstung, S. 86; Forderungen an den modernen Panzer, in: SOLDAT UND TECHNIK 2 (1958), S. 77. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 571; Rohde, Der Transfer

seine Einsatzform in der Bundeswehr NATO-weit singulär war. Gerade für die deutsche Seite war eine Zusammenarbeit mit Frankreich von Vorteil. Die französische Industrie war im Panzerbau der Nachkriegszeit den angelsächsischen Modellen weit voraus, insbesondere durch den schweren Panzerentwurf AMX 50 und diverse Prototypen der 40 Tonnen Klasse. Nicht zuletzt die in Frankreich beschäftigten deutschen Ingenieure aus der Kriegszeit leistet dazu ihren Beitrag.⁷¹⁴

Insbesondere die Verbindung von hoher Geschwindigkeit und starker Bewaffnung bei annehmbarem Gewicht und Beweglichkeit imponierte den deutschen Heeresplanern, die um die Stärke der sowjetischen Modelle T 54 und T 55 wussten.⁷¹⁵ „Auch in ihrer äußeren Form und ihren Dimensionen liegen die französischen Modelle besser als die Angloamerikaner“⁷¹⁶ In die Zusammenarbeit im Panzerbau wurden von allen Seiten große Hoffnungen gesetzt.⁷¹⁷

Das Projekt war ambitioniert und nicht einfach umzusetzen. Noch nie gab es bis dato eine trilaterale Entwicklung eines Waffensystems innerhalb der NATO.⁷¹⁸ Die genaue Kostenteilung und die Federführung der Projektentwicklung gestalteten sich schwierig. Die Exportbeschränkungen der Bundesrepublik waren ebenso Thema der gemeinsamen Gespräche. Unter Umständen wäre der Fall, dass ein Land Interesse am Standardpanzer bekundet hätte, aber die Bundesrepublik nicht liefern durfte.⁷¹⁹

1957 vereinbarten die beiden Länder verbindlich, den Kampfpanzer gemeinsam zu entwerfen, 1958 stieß Italien dazu und die Forderungen wurden trilateral abgestimmt. Zwei deutsche und eine französische Entwicklungsgruppe begannen mit der Entwicklung, die dritte deutsche Arbeitsgruppe unter Leitung der Firma Borgward kam über das Reißbrett nicht hinaus.⁷²⁰

amerikanischer Militärtechnologie nach Deutschland, S. 263 u. Wüst, LEOPARD Symbol eines umfassenden Waffensystems, S. 24.

714 Vgl. Seiller, „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“, S. 83.

715 Das Kampfpanzerprojekt voranzutreiben war im Nachhinein als Antwort auf die sowjetischen Modelle die richtige Entscheidung. Amerikanische Experten stellten dem LEOPARD gegenüber dem T 55 eine sehr gute Bewertung aus. Vgl. dazu Standardpanzer ging durchs Ziel, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 7 (1963), S. 263.

716 „Schnell - Beweglich - Feuerstark“, S. 43.

717 Vgl. Zerbel, Heeresaufbau in der Endphase, S. 277.

718 Die NATO hatte mit einer Reihe von Rüstungsproblemen zu kämpfen. Erstens die technische Komplexität der Waffensysteme, zweitens Monopol Tendenzen in einigen Staaten für ihre Rüstungskonzerne, die kaum Wettbewerb zuließen und die Firmen bei deren Außenhandelsgeschäften protegierten, drittens eine Technologiepolitik, die ausländische Anbieter oft verhinderte und viertens oftmals eine Beschaffungspolitik ohne echten Wettbewerb. Vgl. dazu Köppl, Rüstungsmanagement und Verteidigungsfähigkeit, S. 134.

719 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 101-103.

720 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 344. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 40f; Seiller, „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“, S. 84. Zeitgleich fanden auch die Absprachen über die gemeinsame Entwicklung des Transportflugzeuges C 160 Transall statt. Vgl.

Das Protokoll über die Sitzung des Unterausschusses Heer zur deutsch-französischen Zusammenarbeit vom 6. und 7. Mai 1957 gibt Aufschluss über die konkreten Vorstellungen der anwesenden Ausschussmitglieder. Gleich zu Beginn kam die Sprache auf den Standardpanzer.⁷²¹ Wie viele verschiedene Aspekte dabei zu beachten waren, verdeutlicht die Bemühung grundlegende Begriffe zu definieren. Zunächst wurde das Gefechtsgewicht festgelegt. Die Deutschen schlugen vor, dass darunter „volle Kraftstoffbehälter, sämtliche Munition, notwendiges Zubehör und Werkzeug, jedoch ohne Besatzung u. ohne Ersatzteile [zu verstehen sei].“⁷²² Die Franzosen stimmten diesem Vorschlag zu.

Die Besatzung sollte aus vier Mann bestehen, der Panzer maximal 2,20 Meter hoch sein.⁷²³ Über die Breite entstand ein Diskurs, da die Franzosen mehr Munition mitführen wollten und daher mit 3,25 Meter 10 Zentimeter mehr veranschlagten als die deutsche Delegation.⁷²⁴ Die Entscheidung darüber wurde vertagt.

Die allgemeinen Anforderungen waren vielfältig. Um die Fahrzeuge im Gefecht und in Feuerpausen einsatzbereit zu halten, wurde die „leichte und schnelle Austauschbarkeit aller Hauptbestandteile (Motor, Getriebe, usw.)“⁷²⁵ gewünscht.

„Eine Vorpanzerung gegen Hohlladungen war vorgesehen. Die französische Delegation war jedoch der Meinung, daß diese Forderung eine Erhöhung des Gewichts und eine Herabsetzung der Beweglichkeit nach sich ziehen würde.“⁷²⁶ Daher wurde die Forderung fallen gelassen. „Die Vorpanzerung sei keine glückliche Lösung. Die französische Delegation bezweifelte die Wirksamkeit der Vorpanzerung: der Panzer würde dadurch nur schwerer und breiter.“⁷²⁷

Zum Schutz gegen Brandgeschosse und Molotov-Cocktails war ein „feuersicherer Tarnanstrich“⁷²⁸ Bestandteil der Planungen. Darüber hinaus durften „alle wesentlichen Teile [...] nicht entflammbar sein“⁷²⁹. Ein Schutz gegen magnetische und andere

dazu Vortrag über die gemeinsame deutsch-französische Beschaffung des mittleren Transportflugzeuges „Transall C160“ durch Ministerialdirektor Gumbel, 82. Kabinettsitzung (4. Wahlperiode) vom 03. Juli 1963 (online unter:

http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0001/k/k1963k/kap1_2/kap2_27/para3_12.html?

Zuletzt aufgerufen am 01.11.2014).

721 Vgl. Protokoll über die Sitzung der deutsch-französischen Zusammenarbeit Unterausschuss Heer (Arbeitsgruppe „Panzer“) vom 6. und 7.05.1957, BA-MA – BW 1 / 452528, S. 1.

722 Ebd.

723 Vgl. ebd., S. 1 u. 3.

724 Vgl. ebd., S. 1f.

725 Ebd., S. 2.

726 Ebd., S. 4.

727 Ebd.

728 Ebd., S. 2

729 Ebd., S. 3.

Haftladungen war vorgesehen.⁷³⁰ Den Schutzanstrich gegen Infrarot und Radarstrahlen verwies man an Experten. „Die Delegationen waren sich darin einig, dieses Problem den chemischen Laboratorien zu überlassen, da es mit der Konstruktion des Panzers nichts zu tun habe.“⁷³¹

Beim Motor strebten „alle Techniker [...] als Antriebsmotor die Turbine an.“⁷³² Erst später entschied sich die deutsche Seite für den bewährten Diesel- bzw. den in der Entwicklung befindlichen Vielstoffmotor. Beide Delegationen einigten sich auf folgende Formulierung: „Erwünschte Bedingungen: eine luftgekühlte, möglichst raumsparende und leichte Kraftquelle mit ausreichender Lebensdauer (mindestens 300 Betriebsstunden).“⁷³³ Der Zielgenauigkeit wurde hohe Bedeutung zugemessen. „Die französische Forderung verlangt die Möglichkeit, feindliche Ziele bereits mit dem ersten Schuß zu vernichten.“⁷³⁴

Für die Franzosen war vor allem der Kampf unter atomaren Bedingungen von hoher Bedeutung. „Dem ABC-Schutz wurde besonderer Wert beigemessen. Durch zweckmäßige Gestaltung des Kampfraumes und durch den Einbau einer Schutzbelüftungsanlage wurde der Besatzung die Möglichkeit gegeben, auch bei atomarer Verseuchung einen 24-Stunden-Kampftag, ohne den Panzer verlassen zu müssen, zu überstehen.“⁷³⁵ Die weiteren wichtigen Baugruppen wurden ebenso abgesprochen.⁷³⁶

Alle drei Konsortien fertigten zeitnah ihre ersten Holzmodelle und Prototypen. Die Entwicklungskosten trug die Bundesrepublik Deutschland vollständig.⁷³⁷ Von Beginn an war die Zusammenarbeit nicht störungsfrei. Das trilaterale Militärkomitee wurde ab 1960 immer lethargischer. Italien hatte bei der Kampfpanzerentwicklung mehr und mehr nur die Rolle eines Beobachters und nahm bei Streit zwischen den anderen beiden Staaten oftmals die Vermittlerrolle ein.⁷³⁸

Die Situation wurde über die Jahre immer verworrener. Dazu kam, dass die Bundesrepublik den Kampfpanzer so schnell wie möglich zur Serienreife bringen wollte. Am 27. März 1962 reisten daher Ministerialdirigent Frahm und Brigadegeneral Becker zu General Leveque, dem Kabinettschef von General Lavaud, um über die Entwicklung

730 Vgl. ebd.

731 Ebd.

732 Ebd., S. 4.

733 Ebd.

734 Ebd., S. 12.

735 Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 12f.

736 Vgl. Die Kampfpanzer der 30-t-Klasse. Ein Überblick über den gegenwärtigen Stand der Technik Begriffsbestimmungen, in: SOLDAT UND TECHNIK 7 (1963), S. 372-376, hier: S. 376.

737 Vgl. ausf. Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 13f.

738 Vgl. Seiller, „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“, S. 82.

des Kampfpanzerprojektes zu sprechen.⁷³⁹ Der Abteilungsleiter Wirtschaft des Bundesverteidigungsministeriums, Ministerialdirektor Dr. Knieper erstattete dem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß darüber Bericht. Darin teilte er mit, dass „das französische Verteidigungsministerium [...] sich nicht in der Lage [sah], im augenblicklichen Zeitpunkt sich für die Einführung unseres Modells des Standardpanzers zu entscheiden.“⁷⁴⁰

In Frankreich fand Anfang der 1960er Jahre ein Prioritätenwechsel von der konventionellen hin zur atomaren Rüstung statt. Der Panzerbau hatte nicht mehr dieselbe Dringlichkeit wie in der Bundesrepublik. Ein funktionierendes Fahrzeug der französischen Arbeitsgruppe war weit und breit nicht in Sicht. „Wenn jetzt mit der Produktion dieses Typs begonnen werde, befürchte man erhebliche Schwierigkeiten. In Frankreich könnten diese Schwierigkeiten politische Auswirkungen haben. [...] Die französische Seite hält eine gemeinschaftliche Entscheidung über einen einheitlichen Typ frühestens Mitte 1963 für möglich.“⁷⁴¹ Obwohl die Franzosen keine wirklichen Ergebnisse vorweisen konnten, war ihre militärische Führung „von den [angeblich] größeren Vorzügen des französischen Typs überzeugt.“⁷⁴²

Dennoch hatte „die französische Seite [...] Verständnis dafür, daß wir unter Zeitdruck stehen und mit der Entscheidung über einen einheitlichen Typ nicht bis mindestens Mitte 1963 warten können.“⁷⁴³ Erstmalig war in diesem Bericht die Rede davon, den Panzer getrennt einzuführen. „Wenn wir jetzt mit der Produktion des deutschen Typs beginnen würden, würde dadurch das gute Einvernehmen zwischen beiden Ministerien nicht beeinflußt werden.“⁷⁴⁴

Die Tatsache, dass die französische Seite keinerlei Anstalten machte, eine getrennte Fertigstellung des Kampfpanzers negativ zu beurteilen deutet darauf hin, dass es aufgrund der Umschichtungen innerhalb des französischen Verteidigungshaushaltes für sie in erster Linie darum ging, ohne Gesichtsverlust das Programm zu einem vernünftigen Ende zu bringen. Dr. Knieper schlug dementsprechend, nicht zuletzt wegen der weit vorangeschrittenen Entwicklung auf deutscher Seite, vor, „auf Grund dieses Ergebnisses der Besprechungen [...] a) Die Produktion des Standardpanzers [...]

739 Vgl. Schreiben des Abteilungsleiters W im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr. Knieper, an Minister Franz Josef Strauß vom 31.03.1962 bezgl. des Standardpanzers, BA-MA - BW 1 / 478303., S. 1.

740 Ebd.

741 Ebd.

742 Ebd.

743 Ebd.

744 Ebd., S. 2.

nunmehr frei[zu]gegeben. Die Tatsache, daß der Panzer noch nicht erprobt ist, wird zu Erschwerungen, Verzögerungen und Verteuerungen der Produktion führen; diese können und müssen in Kauf genommen werden. Die Schwierigkeiten werden nicht ähnlich groß sein wie bei HS 30 und F 104 G.^{“745} Auch eine Teilung der Produktion kam für ihn nicht in Betracht. Die Empfehlung war deutlich: „Es wird nur eine Fertigungsstraße aufgezogen.“⁷⁴⁶

Drei Monate später wollte Dr. Knieper den französischen Verbündeten in einer Vorlage an den Minister doch noch mehr Zeit geben. Der Leiter der Abteilung Technik, Ministerialdirektor Dr.-Ing. Fischer wollte jedoch nicht mitzeichnen. „Die deutschen Panzer befinden sich im Gegensatz zu den französischen Panzern auf großer Breite in einer gründlichen Erprobung. Die bisherigen Erprobungsergebnisse sind durchaus positiv.“⁷⁴⁷ Die Entwickler des französischen Konsortiums nahmen an ihren ersten Fahrzeugen etliche Veränderungen vor. „Die [...] Nullserienfahrzeuge unterscheiden sich nach französischen Angaben grundlegend von den Prototypfahrzeugen. Es ist deshalb sehr unwahrscheinlich, daß zu dem von den Franzosen genannten Termin endgültige Erprobungsergebnisse vorliegen.“⁷⁴⁸

Dieses Faktum widersprach dem vereinbarten gemeinsamen Vorgehen, denn „die deutschen und französischen Panzerbauer hatten die Aufgabe, die Prototypen so rasch zu entwickeln, daß ab Mitte 1963 Serienpanzer ausgeliefert werden könnten. [...] Die deutsche Entwicklung hat diese Forderungen einigermaßen erfüllt. Das Entwicklungsende ist bei den Franzosen noch nicht abzusehen.“⁷⁴⁹

Dr. Fischer bestätigte in seinem Schreiben die Vermutung, dass Frankreich gar nicht mehr an einer zeitnahen Einführung des Kampfpanzers interessiert war. „Ich habe den Eindruck, daß die Franzosen mit ihren derzeitigen Terminangaben lediglich auf Zeitgewinn aus sind.“⁷⁵⁰ Die Bundesrepublik stand demgegenüber bei der NATO in der Pflicht so schnell wie möglich zwölf deutsche Divisionen dem Verteidigungsbündnis zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund machte er sich bei aller Kooperation für eine Wahrnehmung der deutschen Interessen stark. „Deshalb halte ich es für falsch,

745 Ebd.

746 Ebd.

747 Schreiben des Abteilungsleiters T Min Dir Dr.-Ing. Fischer an den Abteilungsleiter W im Bundesverteidigungsministerium, MinDir Dr. Knieper, bzgl. Standard-Panzer Fertigung vom 22.06.1962, BA-MA - BW 1 / 478308, S. 1.

748 Ebd.

749 Ebd.

750 Ebd.

diesen ständigen Terminänderungen nachzugeben.“⁷⁵¹ Das Thema Zusammenarbeit im Bereich Panzer blieb für die deutsche Seite trotzdem virulent. In einer Niederschrift von Dr. Fischer über eine Besprechung der beiden Verteidigungsminister am 1. Oktober 1962 kam neben anderen Projekten wieder der Kampfpanzer zur Sprache.⁷⁵² „Wir haben gebeten, im Hinblick auf unsere Zwangslage zur Erfüllung von NATO-Forderungen hinsichtlich der Ausrüstung unserer mechanisierten Divisionen mit modernem Gerät den Termin von Frankreich nochmals überprüfen zu lassen.“⁷⁵³ Als Zeitpunkt zur gemeinsamen Auswertung von Panzerversuchen war ursprünglich der 30. Juni 1963 festgesetzt worden. Frankreich war jedoch zu keiner Vorverlegung des Termins zu bewegen gewesen.⁷⁵⁴

Strauß und Dr. Fischer waren sich einig. „Wir stehen unter einem ganz anderen Zeitdruck als Frankreich. Frankreich hat – beginnend in 2 Jahren – 2 Divisionen neu auszurüsten. [...] Dagegen hat Deutschland – beginnend 1964 – 12 Divisionen und 4 Brigaden mit modernem Gerät auszurüsten“⁷⁵⁵. Den Vorschlag der USA alle deutschen Panzereinheiten mit M 48 A 2 auszurüsten lehnte die Bundeswehrführung ab.⁷⁵⁶

Besonders empfindlich reagierten die Franzosen auf die Entscheidung, dass die deutsche Seite den Kampfpanzer mit der englischen 105 mm-Kanone L 7 A1 ausrüsten wollte.⁷⁵⁷ Für das Bundesverteidigungsministerium gaben dabei vor allem Standardisierungsgründe und die Zuverlässigkeit den Ausschlag. „Wir haben das englische Geschütz genommen, weil es ein erprobtes Geschütz ist und weil außerdem die USA dieses Geschütz für ihre modernen Panzer als Bewaffnung vorgesehen haben.“⁷⁵⁸ Die Franzosen favorisierten dagegen ihre Eigenentwicklung, mit der sich die Bundesrepublik nicht anfreunden konnte. Sie konnte im Gegensatz zur britischen Kanone nur eine Munitionsart verschießen, ihr Gegenstück drei.⁷⁵⁹ „Es waren auch

751 Ebd.

752 Vgl. Niederschrift über die Besprechung zwischen dem französischen und deutschen Verteidigungsminister am 01.10.1962 durch Abteilungsleiter T des Bundesministeriums der Verteidigung vom 02.10.1962, BA-MA - BW 1 / 478308, S. 1-3. Zum Disput zwischen Franz Josef Strauß und Pierre Messmer vgl. ausf. Stark, leicht, schnell. Panzer, in: DER SPIEGEL vom 24.01.1962 (Nr. 4/1962), S. 20-22.

753 Ebd., S. 4.

754 Vgl. ebd.

755 Ebd.

756 Vgl. Hubert J. Kuckartz: Hauptkampfpanzer 70, in: WEHRKUNDE 8 (1967), S. 433-437, hier: S. 434.

757 Vgl. Beckmann, Schild und Schwert, S. 120; Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 17.

758 Niederschrift über die Besprechung zwischen dem französischen und deutschen Verteidigungsminister am 01.10.1962 durch Abteilungsleiter T des Bundesministeriums der Verteidigung vom 02.10.1962, BA-MA - BW 1 / 478308, S. 4.

759 Vgl. Seiller, „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“, S. 85 u. Senger und Etterlin, Der

wesentlich logistische Gründe, die uns zu dieser Wahl bestimmt haben, denn es muß doch festgestellt werden, daß es bisher keine französischen Panzerverbände mit der Ausrüstung der neuen französischen 105mm-Kanone gibt, und daß darüberhinaus eine Produktionsreife Munition für dieses Geschütz noch nicht entwickelt ist.“⁷⁶⁰ Daher fiel die Empfehlung von Dr. Fischer deutlich aus: „Vom Standpunkt der Logistik wäre es [...] nicht zu verantworten, das französische Geschütz auszuwählen.“⁷⁶¹

Neben der Kanone gab es über den Antrieb Unstimmigkeiten. Frankreich pochte auf seine eigene Entwicklung, die noch nicht ausgereift war. Dr. Fischer führte die bewährte deutsche Variante ins Feld. „Wir besitzen [dagegen] einen seit Jahren erprobten Dieselmotor, der bereits als Vielstoffmotor nach eingehenden Prüfungsversuchen nunmehr auch in unsere Panzer eingebaut ist. Erprobungsergebnisse von insges. über 20 fahrenden Panzern liegen vor“⁷⁶².

Die Bundesrepublik sah durch den Zeitplan für den Kampfpanzer nicht zuletzt die Exportmöglichkeiten in verbündete Staaten gefährdet. „England nimmt den von ihm entwickelten Chieftain in Produktion und bietet ihn den NATO-Nationen zum Kauf an. Wenn Frankreich und Deutschland nicht unmittelbar mit dem Angebot ihrer Panzer auf dem Markt erscheinen, besteht die Gefahr, daß das internationale Geschäft für den gemeinsam entwickelten Panzer vorbei ist“⁷⁶³.

Die Kooperation der beiden Staaten stieß an seine nationalen Grenzen. „Herr Minister Strauß faßt unsere Ausführungen dahin zusammen, daß er leider den Eindruck habe, daß für Frankreich ein Gerät nur dann Aussicht hat, als Ergebnis einer deutsch-französischen Entwicklung angenommen zu werden, wenn es ein französisches Gerät ist. Er betont, daß in dieser Form eine gemeinsame internationale Entwicklung nicht möglich ist.“⁷⁶⁴

Als Fazit musste Ministerialdirektor Dr. Fischer festhalten, dass „trotz unserer Ausführungen [...] Frankreich nicht zu bewegen [war], uns entgegenzukommen.“⁷⁶⁵

Die Reaktion des französischen Verteidigungsminister Pierre Messmer unterstreicht die Vermutung, dass Frankreich dem Projekt keine große Bedeutung mehr zumaß. „Er hätte

Kampfpanzer Leopard, S. 172.

760 Niederschrift über die Besprechung zwischen dem französischen und deutschen Verteidigungsminister am 01.10.1962 durch Abteilungsleiter T des Bundesministeriums der Verteidigung vom 02.10.1962, BA-MA - BW 1 / 478308, S. 4f.

761 Ebd., S. 5.

762 Ebd. Zum Motor der beiden Panzer vgl. ebenso Die Panzer der 30-t-Klasse, S. 373.

763 Niederschrift über die Besprechung zwischen dem französischen und deutschen Verteidigungsminister am 01.10.1962 durch Abteilungsleiter T des Bundesministeriums der Verteidigung vom 02.10.1962, BA-MA - BW 1 / 478308, S. 5.

764 Ebd.

765 Ebd.

[...] Verständnis, wenn diese Entscheidung im Interesse der BRD liege. [...] Für sich selbst würde er eine derartige Entscheidung nicht nach Grundsätzen des nationalen Stolzes, sondern nur nach Fragen der nationalen Zweckmäßigkeit entscheiden.⁷⁶⁶ Trotz des Zeitdrucks unternahm die deutsche Seite noch einen Versuch, das Programm zu einem gemeinsamen Abschluss zu bringen und war sogar zu weitgehenden Kompromissüberlegungen bereit. „Von uns aus soll noch einmal durch Konstrukteure beider Seiten geprüft werden, ob und unter welchen Bedingungen die von uns vorgeschlagene Kompromiß-Lösung (franz. Geschütz und franz. Turm auf deutschem Fahrgestell) möglich ist.“⁷⁶⁷ Für Dr. Fischer blieb das französische Verhalten unverständlich.⁷⁶⁸

Gegenwind bekam Dr. Fischer vom Verteidigungsstaatssekretär Volkmar Hopf. Dieser plädierte dafür, dass die Bundesrepublik „unter allen Umständen den Vertrag mit Frankreich (Vergleichserprobung) erfüllen [müsse], ehe wir uns nach außen entschließen und einen Teilerienauftrag über den Standardpanzer erteilen.“⁷⁶⁹ Die „Vergleichserprobungen verzögern sich nicht durch Frankreich sondern durch uns.“⁷⁷⁰ Sein Eindruck des Kooperationspartners war ein anderer als Dr. Fischers. „In kürzlicher Besprechung [...] legten die Franzosen Wert auf Beschleunigung, wir erst auf die Erprobung ab Juli 1963.“⁷⁷¹

Der Disput innerhalb des Ministeriums war aber letztlich nicht von Belang. Mit der Entscheidung für die britische Kanone wurden die Weichen endgültig in Richtung getrennter Serienreifmachung gestellt.⁷⁷² Diese Entscheidung stellte sich im Nachhinein gegenüber den sowjetischen Geschützen als richtig heraus. Der SPIEGEL würdigte sie entsprechend. „Die 105-Millimeter-Kanone – von diesem Typ hatte Strauß im Rahmen der Bonner Rüstungssubventionen an das Ausland ungeachtet der deutsch-französischen Vereinbarungen gleich 1500 Stück in England eingekauft – ist stärker als die des derzeit gebräuchlichen Russenmodells, das nur aus einem 100-Millimeter-Rohr schießt.“⁷⁷³

Obwohl man im Juli 1963 sich im Verteidigungsausschuss bereits für die Eigent-

766 Ebd., S. 6.

767 Ebd.

768 Vgl. ebd. Strauß bot der französischen Seite auch noch an, sie solle den deutschen Kampfpanzer kaufen, im Gegenzug würde die Bundesrepublik den aus Frankreich stammenden Hubschrauber Frélon erwerben. Dieser Vorschlag fand jedoch keinen Widerhall. Vgl. dazu Seiller, „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“?, S. 86.

769 Bemerkungen des Herrn Staatssekretär Hopf zur Vorlage des Abteilungsleiters T, Dr.-Ing. Fischer vom 18. April 1963 vom 02.05.1963, BA-MA - BW 1 / 478308, S. 1.

770 Ebd.

771 Ebd.

772 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 575 u. Seiller, „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“?, S. 85.

773 Kampf ums Rohr. Europa-Panzer, in: DER SPIEGEL vom 19.06.1963 (Nr. 25/1963), S. 22-24, hier: S. 22.

wicklung aussprach, wurden vom 16. September bis 5. Oktober 1963 Vergleichserprobungen in Mailly de Camp und in Bourges, Satory und Meppen durchgeführt. „Die Vergleichserprobung ergab neben anderem, daß der deutsche Panzer trotz seines höheren Gewichts im Gelände beweglicher war als der französische und daß er auf der Straße gleiche Höchstgeschwindigkeit, aber dank kürzerer Schaltzeiten eine etwas höhere Beschleunigung erzielte.“⁷⁷⁴

Doch letztendlich blieb die Erprobung bedeutungslos. In Frankreich war die Ausrichtung hin zur atomaren Abschreckung bereits vollzogen worden. „Die konventionellen Streitkräfte wurden bei Beschaffungsvorhaben zum Leidwesen der Industrie zusehends vernachlässigt.“⁷⁷⁵ Während Frankreich bis 1965 keine Haushaltsmittel für neue Kampfpanzer bereitstellen wollte und sich in der strategischen Ausrichtung auf die Entwicklung der Atomwaffe konzentrierte, war die Bundesrepublik unter Zugzwang die amerikanischen M 47 Kampfpanzer zu ersetzen, um die konventionelle Stärke der Bundeswehr im Bündnis zu erhöhen.⁷⁷⁶ Im Gegensatz zu Frankreich waren nämlich für Westdeutschland eine enge Bindung an die USA und die Einbettung in die NATO von hoher Priorität, gerade für Bundeskanzler Ludwig Erhard, Außenminister Gerhard Schröder und Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel.⁷⁷⁷ Auch das Militär und die Industrie in der Bundesrepublik drängten auf eine rasche Einführung, die Bundestagsabgeordneten und die Regierung forcierten den Aufbau der Rüstungswirtschaft.⁷⁷⁸

Der bereits erwähnte Vorschlag eines Kampfpanzers mit deutschem Fahrgestell und französischem Turm mit wahlweise britischer Kanone für die Bundeswehr und französischer für die Forces armées françaises wurde abgelehnt.⁷⁷⁹ Nicht nur die gemeinsame Produktion des Kampfpanzers scheiterte – auch beim Abfangjäger entschied sich die Bundesrepublik gegen die französische Mirage von Dassault Aviation

774 Vgl. Beckmann, Schild und Schwert, S. 154; Der französische Standardpanzer AMX 30. Prototyp seit Jahresbeginn im Truppenversuch zur Vergleichserprobung mit deutschem Standardpanzer im Herbst, in SOLDAT UND TECHNIK 8 (1963), S. 430f; Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 59; Seiller „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“?, S. 86; Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 26. Zu den verschiedenen Erprobungen vgl. ausf. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 42-47 u. Willikens, Wehrtechnik Land, S. 134. Der SPIEGEL bewertete die Testergebnisse des französischen Panzers besser. Vgl. dazu Kampf ums Rohr, S. 22. Ausf. Vergleich der Panzer LEOPARD 1, AMX 30 und anderer Fahrzeuge dieser Klasse in Die Kampfpanzer der 30-t-Klasse, S. 375.

775 Seiller, „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“?, S. 73.

776 Vgl. Bauer, Die autonome Sicherheitspolitik Frankreichs, S. 180; Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 26 u. Yost, Franco-German Defence Cooperation, S. 219.

777 Vgl. Seiller, „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“?, S. 53 u. Yost, Franco-German Defence Cooperation, S. 247.

778 Vgl. Seiller, „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“?, S. 85.

779 Vgl. Willikens, Wehrtechnik Land, S. 134f.

und für den den amerikanischen Starfighter F 104 G von Lockheed.⁷⁸⁰ Innerhalb der NATO erkannten insbesondere Soldaten und Techniker, dass man zu gemeinsamen Ergebnissen kommen konnte, „aber nationale politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte [waren] häufig noch ein entscheidendes Hemmnis“⁷⁸¹. Das galt besonders für die Entwicklung und Produktion eines europäischen Kampfpanzers und seinem letztendlichen Scheitern. „Wirtschaftliche und psychologische Gründe sowie Prestige- und Konkurrenzdenken spielten hierbei eine wichtige Rolle.“⁷⁸²

Verteidigungsexperte Friedrich Zimmermann nahm zum Kampfpanzerprojekt eine deutliche Haltung ein: „Ich konnte die Ratio dieses Abkommens nie nachvollziehen. Hat man denn im Ernst geglaubt, das französische Selbstbewusstsein ließe es zu, eine fremde Panzerentwicklung einzuführen, wenn eine gleichartige eigene Entwicklung in der Halle steht? Oder hat man im Ernst geglaubt, Deutschland könnte das tun, obwohl wir mit einem Gesamtbedarf einschließlich aller Sondertypen von über zweitausend Stück bei weitem die größten Abnehmer sein würden? [...] Übrig blieb schließlich der Versuch der Zusammenarbeit, das Scheitern der Standardisierung auf dem Panzersektor, vermeidbare Entwicklungskosten, und auch politischer Katzenjammer. So etwas sollte sich nicht wiederholen.“⁷⁸³

Trotz aller Bemühungen um eine gemeinsame Lösung mit Frankreich hatten für das Verteidigungsministerium und den Verteidigungsausschuss doch primär die deutsche Entwicklung und die Belange der deutschen Industrie Priorität. Alle Versuch das Projekt noch zu retten hinderten „die Bundesrepublik [...] nicht, die technische und die militärische Erprobung mit allem Nachdruck vorwärts zu treiben und die Vorbereitung für die Produktion zu treffen.“⁷⁸⁴

Die von den deutschen und dem französischen Konsortien entwickelten Panzer waren alle von hoher Qualität und annähernd gleichwertig. Aus den oben genannten Gründen wurden sie getrennt zu Ende entwickelt und als LEOPARD 1 und AMX 30 in die Panzertruppen der jeweiligen Streitkräfte eingeführt.⁷⁸⁵ Nicht alle bedauerten die Ent-

780 Vgl. Claer, Carl-Gideon von: Schwerer, stärker, schneller als ein „LEOPARD“, in: DER SPIEGEL vom 05.05.1965 (Nr. 19/1965), S. 29; Willikens, Wehrtechnik Land, S. 224 u. Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 22.

781 De Maizièr, Die Konzeption des Heeres, S. 71.

782 Seiller, „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“?, S. 84.

783 Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 22.

784 Bericht zur militärischen Lage und zur Übung FALLEX 62 durch Generalmajor Kuntzen und Ministerialdirektor Dr.-Ing. Fischer (BMVg), Protokoll der 24. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 06.12.1962. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages Bestand 3119 A4/5 Prot. 24, S. 10.

785 Vgl. Claer, Schwerer, stärker, schneller als ein „Leopard“, S. 29; Kollmer, Zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 169 u. Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 22.

scheidung zu einer jeweiligen nationalen Einführung, insbesondere der deutschen Rüstungsindustrie nahestehende Politiker wie Friedrich Zimmermann:⁷⁸⁶ „Und wenn wir den großartigen Exporterfolg des Leopard betrachten, dann wage ich die Frage nach der Richtigkeit dieser letzten Entscheidung hier gar nicht mehr aufzuwerfen.“⁷⁸⁷

Neben der Bundesrepublik führten mit Belgien, Dänemark, Italien, Kanada, den Niederlanden und Norwegen sechs weitere europäische NATO-Länder sowie Australien den Kampfpanzer aus deutscher Produktion ein, bei Griechenland und Portugal gab es Probleme. Alleine der ehemalige Kooperationspartner Italien beschaffte 800 Fahrzeuge, davon 200 aus Westdeutschland. Die restlichen 600 wurden in Italien in Lizenz gefertigt.⁷⁸⁸ „Diese Entscheidung ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Wege der Standardisierung der NATO-Waffen.“⁷⁸⁹ Insgesamt wurden 4561 Kampfpanzer LEOPARD 1 gebaut, mit allen Familienfahrzeugen (Pionier-, Berge-, Flak-, Brückenlege- und Fahrschulpanzer) sogar 6110 Chassis.⁷⁹⁰

Auch wenn diese Vereinheitlichung der Kampfpanzer in Europa nicht das Ergebnis der erfolgreichen Zusammenarbeit in der Rüstung der NATO-Staaten war, wurde die zunächst aus politischen Gründen forcierte Kooperation zwischen den Staaten fortgeführt.⁷⁹¹ Steigende Kosten und sinkende Verteidigungshaushalte waren der Grund dafür.⁷⁹² Die für Neuentwicklungen nötigen Investitionen waren für die Bundeswehr immer schwerer zu tätigen, da Betriebs-, Personal- und Materialkosten stiegen und nicht ausgeglichen werden konnten.⁷⁹³ „Für militärische Beschaffungen ergibt sich im Zeitraum von 1966 bis 1972 ein realer Rückgang der Ausgaben um circa 40 %. Dabei verdoppeln sich die Kosten für die Beschaffung von Waffensystemen alle 10 Jahre. [...] Der dargelegte Sachverhalt zwingt dazu, Beschaffungsprogramme in den verschiedenen Ländern der NATO und besonders in Europa langfristiger und verbindlicher aufeinander abzustimmen. Die Waffensysteme müssen standardisiert werden.“⁷⁹⁴

786 Vgl. ebd., S. 23.

787 Ebd., S. 22.

788 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 16; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 571; „Leopard“ auch für Italien. Wichtiger Schritt zur Standardisierung der NATO-Waffen, in: SOLDAT UND TECHNIK 3 (1970), S. 124; Obermann, Gesellschaft und Verteidigung, S. 741 u. Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 23.

789 „Leopard“ auch für Italien, S. 124.

790 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 346.

791 Vgl. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 275. Vgl. zur Kooperation der Bundesrepublik mit Frankreich und Großbritannien ausf. Grams, Transatlantische Rüstungskoooperation, S. 253-261.

792 Vgl. Mesnet, Grenzen und Möglichkeiten der Europäischen Verteidigungsindustrie, S. 226 u. Zwissler, Probleme der Wehrwirtschaft und Rüstung, S. 234.

793 Vgl. Manfred Wörner, Bundeswehr und Haushalt, in: WEHRKUNDE 7 (1973), S. 350f, hier: S. 351.
794 Ebd.

Nicht auf allen Sektoren funktionierte die Kooperationsbereitschaft gleich gut. „Die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern hat sich im wesentlichen auf dem Gebiet der Luftfahrt und der Raketenwaffen herausgebildet“⁷⁹⁵, nicht zuletzt um die Abhängigkeit von den USA zu verringern und weil die Entwicklungskosten bei relativ geringen Stückzahlen extrem hoch waren. Toulouse wurde einer der Hauptstandorte, niederländische und deutsche Firmen beteiligten sich. Der deutsch-französische EADS-Konzern war das Ergebnis dieses Prozesses.⁷⁹⁶

1963 wurde im Rahmen des Elysée-Vertrages festgeschrieben, erstmals wirklich eine gemeinsame Entwicklung von Waffensystemen vorzunehmen. Im Unterschied zum Kampfpanzerprojekt gab es eine gemeinsame Finanzierung, gemeinsame Entwicklungsteams und integrierte Waffen. Der Alphajet, die TRANSALL und der MRCA TORNADO waren ebenso Produkte dieser fruchtbaren Verbindung, wie die Raketen MILAN und HOT sowie das Flugabwehrsystem ROLAND.⁷⁹⁷

Im Bereich der Kampffahrzeuge gab es auf europäischer Ebene bis zum Ende des Kalten Krieges keine neuerlichen Versuche der Zusammenarbeit. Anders sah es zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten aus. Nach dem Scheitern der deutsch-französischen Kooperation wurde in der Bundesrepublik wie oben beschrieben mit dem LEOPARD 1 ein nationaler Kampfpanzer in Richtung Serienreife gebracht worden.⁷⁹⁸ Aus Kostengründen war geplant, bis 1970 die Hälfte der deutschen Panzerkräfte mit den neuen Waffensystemen auszustatten und den M 47 dadurch komplett auszumustern. Der M 48 sollte solange im Einsatz bleiben, bis ein neuer Kampfpanzer an seine Stelle treten konnte.⁷⁹⁹ Die deutsche Heeresführung ging davon aus, dass der LEOPARD 1 Mitte der 1970er Jahre den Anforderungen nicht mehr voll entsprechen und somit eine Neuentwicklung nötig würde. Aus Kostengründen schien ein halber Generationswechsel geboten, denn eine Neuentwicklung würde das zwei- bis dreifache des LEOPARD 1 kosten. Alle fünf bis sechs Jahre sollten 50 Prozent der Kampfpanzer erneuert werden, konkret der LEOPARD 1 den M47 und die Neuentwicklung eine halbe Dekade später den M 48 A 2 ersetzen.⁸⁰⁰

795 Mesnet, Grenzen und Möglichkeiten der europäischen Verteidigungsindustrie, S. 226.

796 Vgl. Kollmer, Zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 169 u. 173. Die Verbindung zwischen der Bundesrepublik und den USA war und blieb im Bereich der Luftfahrt dennoch sehr eng. Vgl. dazu Rohde, Der Transfer amerikanischer Militärtechnologie nach Deutschland, S. 262f.

797 Vgl. Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 44; ders., Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 100; Kollmer, Zwischen Zahlungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen, S. 172 u. Mesnet, Grenzen und Möglichkeiten der Europäischen Verteidigungsindustrie, S. 225.

798 Vgl. Claer, Schwerer, stärker, schneller als ein „Leopard“, S. 29.

799 Vgl. Die neue Kampfpanzergeneration des deutschen Heeres, S. 285.

800 Vgl. Claer, Schwerer, stärker, schneller als ein „Leopard“, S. 29; Kuckarts, Hauptkampfpanzer 70, S.

Genauso wie die Bundesrepublik mussten auch die Vereinigten Staaten ihre M 48 und M 60 Modelle dringend erneuern.⁸⁰¹ Die USA waren an einer Zusammenarbeit mit den Deutschen sehr interessiert. „Ganz abgesehen von den deutschen Erfahrungen im Panzereinsatz war die erfolgreiche Entwicklung und Produktion des Leopard-Panzers die Eintrittskarte auf dem Gebiet der zukünftigen Panzerentwicklung.“⁸⁰² Die Bundesrepublik wiederum wollte vor allem von den amerikanischen Erfahrungen im Bereich des Schutzes gegen atomare Waffen profitieren. „Wir ‚kaufen‘ durch diese gemeinsame Entwicklung die Erfahrung, die auf dem Gebiet des Panzerschutzes vorliegt.“⁸⁰³

Daher folgte der Entschluss, gemeinsam den zukünftigen Kampfpanzer zu entwickeln. Gegenüber dem LEOPARD 1 sollten eine weitere Kampfwertsteigerung, verbesserter Nuklearschutz, beste Nachtkampffähigkeit und diverse andere Fähigkeiten erreicht werden.⁸⁰⁴ Die Entwicklungskosten für das gemeinsame Kampffahrzeug wurden auf eine Milliarde DM geschätzt. Die Planungen stellten ein Novum dar, sollten sie doch eine gemeinsame Logistik und Standardisierung innerhalb der NATO durchsetzen. Großbritannien, Italien, Niederlande und Belgien zeigten von Beginn an Interesse an Main Battle Tank 70 (MBT 70).⁸⁰⁵

Am 1. August 1963 wurde zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland ein Regierungsabkommen über die gemeinsame Entwicklung des MBT 70 geschlossen. Er sollte mit dem LEOPARD 1 einen Panzer verbessern, der zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht in Serie produziert wurde.⁸⁰⁶

In den USA wurden die General Motors Corporation, in Westdeutschland die eigens dafür gegründete und unter dem Vorsitz der Quandt-Gruppe stehende Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) mit den Unternehmen MaK, Kuka, Ing.Büro Hopp, Rhein Stahl-Henschel, Rheinische Stahlwerke, Krauss-Maffei und den Luther & Jordan-Werken beauftragt, den Bau der Prototypen vorantreiben.⁸⁰⁷ Sie wurden als Gemeinsame

434.

801 Vgl. Kampfpanzer 70 ein totgeborenes Kind?, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 9 (1969), S. 463f, hier: S. 463.

802 Vgl. Die neue Kampfpanzergeneration des deutschen Heeres, S. 286.

803 Fischer, Aktuelle Probleme der Wehrtechnik, S. 395. Zur Bedarfsanalyse vgl. Die neue Kampfpanzergeneration des deutschen Heeres, S. 281.

804 Vgl. Kuckarts, Hauptkampfpanzer 70, S. 434.

805 Vgl. ebd.

806 Vgl. Claer, Schwerer, stärker, schneller als ein „Leopard“, S. 29 u. Die deutsch-amerikanische Gemeinschaftsentwicklung: Kampfpanzer 70, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 11 (1967), S. 574f, hier: S. 574.

807 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 356 u. Kuckarts, Hauptkampfpanzer 70, S. 435 u. Schreckliche Erfahrungen, S. 32.

Konstruktionsgruppe oder Joint Design Team bezeichnet.⁸⁰⁸ 450 Unterlieferanten, die bereits bei der Entwicklung und Produktion des LEOPARD 1 beteiligt waren, sollten auch beim MBT 70 partizipieren.⁸⁰⁹ Die Programmleitstelle wurde im Hauptquartier des US Army Material Command in Washington aufgebaut. Deutsche Programmdirektoren waren Ministerialrat Dr. Fritz Engelmann und aus der Abteilung Wehrtechnik im Verteidigungsministerium Brigadegeneral Dr.-Ing. Schönefeld. Darüberhinaus gab es eine gemeinsame technische Führungsgruppe in der Fachleute für militärische Forderungen, Waffen, Feuerleitung, fahrtechnische Baugruppen, technische Spezifikationen und Normen, Materialerhaltungstechnik, Logistik und Planung platziert waren.⁸¹⁰ Hauptbaugruppenentwickler für den MBT 70 wurden Renk, Daimler-Benz, Frieske & Höpfner sowie Continental Aviation Corporation, National Waterlift Company und Phil.co Corporation. Insgesamt sollten 34 Hauptbaugruppen entstehen, von denen zehn gemeinsam, 18 von deutschen Ingenieuren und sechs von der amerikanischen Industrie entwickelt werden sollten.⁸¹¹ „Das 1963 getroffene Abkommen sieht vor, dass sich die Ingenieure bei jeder Entscheidung in allen Konstruktionsphasen einig sein müssen.“⁸¹² Das Projekt lief nach einem Netzplan (Pert-System) ab, das in Westdeutschland gerade in der Einführung war, in den USA bereits seit Jahren erfolgreich in der Industrie angewandt wurde.⁸¹³

1967 wurden je acht Prototypen des MBT 70 in den USA und in der Bundesrepublik gefertigt, wobei sie sich stark unterschieden.⁸¹⁴ Die deutschen Entwickler entschieden sich für eine leichte Konstruktion, während die USA den Trend zum überschwerem Panzer verfolgten. Die deutsche Industrie passte sich an die europäischen Verhältnisse an, daher sollte der Panzer nicht schwerer als 46 Tonnen sein. Sonst hätten die Brücken und Straßen in vielen Regionen verstärkt werden müssen, das Pionierbrückengerät war ebenfalls auf 46 Tonnen begrenzt. Die Konstrukteure waren sich einig, dass die 16 Versuchsmodelle nicht diesen Anforderungen entsprachen. Sie wurden in der Erprobung entschlackt.⁸¹⁵

808 Vgl. Die deutsch-amerikanische Gemeinschaftsentwicklung, S. 574.

809 Vgl. Kuckarts, Hauptkampfpanzer 70, S. 435.

810 Vgl. Die deutsch-amerikanische Gemeinschaftsentwicklung, S. 574 u. Kuckarts, Hauptkampfpanzer 70, S. 434f.

811 Vgl. ebd., S. 435.

812 Ebd.

813 Vgl. BMVtdg berichtet über Projekt „Hauptkampfpanzer 70“, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 10 (1965), S. 524; Die deutsch-amerikanische Gemeinschaftsentwicklung, S. 574 u. Kuckarts, Hauptkampfpanzer 70, S. 435.

814 Vgl. ebd., S. 433.

815 Vgl., ebd., S. 434. Der MBT wurde im Vergleich zum LEOPARD 1 oder dem AMX 30 deutlich schwerer 46 bzw. 55 Tonnen wogen die Prototypen für den MBT 70, der LEOPARD 1 39, der AMX 30

Als Eckpunkte wurden von Beginn an drei Mann Besatzung, eine 152 mm Kanone, ein 1.500 PS starker Motor, eine Sekundärbewaffnung mit 20 mm Maschinenkanone, eine Schottpanzerung und eine Zusatzausrüstung, die den Panzer tauchfähig machen sollte, angepeilt.⁸¹⁶ Sie wurden im Laufe der 1960er Jahre immer wieder modifiziert.

Einigkeit bestand beim Gewindesystem. Ein Zollgewinde wurde nur noch in den USA, Großbritannien und Kanada verbaut. Alle anderen Staaten in Ost und West nutzten bereits ein metrisches Gewindesystem. Ein solches sollte auch in den MBT 70 installiert werden. Die Einigung war für den Austausch von Teilen am Panzer innerhalb der NATO und zur Vereinfachung der Logistik äußerst wichtig und stellte einen Meilenstein im gemeinsamen Waffenbau dar.⁸¹⁷

Der Panzermotor sollte möglichst stark sein. Ein Dieselmotor (luftgekühlt) von der Continental Aviation and Engineering Company in Detroit und der wassergekühlte Mehrstoffmotor mit 12 Zylindern standen in der engeren Wahl. Beide hatten 1500 PS und waren damit doppelt so stark wie der Motor des LEOPARD 1. Wegen seines geringeren Gewichtes hatte das US-Modell lange Zeit die besten Aussichten.⁸¹⁸ Beim Getriebe wurde der Firma Renk der Vorzug gegeben, das Schalt- und Lenkgetriebe kombinierte und eines der wenigen für die Zukunft verfügbaren Aggregate war, das die hohe Motorleistung des MBT 70 verarbeiten konnte.⁸¹⁹

Das deutsche Unternehmen Frieske und Höpfner hatte ihre hydropneumatische Federung einzubauen. Es gestattete einen Federweg von 60 cm. Da der Panzer extrem niedrig gebaut wurde – die 2,40 m des LEOPARD 1 durften nicht überschritten werden – war es von Vorteil, das Fahrgehäuse auf 40 cm absenken zu können. Dadurch konnte der MBT 70 beim Schuss auf dem Boden aufsetzen und so den Rückstoß besser abfangen. Oder er kam für einen Schuss kurz aus der Deckung und entzog sich dem Blick des Gegners wieder. „Außerdem kann durch die Federung aus einer Hinterhangstellung der Neigungswinkel der Kanone erheblich vergrößert werden.“⁸²⁰

Die Hauptbewaffnung stellte ein ernstes Streitthema dar. Die USA wollten Raketen und Granaten verschießen, die Bundeswehr eine reine Panzerkanone, da in Europa Mitte das Gelände in der Regel Gefechte unter 2000 Meter stattfinden ließ. Dafür war eine reine Kanone besser geeignet. Raketen brachten eher für weite Entfernungen Vorteile. Die

sogar nur 32,5 Tonnen. Vgl. dazu Claer, Schwerer, stärker, schneller als ein „Leopard“, S. 29.

816 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 356.

817 Vgl. Kuckarts, Hauptkampfpanzer 70, S. 435.

818 Vgl. ebd., S. 435f.

819 Vgl. ebd., S. 436.

820 Ebd. Vgl. außerdem Claer, Schwerer, stärker, schneller als ein „Leopard“, S. 29.

Rakete war mit 800 km/h relativ langsam und der Panzer musste sein Ziel immer im Visier behalten. Daher wurde ein eigener Turm für das deutsche Heer entwickelt. Die Baugruppen waren aber so gleich wie möglich. Die USA entwickelten den Shillelagh-Turm, der beide Geschossarten verschießen konnte. Die Bundesrepublik schloss nicht aus, diesen später ebenso zu nutzen.⁸²¹

Die deutschen Entwickler plädierten für eine 110 oder 120 mm Kanone, mit denen gute Erfahrungen in Großbritannien gemacht wurden. Sogar eine gemeinsame Weiterentwicklung erschien möglich. Die USA präferierten zunächst ein 152 mm Rohr für Raketen und Granaten.⁸²² Der MBT 70 sollte darüber hinaus als erster Panzer überhaupt mit einem Entfernungsmesser auf Laser-Basis ausgestattet sein. Außerdem waren die Standard-Infrarot-Geräte und neuartige Lichtverstärker eingeplant, wobei das Infrarotsystem seit dem Zweiten Weltkrieg im Einsatz war und nach und nach überflüssig werden sollte.⁸²³

Das Zwischenresümee viel positiv aus. „Noch ist der Hauptkampfpanzer nicht perfekt. Seine Daten können sich noch laufend ändern. Fest steht, daß er schneller, wendiger und weitreichender als alle zur Zeit vorhandenen Typen sein wird. Er soll außerdem schwerer, flacher, stärker bewaffnet und besser gepanzert sein als der ‚Leopard‘. Als Besonderheit soll eine Kunststoffhülle auf den Panzer aufgetragen werden, die bewirkt, daß Neutronen- und Gammastrahlen weitgehend absorbiert werden, so daß die dreiköpfige Besatzung weitgehend gegen die Kernstrahlung abgeschirmt ist. Trotz seiner zwei Versionen mit verschiedenen Türmen und Bewaffnung verspricht der Hauptkampfpanzer 70 das beste Kampfmittel für ein Gefechtsfeld der Zukunft zu werden.“⁸²⁴

Er würde über eine flache Silhouette verfügen und war hervorragend gegen atomare Angriffe geschützt. Auch der SPIEGEL war sich der möglichen Qualität des neuen Kampfpanzers bewusst. „Der deutsch-amerikanische Panzer wird schwerer, flacher, stärker bewaffnet, besser gepanzert und auch schneller sein als der“⁸²⁵ Standardpanzer.

Das komplexe Waffensystem hatte trotzdem seine Probleme. Zwar konnte es vorwärts wie rückwärts 70 km/h fahren, sollte Raketen und klassische Geschosse verschießen,

821 Vgl. ebd. u. Kuckarts, Hauptkampfpanzer 70, S. 436.

822 Vgl. ebd.

823 Vgl. ebd.

824 Ebd., S. 437. Vgl. ebenso Die neue Kampfpanzergeneration des deutschen Heeres, S. 286f u. Schönefeld, Helmut: Kampfpanzer 70. Zwischenstand über den Bericht der Entwicklung, in: SOLDAT UND TECHNIK 8 (1968), S. 424-431.

825 Claer, Schwerer, stärker, schneller als ein „Leopard“, S. 29.

das Gefecht aus der Bewegung heraus aufnehmen und voll nachtoperabel sein. Bei der Vorführpremiere hatte der Prototyp jedoch eine Panne und blieb liegen.⁸²⁶ „Schon eine kleine Panne legt den 50-Tonnen-Koloß lahm. Der technische Fortschritt muß mit mangelnder Zuverlässigkeit bezahlt werden.“⁸²⁷

Der SPIEGEL befürchtete, dass der Mangel an Fachpersonal Auswirkungen auf die Einsatzfähigkeit des Heeres haben könnte, das eigentlich eine Vereinfachung des LEOPARD 1 wollte. Wenn sich die Amerikaner mit ihren Vorschlägen durchgesetzt hätten, wären bis zu acht weitere Spezialistenbereiche u.a. für Laser-Entfernungsmessung, Freund-Feind-Kennung oder Hydropneumatik entstanden, die von Wehrpflichtigen nicht adäquat abzudecken gewesen wären. Wartung und Instandsetzung hätten trotz schon bestehender Unzulänglichkeiten ausgebaut werden müssen.⁸²⁸ Auch der Inspekteur des Heeres zeigte sich skeptisch und plädierte für einen deutlich verbesserten LEOPARD 1 als für den MBT 70, der mit zwei Millionen DM pro Stück mehr als das doppelte des Standardpanzers kosten sollte.⁸²⁹

Nichtsdestoweniger wurde vom Bundesverteidigungsministerium sogar eine Kampfpanzer-80 Studie in Auftrag gegeben. „Es handelt sich weitgehend um den gleichen Firmenkreis, der sich auch an der Studie und Entwicklung des Kampfpanzers der 70er Jahre beteiligt hatte, nämlich: Rheinstahl-Henschel, Krauss-Maffei, Porsche, MaK-Kiel und Ingenieurbüro Dr. Hopp, München.“⁸³⁰ Die Studie aber wurde aus Kostengründen nicht weiter verfolgt.

Dabei wurden die Unstimmigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland beim MBT 70 immer größer,⁸³¹ das Pentagon stellte Überlegungen an, das Projekt ganz aufzugeben.⁸³² Hauptstreitpunkte waren die Art des Motors und die Ladeeinrichtung. Die deutsche Industrie hatte ein automatisiertes Nachladen favorisiert und ein entsprechendes System entwickeln lassen, das die Amerikaner ablehnten. Gleiches galt für den deutschen Vielstoffmotor. Dazu kam der Streit über das für europäische Verhältnisse ungeeignete Shillelagh-System und das Gewicht des Kampfpanzers, den die USA mit einem verbesserten atomaren Schutz noch

826 Vgl. Schreckliche Erfahrungen, S. 32f.

827 Ebd., S. 33.

828 Vgl. ebd., S. 34.

829 Vgl. ebd., S. 33f; Schneider, Die Aufbauücken des Heeres müssen vorrangig geschlossen werden, S. 410 u. Schönefeld, Kampfpanzer 70, S. 431.

830 Kampfpanzer 80-Studie, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 9 (1970), S. 463.

831 Vgl. Kampfpanzer-Entwicklung, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 4 (1969), S. 178.

832 Vgl. Kampfpanzer 70 ein totgeborenes Kind?, S. 463.

schwerer machen wollten.⁸³³ Für die Beschaffung des LEOPARD 1 Nachfolgers standen durch die verschiedenen Forderungen der beiden Länder grundsätzlich drei Varianten zur Auswahl. Der MBT 70 (Flugkörper) mit drei Mann Besatzung, der MBT 70 (Flugkörper) mit vier Mann Besatzung oder die vornehmlich von der Bundesrepublik favorisierte und betriebene Entwicklung des MBT 70 (Kanone) ebenfalls mit vier Mann Besatzung.⁸³⁴ Gerade die Industrie drängte Ende der 1960er Jahre auf eine Entscheidung, „wenn sie 1975 den Panzer [tatsächlich] ausliefern sollte.“⁸³⁵ Das Projekt wurde aber vermehrt von allen Seiten als zu kompliziert und teuer angesehen, um es gemeinsam zu verwirklichen.⁸³⁶ „Wie bei verschiedenen anderen Gemeinschaftsentwicklungen scheiterte auch dieses Projekt an der Kompromißlosigkeit des Partners bei der Festlegung der zu standardisierenden Baugruppen.“⁸³⁷

Allgemein kann „als allgemeine Erfahrung [...] gelten, daß Gemeinschaftsprojekte mit fortlaufender Entwicklung um so bessere Erfolgsaussichten haben, je geringer die Anzahl der Teilnehmer ist und je später neue hinzutreten, ohne das Konzept erneut zur Diskussion stellen zu können.“⁸³⁸ Ab 1. Januar 1970 wurde die DEG aus Augsburg von der Quandt-Gruppe an Krauss-Maffei und damit auch die Entwicklung des Kampfpanzer 70 auf deutscher Seite abgeben.⁸³⁹ Der MBT 70 war Geschichte, bevor er überhaupt vom Band laufen konnte. „Gleichwohl nutzen die jeweiligen Industrien Erkenntnisse aus dem Programm für die späteren nationalen Entwicklungen Leopard-II und M-1 Abrams.“⁸⁴⁰ Die deutschen Forscher hatten etliche eigene Experimentalentwicklungen gemacht. So war es möglich, den Panzer auf nationaler Basis fertig zu entwickeln. Einzelne Baugruppen wie die 120 mm Kanone von Rheinmetall wurden später sogar in den M 1 Abrams eingebaut.⁸⁴¹ Auch wenn die internationalen Kooperationen um den LEOPARD 1 und seinen Nachfolger letztendlich scheiterten – die deutsche Rüstungsindustrie für Kampffahrzeuge hatte ihren Anschluss an das internationale Niveau gefunden und war fähig, Produkte von hoher Qualität zu fertigen, was der Exporterfolg von LEOPARD I und LEOPARD II untermauert.

833 Vgl. ebd., S. 464 u. Kampfpanzer 70 auf Eis, in WEHR UND WIRTSCHAFT 10 (1969), S. 527f, hier: S. 528.

834 Vgl. Kostensenkung für Panzer 70 angestrebt, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 12 (1969), S. 645.

835 Vgl. ebd.

836 Vgl. Schönefeld, Kampfpanzer 70, S. 425.

837 Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 356.

838 Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 44.

839 Vgl. Kampfpanzer-Entwicklung, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 4 (1969), S. 178.

840 Grams, Transatlantische Rüstungskooperation, S. 251.

841 Vgl. ebd., 252; Kampfpanzer 70 auf Eis, S. 528 u. „Leopard II“ als Kampfpanzer der 70er Jahre. Nachfolgepanzer des M-48, in: SOLDAT UND TECHNIK 3 (1970), S. 124.

III.4 Die Bedeutung der Rüstungssparte in der deutschen Gesamtwirtschaft – regionale Schwerpunkte am Beispiel Bayern

Standard- und Schützenpanzer waren die ersten Projekte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die als Eigenentwicklungen der deutschen Industrie gelten können. Mit hohem Material- und Personalaufwand gelang es, diese Fahrzeuge zu fertigen. Im folgenden Abschnitt soll untersucht werden, welche Bedeutung die Rüstungsindustrie als ein Zweig der Gesamtwirtschaft in Deutschland in den 1960er Jahren hatte und ob es gewisse Regionen innerhalb der Bundesrepublik gab, in denen sie eine größere Rolle einnahm.

Wie viel Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf die Rüstungsindustrie entfielen ist nicht einfach zu identifizieren, da sie nicht eigens erfasst wurde. Die einzelnen Sparten waren sehr unterschiedlich in der Rüstungsgüterproduktion involviert.

Krauss-Maffei beispielsweise wurde mit der Panzerfertigung voll dem Maschinenbau zugerechnet, obwohl viele Komponenten dafür aus anderen Industriezweigen kamen. 1963 war beim Fahrzeugbau der militärische Anteil bei circa 5,4 Prozent, danach fiel er auf circa 1 Prozent ab und überschritt diese Zahl nie wieder.⁸⁴² Trotzdem gab es bei einigen Firmen wie in Punkt III.2 ausgeführt, partiell bedeutende Rüstungskapazitäten. Es darf vermutet werden, dass der Anteil des Maschinenbaus an Rüstung überbewertet, Elektrotechnik wohl hingegen unterbewertet wurde, denn 40 bis 60 Prozent der modernen Kampftechnik waren elektronische Systeme.⁸⁴³

Bei durchschnittlich 5-10 Prozent des Umsatzes lag die Fertigung für Rüstung im Schiffsbau, Maschinenbau und der Fernmelde- und Elektronikindustrie. Von einer Abhängigkeit ganzer Produktionszweige kann mit Ausnahme der Luft- und Raumfahrtindustrie nicht gesprochen werden. Dort hingen mehr als 80 Prozent des Umsatzes von der Rüstungswirtschaft ab.⁸⁴⁴ Jedes Unternehmen war in der Regel bestrebt, den Abhängigkeitsgrad von staatlichen Rüstungsaufträgen in Grenzen zu halten. Die Exporte hielten sich in engen Grenzen, ihr Volumen am Gesamtwarenexport lag bei 0,7 Prozent.⁸⁴⁵ In den 1970er Jahren betrug der Anteil westdeutscher Rüstungsgüter gerade einmal 2 Prozent des weltweiten Rüstungsumsatzes, was den Staat dazu brachte, die

⁸⁴² Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 47.

⁸⁴³ Vgl. Beutenmüller, Die Entwicklung der Militärausgaben in Deutschland, S. 117 u. Bontrup / Zdrowomyslaw, Die deutsche Rüstungsindustrie, S. 139-141.

⁸⁴⁴ Vgl. Beutenmüller, Die Entwicklung der Militärausgaben in Deutschland, S. 116.; Obermann, Gesellschaft und Verteidigung, S. 740; Zwissler, Probleme der Wehrwirtschaft und Rüstung, S. 231.

⁸⁴⁵ Vgl. Obermann, Gesellschaft und Verteidigung, S. 742.

einheimischen Kapazitäten auf Dauer durch eigene Nachfrage zu befriedigen.⁸⁴⁶ Insgesamt machten die Aufträge an die Rüstungsindustrie circa 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, jedoch einen wesentlichen Teil der staatlichen Auftragsvergabe aus. „Gemessen an der Gesamtproduktion, hielt sich das Volumen der militärischen Nachfrage bislang in so engen Grenzen, daß auf der Angebotsseite keine gesellschaftlich relevanten Interessen aufkommen konnten.“⁸⁴⁷

Ganz anders stand es in der Sowjetunion. Sie gab 10 Prozent des Bruttosozialproduktes für Rüstung und Raumfahrt aus. Das größte Wachstum konnte bei der Wehrmaterialforschung und -entwicklung festgestellt werden, was annähernd ein Drittel der Gesamtausgaben des Wehretats ausmachte.⁸⁴⁸

Unter 1 Prozent aller Beschäftigten in der Bundesrepublik arbeiteten in der Rüstungsindustrie, was eine sehr geringe Zahl darstellt. Dafür waren aber überdurchschnittlich viele qualifizierte und spezialisierte Kräfte beschäftigt.⁸⁴⁹

Die wahre volkswirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsgüterproduktion lag jedoch nicht in den absoluten Zahlen, sondern in der technischer Synergie für die Privatwirtschaft, die diese zivil verwerten konnte.⁸⁵⁰ „Wehrtechnik ist Extremtechnik, Spitzentechnik und daher Schrittmachertechnik.“⁸⁵¹ Kapitalintensive Bereich wie die Atom-, Wasserstoff- oder Raketenforschung erhielten oft Impulse zur Weiterentwicklung aus dem Militärbereich. Die technischen Neuerungen aus der Wehrforschung ließen sich auch auf andere Industrien übertragen und beförderten den technischen Fortschritt in der Bundesrepublik, vor allem im Bereich der Luftfahrt und Elektronik.⁸⁵² Obwohl Forschung und Entwicklung zivil und militärisch eine Rolle spielten, waren sie bei den

846 Vgl. Beutenmüller, Die Entwicklung der Militärausgaben in Deutschland, S. 70f; Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 14f u. 48. Zur Abhängigkeit der Rüstungswirtschaft von staatlichen Aufträgen vgl. Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 19. Die Behörden der USA hatten bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen eine Reihe von Aspekten zu beachten: 1. Sicherung des Wettbewerbs, 2. Hilfe für Mittelstandsfirmen ggf. mit Unteraufträgen, 3. Hilfe für Notstandsgebiete, 4. Prüfung der Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Firmen, 5. Verbreiterung der industriellen Mobilmachungsbasis, 6. geographische Streuung der Verträge, Erhaltung von Engpaßgütern, 7. priorisierte Beschaffung innerhalb der USA, oder Kanadas. Vgl. Zimmermann Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 24.

847 Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 153. Vgl. dazu auch Kern / Köllner, Zur langfristigen Entwicklung des Verteidigungshaushaltes, S. 7 u. Seydel / Kanno, Die Rüstung, S. 178.

848 Vgl. Gerhard Baumann, Die militärpolitische Lage am Jahresende, in: WEHRKUNDE 12 (1973), S. 609-619, hier: S. 614.

849 Vgl. Auer / Engpasser, Krauss-Maffei, S. 252f u. Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 23.

850 Vgl. ders., Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 47 u. 57; Zwissler, Probleme der Wehrwirtschaft und Rüstung, S. 231.

851 Ebd., S. 232. Zur Erhöhung des Forschungs- und Entwicklungsanteils vgl. ebd., S. 231.

852 Vgl. Beutenmüller, Die Entwicklung der Militärausgaben in Deutschland, S. 71f u. 142; Grams, Transatlantische Rüstungskoooperation, S. 105.

Militärausgaben in den 1950er Jahren mit 2,5 Prozent lange Zeit sehr gering veranschlagt. Durch den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie wurde der Importanteil jedoch verringert und Eigenentwicklung- und Forschung gefördert. Sie stiegen im Jahre 1961 auf 3,3 Prozent und lagen 1970 bei 5,9 Prozent.⁸⁵³ „Die Militärausgaben haben somit den technischen Fortschritt in der Bundesrepublik positiv beeinflusst und dadurch die wirtschaftliche Entwicklung gefördert.“⁸⁵⁴

Andere Staaten taten in diesem Bereich viel mehr. In den USA kamen auf 1000 Beschäftigte statistisch 9,2, in Europa lediglich 2,9 Wissenschaftler. Die europäischen Staaten erwarben jährlich Lizenzen in Höhe von vier Milliarden DM in den USA. Umgekehrt wurden Rechte aus Europa nur für 180 Millionen DM gesichert.⁸⁵⁵

Als Konjunkturmotor wurden staatliche Rüstungsaufträge entgegen der allgemeinen Meinung nur sehr partiell genutzt, keinesfalls im gesamten Bereich der Industrie der Bundesrepublik. Dass die Verteidigungsausgaben in den sechziger Jahren relativ konstant blieben, untermauert diese These. Sie machten maximal 4,5 Prozent des Bruttosozialproduktes aus und pendelten sich langfristig bei 3 Prozent ein.⁸⁵⁶

In der Luftfahrt beispielsweise war die Rüstungsproduktion durchaus ein Jobmotor. Eine Million DM Lieferverpflichtung bescherten der bayerischen Flugzeugindustrie 30 bis 40 neue Arbeitsplätze, auch wenn nur 40 Prozent davon in den ersten sechs Monaten nach Auftragseingang benötigt wurden. Die restlichen Neueinstellungen kamen erst im späteren Verlauf der Vertragsabwicklung zum Tragen.⁸⁵⁷

Zu beachten ist, dass die Militärausgaben in der Bundesrepublik unterschiedlich angegeben wurden. Der Einzelplan 14 wurde in der Öffentlichkeit seit 1955 als offizieller Verteidigungshaushalt präsentiert. Darüber hinaus gab es aber noch die Militärausgaben nach NATO-Kriterien zu denen unter anderem die Ausgaben für Stationierungskräfte (EP 35: Verteidigungslasten), Militärhilfe für andere Länder (EP 05: Auswärtiges Amt), Bundesgrenzschutz (EP 06: Inneres), u.a. zählten. Auch die Berlin-Hilfe wurde von der Bundesregierung zu den Verteidigungsausgaben gerechnet, wohingegen sie in der NATO-Definition nur ausgewiesen, nicht dazugerechnet wurden.⁸⁵⁸

853 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 64.

854 Beutenmüller, Die Entwicklung der Militärausgaben in Deutschland, S. 122. Friedrich Zimmermann plädierte dafür, Forschung und Produktion bei der Industrie in einer Hand zu lassen und sie nicht zu teilen. Vgl. dazu Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 20.

855 Vgl. Zwissler, Probleme der Wehrwirtschaft und Rüstung, S. 232.

856 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 71. Beutenmüller, Die Entwicklung der Militärausgaben in Deutschland, S. 138; Kern / Köllner, Zur langfristigen Entwicklung des Verteidigungshaushaltes, S. 12.

857 Vgl. Classen, Rüstungsausgaben und Wirtschaftsentwicklung, S. 160f.

858 Vgl. Bontrup / Zdwomyslaw, Die deutsche Rüstungsindustrie, S. 36; Kern / Köllner, Zur lang-

Im Zeitraum 1955 bis 1963 stiegen die Militärausgaben an, ab 1964 „zeigt der Anteil an Rüstungsinvestitionen am Gesamtverteidigungshaushalt [...] eine kontinuierlich fallende Tendenz, sieht man einmal von einer geringfügigen Wende im Jahre 1962 als Folge der Kubakrise ab.“⁸⁵⁹ Sie lagen ungefähr auf dem Niveau Großbritanniens und über dem Frankreichs. Der Einzelplan 14 erreichte 1963 mit 33,0 Prozent der Bundesausgaben, 11,7 der Staatsausgaben und 6,1 des Volkseinkommens seinen absoluten Spitzenwert in der Geschichte der Bundesrepublik.⁸⁶⁰ In diesem Jahr wurden 7,56 Milliarden DM für das Beschaffungswesen ausgegeben. Die Höhe der Kosten waren bedingt durch die Nachwirkungen der Kuba-Krise⁸⁶¹ und vor allem der Einführung des Starfighter F 104 G, der Fiat G 91 und dem Anlaufen des LEOPARD 1-Programmes.⁸⁶²

Für die Finanzierung der Kampf- und Schützenpanzerfamilie war in der Budgetsystematik des Bundeshaushaltsplanes 1415 Feldzeugwesen (Ausgaben für Munition, Fahrzeuge) der spezielle Titel 852 entscheidend.⁸⁶³

Bis 1963/64, also dem Ende der ersten Aufbauphase der Bundeswehr, überwogen die Beschaffungskosten im Verteidigungshaushalt. Danach verteilten sich die Kosten auf circa 30 Prozent investive und 70 Prozent laufende betriebliche Ausgaben. 1966 überstiegen die Personal- erstmals die Beschaffungskosten.⁸⁶⁴

Der Hauptteil der Verteidigungsausgaben entfiel von 1957 bis 1969 auf das Heer, insgesamt circa 69,5 Milliarden DM. In das Budget der Luftwaffe flossen 48,9 Milliarden, in Territorialverteidigung und Verwaltung 47,4 Milliarden und in den Marinehaushalt 18 Milliarden DM.⁸⁶⁵ Einige Politiker hielten das nicht für ausreichend. Sie bemängelten die fehlende Verteidigungs- und Rüstungsbereitschaft der Bundesrepublik.

fristigen Entwicklung des Verteidigungshaushaltes, S. 4f u. Zdwomyslaw, Wirtschaft, Krise und Rüstung, S. 107.

859 Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 19.

860 Vgl. Bontrup / Zdwomyslaw, Die deutsche Rüstungsindustrie, S. 40; Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 65f; Classen, Rüstungsausgaben und Wirtschaftsentwicklung, S. 1 u. 33; Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 117.

861 In Krisenzeiten wurden immer wieder Forderungen laut, den Etat zu erhöhen. „Ich erwarte allerdings, daß die Erhöhungen der Ansätze als Folge der sowjetischen Invasion in der Tschechei sowohl eine absolute als auch relative Erhöhung des Rüstungsanteils bringen werden.“ Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 20. Auch die Kosten für einzelne Projekte stiegen immens an, wenn man M 48 (600.000 DM), LEOPARD 1 (1,1 Millionen DM) und MBT 70 (2,3 Millionen DM) vergleicht. Wenn man kein veraltetes Gerät in den Streitkräften haben wollte, musste man die Investitionsquote erhöhen. Vgl. ebd., S. 19.

862 Vgl. Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 32.

863 Vgl. Kern / Köllner, Zur langfristigen Entwicklung des Verteidigungshaushaltes, S. 24. Für den Etat 1415 Titel 852 und des 1402 Titel 308/309 (Forschung und Entwicklung) vgl. ausf. Bundeshaushaltspläne 1959-1967, Bonn 1959-1967.

864 Vgl. ebd., S. 7 u. Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 19f u. Zwissler, Probleme der Wehrwirtschaft und Rüstung, S. 232. 1968 blieben nach Abzug der Infrastrukturmaßnahmen nur noch 4 Milliarden DM für die Erstbeschaffungen. Vgl. ebd., S. 19.

865 Vgl. Obermann, Gesellschaft und Verteidigung, S. 745.

Der spätere Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner wies 1973 auf den abnehmenden Willen zur Verteidigung hin: „Trotz wachsender militärischer Macht des Warschauer Paktes schwindet allenthalben in Westeuropa die Bereitschaft, noch angemessene Leistungen für den Schutz unserer Lebensordnung zu erbringen. [...] Der Anteil des Verteidigungsetats am Gesamthaushalt sinkt von 22,6 % im Jahre 1973 auf 19,8 % im Jahre 1976. Hatte sein Anteil am Bruttosozialprodukt 1968 noch 3,3 % betragen, so war er 1972 auf 2,8 %.“⁸⁶⁶

Die Verteilung der Rüstungsgüterentwicklung und -produktion am gesamtwirtschaftlichen Aufkommen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland war äußerst unterschiedlich.⁸⁶⁷ Vor allem in Bayern war die wirtschaftliche Nachkriegsprosperität eng mit der Rüstungsindustrie verbunden, vorher spielte sie eine untergeordnete Rolle.⁸⁶⁸ Die bayerischen Politiker nutzten die Rüstungsgeldmittel gezielt für ihr Bundesland. Denn „der Verteidigungsetat [wurde] abwechselnd als sozialer Wohlfahrtsfonds im Inland, als außenpolitischer Gefälligkeitsfonds für diplomatische Beziehungen, als sozialkaritativer Ausgleichsfonds oder als für sonstige Zielsetzungen geeignet betrachtet“⁸⁶⁹.

Bayern profitierte davon besonders Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre, als viele Aufträge des Bundes wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage nach Bayern vergeben wurden. 1960 gingen 30 Prozent aller Investitionen des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) nach Bayern.⁸⁷⁰ Verteidigungsminister Strauß machte keinen Hehl aus der Bevorzugung seines Bundeslandes: „Während meiner Bonner Ministerzeit haben wir einiges für den BMW-Motorenbau in München-Allach getan. Für MAN waren die großen Aufträge für Militärlastwagen von großer Wichtigkeit. In Gestalt der MTU entstand ein leistungsfähiges Unternehmen für Großmotoren, für stationäre Motoren ebenso wie insbesondere für Flugmotoren.“⁸⁷¹

Das Land und die Industrie zogen ihren Nutzen daraus, insbesondere neben den genannten Unternehmen Krauss-Maffei, Messerschmitt, Dornier und Siemens, aber

⁸⁶⁶ Wörner, Bundeswehr und Haushalt, S. 350.

⁸⁶⁷ Der folgende Abschnitt wurde mit einigen Änderungen aus meiner Magisterarbeit übernommen. Vgl. Haslinger, Verteidigungspolitik und Ausrüstung, S. 77-79.

⁸⁶⁸ Vgl. Albrecht, S. Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, S. 55 u. Classen, Rüstungsausgaben und Wirtschaftsentwicklung, S. 121 u. 124.

⁸⁶⁹ Niederschrift über die Rede von Franz-Josef Strauß auf der Sitzung des (BDI-)Ausschusses für verteidigungswirtschaftliche Angelegenheiten am 10.06.1957 in Bonn, S. 6, zit. in: Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 501.

⁸⁷⁰ Vgl. Erich Schmidt-Eenboom / Ulrike Wax-Wörner, Die bayerische Waffenwirtschaft, in: Angerer, Jo / Schmidt-Eenboom, Erich (Hrsg.): Rüstung in Weiß-Blau – Politik und Waffenwirtschaft in Bayern, Starnberg 1988, S. 64-73, hier: S. 68 u. Bontrup / Zdrowomyslaw, Die deutsche Rüstungsindustrie S. 136.

⁸⁷¹ Strauß, Erinnerungen, S. 541f.

auch mittelständische Zulieferbetriebe. Wegen der guten finanziellen Ausstattung für die Forschung und wegen der, möglicherweise auch zivil nutzbaren, Hochtechnologie sind Rüstungsaufträge für diese Unternehmen interessant gewesen. Sie siedelten sich vermehrt in München und Umgebung an und konnten häufig auf eine rüstungswirtschaftliche Tradition aus der Zeit vor 1945 zurückblicken.⁸⁷²

Waren vor dem Zweiten Weltkrieg noch zwanzig Prozent der Aufträge in den Großraum Berlin und fünfzehn Prozent ins Ruhrgebiet geflossen, so änderte sich das wie erwähnt in der Nachkriegszeit sehr rasch.⁸⁷³ Die Industrie in Bayern hatte bereits 1960 wesentlich mehr Aufträge aus dem Rüstungsbereich, als deren Anteil an der Gesamtindustrieproduktion eigentlich ausmachen sollte. Die Abhängigkeit von Rüstungsaufträgen war in Bayern und speziell in München somit bedeutend höher als z.B. in den ehemaligen Hochburgen der Rüstungsindustrie in Nordrhein-Westfalen, wo nur noch knapp zwei Prozent aller Verteidigungskäufe getätigt wurden.⁸⁷⁴

Von den vier neuen deutschen Rüstungszentren München, Friedrichshafen, Bremen und Kassel war die Konzentration der Firmen im Raum München-Augsburg mit Messerschmidt-Blohm-Bölkow, Siemens, Krauss-Maffei, MTU, Rhode, Schwarz, und der Zahnradfabrik Renk am größten und ohne Weiteres vergleichbar mit Toulouse in Frankreich oder Waybridge und der Barrow-Region in England.⁸⁷⁵ Der SPIEGEL stellte 1971 fest: „Der ökonomische Aufschwung Münchens und Bayerns in den letzten Jahren hängt nicht zuletzt mit der Entstehung der Rüstungsindustrie zusammen.“⁸⁷⁶

Viele Firmen hatten ein gewisses Monopol auf dem Bereich ihrer Fertigung erlangt. Somit waren der Bundesregierung bei der Vergabe eines Auftrages in Deutschland weitgehend die Hände gebunden, zumal sie über keine staatlichen Rüstungsbetriebe verfügte. Der LEOPARD 1 wurde in diesem Umfeld gebaut. Im regionalen Schwerpunkt genuiner Rüstungswirtschaft, in München, wurde er von einer Firma produziert, die zum Großteil von Rüstungsaufträgen abhängig, dafür aber auf den Panzerbau spezialisiert war.⁸⁷⁷ Die Industrieregion Kassel war weit weniger auf die Produktion des

872 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 501; Schmidt-Eenboom, Die bayerische Waffenwirtschaft, S. 64f, 67 u. 70.

873 Vgl. Geyer, Deutsche Rüstungspolitik, S. 147.

874 Vgl. Classen, Rüstungsausgaben und Wirtschaftsentwicklung, S. 146; Geyer, Deutsche Rüstungspolitik, S. 210f u. Zimmermann / Klingemann, Der Einfluss der Verteidigungverkäufe auf die Regionalstruktur, S. 54 u. 56. Die Rüstungsindustrie brachte für Bayern viele positive, aber auch einige negative Situationen. Vgl. dazu Classen, Rüstungsausgaben und Wirtschaftsentwicklung, S. 154.

875 Vgl. Bontrup, Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, S. 138f.

876 Grossner, Wir wurden schon kräftig hereingelegt, S. 92.

877 Vgl. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 96; Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 23 u. Bontrup / Zdzrowomyslaw, Die deutsche Rüstungsindustrie, S. 46f.

MARDER und seinen verschiedenen Fahrzeugunterklassen angewiesen.⁸⁷⁸ Als Vater der bayerischen und auch deutschen Rüstungsindustrie kann Franz Josef Strauß gelten. Er setzte sich massiv für Bayern und die dortige Rüstungsindustrie ein. Seine Politik, Rüstungskompetenz nach München zu holen oder zu erhalten war von Erfolg gekrönt. Die Produktion des LEOPARD 1 und vieler verschiedener Komponenten für andere Waffensysteme erfolgte nicht zuletzt aus diesem Grund in Bayern.⁸⁷⁹

IV. Lernen aus den Fehlern der Vergangenheit? Das Beschaffungswesen der Bundeswehr und ihre Veränderung bei LEOPARD 1 und MARDER

IV.1 Die Organisation der Rüstungsgüterbeschaffung im Bundesverteidigungsministerium in den fünfziger und sechziger Jahren

Für die neu entstehende Bundeswehr musste 1956 eine Organisation geschaffen werden, die 500000 Soldaten adäquat ausrüsten und das Beschaffungsverfahren für die einzelnen Waffensysteme durchführen konnte. Geplant war eine zivile Bundesoberbehörde, die sich um alle Vorgänge rund um die Ausrüstung der Bundeswehr kümmern sollte. Nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges wurde sie komplett aus der militärischen Hierarchie herausgelöst und sollte teilstreitkraftübergreifend in Zusammenarbeit mit der Rüstungswirtschaft agieren, was auch zur Folge hatte, dass die verfügbaren militärischen Spezialisten im technischen Bereich effizienter eingesetzt werden konnten.⁸⁸⁰ Die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine verloren ihre Kompetenzen auf dem Gebiet der Rüstung. Mit Blick auf das sehr einfach gehaltene sowjetische Beschaffungssystem und die Reibungsverluste der deutschen Behörden während des Krieges, war eine Verbesserung des Ablaufes dringend geboten.⁸⁸¹

„Das BWB hat im Rahmen der unter den allgemeinen Bemerkungen geschilderten exekutiven Durchführung die gesamte materielle Ausrüstung der Bundeswehr [...] bis zu den Großgeräten und Waffensystemen bereitzustellen.“⁸⁸² Konkreter gesagt waren die

⁸⁷⁸ Vgl. Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 177.

⁸⁷⁹ Vgl. dazu Kap. II.4.3.

⁸⁸⁰ Vgl. Abild / Klinker / Suhle, Organisation und Verfahren, S. 48 u. 50; Caspar, Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, S. 16; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 504 u. 511f; ders., „Nun siegt mal schön“, S. 409f; Linnenkamp, Rüstungsplanung und Rüstungspolitik, S. 33. Rüstungswirtschaft schloß im weitesten Sinne alle Unternehmen ein, die mittel- oder unmittelbar für Streitkräfte entwickelten, forschten, produzierten ect. Vom Großkonzern bis hin zu einer Softwarefirma waren alle Arten dabei. Schmidt-Eenboom, Die bayerische Waffenwirtschaft, S. 64.

⁸⁸¹ Vgl. Köppl, Rüstungsmanagement und Verteidigungsfähigkeit der NATO, S. 142 u. 149.

⁸⁸² Caspar, Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, S. 15. Vgl. ausf. zum Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung Theodor Benecke, Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung Mittler zwischen Industrie und Bundeswehr, in: WEHRTECHNISCHE MONATSFESTE 8 (1966), S.

Aufgaben erstens die Erprobung der technischen Entwicklung, zweitens die Erprobung von Wehrmaterial, drittens die Fertigungsvorbereitungen desselben, viertens die zentrale Beschaffung von Wehrmaterial, fünftens die Gütesicherung und Güteprüfung von Lieferungen und Leistungen der Rüstungsgüterhersteller und sechstens die Steuerung der dezentralen Beschaffung von Wehrmaterial.⁸⁸³

Im Bundesverteidigungsministerium wurden zunächst nach einigen Umstrukturierungen die Abteilung XI Planung und Beschaffung, die Abteilung X Verteidigungswirtschaft und Abteilung XII: Technik, Forschung und Entwicklung aufgestellt. Ab November 1957 wurde die Abteilung XI als Nukleus des Amtes für Wehrtechnik und Beschaffung aus dem Ministerium ausgegliedert und ab September 1958 offiziell als BWB bezeichnet.⁸⁸⁴ Nach dem Scheitern der EVG wollte Wirtschaftsminister Ludwig Erhard das Beschaffungswesen nach möglichst zivilen Maßstäben und in staatlicher Hoheit in Gestalt der Prärogative des Bundeswirtschaftsministeriums sehen, das die Kooperation zwischen Behörden und industriellen Verbänden koordinieren sollte. Denn den Sachverstand der Industrie in den Arbeitskreisen- und gruppen des BDI wollte er mehr in Anspruch nehmen als bis dato geschehen.

„Grundlage für die Organisation und die Methoden der militärischen Beschaffungspolitik auf die sich Blank und Erhard am 2. November 1954 geeinigt hatten, waren die ‚Leitsätze‘.“⁸⁸⁵ Sie waren ein Bekenntnis zur Unteilbarkeit der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik nicht zuletzt in der Rüstung unter Führung des Wirtschaftsministers in einem Sechserausschuss. Typenauswahl und technische Vorbereitung im BWB waren Aufgabe des Verteidigungsressorts, das Wirtschaftsministerium sollte sich um Investitionen, Außenwirtschaft, Lenkung, Preispolitik und alle anderen wirtschaftlichen Themen kümmern.⁸⁸⁶ Aus diesem Grunde wurde 1957 beim BWB eine Verbindungsstelle des Wirtschaftsministeriums eingerichtet, die von einem Ministerialrat mit drei Assistenten geleitet, engen Kontakt zu den 30 Referaten des BWB halten sollte.

Die Aufgaben der Verbindungsstelle waren die Sicherung des Wettbewerbes und die Festlegung der Vergabeart. Denn nur mit Zustimmung der Verbindungsstelle durfte das BWB von einer öffentlichen Ausschreibung abweichen. Im Prinzip musste die Beschaf-

329-338 u. Steinbrink, Wehrtechnik und Beschaffung, S. 26-45.

883 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 504. Vgl. dazu ebenso Abild / Klinker / Suhle, Organisation und Verfahren, S. 50f u. Caspar, Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, S. 16-18.

884 Vgl. Abild / Klinker / Suhle, Organisation und Verfahren, S. 49; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 503f.

885 Abelshauser, Wirtschaft und Rüstung, S. 139.

886 Vgl. ebd., S. 139f.

fung im militärischen Bereich nach der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) erfolgen. Sie wurde 1954 in Zusammenarbeit zwischen dem Amt Blank, dem Wirtschaftsministerium und dem BDI um die Vergabe von Verteidigungsaufträgen ergänzt. Drei Arten von Ausschreibungen waren grundsätzlich möglich, die öffentliche Ausschreibung, die beschränkte Ausschreibung und die freihändige Vergabe ohne Ausschreibung. Erstere sollte das Standardprozedere werden, die beiden anderen die Ausnahme bleiben. Bei einer öffentlichen Ausschreibung musste nach § 24 VOL demjenigen der Zuschlag gewährt werden, der das wirtschaftlichste Angebot unter Betracht aller Umstände abgab. Ausnahmen wurden aber zugelassen, z.B. bei der Förderung von mittelständischen Betrieben oder Firmen von Heimatvertriebenen.⁸⁸⁷

Darüber hinaus existierte ein Länderausschuss für Beschaffungswesen, der bei der Verbindungsstelle aufgehoben war und die Interessen der Bundesländer vertreten sollte.⁸⁸⁸

Bis 1958 musste das „Beschaffungswesen der Bundeswehr auf allgemeine wirtschaftspolitische Ziele Rücksicht nehmen. Insoweit hatte sich das Verhältnis von ‚Wehrwirtschaft‘ zur Gesamtwirtschaft im Vergleich zur Zeit von 1945 gerade umgekehrt.“⁸⁸⁹

Im Laufe der 1950er und 1960er Jahre verloren der gemeinsame Sechserausschuss und die Leitsätze der Zusammenarbeit zwischen Bundeswirtschafts- und Bundesverteidigungsministerium jedoch immer mehr an Bedeutung. Nicht nur wie ursprünglich geplant rein marktwirtschaftliche, sondern auch spezifische Instrumente der Rüstungsbeschaffung in Kooperation mit den Unternehmen wurden notwendig. Daher wurde Ende der 1950er Jahre die Prärogative des Wirtschaftsministeriums faktisch aufgehoben. Zu oft hatte sie die Durchführung von Beschaffungsvorgängen unnötig behindert.⁸⁹⁰

Bevor ein Waffensystem beschafft werden konnte, wurden im BWB etliche Fragen aufgeworfen. Welches Gerät ist in konkreter Situation geeignet? Welche Stückzahlen kommen in Betracht und zu welchem Zeitpunkt? Ist es ein personell, technisch, infrastrukturell, logistisch und wartungsmäßig machbares System? Kann eine Standardisierung durch das Modell erfolgen und ist es kostenwirksam? Sollte eine In- oder Aus-

887 Vgl. ebd., S. 142f u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 506-508.

888 Vgl. Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 179. Caspar, Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, S. 90-92. Zu den Aufgaben der Verbindungsstelle und des Länderausschuss vgl. ebd., S. 92-94.

889 Abelshauser, Wirtschaft und Rüstung, S. 146. Vgl. dazu auch Kollmer, „Nun siegt mal schön“, S. 405.

890 Vgl. ders., Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 179 u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 505.

landsbeschaffung erfolgen? Würde eine Eigenentwicklung oder ein fertiges Modell besser sein? Sollte in Lizenz oder Koproduktion gefertigt werden, bi- oder multilateral, europäisch oder transatlantisch?⁸⁹¹ „Sind die Gesichtspunkte des Deivsenausgleichs, der Kompensation, der deutschen Technologie und der kontinuierlichen Auslastung der Kapazitäten zu berücksichtigen?“⁸⁹² Die Zunahme der Bürokratie war zur Klärung dieser Fragen vorprogrammiert. Außerdem führte die hohe Komplexität der Rüstungsgüterbeschaffung zu einer Spezialisierung und damit Monopolbildung bei einigen Firmen der Branche.⁸⁹³ Oftmals erhielten sie die Aufträge durch das Verteidigungsministerium über eine freihändige Vergabe oder eine beschränkte Ausschreibung, was durchaus kritisch gesehen wurde. „Wenn ein solches Verfahren zur Regel wird, entartet der Wettbewerb zur bloßen Formalie und verliert seine leistungsstimulierende Wirkung ebenso wie seinen positiven Effekt für die Senkung der Beschaffungskosten. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß auch die staatliche Auftragsvergabe ganz allgemein immer mehr zu einem Instrument der Konjunktur-, Struktur-, Regional-, und in den letzten Jahren der Beschäftigungspolitik geworden ist.“⁸⁹⁴

Andererseits führte die Spezialisierung einiger weniger Firmen auf die Rüstung dazu, dass diese über die entsprechenden Hallen, Fertigungsstraßen und Fachleute verfügten, um die Aufträge der Bundeswehr durchführen zu können. „Es ist [daher] allgemeine Erfahrung, daß die beschränkten Ausschreibungen und die freihändige Vergebung im Rüstungswesen meist die weitaus zweckmäßigeren Beschaffungsverfahren sind.“⁸⁹⁵ Davon profitierten in besonderem Maße deutsche Firmen wie Krauss-Maffei, Henschel oder Rheinmetall.⁸⁹⁶

In den Anfangsjahren des Beschaffungswesens litt das BWB an einem Mangel an Material und Fachpersonal sowie an der Annuität des Rüstungsbudgets, was die Unternehmen häufig ausnutzten. 200 Mitarbeiter sollten zu Beginn 200000 Angebote abar-

891 Vgl. Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, 19. Grundsätzlich waren folgende Aspekte bei rüstungspolitischen Fragestellungen zu bedenken: 1. Welche Mittel sollen für Verteidigung insgesamt ausgegeben werden? 2. Wieviele davon sind Rüstungsinvestitionen? 3. Wie groß ist der Anteil an Forschung & Entwicklung? 4. Wie sind die Mittel auf die Teilstreitkräfte zu verteilen? 5. Entsprechen die Prioritäten dem strategischen Gesamtkonzept? Vgl. ebd., S. 19 und 21.

892 Ebd. Zum Beschaffungsgang, den rechtlichen Grundlagen und den Arten der Vergabe vgl. ausf. Steinbrink, Wehrtechnik und Beschaffung, S. 9-12 u. 17-21.

893 Vgl. Köppl, Rüstungsmanagement und Verteidigungsfähigkeit der NATO, S. 135; Pauli, Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr, S. 232-234.

894 Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 51.

895 Schneider, Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen beim Aufbau einer Rüstungswirtschaft, S. 244.

896 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 45 u. 51f; Grossner, Wir wurden schon kräftig hereingelegt, S. 88 u. 90.

beiten, was unmöglich zu erfüllen war. Für Luftwaffe und Marine wurden sogar Unterstützungsgesellschaften ins Leben gerufen. Vor allem dass die Beamten mit den ökonomischen Abläufen noch nicht so gut vertraut waren, machten sich die Firmen unter dem hohen Zeitdruck des Streitkräfteaufbaus zu Nutze.⁸⁹⁷

Bei einem neuen Rüstungsprojekt war zunächst die Formulierung einer militärischen Forderung erforderlich. Den Hauptanteil dazu leisteten die Abteilung Wehrtechnik und die jeweilige Teilstreitkraft unter Beteiligung des BWB, der Haushalts- und der Wehrwirtschaftsabteilung des Verteidigungsministerium und in Einzelfällen auch der Industrie. Stand das Konzept, wurde für die Forderung eine technisch realisierbare Lösung durch die Abteilung Wehrtechnik mit dem BWB und der Industrie unter Beteiligung der Streitkräfte gesucht.

Das Ergebnis war die Grundlage einer Anweisung zur Entwicklungsdurchführung an das BWB, die von der Industrie ein oder mehrere Prototypen herstellen ließ, welche in allen wichtigen Eigenschaften und Leistungen, in Preis und beim Liefertermin den ausgehandelten Bedingungen zu entsprechen hatten. Erprobungsstellen und Truppenversuch folgten. Nach der Behebung aller Mängel wurde die Einführungsreife ausgesprochen und nach der Prüfung wirtschaftlicher und haushaltärischer Punkte und ggf. der politischer Absicherung wurde eine Einführungsgenehmigung durch das Bundesverteidigungsministerium erlassen.

Im Rahmen der Beschaffung übernahm nun die Abteilung W die Verantwortung von T. Das BWB hatte für die Fertigungsvorbereitung und die Null-Serie, wenn erforderlich auch für die Kontrolle der Serienfertigungseinrichtungen zu sorgen. Anschließend erfolgte die Serienfertigung und die Auslieferung an die Truppe bzw. in die Depots der Bundeswehr. Nutzung, Wartung, Instandsetzung, Kampfwertsteigerungen und wehrtechnische Betreuung erfolgten durch die Abteilungen T und W des Ministeriums sowie durch das BWB.⁸⁹⁸

Für die technischen Aspekte von Kampf- und Schützenpanzern im Speziellen war die Abteilung Kraftfahrzeuge und Betriebsstoffe (KB) zuständig, für die Erprobung aller Rad- und Kettenfahrzeuge die Wehrtechnische Dienststelle 41 in Trier.⁸⁹⁹

897 Vgl. Bode, Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, S. 21; ders., Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 45f; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 498, 503 u. 512f; ders., „Nun siegt mal schön“, S. 406-408.

898 Vgl. Abild / Klinker / Suhle, Organisation und Verfahren, S. 52 u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 506f.

899 Vgl. Caspar, Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, S. 45 u. 58; Willikens, Wehrtechnik Land, S. 150.

Im Rahmen der Erprobung wurde ein Vergleich der Fahrzeuge, falls es mehrere gab, nach wissenschaftlichen Richtlinien erstellt. Sie wurden nicht von Firmenangehörigen, sondern dem Personal der jeweiligen staatlichen Stellen durchgeführt. Die Erprobungsweisung legte auf vier Punkte wert: Erstens die Einhaltung der technischen Forderungen, zweitens die Funktionsfähigkeit unter allen in Frage kommenden Betriebsbedingungen, drittens die Handhabung und Instandhaltung bei der Truppe und viertens die Verschleiß- und Standfestigkeit, also die Lebensdauer und Zuverlässigkeit des zu prüfenden Fahrzeuges. Die BWB-Erprobungsstellen halfen auch den Firmen, wenn diese selbst Versuche machen wollten und beispielsweise für das Testschießen keine eigenen Anlagen hatten.⁹⁰⁰

In der Theorie klang das Vorgehen bei der Beschaffung eines Waffensystems logisch und nachvollziehbar. Die Realität sah insbesondere zu Beginn der Rüstungsgüterbeschaffung ganz anders aus, wie das Beispiel des Schützenpanzers HS 30 zeigt. Auf der Grundlage eines Holzmodells wurde unter dem Zeitdruck möglichst schnell ein 500000-Mann Heer auszubauen ein Vertrag mit Hispano-Suiza über 12000 Fahrzeuge geschlossen. Eine funktionierende Rüstungsverwaltung existierte zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Als Lobbyisten tätige ehemalige Mitarbeiter des Heereswaffenamtes mit entsprechenden Seilschaften konnten fast unabhängig agieren. Der Vertrag wurde so formuliert, dass nichts über die Truppenbrauchbarkeit oder die Kriegsverwendungsfähigkeit des Schützenpanzers erwähnt wurde.⁹⁰¹

„Der gesamte Ablauf dieser Beschaffung verlief von Anfang bis zum Ende derart desaströs ab und ist selbst heute noch schwer zu begreifen, aber da hohe Stückzahlen und lukrative Geschäfte zu erwarten waren, hatten sich hier die Politik, Beschaffungsstellen und vor allem die Lobby der Industrie ein brillantes Husarenstück geleistet.“⁹⁰²

Das Beschaffungswesen krankte folglich an diversen Problemen. „Ungenau abgefasste Verträge, illoyale Mitarbeiter, gegeneinander arbeitende Abteilungen, Personalmangel, unfertige Strukturen, windige Geschäftsleute und sensationslüsterne Journalisten“⁹⁰³. Durch die Fülle von Aufgaben waren die staatlichen Stellen überfordert. „Alle Voraussetzungen für die Entstehung eines militärisch-industriellen Komplexes waren damit gegeben: eine dichte und leistungsfähige rüstungswirtschaftliche Organisation Seitens

900 Vgl. Caspar, Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, S. 54f.

901 Vgl. Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 144; Strauß, Die Erinnerungen, S. 289f.

902 Schreiber, Die Wehrtechnik bei der HANOMAG, S. 131.

903 Kollmer, Rüstungsgüterbeschaffung in der Aufbauphase der Bundeswehr, S. 134.

der Industrie, eine große Zahl ehemaliger Rüstungsexperten aus dem Heereswaffenamt und anderer Beschaffungsstellen der früheren Wehrmacht, die der Industrie als Lobbyisten zur Verfügung standen, ein schwaches öffentliches Beschaffungswesen, das auf den sachlichen Rat und die Expertise der Industrie angewiesen schien, und ein zu erwartendes gigantisches Ausgabenvolumen, das die ganze Angelegenheit lohnend erscheinen ließ.⁹⁰⁴

Erst das HS 30-Debakel setzte ein Umdenken in Gang. Zu stark hatten sich die Unzulänglichkeiten im Beschaffungswesen gezeigt. Die daraus folgenden Lernprozesse mündeten in die Erfolgsgeschichten von MARDER und LEOPARD 1.⁹⁰⁵

IV.2 Veränderungen im Beschaffungsprozess der Bundeswehr und die Einsetzung von Generalunternehmern bei neuen Rüstungsprojekten

Bundeswehr, Beschaffungsbehörden und Industrie waren sich nach den Problemen mit diversen Rüstungsvorhaben in den 1950er Jahren einig, dass sich etwas verändern musste, um die Waffensysteme für die deutschen Streitkräfte schneller, kostengünstiger und qualitätsvoller zu gestalten. Insbesondere das Militär drängte wegen nicht eingehaltener Lieferverträge und den Unzulänglichkeiten durch die Auslandsbeschaffungen auf eine engere Einbindung der heimischen Industrie und eine Optimierung des Rüstungsprozesses.

Die Beschaffungsabteilungen bewiesen ein hohes Maß an Lernfähigkeit und zogen mit dem BWB gemeinsam Lehren aus der Vergangenheit. In Zukunft sollten keine überstürzten Verträge mehr geschlossen, die Vertragswerke von mehreren Instanzen geprüft und standardisiert sowie die Vergabe neu geregelt werden.⁹⁰⁶

Die beschränkte Vergabe wurde gerade bei wichtigen Projekten favorisiert. Die Aufträge waren nur noch an Firmen von exzellentem Ruf, Spezialgerät an Unternehmen mit großer Expertise zu vergeben.⁹⁰⁷ Die Waffen sollten vor der Einführung zahlreichen Erprobungen im technischen und taktischen Bereich unterzogen werden,⁹⁰⁸ was

904 Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 177f.

905 Thoß, Einführung, S. 13.

906 Vgl. zu den Maßnahmen der Neuordnung im Beschaffungswesen, insbesondere für die Zeit nach 1970 durch Helmut Schmidt Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1971/1972, S. 138-140.

907 Vgl. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 281; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 518 u. 612; ders., Rüstungsgüterbeschaffung in der Aufbauphase der Bundesrepublik, S. 264 u. Mann, Das Bundesministerium der Verteidigung, S. 158.

908 Vgl. Hauska, Gedanken zur Entwicklung von Kettenfahrzeugen, S. 483.

wiederum zu organisatorischen Problemen führte. Die räumliche Enge in der Bundesrepublik und die dichte Besiedelung des Bundesgebietes gestatteten nur Erprobungen von Waffen mit nicht allzu großer Reichweite und Zerstörungskraft. „Dies bedeutet – von den erhöhten Kosten einmal ganz abgesehen – ein erhebliches Handicap für die Entwicklung eigener, leistungsgesteigerter Waffen und Munition, zumal Fortschritte in der Simulationstechnik letztendlich die Prüfung der Prototypen unter realen Einsatzbedingungen nicht ersetzen können.“⁹⁰⁹

Gerade die Luftwaffe hatte darunter zu leiden, wie man beispielsweise am Ärger um den Bombenabwurfplatz in Siegenburg sieht. Bis heute finden deren Erprobungen und Übungen für Flugzeuge und Flugabwehrraketen daher zu einem großen Teil in den Vereinigten Staaten und auf Kreta statt. Für die Versuche mit den Fahrzeugen des Heeres war das Problem nicht so virulent. Lediglich die Tests unter extremen klimatischen Bedingungen mussten in Sardinien und Kanada durchgeführt werden.⁹¹⁰

Gerade den Erprobungen wurde besonders viel Aufmerksamkeit geschenkt. Im BWB wurden zu diesem Zweck vier Vorschalt- und acht Geräteabteilungen, u.a. für Pioniergerät, Kraftfahrzeuge, Betriebsstoff und allgemeines Truppengerät eingerichtet.⁹¹¹ „Der personelle und materielle Ausbau der Erprobungsstellen liegt nicht nur im Interesse der Wehrtechnik; er kommt auch den Entwicklungs- und Fertigungskapazitäten der Industrie, dem Fortschritt unseres naturwissenschaftlich-technischen Bildungsstandes und unserer Fähigkeit zur Mitwirkung an Gemeinschaftsvorhaben zugute.“⁹¹²

Der Gesamtbeschaffungsvorgang wurde in den 1960er Jahren in elf Schritte untergliedert. Zunächst wurden die Militärischen Forderungen der Abteilungen im BMVg in den Abteilungen IV, V, VI oder VII (Streitkräfte, Heer, Luftwaffe oder Marine) und in Abteilung XII (Forschung und Entwicklung) gemeinsam aufgestellt. Danach prüfte Abteilung XII ob auf dem freiem Markt ein passendes System verfügbar war, sonst wurde sofort eine Weiter- oder Neuentwicklung in Betracht gezogen. Darauf führte das BWB in den Erprobungsstellen der Bundeswehr interne Entwicklungen durch, für Kraftfahrzeuge und Panzer ab 1959 in der bereits erwähnten WTD 41 in Trier. Modellschau und Auswahlvorführungen, mit anschließender Typenfestlegung durch das Bundesverteidigungsministerium folgten. In einem fünften Schritt wurden die

909 Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 27.

910 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 27.

911 Vgl. Mann, Das Bundesministerium der Verteidigung, S. 153.

912 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1969, S. 66.

Versuchsstäbe der Truppschulen von den WTDs, beispielsweise die Kampftruppenschulen in Munster für Kettenfahrzeuge, eingeschaltet, woraufhin Abteilung XII des Ministeriums das zu beschaffende Gerät genau beschreiben musste, um der Industrie entsprechende technische Lieferbedingungen bzw. vorläufige technische Lieferbedingungen an die Hand zu geben, die das System beschaffungsreif machen sollten. Die Abteilung X (Verteidigungswirtschaft) im Ministerium legte die Menge und Zeitraum für das Bedarfsprogramm fest, das mit Sechserausschuss und vor allem dem Wirtschaftsministerium abgestimmt wurde. Nach einer Einigung legte Abteilung IV das Bedarfsprogramm dem Haushalts- und dem Verteidigungsausschuss vor. Das Bundesfinanzministerium billigte es danach in Art, Menge und Zeit. Anschließend gab die Abteilung X dem BWB in Form einer Beschaffungsanweisung die Freigabe zum Kauf. Das BWB war stets bemüht, den Selbstkostenpreis zu ermitteln, da bei vielen Beschaffungsprogrammen die Auswahl an geeigneten Unternehmen sehr beschränkt war.⁹¹³ Er war bei Entwicklungsaufträgen die Regel, nicht die Ausnahme. Sonst hätte sich wohl keine Firma bereiterklärt, ein neues Waffensystem zu erforschen. Das Problem war natürlich, dass sich dieses Vorgehen als wettbewerbsrelativierend und abträglich für einen Leistungsanreiz herausstellte, aber es gab keine andere Möglichkeit. Die Preise mussten zumindest von den Behörden nachkalkulatorisch überprüft werden. Mit Anreizgewinnregelungen versuchte man der Problematik des Selbstkostenpreises beizukommen, da aber bei einer Neuentwicklung alles Schätzwerte waren, war diesem Versuch letztendlich kein Erfolg beschieden. Umso höher das technische Niveau der Neuentwicklung lag, desto schwerer gestaltete es sich, die Preise niedrig zu halten und unternehmerischen Wettbewerb zu generieren.⁹¹⁴ Daher wurde, um zumindest eine Teilverantwortung an die Firmen weiterzugeben, vom Entwicklungsauftrag bis zur Auslieferung die Bezahlung der nötigen Schritte geregelt und ein Serienauftrag erst nach eingehender Erprobung erteilt. So blieb der Bundesrepublik die Möglichkeit, jederzeit aus einem Projekt ohne unverhältnismäßigen Schaden für Staat oder Unternehmen auszusteigen. Die Baugruppen ließ das BWB folglich individuell entwickeln und machte einzelne Ausschreibungen auf den jeweiligen Gebieten. Bei Problemen konnte dann immer mit dem betreffenden Baugruppenhersteller verhandelt und bei Bedarf die Zusammenarbeit sogar gekündigt werden, ohne dass das Gesamtprojekt

913 Vgl. Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 145f. Vgl. für das Beschaffungsverfahren auch ausf. Mann, Das Bundesministerium der Verteidigung, S. 154-156.

914 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 53.

aufgehalten wurde.⁹¹⁵ Erst wenn ein Waffensystem wirklich reif für einen Truppenversuch war, wurde es der Bundeswehr zur Verfügung gestellt.⁹¹⁶ In den 1960er Jahren gelang es dem daher speziell dem deutschen Heer mit Unterstützung von Industrie und Beschaffungswesen von der Breiten- in die Tiefenrüstung überzugehen. Fahrzeugfamilien, effizientes, gut ausgebildetes Personal, ein geringer Bedarf an Instandsetzung und Materiallagerung und enge Verzahnung der Beteiligten bei Rüstungsprojekten aber auch ein Monopol des jeweiligen Anbieters und eine hohe Abhängigkeit von einem Modell waren Kennzeichen dieses Vorganges.⁹¹⁷

Die Panzerentwicklung beschäftigte sich in erster Linie mit einer klaren Aufgabenstellung und begrenzung von militärischer Seite, der Frage was technisch wirklich machbar war und was nicht. Das Verteidigungsministerium war für die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit zuständig, um den Staat vor einer Kostenfalle zu bewahren. Außerdem sollte andererseits alles getan werden, um den Soldaten Waffen an die Hand zu geben, mit denen sie ihre Aufgaben erfüllen konnten.⁹¹⁸ Der Trend ging zu zuverlässigen, einfach zu bedienenden, zu pflegenden, zu wartenden und Instand zu setzenden Kettenfahrzeugen, vor allem weil dem Militär wegen der Arbeitsmarktlage wenige Spezialisten zur Verfügung standen.⁹¹⁹

Panzer als Großgeräte hatten an sich eine lange Entwicklungsdauer, gerade wegen der Zwangspause nach dem Zweiten Weltkrieg. Überlappende Entwicklungsschritte wurden getätigt, um einigermaßen in der Zeit zu bleiben. „Neu und für den zeitlichen Ablauf von entscheidender Bedeutung war die Zusammenfassung der Erprobung an einer einzigen Erprobungsstelle, bei der unter Mitwirkung von Industrie und Behörden alle Versuche mit dem Panzer als Ganzes wie auch mit den verschiedenen Baugruppen des Waffensystems gesondert stattfanden.“⁹²⁰

Da das BWB beim Managementprozess eines modernen Waffensystems an seine Grenzen stieß, gab es eine weitere Neuerung, die eine Beschaffung von Rüstungsgütern vereinfachen sollte. Als Generalunternehmer sollte eine Firma für den reibungslosen Ablauf eines Projektes verantwortlich zeichnen.⁹²¹ „Unabhängig von der Modellentscheidung und von der Freigabe der Produktion ist auf der Grundlage einer Beschaffung

915 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 518 u. ders., Rüstungsgüterbeschaffung in der Aufbau-
phase der Bundesrepublik, S. 265.

916 Vgl. Wüst, LEOPARD – Symbol eines umfassenden Waffensystems, S. 26.

917 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 519.

918 Vgl. Die neue Kampfpanzergeneration des deutschen Heeres, S. 286.

919 Vgl. Hauska, Gedanken zur Entwicklung von Kettenfahrzeugen, S. 483.

920 Vgl. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 40.

921 Vgl. Grams, Transatlantische Rüstungskooperation, S. 103; Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 73.

von insgesamt 1.500 Fahrzeugen die Auswahl eines Generalunternehmers für die Fertigung des Kampfpanzers, mittel, zu betreiben. [...] Hierbei ist besonderer Wert auf die Organisationsvorschläge der in Betracht kommenden Auftragnehmer zu legen.“⁹²²

Beim LEOPARD 1 wurde für diesen Zweck Krauss-Maffei aus München, beim MARDER Rheinstahl-Henschel aus Kassel ausgewählt. In der Regel wurde nicht wie beim Kampfpanzer erst mit der Serienproduktion, sondern bereits in der Entwicklungsphase so verfahren.⁹²³

Die Aufgaben des Generalunternehmens waren vielfältig. Vom Erstellen der vertraglichen Grundlagen mit dem Auftraggeber, dem konstruktiven Serienreifmachen mit einfacher und wirtschaftlicher Fertigung über die Materialerhaltung und das leichte Bedienen des Fahrzeuges mit wenig Ermüdung, dem Mitwirken bei den Technischen Lieferbedingungen, dem Erstellen der Technischen Dienstvorschriften, dem Vorschlag für die Ersatzteillieferung, dem Durchführen des Änderungsdienstes in Zeichnungen der Technischen Dienstvorschriften, bis hin zum Führen der Ersatzteillisten war die Firma zuständig. Das Erstellen der vertraglichen Grundlagen mit Teil- und Unterlieferanten, der Aufbau der Taktstraße für die Serienfertigung und das Anlegen eines Prüfgeländes für die Prüfung und Endabnahme durch die Bauaufsicht der Bundeswehr, das Einrichten von Montagestellen für angelieferte und zu montierende Baugruppen, das Herstellen der nicht von anderen Firmen zu beziehenden Einzelteile, das Entwickeln von Sonderfahrzeugen, Einrichten einer Wareneingangskontrolle für alle der Taktstraße zuzuführenden Baugruppen und -teile, die Serienfertigung im Taktverfahren, die Prüfung, Abnahme und Versand der fertiggestellten Panzer waren genauso Teil des Vertrages wie die Schulung des ersten Lehrpersonals der Bundeswehr für das Fahrzeug in allen Varianten und das Einrichten eines technischen Außendienstes zur Betreuung der Panzer bei der Truppe.⁹²⁴

Die Referate W III 2 und T III 2 des Bundesverteidigungsministeriums fassten für das Kampfpanzerprogramm zusammen: „Aufgabe des Generalunternehmers ist die verantwortliche Koordinierung der Vorfertigungen, Unterlieferungen und Endmontage der Fahrzeuge. Er soll bezüglich der Liefertermine und des Produktionsrhythmus den optimalen Ausstoß von Fahrzeugen bei wirtschaftlichster Fertigung ermitteln und dabei an der Truppenerwartung eines möglichst baldigen Zulaufs von monatlich 50 Kampf-

922 Schreiben der Referate W III 3 und T III 2 des Bundesministeriums der Verteidigung an das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz bezgl. Generalunternehmenschaft für den Kampfpanzer mittel vom 11.09.1962, BA-MA – BW 1 / 4387, S. 1.

923 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 52.

924 Vgl. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 74. Vgl. ausf. ebd., S. 74-78.

panzern orientiert sein. [...] Es ist davon auszugehen, daß die Fahrzeuge an höchstens zwei Stellen endmontiert werden. [...] Etwaige Aufteilung der Vormontagen, der Einzelteile – und Baugruppenfertigung hat ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erfolgen.“⁹²⁵

Um diese Flut an Anforderungen zu erfüllen, wurde auf die damals neuartige Netzplantechnik für Gesamtprojekt zurückgegriffen. Sie war eine Art Übersicht von Abläufen sowie sachlichen und zeitliche Abhängigkeiten. Vor der amtlicher Endprüfung eines Fahrzeuges gab es eine firmeneigene. Modernes Projektmanagement hielt Einzug in den Rüstungsbereich.⁹²⁶ Die Beschaffung des LEOPARD 1 darf dabei getrost als Pilotprojekt in der Bundesrepublik Deutschland betrachtet werden. 2700 Firmen waren an seiner Produktion beteiligt, 450 davon lieferten unmittelbar an Krauss-Maffei, darunter AEG-Telefunken (Zielscheinwerfer, Infrarot), Blohm & Voss AG (Panzerwannen), Diehl KG (Gleisketten), Jung Jungenthal (Laufwerkseinheiten, Schweißgruppen für die Wanne, später wesentliche Baugruppen des Bergepanzers), Luther-Werke (Bauteile für das Fahrgestell), MaK Kiel (Wannen, Gerätekästen, Verkabelung, später selbst Generalunternehmer für die Fertigung des Berge-, Pionier- und Brückenlegepanzers), MTU (Motoren), Rheinmetall (Waffenanlage ohne Rohr und anteilig Türme), Wegmann (anteilig Türme), ZF Friedrichshafen (Getriebe und Seitenvorgelege) und Carl Zeiss (Entfernungsmessgerät und Tageslicht-Zielfernrohr für das optische Feuerleitsystem des LEOPARD 1).⁹²⁷

„Bei der Entwicklung und Produktion des Kampfpanzers Leopard wurden wichtige technische und wirtschaftliche Erfahrungen gesammelt.“⁹²⁸ Gleiches galt auch für den Ablauf des Generalunternehmerprozesses für den Jagdpanzer KANONE durch die gemeinsame Gesellschaft für Kraftfahrzeuge mbG (GeKA) von Rheinstahl-Hanomag und Henschel.⁹²⁹ Die Industrie, das BWB und die betreffenden Abteilungen des Bundesverteidigungsministeriums konnten die Erfahrungen beim Abwickeln der beiden Projekte hervorragend für weitere Aufgaben bei der Beschaffung von modernen Waffensystemen für das deutsche Heer nutzen.

925 Schreiben der Referate W III 3 und T III 2 des Bundesministeriums der Verteidigung an das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz bezgl. Generalunternehmerschaft für den Kampfpanzer mittel vom 11.09.1962, BA-MA – BW 1 / 4387, S. 1

926 Vgl. Theodor Benecke, Modernes Management bei der Entwicklung von Großgerät der Bundeswehr, in: JAHRBUCH DER WEHRTECHNIK 4 (1969), S. 14-16, hier: S. 15 u. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 75.

927 Vgl. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 79-86.

928 Benecke, Modernes Management, S. 16.

929 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 562.

IV.3 Krauss-Maffei und die Produktion der LEOPARD-Familie

Der LEOPARD 1 war das erste, später auch international erfolgreiche, Großwaffenprogramm des deutschen Heeres, das im Inland entwickelt und produziert wurde. Zum ersten Mal flossen bedeutend mehr als 50 Prozent der Beschaffungsmittel in die heimische Industrie. Die wichtigsten Aufträge gingen dabei an Firmen, die bereits Erfahrung mit dem Panzerbau hatten. Durch die Vergabe und ihre erfolgreiche Umsetzung wurde der Grundstock für die Folgeaufträge der LEOPARD-Familie gelegt. Auch die Munitionsproduktion lief im Zuge der Kampfpanzervergabe in der Bundesrepublik bei Firmen wie Buck oder Diehl wieder auf Hochtouren.⁹³⁰

Um die von der Bundesrepublik geforderte Generalunternehmerschaft und die Endmontage für 1500 Exemplare des Standardpanzer-Programmes bewarben sich mehrere Unternehmen aus dem Bundesgebiet. Krauss-Maffei⁹³¹ aus München erhielt letztendlich den Zuschlag.⁹³² Zwischen 1965 und 1979 verkaufte die Firma den Kampfpanzer in einer Stückzahl von 4561. Das war ein großer Erfolg für Krauss-Maffei, aber auch der guten Arbeit der beteiligten Ingenieure und dem Projektmanagement des BWB geschuldet.⁹³³

In einer beglaubigten Abschrift des Entwurfes über den Vertrag KB II 5 / 02/12700/000/4⁹³⁴ zwischen der Bundesrepublik und Krauss-Maffei wird deutlich, welche Leistungen die Beschaffungsbehörden vom Generalunternehmer einforderten. Die Präambel „der Bundesminister der Verteidigung hat am 17.7.1963 entschieden, daß die Organisation der Fertigung des Kampfpanzers ‚Leopard‘ (Kampfpanzer – mittel – mit Kanone 105 mm) einer Gesellschaft der Industriegruppe Flick zu übertragen ist“ entfiel im eigentlichen Vertrag.⁹³⁵ Gegenstand des Vertrages war nach Paragraph 1 die Fertigung und Lieferung von 1500 Kampfpanzern nach festgelegter Leistungs-

930 Vgl. Kulla / Vollmer, Panzer aus Kassel, S. 33 u. Schmidt-Eenboom, Die bayerische Waffenwirtschaft, S. 66.

931 Vgl. zu den späteren Besitzverhältnissen des Unternehmens Bontrup / Zdrowomyslaw, Die deutsche Rüstungsindustrie, S. 142f.

932 Vgl. Abresch / Lützwow, Vom M 47 zum Leopard 2, S. 483; Auer / Engpasser, Krauss-Maffei, S. 254 u. 257; Die neue Kampfpanzergeneration des deutschen Heeres, S. 283; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 576; Spielberger, Von der Zugmaschine zum Leopard 2, S. 136 u. Willikens, Wehrtechnik Land, S. 135.

933 Vgl. Hans Dietrich von Bernuth, Planung und Vorbereitung der Serienfertigung des Kampfpanzers Leopard, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 177f, hier: S. 178; Peter Koch, Die Fertigung des Kampfpanzers Leopard, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 179f, hier: S. 180 u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 576.

934 Vgl. Beglaubigte Abschrift über den Entwurf eines Management-Vertrages über 1500 Kampfpanzer LEOPARD zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Krauss-Maffei Aktiengesellschaft, BA-MA - BW 1 / 34328.

935 Ebd., S. 1.

beschreibung und aktuellem Konstruktionsstand. Dieser galt für 400 Fahrzeuge. Die Losgrößen sollten noch festgelegt werden.⁹³⁶ Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung legte bei der Ausgestaltung des Vertrages besonderen Wert auf die zügige Auslieferung der Panzer. Daher ist „es Aufgabe des Auftragnehmers, die Abstimmung der Teillieferungen untereinander und deren Eingliederung in das Gesamtfahrzeug verantwortlich durchzuführen.“⁹³⁷

Um das zu gewährleisten wies das BWB Krauss-Maffei an, mit der Firma Porsche zusammenzuarbeiten. Denn anders als später üblich, war der Generalunternehmer nicht von Beginn an in die LEOPARD 1-Entwicklung involviert. „Zu seiner Unterstützung schließt er mit der Firma Porsche KG Stuttgart Verträge über die konstruktive Serienreifmachung und über die konstruktive Serienbetreuung des Fahrzeugteils, ohne Baugruppen der Teillieferanten, für die Dauer der Serienfertigung.“⁹³⁸

Die einzelnen Unterlieferanten sollte grundsätzlich Krauss-Maffei und nicht das BWB kontrollieren. „Die Serienreifmachung der Fertigungsunterlagen der Teillieferanten erfolgt durch diese auf Veranlassung des Auftragnehmers [...] Die Kosten der Serienreifmachung der Fertigungsunterlagen der Teillieferanten Wegmann & Co., Kassel, Rheinmetall, Düsseldorf, Daimler-Benz, Stuttgart und ZF, Friedrichshafen, werden von diesen Firmen getragen bzw. sind in den Serienverträgen abzugelten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich sicherzustellen, daß die Teillieferanten die konstruktive Serienbetreuung und den Zeichnungsänderungsdienst für ihren jeweiligen Lieferanteil durchführen. Aus der hieraus sich ergebenden Zeichnungslieferung dürfen dem Auftraggeber keine gesonderten Kosten in Rechnung gestellt werden.“⁹³⁹

Darüber hinaus hatte Krauss-Maffei die Technischen Dienstvorschriften, eine Ersatzteilliste mit Bild- und Textteil sowie einen fünffachen Serienzeichnungssatz zu erstellen. Die Firma verpflichtete sich, die Fertigung und Lieferung der Ersatzteilausstattung

936 Vgl. ebd., S. 2. Zu den Aufgaben des Generalunternehmers und den einzelnen Baulosen vgl. Papenbroock, Krauss-Maffei baut den ersten deutschen Nachkriegspanzer „Leopard“, S. 255 u. v.a. Spielberger, Von der Zugmaschine zum Leopard 2, S. 136-149.

937 Beglaubigte Abschrift über den Entwurf eines Management-Vertrages über 1500 Kampfpanzer LEOPARD zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Krauss-Maffei Aktiengesellschaft, BA-MA - BW 1 / 34328, S. 2.

938 Ebd., S. 2f. „Die konstruktive Serienreifmachung aller Teile und Baugruppen wurde im Sommer 1963 der Firma Krauss-Maffei AG in München-Allach übertragen. Zusammen mit dem Sonderbüro der Firma Porsche wurde die Organisation der Serienfertigung durch Zusammenfassung aller am Projekt beteiligten Stellen von den Dienststellen des Auftraggebers bis zu den [...] Zulieferern vorbereitet.“ Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 28f. Im Bundeshaushalt 1964 waren circa 1,5 Milliarden DM für die Kampfpanzerfertigung eingestellt. Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 575 u. Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 28.

939 Ebd., S. 3. Vgl. zu den Hauptbaugruppen und ihren Lieferanten Willikens, Wehrtechnik Land, S. 135.

soweit gewünscht durchzuführen.⁹⁴⁰ „Insbesondere obliegt es der Firma Krauss-Maffei im Rahmen ihrer Managementaufgabe, die Zeichnungen serienreif zu machen und die konstruktive Betreuung [...] nicht nur zu organisieren, sondern auch durchzuführen.“⁹⁴¹ Das Ministerium gab im Gegenzug seine schriftliche Zustimmung für den Abschluss der Verträge von Krauss-Maffei mit den Teillieferanten und wollte laufende Informationen über alle Verhandlungen mit den Teilauftragnehmern.⁹⁴² „Soweit die Fertigungskapazität oder sonstige wirtschaftliche Verhältnisse der [...] aufgeführten Teillieferanten nicht die Gewähr für eine ordnungsmäßige Abwicklung des Auftrages bietet, ist der Auftragnehmer berechtigt und verpflichtet, andere Lieferanten – auch sich selbst – zur Erfüllung der Verpflichtungen vorzuschlagen. Auch die Verträge mit solchen anderen Lieferanten bedürfen der Zustimmung des Auftraggebers.“⁹⁴³

Auch die Preise wurden im Vertrag unter Paragraph 5 genau festgelegt, um Kostensteigerungen so weit wie möglich auszuschließen. Die vorläufigen Preise für das erste Los pro Liefereinheit lagen für Wegmann bei 310.918 DM (Angebot vom 9.7.1964), für Rheinmetall bei 319.875,30 DM (Angebot vom 10.7.1964), für ZF bei 69.000 (Angebot vom 17.10.1963), für Blohm & Voss bei 145.000 DM (Angebot v. 21.5.1964) und für Daimler-Benz bei 89.900 DM (Angebot vom 6.7.1964). Krauss-Maffei selbst sollte 234.000 DM pro Liefereinheit erhalten.⁹⁴⁴ Der Eigenanteil bei der Montage lag für Krauss-Maffei bei circa 20 Prozent, nur 15-20 Prozent des Rüstungsumsatzes blieben bei der Firma, der Rest verteilte sich auf die Zulieferer.⁹⁴⁵ Insgesamt waren 2700 Betriebe bei der LEOPARD-1 Fertigung für die 11.000 Bauteile involviert.⁹⁴⁶ Dazu kamen für den Generalunternehmer nach Paragraph 6 des Vertrages Managementgebühren in Höhe von 30.000 DM pro Fahrzeug einschließlich der Umsatzsteuer. Insgesamt für das erste Los 45.000.000 DM.⁹⁴⁷ „Dieser Preis wird fest

940 Vgl. Beglaubigte Abschrift über den Entwurf eines Management-Vertrages über 1500 Kampfpanzer LEOPARD zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Krauss-Maffei Aktiengesellschaft, BA-MA - BW 1 / 34328, S. 3.

941 Abschrift des Erläuterungsberichtes bezgl. des Vertrages mit der Firma Krauss-Maffei AG über die Organisation der Fertigung und Lieferung von 1500 Kampfpanzern „Leopard“ vom 23.07.1964, BA-MA - BW 1 / 34328, S. 4.

942 Vgl. Beglaubigte Abschrift über den Entwurf eines Management-Vertrages über 1500 Kampfpanzer LEOPARD zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Krauss-Maffei Aktiengesellschaft, BA-MA - BW 1 / 34328, S. 5.

943 Ebd.

944 Vgl. ebd., S. 9.

945 Vgl. Auer / Engpasser, Krauss-Maffei, S. 254; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 576; Leopard, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 8 (1968), S. 371f, hier: S. 371.

946 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 576; Senger und Etterlin, Kampfpanzer Leopard, S. 173 u. Willikens, Wehrtechnik Land, S. 135.

947 Vgl. Beglaubigte Abschrift über den Entwurf eines Management-Vertrages über 1500 Kampfpanzer LEOPARD zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Krauss-Maffei Aktiengesellschaft, BA-

vereinbart und unterliegt keiner Preisprüfung.“⁹⁴⁸ Insgesamt kostete ein kompletter LEOPARD 1 den deutschen Staat nach dem Vertragsentwurf 1.103.094,65 DM.⁹⁴⁹

Interessant ist die Rechtfertigung für die vergleichsweise sehr hohen Management-Gebühren im Erläuterungsbericht zum Fertigungsvertrag des Standardpanzers: „Ergänzend ist folgendes zu bemerken: Im Vertrag mit der Geka ist für deren Managementleistung ein Betrag von 5000, - pro Fahrzeug vereinbart. Abgesehen davon, daß der Auftragnehmer nicht bereit war, unter den vereinbarten Preis zu gehen, rechtfertigt sich der höhere Preis beim Kampfpanzer ‚Leopard‘ auch aus dem Unterschied der von der Firma Krauss-Maffei zu erbringenden Leistungen und der von ihr übernommenen Risiken.“⁹⁵⁰ Obwohl der Jagdpanzer KANONE von der Geka in Generalunternehmensschafft produziert wurde, waren deren Leistungen bei weitem nicht so umfassend wie die von Krauss-Maffei beim LEOPARD 1. Daher kann der Vertrag über den Kampfpanzer mit Recht als erster echter Generalunternehmervertrag im Rahmen der deutschen Heeresrüstung bezeichnet werden.

Die Firma war von Anfang an bereit, alles für den reibungslosen Ablauf des Projektes zu tun. Schon nach der Zusage schrieb der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Franz Grabowski an Verteidigungsminister von Hassel: „Krauss-Maffei wird nach Abstimmung mit dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung für eine loyale Zusammenarbeit und für eine Koordinierung [...] Sorge tragen.“⁹⁵¹ Den Vorstandsvorsitzenden wies er darauf hin, dass jegliche Pannen oder zeitlichen Verzögerungen beim LEOPARD 1-Projekt unter allen Umständen zu vermeiden seien.⁹⁵² Die Summe aller im Panzerbau Beschäftigten bei Krauss-Maffei betrug am 14. September 1965 genau 155 Personen, letztendlich sollte sie auf 226 anwachsen.⁹⁵³

In einer firmeneigenen Dokumentation beschrieb Krauss-Maffei das Anlaufen der Serienproduktion. „KM war von jeher ein Unternehmen der Kleinserien und

MA - BW 1 / 34328, S. 10.

948 Ebd.

949 Vgl. ebd.

950 Abschrift des Erläuterungsberichtes bezgl. des Vertrages mit der Firma Krauss-Maffei AG über die Organisation der Fertigung und Lieferung von 1500 Kampfpanzern „Leopard“ vom 23.07.1964, BA-MA - BW 1 / 34328, S. 4.

951 Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an Bundesverteidigungsminister von Hassel vom 28.07.1964, Bayerisches Wirtschaftsarchiv Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

952 Fernschreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an den Vorstad der Krauss-Maffei AG z.Hd. von Herrn Dr. Stamm vom 29.07.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

953 Vgl. Technische Daten in Zusammenhang mit der Fertigung LEOPARD vom 14.09.1965, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63, S. 1f.

Einzelfertigung. [...] Trotz vieler Schwierigkeiten lief das Gesamt-Programm pünktlich ab und statt der dem BWB vor 2 Jahren genannten 27 Panzer, wurden im Jahre 1965 89 Panzer abgeliefert. [...] Die Vielfalt der Aufgaben [...] führten dazu, den Aufgabenplan des Gesamtwerkes nicht nach konventionellen Verfahren aufzustellen, sondern sich des neuen Verfahrens der Netzwerktechnik zu bedienen. [...] Das Gesamt-Programm war nur durchführbar nach Erstellung einer ganzen Reihe von Einrichtungen, beginnend mit der Erweiterung der Gießerei [...] und endend mit dem Prüfgelände für das Serienfahrzeug.“⁹⁵⁴

Das Verteidigungsministerium war daran ebenso interessiert. Es gab gerade zu Beginn der Fertigungsplanungen mehrere Koordinationsrunden. Der Referatsleiter KB II 6, Oberst Icken, fertigte über eine dieser Runden am 30. Juli 1963 einen Aktenvermerk an.⁹⁵⁵ Teilnehmer waren von Seiten Krauss-Maffei die Direktoren, der Vorstand, die Technische Leitung unter Dr. Ziebart sowie die Betriebsleiter Fertigung, Kontrolle und Abnahme. Des weiteren Vertreter der Firmen Wegmann, Rheinmetall und Zeiss. Für das BWB waren der Abteilungsleiter KB Dir. i. BWB Tesdorff, KB II 5 (Regierungsrat Bräuning) und 6 (Oberst Icken), WM II 2 (Oberregierungsrat Hahn) und 6 (Regierungsrat Chmelius) sowie FG IV (Leitender Regierungsdirektor Pinske) und FG IV 8 (Oberregierungsrat Dr. Schkösser) anwesend.⁹⁵⁶

„Im Rahmen der Begrüßung durch Direktor Tesdorff wurde den Anwesenden mitgeteilt, daß mit Wirkung vom 24.7.1963 die Firma Krauss-Maffei als Generalunternehmer ausgewählt worden sei, wozu vom Amt aus die Bitte ausgesprochen wurde, es möge im Interesse der sachlichen Zielsetzung zu einer intensiven und guten Zusammenarbeit zwischen Generalunternehmer und den bisher an der Entwicklung und Forschung

954 Dokumentation über den Anlauf des Kampfpanzers LEOPARD und die hierzu durchgeführten Arbeiten im B-Bereich vom 25.01.1966, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63, S. 1f. „Der Gesamtaufwand betrug rund 9,5 Mio. Hierin sind nicht enthalten etwa weitere 1,5 Mio, die, wie z.B. das Taktband, direkt über den Auftrag abgeschrieben werden können. [...] Der Anlauf der Fertigung konnte nur durch einen besonderen Einsatz aller betrieblichen Führungskräfte erreicht werden. [...] Mit Beginn der Taktmontage standen alle 530 bei KM zu fertigenden Einzelteile zur Verfügung. [...] Um Erfahrungen zu sammeln [...] wurden mit einem Vorlauf von etwa 3 Monaten 2 Vorausfahrzeuge gebaut. [...] Bei diesen Vorausfahrzeugen wurden auch alle Vormontagen nochmals in ihrem Arbeitsablauf geprüft. [...] Der Beginn der Taktmontage lief exakt genau auf den Tag ab, nach einem Terminplan, Stand Februar 1964, mit dem Ergebnis, daß dem Bundesminister von Hassel am 9.9.1965 das 19. Fahrzeug vom Taktband rollend vorgestellt werden konnte. [...] Die wichtigsten Unterlieferanten wurden in laufenden Abständen durch KM besucht. Diese Besuche hatten den Zweck, Termine zu überwachen, Qualität zu überwachen und verschiedene Firmen in Fertigungsfragen zu beraten. [...] Terminlich überwacht wurden durch Besuche insgesamt ca. 80 Firmen.“ Ebd., S. 3 u. 6f.

955 Vgl. Aktenvermerk KB II 5 des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung bezgl. einer Besprechung zur Vorbereitung der Serienfertigung Standard-Panzer vom 30.07.1963, BA-MA - BW 1 / 388491c.

956 Vgl. ebd., S. 16.

beteiligten Firmen kommen. [...] Auf die ausgezeichnete Entwicklungsarbeit der AGM-Firmen wurde hingewiesen, deren Erfahrung sich der Generalunternehmer weiterhin bedienen sollte.⁹⁵⁷

Um eine zügige Auslieferung der Kampfpanzer zu gewährleisten, wurde eine feste Regelung mit konkreten Ansprechpartnern für einzelne Baugruppen und Serienzeichnungen vereinbart.⁹⁵⁸ „Die Verantwortung für die Auslieferung der Fahrzeuge wird noch mit dem Generalunternehmer festgelegt. Alleinige Ansprechstelle für den Generalunternehmer ist BWB – Abt. KB.“⁹⁵⁹ Krauss-Maffei lieferte ferner mit Fahrschulpanzern und Turmsimulatoren u.ä. das komplette Equipment zur Ausbildung der Soldaten am Kampfpanzer.⁹⁶⁰

Die Entwicklungsgeschichte des LEOPARD 1 begann bereits Ende der 1950er Jahre. In der Tradition des Kampfpanzer V PANTHER sollten die Entwickler den Schwerpunkt auf Geschwindigkeit und Feuerkraft und eine niedrige Silhouette legen, die in der Form den sowjetischen Panzern angenähert war. Ein Vielstoffmotor von Daimler-Benz sollte die Beweglichkeit auf dem Gefechtsfeld sichern.⁹⁶¹ Nach langen Vorverhandlungen erhielten zwei bundesdeutsche Firmenkonsortien im Mai 1959 den Auftrag auf Grundlage der trilateralen Militärischen Forderungen⁹⁶² einen Panzer zu konstruieren und je zwei Prototypen für Tests anzufertigen. Die sog. Arbeitsgruppe A bestand aus Porsche, Maschinenbau GmbH Kiel (MaK), den Luther-Werken und Jung-Jungenthal. In Konsortium B waren das Ingenieurbüro Warnecke, Rheinstahl-Hanomag, Ruhrstahl und Henschel zusammengefasst. Es gab auch noch einen dritten Vorschlag der Borgward-Gruppe, der jedoch über das Reißbrett nicht hinaus kam. Die Türme sollten Wegmann und Rheinmetall bauen.

Parallel lief beim At lier de Construction d’Issy-les-Moulineaux (AMX) in Satory die französische Panzerentwicklung mit flüssigkeitsgekühlten Otto-Motoren an. Die Gruppe A hielt sich eher am konventionellen Panzerbau, Gruppe B zeigte sich experimentierfreudiger. Gruppe A verwendete nur Bauteile, deren Leistungsfähigkeit und Grenzen aus dem Zweiten Weltkrieg bekannt waren aus, wie ein Drehstabfederlaufwerk, mechan-

957 Ebd., S. 2.

958 Vgl. ebd., S. 4.

959 Ebd., S. 3.

960 Vgl. ausf. Spielberger, Von der Zugmaschine zum Leopard 2, S. 160-164.

961 Vgl. Das Kampfwagenprogramm der Bundeswehr, S. 387f; Der neue Panzer der Bundeswehr, in: DER SPIEGEL vom 27.03.1963 (Nr. 13/1963), S. 20; Die neue Kampfpanzergeneration des deutschen Heeres, S. 282.

962 Vgl. zu den militärischen Forderungen Werner Magirius, Der Kampfpanzer „Leopard“. Übergabe des ersten Serien-Standardpanzers, in WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 9 (1965), S. 347-357, hier: S. 347f.

ische Kettenspanner u.ä. Gruppe B erprobte Technologien auf der Basis der letzten Erkenntnisse des Heereswaffenamtes, wie die Tellerringfederung und den hydraulischen Kettenspanner. Schnell wurde deutlich, dass der Vorschlag von Konsortium A bessere Chancen hatte. Bei der Kanone entschied man sich zunächst für das erprobte britische 105 mm Geschütz, das drei verschiedene Munitionsarten verschießen konnte.⁹⁶³

Nach den Werkserprobungen wurden die Prototypen I im Dezember 1960 nach Trier zu Testzwecken in die WTD 41 überführt und im Februar 1961 nach ausgiebigen Tests dem Verteidigungsausschuss vorgestellt. Auf dieser Grundlage sollte Prototyp II auf Entwicklungsanweisung des BWB mit den geplanten Verbesserungen gebaut werden. Dabei wurden an die Firmen Aufträge vergeben, die sich besonders positiv hervorgetan hatten. MaK und Jung-Jungenthal entwickelten unter Federführung von Porsche den Prototypen A und Henschel sowie Rheinstahl-Hanomag in der Arbeitsgruppe B unter der Konstruktionsleitung des Ingenieurbüros Warnecke weiter. Die Turmfortentwicklung lag weiter bei Wegmann und Rheinmetall. Der Test der Prototypen II wurde von Januar 1962 bis November 1962 in Meppen durchgeführt. Nach Auswertung von 32 Fahrzeugen war man bereits ab Mitte 1962 sicher, dass das Konsortium B nicht den Zuschlag bekommen würde, einige seiner Baugruppen jedoch für den MBT 70 als Vorstufe zum LEOPARD 2 wiederverwendet.⁹⁶⁴

Die Entscheidung fiel für Variante A. Zügig wurden die technischen Forderungen für die Vorserie erstellt. Die Fertigung lief an und so waren die Fahrzeuge ab Januar 1963 in Meppen und Munster zu Versuchserprobungen, an denen Soldaten genauso beteiligt waren, wie Techniker, Fachhandwerker oder Ingenieure der Industrie.⁹⁶⁵

Im Februar 1963 machte sich Verteidigungsminister von Hassel zusammen mit Generalinspekteur Foertsch, dem Inspekteur des Heeres General Zerbel und dem Leiter Abteilung Wehrtechnik Ministerialdirektor Dr.-Ing. Fischer persönlich ein Bild vom neuen deutschen Kampfpanzer.⁹⁶⁶ Sie kamen zu dem Schluss, dass „die Neuentwicklung [...] der schnellste mittelschwere Kampfpanzer der Welt [sei]. [...] Mit der Einführung des Standardpanzers ist zu rechnen. Der Verteidigungsausschuß des Bundestages wird

963 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 572 u. 577; Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 181f; Spielberger, Von der Zugmaschine zum Leopard 2, S. 113; Willikens, Wehrtechnik Land, S. 133f; Wüst, LEOPARD Symbol eines umfassenden Waffensystems, S. 24f. Vgl. speziell für den Borgward Vorschlag Spielberger, Von der Zugmaschine zum Leopard 2, S. 122-124.

964 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 574; Lobitz, Der Kampfpanzer Leopard 1, S. 3; Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 24. Zu den Erprobungen des Prototyps II und den Vorserienpanzern vgl. ausf. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 48-65.

965 Vgl. Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 14.

966 Vgl. Deutscher Standardpanzer, in: WEHRKUNDE 3 (1963), S. 162f, hier: S. 162.

hierzu das entscheidende Wort haben.“⁹⁶⁷ Bis Mai 1963 liefen die Erprobungen an der Panzertruppendivision in Munster.⁹⁶⁸ Dabei wurden noch über 200 kleinere Fehler ausgemerzt.⁹⁶⁹ „Genau wie in der Automobilfertigung einer neuen Serie werden in den ersten paar Jahren immer noch einige Schwachstellen aufgedeckt werden, die behoben werden müssen.“⁹⁷⁰

Insgesamt war das Referat KB II 5 des BMB unter Oberst Icken mit der 0-Serie sehr zufrieden. Lediglich eine Kette, die allen Anforderungen gerecht werden würde, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht gefunden und die Luftfilter des Motors sollten verbessert werden.⁹⁷¹ Turm und Waffenanlage inklusive der britischen Kanone waren bereits so gut wie serienreif.⁹⁷² Die optischen Geräte von Zeiss waren ebenfalls perfekt auf den LEOPARD 1 abgestimmt. Das BWB wies aber darauf hin, dass mit dem Unternehmen mindestens 18 Monate vor der Serienfertigung die Verhandlungen zum Abschluss gebracht werden sollten, um den Kampfpanzer ohne Verzögerung ausliefern zu können.⁹⁷³ Im Sommer 1963 entschieden Haushalts- und Verteidigungsausschuss des Bundestages, nachdem zweiterer den LEOPARD 1 in Munster in Augenschein genommen hatte,⁹⁷⁴ die Vorlage des Verteidigungsministeriums über die Beschaffung von 1500 Kampfpanzern zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.⁹⁷⁵

Die Gesamtkosten für Entwicklung, Prototypenfertigung, nationale Erprobung, trilaterale Erprobung und Truppenversuch zwischen 1957 und 1965 lagen bei 249.030.222 Millionen DM, davon 12 Millionen für den Prototyp I, 59,5 Millionen für den Prototyp II, 73 Millionen für die 0-Serie, 17 Millionen für den Turm, 18 Millionen für den Motor, 8,5 Millionen für den Funk. Die Feuerleitanlage schlug mit 6,8 Millionen, die Bewaffnung mit 2,8 Millionen, die Ersatzteile mit 17,5 Millionen und die Materialerhaltung mit 14,6 Millionen DM zu Buche.⁹⁷⁶ Im Beisein hoher Offiziere der NATO und von Experten aus aller Welt präsentierte der Präsident des BWB, Dr. Theodor Benecke, am 17. Juli 1964 in Köln den serienfertigen LEOPARD 1 zusammen

967 Ebd.

968 Vgl. Senger und Etterlin, Der Kampfpanzer Leopard, S. 171-173.

969 Vgl. Spielberger, Von der Zugmaschine zum Leopard 2, S. 117 u. 133.

970 Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 575.

971 Vgl. Aktenvermerk KB II 5 des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung bezgl. einer Besprechung zur Vorbereitung der Serienfertigung Standard-Panzer vom 30.07.1963, BA-MA - BW 1 / 388491c, S. 7-9.

972 Vgl. ebd., S. 10-13.

973 Vgl. ebd., S. 14.

974 Vgl. Brigade Quandt, Panzer, in: DER SPIEGEL vom 08.05.1963 (Nr. 19/1963), S. 25f, hier: S. 25 u. Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 25.

975 Vgl. Willikens, Wehrtechnik Land, S. 134.

976 Vgl. Spielberger, Von der Zugmaschine zum Leopard 2, S. 135.

mit dem Kanonenjagdpanzer der Öffentlichkeit, wo der Kampfpanzer gleich auch noch seine Unterwasserfähigkeiten unter Beweis stellen konnte.⁹⁷⁷ Die gesamte Zeit von der Entwicklung über die Vorstellung 1963 bis zur Serienfertigung ab September 1965 war sehr kurz. „In Wirklichkeit haben Ingenieure, Techniker des Heeres und Panzersoldaten, Beamte Angestellte und Arbeiter von Industrie und Bundeswehr in tage- und oft nächtelanger Arbeit gemessen, geschossen, gefahren, zerlegt, versucht, geändert, wieder gefahren und wieder gemessen, verstärkt und geprüft.“⁹⁷⁸ Das war ein immenser Aufwand, aber „nur durch eine überlappende Vorgehensweise bei Erprobung und Entwicklung wurde die beachtliche kurze Zeitspanne zwischen erstem Entwurf und Serie möglich.“⁹⁷⁹

Parallel zur Vorstellung liefen ab Mai 1964 ausführliche Tests unter extremen Bedingungen zunächst in Oberitalien. Im Juli wurden sie auf Sardinien zum Abschluss gebracht. Nach Wartung und Verlegung der Messgeräte wurde von November 1965 bis Februar 1966 mit zwei Fahrzeugen in Kanada erprobt.⁹⁸⁰ „Auf 10 000 km felsigen, glühendheißen Wegen in Sardinien erbrachte ‚Leopard‘ seinen Hitzetest. Zur Abkühlung auf 27 Grad unter Null [wurde] er, begleitet von 100 Soldaten und Technikern im [...] Winter unter arktischen Bedingungen in Kanada auf ‚Herz und Nieren‘ durchleuchtet.“⁹⁸¹

Norwegen testete vom Dezember 1966 bis November 1967 mit zwei LEOPARD 1 und einem Bergepanzer an seiner Panzertruppschule in Trandum und im Hochgebirge in der Winterkampfschule in Snoeheim. Von Dezember 1967 bis Mai 1968 verglichen die Niederlande LEOPARD 1 und Chieftain.⁹⁸² „Bei all diesen Auslandserprobungen hat sich der Leopard unter extremen Bedingungen, im Sommer wie im Winter, als fortschrittliches Waffensystem erwiesen und auch bei Vergleichen mit anderen Kampfpanzern günstig abgeschnitten.“⁹⁸³ Daher war es wenig überraschend, dass auch Kanada, Norwegen und die Niederlande den LEOPARD 1 einführten.⁹⁸⁴ Das Protokoll über die Erprobungen im Veneto und in Sardinien hat sich in den Beständen des Bundesarchivs

977 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 344; Beckmann, Schild und Schwert, S. 166; Willi K. Michels, Jagdpanzer „Leopard“ und Kanonenpanzer, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 8/9 (1964), S. 359 u. Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 50f.

978 Wüst, LEOPARD - Symbol eines umfassenden Waffensystems, S. 24f.

979 Lobitz, Der Kampfpanzer Leopard 1, S. 4.

980 Vgl. Panzererprobung in Kanada verschoben, in: WEHRKUNDE 12 (1964), S. 660 u. Papenbrook, Krauss-Maffei baut den ersten deutschen Nachkriegspanzer „Leopard“, S. 256.

981 „Leopard“ der augenblicklich beste Panzer, in: WEHRKUNDE 10 (1965), S. 544f, hier: S. 545.

982 Vgl. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 65-68.

983 Ebd., S. 68.

984 Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 24.

im Bereich Militär in Freiburg erhalten.⁹⁸⁵ Unter anderem musste der LEOPARD 1 in Oberitalien 300 Kilometer in der Ebene und 100 Kilometer auf bergiger Straße fahren, waten, eine Hindernisstrecke überwinden, 18 Stunden unter feldmäßigen Bedingungen funktionieren und die ABC-Belüftungsanlage testen.⁹⁸⁶ Auf dem Panzerübungsgelände Campo Addestramento Unità Carozzate in Sardinien folgten Zielschießen, Nachtschießen, taktisches Fahren und Erfassung von Zielen mit Entfernungsmessung sowie ebenfalls eine 300 Kilometer Fahrt in der Ebene und eine 100 Kilometer lange auf bergigem Gelände.⁹⁸⁷

In der Ebene begnügte sich der Motor mit 1,9 Liter pro Kilometer, mit Steigung verbrauchten die beiden Fahrzeuge jeweils 2,77 bzw. 2,81 Liter pro Kilometer.⁹⁸⁸ Waten und taktisches Fahren inklusive Entfernungsmessung liefen ebenfalls zufriedenstellend.⁹⁸⁹ Bei der Hindernisstrecke hatte auch der LEOPARD 1 seine Probleme.⁹⁹⁰ „Der Panzer M 47 hat einen Graben von 2,44 m und der Panzer Leopard einen Graben von 2,90 m Breite überwunden. Beiden Panzern ist es nicht gelungen, den Damm mit einer Steigerung von 60 % zu überwinden, da der Haftreibwert zu gering war.[...] Die in den technischen Daten des Panzers Leopard angegebenen Leistungen auf einer Hindernisstrecke sind nur unter besonderen Gelände- und Hindernisbedingungen zu erzielen (trockenes Gelände – das Hinderniß muß mit Eisenträgern vorbereitet werden, wodurch der Haftreibungsbeiwert erhöht wird).“⁹⁹¹

Der feldmäßige 18-Stunden Betrieb des Kampfpanzer verlief bei kleinen Mängeln zufriedenstellend.⁹⁹² Der ABC-Schutzanlage attestierte der Prüfungsleiter General Vittorio La Rosa, dass sie ihren Zweck hervorragend erfüllte.⁹⁹³ „Während der 25 ‘, in denen sich der Panzer ständig in der Chlorazetophenonwolke bewegte und sich dabei vor allem den Ausströmungspunkten näherte, wurde innerhalb des Panzers nicht die geringste Spur eines Kampfstoffes festgestellt.“⁹⁹⁴ Insgesamt waren die Ergebnisse aus den Erprobungen in Italien, speziell in Sardinien sehr positiv.⁹⁹⁵

985 Vgl. Rohübersetzung des Übersetzerdienstes der Bundeswehr der Protokolle über die Erprobung des LEOPARD durch Italien auf Sardinien und im Veneto vom 14.06.1965, BA-MA - BW1 / 1939.

986 Vgl. ebd., S. 2.

987 Vgl. ebd.

988 Vgl. ebd., Protokolle 1 u. 2, S. 2.

989 Vgl. ebd., Protokolle 3 u. 4.

990 Vgl. ebd., Protokoll 5.

991 Ebd., Protokoll 5, S. 2.

992 Vgl. ebd., Protokoll 7.

993 Vgl. ebd., Protokolle 8 u. 9.

994 Ebd., Protokoll 9, S. 3.

995 Vgl. Gesamtbericht über die deutsche technische Erprobung des Kampfpanzers Leopard auf Sardinien vom 25.07. bis 22.08.1964, BA-MA - BW 1 / 478311.

Neben den technischen Tests gab es auch einen Truppenversuch bis zur Bataillons-ebene. Diesen übernahmen für den LEOPARD 1 die Panzerlehrbataillone 93 und 94 der Kampftruppenschule II. Brigadegeneral Philipp bestätigte: „Der mittlere Kampfpanzer Leopard – nach den militärischen Forderungen von gestern entwickelt – erfüllt nach Auffassung der KpfTrS II die Forderung an die Panzertruppe auf dem Gefechtsfeld der Gegenwart. [...] Aus diesem Grunde wurde trotz Kenntnis einiger Mängel und noch ausstehender Baugruppen, die eine Steigerung des Kampfwertes erwarten lassen, bereits [...] eine baldige Serienfertigung empfohlen. [...] Als Gesamturteil des Truppenversuches über die Feldbrauchbarkeit meldet KpfTrS II: ‚Der Kampfpanzer Leopard ist geeignet.‘ Im Folgenden wird über das Truppen Versuchsergebnis berichtet.“⁹⁹⁶

Die Beurteilung durch den Spezialstab ATV an der 5. Inspektion der Kampftruppen konstatierte: „Der Kpz Leopard Vorserie hat nach seiner Umrüstung und im Vergleich zum Prototyp II bei Beginn des Truppenversuches im Oktober 1962 einen beachtlichen weiterentwickelten Konstruktionsstand und technische Reife erreicht.“⁹⁹⁷ Über die Fähigkeiten des Fahrzeuges waren die Prüfer voll des Lobes. „Die Ziel- und Beobachtungsmittel für den Kommandanten ermöglichen sichere Führung des Kpz auch bei geschlossenen Luken. [...] Das moderne, leistungsstarke Triebwerk, die zuverlässige Standfestigkeit des Laufwerkes und großer Betriebsstoffvorrat steigern Beweglichkeit und Fahrbereich erheblich. [...] Die ABC-Schutzbelüftungsanlage und die Fähigkeit, ohne langwierige Vorbereitungen tiefzuwaten und zu tauchen, verleihen dem Kpz einen Kampfwert, der ihn den herkömmlichen Panzertypen überlegen macht.“⁹⁹⁸ Selbst der uneingeschränkte Nachtkampf war durch die „Zusatzausrüstung mit IR/Weißlichtanlage“⁹⁹⁹ möglich.

Zusammenfassend kam der Spezialstab zu dem Schluss, dass „unbeschadet der im Entwicklungsprozeß dieses modernen Großgerätes laufend zu untersuchenden Verbesserungsmöglichkeiten in seinen Teilen, die im Bericht einzeln behandelt werden, [...] der Kpz Leopard nach Auffassung der KpfTrS II für die Panzertruppe geeignet“ war.¹⁰⁰⁰ Der Besuchsbericht eines Ingenieurs von Krauss-Maffei unterstützt diese Beurteilung.

996 Kampftruppenschule II Spezialstab ATV an Inspektion der Kampftruppen 5 / Köln bezgl. des erweiterten Truppenversuchs bis Bataillonsebene mit Kampfpanzer „Leopard“ vom 29.10.1965, BA-MA - BW 1 / 388491c, S. 1.

997 Ebd., S. 5.

998 Ebd.

999 Ebd.

1000 Ebd. Vgl. für einen ausführlichen Bericht über die einzelnen Testaspekte ebd., S. 6-37.

„Das Bataillon [93] ist mit den bislang gelieferten Fahrzeugen zufrieden und die festgestellten Beanstandungen bei der Eingangsinspektion werden als minimal und unwesentlich bezeichnet.¹⁰⁰¹ Und weiter: „Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Truppe durch die prompte Lieferung überrascht und auch mit der Qualität der Fahrzeuge zufrieden ist.“¹⁰⁰²

Selbstverständlich gab es Mängel und Probleme, die im Rahmen der Truppenversuche zu Tage traten.¹⁰⁰³ Gerade die Ausbildung der Soldaten gestaltete sich nicht einfach. „OTL v. Rodde [...] trug vor, daß ein Quartal für die Ausbildung am Kpz nicht ausreicht. Dies trifft besonders auf die Ausbildung am Turm mit der Waffenanlage, der IR-Anlage, der Tauchhydraulik und der Feuerleitanlage zu.“¹⁰⁰⁴

Um Aussagen über die Eigenschaften des LEOPARD 1 treffen zu können, war es nötig den M 60 A 1 und den T 62 als Vergleichsfahrzeuge zu nutzen, denn „die wesentlichen Eigenschaften [...] können nur im Vergleich zu dem gleichzeitigen Stand der Technik beurteilt werden.“¹⁰⁰⁵ Zunächst wurde der Schutzfaktor bewertet. „Panzerschutz: Durchschnittlich, gegenüber M 60 A 1 schwächer. [...] ABC-Schutz: Durchschnittlich, gegenüber M 60 A 1 besser. [...] Formgebung: Durchschnittlich, gegenüber M 60 A 1 erheblich besser“¹⁰⁰⁶. Bei der Treffergenauigkeit war der M 60 A 1 besser, in mittlere Kampffernungen der LEOPARD 1 gegenüber T 62 schwächer. Bei weiten Entfernungen jedoch war der deutsche Kampfpanzer besser, solange der T 62 noch über keine E-Meßeinrichtung verfügte. Mit dem 3. Los sollte die Waffenstabilisierungsanlage eingebaut werden, die für eine hohe Schussgenauigkeit eine große Bedeutung besaß.¹⁰⁰⁷ Bei der Beweglichkeit war der LEOPARD 1 beiden Vergleichsmodellen haushoch überlegen.¹⁰⁰⁸ „Im Ganzen gesehen ist der Leopard ein Fortschritt. Er ist robuster, vor allem sein Laufwerk ist besser, desgleichen die Waffenanlage.“¹⁰⁰⁹ Das

1001 Besuchsbericht des Ingenieurs Herrn Peine am Standort Munsterlager vom 13.01.1966 anlässlich der Übernahme des Kampfpanzers LEOPARD, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 25 P 1962-66, S. 2.

1002 Ebd., S. 6. Nach der Einführung des LEOPARD 1 gab es aber auch anderslautende Berichte. Der SPIEGEL-Experte Senger und Etterlin ging davon aus, dass für 5 Stunden Gefechtsdienst 10 Stunden Wartung vonnöten waren und im Schnitt nur ein Drittel aller Kampfpanzer wirklich einsatzbereit waren. Kommandeure sollen sogar die Zeit im Gelände bei Übungen gekürzt haben, um weniger Ausfälle melden zu müssen. Vgl. dazu Schreckliche Erfahrungen, S. 33.

1003 Protokoll der Besprechung über den Kampfpanzer LEOPARD bei der Panzerlehrbrigade 9 am 20.05.1966 in Munster, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 28 Pz. 1963-1967, S. 2-9.

1004 Ebd., S. 12.

1005 Ebd., S. 14.

1006 Ebd.

1007 Vgl. ebd., S. 14 u. 16.

1008 Vgl. ebd., S. 15.

1009 Ebd.

BWB kam zu einem ähnlichen Ergebnis. „Von der Erprobungsstelle 41 wird der KPz Leopard-Serie gut beurteilt; eine genügend hohe Standfestigkeit der einzelnen Baugruppen ist erreicht.“¹⁰¹⁰ Knecht kommt zum Urteil, dass „im Rahmen umfangreicher und gründlich durchgeführter Vergleichserprobungen nachgewiesen worden [ist], daß der Kampfpanzer Leopard in seinem Kampfwert auf nahezu allen Gebieten an der Spitze der dabei verglichenen Panzer steht.“¹⁰¹¹

Ein solcher Erfolg war nur durch eine herausragende Leistung in der Produktion zu erreichen. Der Generalunternehmer Krauss-Maffei überließ folglich beim LEOPARD 1 nichts dem Zufall.¹⁰¹² Die Fertigung wurde in sieben Schritte eingeteilt: Erstens die Herstellung von Einzelteilen, zweitens die Herstellung von einbaufähigen Aggregaten, drittens die Vormontage von Baugruppen, viertens die Endmontage des Panzers, fünftens die Ausrüstung des Fahrzeuges, sechstens die Abnahme und Erprobung des Kampfpanzers und siebtens die Reinigung, Lackierung und das Fertigmachen zum Versand. Krauss-Maffei teilte die Serienmontage in 17 Takte ein. Gleich nach der Endmontage gingen die Fahrzeuge zur Überprüfung auf das eigens dafür gebaute Prüfungsgelände mit der hauseigenen Teststrecke bevor die Panzer von der Bundeswehr übernommen wurden.¹⁰¹³

Die Auslieferung der Panzer verlief weitestgehend nach Plan. Nur leichte Verzögerungen traten auf. Der Vorstandsvorsitzende Dr. Stamm teilte in einem Fernschreiben dem Aufsichtsratsvorsitzenden Grabowski die Ursachen mit. „Gründe, warum die Serienreifmachung solange gedauert hat: Entgegen den Erklärungen des Amtes und der Fa. Porsche vor Abgabe unsere [sic!] Management-Angebotes im August 63, daß nämlich die Serienreifmachung des angeblich voll funktionsfähigen Panzers nur wenig Aufwand erfordert, brachten Forderungen des Amtes und der Truppe [...] auf Grund der Erprobungen in Mailly und Meppen einen wesentlich größeren Änderungsaufwand. Überarbeitung von 2700 Zeichnungen für das Panzergestell und von 1800 für den Turm. [...] Es wurden nur Änderungen durchgeführt, die [...] von den techn. Stellen in Koblenz für notwendig erachtet wurden und deren Notwendigkeit auch wir anerkannten. [...] Änderungen zur Verbilligung der Fertigung oder aus anderen Zweckmäß-

1010 Besprechungsgrundlage für die Wehrtechnische Jahresbesprechung beim BMVtgd - T III 2 - am 19.12.1966, BA-MA - BW 1 / 478315, S. 95.

1011 Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 190.

1012 Vgl. Akten über die Fertigung des Kampfpanzers LEOPARD 1962-1967, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 25 - I 31.

1013 Bernuth, Planung und Vorbereitung der Serienfertigung des Kampfpanzers Leopard, S. 177f; Der erste „Leopard“ rollte vom Fließband, S. 541; Koch, Die Fertigung des Kampfpanzers Leopard, S. 179f; Magirius, Der Kampfpanzer „Leopard“, S. 348-352.

igkeitsgründen wurden nur dann eingeschleust, wenn sie nicht zusätzlich terminverzögernd wirkten.“¹⁰¹⁴ In einer Besprechung der Unterabteilung T III des Verteidigungsministeriums vom Mai 1963 konnte daher festgehalten werden. „Nach dem heutigen Stand der Vorbereitungen ist der Serien-Anlauf 1. Los (400 Fahrzeuge) zu den vertraglich festgelegten Lieferterminen gesichert.“¹⁰¹⁵ Die Kosten alleine für das erste Los beliefen sich auf 973.519,63 DM.¹⁰¹⁶

Am 9.9.1965 konnte Krauss-Maffei unter Anwesenheit von Verteidigungsminister von Hassel und Generalinspekteur De Maizère das erste Serienfahrzeug übergeben, das „aufgrund der gelungenen Konzeption, der hohen Zuverlässigkeit und der Wirtschaftlichkeit“¹⁰¹⁷ sehr gelobt wurde. Benannt wurde der neue Panzer nach deutscher Tradition mit einem Raubtiernamen: LEOPARD.¹⁰¹⁸ In vier Baulosen wurden in den Jahren 1965 bis 1970 1845 und bis 1974 weitere 592 kampfwertgesteigerte Kampfpanzer Leopard 1 für die Bundeswehr beschafft.¹⁰¹⁹

Industrie, Beschaffungsinstitutionen und Bundeswehr waren mit dem Fahrzeug zufrieden. „Bei seiner Einführung war er den Konkurrenten nicht nur bezüglich taktischer Beweglichkeit weit überlegen, im Laufe der Jahre zeigte er zudem außerordentliche Zuverlässigkeit.“¹⁰²⁰ Das Verteidigungsministerium war ebenfalls zufrieden. „Der [...] Leopard ist ein mit einer 105 mm Kanone als Hauptwaffe ausgerüsteter mittlerer Kampfpanzer. Er vereinigt bei einem Gefechtsgewicht von rd. 40 t große Feuerkraft, überlegene Beweglichkeit und guten Schutz in einer Weise, die den vielfältigen Anforderungen des Gefechtsfeldes der Zukunft, mit oder ohne Einsatz von ABC-Waffen, für Verwendung in Angriff und Abwehr voll gerecht wird.“¹⁰²¹ Er hatte einen Fahrbereich von circa 560 km und konnte bis zu 80 km/h schnell fahren, war trotz

1014 Fernschreiben Nr. 945 des Vorstandsmitgliedes Dr. Stamm an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Herrn Dr. Grabowski, bezüglich der Serienreifmachung des Kampfpanzers LEOPARD vom 26.05.1964, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

1015 Besprechungsgrundlage für die Routinebesprechung beim BMVtdg - T III 2 - am 4. Mai 1965, BA-MA - BW 1 / 478315, S. 20.

1016 Ebd., S. 22.

1017 Hilmes, 20 Jahre Kampfpanzer Leopard 1, S. 530. Zur Überprüfung und zu Testzwecken wurden nach dem Anlauf der Serienfertigung zwischen Bundeswehr und Royal Army je ein Kampfpanzer Chieftain und LEOPARD 1 zu Versuchszwecken ausgetauscht. Vgl. dazu Der erste „Leopard“ rollte vom Fließband, S. 541.

1018 Vgl. Wir suchten PANZERNAME! in: SOLDAT UND TECHNIK 11 (1960), S. 582f.

1019 Vgl. Beckmann, Schild und Schwert, S. 171; Hilmes, 20 Jahre Kampfpanzer Leopard 1, S. 530; Vgl. auch Magirius, Der Kampfpanzer „Leopard“, S. 347 u. 352; Willikens, Wehrtechnik Land, S. 136. Vgl. für die verschiedenen Varianten und die Kampfwertsteigerung des LEOPARD 1 Kollmer „Klotzen, nicht kleckern“, S. 576 u. ausf. Lobitz, Der Kampfpanzer Leopard 1, S. 4-10.

1020 Vgl. ebd., S. 2.

1021 Besprechungsgrundlage für die Routinebesprechung beim BMVtdg T III 2 am 4. Mai 1965, BA-MA - BW 1 / 478315, S. 23.

seines mit 39 Tonnen um 9 Tonnen höheren Gewichtes als ursprünglich geplant beweglich, schnell und verfügte mit dem 750 PS starken 10 Zylinder-Vielstoffmotor MB 838 von Daimler-Benz über eine große Antriebskraft, durch ein modernes Schalt- und Lenkgetriebe hatte er einen hohen Wirkungsgrad bei der Kraftübertragung, das Laufwerk gewährleistete eine optimale Übersetzung. Er war tiefwat- und tauchfähig. Funk, Optik und Waffenstabilisierung suchten ihresgleichen und machten den Kampfpanzer nachtskampffähig und ermöglichten die Feuereröffnung des kampfstarken Fahrzeuges aus der Bewegung heraus. Seine niedrige Silhouette verhinderte, dass Feinde ihn im Gelände schnell erkannten, die Raumverhältnisse im Inneren ließen den Fahrer bei der Steuerung nur wenig ermüden, die Anordnung war mit vier Mann Besatzung klassisch orientiert. Sein ABC-Schutz war hervorragend.¹⁰²² „Die Schwebstoff- und Gasfilter befreien angesaugte Luft von Staub und Kampfstoffen.“¹⁰²³ Durch die „zweckmäßige Konstruktion und einfache Bedienung kann die [...] Besatzung bei voll abgedichtetem Kampfraum auch unter ABC-Bedingungen tagelang kämpfen und überleben.“¹⁰²⁴ Pflege, Wartung und Instandsetzung sowie die Ausbildung am Kampfpanzer waren einfach und unkompliziert.¹⁰²⁵

Der LEOPARD 1 löste trotz der voranschreitenden Technik¹⁰²⁶ im Panzerbau keine Revolution aus, sondern war vielmehr die Krönung der damals bekannten und erprobten Mittel. „Er hat aber schon einen Mehrstoffmotor und sonst in allen Komponenten ein

1022 Vgl. Besprechungsgrundlage für die Routinebesprechung beim BMVtdg T III 2 am 4. Mai 1965, BA-MA - BW 1 / 478315, S. 23; Der erste „Leopard“ rollte vom Fließband, in: SOLDAT UND TECHNIK 10 (1965), S. 541; Die neue Kampfpanzergeneration des deutschen Heeres, S. 284; Karl Eisele, Das Fernmeldegerät des Leopard, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 197-201; Diskussion über die Vorlage des Bundesverteidigungsministeriums H II 3 Az: 27-40-15-52 vom 18.06.1963 Kampffahrzeugprogramm - Kap. 1415 Tit. 852; hier: Standardpanzer und Jagdpanzer-Kanone, Protokoll der 51. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 26.06.1963. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 51, S. 30-35; Eberhard Fechner, Turm und Bewaffnung des Leopard, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 190-195; Hilmes, 20 Jahre Kampfpanzer Leopard 1, S. 530f; Theodor Icken, Das Fahrgestell des Leopard, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 182-189; Kampfwertgesteigerter KPz Leopard 1 A1. Erste Abwandlung (A1) des Grundmodells, in: SOLDAT UND TECHNIK 5 (1972), S. 234; Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 89-126 u. 183-190; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 574f; Lobitz, Der Kampfpanzer Leopard 1, S. 3f; Magirius, Der Kampfpanzer „Leopard“, S. 348; Ekkehard Medert, Der Kampfpanzer im atomar geführten Gefecht (II), in: WEHRKUNDE 12 (1963), S. 668-673, hier: S. 669-673; Michels, Jagdpanzer „Leopard“ und Kanonenjagdpanzer, S. 359; Papenbroock, Krauss-Maffei baut den ersten deutschen Nachkriegspanzer „Leopard“, S. 256; Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 30-50; Wüst, LEOPARD Symbol eines umfassenden Waffensystems, S. 26-31.

1023 Lobitz, Der Kampfpanzer Leopard 1, S. 4.

1024 Besprechungsgrundlage für die Routinebesprechung beim BMVtdg T III 2 am 4. Mai 1965, BA-MA - BW 1 / 478315, S. 23.

1025 Vgl. Heinrich Fehr / Rudolf Fürch / Hans-Joachim Nieme, Pflege, Wartung und Instandsetzung des Leopard, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 206-214; Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 129-153 u. Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 30.

1026 Vgl. Benecke, Modernes Management, S. 14.

Höchstmaß an Entwicklungsstand konventioneller Baugruppen erreicht, das, ohne Neuland zu beschreiten, schlechterdings kaum mehr überboten werden kann.“¹⁰²⁷ Die Weiterentwicklung wurde konsequent betrieben. Am 16. November 1966 war Dr. Liebler, Mitglied der Geschäftsführung von Porsche zu Besuch bei Dr. Wolf von Krauss-Maffei.¹⁰²⁸ Porsche hatte Fachkräfte, die laufend in der Serienbetreuung des LEOPARD beschäftigt waren und wollte noch mehr in der Panzerentwicklung für 1967 beschäftigt sehen. „Wenn KM und BWB diese Kapazitäten nicht in Anspruch nehmen und ausfüllen wollen, wird Porsche sie auf Dauer für andere Programme einsetzen. Sie sind dann künftig für Pz-Entwicklungen nicht mehr verfügbar.“¹⁰²⁹ Im Speziellen sollten 25 statt 20 Konstrukteure ab 1. August 1967, zwölf statt bisher acht Ingenieure ab 1.9.1967 und ebenfalls ab 1. August 1967 zwölf statt sechs Monteure in München arbeiten.

Dr. Wolf zeigte sich offen. „Herr Dr. Liebler regt an, daß wir bald zu einer klaren Aufteilung der beiderseitigen Versuchsinteressen kommen. [...] Ich unterrichtete Herrn Dr. Liebler über die Bemühungen von Blohm & Voss, MaK und Dr. Hopp, in der zentralen KPz-Entwicklung bei uns mitzuwirken und von unserer Einstellung zu diesen Bemühungen. [...] Herr Dr. Liebler sieht keine Bedenken dagegen, Blohm & Voss und MaK in Teilbereichen in die Entwicklung mit einzubeziehen, ebenso Dr. Hopp in den angesprochenen Spezialbereichen der Optik, Elektronik, sowie des ABC-Schutzes. Porsche würde gerne präzisere Vorstellungen von KM zu diesem Punkt kennenlernen.“¹⁰³⁰

Neben der Optimierung verschiedener bekannter Elemente des Panzerbaus gab es eine weitere wichtige Komponente, die für den Erfolg des Projektes verantwortlich war – die Konzeption des Fahrzeuges als Familie. Dadurch sollte erreicht werden, das der Aufwand für Pflege, Wartung und Instandsetzung der Kettenfahrzeuge deutlich reduziert werden konnte, da das Fachpersonal für viele Bereiche nur eine einmalige Ausbildung benötigten und die Baugruppen relativ leicht ausgetauscht werden konnten. Das Ministerium wollte daher auf dem Chassis des Kampfpanzers zunächst einen Bergepanzer, einen Flak-Panzer, die Kanonenhaubitze, einen Raketenwerfer und einen Brücken-

1027 Senger und Etterlin, Der Kampfpanzer Leopard, S. 176. Die ersten ausgelieferten Fahrzeuge waren noch mit einem Dieselmotor ausgestattet. Vgl. dazu „Leopard“ zunächst mit Dieselmotor, in: WEHRKUNDE 12 (1964), S. 660.

1028 Vgl. Aktennotiz des Vorstandsmitgliedes Dr. Wolf bzgl. der Zentralen Kampfpanzerentwicklung bei der Krauss-Maffei AG vom 16.11.1966, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63, S. 1.

1029 Ebd., S. 2.

1030 Ebd., S. 3f.

legepanzer implementieren.¹⁰³¹ Realisiert wurden letztendlich Bergepanzer, Pionierpanzer, Brückenlegepanzer, Flakpanzer, Fahrschulpanzer sowie einige Sonderfahrzeuge.¹⁰³²

Gleich nach dem LEOPARD 1 wurde der Bergepanzer STANDARD in Angriff genommen.¹⁰³³ „Seine Hauptaufgabe ist es, die durch Feindeinwirkung oder wegen technischer Schäden auf dem Gefechtsfeld lieengebliebenen Panzer zu bergen oder, soweit möglich, an Ort und Stelle instand zu setzen.“¹⁰³⁴ Um knappe Ressourcen zu schonen und die Einheiten gefechtsbereit zu halten, war der Einsatz dieses Fahrzeugtyps unbedingt nötig.

„Für die Entwicklung eines deutschen Bergepanzers waren mehrere Gedanken bestimmend. Der Kampfpanzer [...] sollte durch einen Bergepanzer mit möglichst gleichem Fahrgestell ergänzt werden, um die Versorgung und Ausbildung zu vereinfachen und damit einen hohen Grad an Einsatzbereitschaft zu erreichen.“¹⁰³⁵ In der Tat unterschieden sich beide Fahrzeuge nur durch Turm bzw. Bergeeinrichtung. „Alle anderen Baugruppen und Bauteile sind untereinander identisch und austauschbar“¹⁰³⁶, was einem Anteil von circa 75 Prozent der verbauten Teile entsprach. Das Chassis war identisch.¹⁰³⁷

Die Militärischen Forderungen für Bergepanzer wurden im Jahr 1961 verfasst. Als Fahrgestell sollte im Zuge der Teilegleichheit ein LEOPARD 1-Chassis benutzt werden, nur die Berge- und Hebemittel waren neu zu entwickeln. Bergen mit einer Zugwinde sollte bis maximal 70 Tonnen möglich sein, ebenso das Abschleppen von Schadfahrzeugen. Material musste bis 20 Tonnen und bis zu 7 Meter unter Flur mit Drehkran und Hubwinde zu leisten sein. Das Mitführen eines Triebwerksblocks wurde ebenso gefordert wie, das Aus- und Einbauen von schweren Baugruppen wie diesem oder einem Turm in 20 Minuten. Das einseitige Anheben eines Kampfpanzers, Wegehilfen aller Art, Sperrenbeseitigung, Be- und Enttanken anderer Fahrzeuge waren ebenfalls

1031 Vgl. Besprechungsgrundlage für die Routinebesprechung beim BMVtdg III 2 am 4. Mai 1965, BA-MA - BW 1 / 478315, S. 149.

1032 Vgl. Die neue Kampfpanzergeneration des deutschen Heeres, S. 285; Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 157-177; Spielberger, Von der Zugmaschine zum Leopard 2, S. 175-194; Willikens, Wehrtechnik Land, S. 136-141 u. Wüst, LEOPARD - Symbol eines umfassenden Waffensystems, S. 32.

1033 Vgl. für den Berge- und den Pionierpanzer ausf. Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 95-110.

1034 Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 160.

1035 Besprechungsgrundlage für die Routinebesprechung beim BMVtdg T III 2 am 4. Mai 1965, BA-MA - BW 1 / 478315, S. 30.

1036 Ebd., S. 31.

1037 Vgl. Rudolf Scharrer, Erster Bergepanzer „Leopard“ an die Truppe übergeben. Ein erprobtes. zuverlässiges und fortschrittliches Fahrzeug, in: SOLDAT UND TECHNIK 10 (1966), S. 515f.

inbegriffen. Die Bergeeinrichtungen sollten hydraulisch funktionieren. Den Öldruck dafür lieferten zwei vom Fahrzeugmotor angetriebene Drehflügelpumpen. Die Besatzung sollte wie beim LEOPARD 1 aus vier Mann bestehen.¹⁰³⁸

„Die militärischen Forderungen vom Jahre 1961 wurden [noch] im gleichen Jahre von einer kleinen Gruppe kriegserfahrener Techniker auf ihre Durchführbarkeit überprüft und in eine technische Forderung umgesetzt.“¹⁰³⁹ Die Entwicklung übernahm die Firma Porsche, welche dafür auf Prototypen aus dem Zweiten Weltkrieg zurückgriff, die beiden Prototypen der 39,8 Tonnen schweren Konstruktion baute Jung-Jungenthal 1964.¹⁰⁴⁰ Nach der Genehmigung des Bundestages für 365 Fahrzeuge plus Option auf 124 weitere lief am 9. September 1966 der erste Bergepanzer STANDARD bei MaK Kiel, die wie beim Pionierpanzer das Management des Programmes und die Endmontage übernahmen, vom Band.

Insgesamt wurden in den Jahren 1966 bis 1969 444 Bergpanzer an die Truppe ausgeliefert, 36 nach Belgien, 41 in die Niederlande, sechs nach Norwegen. 1971 gab Italien 69 Stück in Auftrag. Der offizielle Name lautete Bergepanzer 2 (STANDARD). MaK übernahm den Truppenversuch, Jung-Jungenthal die Werkserprobung und die stationären Versuche, Porsche war für die Weiterentwicklung und Luftfiltermessungen zuständig.¹⁰⁴¹ „Allen, die an der Entwicklung beteiligt waren, insbesondere aber den Technikern und Arbeitern der Firmen Porsche, Jung-Jungenthal und Atlas-MAK, ist mit dem neuen Bergepanzer ein großer Wurf gelungen. [...] Das Entwicklungsziel, in möglichst kurzer Zeit einen technisch reifen und überlegenen Bergepanzer zu liefern, wurde voll und ganz erreicht.“¹⁰⁴²

Im Vergleich zum vormaligen Bergepanzer, dem aus den Vereinigten Staaten stammenden M 88, besaß der neue Panzer viele Vorteile sowohl für das Gefecht als auch für den Nachschub. „Das Fahrgestell, sowie die im M 88 nicht vorhandene ABC-Anlage, Tauchausrüstung, Flak-MG und Nebelwurfanlage entsprechen dem KPz Leopard; was für Einsatz, Ausbildung und Versorgung der Truppe von entscheidender Bedeutung ist.“¹⁰⁴³

1038 Vgl. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 160f u. 164.

1039 Scharrer, Erster Bergepanzer „Leopard“ an die Truppe übergeben, S. 515.

1040 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 351; Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 160; Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 95.

1041 Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 351; Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 160; Leopard ein Erfolgsschlager, S. 528; Scharrer, Erster Bergepanzer „Leopard“ an die Truppe übergeben, S. 515; Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 96 u. 103; Standard-Bergepanzer (39 t), in: WEHR UND WIRTSCHAFT 4 (1968), S. 147.

1042 Scharrer, Erster Bergepanzer „Leopard“ an die Truppe übergeben, S. 516.

1043 Besprechungsgrundlage für die Wehrtechnische Jahresbesprechung beim BMVtgd T III 2 am

Nach dem Fertigungsbeginn wurden wie beim LEOPARD 1 eingehende Tests durchgeführt. „Zur Überprüfung der durch den Serienanlauf bedingten Fertigungsmängel wurde je ein Bergepanzer Standard der ErpStelle 41 für eine Fahrerprobung und der ErpStelle 51 zur Erprobung der Bergeeinrichtung Anfang Oktober 1966 übergeben. [...] Innerhalb von 6 Wochen wurden [...] ca. 2.000 km Fahrstrecke ohne wesentliche Beanstandung zurückgelegt. Während dieser Erprobungszeit wurde die Bergeeinrichtung wie beim Truppenbetrieb genutzt und arbeitete zufriedenstellend. [...] Die Erprobung der Bergeeinrichtung [...] verlief bis heute ohne größere Beanstandung, abgesehen von geringfügigen Änderungswünschen“¹⁰⁴⁴.

Das abschließende Resümee war ebenso erfreulich wie eindeutig: „Es zeigte sich erneut die Überlegenheit des Bergepanzers Standard gegenüber den bekannten amerikanischen Typen.“¹⁰⁴⁵ Dem Wunsch einer Standardisierung im Kettenfahrzeugbereich war die Bundeswehr mit dem Bergepanzer 2 ein großes Stück näher gekommen.

Ebenfalls, wenn auch in weit kleinerer Stückzahl wurde ein Fahrzeug für die Pioniertruppe benötigt, mit dem sie Material transportieren und Schanzarbeiten ausführen konnte.¹⁰⁴⁶ Ab 1969 fertigte daher MaK Kiel auf Basis des Bergepanzers 2 den Pionierpanzer 1. Sein Gewicht betrug 40,8 Tonnen.¹⁰⁴⁷ Er verfügte über eine leistungsfähige Räumschaukelanlage mit vier Reißzähnen, eine Hauptwinde mit Seilspannvorrichtung, einen schwenkbarer Kranausleger der notfalls von Hand bedienbar war, eine Hubwinde, ein Erdrohrbohrgerät, eine eine Kühlanlage für Hydrauliköl. Die Hauptwinde, der Kranausleger und die Hubwinde waren bei Pionier- und Bergepanzer identisch. Der Pionierpanzer hatte ebenfalls eine Besatzung von vier Mann.¹⁰⁴⁸ Ab 1970 wurde er zunächst in einer Stückzahl von 36 bestellt, insgesamt wurden 105 an das Heer geliefert. 1971 erhielt MaK aus Italien den Auftrag, 12 für die italienischen Streitkräfte zu fertigen, für Belgien sechs.¹⁰⁴⁹

Das mögliche Gefechtsfeld in Mitteleuropa war durchzogen von Flüssen. Um gepanzerte Verbände möglichst schnell und unabhängig von den existierenden Brückenbauten verlegen zu können, war ein Brückenlegepanzer nötig. Dazu legten die Konsortien

19.12.1966, BA-MA - BW 1 / 478315, S. 106.

1044 Ebd., S. 105.

1045 Ebd., S. 106.

1046 Vgl. für den Pionier- und den Brückenlegepanzer ausf. Joachim Köhl, Pionierpanzer und Brückenlegepanzer der Leopard-Familie, in: JAHRBUCH DER WEHRTECHNIK 4 (1969), S. 52-59.

1047 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 352.

1048 Vgl. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 165 u. 168.

1049 Vgl. Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 103 u. 109f. Ende der 1980er Jahre wurde der Pionierpanzer 1 durch den Pionierpanzer 2 DACHS ersetzt. Vgl. dazu Blume, Panzerpioniere der Bundeswehr, S. 27f u. Hubatschek, Waffensysteme der Bundeswehr, S. 44.

Krauss-Maffei / Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) und MaK / Porsche zwei verschiedene Varianten vor. Während Krauss-Maffei und KHD eine Teleskopversion befürworteten, schlugen MaK und Porsche eine zweiteilige Brücke mit freiem Vorbau vor, die sich letztendlich auch durchsetzte. Das Gegengewicht bildete das Chassis, für welches wiederum der modifizierte Unterbau des LEOPARD 1 von Krauss-Maffei genutzt wurde. Der Brückenlegepanzer BIBER hatte ein Gewicht von 45,3 Tonnen, einen 830 PS starken Motor und eine Geschwindigkeit von bis zu 62 km/h und 2 Mann Besatzung. 1973-1975 wurde er produziert, je Fahrzeug wurde eine Million DM veranschlagt, für alle 124 Brücken zusammen 25 Millionen, für drei Jahre Ersatzteilbedarf 20,2 Millionen DM, insgesamt 150,2 Millionen DM. Sie waren als Haushaltsmittel von 1971 bis 1975 aufzubringen. Die alten Brückengeräte auf M 48 Basis wurden als Ausstattung für die Heimatschutztruppe und als Umlaufgeräte verwendet.¹⁰⁵⁰

„Der Brückenlegepanzer Biber – bei der MaK Systemgesellschaft mbH, Kiel, unter Zulieferung der Brücke durch EWK Eisenwerke Kaiserslautern gefertigt – wurde mit 105 Verlegefahrzeugen und 124 Panzerbrücken an die Pioniertruppe der Bundeswehr geliefert.“¹⁰⁵¹ Der größte Vorteil der deutschen Entwicklung war das flache Ausfahren der Brücke. Keine andere Nation nutzte ein solches Brückenlegeystem. Auch die neuesten Entwicklungen der 1960er Jahre aus den USA mit dem M 11 und in Frankreich mit dem AMX 30 klappten ihre bis zu 10 Meter hohen Brückenteile in die Höhe aus, was die Gefahr entdeckt zu werden stark vergrößerte.¹⁰⁵²

Um Panzerverbände gegen Tieffliegerangriffe zu schützen, wurden sowohl Jagdflugzeuge als auch Bodenverteidigungselemente verwendet. Neben der Flugabwehr aller Truppen war der Flakpanzer das Hauptverteidigungsmittel des deutschen Heeres. In den 1960er Jahren wurde es immer offensichtlicher, dass der M 42 aus amerikanischer Produktion nicht mehr den Anforderungen entsprach.¹⁰⁵³

Der Flakpanzer sollte neben der Abwehr von Flugzeugen auch im Erdkampf als Unterstützung der Panzer gegen feindliche Infanterie dienen und über eine hohe Beweglichkeit und einen ABC-Schutz verfügen, um mit den Panzerverbänden

1050 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 355; Blume, Panzerpioniere der Bundeswehr, S. 17 u. 19; Brücken-Panzer Leopard 1, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 9 (1971), S. 411; Hubatschek, Waffensysteme der Bundeswehr, S. 42f; Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 168 u. 170; Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 123 u. 128f. Spielberger spricht von 15 Millionen DM für 124 Brücken.

1051 Hubatschek, Waffensysteme der Bundeswehr, S. 43.

1052 Vgl. Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 170; Köhl, Pionierpanzer und Brückenlegepanzer, S. 57.

1053 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 354; Flakpanzer. Luftschild der Heere, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 12 (1973), S. 673-677, hier: S. 677. Vgl. zum GEPARD ausf. Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 110-122.

vollumfänglich gemeinsam einsetzbar zu sein. Bei der Bewaffnung gab es zwei unterschiedliche Ansätze. Entweder musste eine möglichst große Geschossanzahl in den Zielraum oder eine kleine Anzahl mit hoher Genauigkeit im Ziel gebracht werden. Beides zugleich war nahezu unmöglich.¹⁰⁵⁴

„Das Nonplusultra im Flakpanzerbau stellt ohne jeden Zweifel die Panzerflak 1 der Bundeswehr dar. Es wurden keine Kompromisse eingegangen, und der Preis stellt sich deshalb auch dementsprechend hoch.“¹⁰⁵⁵ Er war vollautomatisch, hatte ein Rundsuchradar, die Feinde konnten der Bedrohung nach eingeschätzt werden, eine Granate hatte genug Sprengkraft, um ein Flugzeug schwer zu beschädigen oder zu zerstören. Auf 2500 Meter war er effektiv im Kampfbereich, bei einer Trefferwahrscheinlichkeit von 50 Prozent.¹⁰⁵⁶

Die Entwicklung des im März 1991 GEPARD getauften Flugabwehrkanonenpanzers verlief in vier Phasen. Bereits 1955 bis 1958 gab es erste Konzeptüberlegungen, 1958 bis 1964 folgte eine Prototypenentwicklung auf HS 30-Basis und auf MARDER-Fahrgestell durch Rheinmetall und British MARC. 1965 fiel jedoch der Entschluss auf Basis des LEOPARD 1-Fahrgestells weiterzumachen, da es wesentlich tragfähiger als die beiden anderen war. Zwei Konzepte wurden verfolgt: Erstens unter Führung von Rheinmetall unter Beteiligung von AEG-Telefunken, Siemens und Krauss-Maffei das MATADOR-System (Mobiles Allwetter Tiefflieger Abwehrsystem mit Doppler Radar) von dem zwei Prototypen an die Bundeswehr ausgeliefert wurden, deren Kosten übernommen wurden. Zweitens das rein privat finanzierte Waffensystem von Oerlikon-Contraves aus der Schweiz mit 35 mm Maschinenkanonen gegenüber dem 30 mm Kaliber der deutschen Entwicklung. Die schweizer Waffenanlage konnte sich letztendlich durchsetzen.¹⁰⁵⁷

Generalunternehmer Krauss-Maffei hatte das Fahrgestell zu liefern und die Systemverantwortung auch für die 17 Vorserienpanzer zu übernehmen, Wegmann war für Turm und Waffenanlage, die Siemens AG für die Feuerleitanlage zuständig. Oerlikon hatte die Verantwortung für die Serienreifmachung. Die ersten Fahrzeuge wurden im Dezember 1976 an die Truppe ausgeliefert. Von 1976 bis 1980 wurden insgesamt 432 Fahrzeuge bei der Bundeswehr eingeführt. Durch das, wenn auch deutlich besser gepanzerte, Fahrgestell des LEOPARD 1, konnte der GEPARD mit allen Kampffahrzeugen auf dem

¹⁰⁵⁴ Vgl. ebd., S. 673f.

¹⁰⁵⁵ Ebd., S. 677.

¹⁰⁵⁶ Vgl. ebd.

¹⁰⁵⁷ Vgl. Blume, Flugabwehrpanzer der Bundeswehr, S. 20; Spielberger, Der Weg zum Flak-Panzer Gepard, S. 191.

Gefechtsfeld mithalten. Das Konzept der Wechselbesatzung ermöglichte es, den Flugabwehrpanzer mit drei Mann Besatzung 24 Stunden in Bereitschaft zu halten. Der Stückpreis lag bei 3,6 Millionen DM, für das Gesamtprogramm waren 2,1 Milliarden DM im Haushalt eingestellt. Der Reifeprozess des Flugabwehrkanonenpanzers war mit 15 Jahren nicht zuletzt wegen der hohen Komplexität des Systems sehr langwierig.¹⁰⁵⁸

Diese Komplexität machte den Panzer sehr empfindlich und anfällig gegenüber elektronischen Gegenmaßnahmen. 25 Prozent der GEPARDEN waren immer in der Wartung, da sie mechanisch und elektronisch sehr aufwändig zu überholt werden mussten.¹⁰⁵⁹ „Mit der elektronischen Ausrüstung der Panzerflak 1 ist wohl die Grenze des Möglichen erreicht, und eine weitere Automatisierung und Verfeinerung kann kaum den Kampfwert erhöhen.“¹⁰⁶⁰ In der Tat wurde bis ins 21. Jahrhundert kein neuer Flugabwehrkanonenpanzer entwickelt, der es mit der Leistungsfähigkeit des deutschen GEPARD aufnehmen konnte.

Die hohe Qualität der deutschen Fahrzeugfamilie machten die verschiedenen Fahrzeuge auch für andere Länder interessant und führten zu ersten großen Exporterfolgen der bundesrepublikanischen Rüstungsindustrie.¹⁰⁶¹ Beispielhaft steht dafür die Kampfpanzerfertigung des LEOPARD 1. Belgien kaufte als Ersatz für seine M 47-Bestände 334 Kampfpanzer, welche zwischen 1967 und 1970 ausgeliefert wurden. Das Königreich hatte die Wahl zwischen dem AMX 30 und dem deutschen Konkurrenzprodukt. Der Preis gab letztendlich den Ausschlag. Für ein Gesamtvolumen von 360 Millionen DM erhielt das Land zehn LEOPARD 1 pro Monat. Die Niederlande erwarben ebenfalls 400 Panzer im Wert von 550 Millionen DM im Jahr 1968. Letztendlich wurden sogar 415 beschafft. Norwegen orderte im gleichen Jahr 78 LEOPARD 1, wollte aber im Gegenzug Aufträge im Wert von 100 Millionen DM für die eigene Industrie.

Da die Panzerexporte häufiger im Rahmen von Kompensationsgeschäften stattfanden, war eher die Ausnahme als die Regel. Im Gegenzug für den Kauf des LEOPARD 1 wollte beispielsweise die belgische Regierung die Instandsetzung für den HS-30 und

1058 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 354f; Blume, Flugabwehrpanzer der Bundeswehr, S. 20; Flakpanzer. Luftschild der Heere, S. 677; Hubatschek, Waffensysteme der Bundeswehr, S. 50; Knecht, Kampfpanzer Leopard, S. 172 u. Spielberger, Der Weg zum Flak-Panzer Gepard, S. 160f, 165, 172, 175, 181f, 191 u. 199.

1059 Vgl. Flakpanzer. Luftschild der Heere, S. 677.

1060 Ebd.

1061 Vgl. Beckmann, Schild und Schwert, S. 177 u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 575. Vgl. ausf. für die Auslandslieferungen von Krauss-Maffei Spielberger, Von der Zugmaschine zum Leopard 2, S. 153-160.

den M-113 der Bundeswehr, obwohl mit Henschel Engineering eine Tochter von Rheinstahl-Henschel das beste Angebot abgegeben hatte. Aus strukturellen und nationalen Gründen wurden jedoch Forderungen laut, die wallonische ABR zu beteiligen. Die Bundesrepublik hatte aber trotzdem den Auftrag an Henschel-Engineering vergeben, da sie einen günstigen Preis gemacht hatte und die nötige Erfahrung mitbrachte. Als Belgien protestierte, sicherte man von deutscher Seite aus zu, dafür andere Aufträge an den westlichen Nachbarn zu vergeben, was wiederum auch einen GEPARD-Auftrag in den Jahren 1977-1980 nach sich zog.¹⁰⁶²

1970 wurde Italien tätig und bestellte 800 Kampfpanzer, von denen 200 in München gefertigt wurden. Die übrigen Lizenzbauten erfolgten bei Fiat, Lancia und OTO-Melara in Italien. Dänemark erwarb ebenfalls 200 deutsche Kampfpanzer.¹⁰⁶³

Anfang 1979 waren bereits alleine 3508 Kampfpanzer LEOPARD 1 von Krauss-Maffei ausgeliefert worden.¹⁰⁶⁴ Dazu kamen noch die zahlreichen anderen Panzer der Fahrzeugfamilie. Damit legte das Standardpanzer-Programm den Grundstein für die Exporterfolge der deutschen Rüstungsindustrie nach 1945. Erstmals gelang es den deutschen Entwicklern, Konstrukteuren und Produzenten sich qualitativ in einem Teilbereich des Rüstungssektors an die weltweite Spitze zu setzen.

Aber nicht nur NATO-Staaten hatten Interesse am LEOPARD. Nach Dokumenten aus dem Bundesarchiv war Krauss-Maffei bereit gewesen, auch sog. Blockfreie Staaten zu beliefern. Im März 1968 schrieb Vorstandsmitglied Dr. Wolf in dieser Sache an Dr. Pohle. „Der Besuch von Mitgliedern des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages bei Krauss-Maffei [...] hat die Debatte um einen Export des Kpz Leopard in blockfreie Staaten stark belebt.“¹⁰⁶⁵ Laut Wolf zeigten sich CDU/CSU und FDP relativ aufgeschlossen. „Nach anfänglichem Sträuben haben auch die Angehörigen der SPD-Fraktion sich bereit erklärt, von Fall zu Fall bestimmte Exportanliegen zu unterstützen.“¹⁰⁶⁶ Der Verteidigungsausschuss unterstützte das Vorhaben von Krauss-Maffei, die LEOPARD-Lizenz an Pakistan zu verkaufen. Das Ministerium war bereits informiert. „Bei dieser Gelegenheit erfuhren wir, daß die Hauptschwierigkeiten für eine

1062 Vgl. Leopard, S. 371f; Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten, S. 51, 53 u. 56f; ders., Der Weg zum Flakpanzer GEPARD, S. 204.

1063 Vgl. Leopard ein Exportschlager, S. 528; 200 Standard-Panzer Leopard, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 6 (1971), S. 282; Spielberger, Der mittlere Kampfpanzer Leoprad und seine Abarten, S. 58.

1064 Vgl. ebd.

1065 Schreiben des Vorstandsmitgliedes Dr. Wolf an den Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Dr. Pohle, vom 20.03.1968, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967, S. 1.

1066 Ebd.

Lockerung der deutschen Einstellung zu Rüstungsexporten weniger beim Verteidigungsausschuß als beim außenpolitischen Ausschuß des Bundestags zu suchen seien.“¹⁰⁶⁷ Vier Monate später war der Pakistan-Deal auf drängen des SPD-geführten Außenressorts ad acta gelegt worden. Mittlerweile gab es aber eine Anfrage des Iran. „Der Kanzler hat sich aber bisher immer noch nicht mit seiner Entscheidung, das Angebot zu genehmigen, durchgesetzt. [...] Er möchte gerne bei seinem Iranbesuch im September die persönliche Zusage machen, daß das Geschäft zustandekommen kann.“¹⁰⁶⁸ Krauss-Maffei befürchtete aber, dass der Zeitpunkt zu spät gewesen wäre und wollte sich aus dem Iran eine offizielle Bestätigung geben lassen, dass die Entscheidung drängt. „Wir werden auch wahrscheinlich diese Bestätigung erhalten und damit unsere Dringlichkeitsvorstellungen in Bonn zu bekräftigen versuchen.“¹⁰⁶⁹ Die iranische Delegation betonte bei einem gemeinsamen Besuch mit pakistanischen Vertretern in der Bundesrepublik, dass sie mit Pakistan eng zusammenarbeiten und alles abstimmen wolle. „Diese Erklärungen waren natürlich Wasser auf die Mühle der Gegner des Iranprojekts, die auf diese Weise neue Nahrung für ihre Behauptung fanden, die Iraner würden selbstverständlich das ganze Geschäft letzten Endes doch nur als Basis für indirekte Lieferungen nach Pakistan benutzen. Pakistan ist aber selbstverständlich nach wie vor völlig tabu.“¹⁰⁷⁰ Auch die Politik setzte sich für weitere LEOPARD-Aufträge für Krauss-Maffei ein, insbesondere Dr. Friedrich Zimmermann.¹⁰⁷¹ Die Versuche, den blockfreien Staaten Rüstungsgüter zu verkaufen waren jedoch nicht von Erfolg gekrönt. Krauss-Maffei richtete auch an das Auswärtige Amt verschiedene Anfragen, so auch für Libyen. „Wir bitten um Entscheidung, 1. ob wir an die Regierung von Libyen ein Angebot über Kpz Leopard abgeben dürfen – 2. ob Aussicht besteht, eine Ausfuhrgenehmigung für Libyen zu erhalten – 3. ob seitens der Bundesregierung gegen den Besuch einer libyschen Militär-Delegation Einwände erhoben würden.“¹⁰⁷² Auch das Referat W I 4 des Verteidigungsministeriums bat um eine Stellungnahme des Außenministeriums.¹⁰⁷³ Im Juli 1968 musste das Verteidigungsministerium Krauss-

1067 Ebd.

1068 Schreiben des Vorstandsmitgliedes Dr. Wolf an den Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Dr. Pohle, vom 16.07.1968, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967, S. 1.

1069 Ebd., S. 2.

1070 Ebd.

1071 Vgl. Schreiben des Vorstandsmitgliedes Dr. Wolf an den Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Dr. Pohle, vom 23.03.1967, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1967, S. 1.

1072 Schreiben der Krauss-Maffei Fahrzeug-GmbH an Brigadegeneral Mühllehner bezgl. Libyen vom 05.03.1968, BA-MA - BW 1 / 374223, S. 1.

1073 Vgl. Schreiben des Referates W I 4 an das Auswärtige Amt bezgl. eines möglichen Exports von

Maffei bezüglich eines Exportes an „Iran, Libyen, Saudi-Arabien, Algerien sowie andere arabische Länder und Israel“¹⁰⁷⁴ eine negative Mitteilung machen. „Nach eingehender Prüfung Ihrer Anfragen wegen des Exports des Kampfpanzers Leopard nach den o.a. Ländern muß ich Ihnen zu meinem Bedauern mitteilen, daß zur Zeit keine Aussicht auf Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung besteht.“¹⁰⁷⁵ Das Außenministerium hatte sich durchgesetzt. Der LEOPARD 1 blieb bis zum Ende des Kalten Krieges nur auf NATO-Verbündete beschränkt.

IV.4 Rheinstahl-Henschel und die Produktion der MARDER-Familie

Parallel zur Entwicklung der Kampfpanzerfamilie wurde auch der Ruf nach einer Schützenpanzerfamilie laut, die mit den neuen Fahrzeugen der Panzertruppe mithalten konnte. Der HS 30 der der M 113 erwiesen sich dafür als ungeeignet.¹⁰⁷⁶ Die Fahrzeuge dieses Typus sollten schnellstmöglich ersetzt werden.¹⁰⁷⁷ Die Probleme wurden mit der endgültigen Einführung des LEOPARD 1, der schnell und wendig war, noch größer. Dem M 47 und M 48 hätte der HS 30 notfalls im Gefecht noch folgen können, dem LEOPARD 1 keinesfalls, da er im Vergleich total untermotorisiert war. Daher gab es bereits vor Indienststellung des HS 30 erste Planungen über ein mögliches Nachfolgemodell, bei dem die Fehler der Schützenpanzerbeschaffung zu einer besseren Abwicklung führte.

Das neue Fahrzeug sollte durch eine Mischung aus neuesten Erkenntnissen der westdeutschen Industrie und den Erfahrungen der nordamerikanischen, niederländischen und französischen Streitkräfte konstruiert werden. Einzelne Entwicklungsschritte waren penibel zu überprüfen, das System technisch sehr komplex. Permanent wurde an der Weiterentwicklung gearbeitet.¹⁰⁷⁸ Daher dauerte es elf Jahre von den ersten Überlegungen bis zur Auslieferung des Schützenpanzers.¹⁰⁷⁹ „Im Laufe der 1960er Jahre

Kampfpanzern an Libyen vom 08.03.1968, BA-MA - BW 1 / 374223, S. 1.

1074 Schreiben des Referates W I 5 an die Geschäftsführung der Krauss-Maffei GmbH bzgl. Des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen vom 15.07.1968, BA-MA - BW 1 / 374223, S. 1.

1075 Ebd.

1076 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 557; Schützenpanzer-Beschaffung, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 5 (1969), S. 284f, hier: S. 284 u. Serienfertigung des neuen Schützenpanzers Marder, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 4 (1971), S. 178-180, hier: S. 180.

1077 Strauß spricht davon, dass ursprünglich 12000 HS 30 beschafft werden sollten. Diese Zahl scheint übertrieben. Es ist eher von 6800 auszugehen. Vgl. dazu Bucholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen, S. 210.

1078 Vgl. Neue deutsche Schützenpanzerfamilie, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 1 (1969), S. 17.

1079 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 558.

entstand [daher] aus der Entwicklung des neuen Schützenpanzers für die westdeutschen Streitkräfte eine umfassende und bedeutende Ansammlung technischen, kaufmännischen und organisatorischen Wissens über die Panzerherstellung in ihrer ganzen Bandbreite.¹⁰⁸⁰

Anforderungen an den Schützenpanzer gab es viele. „Die wichtigsten davon waren, dass der Schützenpanzer schnell, wendig, und hochgradig geländegängig, möglichst unempfindlich gegen feindliche Waffenwirkung sein und die Fähigkeit der ständigen Begleitung bzw. Unterstützung von Panzerangriffen besitzen sollte. Hierzu wurde ein Leistungsgewicht von mindestens 20 PS/t verlangt und eine Konfiguration, die schnelle Wechsel zwischen auf- und abgesessenem Kampf ermöglichte.“¹⁰⁸¹ Die lückenlose Beobachtung des Gefechtsfeldes bei Tag und Nacht auch aus dem geschlossenen Kampfraum wurde vorausgesetzt. Der Schützenpanzer sollte eine robuste Bauweise haben und durch eine einfache Bedienung, Pflege und Wartung wenig Zeit und geringe Kosten bei der Instandsetzung verursachen. Dazu sollte eine weitgehende Standardisierung von Baugruppen, Teilbaugruppen und Ersatzteilen beitragen, die schnell auszu-tauschen waren.¹⁰⁸²

Zunächst wurden verschiedene Firmen beauftragt, Studien über einen neuen Schützenpanzer zu entwickeln. „Es handelte sich dabei ausschließlich um deutsche Auftragnehmer, die schon in der Weiterentwicklung und Verbesserung des HS 30 mit dem Verteidigungsministerium zusammengearbeitet hatten.“ Das Ministerium wollte nach dem Debakel um die Beschaffung des HS 30 auf Nummer sicher gehen und bewährte Unternehmen auswählen. „Aus der Vielzahl von Interessenten am Panzerbau haben sich nunmehr die echt leistungsfähigen Firmen herausgehoben.“¹⁰⁸³ Nachdem alle anderen aus der Entwicklung ausschieden, wurden nur die Ansätze der Konsortien um die Firmen Henschel und Rheinstahl-Hanomag weiterverfolgt.¹⁰⁸⁴ Im April 1960 waren die technischen Forderungen entsprechend festgelegt.¹⁰⁸⁵ Eine Plattformlösung war das Ziel der leichten Panzerfamilie mit insgesamt 14 Typen, u.a. sollten ein Schützenpanzer, ein

1080 Ebd.

1081 Ebd., S. 559.

1082 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 322; Klennert / Schneider, Der neue deutsche Schützenpanzer, S. 307 u. Serienfertigung des neuen Schützenpanzers Marder, S. 180. Vgl. ausf. zur Schützenpanzerfamilie Der neue Schützenpanzer des Heeres, S. 555-558 u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 557-569.

1083 Serienfertigung des neuen Schützenpanzers Marder, S. 179.

1084 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 558f u. Serienfertigung des neuen Schützenpanzers Marder, S. 179.

1085 Vgl. Kurt Bohrmann, Die Entwicklung des SPz „MARDER“, in: SOLDAT UND TECHNIK 6 (1971), S. 312-319, hier: S. 312; Scheibert, Schützenpanzer der NATO, S. 36.

Funk- und Führungswagen, ein Mörserträger, ein Raketenjagdpanzer, ein Kanonenjagdpanzer, ein Flugabwehrpanzer, ein Bergepanzer und eine Kettenzugmaschine gebaut werden, aber nicht alle Typen wurden verwirklicht.¹⁰⁸⁶

Die verschiedenen Modelle stellten sehr unterschiedliche Anforderungen an die Plattform hinsichtlich Höhe, Panzerung und Motorposition. Drei Grundtypen für die verschiedenen Fahrzeuge wurden entworfen: Variante A mit dem Motor im Heck und dem Antrieb vorne für den Funk- und Feuerleitpanzer. Typ B mit dem Motor und dem Antrieb komplett im Vorraum wegen der Ausstiegsluke hinten für Schützenpanzer und Raketenwerfer sowie Modell C, das Motor und Antrieb komplett im Heck haben sollte, für Raketen- und Kanonenjagdpanzer. A war nicht realisierbar, nur B und C wurden weiterverfolgt. Das Plattformkonzept musste beschränkt werden, da jedes Fahrzeug eine eigene Wannenkonstruktion erhielt.¹⁰⁸⁷

Das Ministerium erteilte den Entwicklungsauftrag am 20.06.1960 an zwei Konsortien. Die Rheinstahlgruppe unter anderem mit Rheinstahl-Hanomag, Ruhrstahl und das Ingenieurbüro Warnecke auf der einen und Henschel sowie MOWAG auf der anderen Seite.¹⁰⁸⁸ „An der Entwicklung [...] haben einerseits erfahrene Wehrtechniker aus dem früheren Waffenamt, der Truppe und Industrie mitgewirkt; andererseits gelang es, jüngere Mitarbeiter mit Elan und Intuition zu gewinnen.“¹⁰⁸⁹

Die Federführung blieb aber beim Bundesverteidigungsministerium, die Firmen waren für die Gesamtfunktion und den Einbau der Baugruppen verantwortlich. So konnten die Streitpunkte beim HS 30 von vornherein ausgeschlossen werden. Die einzelnen Entwicklungsschritte wurden auch einzeln abgerechnet. Bis 24.04.1964 leistete der Staat floglich 21 Einzelzahlungen zwischen 100.000 und 30 Millionen DM, insgesamt 85,4 Millionen DM.

Durch das Vorziehen des Jagdpanzer KANONE-Projektes, auf das später noch eingegangen wird, konnte der Schützenpanzer länger entwickelt werden, was „letztendlich der technischen Reife des neuen Schützenpanzers und den weiteren Typen seiner Familie zugute“¹⁰⁹⁰ kam. Der MARDER wurde so umfassend erprobt wie kein

1086 Vgl. Der neue Schützenpanzer des Heeres, S. 554; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 559 u. Neue deutsche Schützenpanzerfamilie, S. 17.

1087 Vgl. Klennert / Schneider, Der neue deutsche Schützenpanzer, S. 310 u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 561.

1088 Vgl. Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 169.

1089 Bohrmann, Die Entwicklung des SPz „MARDER“, S. 318.

1090 Klennert / Schneider, Der neue deutsche Schützenpanzer, S. 310. Vgl. ausf. zur Entwicklung des MARDER Blume, SPz MARDER, S. 5f; Bohrmann, Die Entwicklung des SPz „MARDER“, S. 312-319 u. ders., Schützenpanzerentwicklung 1960 bis 1970. Der Weg zum SPz MARDER, in: JAHRBUCH DER WEHRTECHNIK 5 (1970), S. 66-72.

anderes Fahrzeug vorher. 1960/61 gab es die erste, ab 1964 die zweite und 1967 eine dritte Prototypenserie.¹⁰⁹¹ Die Prototypengruppen wurden vom BWB und der Industrie in Sardinien vom 18. August bis 19. September 1964 und anschließend in Kanada getestet.¹⁰⁹² Die zweite Prototypenreihe wurde von 1964 bis 1966 gefertigt. Nachdem die Rheinstahl-Gruppe mittlerweile Henschel und Hanomag umfasste, fertigten diese Firmen die eine, MOWAG die andere Serie.¹⁰⁹³ „Ein Teil der hannoverschen Entwicklungsmannschaft [von Hanomag] wurde zeitweise in Kassel [bei Henschel] eingesetzt, um den Schützenpanzer, Gruppe neu, mit all seinen Varianten fertig bis zur Serienreife zu entwickeln und wo dann auch ab 1971 die Fertigung aufgenommen wurde.“¹⁰⁹⁴

Dabei entstand mit dem MARDER ein Fahrzeug, das sich immer weiter von der HS 30-Konstruktion hin zu einem vollkommen neuen Schützenpanzer bewegte.¹⁰⁹⁵ „Das einstige Bild einer auf einem Schützenpanzer gesetzten Infanteriegruppe gehörte mit dem Schützenpanzer ‚Marder‘ endgültig der Vergangenheit an. Aufgrund seiner Beweglichkeit, seiner Motorstärke, seiner Feuerkraft, seiner Technik und seiner Inneneinrichtung – die mit einem austauschbaren Modulsystem immer wieder auf den neuesten Stand gebracht werden können – gilt der ‚Marder‘ auch heute noch als einer der zuverlässigsten Schützenpanzer der Welt.“¹⁰⁹⁶

1966 wurden im Zuge der Erprobungen die Militärischen Forderungen überarbeitet und den neuesten Entwicklungen angepasst. Dabei wurde ein neuer 2-Mann Turm mit Scheitellafette für einen Schützen und den Kommandanten von der Firma Keller und Knappich in Augsburg entworfen.¹⁰⁹⁷ Die neuen Vorgaben führten zur dritten Prototypengruppe. Dabei sollten der Rheinstahl-Konzern und MOWAG den Schützenpanzer bis zur Nullserienreife bringen. 1969 erhielt die Rheinstahl AG letztendlich den Zuschlag für zehn Nullserienfahrzeuge, wobei einzelne Teile der MOWAG-Entwicklung wie die Hecklafette und die Innenausstattung einfließen. Die Rheinstahl AG und MaK Kiel bauten die zehn geforderten Fahrzeuge, von denen vier in Trier und Meppen getestet wurden und sechs an den Spezialstab ATV an Kampftruppendelegation in Münster geschickt wurden, der 1968/1969 Erprobungen in Münster, Bergen-Hohne und

1091 Vgl. Blume, Die Panzergrenadiere der Bundeswehr, S. 50.

1092 Vgl. Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 170.

1093 Vgl. ebd., S. 171.

1094 Schreiber, Die Wehrtechnik bei der HANOMAG aus Hannover, S. 165.

1095 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 566

1096 Ebd., S. 569.

1097 Vgl. Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 171; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 566 u. Scheibert, Schützenpanzer der NATO, S. 36.

den Schießplätzen Putlos und Todendorf durchführte.¹⁰⁹⁸ Hauptbereiche der Untersuchung waren erstens die Beurteilung der Truppenverwendbarkeit, zweitens die Beurteilung des Kampfwertes, drittens die Beurteilung der Materialerhaltung, viertens die Beurteilung der Infrarot-Nachtsicht- und Zielgeräte für Turmwaffen, fünftens gezielte Einzelversuche und sechstens Dauerstandsuntersuchungen.¹⁰⁹⁹

Es gab dabei drei Versuchsabschnitte. Der erste fand vom 14. Oktober bis zum 14. Dezember 1968 statt. „Die im Verlaufe dieser Untersuchungen festgestellten kfz-technischen Mängel und Beanstandungen der Waffenanlagen führten zu konstruktiven Änderungen, die im 2. Versuchsabschnitt zu überprüfen waren.“¹¹⁰⁰ Dieser erfolgte vom 6. Januar 1969 bis zum 15. Juli 1969. „Dabei stellte sich heraus, daß noch weitere Verbesserungen am Laufwerk, an den Turmwaffenanlagen und an der Hecklafette-MG erforderlich waren.“¹¹⁰¹ Nachdem diese Probleme beseitigt worden waren führten die Erprobungsstellen 41 und 91 vom 6. Oktober 1969 bis 30. April 1970 die letzten Erprobungen durch.¹¹⁰² Die lange Dauer der Tests war notwendig geworden, weil sich „im Verlaufe des Truppenversuches [...] die Notwendigkeit zu Änderungen und konstruktiven Verbesserungen am SPz Marder“¹¹⁰³ ergeben hat.

Sie zahlte sich aus. „Die zwischenzeitlich eingebrachten konstruktiven Änderungen und Verbesserungen an Wanne, Laufwerk und Waffenanlagen haben sich bei der Überprüfung während des 3. Versuchsabschnittes voll bewährt. [...] Ein Teil der Änderungen konnte nicht mehr im Truppenversuch vorgestellt und überprüft werden. Diese Änderungen sind technisch überschaubar und problemlos. Sie sind in die Zeichnungssätze aufgenommen und werden in die Serienfahrzeuge eingebracht.“¹¹⁰⁴ Der ATV-Spezialstab kam zu dem Schluss, dass „der SPz Marder [...] durch die Kampftruppenschule II abschließend als uneingeschränkt feldbrauchbar beurteilt“¹¹⁰⁵

1098 Vgl. Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 171f; Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 566 u. Fritz Hermann Kreft, Die Erprobung des Schützenpanzers „MARDER“, in: JAHRBUCH DER WEHRTECHNIK 4 (1969), S. 42-50; Scheibert, Schützenpanzer der NATO, S. 36. Vgl. zu allen Truppen Versuchsergebnissen ausf. Kampftruppenschule II ATV / Takt u. Auswgt PzGren an Inspektion der Kampftruppen 5 / Köln bzgl. Abschlussbericht Truppenversuch mit SPz Marder vom 01.07.1970, BA-MA - BW 1 / 446740, S. 11-100.

1099 Vgl. Klennert / Schneider, Der neue deutsche Schützenpanzer, S. 308.

1100 Kampftruppenschule II ATV / Takt u. Auswgt PzGren an Inspektion der Kampftruppen 5 / Köln bzgl. Abschlussbericht Truppenversuch mit SPz Marder vom 01.07.1970, BA-MA - BW 1 / 446740, S. 5. 1101 Ebd.

1102 Vgl. Blume, SPz MARDER, S. 6 u. Kampftruppenschule II ATV / Takt u. Auswgt PzGren an Inspektion der Kampftruppen 5 / Köln bzgl. Abschlussbericht Truppenversuch mit SPz Marder vom 01.07.1970, BA-MA - BW 1 / 446740, S. 6.

1103 Ebd., S. 9.

1104 Ebd.

1105 Ebd., S. 10.

werden kann. Eine Hauptinstandsetzung sollte erst nach 10.000 km nötig sein. „Nach einer Entwicklungszeit von 8 Jahren hat der neue SPz nunmehr einen Stand der Technik erreicht, der erheblich über dem der bislang im Truppendienst aller Länder stehenden SPz liegt.“¹¹⁰⁶

Die abschließende Bewertung durch die Kampftruppschule war sehr positiv. Die Einführung des MARDER bedeutete eine Steigerung der Feuerkraft, eine Erhöhung der Beweglichkeit und einen wesentlich verbesserten Schutz für die Besatzung, die bei geschlossener Luke trotzdem den Nahkampf mit Handwaffen aus dem hinterem Kampfraum aufnehmen konnte. Durch all das und die größere Absetzstärke von zehn Mann ging man davon aus, dass „sich die Kampfkraft der Panzergrenadiere (SPz) wesentlich erhöhen wird.“¹¹⁰⁷ Insgesamt hatten die Soldaten sogar 29 Prozent mehr Raum als beim HS 30. Für den einzelnen Grenadier erhöhte sich der Platz unter Luke von 0,73 m² auf 0,94 m².¹¹⁰⁸

Die Einsatzgrundsätze und Kampfweise mussten sie durch das neue Fahrzeug nicht ändern. Vielmehr befähigte „das neue Kampffahrzeug [...] die Panzergrenadiere zu engem Zusammenwirken mit dem Kampfpanzer Leopard.“¹¹⁰⁹ Wie beim LEOPARD 1 war geplant, den MARDER so auszurüsten, dass er das Gefecht aus der Bewegung heraus eröffnen konnte. Der stellvertretende Kommandeur der Panzertruppschule II Oberst Riemann schloss den Bericht folglich auch mit der Aussicht auf eine weitere Effektivitätssteigerung des Schützenpanzers. „Nach Auffassung der Kampftruppschule II würde die Einbringung einer Stabilisierung der Turm Waffen den Kampfwert des Spz Marder noch erheblich steigern.“¹¹¹⁰

1106 Der neue Schützenpanzer des Heeres, S. 558. Vgl. ebenso Bohrmann, Die Entwicklung des SPz „Marder“, S. 318. Den Kampfwert eines Fahrzeuges zu berechnen ist sehr komplex. Zu bedenken sind zunächst die Feuerkraft und die Wirkung auf den Gegner, unterteilt in Waffenanlage (Anzahl der Waffen, Richtzeit, Trefferwahrscheinlichkeit und Kadenz) und Munition (Kaliber, Wirkung im Ziel, also Spreng- oder Durchschlagskraft und Munitionsmenge). Dann die Beweglichkeit, also die Ortsänderung in Zeiteinheit, unterteilt in Antrieb (Vortriebsleistung, Lenkleistung und Bremsleistung) und Laufwerk (Gleiskette und Federung). Drittens ist der Schutz zu betrachten, also die Wirkungsminderung des Gegnereinflusses, unterteilt in aktiven Schutz (ABC-Anlage und Nebelwurfanlage) und passiven Schutz (Ballistischer Schutz, Verwundbarkeit, Nuklearschutz und Verminderung der Erkennbarkeit), sowie Anthropotechnik. Sonstige Faktoren (Raumverhältnisse, Bedienbarkeit, Sichtverhältnisse, Geräuschniveau, Wartung und Instandsetzung, Anzahl und Ausbildung des Personals und die Austauschbarkeit von Baugruppen) fließen ebenfalls mit ein. Vgl. dazu Kreft, Die Erprobung des Schützenpanzers „Marder“, S. 43.

1107 Kampftruppschule II ATV / Takt u. Auswgt PzGren an Inspektion der Kampftruppen 5 / Köln bzgl. Abschlussbericht Truppenversuch mit SPz Marder vom 01.07.1970, BA-MA - BW 1 / 446740, S. 10. Vgl. ebenso Kreft, Die Erprobung des Schützenpanzers „MARDER“, S. 50.

1108 Vgl. Kreft, Die Erprobung des Schützenpanzers „Marder“, S. 50.

1109 Kampftruppschule II ATV / Takt u. Auswgt PzGren an Inspektion der Kampftruppen 5 / Köln bzgl. Abschlussbericht Truppenversuch mit SPz Marder vom 01.07.1970, BA-MA - BW 1 / 446740, S. 10.

1110 Ebd. Für die Kampfwertsteigerungen des MARDER vgl. auch Blume, SPz MARDER, S. 17. Das

Die entscheidenden Forderungen wurden umgesetzt. Der Motor hatte ein gute Beschleunigung, ein sehr günstiges Drehmoment und zusammen mit dem Getriebe der Firma Renk hatte das einen sehr sparsamen Verbrauch zur Folge. Der MARDER brauchte auf der Straße im Mittel circa 20, im Gelände sogar circa 35 Prozent weniger Kraftstoff als vergleichbare Fahrzeuge. Darüber hinaus war der Motor schnell austauschbar.¹¹¹¹ „Durch die Lagerung des Triebwerkes, den Schnellkuppelungen und Steckverbindungen ist der Ein- und Ausbau des Triebwerkes in etwa 30 Minuten möglich.“¹¹¹²

Die Kette hatte eine hohe Lebensdauer und war ebenfalls sehr kostengünstig. „Durch die Möglichkeit, verschlissene Laufpolster auszuwechseln, kann die vom Kettengliedkörper einschließlich der Bolzenlagerung gegebene höhere Laufdauer ausgenutzt werden. Am Ende einer großen Laufstrecke ist die Kette in ihren wesentlichen Teilen gleichmäßig verschlissen. Die Wirtschaftlichkeit wurde damit erheblich verbessert.“¹¹¹³

Der MARDER verfügte über eine moderne ABC-Schutzanlage und drei separate Heizungen für die Besatzung. Die große Heckklappe war ein charakteristisches Merkmal. Durch sie konnten die Grenadiere schnell ein- und aussteigen. Die Klappe konnte separat durch ein Hydraulikaggregat geöffnet werden, zur Not auch manuell mit Handpumpe. Er war wasser-, tiefwasser- und schwimmfähig.¹¹¹⁴ Der passive Schutz des Schützenpanzers war zufriedenstellend. „Die Standfestigkeit des Fahrzeuges liegt erheblich über dem im Kettenfahrzeugbau erreichten Durchschnitt.“¹¹¹⁵

Die größten Veränderungen im Laufe der Entwicklung erlebte der Turm des Schützenpanzers. Ursprünglich war den für MARDER wie bei seinem Vorgänger HS 30 ein Einmannurm vorgesehen. Da neue Schützenpanzer aber mit erweiterter Aufgabenstellung den Kampfpanzer unterstützen und mit ihm mithalten sollte, war eine Modifizierung notwendig geworden. Kommandant und Richtschütze wurden im Turm eingeplant, um die Feuerleitung des MARDER und ggf. der Begleitfahrzeuge besser führen zu können. Er sollte mit einer 20 mm DM 5 Kanone und einem MG 3 A 1

Folgemodell MARDER 2 wurde zwar als Neuentwicklung geplant, dann aber verworfen. Vgl. dazu ebd., S. 63 u. Scheibert, Schützenpanzer der NATO, S. 36.

1111 Vgl. Kreft, Die Erprobung des Schützenpanzers „Marder“, S. 45 u. Rudolf Schwerin, Fahrgestell des SPz „Marder“, in: SOLDAT UND TECHNIK 6 (1971), S. 321-325, hier: S. 321f. Nach Anlauf der Serienproduktion kam es zeitweise zu Problemen mit der Maschinenkanone und dem Motor. Vgl. dazu Schöner Brocken, in: DER SPIEGEL vom 01.05.1972 (Nr. 19/1972), S. 33f.

1112 Ebd., S. 321.

1113 Vgl. Die Erprobung des Schützenpanzers „Marder“, S. 48.

1114 Vgl. Schwerin, Fahrgestell des SPz „Marder“, S. 325.

1115 Vgl. Die Erprobung des Schützenpanzers „Marder“, S. 50.

ausgerüstet werden.¹¹¹⁶ Der MARDER wurde mit einem solchen Turm als leichter Panzer klassifiziert. „Demzufolge ist die Panzerung des Turmes seinen Schutzbedürfnissen entsprechend ausgelegt.“¹¹¹⁷

Wichtigster Punkt im Bereich des Turmes war die Fähigkeit des Schützenpanzers, möglichst schnell ins Ziel zu wirken. „Die Treffgenauigkeit wird bestimmt von den Faktoren: Güte der Munition, Genauigkeit und Schießruhe der Waffe, Steifigkeit der Lafette, Präzision der Richtanlage, Güte der Optik und ihrer Justierung.“¹¹¹⁸ Dabei erzielte der MARDER hervorragende Ergebnisse. Er erreichte 3,5 Strich Streuung bei 100 Prozent der Schüsse im Ziel bei 15 Schuss mit drei Feuerstößen. 5 Strich waren maximal gefordert.¹¹¹⁹

Weitere Feuerkraft erhielt der Schützenpanzer durch ein Heck-MG, das gleichermaßen für den Erdkampf wie auch die Flugabwehr geeignet war. Dieses konnte unter Luke bedient werden, was den Vorteil hatte, dass der Schütze nicht mit dem Oberkörper aus der Deckung heraus musste.¹¹²⁰

Die Ersatzteilversorgung konnte aus Kostengründen nicht zu 100 Prozent sichergestellt werden. Die Versorgungsartikeldeckung in den Depots lag bei durchschnittlich 85 Prozent, 80 bis 90 Prozent waren bei Fahrzeugen dieses Typs die Regel. Während der Serienfertigung dauerte es in der Regel drei bis neun Monate wenn ein fehlendes Teil nach der Auftragsvergabe von Versorgungsartikeln produziert wurde, die Lieferung an die Truppe nahm weitere zwölf bis 18 Monate in Anspruch, außer es wurde aus der laufenden Serienfertigung abgezweigt.¹¹²¹

„Mit der Auslieferung der Nullserie des neuen Schützenpanzer-Modells im vergangenen Jahr fand eine intensive, gemeinsame Entwicklungsarbeit aller beteiligten Amtsstellen und Industriefirmen ihren vorläufigen Abschluss.“¹¹²² Im Truppenversuch erreichten die MARDER eine Gesamtfahrleistung von 23.505 km, seit dem 18. Oktober 1968 wurden allein 18.881 km an der Kampftruppenschule II in Munster zurückgelegt.¹¹²³

Die Fachpresse ging davon aus, dass es zu keinen größeren Komplikationen kommen

1116 Vgl. Karl Kirsch, Turm und Bewaffnung des Schützenpanzer „Marder“, in: SOLDAT UND TECHNIK 6 (1971), S. 326-331, hier: S. 326.

1117 Ebd., S. 330.

1118 Ebd.

1119 Vgl. ebd. u. Kreft, Die Erprobung des Schützenpanzers „Marder“, S. 42.

1120 Vgl. Werner Schmidt, Hecklafette des SPz „Marder“. Bedienung der Waffe unter Panzerschutz, in: SOLDAT UND TECHNIK 6 (1971), S. 332.

1121 Vgl. Georg Mosig, Die Versorgung des SPz „Marder“. Verfahren zur rechtzeitigen Bereitstellung von Technischen Dienstvorschriften und Ersatzteilen, in: SOLDAT UND TECHNIK 6 (1971), S. 334-336, S. 335.

1122 Schützenpanzer-Beschaffung, S. 284.

1123 Vgl. ebd.

würde. „Hinsichtlich seiner Verwirklichung dürfte dieses dringend notwendige Programm keine besonderen Probleme auf dem organisatorischen, ausbildungstechnischen und logistischen Gebiet aufwerfen.“¹¹²⁴ Hauptsächlich erhielten bereits aufgestellte Einheiten den MARDER, das benötigte Personal war also in der Truppe größtenteils vorhanden. Die Wartung erfolgte nach dem bestehenden Konzept des Heeres, die Bediener und Instandhalter wurden an den Kampftruppen- und Technischen Schulen frühzeitig ausgebildet.¹¹²⁵

Ende der 1960er Jahre wollte das Bundesverteidigungsministerium das Projekt endlich zum Abschluss bringen.¹¹²⁶ Im Mai 1969 wurde der neue Schützenpanzer Politik und Öffentlichkeit vorgestellt. Am 5. Mai 1969 konnten sich Haushalts- und Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages ein Bild vom MARDER machen. Ein Tag später wurde er in Anwesenheit der Medien offiziell auf diesen Namen getauft.¹¹²⁷ Das Informations- und Pressezentrum des Bundesministeriums der Verteidigung (IPZ) wertete die Veranstaltung für interne Zwecke aus. „Unter Leitung des IPZ wurde die Vorstellung des neuen Schützenpanzers ‚MARDER‘ am 6. Mai 1969 auf dem Truppenübungsplatz MUNSTER von der gesamten deutschen Presse auffallend positiv bewertet.“¹¹²⁸

Die Auslandspresse berichtete in 16,3 Millionen Zeitungsexemplaren über das neue deutsche Fahrzeug, über mögliche Interessenten bereits offen spekuliert.¹¹²⁹ Die deutschen Schlagzeilen waren mit „Das Heer wird schlagkräftiger!“ (FAZ), „Neuer Schützenpanzer ist den Modellen des Warschauer Paktes überlegen“ (Münchner Merkur) und „Marder der beste Schützenpanzer den es je gab“ (BILD) waren zufriedenstellend.¹¹³⁰ Gegenüber seinem Vorgänger wurde der MARDER sehr gut bewertet. „Vergleiche mit dem HS 30 wurden angestellt, Wendigkeit und Schnelligkeit des neuen Kampffahrzeuges besonders hervorgehoben, die ideale Ergänzung zum ‚LEOPARD‘ herausgestellt.“¹¹³¹ Selbst der SPIEGEL war in seiner Bewertung sehr

1124 Ebd., S. 285.

1125 Vgl. ebd.

1126 Vgl. Entscheidungen über Marder-Auftrag, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 9 (1969), S. 463.

1127 Vgl. Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 172.

1128 Presseauswertung des Informations- und Presse zentrums des Bundesministeriums der Verteidigung anlässlich der Vorstellung des neuen SPZ „MARDER“ vom 28.05.1969, BA-MA - BW 1 / 25282, S. 1.

1129 Vgl. ebd. Letztendlich wurde der MARDER aber aufgrund des speziellen Einsatzes der deutschen Panzergrenadiere nur im deutschen Heer eingeführt. Vgl. dazu Scheibert, Schützenpanzer der NATO, S. 36.

1130 Vgl. Presseauswertung des Informations- und Presse zentrums des Bundesministeriums der Verteidigung anlässlich der Vorstellung des neuen SPZ „MARDER“ vom 28.05.1969, BA-MA - BW 1 / 25282, S. 1.

1131 Ebd.

moderat.¹¹³² Auch negative Stimmen wurden laut. Die Hannoversche Allgemeine Zeitung schrieb: „In dem Bericht heißt es, daß man von Vereinfachung für die Logistik nur bedingt sprechen könne. Wenn beim MARDER von einem modernisierten Fahrzeug des Kanonen- und Raketenjagdpanzers gesprochen worden sei, so sähe dies in der Praxis so aus, daß außer den Laufrädern und etlichen Verschleißstellen alles andere neu sei und damit auch neue Ersatzteile erforderlich würden.“¹¹³³ Auch der STERN war gegenüber dem Hersteller der 0-Serie, Rheinstahl-Henschel skeptisch. „Bei dem Herstellerwerk in Kassel, so der Bericht, habe man die Heeresführung immer wieder wegen Schwierigkeiten im Management, technischer Hemmnisse und überholter Anforderungen hinhalten müssen.“¹¹³⁴ Der Auftritt des Ministeriums war für das IPZ zufriedenstellend. „Die Vorstellung des Fahrzeuges wurde von allen Pressevertretern als vorbildlich anerkannt.“¹¹³⁵

Bei dieser Produktion des MARDER waren viele bekannte deutsche Rüstungsfirmen involviert. Insgesamt waren 1400 Unternehmen bei der Entwicklung und Fertigung des Schützenpanzers beteiligt. Daimler Benz lieferte über die MTU den 6-Zylinder Turbodieselmotor MB 833-Ea500 mit 600 PS, das Quandt-Unternehmen KuKa entwickelte den Turm und baute ihn zusammen mit Blohm + Voss AG Hamburg, den Gehäusebau übernahm die Thyssen-Maschinenbau GmbH, Diehl die Gleisketten, Rheinmetall produzierte die Maschinenkanone, Renk das Getriebe, Siemens die Elektronik. Mit Kettenschürzen kam der MARDER auf ein Gesamtgewicht von 28,2 Tonnen.¹¹³⁶

Um die Generalunternehmerschaft bewarben sich Rheinstahl-Henschel und die MaK Kiel.¹¹³⁷ „Wie immer die Auftragsvergabe ausfallen wird, steht zu erwarten, daß nach dem Kampfpanzer Leopard, dem Bergepanzer-Standard und der Jagdpanzer-Serie die deutsche Nachkriegs-Panzerentwicklung mit dem Schützenpanzer neu ‚Marder‘ erfolgreich fortgesetzt werden kann.“¹¹³⁸ Am 22. Dezember 1969 gab das BWB die Freigabe für die Serienfertigung. 2136 Fahrzeuge sollten bis 1975 über den Generalunternehmer Rheinstahl-Henschel beschafft werden.¹¹³⁹ „Die Serienfahrzeuge des Gruppenfahrzeuges

¹¹³² Vgl. ebd., S. 2

¹¹³³ Ebd., S. 1.

¹¹³⁴ Ebd., S. 2.

¹¹³⁵ Ebd.

¹¹³⁶ Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 322; Deinhardt, Panzergranadiere im Kalten Krieg, S. 115 u. 172; Entscheidungen über den Marder-Auftrag, S. 463.

¹¹³⁷ Vgl. Schützenpanzer-Beschaffung, S. 285 u. Serienfertigung des neuen Schützenpanzers Marder, S. 179.

¹¹³⁸ Ebd.

¹¹³⁹ Vgl. Entscheidungen über den Marder-Auftrag, S. 463.

als Schützenpanzer, neu, lief im Mai 1971 an und jetzt wurde auch die Fa. MAK in Kiel, zum Flick Konzern zugehörig, als ein weiterer Nachbaubetrieb mit eingeschaltet.“¹¹⁴⁰ Die unterlegene MaK partizipierte also wie beim LEOPARD 1 an der Serienfertigung. Sogar ein Teil der Endmontage wurde nach Kiel verlagert.¹¹⁴¹

1160 MARDER sollten in Kassel, 976 in Kiel vom Band laufen. Der erste wurde am 7. Mai 1971 an das deutsche Heer übergeben. Zunächst erhielten die Truppschulen, dann die 50 Panzergrenadierbataillone das neue Fahrzeug.¹¹⁴² Die Beschaffungskosten wurden mit 1,782 Milliarden DM veranschlagt. Die Betriebskosten für die ersten zehn Jahre auf 795 Millionen DM. Letztendlich kostete die Anschaffung ohne Betrieb 2,278 Milliarden DM. Der Stückpreis lag bei circa 1066000 DM pro Fahrzeug, was einer Steigerung von 70 Prozent gegenüber dem HS 30 entsprach. Im Gegenzug dafür war beim Schützenpanzer MARDER auch eine massive Steigerung der Leistungsfähigkeit zu beobachten.¹¹⁴³

Die Rheinstahl AG hatte bereits die Jagdpanzer KANONE und RAKETE gebaut. Der MARDER war ein weiteres Mitglied dieser Panzerfamilie. Die Firma verfügte bereits über eine sehr große Expertise im Bereich der Schützenpanzer und der Plattform für den MARDER. Die Montage des Rheinstahl-Kontingentes erfolgte in Kassel, die Produktion der Wannen im Werk Witten-Annen.¹¹⁴⁴ Nach dem Kauf von Henschel fasste Rheinstahl die Rüstungssparte im Bereich Sonderfertigung zusammen. Dieser wurde dem Rheinstahlvorsitzenden Toni Schmücker unmittelbar unterstellt und hatte seinen Geschäftsbereichssitz in Kassel unter dem Vorstandsvorsitzenden Hermann Lange, Kurt Bohrmann als technischem Ressortleiter und der kaufmännischen Leitung unter Dietrich H. Boesken.¹¹⁴⁵

Bei den Investitionen in den Fertigungsbetrieb achtete der Konzern darauf, möglichst effizient zu produzieren. „Bei der Einrichtung der Hallen und Fertigungsbänder standen die seit 1958 mit der Fertigung des HS 30 und der Jagdpanzerkanone und -rakete gewonnen Erfahrungen zur Verfügung.“¹¹⁴⁶ Der MARDER lief wie geplant über die

1140 Schreiber, Die Wehrtechnik bei der HANOMAG aus Hannover, S. 165.

1141 Vgl. Entscheidungen über den Marder-Auftrag, S. 463.

1142 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 322; Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 160 u. 172f; Entscheidungen über Marder-Auftrag, S. 463 u. Schützenpanzer-Auftrag für Rheinstahl, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 2 (1970), S. 66. Für die technischen Daten des MARDER vgl. Blume, SPz Marder, S. 31f.

1143 Vgl. Deinhardt, Die Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 173 u. Verteuerung beim Schützenpanzer, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 3 (1970), S. 118.

1144 Vgl. Schützenpanzer-Auftrag für Rheinstahl, S. 66.

1145 Vgl. ebd.

1146 Serienfertigung des neuen Schützenpanzers Marder, S. 178.

Montagetaktstraße. „Gemessen an der Entwicklung des Kampfpanzers, insbesondere an der des KPz 70, konnte der technische und finanzielle Aufwand relativ gering gehalten werden.“¹¹⁴⁷ Die Beistellteile wurden vom Bund vertraglich bestellt und dem Hauptauftragnehmer zur Verfügung gegeben. Diese waren unter anderem die Rohwannen von der Rheinstahl AG Maschinenbau in Witten, die Motoren von MTU GmbH in Friedrichshafen, das Getriebe von Renk AG in Augsburg, die Waffenanlage, der Turm von Keller und Knappich GmbH aus Augsburg und die Maschinenkanone der Rheinmetall GmbH aus Düsseldorf. Diverse andere Baugruppen wurden ebenfalls von Unterlieferanten wie Bosch, Kugelfischer und MOWAG gefertigt. Anschließend gingen die Komponenten nach Kassel.¹¹⁴⁸

Die Fertigungstiefe des Generalunternehmers lag bei circa 30 Prozent, über 300 Subunternehmer waren unmittelbar durch Rheinstahl-Henschel zu betreuen.¹¹⁴⁹ „Der immer höher werdende Fremdanteil von spezialisierten Firmen ist charakteristisch für die auch im Panzerbau stetig zunehmende moderne Technik.“¹¹⁵⁰ Trotz dieser technischen Komplexität gelang es der Rheinstahl AG, die Serienfertigung des Schützenpanzers MARDER ohne große Verzögerung und mit hoher Qualität zu gewährleisten.

Der Schützenpanzer war ein später Vertreter der Panzerfamilie. Wie bereits erwähnt entwickelten „im Auftrag des BWB [...] Rheinstahl-Hanomag, Henschel und Mowag ab 1960 eine neue SPz-Familie (SPz, KanJgPz, RakJgPz, FlakPz, SanPz) mit Einheitsfahrgestell.“¹¹⁵¹ Dieses Plattformkonzept entsprach der von Strauß gewünschten Tiefenrüstung, die ihren Gegensatz in der Breitenrüstung hat. Der Motor für alle Fahrzeuge sollte der Daimler-Benz-Dieselmotor MB 833 werden. „Wie sich zeigen sollte, handelte es sich dabei um einen leistungsfähigen und zuverlässigen Motor, den Daimlers Ingenieure im Laufe der Jahre den räumlichen und technischen Anforderungen des Fahrzeuges immer wieder anpassten.“¹¹⁵²

1965 stellte das Ministerium die Planungen für den Krankentransport-, den Führungsfunkpanzer und Panzermörser ein. Sie waren zu teuer, zumal es mit dem gewährten amerikanischen Material, dem MTW 113 A 1 (Mannschaftstransporter) und dem MTW 577 A 1 (Führungsfahrzeug) sehr preisgünstige Alternativen gab. Auf einen gepanzerten Mörser wurde komplett verzichtet. Die Entwicklung konzentrierte sich vor allem auf die

1147 Bohrmann, Die Entwicklung des SPz „Marder“, S. 318.

1148 Vgl. Serienfertigung des neuen Schützenpanzers Marder, S. 178f.

1149 Vgl. ebd., S. 178.

1150 Ebd., S. 179.

1151 Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 316.

1152 Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 561.

Kanonen- und Raketenjagdpanzer sowie den Schützenpanzer.¹¹⁵³ Im Rahmen der Panzerfamilie wurden im Februar 1960 zwei Konsortien beauftragt, Prototypen für einen Jagdpanzer zu entwickeln. Die eine Entwicklergruppe wurde von Henschel, die andere von Rheinstahl-Hanomag angeführt.¹¹⁵⁴ „Der erste Prototyp des Kanonenjagdpanzers entstand bei der Firma Rheinstahl Ruhrstahl AG im Werk Annen und wurde 1960 in der Erprobungsstelle E 91 der Bundeswehr vorgestellt.“¹¹⁵⁵ Sechs Prototypen I mit 90 mm Rheinmetallkanone, vier Mann Besatzung, 23 Tonnen Gewicht und dem DB 833 Vielstoffmotor im Heck des Fahrzeuges wurden angefertigt. 1962/63 folgten nochmals je zehn Prototypen, wobei der Henschelentwurf sechs, der von Hanomag fünf Laufrollen hatte. Die Erprobungen zogen sich um einige Monate, da noch die neusten Erkenntnisse aus den Schützenpanzertests mit einfließen sollten.

Die Prototypen mit Daimler-Benz Motoren waren zunächst ohne, dann mit Lader ausgestattet. Getriebe und Federungssysteme waren viel erprobt. Zuletzt wurde die 8-Zylinder Dieselmotorversion mit 500 PS und ohne Lader genommen. Teller- und hydropneumatische Federungssysteme waren noch nicht ausgereift, daher griffen die Entwickler zunächst auf die Drehstabfederung zurück.

1965 waren die Truppenversuche abgeschlossen. „Gegenüber der bereits geschilderten HS 30 Erprobung verliefen diese im allgemein recht zügig und ohne schwerwiegende Probleme. [...] Von Beschussuntersuchungen wurde bekannt, das [sic!] z.B. mit der Rheinmetall Kanone 90 mm L / 40,4 bessere Schussleistungen und mit sehr hoher Treffergenauigkeit erreicht wurden, als mit der britischen 105 mm Kanone, die im mittleren Kampfpanzer, dem Leopard 1, eingebaut war.“¹¹⁵⁶ Das Ministerium entschied sich letztendlich für die Rheinstahl-Hanomag Version des Jagdpanzers Kanone.¹¹⁵⁷

„Gleichzeitig wurde die Hanomag erneut als Leitfirma für das gesamte Projekt ausgewählt und sie war damit als Generalunternehmer für die gesamte Koordination mit allen Unterlieferungen zuständig. [...] Die Firma Henschel erhielt einen Nachbauvertrag, in der Ausführung Hanomag.“¹¹⁵⁸ Die endgültigen technische Daten des Jagdpanzers KANONE waren wie folgt: vier Mann Besatzung, eine Länge von 8,35 Metern, eine

1153 Vgl. ebd., S. 562.

1154 Vgl. Das Kampfwagenprogramm der Bundeswehr, S. 388 u. Der Jagdpanzer mit 90 mm Kanone, S. 428.

1155 Schreiber, Die Wehrtechnik bei der HANOMAG aus Hannover, S. 147.

1156 Ebd., S. 148.

1157 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 316; Beschaffungsprobleme der Verteidigung, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 11 (1964), S. 494-497, hier: S. 495; Der Jagdpanzer mit 90 mm Kanone, S. 428 u. Schreiber, Die Wehrtechnik bei der HANOMAG aus Hannover, S. 149.

1158 Ebd.

Breite von 3 und eine Höhe von 2 Metern. Das Leergewicht lag bei 23, das Gefechtsgewicht bei bis zu 25,7 Tonnen. Der Panzer hatte eine Bodenfreiheit von 0,43 Metern.

Die Waffenanlage bestand zum einen aus der Rheinmetallbordkanone L/40,3 90 mm die damit das gleiche Kaliber wie die etwas längere Waffe des M 48 A 2 hatte, zugleich alle NATO-Munitionsarten verschoss, eine Schussentfernung von 1500 Metern hatte und für die bis zu 51 Schuss Munition mitgeführt werden konnten. Dazu kamen zusätzlich ein Koaxial- und ein Flak-MG. Eine Nebelwurfanlage mit 8 Bechern sollte die Schutzfunktion erhöhen. Der Motor war ein 8-Zylinder Dieselmotor mit 500 PS. Der Jagdpanzer hatte ein Leistungsgewicht von 22 PS / t.

Als optische Ausrüstung waren mehrere Winkelspiegel, ein Zielfernrohr und ein Rundblickfernrohr, das zugleich der Zielermittlung diente, montiert. Er verfügte darüber hinaus über einen Weißlicht Zielscheinwerfer sowie Infrarotziel- und -fahroptiken.

Es gab eine Funk- und Bordsprechanlage, eine ABC-Schutzausrüstung und eine Klimaanlage. Bei kurzer Vorbereitung war das Fahrzeug hochwat- und tauchfähig. Es hatte rückwärts eine genauso hohe Beschleunigung und Geschwindigkeit wie in der Vorwärtsbewegung. Die hohe Beweglichkeit und seine Beschleunigung machten den Jagdpanzers KANONE verbunden mit seiner sehr niedrigen Silhouette von 2 Metern zu einem effektiven Abwehrmittel von feindlichen Kampfpanzern auf mittlere Entfernung. Für größere war der Jagdpanzer RAKETE gedacht.

Der Kanonenjagdpanzer konnte schnelle Stellungswechsel durchführen und den Feind immer wieder aus anderen Positionen unter Feuer nehmen. Er war leicht kopflastig, sein Leitungsgewicht war aber weit überdurchschnittlich, was die Geschwindigkeit von 80 km/h auf der Straße beweist. Der offizielle Name lautete KanJgPz 4-5. Die Jagdpanzer KANONE fanden Verwendung bei den Panzerjagdkompanien der Brigaden.¹¹⁵⁹ „Sie waren bei den Truppeneinheiten in der gesamten Bundesrepublik verteilt und dank ihrer hohen Leistungsfähigkeit, Feuerkraft, Betriebssicherheit und einer einwandfreien und sicheren Bedienung sehr geschätzt. Sie konnten im Gelände auch ohne weiteres mit den größeren Kampfpanzern, wie z.B. Leopard 1, mithalten“¹¹⁶⁰. Der Entwurf von Rhein-stahl-Hanomag konnte das BWB überzeugen. „Das Konzept für dieses Fahrzeug entstammte [...] aus dem bereits erwähnten Ingenieurbüro Warneke in Düsseldorf, bei

1159 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 316; Das Kampfwagenprogramm der Bundeswehr, S. 388; Der Jagdpanzer mit der 90 mm Kanone, S. 428f. Es gab Stimmen die in der Tradition deutscher Panzernamen den Jagdpanzer taufen wollten, beispielsweise auf WIDDER. Diese Idee wurde jedoch verworfen. Vgl. dazu ebd., S. 429.

1160 Schreiber, Die Wehrtechnik bei der HANOMAG in Hannover, S. 151.

dem mehrere Fachleute der ehemaligen Wehrmacht und des Heeres Waffen Amtes (HWA Abt. WA Prüf 6) ihre Erfahrungen und Erkenntnisse mit eingebracht hatten. [...] Der Entwurf lehnte sich auch stark an die Panzerjäger und Kanonenjagdpanzer der ehemaligen Wehrmacht an¹¹⁶¹. Insbesondere die Jagdpanzer E25 und E10 von Porsche und Argus sowie der HETZER im Zweiten Weltkrieg galten als Vorbild. Mit einem Leistungsgewicht über 20 PS / t verfügten sie über eine hohe Beweglichkeit. „Es waren sehr moderne Konzepte in Komponentenbauweise, luftgekühlte Dieselmotoren, automatische Schaltgetriebe, hydrostatischer Überlagerungslenkung und neuartigen Laufwerke. [...] Ebenso war als Ziel vorgegeben, den Montageaufwand auf max. 1000 Arbeitsstunden zu begrenzen und der Hälfte des damaligen neuesten Panzers V, dem Panther, entsprechen sollte, der mit 2000 h angegeben wurde.“¹¹⁶²

Der Jagdpanzer benötigte eine sehr kurze Entwicklungs- und Lieferzeit. Dafür war nicht zuletzt das Bundesverteidigungsministerium verantwortlich. „Auf Anordnung von dem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß war 1958 bei der Hanomag neben den Vorbereitungen der Serienmontagen des HS 30 Schützenpanzers auch eine Entwicklungsabteilung eingerichtet worden, so dass von Hannover aus alles zentral gesteuert werden konnte.“¹¹⁶³

Für die Serienproduktion gründeten Rheinstahl-Hanomag und Henschel 1963 eigens die Gesellschaft für Kraftfahrzeuge mbH, das als Generalunternehmer fungierte, jedoch bei weitem nicht die Aufgaben der Firma Krauss-Maffei beim LEOPARD 1 übernahm. „Die Aufgaben sind beim GeKa-Vertrag weitgehend von deren Gesellschafter, den Firmen RHEINSTAHL-HANOMAG und HENSCHEL übernommen und in den Teillieferverträgen im Preis abgegolten. Die GeKa suchte mit der Managementgebühr nur die Kostendeckung ihres Düsseldorfer Büros, das im wesentlichen ein Koordinierungsbüro zwischen RHEINSTAHL HANOMA und HENSCHEL ist.“¹¹⁶⁴

Die GeKa spielte jedoch sehr schnell nur noch eine marginale Rolle. 1964 übernahm die Rheinstahl AG Henschel und gemeinsam mit Hanomag wurden unter einem Konzerndach der Jagdpanzer produziert. „Im Rheinstahl Konzern in Essen wurde 1967 entschieden, den Bereich der Sonderfahrzeuge zu konzentrieren und ab 1968 zu der Schwesterfirma Rheinstahl-Henschel nach Kassel zu verlagern. [...] Als Ausgleich war

1161 Ebd., S. 146.

1162 Ebd., S. 147.

1163 Ebd.

1164 Abschrift des Erläuterungsberichtes bezgl. des Vertrages mit der Firma Krauss-Maffei AG über die Organisation der Fertigung und Lieferung von 1500 Kampfpanzern „Leopard“ vom 23.07.1964, BA-MA - BW 1 / 34328, S. 4. Vgl. zur GeKa auch Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 562.

im Vorfeld die gesamte Entwicklung der Nutzfahrzeuge von Kassel in Hannover zusammengelegt worden.“¹¹⁶⁵

Die Kanonenjagdpanzer sollten jedoch noch in beiden Städten gefertigt werden. „In den Jahren 1965 bis 1967 wurden nun insgesamt 770 Fahrzeuge [...] hergestellt und an die entsprechenden Bundeswehreinheiten ausgeliefert.“¹¹⁶⁶ Die Kooperation von Henschel mit MOWAG für den Schützenpanzer fand durch den Kauf durch den Rheinstahl-Konzern ein Ende und MOWAG entwickelte eigene Prototypen.¹¹⁶⁷ Die Panzerabwehrpanzer entwickelten sich zu einem Erfolgsmodell für die Bundeswehr wie auch die beteiligten Firmen. „Insgesamt wurden von der Ausführung mit Heckantrieb 1086 Fahrzeuge, als Kanonen- und Raketenjagdpanzer, gebaut und in Dienst gestellt.“¹¹⁶⁸

Der Raketenjagdpanzer war die zweite mobile Variante der Panzerabwehr des deutschen Heeres.¹¹⁶⁹ „Hiervon kamen dann 316 Fahrzeuge [...] zur Auslieferung und sie wurden mit den französischen Panzerabwehrlenkkraketen, System SS 11, ausgerüstet.“¹¹⁷⁰ 14 Stück mit einer Reichweite von 500 bis 3000 Metern konnte der Raketenjagdpanzer mitführen. Zeitlich wurde er nach dem Jagdpanzer KANONE, dem zunächst Priorität eingeräumt wurde, von 1963 bis 1965 bei Rheinstahl-Hanomag und Henschel entwickelt.¹¹⁷¹ 1965 wurden vom Vorserienfahrzeugtyp III sechs Exemplare fertiggestellt. „Nach ausgiebigen Erprobungen und Truppenversuchen der Prototypen und der Vorserie begann im Oktober 1967 die Fertigung [...] bei Hanomag-Henschel“¹¹⁷² für die Panzerjagdkompanien der Panzer- und Panzergrenadierbrigaden, sowie die Panzerjagdbataillone der Jägerbrigaden.

Der Jagdpanzer RAKETE hatte ein Gefechtsgewicht von 23 Tonnen und erreichte eine Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h. Er war bis auf die Waffenanlage mit dem Kanonenjagdpanzer nahezu baugleich. Seine offizielle Bezeichnung lautete Raketenjagdpanzer 2, da er bereits einen Vorgänger auf HS 30 Chassis hatte.¹¹⁷³ Von 1978 bis 1982 Jahre wurde er als Raketenjagdpanzer JAGUAR 1 mit Panzerabwehrlenkwaffen

1165 Schreiber, Die Wehrtechnik bei HANOMAG aus Hannover, S. 165. Vgl.auch Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 170.

1166 Ebd., S. 149. Vgl. auch Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 316.

1167 Vgl. Deinhardt, Panzergrenadiere im Kalten Krieg, S. 170.

1168 Schreiber, Die Wehrtechnik bei HANOMAG aus Hannover, S. 151.

1169 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 319 u. Blume, Kanonen/Raketen-Jagdpanzer der Bundeswehr, S. 28f.

1170 Schreiber, Die Wehrtechnik bei der HANOMAG aus Hannover, S. 151.

1171 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 562.

1172 Blume, Kanonen/Raketen-Jagdpanzer bei der Bundeswehr, S. 28.

1173 Vgl. Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 319 u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 564.

der zweiten Generation in der Bundesrepublik ausgestattet. Dafür wurden französische HOT-Raketen verwendet. Die Raketenjagdpanzer erhielten darüber hinaus eine Zusatzpanzerung.¹¹⁷⁴

Die vierte und letzte Generation dieses Jagdpanzertyps bildete der JAGUAR 2. Dabei handelte es sich um 165 Kanonenjagdpanzer 4-5, die in den Jahren 1983 bis 1985 umgerüstet und mit TOW-Raketen bestückt wurden. Im Gegenzug wurde die Kanone entfernt. Alle Jagdpanzer-Versionen der Bundeswehr fußten somit auf der Plattform des Schützenpanzers. Sie hatte sich voll und ganz bewehrt.¹¹⁷⁵

Neben dem Schützenpanzer MARDER und den beiden Varianten des Jagdpanzers gab es noch ein viertes Fahrzeug der Familie. Es handelte sich dabei um den Flugabwehrraketenpanzer ROLAND.¹¹⁷⁶

Bereits 1960 gab es erste Überlegungen für ein Tieffliegerabwehrsystem der NATO. Nach einer 1962 erschienen Studie von Messerschmidt-Blohm-Bölkow wurde nur ein Raketensystem mit Kommandolenkverfahren und optischer Ziellenkung als adäquat eingestuft. 1964 kam es im Rahmen eines Regierungsabkommens zwischen der Bundesrepublik und Frankreich zu einem gemeinsamen Projekt mit dem Namen ROLAND. 1971 konnte der erste Prototyp ROLAND I als Klarwettersystem im scharfen Schuss getestet werden. Die deutschen Streitkräfte wollten jedoch ein Allwetterfahrzeug und ließen es mit dem ROLAND II auch entwickeln. 1975 stimmten der Haushalts- und der Verteidigungsausschuss für die Beschaffung des Waffensystems, das ab 1981 in einer Stückzahl von 143 für die Bundeswehr gefertigt wurde, zu. Frankreich führte das Raketensystem auf dem AMX 30-Fahrgestell, die Bundesrepublik auf dem MARDER-Chassis ein.¹¹⁷⁷ Zusätzlich beschaffte das BWB für Luftwaffe und Marine noch 115 ROLAND-Systeme auf Radfahrzeugen, die auch luftverladebar waren.¹¹⁷⁸

Im Gegensatz zu den Fahrzeugen auf Grundlage des LEOPARD 1 waren die Exportchancen der MARDER-Familie weit geringer. Das hatte vor allem zwei Gründe. Zum einen die bereits beschriebene spezielle Einsatzweise des Schützenpanzers

1174 Vgl. Blume, Kanonen/Raketen-Jagdpanzer der Bundeswehr, S. 36f.

1175 Vgl. ebd., S. 52f. Es gab mit dem Radarpanzer TÜR noch ein weiteres Fahrzeug auf dem MARDER-Chassis. Er kam aber über die Prototypenentwicklung nicht hinaus. Vgl. dazu Anweiler / Blank, Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr, S. 328.

1176 Vgl. ebd., S. 326.

1177 Vgl. ebd.; Blume, Flugabwehrpanzer der Bundeswehr, S. 47f; Hubatschek, Waffensysteme der Bundeswehr, S. 58f u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 568.

1178 Vgl. Hubatschek, Waffensysteme der Bundeswehr, S. 60 u. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern“, S. 568.

MARDER und der Jagdpanzer in der Bundesrepublik. Kein anderes NATO-Land hatte eine ähnliche Kampfweise entwickelt. Zum anderen hatte der MARDER einen stolzen Preis, der für Länder, die ihre Grenadiere lediglich zum Gefechtsort transportieren wollten, zu hoch war.¹¹⁷⁹

Ein mögliches Exportgeschäft mit Schützenpanzern an Argentinien wurde 1970 verboten. Aber auf Basis des MARDER entwickelte Thyssen Henschel für Argentinien einen Kampfpanzer mit dem Namen TAM (Tanque Argentino Mediano) und den Schützenpanzer VCTP (Vehicolo Cmobate Transporte Personal). Ein Großteil der TAM-Baugruppen stammte ebenfalls aus Westdeutschland. Die Motoren lieferte MTU, das Getriebe kam von Renk und der Zahnradfabrik Friedrichshafen, die Panzerketten von Diehl, der Spezialstahl für Wannen von Thyssen und die Nebelwurfanlagen von Wegmann und Buck sowie Teile der Kanone von Rheinmetall. Achssysteme, Feuerlösch- und Kühlanlagen lieferte wiederum Thyssen Henschel.¹¹⁸⁰

Lediglich der Kanonenjagdpanzer wurde 1972 in einer Stückzahl von 80 an die belgische Armee und der JAGUAR 1/2 an das österreichische Bundesheer verkauft. 1996 beschafft das Land 90 JAGUAR 1, 10 JAGUAR 2 und 30 Beobachtungspanzer.¹¹⁸¹ Der Erfolg des MARDER-Chassis lässt sich jedoch nicht in erster Linie an seinen Exportzahlen bemessen. In erster Linie hatte es den Zweck, die Panzergrenadier- und Panzerjagdverbände des deutschen Heeres so mobil und kampfkraftig zu machen, dass sie mit den Kampfpanzerverbänden mithalten konnten. Abschließend kann man dabei nur zu dem Schluss kommen, dass „das in den technischen Forderungen umrissene Entwicklungsziel, Schützenpanzer für gemeinsame Einsatzmöglichkeiten mit Kampfpanzer Leopard‘ zu entwickeln, [...] voll erreicht“¹¹⁸² wurde.

1179 Vgl. Schützenpanzer. Kontur verschwimmt, S. 41.

1180 Vgl. Kulla / Vollmer, Panzer aus Kassel, S. 111.

1181 Vgl. Blume, Kanonen/Raketen-Jagdpanzer, S. 62f.

1182 Kreft, Die Erprobung des Schützenpanzer „Marder“, S. 50.

V. Die Vergabe der Rüstungsaufträge für LEOPARD 1 und MARDER im Spiegel der verschiedenen Interessen

V.1 Die Rolle des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Militär und demokratisches Regierungssystem passen per se von ihrer Organisationsstruktur nicht gerade perfekt zusammen. Daher haben demokratische Staaten die Aufgabe, ihre Streitkräfte in ihr Regierungssystem zu implementieren und die Kompetenzen aufzuteilen. In der Bundesrepublik wurde daher ein eigener Parlamentsausschuss eingerichtet, der Bundesverteidigungsminister war als Zivilperson Oberbefehlshaber im Frieden, der Bundeskanzler im Verteidigungsfall, das Budgetrecht wurde dem Parlament zugebilligt und es wurde das Amt des Wehrbeauftragten geschaffen. Die Bundeswehr unterlag damit von Beginn der bundesrepublikanischen Geschichte an dem Primat der Politik.¹¹⁸³

Der Verteidigungsausschuss des deutschen Bundestages ist für den parlamentarischen Ablauf von Beschaffungsprogrammen von besonderem Interesse. Um seine Beteiligung und seine Entscheidungen im Rahmen von Kampf- und Schützenpanzer-Programm zu verstehen, ist es erforderlich einen Blick auf die formalen Kompetenzen, sein Selbstverständnis und die Informationsbeschaffung der Mitglieder zu werfen.

Im Gegensatz zu allen anderen Ausschüssen, die bis 1969 von Überweisungen aus dem Plenum abhängig waren, durfte der Verteidigungsausschuss immer selbstständig tätig werden. Als einziges Gremium des Deutschen Bundestages hatte er automatisch die Kompetenzen eines Untersuchungsausschusses.¹¹⁸⁴

Beschaffungsvorhaben liefen zwar in ihrem Entscheidungsgang über das Bundesverteidigungsministerium und seine nachgeordneten Stellen wie das BWB. Aber der Verteidigungsausschuss war bei allen Rüstungsprogrammen involviert und gutachterlich tätig. Er übernahm in enger Zusammenarbeit mit dem Haushaltsausschuss des Bundestages die parlamentarische Kontrolle über die Beschaffungsvorhaben der Regierung.¹¹⁸⁵

Dazu hatte er, wie andere Einrichtungen des parlamentarischen Systems diverse Möglichkeiten. Am Ende einer Diskussion kam es immer zur Bitte um Zustimmung für die jeweilige ministerielle Vorlage. Zunächst konnte der Verteidigungsausschuss bei Projekten noch zustimmend Kenntnis nehmen, später wurde aus dem juristischen Grund, dass der Verteidigungsausschuss kein Veto-Recht hatte, nur noch Kenntnis

¹¹⁸³ Vgl. Bald / Sahner / Zimmer, Parlamentarische Kontrolle, S. 7f.

¹¹⁸⁴ Vgl. Bode, Rüstung in der Bundesrepublik, S. 38f; Berg, Der Verteidigungsausschuss, S. 120.

¹¹⁸⁵ Zum Einzelplan 14 vgl. Bontrup, Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, S. 36.

genommen. Wenn im Ausschuss keine Mehrheit für einen Beschluss erreicht wurde, wurde so lange beraten oder modifiziert, bis er Kenntnis nahm, eine Vorlage ablehnen konnte er nicht. Das war für die Regierung sehr komfortabel, da sie politisch Zustimmung erhielt, ohne Kompetenzen abgeben zu müssen. Jedoch gab es die Möglichkeit eines vorläufigen Sperrvermerkes bei Ausgaben mit umfangreichem Volumen.¹¹⁸⁶

Bei den wenigen strittigen Fragen besprachen sich die Parlamentarier in der Regel sowieso in den Fachgremien ihrer Fraktionen. „Im Verteidigungs- oder Außenpolitischen Ausschuß kommt es meist nur zu einer kurzen Diskussion. Strittige Fragen werden in den zuständigen Arbeitskreisen aller Fraktionen beraten. Erscheinen Positionen grundsätzlich unvereinbar, so erfolgt die Abstimmung im Ausschuß sehr schnell.“¹¹⁸⁷

Die Exekutive legte immer einen Entwurf über die Beschaffungsprogramme vor, Haushalts- und Verteidigungsausschuss berieten im Vorgriff auf das Plenum, ob die Ausgaben dafür genehmigt würden. Personelle Überschneidungen in den beiden Ausschüssen existierten, hatten aber eine eher untergeordnete Rolle.¹¹⁸⁸ Letztendlich stimmte der Bundestag dann nach Vorgabe der Ausschüsse ab. Kam es zu einem Rüstungsauftrag, waren also beide, Parlament und Regierung in der Verantwortung, die Exekutive bei der Entscheidung was für Projekte durchgeführt werden und die Legislative bei der Frage ob die finanziellen Mittel dafür genehmigt werden sollten.

Die informelle Macht der Ausschussmitglieder war dabei sicherlich größer, als ihre formale. Für den Ausschuss gab es kaum Gründe, intensiv in den eigentlichen Beschaffungsablauf involviert zu werden. Er musste so gut informiert sein, dass er seiner Kontrollfunktion nachkommen konnte. Dabei hatte er nicht zuletzt die Frage zu beantworten, ob die Ausrüstung zu den politischen Vorgaben der Regierung und des Parlamentes passte oder nicht.

¹¹⁸⁶ Der Ausschuss selbst konnte wie oben beschrieben als Untersuchungsausschuss tätig werden. Es gab weiterhin die Möglichkeit von großen und kleinen Anfragen über das Plenum, der aktuellen Stunde, einer Fragestunde oder die Herbeirufung eines Mitgliedes der Regierung. Außerdem konnte der Bundesrechnungshof im nachhinein Ungereimtheiten bei der Beschaffung von Waffensystemen aufzeigen. Diese Mittel wurden hauptsächlich von der Opposition genutzt. Der Haushaltsausschuss oblag die Budgetkontrolle. Er konnte einen Sperrvermerk bei Ausgaben setzen lassen. Vgl. zu den einzelnen Punkten Bald / Sahner / Zimmer (Hrsg.), *Parlamentarische Kontrolle*, 32f, 91f, 94-101 u. 238 u. Berg, *Der Verteidigungsausschuss*, S. 201. „Parlamentarische Kritik setzt, will sie nicht im Unverbindlich-Abstrakten verbleiben, Information voraus; Information wiederum setzt Kontrolle voraus. Kontrolle und Kritik, Öffentlichkeit und Legitimation gehören für das politische Geschehen in einer Demokratie unauflösbar zusammen. Parlamentsanfragen im Sinne einer Kontrolle der Exekutive bilden somit eine wesentliche, praktisch deutbare Dimension alltäglicher Legitimierung des politischen Systems und seiner exekutiven Teilbereiche.“ Bald / Sahner / Zimmer, *Parlamentarische Kontrolle*, S. 34

¹¹⁸⁷ Schatz, *Der Parlamentarische Entscheidungsprozess*, S. 98.

¹¹⁸⁸ Ebd., S. 99.

Um zu analysieren, ob und welche Art von Diskussion es in den sechziger Jahren über die großen Heeresbeschaffungsprogramme gab, sich die Protokolle des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages absolut notwendig, da diese Vorgänge für die Öffentlichkeit durch die standardmäßige Kenntnissnahme nicht ersichtlich waren.¹¹⁸⁹

Der Verteidigungsausschuss des deutschen Bundestages orientierte sich in seiner Zuständigkeit größtenteils am Bundesverteidigungsministerium.¹¹⁹⁰ Der langjährige Vorsitzende und CSU-Bundestagsabgeordnete Richard Jäger beschrieb das Selbstverständnis des Ausschusses in den Anfangsjahren deutlich: „Die erste Aufgabe, die vor uns steht, ist nicht die Kontrolle der Armee, sondern ihr Aufbau.“¹¹⁹¹ Eine aktive Gestaltung und Mithilfe bei der Aufstellung der Streitkräfte hatte bei den Mitgliedern parteiübergreifend oberste Priorität.

Dazu passt die so genannte parteiübergreifende Wehrkoalition in den Anfangsjahren des Ausschusses. Entgegen der öffentlich vorherrschenden Meinung wurden die meisten Beschaffungsvorhaben von allen Parlamentariern, auch der jeweiligen Oppositionsparteien, unterstützt. Große Impulse abseits der Leitlinien über die bundesrepublikanische Außen- und Sicherheitspolitik gab es nicht. Daher war eine klare Trennlinie zwischen Opposition und den Vertretern der Regierungsfraktion nur in seltenen Fällen zu erkennen. Es gab jedoch durchaus Situationen, in denen der Verteidigungsausschuss geschlossen seinen eigenen Standpunkt gegenüber dem Ministerium vertrat.

Da in grundsätzlichen Fragen nach der Entscheidung für die Wiederbewaffnung kaum diskutiert wurde, hatte der Ausschuss lange Zeit den Charakter eines Bundeswehrausschusses, in dem teilweise über sehr technische Detailfragen Streit ausbrach.¹¹⁹² Das brachte wiederum Probleme mit sich, da der Verteidigungsausschuss kein Gremium von militärtechnischen Spezialisten war. Richard Jaeger meinte 1965 bei der Arbeit des Ausschusses seien „alle miteinander überfordert“¹¹⁹³. Andere Mitglieder äußerten sich

1189 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S.505f; Berg, Der Verteidigungsausschuss, S. 184-187, 196-198, 201 und 203. Vgl. zum Budgetrecht und Sperrvermerk ausf. Bald / Sahner / Zimmer (Hrsg.), Parlamentarische Kontrolle, S. 92-94 u. Berg, Der Verteidigungsausschuss, S. 206-208.

1190 Vgl. Berg, Der Verteidigungsausschuss, S. 115.

1191 Ebd., S. 179. Die SPD als Oppositionspartei versuchte sich konstruktiv einzubringen. „Mit dem weiteren Aufbau der Bundeswehr kam eine Fülle von Problemen auf das Parlament zu. Um die parlamentarische Kontrolle besser durchzuführen können, wurde ebenfalls am 19. März 1956 von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion der Antrag auf Einsetzung von Unterausschüssen des Verteidigungsausschusses eingebracht.“ Erler, Opposition und Wehrbeitrag, S. 98.

1192 Vgl. Berg, Der Verteidigungsausschuss, S. 118 u. 180-183; Bielfeldt / Schlotter, Die militärische Sicherheitspolitik, S. 119; Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 188; Schatz, Der Parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 95 u. 115-119. Schatz bietet mit seiner Monographie eine interessante Studie über die parlamentarischen Strukturen und Entscheidungsprozesse in verteidigungspolitischen Fragen.

1193 Abgeordneter Jaeger, Plen. Prot., 4. BT., 157. Sitzung vom 21.01.1965, S. 7750, zit. in: Berg, Der

ebenfalls in dieser Richtung, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Kliesing: „Ich [habe] mich in letzter Zeit wiederholt gefragt [...], ob ich nicht besser daran tun würde, mein Mandat im Verteidigungsausschuss niederzulegen, weil ich mich in mancher Hinsicht überfordert fühle.“¹¹⁹⁴

Von kritischer Begleitung auf der Arbeitsebene kann bei Rüstungsprogrammen daher nur bedingt gesprochen werden. „Beispiele zeigen, daß von den sachlichen Voraussetzungen für eine verantwortungsbewußte Rolle des Verteidigungsausschusses im Beschaffungsprozess nur sehr bedingt ausgegangen werden kann. Die These der parlamentarischen Mitregierung erfährt gerade hier in ihrem Kernbereich eine weitere Korrektur.“¹¹⁹⁵

Die Tatsache der gefühlten Überforderung des Verteidigungsausschusses ist bemerkenswert, da in den sechziger Jahren durchschnittlich eine höhere Schulbildung vorherrschte als im Gesamtplenum und seine Mitglieder bei den Kollegen eine große Autorität in verteidigungspolitischen Fragen besaßen.¹¹⁹⁶ Im Umkehrschluss bedeutete die Unsicherheit der Ausschussmitglieder, dass die Vertreter der Ministerialbürokratie und die Offiziere im Verteidigungsausschuss einen großen Einfluss hatten, da die Abgeordneten auf Grundlage deren fachlichen Aussagen entscheiden mussten.

Jede Tätigkeit des Ausschusses und seiner Mitglieder war natürlich von den zur Verfügung stehenden Informationen abhängig. Der Verteidigungsausschuss war in den sechziger Jahren nicht immer zufrieden mit den von der Regierung oder dem Verteidigungsministerium erhaltenen Fakten.¹¹⁹⁷ So verweigerte beispielsweise der Generalinspekteur Foertsch Anfang der sechziger Jahre mit Verweis auf Geheimhaltungsgründe der NATO dem Ausschuss einen Zustandsbericht über die Bundeswehr.¹¹⁹⁸

Hauptquellen bei Verteidigungsthemen waren für die Abgeordneten das Auswärtige Amt und das Bundesverteidigungsministerium, in geringem Umfang gab es auch personelle Überschneidungen zwischen einzelnen Ausschüssen, die zu Synergieeffekten führten. Die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion fühlten sich meistens besser über Themen aufgeklärt als die Anhänger der SPD und FDP. Informationen waren für die Opposition oder den kleineren Regierungspartner schlechter zu erhalten. Dies wurde durch

Verteidigungsausschuss, S. 199.

1194 Abgeordneter Kliesing, Plen. Prot., 4. BT, 166. Sitzung vom 19.02.1965, S. 8302, zit. in: ebd.

1195 Ebd., S. 201.

1196 Vgl. Schatz, Der Parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 34f u. 135.

1197 Vgl. zur Informationspraxis der Regierung gegenüber dem Verteidigungsausschuss Berg, Der Verteidigungsausschuss, S. 162-173.

1198 Vgl. ebd., S. 164 f.

Abgeordnete der CDU/CSU bestätigt.¹¹⁹⁹ In der Regel erhielt der Verteidigungsausschuss erst nach der Entwicklungsphase eines Waffensystems vom Verteidigungsministerium offizielle Informationen, um dann um Kenntnisnahme gebeten zu werden.¹²⁰⁰ Informell aber konnten die Abgeordneten von den Militärs oder Beamten einiges über die Vorgänge erfahren. In einer Umfrage von Heribert Schatz äußerten sie sich dazu folgendermaßen: „Die Mehrzahl der Beamten wolle ‚sachgerechte Sachentscheidungen‘ und sei deshalb auch oft bereit, unangenehme Fragen zu diskutieren. Mit einigen höheren Beamten könne man auch immer im kleinen Kreis ein offenes Wort reden.“¹²⁰¹ Dies wird verständlich, wenn man berücksichtigt, dass sich die Ministerialbürokratie für Großprojekte bei den Abgeordneten rückversichern wollte und diese deshalb durch informelles Wissen an der Verantwortung partizipieren ließ.¹²⁰²

Das Plenum des Bundestages beschäftigte sich kaum und noch seltener kontrovers mit dem Thema Verteidigung, außer es gab wie bei der Beschaffung des Starfighter Probleme. „Die Verlagerung der Kommunikationsschwerpunkte vom Plenum in die Ausschüsse ist allerdings ein seit langem zu beobachtendes Phänomen. [...] Die verteidigungspolitischen Diskussionen des Bundestages beschränkten sich seit dem Abschluß der großen Wehrdebatten Mitte der 50er Jahre fast ausschließlich auf die Aussprachen anlässlich der jährlichen Haushaltsberatungen.“¹²⁰³ Das ist im Falle der Kampf- und der Schützenpanzerfamilie zu bestätigen. Zwischen 1957 und 1977 sind sie nicht Gegenstand der Plenardebatten des Bundestages gewesen, was ein Hinweis auf den relativ problemlosen Ablauf der Projekte im politisch-parlamentarischen Bereich sein dürfte.¹²⁰⁴ Einen Untersuchungsausschuss wie beim Schützenpanzer HS 30 gab es im Bereich der Heeresrüstung in den 1960er Jahren nicht.¹²⁰⁵ Die beiden bestimmenden

1199 Vgl. Schatz, Der Parlamentarische Entscheidungsprozess, S. 104, 109, 111, 114 u. 199. Der Einfluss der Parteigremien auf Verteidigungs- und Rüstungsfragen war eher gering. Vgl. dazu ebd., 120-125.

1200 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 506.

1201 Schatz, Der Parlamentarische Entscheidungsprozess, S. 114.

1202 Vgl. ebd., S. 114f.

1203 Ebd., S. 100.

1204 Vgl. ebd., S. 101. Nur in der Diskussion über die Lage der Bundeswehr kam der LEOPARD 1 indirekt zur Sprache. CDU-Abgeordneter Adorno sagt im Plenum, dass die Bundeswehr in allen Bereichen genauso gut gerüstet sein sollte, wie die amerikansichen Soldaten. Der FDP-Abgeordnete Kreitmeyer wollte von Panzern Abstand nehmen und die Bundeswehr schwerpunktmäßig mit Panzerabwehrwaffen ausrüsten. Das hätte aber der beweglichen Verteidigung der Bundesrepublik widersprochen. Vgl. dazu Fortsetzung der Beratung der großen Anfrage der Fraktion FDP betr. die Lage in der Bundeswehr (Drucksache IV/2426), in: Verhandlungen des deutschen Bundestages, 156. Sitzung der 4. Wahlperiode (1961-1965), S. 7669C-7697D, S. 7669C u. 7694D. Die Seiten 201 bis 206 sind unter zusätzlichen Ergänzungen teilweise aus meiner unveröffentlichten Magisterarbeit übernommen worden. Vgl. dazu Haslinger, Verteidigungspolitik und Ausrüstung, S. 48-50.

1205 Vgl. Bernt Engelmann, Schützenpanzer HS30 Starfighter F-104G. Oder wie man unseren Staat zugrunde richtet, München 1967, S. 95.

Parteien in der Politik der 1960er waren CDU/CSU und SPD. Folglich waren sie auch für die Verteidigungs- und Rüstungspolitik verantwortlich.¹²⁰⁶ Die Landesgruppe der CSU im Bundestag beschäftigte sich besonders intensiv mit Fragen der Verteidigungspolitik. Bereits auf ihrer Kirchheimer im September 1956 legte sie ihre Überlegungen zur Verteidigungspolitik der Bundesrepublik dar. „1. [...] (Die Bundesregierung) soll mit Nachdruck darauf dringen, daß dieses deutsche Verteidigungsprogramm von unseren Bündnispartnern, insbesondere von den mit Kernwaffen ausgestatteten Großmächten, bei der allgemeinen Verteidigungsplanung berücksichtigt wird. [...] 3. Nach den Vorschlägen der CDU/CSU Abgeordneten Dr. Jaeger und Dr. Lenz wird bei der Durchführung der Wehrpflicht eine allgemeine Dienstzeit von 12 Monaten vorgesehen. 4. Der Aufbau der Bundeswehr ist so organisch vorzunehmen, daß [...] Ausrüstung, Ausbildung, und Besoldung der Bundeswehr die Schöpfung einer qualitativ hochwertigen Truppe ergeben. 5. Erzeugung und Beschaffung von Waffen und Ausrüstungsgegenständen muß so vorgenommen werden, daß die vorgesehenen Verteidigungsausgaben auch der deutschen Wirtschaft in dem notwendigen Umfang zugute kommen und den in der Umwandlung begriffenen waffentechnischen und strategischen Vorstellungen entsprechen, Insbesondere muß ein angemessener Teil dieser Verteidigungsausgaben für die wissenschaftliche und technische Entwicklung auf den Gebieten verwendet werden, auf denen Deutschland trotz seiner früheren führenden Stellung mit vergleichbaren Nationen nicht mehr konkurrenzfähig ist. 6. Die Bundesregierung soll das deutsche Verteidigungsprogramm so gestalten, daß sich daraus eine wirkungsvolle Verstärkung der nationalen und europäischen Sicherheit ergibt. Sie soll es aber so elastisch gestalten, daß es sich in das hohe Ziel einer weltweiten Entspannung und Abrüstung, insbesondere auf dem Gebiet der Kernwaffen einfügt.“¹²⁰⁷

Mit Franz-Josef, Strauß, Richard Jaeger und Friedrich Zimmermann stellte die CSU von 1949 bis 1972 ununterbrochen den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses und prägte die Verteidigungspolitik der Bundesrepublik entscheidend mit. Gerade Friedrich Zimmermann verteidigte die Kompetenzen des Ausschusses gegen alle Angriffe. Ihm war es besonders wichtig, dass Verteidigungs- und Haushaltsausschuss ihre Möglich-

1206 Der Ausschuss bestand bis 1969 aus 21 bis 31, in der Wahlperiode 1969 bis 1972 aus 29 Mitgliedern. Die Aufteilung unter der sozialliberalen Koalition sah wie folgt aus: SPD 14 Sitze, FDP 1 Sitz, CDU/CSU 14 Sitze. Die Koalition verfügte damit rein rechnerisch über eine Mehrheit von einer Stimme. Vgl. dazu Neuformierter Verteidigungsausschuss, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 11 (1969), S. 589.

1207 Bayernkurier vom 22.09.1956, zit. in: Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, S. 189f.

keiten in voller Bandbreite ausnutzten. „Die Ausschüsse diskutieren die Projekte mit den Experten der Regierung nach außen- und verteidigungspolitischen, technischen, volkswirtschaftlichen, haushalts- und devisenpolitischen Gesichtspunkten und stimmen dann darüber ab.“¹²⁰⁸

Gegner der Beteiligung führten oftmals eine zeitliche Verzögerung, Kostensteigerungen und die Vernebelung der Zuständigkeiten ins Feld.¹²⁰⁹ Nach Zimmermann war das Einbinden in die rüstungspolitischen Entscheidungen im Volumen von 50 Millionen bis 5 Milliarden DM jedoch im Kernaufgabengebiet des Ausschusses und damit des Parlamentes. Sie hatten Auswirkungen auf die Sicherheitsfaktoren der Bundesrepublik, z.B. die Grundlagen der Verteidigungspolitik, die Ordnung des Verteidigungshaushaltes und das Schicksal ganzer Industriezweige, die von der Rüstung abhängig waren.¹²¹⁰

Gerade das Parlament sollte zwischen militärisch notwendigem und tatsächlich finanzierbarem Gerät abwägen. Das militärische Spitzenpersonal hatte an die Regierung immer wieder sehr umfangreiche Forderungen. „In dieser Darstellung des Militärisch-Maximalistischen können sich aber die Erwägungen niemals erschöpfen.“¹²¹¹ Dem Ausschuss kam daher eine wichtige Rolle zu, denn alle Beschaffungen wurden „in einer Breite erörtert, die bei der Regierung mit ihren atomisierten Kompetenzen einfach nicht gewährleistet ist! [...] Die Beteiligung des Parlaments bei Beschaffungen ist eine politische Tatsache und wird es bleiben.“¹²¹²

CDU und CSU unterstützten erwartungsgemäß bei der Beschaffung von Rüstungsgütern in den 1960er Jahren im Verteidigungsausschuss in der Regel die Vorlagen der Regierung. Das lag nicht zuletzt an der weltpolitischen Lage. Die Befürchtung eines militärischen Übergewichtes der Sowjetunion war insbesondere in Zeiten der Zweiten Berlin- und vor allem der Kubakrise auf einem der Höhepunkte des Kalten Krieges allgegenwärtig.

Bundeskanzler Konrad Adenauer berichtete darüber vor dem CDU-Bundesvorstand in dessen Sitzung vom 7. Februar 1962: „Wenn Sie aber daran denken, wie die Situation in der Welt im November 1958 war und wie sie heute ist, dann werden Sie wohl mit mir darin übereinstimmen, daß die Zeit für die Russen gearbeitet hat [...] Sowjetrußland hat in diesen fast 4 Jahren rüstungsmäßig kolossal aufgeholt. Es ist meiner Meinung nach müßig, hier etwa zu sagen, die Amerikaner sind stärker nuklear bewaffnet, oder: die

1208 Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, S. 24.

1209 Vgl. ebd.

1210 Vgl. ebd.

1211 Ebd.

1212 Ebd.

Russen sind nuklear stärker bewaffnet. Wenn diese Waffen gebraucht werden, bleibt von Europa nichts mehr übrig.“¹²¹³ Die Berichte über die atomare Übung FALLEX 62 an den Verteidigungsausschuss untermauerten die Befürchtungen Adenauers. Für das Innenministerium sprach General a. D. Busse am 7. März 1962 vor dem Verteidigungsausschuss über die zivilen Konsequenzen. „Bei einer Annahme des Flüchtlingsstromes von 3 Millionen Menschen sei man bei der Übung in die Situation gekommen, die man im Ernstfall wohl kaum meistern könne.“¹²¹⁴ Die Flüchtlinge vergrößerten die Gefahr für sich und behinderten militärische Bewegungen. Im weiteren ging Generalinspekteur Foertsch auf die ebenso schlimmen militärischen Konsequenzen für die Bundeswehr ein.¹²¹⁵

„Die gemeinsame Verteidigungskonzeption der NATO und der Bundesregierung ist [daher] unverändert. Das Ziel der NATO-Verteidigung ist eine lückenlose Abschreckung gegen jede Form eines feindlichen Angriffs und – für den Fall des Mißlingens der Abschreckung – die Durchführung einer wirksamen Abwehr. Im Rahmen dieser Abwehrplanung ist die Bundesregierung bestrebt, ihre NATO-Partner für die Idee der Vorwärtsverteidigung immer wieder zu gewinnen.“¹²¹⁶

Entscheidend würde es auf den deutschen Beitrag für die konventionelle Abwehr des Bündnisses ankommen. „Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß Präsident Kennedy wiederholt erklärt hat, Amerika könne erst dann in den nuklearen Krieg eintreten, wenn das amerikanische Volk über die Notwendigkeit dieses Schrittes aufgeklärt worden sei. [...] „Ein Zweites möchte ich Ihnen sehr nachdrücklich sagen: Auf dem Gebiet der konventionellen Waffen ist Sowjetrußland der ganzen NATO weit überlegen. [...] „Die russischen Divisionen bei den konventionellen Truppen sind zwar, was die Zahl der Soldaten angeht, kleiner als die NATO-Divisionen, aber sie haben vielmehr Panzer. Sie haben ausgezeichnete Panzer.“¹²¹⁷ „Die mit viel Hoffnung am 14. März dieses Jahres [1962] in Genf eröffnete Abrüstungskonferenz hat leider bisher zu keinen konkreten Ergebnissen geführt.“¹²¹⁸ Im Gegenteil wuchs der sowjetische

1213 Adenauer, Bericht zur politischen Lage vor dem engeren CDU-Bundesparteivorstand in Bonn, S. 433.

1214 Bericht von General Foertsch über die Übung FALLEX 62, Protokoll der 35. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 07.03.1962. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 35, S. B 1.

1215 Vgl. ebd., S. 3-9.

1216 Bericht zur militärischen Lage und zur Übung FALLEX 62 durch Generalmajor Kuntzen und Ministerialdirektor Dr.-Ing. Fischer (BMVg), Protokoll der 24. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 06.12.1962 - Bestand 3119 A4/5 Prot. 35, S. A 2.

1217 Adenauer, Bericht zur politischen Lage vor dem engeren CDU-Bundesparteivorstand in Bonn, S. 433f.

1218 Bericht zur militärischen Lage und zur Übung FALLEX 62 durch Generalmajor Kuntzen und Mi-

Militärhaushalt von 1963 bis 1975 real sogar um 41 Prozent.¹²¹⁹ Nicht zuletzt die SPD war „um eine zweckmäßige Ausstattung und Bewaffnung“¹²²⁰ der Bundeswehr bemüht. Gerade vor dem sicherheitspolitischen Hintergrund der Hochphase des Kalten Krieges wurde die Notwendigkeit, sich mit der Sicherheitspolitik mehr zu beschäftigen deutlich. „Richtig ist [...], daß die Sozialdemokratische Partei nach Abschluß der ersten Aufbau-phase der Bundeswehr etwa 1960 damit begann, sich innerhalb der Parteigliederungen sehr intensiv mit allen Fragen der Bundeswehr und der Wehrpolitik als Ganzem zu befassen.“¹²²¹

Einer der profiliertesten Verteidigungsexperten der SPD neben Helmut Schmidt war Karl Wilhelm Berkhan. Er war von 1957 bis 1969 ununterbrochenes Mitglied im Verteidigungsausschuss, bis er als Staatssekretär ins Verteidigungsministerium wechselte. Auch er betonte die wichtige Rolle des Ausschusses, sah aber ebenso wie Friedrich Zimmermann die Probleme und wusste um das große Verdienst seiner Gründungsväter. „Der Verteidigungsausschuss ist ein Produkt der Zusammenarbeit der Verteidigungspolitiker Fritz Erler und Richard Jäger und ihrer parlamentarischen Initiative.“¹²²² Als ehemaliger technischer Offizier der deutschen Luftwaffe konnte er seinen Sachverstand bei verschiedenen Diskussionen im Verteidigungsausschuss einbringen.¹²²³

Diese Expertise war für die Abgeordneten dringend nötig. Ähnlich wie Friedrich Zimmermann beklagte er die Überforderung der Abgeordneten. „Die mageren Ergebnisprotokolle aus dem Verteidigungsausschuss geben vorwiegend die Routine wieder, bei der eine im Laufe der Stunden allmählich schrumpfende Zahl von Abgeordneten einer Armee von Experten aus dem Verteidigungsministerium gegenübersteht – ein unverändertes Bild bin in unsere Tage.“¹²²⁴

Der Beitrag des Ausschusses und die große Aufbauleistung bei der Aufstellung der Bundeswehr geriet im Vergleich zu den negativen Berichten schnell ins Hintertreffen. Wie Strauß sah Berkhan eine Mitverantwortung der Generalität beim übereilten Aufbau der Bundeswehr, nicht allein die Politik sei Schuld gewesen. Er war ein Verfechter der konventionellen Verteidigung und sah die Auswahl und Beschaffung von Waffen-

nisterialdirektor Dr.-Ing. Fischer (BMVg), Protokoll der 24. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 06.12.1962 - Bestand 3119 A4/5 Prot. 35, S. A2.

1219 Vgl. Köppl, Rüstungsmanagement und Verteidigungsfähigkeit der NATO, S. 5.

1220 Erler, Opposition und Wehrbeitrag, S. 99.

1221 Ebd., S. 100. Vgl. ebenfalls dazu Vogel, Karl Wilhelm Berkhan, S. 110.

1222 Ebd., S. 81. Zur Vorbereitung des Ausschusses in den Arbeitskreisen der Fraktionen vgl. ebd.

1223 Vgl. ebd.

1224 Ebd., S. 82.

systemen neben der militärischen Organisation und dem Inneren Gefüge als die drängendsten Probleme der jungen deutschen Streitkräfte an.¹²²⁵ Seine politische Karriere beendete Berkhan als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages.¹²²⁶ Leitgedanke bei Rüstungsprojekten war für ihn stets, dass „zukünftige Ausrüstungsprogramme [...] die konventionelle Abwehr eines mit konventionellen Offensivwaffen ausgerüsteten Gegners zum Hauptinhalt haben“¹²²⁷ sollten. Damit war er mit den meisten Mitgliedern des Verteidigungsausschusses von CDU/CSU und SPD auf einer Linie. Die Analyse der Protokolle des Verteidigungsausschusses zu den Beschaffungsprogrammen für die Standardpanzer- und die Schützenpanzer-Familie bestätigt dieses Bild der gemeinsamen Zielsetzung der beiden Volksparteien. Nach 1966 ist vielmehr zu beobachten, dass sie sich oftmals gemeinsam im Wortgefecht mit dem Vertreter der FDP befanden.¹²²⁸

Ministerium, Verteidigungsausschuss und militärische Führung waren sich einig, dass die Bundeswehr im konventionellen Bereich adäquat und den Partnern in der NATO ebenbürtig ausgerüstet sein sollte. Staatssekretär Adorno bekräftigte diesen Wunsch ausdrücklich im Bundestag.¹²²⁹ Besondere Bedeutung hatte in diesem Rahmen die Beschaffung von modernen Kampf- und Schützenpanzern. Brigadegeneral Albert Schnez informierte den Verteidigungsausschuss erstmalig am 19. März 1959 im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 1959 über das Standardpanzerprogramm, indem er für den 30 t Standardpanzer als Plan des Ministeriums 1960 einen Prototypen und ab 1961 die Serienfertigung in Aussicht stellte. „Die militärische Seite bezweifle jedoch, ob dieser Termin eingehalten werden könne. Die Entscheidung über die einzubauende Kanone sei noch nicht endgültig gefallen.“¹²³⁰

Das Ministerium unter der Führung von Franz Josef Strauß befand sich zu dieser Zeit in Verhandlungen über den Kauf von Panzerkanonen in Großbritannien und die Planungen für eine gemeinsame Entwicklung mit Frankreich war in vollem Gange. Daher gab es noch keine endgültige Entscheidung.

Der SPD konnte es bei der Einführung des Kampfpanzers gar nicht schnell genug gehen, der Kooperation stand sie sehr skeptisch gegenüber. Ihre Wehrexper-

1225 Vgl. ebd., S. 83, 85, 94f u. 98.

1226 Vgl. ebd., S. 210.

1227 Ebd., S. 95.

1228 Vgl. ebd., S. 123.

1229 Vgl. Fortsetzung der Beratung der großen Anfrage der Fraktion FDP betr. die Lage in der Bundeswehr, S. 7669C.

1230 Fortsetzung der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 Kap. 1415 (Feldzeugwesen Fortsetzung), Stenographisches Protokoll über die 51. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 19.03.1959. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A3/5 Prot. 51, S. 2.

kritisierten das Bundesverteidigungsministerium und Strauß, dass die Produktion des 30 t Panzers verzögert werde, da man eine Gemeinschaftsproduktion in europäischem Rahmen bevorzuge, um ausländischen Firmen indirekte Finanzhilfen zu gewähren. „Nach SPD Ansicht wären deutsche Firmen wie Henschel oder Hanomag in der Lage, ein solches Fahrzeug allein in kürzerer Zeit zu entwickeln.“¹²³¹ Die Erinnerungen an die Beschaffung des Schützenpanzers HS 30 waren den Verteidigungspolitikern um Karl Wilhelm Berkhan noch allzu gut im Gedächtnis.¹²³²

In der Sitzung vom 15. Februar 1962 wurde dem Ausschuss erstmals über das neue Schützenpanzerprogramm berichtet. Der Leiter der Abteilung T im Ministerium, Ministerialdirektor Dr.-Ing. Fischer, führte aus, dass es sich „dabei [...] um eine deutsche Entwicklung [handle]. Das Heer fordere den Schützenpanzer in den verschiedensten Formen. Der jetzt entstandene Typ entspreche der deutschen Auffassung, daß vom Panzer aus gekämpft werde. [...] Die Entwicklung sei bei den Firmen Henschel, Hanomag und der Schweizer Firma Movag durchgeführt worden. Die Motoren seien bei Daimler entwickelt worden. [...] Der Daimler-Motor sei eine Abart des Sechszylindermotors des Standardpanzers.“¹²³³

Der Ausschuss wurde darüber informiert, dass der Bedarf an Jagdpanzern zunächst die größte Priorität hatte. Er wurde an dieser Entscheidung aber nicht beteiligt, sondern nur in Kenntnis gesetzt. „Die Versuche seien für den Jagdpanzers so gut wie abgeschlossen. Das Heer brauche vordringlich etwa 800 bis 900 Stück. [...] Er dürfte den russischen Panzern jeder Stärke genauso gefährlich werden wie der Standardpanzer. Das BWB glaube, mit diesem Panzer eine relativ gute Lösung gefunden zu haben. Er finde bei den Amerikanern sehr großes Interesse. Die Gespräche über diesen Panzer bewegten sich auch in der Richtung auf Standardisierung.“¹²³⁴ Es gab wie bereits erwähnt keine Parallelentwicklungen, weder in Westeuropa noch in den USA. Fischer gab von Seiten des Ministerium keine Präferenz für die Endmontage von sich. „Über den Ort der Fertigung könne man sich unterhalten; er sei nicht von Bedeutung.“¹²³⁵

Außerdem äußerte er sich noch zu technischen Details des späteren MARDER. Die Gewichtsvorgabe des Standard-Schützenpanzer von unter 20 Tonnen würde wohl nicht

1231 Panzer, in: DER SPIEGEL 22.06.1960 (Nr. 26/1960), S. 13.

1232 Vgl. Fortsetzung der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 Kap. 1415 (Feldzeugwesen Fortsetzung), Steno-graphisches Protokoll über die 51. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 19.03.1959. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A3/5 Prot. 51, S. 1.

1233 Ebd.

1234 Ebd.

1235 Ebd.

erfüllt, ebenso die Lufttransportfähigkeit und der Schutz gegen 7,5 cm Minen. Die Minenabwehr hätte ihn so schwer gemacht, dass der Schutzfaktor in keinem Verhältnis zur dafür eingeschränkten Beweglichkeit gestanden hätte.¹²³⁶

Das Kampfpanzerprogramm kam in dieser Sitzung ebenfalls ausführlich zur Sprache. Oberst München trug für das Ministerium vor und erklärte, dass das Heer möglichst noch 1964 den Standardpanzer als Ersatz für M 47 haben wollte.¹²³⁷ Ministerialdirektor Dr. Fischer erläuterte den Abgeordneten daraufhin, dass der Panzer das Resultat einer trilateralen Entwicklung sei. „Es sei dem BMVtg darauf angekommen, die seit 1946 ununterbrochenen Erfahrungen der Franzosen in die Panzerentwicklung einfließen zu lassen.“¹²³⁸ Im Frühjahr 1961 fanden die Vergleichserprobungen statt. „Auf Grund der mit dem HS-30 gemachten Erfahrungen seien vier bis fünf verschiedene Getriebe sehr eingehend erprobt worden.“¹²³⁹

Der Prototyp des Konsortiums A wurde favorisiert. B hatte viele neue nicht ausgereifte Teile, z.B. die hydraulisch-pneumatische Federung eingebaut, die aber nach Serienreife eingeführt werden sollte. Bis dahin wollte das BWB mit der erprobten Drehstabfederung vorlieb nehmen.¹²⁴⁰

Die USA und die Bundesrepublik wollten als Geschütz die 10,5 cm Kanonen, die bereits fertig entwickelt war. Die Franzosen hingegen wollten ihr eigenes Geschütz. Eine Bevorzugung der deutschen Industrie um jeden Preis war für Dr. Fischer jedoch nicht in Erwägung zu ziehen. Er teilte in diesem Zusammenhang mit, dass mit Rheinmetall eine deutsche Firma ebenfalls eine Kanone entwickelt hatte. „Man müsse aber auch den Mut haben, eine eigene Entwicklung fallen zu lassen, wenn anderswo etwas Besseres produziert werde.“¹²⁴¹ Bei der Motorenentwicklung ging Frankreich ebenso eigene Wege.¹²⁴² Deswegen fiel die Entscheidung des Ministeriums Typ A weiterzuentwickeln und eine Vorserie in Auftrag zu geben. „Das BMVtg sei [aber] bemüht, zu verhindern, daß sich die deutsche Industrie in A und B aufteile. Gute Bauteile der Entwicklung B müssten übernommen und in den Standardpanzer eingebaut werden.“¹²⁴³

Außerdem wurde noch die Option erläutert, einen französischen Turm auf ein deutsches Fahrgestell zu implementieren, um die Kooperation von Seiten des Verteidigungs-

1236 Vgl. ebd., S. B 23.

1237 Vgl. ebd., S. B 1.

1238 Ebd., S. B 4.

1239 Ebd.

1240 Vgl. ebd.

1241 Vgl. ebd., S. B 16.

1242 Vgl. ebd., S. B 5.

1243 Ebd.

ministeriums mit dem französischen Partner doch noch zu einem gemeinsam Ende zu führen.¹²⁴⁴ Anschließend ging Dr. Fischer auf die Panzerentwicklung in Großbritannien und den USA ein. Das Empire favorisierte schwere Panzer, die USA und die Bundesrepublik eher das Gegenteil. „Der Wert eines modernen Panzers liege in seiner Abwehrkraft und seiner Beweglichkeit. Die deutsche Konstruktionstendenz decke sich mit der der Amerikaner. [...] Das BMVgt habe sich nun für Typ A entschieden, der heute in die Fertigung gegeben werden könne; bei den heutigen Verklemmungen der deutschen Industrie sei es ganz klar, daß die Herstellung nicht so einfach über die Bühne gehe, wie man es gerne wolle.“¹²⁴⁵ Die Probleme der deutschen Industrie waren dem Abteilungsleiter also durchaus bewusst.

Abschließend erläuterte er noch einige technische Details. Mit 2,20 Metern sei der Kampfpanzer so hoch so wie Sowjetpanzer. Amerikanische Modelle waren noch gut einen Meter höher. Besonders die gute Wat- und Tauchfähigkeit hob er gegenüber dem Ausschuss hervor. „Ziel der Entwicklung sei es, daß der Panzer alle deutschen Flüsse durchschreiten könne.“¹²⁴⁶

Ministerialdirektor Dr.-Ing Fischer stelle nochmals die Leistungen der deutschen Industrie heraus: „Zwei bis drei Getriebe seien parallel entwickelt worden. [...] In Anbetracht der starken Inanspruchnahme der deutschen Industrie sei dies eine besondere Leistung.“¹²⁴⁷ Insgesamt war er mit der Entwicklung sehr zufrieden. „Die militärischen Forderungen seien weitestgehend erfüllt worden.“¹²⁴⁸ Nicht erreichbar war aber das Gewicht von 30 Tonnen und die volle Nachtkampffähigkeit. Ein entsprechendes Gerät musste noch von der Industrie entwickelt werden. „Im Vergleich zu der Entwicklung im Ausland sei ein Optimum an technischer Leistung erreicht worden.“¹²⁴⁹

Nach der technischen Information erfolgte durch Staatssekretär Volkmar Hopf die Erläuterung der vertraglichen Optionen. In der Bundesrepublik war der Kampfpanzer bereits weit gediehen. „Die Schwierigkeit bestehe nunmehr darin, daß Frankreich mit seiner Entwicklung nicht so rasch vorangekommen sei.“¹²⁵⁰ Die Kosten der atomaren Pläne waren für Frankreich eine enorme finanzielle Belastung, sodass 1964 kein Budget

1244 Vgl. ebd.

1245 Ebd., S. B 6.

1246 Ebd., S. B 7.

1247 Ebd., S. B 12.

1248 Ebd., S. B 8.

1249 Ebd., S. B 9.

1250 Ebd.

für Kampfpanzer übrig bleiben werde. „Die Situation sei politisch etwas schwierig. Einerseits wolle sich die Bundesrepublik an die getroffenen Vereinbarungen halten, andererseits sei es sehr schwierig, sich länger durch die getroffenen Vereinbarungen in der Entwicklung aufhalten zu lassen. [...] Die Möglichkeit, bei der Panzerentwicklung zu einem einheitlichen Geschütz zu kommen, könne man als nicht mehr real ansehen.“¹²⁵¹ Nichtsdestotrotz wollte das Ministerium alle Möglichkeiten ausloten, um zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. „Es wäre ein großer Vorteil, wenn die Franzosen und die Deutschen einen gemeinsamen Panzer hätten, weil damit diese Frage auch für die Benelux-Staaten und Italien einfacher lösbar wäre.“¹²⁵²

Dennoch wurde den eigenen Streitkräften letztendlich Priorität zugestanden. „Es sei der Bundeswehr nicht zuzumuten, ein Jahr unnötig zu warten oder einen Panzer zu nehmen, der von der Truppe nicht akzeptiert werde. [...] Die Truppe könne nicht viele Jahre ohne einen modern ausgerüsteten Panzer gelassen werden.“¹²⁵³ Der Abteilungsleiter T Dr. Fischer unterstütze diese Forderung aus industriepolitischer Sicht. „Allzuviel freie Kapazitäten seien nicht vorhanden, und es müsse damit gerechnet werden, daß inzwischen die beteiligte Industrie andere Aufträge hereinnehme, wodurch die Planung in Unordnung gerate.“¹²⁵⁴

In dieses Horn stießen auch die Abgeordneten. Der SPD-Abgeordnete Hans Merten war der Ansicht, „es sei jetzt nicht zu verantworten, daß die Bundesrepublik über ein Jahr zurück geworfen werde, weil sie sich an die Absprache halte. Die Ausrüstung der Truppe auf dem Gebiet des Panzers sei augenblicklich absolut unzureichend. [...] Der M 47 sei veraltet: die Typen 48 und 60 seien viel zu hoch und böten ein zu großes Ziel. [...] Daher sei es wichtig, möglichst bald mit dem Standardpanzer in den Truppenversuch zu gehen, wenn der Verteidigungsausschuß dem BMVgt den Rücken stärken solle. [...] Der Truppe brenne die Ausrüstung mit einem vernünftigen Panzer, mit dem sie dem sowjetischen widerstehen könne, auf den Nägeln. [...] Die von MinDir Dr. Fischer als unerfüllbar bezeichneten Wünsche können nicht erfüllt werden.“¹²⁵⁵

Staatssekretär Hopf zeigte Verständnis für die Forderung nach einer schnellen Auslieferung, betonte aber die Entwicklung eines Panzers brauche sechs bis acht Jahre. Der Standardpanzer sei im vierten und dafür schon sehr weit. „Sehr viel schneller gehe es nicht, weil in der deutschen Industrie nicht mehr die Fachleute mit der nötigen

1251 Ebd.

1252 Ebd., S. B 10.

1253 Ebd.

1254 Vgl. ebd., S. B 17.

1255 Ebd., S. B 10f.

Erfahrung vorhanden seien.“¹²⁵⁶ Das Ministerium wolle den Panzer auf jeden Fall so zügig wie möglich in die Truppe bringen, deswegen sei man auf der Suche nach Wegen, um ohne Vertragsbruch gegenüber Frankreich zur Produktion zu kommen.¹²⁵⁷

Daraufhin kam die Versuche mit den Prototypen zur Sprache. Sie fanden unter Beteiligung von Soldaten und den jeweiligen Firmen statt.¹²⁵⁸ Die militärischen Forderungen wurden im Truppenamt in Zusammenarbeit mit Führungsstab aufgestellt, einer nachgeordneten Dienststelle des Bundesverteidigungsministeriums. Die Abteilung T gab dann unter Mitzeichnung der Haushaltsabteilung und des Führungsstabes eine Entwicklungsanweisung heraus.¹²⁵⁹ Staatssekretär Hopf und der Abgeordnete Draeger (CDU/CSU) sprachen sich dafür aus, nicht nur gemeinsame militärische Forderungen sondern auch gemischte Entwicklungsteams bei Rüstungsprojekten mit anderen Ländern zu gründen.¹²⁶⁰ Ministerialdirektor Fischer sah eine solche Option zumindest bei der Produktion von gewissen Bauteilen. Beim Standardpanzer waren diese Überlegungen nicht vorrangig: „Es sei darauf angekommen, zu verhindern, daß neu investiert werden müsse.“¹²⁶¹ Staatssekretär Hopf wies auf die Möglichkeit hin, Frankreich an der Produktion dennoch teilhaben zu lassen., „Vielleicht könnten gewisse Teile in Lizenz in Frankreich gebaut werden. Das BMVgt wolle sich aber in dieser Hinsicht nicht zu früh festlegen, da man nicht wisse, wie in ein bis zwei Jahren die Wirtschaftslage in Deutschland aussehe.“¹²⁶²

Der Ausschuss wurde auch über das große Interesse am neuen deutschen Panzer im Ausland informiert. „Der Kontinent warte gewissermaßen darauf, daß diese Geräte in die Serie gingen.“¹²⁶³ Während Dr. Fischer dem offen gegenüberstand, war Staatssekretär Hopf vorsichtiger bei möglichen Exporten.¹²⁶⁴ Man solle sich bitte gedulden mit der Festlegung auf die deutsche Produktion und den Verkauf. Die Verhandlungen mussten vorher korrekterweise mit Frankreich geführt werden, sonst käme es womöglich zu gar keiner Standardisierung. Das Heer sei gar nicht so schlecht ausgerüstet und die wenigen Monate bis zur Entscheidung könne man doch waren.¹²⁶⁵ Abschließend waren die Abgeordneten voll des Lobes. Wolfgang Döring (FDP) sprach eine Gratu-

1256 Ebd., S. B 12.

1257 Vgl. ebd.

1258 Vgl. ebd., S. B 13f.

1259 Vgl. ebd., S. B 15.

1260 Vgl. ebd., S. B 13f.

1261 Ebd., S. B 14.

1262 Ebd., S. B 15.

1263 Ebd., S. B 16.

1264 Vgl. ebd.

1265 Vgl. ebd., S. B 18.

lation an die Techniker aus, die in drei Jahren viel erreicht hatten. Andere sprachen vom Kampfpanzer als einer „imponierende[n] Lösung“¹²⁶⁶. Dr. von Haniel-Niethammer (CDU/CSU) unterstrich, „daß Hervorragendes geleistet worden sei, was die Ziffern auf den vorgeführten Tabellen auswiesen. Diese Anerkennung müsse allen Beamten und Soldaten des BMVgt, besonders der Abteilung T, ausgesprochen werden.“¹²⁶⁷

Der Abteilungsleiter T Dr. Fischer wies nochmals ausdrücklich darauf hin, dass seit 1945 keine Panzer mehr produziert wurden. Das BWB beabsichtigte daher, die Industrie so früh wie möglich zu informieren, um ihr Vorbereitungszeit zu geben. Ein ausgedehnter Truppenversuch sei wünschenswert, aber langwierig. Auf diesen pochte der Abgeordnete Berkhan (SPD). Der Standardpanzer solle nicht in Großserie gehen, bevor er nicht eingehend im Großtruppenversuch getestet wurde.¹²⁶⁸

Im Rahmen der Diskussion im Verteidigungsausschuss kam die Sprache am 6. Dezember erneut auf das Kampfpanzerprojekt. Generalmajor Kuntzen erläuterte den Abgeordneten zunächst die Problematik der Notwendigkeit einer gemeinsamen NATO-Rüstung, aber auch deren Undurchführbarkeit wegen einer Reihe von Problemen. „Wir haben in der NATO keine supranationale Autorität. Jedes Mitglied ist allein für die Ausrüstung seiner Streitkräfte verantwortlich. Es bestehen Unterschiede auf Grund der geographischen Lage, im Hinblick auf die Kriegsschauplätze, auf die Zeitplanung der Umrüstungsvorhaben. Ein besonderes Hindernis ist die Überbetonung nationaler Wirtschafts- und Handelsinteressen. [...] Allerdings muss [...] in Rücksicht gestellt werden, daß Großwaffen und Waffensysteme eine lange Entwicklungszeit brauchen. Zum Beispiel ist bei einem modernen Panzer eine Zeit von fünf bis sechs Jahren bis zur Einführung erforderlich.“¹²⁶⁹ Bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 1963 nahm auch Dr. Fischer Stellung zur Kooperation mit anderen Staaten, den Problemen und betonte vor allem nochmals die Vorteile, gerade im Konfliktfall. „Wenn die Bündnispartner [...] dasselbe Gerät bauen und dieselben Einzelteile produzieren, brauche ich mir keine Sorge zu machen, woher ich im Kriegsfall, wenn hier eine Produktion nicht mehr möglich ist, die Ersatzteile bekommen kann. - Im übrigen: Standardisierung will jeder; die Frage ist nur: wie werden wir mit den nationalen Egoismen und den Egoismen der

1266 Ebd., S. B 19.

1267 Ebd., S. B 20.

1268 Vgl. ebd., S. B 21.

1269 Bericht zur militärischen Lage und zur Übung FALLEX 62 durch Generalmajor Kuntzen und Ministerialdirektor Dr.-Ing. Fischer (BMVg), Protokoll der 24. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 06.12.1962 - Bestand 3119 A4/5 Prot. 35, S. B 7.

Industrie fertig?“¹²⁷⁰ Der Abgeordnete Dr. Süsterhenn (CDU/CSU) brachte sechs Tage zuvor stellvertretend für den Ausschuss dessen Position zum Ausdruck, dass die Bundesrepublik dringend den neuen Kampfpanzer benötige. „Im nächsten Frühjahr sollten die Vergleichserprobungen beginnen. Die Franzosen stünden auf dem Standpunkt, daß der europäische Standard-Panzer erst in Serie gehen könne, wenn diese Vergleichsversuche abgeschlossen seien und man auf Grund dieser Vergleichsversuche die endgültige Gestalt des Panzer festgelegt habe. Wenn man darauf warten wolle, würde man erst in Jahren mit der Produktion beginnen können. Diese Fragen seien Gegenstand ständiger Auseinandersetzungen mit den Franzosen gewesen. Das hindere die Bundesrepublik aber nicht, die technische und die militärische Erprobung mit allem Nachdruck vorwärts zu treiben und die Vorbereitung für die Produktion zu treffen.“¹²⁷¹

Ministerialdirektor Dr. Fischer ging daraufhin nochmals auf die Geschützauswahl ein und räumte die von Strauß betriebene Beschaffung als politischen Akt ein. „Die Auswahl des englischen Geschützes sei u.a. aus politischen Gründen erfolgt. Doch sei dieses Geschütz auch technisch gut. Vor allen Dingen gebe es dazu drei erprobte Munitionsarten, die sofort in Serie gehen könnten.“¹²⁷²

In der Sitzung vom 12.12.1962 zeigte sich nochmals wie wichtig das Ministerium die Rolle des Kampfpanzers nahm. Dr. Fischer betonte die Bedeutung des Kampfpanzers, des ABC-Schutzes und die Kooperationsversuche auf diesem Gebiet. „Der Schutz der Panzerbesatzungen gegen Strahlung in einem atomar verseuchten Gebiet ist ein ganz besonderes Anliegen. Auch ein moderner Krieg ist ohne Panzer nicht vorstellbar, der Panzer ist auch im modernen Krieg ein unentbehrliches Transportmittel. Deshalb spielen der Neutronenschutz und der ABC-Schutz der Panzerbesatzungen eine hervorragende Rolle. Wir arbeiten auf diesem Gebiet mit den Amerikanern und den Franzosen zusammen.“¹²⁷³

An den Äußerungen Dr. Fischers zu den Haushaltsposten lässt sich wiederum die Bedeutung der gepanzerten Fahrzeuge für das Heer ablesen. „Ich beginne meine Darstellung aber mit den Entwicklungen auf dem Heeresgebiet. Dort liegt der Schwerpunkt,

1270 Diskussion über den Bundeshaushaltsplan 1963, Protokoll der 25. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 12.12.1962 - Bestand 3119 A4/5 Prot. 25, S. 25.

1271 Bericht zur militärischen Lage und zur Übung FALLEX 62 durch Generalmajor Kuntzen und Ministerialdirektor Dr.-Ing. Fischer (BMVg), Protokoll der 24. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 06.12.1962 - Bestand 3119 A4/5 Prot. 35, S. 10.

1272 Ebd.

1273 Diskussion über den Bundeshaushaltsplan 1963 Kapitel 1415 Titel 852, Protokoll der 25. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 12.12.1962. Parlamentsarchiv des deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 25, S. 23.

wie nicht anders zu erwarten, eindeutig bei den gepanzerten Fahrzeugen.“¹²⁷⁴ Dabei ist vor allem „der Kampfpanzer zu nennen [...], den wir in Deutschland und Frankreich gemeinsam entwickelt haben und wo wir den Franzosen ‚weggelaufen‘ sind. Dieser Panzer ist im Truppenversuch. Die Ergebnisse sind positiv. Er könnte sofort in Großproduktion gegeben werden. Wir denken an eine Produktion von monatlich 50 Stück. Wir könnten auch mehr produzieren; für 50 Stück monatlich sind aber keine Investitionen erforderlich.“¹²⁷⁵ In der Tat wurde der Kampfpanzer in Rekordzeit serienreif gemacht.

Dennoch ging die Beschaffung scheinbar nicht schnell genug. Oberst Müller trug in der Fortsetzung der Haushaltsberatungen vor, dass 200 gebrauchte M 48 A 2 für die Bundeswehr zu je 130000 DM gekauft werden sollten, um die Bestände an Panzern aufzufüllen. „Die Beschaffung dieser Panzer sei notwendig, da in absehbarer Zeit nicht mit der Lieferung des sogenannten Standardpanzers gerechnet werden könne.“¹²⁷⁶ Diese Zusatzanschaffung ist wieder ein Indiz dafür, welcher Antriebsmotor der Kalte Krieg und die Bedrohungslage für die Beschaffung des LEOPARD 1 war.

Wie groß der Wunsch der Parlamentarier nach dem Kampfpanzer war, zeigt eine kleine Episode aus den Haushaltsverhandlungen 1963. Ministerialdirigent Klesser teilte zum entsprechenden Titel 852 vertraulich mit, „daß intern die Frage des Standardpanzers entschieden sei. Er solle in einer Stückzahl von 1500 beschafft werden“¹²⁷⁷. Aus Kostengründen fragte der Abgeordnete Draeger (CDU/CSU), ob eine Verminderung der Vorserie von 50 auf 45 Panzer bei anderen Titel Auswirkungen haben würde. Der Ausschussvorsitzende Jaeger sah „sich mit Rücksicht auf das jahrelange Drängen des Ausschusses wegen der Beschaffung des Standardpanzers nicht imstande, einer solchen Verkürzung zuzustimmen.“¹²⁷⁸ Daraufhin stellte sein Parteifreund sogleich klar, dass er die Planungen für den Kampfpanzer nicht behindern wolle. „Niemand werde bestreiten können, daß er sich sehr energisch für den Bau des Standardpanzers eingesetzt habe.“¹²⁷⁹ Dass gespart werden musste, gab auch Dr. Kliesing (CDU/CSU) zu bedenken und wurde dabei vom Abgeordneten Schultz (FDP) unterstützt. An den Kosten für den Kampfpanzer sollte aber nicht zuletzt auch wegen der Sicherheitslage nicht gespart

1274 Ebd., S. 24.

1275 Ebd.

1276 Diskussion über den Bundeshaushaltsplan 1963 Kapitel 1415 Titel 852, Protokoll der 31. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 17.01.1963. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 31.

1277 Ebd., S. A 16.

1278 Ebd., S. A 17.

1279 Ebd.

werden. „Die außenpolitische Seite der Angelegenheit müsse aber auch bedacht werden. Man höre soviel von einer Verstärkung der konventionellen Bewaffnung, und die Schwierigkeiten seien zu bedenken, wenn jetzt versucht würde – auch aus anerkannten Gründen - , in den Anstrengungen hinsichtlich der Ausrüstung der Truppe kürzer zu treten.“¹²⁸⁰ Er trage die Politik der Regierung „also eine stärkere Berücksichtigung der konventionellen Waffen mit. Deshalb spreche er sich nicht dafür aus, in den Anstrengungen, die auf eine Verstärkung dieser Waffen gerichtet seien, nachzulassen. Es müsse nur überlegt werden, wo die Schwerpunkte gesetzt würden.“¹²⁸¹

Brigadegeneral Thilo unterstützte die Abgeordneten. Die Planungen seien das untere Limit für die Umsetzung der MC 70. Bei weiterer Reduzierung würde „die Verteidigung der Bundesrepublik leiden müssen und würden die Verbündeten nicht zu einer Vorwärtsverteidigung gebracht werden können.“¹²⁸²

Die Anstrengungen für die Serienproduktion des Kampfpanzers wurden trotz angespannter Haushaltslage unvermindert fortgeführt. Am 20. Mai überzeugte sich der Verteidigungsausschuss in Munsterlager vor Ort von der Qualität des Standardpanzers und des Kanonenjagdpanzers.¹²⁸³

Am 26. Juni 1963 kam es zur entscheidenden Diskussion des Verteidigungsausschusses über achte Tage alte die Ministeriumsvorlage H II 3 – Az: 27-40-15-52, die die Beschaffung des Kampfpanzers und des Kanonenjagdpanzers zum Inhalt hatte. Als erstes wurde über den Jagdpanzer besprochen. Zunächst hatte der General der Panzertruppen Brigadegeneral Guderian das Wort. Er betonte, „daß der Feind auf der Erde ein ausgesprochener Panzerfeind sei. Der Kanonenjagdpanzer sei vorgesehen für die Ausstattung der Panzerjägerkompanien, der Brigaden und für die Panzerjägerzüge der Gebirgsjäger und der zu schaffenden motorisierten Panzergrenadierbataillone. Zur Zeit sei die Truppe mit dem M 47 und M 48 ausgestattet. Diese Panzer seien völlig unzulänglich, so daß vom Standpunkt der Truppe aus gesehen es dringend notwendig sei, den Kanonenjagdpanzer sobald wie möglich zu bekommen. In der Panzertruppenschule sei ein Truppenversuch mit gutem Ergebnis durchgeführt worden.“¹²⁸⁴

1280 Ebd., S. A 9.

1281 Ebd.

1282 Ebd.

1283 Besichtigung des Standardpanzers und des Kanonenjagdpanzers in Munsterlager, Protokoll der 44. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 20.05.1963. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages Bestand 3119 A4/5 Prot. 44.

1284 Diskussion über die Vorlage des Bundesverteidigungsministeriums H II 3 Az: 27-40-15-52 vom 18.06.1963 Kampffahrzeugprogramm Kap. 1415 Tit. 852; hier: Standardpanzer und Jagdpanzer Kanone, Protokoll der 51. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 26.06.1963. Parlamentsarchiv

Auf die Nachfrage des Abgeordneten Berkhan (SPD) ob noch andere Modelle zur Auswahl standen führte Guderian „aus, daß es im Augenblick in der ganzen westlichen Welt keine Panzerjägerkanone gäbe, die mit diesem Panzertyp verglichen werden könne.“¹²⁸⁵ Berkhan „stellt[e] fest, daß es also keine Möglichkeiten des Vergleichs gäbe. Als Laie möchte er nun fragen, ob der schwedische Panzer zum Vergleich hinzugezogen wurde.“¹²⁸⁶ Oberstleutnant Willikens erklärte daraufhin, „daß der Panzer in seiner technischen Entwicklung noch nicht so weit sei, daß er zum Vergleich in Frage käme.“¹²⁸⁷ Es war ein offenes Geheimnis, dass die Bundeswehr deutsche Produkte klar bevorzugte.

Das Verteidigungsministerium drängte auch beim Kanonenjagdpanzer zur Eile. 1963 waren 100 Millionen DM für Kanonenjagdpanzer eingestellt worden. „Das Ministerium hätte [...] diese Vorlage nachdem die Vorführungen in Munsterlager erfolgt seien gemacht, um die Zustimmung des Ausschusses für diese Modellauswahl zu beantragen.“¹²⁸⁸ 1964 sollten weitere 177 Millionen, 1965 nochmals 85 Millionen DM bereitgestellt werden.

Der Abgeordnete Merten (SPD) äußerte seine Bedenken, „ob wir für ein solches Gerät dann auch den nötigen Nachschub haben werden. Es sei natürlich nicht gut, wenn wir nachher plötzlich mitten in einer ernsthaften Auseinandersetzung ein völlig neues Gerät einsetzen müßten, es sei denn, man habe Produktionsvorbereitungen für den Ernstfall getroffen. Es sei nicht nur Sache des Ministeriums sondern auch Sache der Firmen, sich das zu überlegen. - Er wolle noch wissen, ob derartige Vorlagen auch vom Referat ‚Logistik‘ mitgezeichnet werden.“¹²⁸⁹ Brigadegeneral Guderian bestätigte die Mitzeichnung. Der Abteilungsleiter W, Dr. Knieper, verstand die Sorge des Abgeordneten. Der Schützenpanzer werde nur in der Bundesrepublik produziert werden, sonst nirgends. Wenn kein Land den Schützenpanzer beschaffen werde, sehe er auch keine Möglichkeit das zu ändern.¹²⁹⁰

Ministerialdirektor Gumbel fügte hinzu „daß die Frage der logistischen Versorgung bei jedem Gerät geprüft werden müsse. Es sei eine große Sorge, wenn das Gerät ausschließlich in der Bundesrepublik produziert werde.“¹²⁹¹ Der Abgeordnete Draeger

des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 51, S. 22.

1285 Ebd.

1286 Ebd.

1287 Ebd.

1288 Ebd., S. 23.

1289 Ebd., S. 24.

1290 Vgl. ebd.

1291 Ebd., S. 25.

(CDU/CSU) bat darum, Überlegungen zu Ausweichmöglichkeiten anzustellen. „Er unterstütze den Standpunkt, den Kanonenjagdpanzer einmal anlaufen zu lassen. Dieser Kanonenjagdpanzer sei nur eines von 12 oder 13 Kindern aus derselben Produktion. Hinsichtlich der Werkserprobung stünden wir auf gesichertem Boden. [...] Zur Frage der weiteren Entwicklung der Schützenpanzerfamilie sei zu bemerken, daß unsere Vorstellungen dazu fertig seien. Es sei nur eine Frage des technischen Entwicklungsstandes und der Mittel hierzu“¹²⁹², bemerkte Guderian. Oberstleutnant Willikens „führt ergänzend dazu aus, daß in der Erprobung auf demselben Fahrgestell ein Aufklärungs-panzer laufe. Die nächsten der Schützenpanzergruppe kämen im Juli. Der Flakpanzer sei in der Entwicklung, ebenso der Mörserpanzer. Das Programm laufe so, wie vorgesehen.“¹²⁹³

Der Abgeordnete Schultz erkundigte sich nach den Folgeaufträgen für die Produktionsstätten der Industrie und stellte die Frage, ob 710 Jagdpanzer ausreichen würden. Guderian bezeichnete die Anzahl der Fahrzeuge als ausreichend. Dr. Knieper antwortete, „man rechne damit, die Anschlußaufträge darin zu finden, daß nach der Jagdpanzerkanone andere Versionen produktionsreif seien und hinterhergeschoben werden können.“¹²⁹⁴

Dr. Kließing (CDU/CSU) war an einer zügigen Umsetzung des Programmes interessiert, „begrüßt die Vorlage dieses Panzerprogramms und meint, daß man sich nicht damit begnügen solle, dieser Vorlage zuzustimmen. Es sei seine Meinung, daß, wenn wir als Grundsatz unserer Verteidigungspolitik ein ausgewogenes Kräfteverhältnis zwischen atomaren und konventionellen Waffen festgelegt haben, dann hier das Kernstück unserer Anstrengungen auf konventionellen Gebiet liege. Hinsichtlich der Produktionskapazität der Fahrgestelle sei er nicht ganz einverstanden. Er würde es aber sehr begrüßen, wenn die Bundesregierung sich entschließen könnte, durch die Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie und auch mit der Industrie unserer westlichen Nachbarn, unserer Verbündeten, Möglichkeiten einer beschleunigten Durchführung des gesamten Panzerprogramms zu schaffen und in der Haushaltspolitik auch dem Rechnung getragen würde, jedenfalls mehr, als dies bisher möglich war.“¹²⁹⁵

Ministerialdirektor Gumbel ließ erkennen, dass man diese Überlegungen ernsthaft prüfen wolle. Der Verteidigungsausschuss votierte daraufhin, dem Vorschlag des Ministeriums folgend, einstimmig für die Vorlage.¹²⁹⁶

1292 Ebd.

1293 Ebd.

1294 Ebd., S. 26.

1295 Ebd., S. 26f.

1296 Ebd., S. 27.

Auch beim Kampfpanzer wurde zunächst Brigadegeneral Guderian das Wort übergeben. Er ging auf die Bedrohungslage durch den Warschauer Pakt mit seinen starken gepanzerten Kräften und die Verteidigung des Westens dagegen ein. „Das könne auch nicht allein eine defensive Panzerabwehr schaffen, dafür bedürfe es eines Panzers mit Angriffscharakter [...] Das Schwergewicht des Heeres werde neben den taktischen Atomwaffen auf dem Panzer liegen müssen. Die Einsatzfähigkeit und damit Abschreckungskraft des deutschen Heeres liege im wesentlichen begründet in der Zahl und in der Güte seiner Panzer. Der Panzer entspräche den Vorstellungen des Führungsstabes des Heeres. Er sei technisch und truppenmäßig erprobt. [...] Die wesentlichen Forderungen des Führungsstabes des Heeres seien erfüllt. [...] Er sei mit einer Kanone ausgestattet, die zur Zeit in der westlichen Welt die beste sei. [...] Noch hervorzuheben sei die gute Formgebung. Die Silhouette und die Form seien vollauf befriedigend. Die Höhe sei für einen mit Turm versehenen Panzer das Optimum des Erreichbaren.“¹²⁹⁷ Abschließend kam er zu einem Resümee, das den Wunsch des Heeres nach dem neuen Fahrzeug bekräftigte. „Die Panzertruppe kenne dieses Fahrzeug und warte nun darauf. Es werde sowieso zwei Jahre dauern, bis wir den Wagen bekommen, wenn wir heute mit der Fertigung starten würden.“¹²⁹⁸

Oberst Willikens unterstützte die Forderung nach einer sofortigen Produktion vor den Parlamentariern. Nach den Vergleichserprobungen bliebe sowieso keine echte Wahl mehr zur Produktion Eigenentwicklung. Der französische Panzer sei auch zu klein dimensioniert. „Wir würden also außer der Tatsache, daß wir eine Zeitverzögerung von 1 ½ Jahren erleiden, auch ein Fahrgestell bekommen, das gegenüber dem deutschen Fahrgestell Minuspunkte hat.“¹²⁹⁹

Abteilungsleiter Dr. Knieper nannte bereits einen angepeilten Preis. „Wir hoffen, bei dem Panzer mit etwa 900 000 DM hinzukommen.“¹³⁰⁰ Um die Position des Generalunternehmers hätten sich Flick mit der Krauss-Maffei AG, Stinnes mit MaK Kiel und die Quandtgruppe mit Fertigungsstätte Hamburg beworben. Im Ministerium hatten sich die verschiedenen Abteilungen über die Art der Vergabe ausgetauscht. „Man

¹²⁹⁷ Ebd., S. 27f. Im Jahr darauf wurde jedoch ein Unterausschuss Organisation und Methoden der Erprobung gebildet, denn der Abgeordnete Schultz (FDP) bemerkte als Berichterstatter, dass es Probleme bei der Erprobung von Panzern gab. Es sei die Frage, „ob bei der derzeitigen Organisation überhaupt die Gewähr gegeben sei, daß die sehr hohen Beträge zweckgerecht verwendet würden.“ Dem wurde durch die Einführung Rechnung getragen. Bildung eines Unterausschusses des Verteidigungsausschusses wegen Erprobungsmängeln von Panzern, Protokoll der 80. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 11.06.1964. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A 4/5 Prot. 80, S. 20f.

¹²⁹⁸ Ebd., S. 28.

¹²⁹⁹ Ebd., S. 29.

¹³⁰⁰ Ebd., S. 34.

sei aber leider nicht der Meinung, daß eine Ausschreibung zu einem besonders guten Erfolg führen könne. Sie müßten dem Minister die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten vortragen. [...] Es sei wirtschaftlich [aber] nicht möglich, mehrere Endmontagestellen einzurichten.“¹³⁰¹ Dr. Knieper hoffte, dass nach Kenntnisnahme durch den Verteidigungsausschuss und Besprechung im Haushaltsausschuss binnen drei Wochen eine Entscheidung fallen könne. Die Verteidigungspolitiker aller drei im Bundestag vertretenen Parteien waren sich schnell einig. Ohne weitere Diskussion nahmen sie auch diesen Teil der Ministeriumsvorlage zur Kenntnis.

Beim Schützenpanzer war die Situation nicht so gut wie bei Kampf- und Kanonenjagdpanzer. In der Sitzung vom 17. Januar 1963 wurde der Ausschuss informiert, dass 1030 schwimmfähige und gepanzerte Transporter M 113 sowie 1100 weitere gepanzert und schwimmfähige M 113 angeschafft werden sollten.¹³⁰² Berichterstatter Schultz (FDP) erläuterte seinen Kollegen diesen Kauf. „Die Beschaffung dieser Fahrzeuge sei nötig, da mit der baldigen Auslieferung des Schützenpanzers nicht zu rechnen sei, andererseits aber für die Ausbildung und Bewaffnung der Truppe entsprechende Fahrzeuge notwendig seien.“¹³⁰³ Die Grenadiere könnten so zumindest von LKWs auf gegen Gewehrbeschuss geschützte Fahrzeuge umsteigen. „Oberst Müller (BMVtdg) führt[e weiter dazu] aus, zwischen Bestand und Bedarf bestehe bei den Schützenpanzern eine erhebliche Lücke, und es müsse noch eine erhebliche Zeit überbrückt werden, bis mit dem neuen Schützenpanzer der Bedarf gedeckt werden könnte.“¹³⁰⁴

Der SPD Politiker Hans Merten mockierte sich darüber. Nun sei nach dem HS 30 schon ein zweiter Typ als Übergangslösung beschafft worden und fragte, wann denn endlich mit dem Schützenpanzer zu rechnen sei. Oberst Müller stellte in Aussicht, dass „Mitte bis Ende 1963 [...] mit dem ersten Typ – Panzerjägerkanone – gerechnet werden [könne]. Die anderen Gruppen – Funk, Führung usw. - kämen entsprechend später. Diese Lücke muss geschlossen werden. [...] Die Fahrzeuge vom Typ M 113 würden bis Ende des Jahres voll ausgeliefert. Dreiviertel Jahre später erfolge die Lieferung der Panzerjägerkanone für den anderen Einsatzzweck.“¹³⁰⁵

1301 Ebd., S. 35.

1302 Diskussion über den Bundeshaushaltsplan 1963 Kapitel 1415 Titel 852, Protokoll der 31. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 17.01.1963. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 31, S. 7.

1303 Ebd., S. 7.

1304 Ebd., S. 8a.

1305 Ebd., S. 9.

Damit gab sich Merten jedoch nicht zufrieden. „Der M 113 sei ein Möbelwagen, während man von dem Standardpanzer aus kämpfen könne, da er beschußsicher sei.“¹³⁰⁶ Er stellte die Frage, „ob es nicht möglich sei, die Lücke bis zur Lieferung [...] mit LKWs zu überbrücken, damit nicht man drei Typen in der Bundeswehr habe.“¹³⁰⁷ Sein Kollege Bausch (CDU/CSU) war ebenso ungeduldig und wollte wissen, wann der Schützenpanzer definitiv kommen werde.

Oberst Müller tätigte daraufhin die Bitte, eine eigene Sitzung zu diesem Thema anzusetzen. Die federführende Abteilung T sollte dabei sein. 12 Prototypen und 26 weitere Fahrzeuge für Versuche und 0-Serie seien in der Fertigung. 60 weitere würden für den Truppenversuch bestellt. „Auf Basis der dabei gewonnen Erkenntnisse solle die Produktion in Gang gesetzt werden. Die für die Produktion der einzelnen Teile in Betracht kommenden Firmen hätten auf Fertigungsanfragen schon geantwortet. Wenn es gewünscht werde, könne dem Ausschuss darüber vorgetragen werden.“¹³⁰⁸

Dr. Seffrin (CDU/CSU) erkundigte sich nach dem Bedarf der Streitkräfte. Oberst Müller äußerte dazu, er „belaufe sich entsprechend dem Aufstellungsstand der Bundeswehr Ende 1965 auf 12.328 Stück.“¹³⁰⁹ Der Abgeordnete Merten war äußerst ungehalten. Bei Schützenpanzerwagen „falle bei ihm die Alarmklappe.“¹³¹⁰ Die Militärischen Forderungen seien bekannt, vom Wagen sollte gekämpft werden. „Dies sei weder vom HS 30 noch vom M 113 möglich, einzig vom kommenden deutschen Standardpanzer aus.“¹³¹¹ Sein Kollege Draeger (CDU/CSU) wies „darauf hin, daß die Truppe von dem amerikanischen Typ 113 aus nicht während der Fahrt in den Erdkampf eingreifen könne. Er erinnert an die im Ausschuß über den Schützenpanzer geführten Diskussionen und fragt, wo das BMVtg heute in dieser Frage stehe. Sehr bedauerlich sei, daß die Beschaffung des Jagdpanzers Kanone nicht forciert werden könne.“¹³¹²

Brigadegeneral Thilo stellte nochmals die Position des Ministeriums heraus, dass der M 113 nur eine Notlösung sei. „Dieses Fahrzeug solle nur im rückwärtigen Bereich agieren, wo Schutz gegen MGs usw. gegeben sein müsse. Daß der M 113 auch in Kampfataillonen laufe, sei eine Notlösung bis zur Lieferung des neuen Schützenpanzers. [...] Der Truppenversuch mit dem Jagdpanzer Kanone sei abgeschlossen und

1306 Ebd.

1307 Ebd.

1308 Ebd., S. 11.

1309 Ebd., S. 13.

1310 Ebd., S. 15

1311 Ebd.

1312 Ebd., S. A 11.

gut verlaufen. Infolge fehlender finanzieller Mittel könne nicht mit dem Bau begonnen werden. [...] Wenn der SPz neu komme, werde der Typ M 113 vermehrt im rückwärtigen Bereich verwendet werden können, und die dort herausgelösten Lkws könnten von den Transporteinheiten verwendet werden.“¹³¹³ Die Ministeriumsmitarbeiter hatten in der Sitzung vom 17. Januar alle Mühe, sich der kritischen Nachfragen der Parlamentarier zu erwehren, denen die Beschaffung des Schützenpanzers nicht schnell genug gehen konnte.

Zum Schluss hin kam der Ausschuss noch auf den Brückenlegepanzer zu sprechen. Hier sollte amerikanisches, nicht französisches Gerät gekauft werden, um wenigstens etwas Typeneinheit herzustellen, da die Brückensysteme auf M 48 A 2 montiert werden konnten. Deutsches Gerät sei bereits entwickelt. 33 waren für den Truppenversuch vorgesehen. Hans Merten (SPD) fügte mit militärischem Sachverstand hinzu, „das deutsche Gerät habe vor allem den unschätzbaren Vorteil, daß es flach sei, während das amerikanische Gerät wie ein Kirchturm auf große Entfernungen eingesehen werden könne. Das Gerät könne auch bei Nacht leicht geortet werden.“¹³¹⁴

Bis ins Frühjahr 1965 wurde das Kampf- und Schützenpanzerprogramm im Ausschuss nicht weiter thematisiert. Lediglich über die Presse gab es eine Debatte zwischen dem stellvertretenden Vorsitzenden Karl Wienand (SPD) und Minister von Hassel darüber, ob der Vielstoffmotor des LEOPARD 1 nun einsatzbereit sei oder nicht.¹³¹⁵

Erst im Zuge der Haushaltsverhandlungen für das Jahr 1965 wurde das Thema wieder virulent. Der Abgeordnete Börner (SPD) machte darauf aufmerksam, dass die Industrie die Aufträge für den LEOPARD und den Schützenpanzer endlich von der Regierung haben will. Im Herbst 1964 wollte man die Produktion aufnehmen. Ein Jahr sei quasi verloren, aber warum?¹³¹⁶

Darauf antwortete Minister von Hassel: „Als ich im Januar 1963 das Amt des Verteidigungsministers übernahm, trug mir die Abteilung T vor, daß der Kanonenjagdpanzer und der ‚Leopard‘ praktisch serienreif seien. Da mir vom Hörensagen, aber auch aus dem Studium der Akten die Schwierigkeiten mit anderen Modellen z.B. dem HS 30, bekannt waren, habe ich angeordnet, die Produktion erst dann freizugeben, wenn wirklich alle überhaupt überschaubaren ‚Kinderkrankheiten‘ und

1313 Ebd.

1314 Ebd., S. 16.

1315 Vgl. Bedingt abwehrbereit. Wehrdebatte, in: DER SPIEGEL vom 27.01.1965 (Nr. 5/1965), S. 17.

1316 Vgl. Diskussion über den Bundeshaushaltsplan 1965 Kapitel 1415 Titel 852, Protokoll der 106. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 17.03.1965. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 106, S. C 8.

Schwierigkeiten ausgeräumt seien. [...] Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich seinerzeit eine erhebliche Kontroverse mit dem Abteilungsleiter Wehrtechnik gehabt habe, der meinte, die Fahrzeuge seien bereits produktionsreif, während mein Eindruck dagegenstand. [...] Ich wiederhole: ich habe angeordnet, daß keine Freigabe – weder für den ‚Leopard‘ noch für den Kanonenjagdpanzer – erteilt wird, bevor nicht nach menschlichem Ermessen alle Schwierigkeiten überwunden sind. Daß man nachher bei einer Großserie im Betrieb immer noch Schwierigkeiten, Ärgernisse und Überraschungen erleben kann, wird, glaube ich, jeder in diesem Hause zugeben.“¹³¹⁷

Auffällig ist, dass der Bundesverteidigungsminister entgegen den Empfehlungen seines Abteilungsleiters Technik, Dr.-Ing. Fischer, die Produktion des Kampfpanzers verzögerte. Darauf wird im Kapitel V.5 bei der konkreten Auftragvergabe noch einzugehen sein.

In der Debatte um den Bundeshaushaltsplan 1967 wurde vom Abgeordneten Schultz (FDP) berichtet, dass am 31. Dezember 1966 der Bundeswehr 640 Kampfpanzer zur Verfügung stehen sollten, insgesamt gab es einen Fahrzeugbestand von 13.000 Kettenfahrzeugen mit einem Materialwert von 5 Milliarden DM, davon waren 3400 deutsche Fahrzeuge. Alles in allem die erwähnten 640 Kampfpanzer, 536 Jagdpanzer KANONE, 19 Bergepanzer und 2173 Schützenpanzer HS 30. Der Rest kam aus amerikanischer Herstellung.¹³¹⁸

Das erste und zweite Los für den Kampfpanzer waren mit Krauss-Maffei bereits abgewickelt. Ein drittes Los von 120 Fahrzeugen war freigegeben worden, drei weitere standen in Aussicht.¹³¹⁹ Das vierte Los wurde am 5. Oktober 1967 im Ausschuss diskutiert. Dazu führte Staatssekretär Adorno aus, dass „das Heer [...] seinen im strategischen und operativen Sinn defensiven Kampfauftrag gegen einen vollmechanisierten und an der Zahl überlegenen Feind nur durch eine sehr bewegliche Führung des Gefechts erfüllen [kann]. Das bedeutet, daß die Truppen des Heeres auch die Fähigkeit besitzen müssen, durch Gegenangriff verlorengegangene Geländerräume wiederzugewinnen und möglichst starke Feindkräfte zu vernichten. [...] Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Kampfpanzer das entscheidende und am besten geeignete Waffensystem ist, das eine bewegliche, also auch angriffsweise Gefechtsführung überhaupt erst ermöglicht. [...] Seine hohe Geländegängigkeit, seine starke, panzerbrechende Feuerkraft und der

¹³¹⁷ Ebd., S. C 9f.

¹³¹⁸ Vgl. ebd., S. 3.

¹³¹⁹ Diskussion über den Bundeshaushaltsplan 1967 Kapitel 1415 Titel 852, Protokoll der 46. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 22.02.1967. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A5/5 Prot. 46, S. 4.

Schutz, den er seiner Besatzung gewährt, wird durch kein anderes Waffensystem heute erreicht. Diese Erkenntnis ist bei allen Armeen unangefochten.“¹³²⁰

Auf die Frage warum nicht billigere Panzerabwehrsysteme gekauft würden, entgegnete er mit den Gedanken des Generals der Panzertruppen Guderian: „Vergleicht man andere Panzerabwehrsysteme mit dem Kampfpanzer, so ergibt sich, daß erstens der Panzerjäger Kanone zwar auch angriffsweise eingesetzt werden kann, jedoch nur in einem Gelände, das die Waffenwirksamkeit des Feindpanzers auf eine Hauptrichtung einschränkt [...] und daß zweitens der Panzerjäger Rakete und die Panzerabwehrkanone nur defensiv [...] kämpfen können. Keines dieser Waffensysteme kann daher den Kampfpanzer in seiner doppelten Funktion – taktische Angriffswaffe und Panzerbekämpfung ersetzen.“¹³²¹

Im nächsten Teil der Sitzung beschäftigte sich der Ausschuss mit dem Export des Kampfpanzers. Zunächst referierte Ministerialdirektor Dr. Bode zum LEOPARD 1-Export nach Belgien: „Krauss-Maffei biete den Belgiern einen günstigen Preis, weil ein militärisches Interesse daran bestehe, daß in Europa ein einheitlicher Panzer verwendet werde.“¹³²²

Aus Haushaltsgründen wurde von Karl Berkhan (SPD) angeregt, das vierte Los Kampfpanzer zu strecken. Dass die monatliche Kadenz von 50 auf 40 bei gleichem Preis reduziert werden konnte, lege nahe, „daß die Firmen mit großen Spannen kalkulierten.“¹³²³ Ministerialdirektor Dr. Bode „stimmt dem Abgeordneten Berkhan zu. Er verweist aber darauf, daß die Preise überprüft würden. [...] Es sei aber nur eine theoretische Möglichkeit, unter dem sorgfältig geprüften Höchstpreis zu bleiben. Er stehe ebenfalls der Ansicht, daß die Veränderung der Kadenz bei Beibehaltung des Preises als ein Indiz dafür angesehen werden könne, daß der Preis von vornherein mit einer großen Spanne kalkuliert worden sei. Deshalb sei zu hoffen, daß der spätere Festpreis etwas unter dem in der Vorlage angegebenen Richtpreis liege.“¹³²⁴ Der Abgeordnete Herold (SPD) „bemerkt dazu, das Verteidigungsministerium sitze hier doch am längeren Hebel.“¹³²⁵ Eine große Diskussion fand weiter nicht statt. Der „Ausschuß nimmt Vorlage FÜ H V 4 – Az 90 – 23 – 50 Beschaffung von weiteren mittleren 345 Stück

1320 Beratung über die Beschaffung des 4. Loses von LEOPARD 1-Panzern, Protokoll der 59. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 05.10.1967. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages – Bestand 3119 A5/5 Prot. 59, S. 31.

1321 Ebd., S. 32.

1322 Vgl. ebd., S. 41.

1323 Ebd., S. 42.

1324 Ebd.

1325 Ebd., S. 43.

Kampfpanzer Typ Leopard über 1500 Stück hinaus (4. Los) Kenntnis. Der Vorsitzende erklärt, er werde dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses mitteilen, daß unter dieser Kenntnisnahme eine zustimmende Haltung zu verstehen sei.¹³²⁶

Ein interessanter Blick auf die Wechselwirkung von Parlament und Ministerium offenbart sich bei der Vorlage für den Bergepanzer. Er sollte das selbe Verfahren bei den Losen erhalten, wie der LEOPARD 1. „Der Bundesfinanzminister sei bereit, dieser Aufstockung des gegenwärtigen Vertrages zuzustimmen, wolle die Frage aber sowohl im Verteidigungsausschuß als auch im Haushaltsausschuß vorgetragen haben, weil er sich offenbar nicht in der Lage sehe, ohne Rückendeckung des Parlaments insoweit tätig zu werden.“¹³²⁷ Der Minister wollte angesichts der finanziellen Situation Mehrausgaben nur dann auf die Tagesordnung bringen, wenn er die Rückendeckung der Abgeordneten hatte.

Weitere Diskussionen über das Kampf- und Schützenpanzerprogramm führte der Ausschuss nicht mehr. Lediglich die Vorstellung des MARDER vor den Mitgliedern des Haushalts- und Verteidigungsausschusses am 5. Mai 1969 bzw. am 6. vor der Presse an der Kampftruppenschule II in Munster wurde medial bekanntgegeben.¹³²⁸

Der Haushaltsausschuss genehmigte die finanziellen Mittel für Kampf- und Schützenpanzer ohne größere Diskussionen.¹³²⁹ In den Haushaltsberatungen für das Jahr 1963 erläuterte Ministerialdirektor Dr. Schiffers, „der Panzerbewaffnung des Heeres werde eine Priorität eingeräumt. Auf eine moderne Bewaffnung werde besonders Wert gelegt.“¹³³⁰ Der Abgeordnete Gerhard Stoltenberg (CDU/CSU) sah diesen Schwerpunkt gerne, denn „es komme zum Ausdruck, was im Haushaltsausschuß bisher immer besprochen worden ist.“¹³³¹

1326 Vgl. ebd., S. 43.

1327 Ebd., S.

1328 Vgl. Schützenpanzer-Beschaffung, S. 284.

1329 Vgl. Beratung des Einzelplans 14 für das Jahr 1961, Kurzprotokoll der 157. Sitzung des Haushaltsausschusses (3. Wahlperiode) vom 09.02.1961. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages; Beratung des Einzelplans 14 für das Jahr 1962, Kurzprotokoll der 9. Sitzung des Haushaltsausschusses (4. Wahlperiode) vom 16.02.1962. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages; Beratung des Einzelplans 14 für das Jahr 1963, Kurzprotokoll der 64. Sitzung des Haushaltsausschusses (4. Wahlperiode) vom 13.03.1963. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages; Beratung des Einzelplans 14 für das Jahr 1964, Kurzprotokoll der 120. Sitzung des Haushaltsausschusses (4. Wahlperiode) vom 11.03.1964. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages; Beratung des Einzelplans 14 für das Jahr 1965, Kurzprotokoll der 162. Sitzung des Haushaltsausschusses (4. Wahlperiode) vom 21.01.1965. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages u. Beratung über die Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen Nummer 74/67 über die Beschaffung von 345 weiteren Kampfpanzern LEOPARD, Kurzprotokoll der 83. Sitzung des Haushaltsausschusses (5. Wahlperiode) vom 12.10.1967. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages.

1330 Beratung des Einzelplans 14 für das Jahr 1963, Kurzprotokoll der 64. Sitzung des Haushaltsausschusses (4. Wahlperiode) vom 13.03.1963. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, S. 14.

1331 Ebd.

Die LEOPARD 1 Auslieferung war ursprünglich vom Parlament bereits 1964 erwartet worden, was nicht eintraf. Der Haushaltsausschuss schlug daher für 1965 eine Kürzung von 700 auf 650 Mio vor. Ministerialdirektor Dr. Schiffer sprach sich für den alten Ansatz aus. „Es seien unvorhersehbare Umstände technischer Art eingetreten, die den Mittelabfluß im vergangenen Jahr gestört hätten. Nachdem die Verträge abgeschlossen worden seien, könne mit der Serienauslieferung begonnen werden. Sobald die Produktion voll angelaufen sei, würden die Mittel im Falle einer Kürzung nicht reichen.“¹³³² Er konnte sich jedoch kein Gehör verschaffen. Der Haushaltsausschuss ging davon aus, dass das Programm auch mit gekürzten Mitteln laufen würde und stellte 650 Millionen im Haushaltsplan ein.¹³³³

Der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages war bei der Beschaffung im Rahmen des Kampf- und Schützenpanzerprogrammes ein positiver Faktor. Wie ist diese Zustimmung zu erklären?

Ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Grund für die große Zustimmung des Haushalts- und vor allem des Verteidigungsausschusses war sicherlich die außenpolitische Lage. Generalmajor Kuntzen brachte die empfundene Situation im Ausschuss auf den Punkt. „Die politischen und militärischen Ereignisse des Jahres 1962 machen klar, daß der Westen gezwungen ist, seine Anstrengungen zur Erhaltung und Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft fortzusetzen. Der Druck der Sowjets und ihrer Satelliten auf Berlin, die Stationierung von Offensivwaffen auf Kuba, der kommunistische Guerilla-Krieg in Südostasien und der Angriff Chinas auf Indien zeigen, daß der Expansionsdrang des Kommunismus fortbesteht.“¹³³⁴

Zweitens wurde nicht nur die Einschätzung der außenpolitischen Lage, sondern auch die Lösung dafür im Ausschuss mit großer Mehrheit geteilt. Die Beschlüsse der Konferenz der Verteidigungsminister am 9. Mai 1967 fanden ungeteilte Zustimmung. 1. Die flexible response bildet die Grundlage der NATO-Strategie, „2. Den Möglichkeiten konventioneller Kampfführung ist erhöhte Bedeutung beizumessen.“ [...] „Die Doktrin der flexible response war in der Praxis militärischer Planungen bereits seit dem Jahre 1962/63 wirksam geworden. [...] Die Bundeswehr hat sich seit Jahren auf dieses Konzept und seine Konsequenzen eingestellt und erforderliche Maßnahmen eingeleitet;

1332 Beratung des Einzelplans 14 für das Jahr 1965, Kurzprotokoll der 162. Sitzung des Haushaltsausschusses (4. Wahlperiode) vom 21.01.1965. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, S. 58.

1333 Vgl. ebd.

1334 Bericht zur militärischen Lage und zur Übung FALLEX 62 durch Generalmajor Kuntzen und Ministerialdirektor Dr.-Ing. Fischer (BMVg), Protokoll der 24. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 06.12.1962 - Bestand 3119 A4/5 Prot. 25, S. A2.

zum Teil sind diese Maßnahmen auch bereits durchgeführt worden. So ist die konventionelle Feuerkraft der Landstreitkräfte ständig verstärkt worden. Diese Entwicklung wird weiterhin fortgesetzt.“¹³³⁵

Der Verteidigungsausschuss war überzeugt, dass mit den beiden Panzerfamilien dafür die richtigen Waffensysteme beschafft werden konnten.

V.2 Regional- und wirtschaftspolitische Aspekte – Versuche politischer Einflussnahme auf die Auftragsvergabe

Die Beschaffung von Rüstungsgütern durch das Bundesverteidigungsministerium war in erster Linie eine Sache des Bundes. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass für Bundespolitiker immer auch regionale Zugehörigkeit und Verbundenheit eine Rolle spielten. Gerade bei der Vergabe von großen staatlichen Aufträgen an die Industrie, waren die Abgeordneten aller politischen Couleure daran interessiert, wenn irgendwie möglich einen Teil des Kuchens für ihre Heimat abzubekommen, um die Wirtschaft vor Ort zu stärken und in ihrem Wahlkreis, Bundesland oder bei den stützenden Interessengruppen einen guten Eindruck zu hinterlassen.

Landesregierungen hatten schon von ihrem Selbstverständnis her ein Interesse daran, große Aufträge in ihr Bundesland zu lenken. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten konnten staatliche Aufträge an Firmen Arbeitsplätze in einer Region retten und ggf. langfristig sichern.

Beim Kampf um den Zuschlag für die Generalunternehmerschaft beim Kampfpanzer STANDARD standen mit Krauss-Maffei, MaK Kiel und der Quandt-Lösung auf dem ehemaligen Schlickerwerft-Gelände drei Regionen und Firmen zur Auswahl, die aus finanziellen Gründen unbedingt einen großen Auftrag benötigten.

Die deutsche Werftindustrie war Mitte der 1960er Jahre in einer schweren Krise, in den Hafenstädten Norddeutschlands stieg die Arbeitslosigkeit an. Die Bundesregierung sah diese Problematik und versprach Unterstützung. Die Hansestadt Hamburg versuchte die Bewerbung um den LEOPARD 1 zu forcieren und verfasste ein Memorandum für das Verteidigungsministerium. Die Quandt-Produktion in Hamburg wäre für alle Beteiligten ideal, „denn diese Pläne tragen ebenso den Erfordernissen der Landesverteidigung

¹³³⁵ Bericht des Verteidigungsstaatssekretärs über den Stand der Bundeswehrplanung in Zusammenhang mit der mittelfristigen Finanzplanung, Protokoll der 58. Sitzung des Ausschusses der Verteidigung vom 07.09.1967. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A5/5 Prot. 58, S. 3f.

Rechnung wie den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik und des norddeutschen Raumes“¹³³⁶.

Die Stadt Hamburg habe unzählige Arbeiter, die nach einem Job suchen würden, alleine 3500 davon waren ehemalige Schliekerwerftarbeiter.¹³³⁷ „Die Vergabe des Auftrages gemäss den von der Quandt-Gruppe vorgelegten Plänen ist ein wichtiger Beitrag für die Aufgabe des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, für eine bessere Industriestruktur der Wirtschaft dieser Stadt Sorge zu tragen. [...] Deshalb hat sich der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg entschlossen, das bisherige Werftgelände für die Sonderfertigung freizugeben.“¹³³⁸

Das Memorandum endet mit einer eindringlichen Bitte an den Verteidigungsminister. „Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg bittet, die vorstehenden Überlegungen bei der Entscheidung über die Vergabe des Auftrages zu berücksichtigen.“¹³³⁹ Auch wenn der Auftrag letztendlich nach München vergeben wurde, achtete das Ministerium darauf, dass jede interessierte Region vom Panzerprogramm profitierte. Am 6. August antwortete von Hassel dem Senat der Stadt Hamburg in diesem Sinne. „Nach sorgfältiger Prüfung der Angebotsunterlagen der sich für eine Panzerfertigung bewerbenden Gruppen und Firmen habe ich mich für die Auftragsvergabe an die Firma Krauss-Maffei AG München/Allach, entschieden. [...] Wenn ich mit dieser Entscheidung Ihren Bemühungen um eine volkswirtschaftliche Nutzbarmachung der ehemaligen Schliekerwerft nicht habe entsprechen können, so ist die Freie und Hansestadt Hamburg jedoch auch an der Panzerfertigung beteiligt. [...] „Eine Aufschlüsselung des Produktionsanteils der Länder weist für Hamburg einen Anteil von rund 12 % aus. Mit diesem Fertigungsanteil glaube ich, die wirtschaftlichen Belange Ihrer Stadt gerecht berücksichtigt zu haben.“¹³⁴⁰

Die Firma Krauss-Maffei in München versuchte über die bayerische Staatsregierung und die CSU Einfluss auf die Entscheidung im Ministerium zu nehmen. In einer Vorstandssitzung des Unternehmens am 21. Januar 1963 kam die Sprache auf das Panzerprogramm. Gerade der Bayerische Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister sollten auf den Plan gerufen werden.

1336 Memorandum des Senates der Freien und Hansestadt Hamburg bzgl. der Vergabe Generalunternehmens Standardpanzer, BA-MA - BW 1 / 478305, S. 1.

1337 Vgl. ebd.

1338 Ebd., S. 2.

1339 Ebd.

1340 Schreiben des Bundesverteidigungsministers, Kai-Uwe von Hassel, an den hamburger Bürgermeister Engelhard bzgl. Der Fertigung des Standardpanzers durch Quandt auf dem Gelände der ehemaligen Schliekerwerft vom 06.08.1963, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

Der Vorstand wird „einen Besuch bei den Herren Dr. Schedl und Dr. Goppel machen, um sie über das Projekt zu informieren, aber zunächst ohne aktive Einschaltung. Vorher ist jedoch die Zustimmung des Herrn Dr. Zimmermann einzuholen.“¹³⁴¹ Der Hinweis auf Dr. Friedrich Zimmermann und das Einholen seiner Zustimmung sind ein Indiz dafür, wie eng die Interessen von Krauss-Maffei und den CSU-Abgeordneten im Verteidigungsausschuss gewesen sind. Gleiches gilt für die Kontakte zur Landesregierung. Nach dem Zuschlag von Krauss-Maffei für den Generalunternehmerauftrag erhielten die Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung Dankesschreiben.¹³⁴²

Die Information fruchtete. Am 6. Mai 1963 schrieb der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr an den Verteidigungsminister bzgl. der Beteiligung bayerischer Unternehmen am Kampfpanzerprogramm. „Wie das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr erfahren hat, beabsichtigt das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, Koblenz, in absehbarer Zeit den Auftrag für die Fertigung des Kampfpanzers für die Bundeswehr zu vergeben.“¹³⁴³ Die Landesauftragsstelle Bayerns e.V. - Beratungsstelle für öffentliches Auftragswesen wurde von Verbindungsstelle des Bundeswirtschaftsministeriums beim BWB aufgefordert, Bonitäts- und Kapazitätsauskünfte über K & K Augsburg und KM München zu geben.¹³⁴⁴ „Aus diesen Auskunftsersuchen darf gefolgert werden, daß sich die genannten Firmen um die Fertigung des in Rede stehenden Kampfpanzers beworben haben.“¹³⁴⁵

Der Freistaat war darauf bedacht, seine Interessen gewahrt zu sehen. „Da nicht unbedeutende Teile für diese Fertigung im Ausland bezogen bzw. an außerbayerischen Firmen geliefert werde und die bayerische Wirtschaft zur Fertigung des Schützenpanzers nicht herangezogen wurde, legt das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr besonderen Wert auf eine Beteiligung der einschlägigen bayerischen

1341 Protokoll der Vorstandssitzung der Krauss-Maffei AG vom 21.01.1963 (3/1963), Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Vorstandssitzungen-Protokolle) B 33 1963, S. 1.

1342 Vgl. Dankesschreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Dr. Alfons Goppel, vom 10.08.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) I 22 Pz. 56-63 u. Dankesschreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an den Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Dr. Otto Schedl, vom 12.08.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehr-technik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

1343 Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr an den Bundesminister der Verteidigung bzgl. Beteiligung von bayerischen Unternehmen an der Kampfpanzerproduktion für die Bundeswehr vom 06.05.1963, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

1344 Zur Verbindungsstelle des Bundeswirtschaftsministeriums und der Bundesländer beim BWB vgl. Abelshauser, Wirtschaft und Rüstung, S. 141.

1345 Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr an den Bundesminister der Verteidigung bzgl. Beteiligung von bayerischen Unternehmen an der Kampfpanzerproduktion für die Bundeswehr vom 06.05.1963, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

Industrie an den verbleibenden Fertigungen bzw. der Gesamtmontage des Kampfpanzers.“¹³⁴⁶

Es ist davon auszugehen, dass die bayerische Landesregierung über die Konkurrenzsituation zwischen den Bewerbern vollumfänglich informiert war und für die bayerischen Firmen unter Führung von Krauss-Maffei kämpfte. „Dies um so mehr, als die bayerische Wirtschaft aus regionalen Gründen bei der Vergabe von Schiffbauaufträgen nicht beteiligt sein kann und es sich bei den vorgenannten Firmen um Unternehmen handelt, die bedeutende Erfahrungen im Fahrzeugbau besitzen und aus strukturellen Gründen die für die vorgesehene Fertigung notwendigen Kapazitäten zur Verfügung stellen können. [...] Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr bittet daher, vor einer endgültigen Entscheidung die Frage einer weitestmöglichen Beteiligung der bayerischen Industrie eingehend zu prüfen. [...] „Die Landesauftragsstelle Bayern e.V. - Vertretung der bayerischen Wirtschaft in Bonn – wurde beauftragt, weitere sachdienliche Gespräche mit ihnen zu führen.“¹³⁴⁷

Am 26. Juni erhielt das Bayerische Staatsministerium auf dem Verteidigungsministerium eine Antwort mit ähnlicher Stoßrichtung wie der Hamburger Senat. „Bei der Fertigung von Waffensystemen, wie sie die modernen gepanzerten Fahrzeuge darstellen, erweist es sich durchweg, daß die einzelnen Bundesländer annähernd entsprechend ihrem industriellen Potential beteiligt sind. [...] Wenn auch der Hauptauftragnehmer für den neuen Schützenpanzer keine bayerische Firma ist, so werden doch wesentliche Zulieferungen aus dem bayerischen Wirtschaftsraum kommen (z.B. Renk-Getriebe, Optik). Selbst im Schiffbau ist die bayerische Wirtschaft mit Küstenschiffen für befreundete Nationen und mit Motorenzulieferungen (MAN) beteiligt.“¹³⁴⁸

Dann nahm Ministerialdirektor Dr. Knieper auf den LEOPARD 1 Bezug. „Beim Standardpanzer wird – unabhängig von der Generalunternehmerentscheidung – die bayerische Wirtschaft wiederum mit der Getriebezulieferung (ZF-Passau) und wesentlichen Teilen der optischen Ausrüstung so stark beteiligt sein, daß sich der Produktionsanteil auf rd. 13 % des Fahrzeugwertes belaufen wird. [...] „Ich stehe gern der Vertretung der Landesauftragsstelle Bayern in Bonn mit weiteren Auskünften zur Verfügung und darf bitten, sich ggf. deshalb mit Ministerialrat Dr. Beyer [...] in

1346 Ebd., S. 1f.

1347 Ebd., S. 2.

1348 Schreiben des Abteilungsleiters W im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr. Knieper, an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr bzgl. Der Beteiligung der bayerischen Wirtschaft am Kampfpanzerprogramm vom 26.06.1963, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

Verbindung zu setzen.“¹³⁴⁹ Neben dem Freistaat Bayern wandte sich der eng mit Krauss-Maffei vernetzte Friedrich Zimmermann ebenfalls in einem offiziellen Schreiben an den Verteidigungsminister,¹³⁵⁰ um sich für die bayerische Firma zu verwenden. „Ich kann dies umso leichter tun, als es sich bei der Krauss-Maffei A.G. in München-Allach wohl um einen Betrieb handelt, der als kombinierte Lokomotiv- und Maschinenbau-Firma über die universellsten Fertigungseinrichtungen verfügt, die für die Endmontage eines Panzers gebraucht werden.“¹³⁵¹

In einem zeitlichen Rückblick betonte er den Willen, die Erfahrung und die Tradition des Unternehmens beim Panzerbau, als viele andere Firmen noch kein Interesse an Rüstungsaufträgen hatten und verweist darauf, dass Krauss-Maffei trotz allem seit längerem keinen Auftrag mehr erhalten hat. „Vor zehn Jahren stand es mit der Bereitschaft eines großen, ja sehr großen Teils der deutschen Industrie, für die Rüstung tätig zu werden noch ganz anders als heute. [...] 1956 wurde von dieser Firma die Entwicklung einer vorgesehenen 12-to-Zugmaschine in Angriff genommen, jedoch 1959 wieder annulliert. Die Entwicklungskosten wurden mit einem kleinen Kettenauftrag zwar abgegolten, seither ist Krauss-Maffei jedoch trotz seiner unbestreitbaren Leistungsfähigkeit mit keinem Auftrag mehr bedacht worden. [...] Es ist sicherlich bekannt, daß Krauss-Maffei im 2. Weltkrieg zu den wichtigsten Herstellern von Kettenfahrzeugen gehört hat. Ich bin als Soldat selbst lange Zeit auf einer KM-Zugmaschine gefahren.“¹³⁵²

Weiterhin ging Zimmermann auf den Besuch von Ministeriumsmitarbeitern in München-Allach ein und verbürgte sich, dass der Vorstandsvorsitzende Oscar Stamm ein Garant für einen reibungslosen Ablauf wäre.¹³⁵³ „Wenn ich recht informiert bin, haben die Besichtigungen von leitenden Beamten und Offizieren Ihres Hauses ergeben, daß Krauss-Maffei sowohl betrieblich, wie auch verwaltungsmäßig gerade für die Generalunternehmerschaft und Endmontage des Standardpanzers hervorragend geeignet wäre.“¹³⁵⁴ Auch die Tatsache, dass keine größeren Investitionen mehr getätigt werden müssten und Krauss-Maffei gute Kontakte zu den Hauptkomponentenherstellern hatte führt der Abgeordnete ins Feld. „Bei Krauss-Maffei sind keine weiteren Investitionen

1349 Ebd.

1350 Vgl. Schreiben des Bundestagsabgeordneten Dr. Friedrich Zimmermann an den Bundesverteidigungsminister, Kai-Uwe von Hassel, bzgl. der Generalunternehmerschaft für den Standard-Panzer vom 20.02.1963, BA-MA - BW 1 / 478305.

1351 Ebd., S. 1.

1352 Ebd.

1353 Ebd., S. 2.

1354 Ebd., S. 1.

für die Übernahme eines solchen Auftrages erforderlich. Erfahrung auf diesem Fertigungsgebiet in reichem Maße vorhanden. [...] KM hat sich um GU und Endmontage nur beworben, weil für alle wesentlichen Teile die Lieferanten schon feststanden.“¹³⁵⁵

Abschließend ging er noch auf die prozentuale Vergabe von Rüstungsaufträgen ein. „Einer der Herren Ihres Hauses [...] meinte, es empfehle sich gegenwärtig wohl aus politischen Gründen nicht, den Süddeutschen Raum mit Rüstungsaufträgen zu bedenken, weil hier in den letzten Jahren wohl schon etwas zu viel geschehen sei.“¹³⁵⁶

Zimmermann glaubte den Süden gegenüber dem Norden nicht übervorteilt. Die Generalunternehmerschaft und Endmontage würden seines Erachtens 10 Prozent des Gesamtauftrages ausmachen. Ihm sei nicht bekannt, dass bei den restlichen 90 Prozent irgendetwas in Bayern gefertigt werden solle.¹³⁵⁷ An dieser Stelle kann nicht abschließend geklärt werden, ob Zimmermann wirklich von dieser Vermutung ausging oder ob er um die Aufträge im Bereich der Optik für ZF in Passau und andere Firmen im bayerischen Raum noch nichts wusste. Es darf jedoch davon ausgegangen werden, dass er als Mitglied des Verteidigungsausschusses davon Kenntnis hatte.

Der Brief schloß mit einer persönlichen Verwendung Friedrich Zimmermanns für die das Unternehmen. „Im übrigen sind mir einige der Mitbewerber von Krauss-Maffei gut bekannt, zum Teil kenne ich die Firmen und auch die Betriebe. Weil dies der Fall ist, darf ich in aller Sachlichkeit und Objektivität sagen, daß mir gerade für Generalunternehmerschaft und Endmontage kein Werk geeigneter zu sein scheint als dies bei Krauss-Maffei der Fall ist.“¹³⁵⁸

Der Versuch von Bundesländern und Abgeordneten Einfluss auf die Vergabe von Rüstungsaufträgen zu nehmen, war ein völlig normaler Vorgang, ja sogar deren Aufgabe. Sie hatten die Interessen ihrer jeweiligen Bürger und Bundesländer zu vertreten. Dieser Tatsache kam die Bundesregierung stets entgegen, indem sie versuchte, die Produktion unabhängig vom Generalunternehmer bzw. dem Hauptauftragnehmer im gesamten Gebiet der Bundesrepublik anteilig zu vergeben. Damit war es ihr auch möglich, konjunkturrell stützend einzugreifen. Beispielhaft sei hier die bereits erwähnte Werftindustrie Norddeutschlands genannt, die bei der Vergabe des Kampfpanzers jenseits des Generalunternehmers sehr wohl bedacht wurde.¹³⁵⁹

1355 Ebd., S. 2.

1356 Ebd.

1357 Vgl. ebd.

1358 Ebd.

1359 Vgl. Standardpanzer ging durchs Ziel, S. 263.

V.3 Harte Bandagen – Kampf um Einfluss und Posten innerhalb von Ministerialbürokratie und Offizierkorps

Für das Führen eines Ministeriums ist die Ministerialbürokratie eine absolute Notwendigkeit, ihr Einfluss bei wichtigen Entscheidung bei Minister, politischen Staatssekretären und den Abgeordneten in den Fachausschüssen entsprechend groß. „Derartige Einstellungen begünstigen eine restriktive Informationspolitik der Ministerialbürokratie.“¹³⁶⁰ Ihr ist es möglich, manche Akten als geheim zurückzuhalten und den Fluss von Informationen bewusst zu lenken.

Die Ministerien in der Bundesrepublik Deutschland gliedern sich in in (Haupt/Fach-)Abteilungen, Unterabteilungen und Referate. Die Arbeitsebene der Referate hat dabei eine hohe Bedeutung. Bundesweit existierten Mitte der 1970er Jahre in diversen Ministerien über 1200.¹³⁶¹

Die mittlere Leitungsebene bilden die Abteilungsleiter, bei entsprechender Größe auch die Unterabteilungsleiter. Die Abteilungsleiter sind in der Regel im Rang eines Ministerialdirektors und wie Staatssekretäre politische Beamte, die beispielsweise nach einem Regierungswechsel in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können. Der Abteilungsleiter verfügt über einen eigenen Stab mit Referenten und wird in der Regel durch den dienstältesten Unterabteilungsleiter oder Referenten vertreten.¹³⁶²

„Der Unterabteilungsleiter, meist im Rang eines Ministerialdirigenten oder Ministerialrats, ist in der Regel ein Beamter, der die übliche Behördenlaufbahn durchlaufen hat und dessen Rolle weitgehend davon abhängig ist, welchen Spielraum ihm der Abteilungsleiter durch die Festlegung auf eine bestimmte Rolle (eher Politiker oder eher Fachmann) zugesteht.“¹³⁶³

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Parteimitgliedschaft im negativen wie im positiven Sinne eine wichtige Rolle bei der Beförderung eines Ministerialbeamten spielen kann.¹³⁶⁴ Die Tendenz bei der Besetzung ging in den 1960er und 1970er Jahren aber eher zu vorheriger wissenschaftlicher Tätigkeit. Sie waren durch ihr Fachwissen Berater der politischen Instanzen.¹³⁶⁵ „Daher sind in der Hauptsache die Ministerialbeamten die Auftraggeber, Adressaten und Partner der beratenden Wissenschaftler.“¹³⁶⁶

1360 Schatz, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 113.

1361 Vgl. Schmid / Treiber, Bürokratie und Politik, S. 110f.

1362 Vgl. ebd., S. 115f.

1363 Ebd. S. 116.

1364 Vgl. ebd., S. 204.

1365 Vgl. Friedrich, Staatliche Verwaltung und Wissenschaft, S. 111.

1366 Ebd. S. 27.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zum Ausbau und Verstärkung der Kooperation von Wissenschaft und Politik. Eine enge Zusammenarbeit der staatlichen Stellen mit Forschungseinrichtungen wurde angestrebt, die staatliche Auftragsforschung erweitert.¹³⁶⁷

Die Leitungsebenen übernahmen in- oder externe Experten, aber auch viele Juristen. 1967 bis 1971 stammten bei der Gesamtrekrutierung für die Ministerialbürokratie 67 Prozent aus diesem Personenkreis.¹³⁶⁸ Häufig waren sie bereits vor der Gründung der Bundesrepublik im Staatsdienst tätig. Der Rüstungsbereich des Verteidigungsministeriums veränderte sich in den 1960er Jahren bis zur Reform von Helmut Schmid¹³⁶⁹ Anfang der 1970er Jahre nur unwesentlich. Als Leitungsebenen fungierte ab 1965 die Hauptabteilung Rüstung, geführt von einem Ministerialdirektor. Während der untersuchten Beschaffungsprogramme wurde sie von Dr. Werner Knieper, nach seiner Berufung zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt von Dr. Eckhardt Schiffer geleitet, der ihm bereits als Abteilungsleiter Wehrwirtschaft (W) nachfolgte.¹³⁷⁰

Diese Abteilung gliederte sich in 18 Referate und 3 Unterabteilungen. Unterabteilung I Verteidigungswirtschaftliche Beziehungen zum Ausland, Ausrüstungshilfe, Verwaltung überschüssigen Materials, II Allgemeine Beschaffungs- und verteidigungswirtschaftliche Angelegenheiten und III Durchführung der Beschaffungsprogramme.¹³⁷¹

Die zweite wichtige Abteilung war die Wehrtechnik (T) unter der Leitung von Dr.-Ing. Karl Fischer. Sie hatte 56 Referate und 7 Unterabteilungen. Für die Beschaffung von Panzerfahrzeugen war die Unterabteilung III Wehrtechnik Land zuständig.¹³⁷² Im Dreiklang mit dem BWB hatten diese beiden Abteilungen die Vorbereitung, Planung und Durchführung von Rüstungsprojekten in Absprache mit anderen Stellen zu gewährleisten.¹³⁷³

Als Beispiel für die Karriere eines Ministerialbeamten in den 1960er Jahren soll hier stellvertretend der Lebensweg von Ministerialdirektor Dr.-Ing. Karl Fischer genannt werden, dem Leiter der Abteilung Wehrtechnik.¹³⁷⁴

¹³⁶⁷ Vgl. ebd., S. 63.

¹³⁶⁸ Vgl. Schmid / Treiber, Bürokratie und Politik, S. 204.

¹³⁶⁹ Die Reformschritte von Helmut Schmidt können für die vorliegende Arbeit vernachlässigt werden, da alle wichtigen Entscheidungen für die beiden Panzerprogramme bereits vorher getroffen wurden. Vgl. dazu Mann, Das Bundesministerium der Verteidigung, S. 80f.

¹³⁷⁰ Vgl. Schneider, Der neue Bundesverteidigungsminister und seine Probleme, S. 6.

¹³⁷¹ Vgl. Mann, Das Bundesministerium der Verteidigung, S. 153.

¹³⁷² Vgl. ebd., S. 152.

¹³⁷³ Vgl. ebd., S. 149-151.

¹³⁷⁴ Vgl. Ministerialdirektor Dr. Fischer 60 Jahre, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 9 (1964), S. 351f.

Er wurde am 16. August 1904 in Wilhelmshafen geboren, schloss das Realgymnasium ab und trat 1923 nach bestandener Reifeprüfung bei einer Marinewerft eine Praktikantenstelle zur Vorbereitung an. Nach dem Studium und Zusatzstudium Maschinenbau in Stuttgart und an der TU Berlin promovierte er 1935 im Bereich Maschinenbau mit einer Arbeit zu „Untersuchungen an Schiffen bei Rudermanövern“.¹³⁷⁵

Daraufhin folgte sein Eintritt in die Kriegsmarine. Bereits früh übernahm er in den Arbeitsgebieten U-Bootbau sowie Einbau von Waffen auf Kreuzern und Panzerschiffen Verantwortung. Im Krieg war er Betriebsdirektor der Marinewerft in Kiel, Entwicklungsleiter neuer Betriebsanlagen für schnellere U-Boote und ab 1944 Leiter für Konstruktion und Beschaffung neuer U-Boottypen.¹³⁷⁶

Nach dem Krieg wurde er technischer Leiter der Bauwerft Wilhelmshafen, nach 1947 führte er eigene Torf- und Kiesgrubenbetriebe. Mit der Gründung der Bundeswehr ging er 1956 als Leiter der Unterabteilung Marinetechnik ins Verteidigungsministerium, ab 1958 übernahm er als Ministerialdirektor die gesamte Wehrtechnik.¹³⁷⁷ Trotz großer Schwierigkeiten im Personal-, Verwaltungs- und Organisationsbereich war seine Abteilung maßgeblich für die erfolgreichen Projekte LEOPARD 1, Kanonenjagdpanzer und der Brückengeräte verantwortlich.¹³⁷⁸

Fischer kann mit seiner Herkunft, beruflichen Vergangenheit und fachlichen Expertise als typischer Vertreter der Leitungsebene im Verteidigungsministerium gesehen werden. Fischer zeigten großen Einsatz dabei, für eine wehrtechnische und naturwissenschaftliche Ausbildung der Truppenoffiziere und eine Vollakademikerausbildung für ausgewählte Führungsoffiziere zu sorgen.¹³⁷⁹ Er hatte jedoch gegen Widerstände zu kämpfen, die ihn letztlich bereits im Alter von 60 Jahren dazu bewogen, zum 1. Oktober 1964 aus dem Ministerium auszuscheiden.¹³⁸⁰ Nachfolger wurde der vormalige Direktor des deutsch-französischen Forschungs-Instituts in St. Louis, der Ballistiker Professor Dr. Hubert Schardin.¹³⁸¹

In einer Laudatio anlässlich seines Geburtstages wird auf Fischers Aktivitäten Bezug genommen. „Ein großer Teil seiner elastischen Arbeitskraft wurde durch das uner-

1375 Vgl. ebd., S. 351.

1376 Vgl. ebd.

1377 Vgl. ebd.

1378 Vgl. ebd.

1379 Vgl. ebd., S. 352.

1380 Vgl. ebd., S. 351.

1381 Vgl. Schneider, Erich: Dies ater der deutschen Wehrtechnik, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 9 (1964), S. 317-323, hier: S. 323.

müßliche Ringen um stärkere Berücksichtigung der Wehrtechnik im Rahmen der Bundeswehrführung in Anspruch genommen. [...] Im Kampf gegen das Übergewicht und die Bevormundung durch die Verwaltung und die Finanzbearbeiter stand er auf der Seite der Soldaten, eine Auseinandersetzung, die auch heute noch in ihren Anfängen steht.“¹³⁸²

Dr. Fischer wehrte sich vehement gegen die Unterbesetzung des Ministeriums im Rüstungsbereich. Nur 19 Prozent der Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums waren dort tätig. Nötig wäre jedoch eine Verdoppelung des Personals gewesen. Der Ministerialdirektor wollte über die Forcierung der Wehrtechnik der Industrie den Anschluss an die internationalen Standards ermöglichen, dabei würden Juristen und die Verwaltung alles unnötig verzögern und aufhalten. Dies galt seiner Meinung auch für den LEOPARD 1, der technisch bereits serienreif war, durch den fehlenden Vertragsabschluss aber in zeitliche Verzögerung kam.

Unterstützung erhielt er vom Wehrexperthen der FDP, Fritz-Rudolf Schultz, der Fischer Recht und die Schuld den Strukturen in Koblenz gab.¹³⁸³ Seine Vorwürfe wurden sogar im Bundestag debattiert,¹³⁸⁴ der Verteidigungsminister verneinte jedoch, dass das der Grund für Fischers Ausscheiden sei. „„Der Mann hat ein großes Verdienst um den Aufbau der Wehrtechnik und damit auch der Bundeswehr selbst. Aber ich wehre mich dagegen, wenn draußen die Legende verbreitet wird, als sei er ausgeschieden, weil er mit den Methoden des Verteidigungsministers oder mit der Organisationsform des Verteidigungsministeriums nicht einverstanden sei.“¹³⁸⁵

Fischer wollte die Abteilungen T, W und das BWB unter einem Hut. Ironischer Weise wurde gerade diese von ihm befürwortete Änderung nach seinem Ausscheiden mit der Hauptabteilung Rüstung umgesetzt. Gegenüber Verteidigungsausschussmitgliedern der SPD, die Fischer unterstützten, äußerte von Hassel noch 1964 seine Bedenken. Ein Zusammenschluss wäre problematisch. Wäre Fischer zum Hauptabteilungsleiter befördert worden, hätte der Jurist, Leiter Wehrwirtschaft und ständiger Vertreter des Staatssekretärs Dr. Knieper das Ministerium verlassen und umgekehrt. Ob Fischer mit dem freiwilligen Ausscheiden aus dem Ministerium dem Verteidigungsminister die

1382 Ministerialdirektor Dr. Fischer 60 Jahre, S. 352.

1383 Vgl. Säulen des Unbehagens. Rüstung, in: DER SPIEGEL vom 05.08.1964 (Nr. 32/1964), S. 28-31, hier: S. 28f.

1384 Vgl. Fortsetzung der Beratung der großen Anfrage der Fraktion FDP betr. die Lage in der Bundeswehr, S. 7697 D.

1385 Fortsetzung der Beratung der großen Anfrage der Fraktion FDP betr. die Lage in der Bundeswehr (Drucksache IV/2426), in: Verhandlungen des deutschen Bundestages, 157. Sitzung der 4. Wahlperiode (1961-1965), S. 7754B.

Entscheidung abnahm oder die guten Kontakte von Dr. Knieper einen Entschluss gegen Fischer herbeigeführt haben, ist nicht nachweisbar, sondern lediglich als Ergebnis feststellbar.¹³⁸⁶

Die beiden Abteilungsleiter lagen nicht zuletzt wegen ihrer Funktionen immer wieder im Konflikt. Dr. Fischer hatte mehrmals gegen die Vorhaben der Ministeriumsführung plädiert. Beispielsweise wollte er deutsche Zerstörer umrüsten lassen und nicht amerikanische Modelle erwerben. Vielmehr warf er der Bundesregierung vor, wegen Devisenkäufen sich zu oft für einen Ankauf im Ausland und nicht nach technischen Gesichtspunkten zu entscheiden.¹³⁸⁷ Weil zwei Drittel der Rüstungsgüter im Ausland beschafft würden, fehle es deswegen der bundesdeutschen Industrie an technischen und finanziellen Impulsen. Dr. Knieper hielt dagegen. Die Auslandsbeschaffungen wurden nicht nur wegen Devisenverpflichtungen getätigt, sondern weil es sich aus Mengen- und Kapazitätsgründen nicht lohnt, im Inland zu produzieren.¹³⁸⁸

Das Verhältnis der beiden Ministerialdirektoren war zerrüttet. Zuletzt hatte sich der Abteilungsleiter Wehrwirtschaft durchgesetzt und den Machtkampf gewonnen.¹³⁸⁹ Im Laufe der Zeit wurden jedoch einige Punkte, die Fischer bemängelte verbessert. Gerade das Einbinden der deutschen Industrie in Rüstungsaufträge stieg im Laufe der 1960er und 1970er Jahre stark an.

Ein zweites Beispiel für den mitunter harten Umgang wegen persönlicher oder inhaltlicher Differenzen innerhalb des Verteidigungsministeriums und der Bundeswehr war die Auseinandersetzung zwischen Oberst Gerd Ruge und Brigadegeneral Heinz Guderian. Im Rahmen dieser Arbeit wurden die unterschiedlichen strategischen Ansätze innerhalb der Bundeswehr und der Politik bereits erörtert. Oberst Gerd Ruge war einer der prominentesten Gegner von Guderians Rüstungsschwerpunkt, der vor allem Kampfpanzer beinhaltete. Ruge plädierte für eine wesentlich stärkere Verteidigung mit Kasemattpanzer wie dem Kanonenjagdpanzer. 1970 berichtete der Spiegel nochmals über diese Thematik. „Wenn Verteidigungsminister Helmut Schmidt sie statt der teuren Kampfpanzer fördern würde, könnte er 2 Milliarden Mark einsparen und zugleich unsere Sicherheit stärken“¹³⁹⁰. Bereits vorher hatte der STERN in dieser Frage die Kampftruppenschule III in Munster besucht, deren Kommandeur Ruge zu dieser Zeit

1386 Vgl. ebd., S. 30.

1387 Vgl. ebd.

1388 Vgl. ebd., S. 31.

1389 Vgl. ausf. zu den Hintergründen Dies ater der deutschen Wehrtechnik, S. 317-323.

1390 Vgl. Heggemann, Dieter / Kahn, Helmut Wolfgang: Mehr Sicherheit für weniger Geld, in: STERN vom 08.11.1970 (Nr. 46/1970), S. 58-66, hier: S. 59.

war.¹³⁹¹ Ruge wurde vom SPIEGEL als absoluter Experte bezeichnet. „Der Wehrmachtsmajor Ruge wurde mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz dekoriert, nachdem sein Panzergrenadierregiment im Oktober 1944 in der ungarischen Pußta die Angriffe von drei sowjetischen Divisionen abgewiesen und 95 Panzer vernichtet hatte.“¹³⁹² Mit 31 Jahren erlebte er das Kriegsende an der Ostfront als einer der jüngsten Obersten des deutschen Heeres.¹³⁹³

Der am 17. August 1913 auf Rügen geborene Ruge studierte von 1934 bis 1936 Jura, wurde 1936 als Wehrdienstleistender zur Reichswehr eingezogen, wurde Offizieranwärter, 1938 Leutnant. Während des Krieges diente er als Kompaniechef, Bataillons und Regimentskommandeur, ohne Ausbildung als Generalstabsoffizier und zuletzt als Divisionsführer der 23. Panzerdivision.¹³⁹⁴

Im Anschluss arbeitete er zehn Jahre als Abteilungsleiter in der Großindustrie und schlug 1956 eine Stelle als Direktionsassistent aus, um in die Bundeswehr einzutreten. Bis 1959 war er Kommandeur der Panzergrenadierbrigade 13 in Wetzlar, anschließend bis 1961 Kommandeur der Panzerbrigade 6 in Marburg. 1961 bis 1963 folgte eine Verwendung als stellvertretender Divisionskommandeur in Buxtehude.¹³⁹⁵

Ab 1963 bis zu seinem Dienstzeitende blieb er Kommandeur der Panzertruppenschule III in Munster. Es folgte keine Stabs, Ministerial- oder NATO-Verwendung mehr, während andere Offiziere wie Schnez trotz einer NATO-Ablehnung wegen angeblicher NS-Verwicklungen als Inspekteur des Heeres in hohe Positionen kamen.¹³⁹⁶

Der Journalist Bernd C. Hesslein wollte in einem Brief an den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium die Gründe für den Karriereknick Ruges hinterfragen.¹³⁹⁷

Er stellte Berkhan vier Fragen. Erstens ob es richtig wäre, dass Gerd Ruge, seit 1956 als Oberst reaktiviert, immer noch Oberst sei und mit diesem Dienstgrad in Ruhestand gehen würde? Zweitens ob es richtig sei, dass Ruge für sein Verhalten bei der Flutkatastrophe in Hamburg „höchstes Lob und Aussicht auf Beförderung erhalten

1391 Vgl. ebd., S. 62 u. 65.

1392 Ebd., S. 65.

1393 Vgl. ebd.

1394 Vgl. Lebenslauf des Obersten Gerd Ruge vom 14.04.1971, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Nachlass Bernd C. Hesslein (Materialsammlung Bundeswehr) - ED 447, Band 14.

1395 Vgl. ebd.

1396 Vgl. ebd.

1397 Vgl. Schreiben des Journalisten Bernd C. Hesslein an den Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung, Karl-Wilhelm Berkhan vom 05.03.1971, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Nachlass Bernd C. Hesslein (Materialsammlung Bundeswehr) - ED 447, Band 14.

hat?“¹³⁹⁸ Drittens, ob Ruge in seinen Personalakten die Eignung zum General zugesprochen wurde, er aber mit dem Leiter der Personalabteilung und späteren Staatssekretär Gumbel Probleme hatte? Viertes: „Ist es richtig, daß der jetzige Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt noch als SPD-Fraktionsvorsitzender und Wehrexperte den Fall Ruge als ‚skandalös‘ bezeichnet hat?“¹³⁹⁹ Abschließend geht Hesslein noch auf die Karriere von Generalleutnant Schnez ein und äußert sein Unverständnis für die Chancen des einen und das Verhindern des anderen Offiziers.¹⁴⁰⁰

Berkhan antwortete dem Journalisten zwei Wochen später und hielt sich im Fall Oberst Ruge sehr bedeckt und verwies unfreundlich darauf, dass er nicht für einen solchen Einzelfall zuständig sei.¹⁴⁰¹ „Wie Ihnen bereits telefonisch mitgeteilt, bin ich als Parlamentarischer Staatssekretär nicht in der Lage, die unübersehbare Anzahl der Anfragen – auch von Journalisten – selbst zu beantworten. [...] „Dennoch verlangen Sie, dass ich zu einzelnen Details einer Personalsache Auskünfte gebe, die ich [...] von den einzelnen Abteilungen des Hauses erst einholen müsste. Sie werden es zwar nicht einsehen, aber ich jedenfalls bin [...] nicht bereit, als eine Zwischenstelle in ihrem Auftrag tätig zu werden.“¹⁴⁰²

Außerdem verweist er zur Klärung der Fragen auf den Minister. „Darüberhinaus bleibt mir unklar, warum Sie Fragen, die Sie an den Bundesminister der Verteidigung richten müssten, an mich stellen. [...] Aus diesem Grunde sehe ich auch keinen besonderen Anlass zu einem Gespräch in dieser Sache mit Ihnen und betrachte daher die Angelegenheit als erledigt.“¹⁴⁰³

Hesslein wandte sich daraufhin nochmals an den Staatssekretär.¹⁴⁰⁴ Er sei weniger über den Inhalt als vielmehr den Ton von Berkhan überrascht. „Der Parlamentarische Staatssekretär einer SPD-Regierung, die mehr Demokratie wagen will, sollte wohl nicht so schreiben wie ein Behördenchef des 19. Jahrhunderts. [...] „Ich habe diese Fragen auch deshalb an Sie gestellt, weil wir uns persönlich kennen und ich dadurch annehmen durfte, der Angelegenheit nicht von vornherein einen so bedeutungsschweren Anstrich

1398 Ebd.

1399 Ebd.

1400 Vgl. ebd.

1401 Vgl. Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung Karl-Wilhelm Berkhan an den Journalisten Bernd C. Hesslein vom 18.03.1971, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Nachlass Bernd C. Hesslein (Materialsammlung Bundeswehr) - ED 447, Band 14.

1402 Ebd.

1403 Ebd.

1404 Vgl. Schreiben des Journalisten Bernd C. Hesslein an den Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung, Karl-Wilhelm Berkhan vom 23.03.1971, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Nachlass Bernd C. Hesslein (Materialsammlung Bundeswehr) - ED 447, Band 14.

zu geben. [...] Natürlich werde ich mich an den Dienstweg halten. [...] „Ich habe offen ein paar Fragen gestellt. Vielleicht mögen Sie nicht der richtige Adressat sein oder ich habe mich in den Formulierungen der Fragen mißverständlich ausgedrückt. Dann hätten Sie mich in Ruhe und Gelassenheit berichtigen können. Aber warum, so frage ich mich, dieses wütende Sperrfeuer?“¹⁴⁰⁵

Als nach über vier Monaten immer noch keine Antwort kam, wandte sich der Journalist an das Abgeordnetenbüro von Karl Berkhan.¹⁴⁰⁶ „Es geht um den Fall des Obersten Gerd Ruge, der Ihnen, soviel ich von Beteiligten weiß, aus Ihrer Zeit als Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungs-Ausschusses des Bundestages aber auch als Wehrexperte der SPD-Fraktion, nicht unbekannt ist. [...] Ich möchte Sie heute fragen, ob Ihnen aus dieser Zeit bekannt ist, daß der Oberst Gerd Ruge Schwierigkeiten bei seinen Vorgesetzten und damit auch Nachteile bei seiner Beförderung hatte, weil er ein engagierter Verfechter der Panzer-Abwehrwaffe war und somit auch in Widerspruch zu der im Führungsstab vorherrschenden Meinung zugunsten der Kampfpanzer stand. [...] „Für eine Auskunft nach Ende der parlamentarischen Sommerpause wäre ich Ihnen, sehr geehrter Herr Berkhan, äußerst dankbar.“¹⁴⁰⁷

Die Antwort kam nicht vor der Sommerpause, sondern erst Anfang Oktober in Form eines Schreibens des Ministeriumssprechers, nicht von Berkhan persönlich.¹⁴⁰⁸ Zu den vier Fragen des Journalisten wurde darin wie folgt Stellung genommen. Erstens werde Ruge als letzter Soldat, der den Dienstgrad Oberst bereits in der Wehrmacht hatte, in Ruhestand geschickt. „Weitere 28 Oberste, die ebenfalls diesen Dienstgrad in der Wehrmacht erreicht hatten, wurden in der Zeit von 1964 bis April 1971 pensioniert.“¹⁴⁰⁹ Zweitens sei „der Einsatz von Oberst Ruge während der Sturmkatastrophe [...] durch zivile Behörden anerkannt worden. Es ist hier nicht bekannt, daß Oberst Ruge durch militärische Vorgesetzte getadelt worden ist. Im Gegenteil sind seine Leistungen beim Einsatz während der Sturmkatastrophe in einer späteren Beurteilung ausdrücklich hervorgehoben worden.“¹⁴¹⁰ Die Frage nach den Personalakten könne der Sprecher nicht beantworten: „Der Beförderung des Oberst Ruge haben nur sachliche Gesichtspunkte

1405 Ebd.

1406 Vgl. Schreiben des Journalisten Bernd C. Hesslein an den Bundestagsabgeordneten Karl-Wilhelm Berkhan vom 06.08.1971, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Nachlass Bernd C. Hesslein (Materialsammlung Bundeswehr) - ED 447, Band 14.

1407 Ebd.

1408 Vgl. Schreiben des Sprechers des Bundesministerium der Verteidigung Armin Halle an den Journalisten Bernd C. Hesslein vom 06.10.1971, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Nachlass Bernd C. Hesslein (Materialsammlung Bundeswehr) - ED 447, Band 14.

1409 Ebd.

1410 Ebd.

entgegengestanden. Dabei muß man grundsätzlich davon ausgehen, daß die Zahl der zum General geeigneten Obersten stets höher ist als die Zahl der Beförderungsmöglichkeiten.“¹⁴¹¹

Das Schreiben endete mit dem süffisanten Satz, „das, lieber Herr Hesslein, sind meine Antworten. Im Interesse auch von Oberst a.D. Ruge wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie behutsam mit diesen Personalinformationen umgehen würden. Für Rücksprachen stehe ich zur Verfügung.“¹⁴¹² Trotz aller investigativen Versuche war für den Journalisten aus dem Ministerium nichts zu erfahren. Auch mit Oberst Ruge selbst stand Hesslein in regem Kontakt, nicht zuletzt über zukünftige Aufträge im Kettenfahrzeugbereich. „Wie abgesprochen, übersende ich in der Anlage das Informationsblatt der Firma Krauss-Maffei. Dieses Informationsblatt wird laufend an die Truppenkommandeure versandt. [...] Wie Sie sich erinnern werden, ist Krauss-Maffei der Hersteller der LEOPARDEN-Panzer. Die Aufträge werden sicher in die Milliarden gehen!“¹⁴¹³

Oberst Ruge wies darauf hin, dass Brigadegeneral Guderian diese Schrift verfasst habe. „In diesem Fall wird ein Gutachten des Generals, der als Unterabteilungsleiter im Ministerium die Entscheidung in erster Linie vorzubereiten hat (praktisch allein entscheidet), ob der Kampfpanzer LEOPARD oder Panzerjägerwaffen gebaut werden, verwendet. Es gibt also bereits ein Gutachten mit der Entscheidung für den LEOPARDEN-Panzer. Dieses erscheint mir nicht nur moralisch anrühlich, sondern auch juristisch relevant zu sein. [...] Die Firma wird sicher juristisch aus dem Schneider sein, wenn sie diese Information als ‚Sonderdruck aus einer ausländischen Zeitung‘ deklariert. [...] Eine freie Diskussion vor der endgültigen Entscheidung, wie sie der Minister anstrebt, scheint mir also völlig illusorisch zu sein.“¹⁴¹⁴

Ernüchtert über die Kommunikationswege beschloss Ruge den Brief. „Nach meinen Erfahrungen sind offizielle Meldungen auf dem Dienstweg zwecklos, weil es sich hier ja praktisch um meine eigenen Vorgesetzten handelt.“¹⁴¹⁵

Denn Brigadegeneral Guderian war grundsätzlich anderer Meinung als Ruge, sein Vorgesetzter und als Referent und Unterabteilungsleiter im Ministerium bestens vernetzt. In der Tat soll laut Bericht des SPIEGEL Karl Gumbel als Leiter der

1411 Ebd.

1412 Ebd.

1413 Schreiben von Oberst Gerd Ruge an den Journalisten Bernd C. Hesslein vom 19.03.1971, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Nachlass Bernd C. Hesslein (Materialsammlung Bundeswehr) - ED 447, Band 14.

1414 Ebd.

1415 Ebd.

Personalabteilung des Ministeriums über Ruge gesagt haben: „Dieser Herr wird nie General!“¹⁴¹⁶ Es half dem Oberst auch nicht, dass Helmut Schmidt genauso wie er die künstliche Überzüchtung von Waffensystemen kritisierte.¹⁴¹⁷

Die beiden genannten Beispiele von Dr.-Ing. Karl Fischer und Oberst Gerd Ruge sagen viel über die Funktionsfähigkeit der Ministerialbürokratie aus. Entscheidend für eine Karriere in die höchsten Stellen seiner Laufbahn waren neben einer guten Arbeitsleistung und dem entsprechenden Fachwissen vor allem zwei Faktoren.

Ersten musste der Betreffende aus einem Bereich stammen, der innerhalb des Ministeriums gerade im richtigen Trend lag und zweitens benötigte man die entsprechenden Netzwerke und Kontakte an die wichtigen Stellen innerhalb des Ministeriums und zu seiner Führungsebene.

Diese persönlichen Kontakte spielten aber nicht nur innerhalb des Ministeriums, sondern wie im vorherigen Kapitel beschrieben auch im Kontakt zwischen Ministerium und Politik oder mit den Unternehmen im Kampf um die Rüstungsaufträge eine große Rolle. Dabei blieben personelle Verbindungen zwischen den einzelnen Personengruppen nicht aus.

V.4 Mit allen Mitteln - Rüstungsunternehmen im Kampf um die größten Heeresprojekte der 1960er Jahre und die personellen Verbindungen zwischen Politik, Industrie und Ministerium

Seit Gründung der Bundeswehr und ihres Beschaffungsapparates gab es immer wieder Gerüchte oder tatsächliche Skandale um die großen Rüstungsaufträge der Bundesrepublik. Wie in anderen Politikbereichen bleibt es auch bei der Rüstung nicht aus, dass die entscheidenden Köpfe aus Politik, Wirtschaft und Verteidigungsministerium in engem Kontakt stehen, die Spitzen ihre eigenen Vertrauten fördern. Der Übergang zwischen legitimer Lobbyarbeit für ein Unternehmen, dem Einsetzen eines Politikers für die eigene Region und unlauteren Mitteln ist oft fließend.

Es gab zahlreiche Recherchen zu den Skandalen und Affären um den HS 30 und den Starfighter. Auch die Vermutung von illegaler Parteienfinanzierung der CDU/CSU durch den HS-30 Deal wurde laut.¹⁴¹⁸ Einige Abgeordnete der CDU wie Dr. Otto Lenz

¹⁴¹⁶ Heggemann / Kahn, Mehr Sicherheit für weniger Geld, S. 65.

¹⁴¹⁷ Vgl., ebd., S. 65f.

¹⁴¹⁸ Vgl. ausf. Engelmann, Schützenpanzer HS30 Starfighter F-104G.

und Dr. Hans Wilhelmi waren definitiv in den Vorgang involviert.¹⁴¹⁹ Als Konsequenz entließ Strauß den Leiter der Abteilung Rüstungswirtschaft im Verteidigungsministerium, Dr. Wolfgang Holtz, und ersetzte ihn durch Dr. Werner Knieper. 1965 wurde Dr. Knieper Chef der Hauptabteilung Rüstung und wechselte im Dezember 1966 als Staatssekretär ins Bundeskanzleramt.¹⁴²⁰ Die Ministerialbeamten standen in ständigem Kontakt mit den Vertretern der Unternehmen. Teilweise hatten Beamte, Politiker und Lobbyisten oder Unternehmensführer über Jahre hinweg immer mit den selben Personen zu tun oder waren sogar privat befreundet, wie der Flick Generalbevollmächtigte Alfred Rohde und Kai-Uwe von Hassel, dem Nachfolger von Strauß als Verteidigungsminister.¹⁴²¹

„Tatsächlich wird heute kaum noch bestritten, daß beispielsweise die Wirtschaft ihre Interessen zu einem wesentlichen Teil auf direktem Weg über die verschiedenen administrativen Ebenen der Staatsbürokratie wahrnimmt.“¹⁴²²

Aber erst nach der Regierungsübernahme durch die SPD manifestierte sich dieses Faktum für alle sichtbar.¹⁴²³ „Der wachsende und offene Einfluß der Rüstungsindustrie wird vor allem augenfällig in der Person des parteilosen Staatssekretärs für Technik und Beschaffung im Bundesverteidigungsministerium, Dr. h. c. Ernst Wolf Mommsen.“¹⁴²⁴

Mit Helmut Schmidt gelangte neben seinem hamburger Weggefährten Karl Wilhelm Berkhan mit dem langjährigen Generaldirektor der Thyssen Röhrenwerke AG Ernst Wolf Mommsen erstmals ein hoher Rüstungsmanager in die Position des Rüstungsstaatssekretärs.¹⁴²⁵

Während des Zweiten Weltkrieges war Mommsen Amtsgruppenchef im Rüstungsministerium unter Albert Speer und ging wie viele andere nach 1945 in die Industrie. Schmidt war der Ansicht, dass die immer komplexer werdenden Zusammenhänge nur unter Expertise von außen zu verstehen wären. Mommsen bezog kein Gehalt sondern symbolisch eine Deutsche Mark und erhielt die Bezüge weiter von seiner Firma. Er war schlichtweg zu teuer. Es existierte darüber hinaus die gegenseitige Möglichkeit, die Beziehung unverzüglich zu beenden. Davon machte Ernst Wolf

1419 Vgl. ebd., S. 73.

1420 Vgl. ebd., S. 72.

1421 Auer / Engpasser, Krauss-Maffei, S. 254.

1422 Seeliger, Bonns Graue Eminenzen, S. 20.

1423 Seeliger war der Überzeugung, dass die Reformen von Helmut Schmidt nicht nachhaltig waren. Er setzte den Aufbau des Militärisch-Industriellen Komplexes, der unter Strauß begann und durch von Hassel ausgebaut wurde, fort. Vgl. dazu ebd., S. 48 u. 51.

1424 Ebd., S. 48.

1425 Vgl. Vogel, Karl Wilhelm Berkhan, S. 142.

Mommsen, Enkel des Historikers Theodor Mommsen und Neffe der Soziologen Alfred und Max Weber, 1972 Gebrauch, als er von Berthold Beitz zum Vorstandsvorsitzenden von Krupp berufen wurde.¹⁴²⁶

Umgekehrt waren ehemalige Generäle und Beamte als Lobbyisten in der Rüstung tätig, insbesondere im fliegerischen Bereich. General Heinemann heuerte bei Philips an, Hentz bei Boeing, Wilke ging zu Dornier und der ehemalige Chef des Truppenamtes Hellmut Mäder fand in Rheinmetall seinen neuen Arbeitgeber. Als gerade ein Flak-Auftrag über 4 Mrd. DM in der Verhandlung stand konnte er sich auf einen guten Kontakt verlassen. Zuständiger Referatsleiter T VII 2 war mit Ministerialrat Bühler der vorherige Abteilungsleiter Flak bei Rheinmetall.¹⁴²⁷

Eine ebenso interessanten Personalie war der Wechsel des Referatsleiters W III 3 des Bundesverteidigungsministeriums, Dr. Beyer, der mit dem LEOPARD 1 Auftrag sehr stark befasst war, an die Spitze der Krauss-Maffei Fahrzeug GmbH dar. Sie wurde extra für die Panzerentwicklung und den Export im Jahr 1967 gegründet. Im Protokoll heißt es dazu: „Die G.m.b.H. soll spezielle Aufgaben auf dem Sonderfahrzeug-Sektor übernehmen. [...] Der Aufsichtsrat stimmt zu, daß zum kaufmännischen Geschäftsführer der G.m.b.H. Herr Ministerialrat Dr. Friedrich Beyer bestimmt wird. Herr Dr. Beyer wird zum Zwecke der Übernahme dieses Amtes von der Bundesrepublik Deutschland als seinem seitherigen Dienstherrn beurlaubt.“¹⁴²⁸

Ist der Wechsel in die Industrie grundsätzlich nichts problematisch, so hatte dieser jedoch eine zusätzliche Brisanz. Denn im April 1967 erschien ein von Dr. Beyer in DER BUNDESWEHRBEAMTE verfasster Artikel über die Generalunternehmerschaft bei Rüstungsprojekten, zu einem Zeitpunkt wo sein Wechsel bereits feststand. „Auf dem Gebiet der gemeinsamen deutsch-amerikanischen Panzerentwicklung ist man auf deutscher Seite noch den Weg der Gesellschaftsgründung gegangen und hat dabei alle Nachteile in Kauf nehmen müssen, die sich im Zusammenwirken mit General Motors als dem starken Gegenspieler bzw. Partner auf amerikanischer Seite ergaben. [...] Nicht zuletzt aus diesen Erfahrungen hat man sich nunmehr entschlossen, alles was an nationalen Aufgaben aus dem Bereich der Panzerentwicklung künftig anfällt, der Krauss-Maffei AG als Generalunternehmer zu übertragen. Sie ist deshalb für diese Tätigkeit prädestiniert, weil sie bei der Panzerproduktion Zeugnis für ein vorzügliches

1426 Vgl. Seeliger, Bonns Graue Eminenzen, S. 49f u. Vogel, Karl Wilhelm Berkhan, S. 144f.

1427 Vgl. Seeliger, Bonns Graue Eminenzen, S. 52.

1428 Umlaufprotokoll bezüglich der Gründung der Krauss-Maffei Fahrzeug G.m.b.H. vom 31.03.1967, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967.

technisches und kaufmännisches Management abgelegt hat.“¹⁴²⁹ Daraufhin wandte sich der hessische Ministerpräsidenten Dr. h.c. Dr e.h. Georg August Zinn an den geschäftsführenden Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Eberhard von Brauchitsch und nahm auf den Artikel Bezug. „Ich darf ergänzend darauf hinweisen, daß Herr Dr. Beyer der Verfasser des Artikels sein dürfte. Er war bis zum April 1967 Sachbearbeiter für gepanzerte Fahrzeuge im Bundesverteidigungsministerium und ist nunmehr unter Beurlaubung aus seinem Beamtenverhältnis Entwicklungschef bei Krauss-Maffei oder einer von deren Entwicklungsgesellschaften. [...] In dem Artikel wird ziemlich eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß die Firma Krauss-Maffei für die Aufgabe der Panzerentwicklung besonders prädestiniert sei. [...] Dieser Artikel hat verständlicherweise ein gewisses Aufsehen erregt. Es ist immerhin ungewöhnlich, daß ein Beamter des Bundesverteidigungsministeriums als Entwicklungschef für die Panzerfertigung oder Panzerentwicklung ausgeliehen wird, um dann für ein bestimmtes Unternehmen zu werben.“¹⁴³⁰

Nachdem er dieses Thema angeschnitten hatte, benutzt er es als Aufhänger für sein eigentliches Anliegen, Unterstützung für Rheinstahl-Henschel, insbesondere am Standort Kassel. „Doch diese Frage interessiert mich nur in zweiter Linie. Für mich ist die Frage von Bedeutung, ob im Zusammenhang mit der Panzerentwicklung und Panzerfertigung die Firma Rheinstahl Henschel A.G. von der Firma Krauss-Maffei zugezogen werden kann. [...] Das Unternehmen verfügt [...] über entsprechende Erfahrung. Von der allgemeinen wirtschaftlichen Rezession, insbesondere im Zonenrandgebiet, ist auch die Firma Rheinstahl Henschel nicht unberührt geblieben. [...] Infolgedessen mußte die Zahl der Beschäftigten im Laufe der letzten Zeit erheblich vermindert werden, außerdem wird dort kurz gearbeitet. Wir sind mit Rücksicht auf die Bedeutung des Unternehmens im Zonenrandgebiet, insbesondere im Kasseler Raum, daran interessiert, daß der schwierigen Lage des Unternehmens [...] auch durch Sonderfertigungen für Verteidigungszwecke begegnet wird. [...] Darüber hinaus dürfte die Bundesregierung das gleiche Interesse wie das Land Hessen daran haben, daß das Zonenrandgebiet ausreichend mit Aufträgen versehen wird. [...] Wenn Sie mir behilflich sein könnten, in der angedeuteten Weise etwas für [...] die Firma Rheinstahl Henschel

1429 Generalunternehmer für Entwicklungen, in: DER BUNDESWEHRBEAMTE 4 (1967), S. 88f.

1430 Schreiben des hessischen Ministerpräsidenten Dr. h.c. Dr e.h. Georg August Zinn an den geschäftsführenden Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Eberhard von Brauchitsch vom 20.07.1967, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967, S. 1.

A.G. zu tun, wäre ich Ihnen zu ganz besonderem Dank verpflichtet.“¹⁴³¹ Einen Widerhall fand die Bemerkung des hessischen Ministerpräsidenten auch in einem Schreiben des geschäftsführenden Gesellschafters der Friedrich Flick KG, Eberhard von Brauchitsch, an das Krauss-Maffei Vorstandsmitglied Dr. Wolf. „Als ich kürzlich ein längeres Gespräch unter vier Augen mit dem hessischen Ministerpräsidenten Zinn hatte, machte er eine etwas abfällige Bemerkung über das Auftreten von Herrn Dr. Beyer im Zusammenhang mit der Entwicklungsgesellschaft Krauss-Maffei. [...] Ich unterstelle einmal, dass der [...] Artikel tatsächlich aus der Feder von Herrn Dr. Beyer stammt. In diesem Fall wäre es in der Tat kein sehr glückliches Entree für seine Position als Geschäftsführer.“¹⁴³²

Pohle bemühte sich sichtlich, die Beziehung zu Zinn nicht leiden zu lassen. „Man müsste versuchen, darzustellen, dass der Artikel von Herrn Dr. Beyer geschrieben worden ist, bevor sein Übergang zu Krauss-Maffei überhaupt in Erwägung gezogen wurde. Liesse sich vom zeitlichen Geschehensablauf her eine solche Version vertreten? [...] Auf der anderen Seite sind wir an einem guten Verhältnis zu Herrn Zinn interessiert, und es ist die Frage, ob man in der Angelegenheit Henschel einen guten Willen zeigen kann, der weder Geld kostet, noch die vorrangige Position von Krauss-Maffei gefährdet.“¹⁴³³ Das bei einem Wechsel eines Ministerialbeamten in die Wirtschaft aber oft banale Gründe eine Rolle spielten, wird an diesem Beispiel durch ein Schreiben des Vorstandes an den Aufsichtsrat der Krauss-Maffei AG ebenfalls deutlich. „Herr Bode hat mich persönlich und vertraulich, mit der Bitte, diese Sache zunächst nur mit Ihnen zu besprechen, mit folgender Anregung angesprochen: Herr Ministerialrat Dr. Beyer, den Sie kennen, möchte unter allen Umständen innerhalb der nächsten Monate aus dem BMVtdg ausscheiden – und zwar gleichgültig, welche Regierung kommt [...] Dr. Beyer will in die Industrie.“¹⁴³⁴

Der Leiter der Hauptabteilung Rüstung, Dr. Knieper unterstützte ihn dabei. „Herr Dr. Knieper und Herr Dr. Beyer würden es nun sehr gerne sehen, wenn Dr. Beyer in dem PZ-Programm industriell tätig werden könnte. Dort liegen seine Erfahrungen, seine

1431 Ebd., S. 2.

1432 Schreiben des geschäftsführenden Gesellschafters der Friedrich Flick KG, Eberhard von Brauchitsch, an das Vorstandsmitglied der Krauss-Maffei AG, Dr. Wolf, vom 25.07.1967, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967, S. 1

1433 Ebd., S. 2.

1434 Schreiben des Vorstandsmitgliedes Dr. Wolf an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, vom 25.11.1966, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967, S. 3f.

Kenntnisse, seine Verbindungen, dort könnte er in den nächsten Jahren mit größtmöglicher Wirksamkeit tätig sein. Am liebsten wäre es Dr. Beyer zur Flick-Gruppe zu kommen.“¹⁴³⁵

In diesem Schreiben kommen auch die engen Kontakte zwischen Wirtschaft und Verwaltung zu Tage. „Er stellt sich vor, dass wir (KM) für ihn die Position eines Chefs der Panzerentwicklung schaffen könnten. [...] Ihm könnten dann die entsprechenden leitenden Techniker attachiert werden, wobei eigentlich alle maßgeblichen Leute des BMVtdg und BWB, die uns wohlgesonnen sind, lieber Herr von Bernuth als Herrn Tiffe als Cheftechniker sehen würden. [...] Herr Dr. Knieper favorisiert, wie mir Herr Bode sagte, diese Idee von Herrn Dr. Beyer außerordentlich; offenbar haben auch bereits Kontaktgespräche zwischen Dr. Knieper und dem ihm nahestehenden Herrn Mommsen von Phoenix-Rheinrohr und auch mit dem Ihnen bekannten Herrn Dr. Hopp stattgefunden, die derartigen Gedankengängen offenbar ebenfalls sympathisch gegenüberstehen und sich dabei unserer Gruppe zuordnen würden.“¹⁴³⁶

Dahinter standen auch handfeste Interessen, für die Vor- und Nachteile eines Wechsels abgewogen wurden. Innerhalb des Ministeriums gab es Befürworter und Gegner einzelner Firmen. „Hinter den Überlegungen steht offenbar auch eine gewisse Neigung, eines Tages unserer Gruppe wesentliche Bereiche der bisher bei Rheinstahl liegenden PZ-Entwicklung (kleinere Fahrzeuge) zuzuordnen. [...] Ein psychologisch zu wertender Nachteil wäre zweifellos ein gewisses Misstrauen und eine gewisse Ablehnung interessierter Kreise, die in einem Wechsel von Dr. Beyer in unseren industriellen Bereich den Ausdruck einer wettbewerbswidrigen Liaison der ‚KM-verbundenen‘ W-gruppe des BMVtdg sehen würde.“¹⁴³⁷ Letztendlich wurde Dr. Beyer beurlaubt und ging in die Industrie.

Strauß unterstützte diese Wechsel und die dadurch vermeintlich eintretenden positiven Effekte für die technische Entwicklung. „Die Ehe, die zwischen Wehrwesen und Naturwissenschaften geschlossen war, sollte nie wieder geschieden werden“.¹⁴³⁸

Gerade die aktiven und ehemaligen Generäle konnten auf einige Politiker großen Einfluss ausüben. Strauß schrieb dazu in seinen Erinnerungen über zwei ehemalige Verteidigungsminister: „Kai-Uwe von Hassel war militärhörig, Manfred Wörner war militärhörig - wenn der einen General sah, dann stand er im Geiste schon stramm.“¹⁴³⁹

1435 Ebd., S. 4.

1436 Ebd.

1437 Ebd.

1438 Grossner, Wir wurden schon kräftig hereingelegt, S. 94.

1439 Strauß, Erinnerungen, S. 275.

Die Arbeitsgemeinschaft Wehrtechnik half zusätzlich, die Notwendigkeit von Rüstungsprojekten darzustellen und leistete ihren Beitrag, dass in den Jahren der Wiederbewaffnung die Stimmung gegenüber der Bundeswehr und den Rüstungskonzernen nicht zu negativ wurde.¹⁴⁴⁰

Verwobene Personenkreise fanden und finden sich bis heute in jedem Wirtschaftszweig. Jedoch geht es selten um staatliche Gelder in der gleichen Höhe wie bei der Rüstungsgüterbeschaffung.

Die Finanzierung von Parteien durch Spenden aus der Wirtschaft ist im System der Bundesrepublik genauso ein normaler Vorgang wie die berechtigte Lobbyarbeit eines Unternehmens, um einen Auftrag zu erhalten. Auch hier die die Grenzen zwischen regulärem Spenden und finanzieller Bestechung schwer zu ziehen und meistens nicht abschließend zu klären. „Im Zentrum der Spendengunst stand freilich nicht die deutsche Sozialdemokratie, sondern die Union – jedenfalls in den beiden ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik.“¹⁴⁴¹ Dass der Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und spätere Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) über Parteispenden der bayerischen Rüstungsindustrie an die CSU eng verbunden war und sich auf für ihre Interessen gerade beim Kampfpanzer STANDARD einsetzte, ist kein Geheimnis und war nicht zu leugnen.¹⁴⁴²

Wesentlich kritischer ist der Fall von Wolfgang Pohle, dem Generalbevollmächtigten der Friedrich Flick AG, Bundestagsabgeordneten und Schatzmeister der CSU. Pohle zog 1953 über die nordrhein-westfälische Landesliste für CDU in den Bundestag ein, verzichtete 1957 und 1961 mehr oder minder freiwillig auf eine Kandidatur, da politische Freunde Angst vor Interessenskonflikten und vor Schaden für die CDU hatten.¹⁴⁴³

1965 zog er jedoch wieder in den Bundestag ein – für die Schwesterpartei CSU. Das hatte Pohle nicht zuletzt Franz Josef Strauß zu verdanken, der bemängelte, dass dem Bundestag zu wenige Wirtschaftsvertreter angehörten.¹⁴⁴⁴ Als konnte Pohle einen Stuhl im Parlament erobern „und sitzt sogar im Verteidigungsausschuß, obwohl sein privater Dienstherr mehr als jeder andere von den Rüstungsaufträgen der Bundeswehr profitiert.“¹⁴⁴⁵

1440 Vgl. Jahn, Wehrpolitik und Rüstung, S.

1441 Ahrens / Frei / Osterloh / Schanetzky, Flick, S. 738.

1442 Vgl. Grossner, Wir wurden schon kräftig hereingelegt, S. 84.

1443 Vgl. Ogger, Friedrich Flick der Große, S. 349.

1444 Vgl. ebd.

1445 Ebd.

Die Verbindung des Flick-Konzerns und der Parteien manifestierte sich in Pohles Person, war aber lange Zeit vorher bewusste Unternehmenspolitik. „Seit dem parlamentarischen Neuanfang in Bonn [...] war Flick stets prominent vertreten, wenn es darum ging, die Finanzlöcher der im Bundestag vertretenen Parteien zu stopfen. [...] Gewiss spendeten auch andere große Unternehmen wiederholt und mit Bedacht. Aber die Systematik und die Routine, mit der bei Flick die Gelder flossen, scheint eine Besonderheit gewesen zu sein.“¹⁴⁴⁶

Die CSU und ihr Vorsitzender nahmen dabei eine herausgehobene Rolle ein. „Wenn die CSU dabei zeitweise noch mehr profitierte als ihre Schwesterpartei [...], und darauf deuten die zugänglichen Quellen hin, so dürfte das auf den Einfluss von Wolfgang Pohle zurückzuführen sein, der in seiner Person die Funktion des Generalbevollmächtigten der Friedrich Flick KG mit dem Amt des Schatzmeisters der CSU verband. [...] Letzteres war eine Art Dankesbezeugung an Franz Josef Strauß, der Pohle 1965 die Rückkehr in den Bundestag ermöglicht hatte, nachdem dieser in der nordrhein-westfälischen CDU - trotz entsprechender Interventionen seiner Mitgesellschafter Kaletsch und Friedrich beim Bundeskanzler - abgeblitzt war.“¹⁴⁴⁷

Seine Doppelfunktion als Flick Generalbevollmächtigter und CSU-Schatzmeister hatte für ihn einen großen Vorteil. Ein als Witz gemeinter Ausspruch dazu hat aber einen sehr ernstesten Hintergrund. Pohle „braucht also eventuelle Spendenbelege möglicherweise gar nicht erst aus der Hand zu geben.“¹⁴⁴⁸ Als einer der Hauptinitiatoren des Beraterkreises um Strauß wollte er den Bayernkurier durch die Mithilfe des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank Abs, die Quandt-Dynastie, Herrn Rust von Winterhall, Herrn Merkle von Bosch und Herrn Köhnlechner von Bertelsmann auf solide Füße stellen.¹⁴⁴⁹ Bei Wahlkämpfen ging er immer wieder erfolgreich für die CSU auf Spendenjagd.¹⁴⁵⁰

1996 fand Maria Halft auf einem Flohmarkt in Siegburg elf Ordner, die Wolfgang Pohle nach seinem Tod hinterließ. Diese gelangten zum SPIEGEL, der Pohle daraufhin einen ganzen Artikel widmete.¹⁴⁵¹ „Keine andere Partei besaß je einen solchen Kassenwart. Pohle trat als Spender und Empfänger in Personalunion auf. Das Haus Flick ließ sich die Pflege der politischen Landschaft Millionen kosten. Was der Schatzmeister Pohle

1446 Ahrens / Frei / Osterloh / Schanetzky, Flick, S. 738.

1447 Ebd., S. 738f.

1448 Ogger, Friedrich Flick der Große, S. 349.

1449 Ahrens / Frei / Osterloh / Schanetzky, Flick, S. 739.

1450 Vgl. ebd.

1451 Vgl. ebd., S. 740 u. Das Geld, die Macht und FJS. Wie Franz Josef Strauß Politik und Geschäft miteinander verquickte (I), in: DER SPIEGEL vom 22.07.1996 (Nr. 30/1996), S. 52-60, hier: S. 54.

benötigte, wies der Gesellschafter Pohle an.¹⁴⁵² Strauß schätzte er sehr. „Mit dem zwölf Jahre jüngeren Strauß verband Pohle die Angst vor dem Sozialismus, inkarniert in Willy Brandt („Mehr Demokratie wagen“), der konservative Habitus und die Einsicht, daß Geld Macht ist.“¹⁴⁵³

Beide konnten voneinander profitieren. „Strauß hatte 1969 dem Düsseldorfer Repräsentanten der Großindustrie einen sicheren Bundestagswahlkreis im Allgäu verschafft. Pohle besaß dank seiner beherrschenden Position bei Flick Einblick in Interna, die strengster Geheimhaltung unterlagen und unter allen Umständen vor der Öffentlichkeit verborgen werden mußten. Mit buchhalterischer Akribie hielt der penible Protestant sein Wissen in Aktenvermerken fest.“¹⁴⁵⁴

Die Finanzierung der CSU durch Friedrich Flick war sehr hoch, in Augen Pohles fast schon zu hoch. Er bat seine Parteifreunde daher, sich um weitere Spenden von anderen Firmen zu bemühen. „Es half dem Schatzmeister auch nicht viel, wenn er den Kollegen aus den Vorstandsetagen vorrechnete, daß „meine Firma“ – damit meinte er den Flick-Konzern – „die Last des Kampfes“ wieder einmal allein zu tragen habe. Flick zahle hohe „sechstellige Beträge“ – und liege bei der bayerischen Landtagswahl 1970 sogar „mit einer fast siebenstelligen Zahl“ – an der Spitze der Spender. „Bei uns kommt obendrein eine dauernd in die Hunderttausende von Mark gehende Zurverfügungstellung von Flugzeugen für den Wahlkampf hinzu“, jammerte der Flick-Gesellschafter.“¹⁴⁵⁵

Die Verbindungen zwischen Friedrich Flick durch Rohde und Pohle müssen bei der folgenden Analyse der Einflussnahme durch die Industrie beim LEOPARD 1 Auftrag genauso im Hinterkopf behalten werden, wie die Herkunft des Verteidigungsministers von Hassel und des Abteilungsleiters Dr.-Ing. Fischer aus Norddeutschland, wo die Werftindustrie in den 1960er Jahren in einer Krise steckte und in der Fischer lange Jahre beschäftigt war.

Neben dem späteren Generalunternehmer Krauss-Maffei gab es, wie bereits in den vorherigen Kapiteln beschrieben, auch andere Firmen und Konzerne, die sich für den LEOPARD 1-Auftrag interessierten. Einer davon war die Quandt-Gruppe. Harald Quandt wandte sich am 29. August 1962 in einem Fernschreiben an den Referatsleiter W III 3 im Bundesverteidigungsministerium, den später bei Krauss-Maffei engagierten

1452 Ebd.

1453 Ebd.

1454 Ebd.

1455 Ebd., S. 58.

Dr. Beyer. Er habe von der Suche des Ministeriums nach einem Generalunternehmer, bzw. einer Führungsgruppe „für die Durchführung eines grösseren Fahrzeugauftrages“¹⁴⁵⁶ erfahren.

In „meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Vorstandes der Industrie-Werke Karlsruhe AG und als Geschäftsführer der Keller und Knappich GmbH möchte ich mein Interesse an dieser Aufgabe für diese (sic!) beiden Firmen erklären und wäre ihnen dankbar, wenn sie mir Gelegenheit geben, sie morgen, Donnerstag aufzusuchen, um Näheres über unsere Möglichkeiten darzulegen“¹⁴⁵⁷. Zunächst müsse er noch innerhalb des Konzerns Rücksprache halten, „nach vorklärenden Gesprächen mit Herr Dr. Hopp und Herrn Bertsch erscheint [...] die Aufgabe jedoch durchaus im Bereich der Möglichkeiten unserer Gruppe zu liegen.“¹⁴⁵⁸ Nicht viel später erreichte das Ministerium eine Aktennotiz über die Eignung der Quandt-Gruppe als Generalunternehmer, das von ihr selbst verfasst wurde.

Darin stellte die Gruppe zunächst die Expertise Quandts am Fahrzeugbau heraus.¹⁴⁵⁹ Hierbei wurde als erstes die Keller und Knappich GmbH in Augsburg genannt, die Kommunalfahrzeuge „insbesondere Kommunalfahrzeuge in Zusammenarbeit mit Daimler-Benz“¹⁴⁶⁰, und Spezialfahrzeuge der belgischen Armee herstellte. Darüber hinaus gehörte die Deutsche Waggon- und Maschinenfabriken GmbH in Berlin zur Quandt-Gruppe, die u.a. Panzertransportwagen herstellte und Erfahrung im „Waggonbau im weitesten Umfang [...] basierend auf den Erfahrungen der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“¹⁴⁶¹ während des Krieges im Lokomotivbau während des Krieges vorweisen konnte.

Weiter kamen die Industrierwerke Karlsruhe AG mit einem Werk in Lübeck dazu, in dem „Wehrmachtsanhänger“¹⁴⁶² produziert wurden. Die Hans Still AG in Hamburg hatte Elektrofahrzeuge und Gabelstapler im Angebot. Anteile hatte Quandt auch bei der Daimler-Benz AG in Stuttgart und BMW in München. Dort verfügte die Gruppe über eine „starke Einflußnahme durch maßgebliche Beteiligung, einschließlich Auto-Union und Maybach.“¹⁴⁶³

1456 Fernschreiben von Harald Quandt an den Referatsleiter W III 3 im Bundesministerium der Verteidigung, MinR Dr. Beyer, bzgl. Generalunternehmerschaft vom 29.08.1962, BA-MA - BW 1 / 478303, S. 1.

1457 Ebd.

1458 Ebd.

1459 Vgl. Aktennotiz bzgl. Eignung der Quandt-Gruppe für die Übernahme des Standardpanzer-Auftrages, BA-MA - BW 1 / 478303, S. 1.

1460 Ebd.

1461 Ebd.

1462 Ebd.

1463 Ebd.

Unter Punkt zwei subsummierte die Aktennotiz die „Tätigkeit [Quandts] auf dem Rüstungsgebiet“¹⁴⁶⁴ in der Bundesrepublik Deutschland. „Die Quandt-Gruppe ist mit den Werken Industrie-Werke Karlsruhe AG. (früher Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken) Mauser-Werke AG. und Accumulatorenfabrik AG. (heute VARTA AG.) weitestgehend auf dem Rüstungsgebiet eingeschaltet gewesen und noch eingeschaltet.“¹⁴⁶⁵ Daran anschließend ging Quandt auf die immensen Verluste im Zweiten Weltkrieg ein. „Die gesamten Kriegsschäden betrugen bei der Quandt-Gruppe über eine Milliarde Mark.“¹⁴⁶⁶

Für die Zukunft wolle „man den „Aufbau einer eigenen Entwicklungsanstalt Mauser/IWK ohne behördlichen Zuschuß“¹⁴⁶⁷ ins Auge fassen. Die Anzahl der Mitarbeiter im gesamten Bereich Rüstung sei nicht gering. „Die derzeitige Beschäftigung der Quandt-Gruppe auf dem Rüstungssektor dürfte dortseits bekannt sein.“¹⁴⁶⁸ Für einen gemischten Großkonzern war der Bereich Wehrmaterial in der Quandtgruppe relativ hoch. „Der gesamte Rüstungsanteil am gesamten Fabrikationsprogramm beträgt etwa 10 bis 15 Prozent.“¹⁴⁶⁹

In einem letzten Punkt ging die Quandt-Gruppe noch auf die personellen Voraussetzungen für den Panzerbau ein.¹⁴⁷⁰ Die Technische Leitung wollte Dipl.-Ing. Harald Quandt persönlich übernehmen. Direktor Karl Kirsch war als Technischer Leiter bei K & K in Augsburg geplant. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende von Büssing, Direktor Dipl.-Ing. Severin Bertsch, Direktor Dr. Müller, bis dato Vorstandsmitglied Schwerlastwagenbau Büssing, Direktor Friedrich Wehrse, früher Fertigungsplaner für Schützenpanzer bei Henschel und Direktor Paul Ronke, bis dato technischer Leiter der Deutschen Waggon und Maschinenfabrik GmbH in Berlin, zuvor Leiter Panzerbau der Düsseldorfer Waggonfabrik, sollten den Führungskreis komplettieren.¹⁴⁷¹

Die kaufmännische Leitung wäre in den Händen von Direktor Gerhard Vieweg, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes der Industrierwerke Karlsruhe AG, und Direktor Ferdinand Adam, dem kaufmännischen Leiter für den Rüstungsbereich der Quandt-Gruppe gelegen. Zur Unterstützung waren Direktor Dr. Josef Sidlo als Leiter des Finanzwesens und Direktor Erwin Dahms als Leiter des Zentraleinkaufs der

1464 Ebd.

1465 Ebd.

1466 Ebd., S. 2.

1467 Ebd.

1468 Ebd.

1469 Ebd.

1470 Vgl., ebd.

1471 Vgl., ebd.

Quandt-Gruppe in Frankfurt/Main geplant gewesen.¹⁴⁷² Insbesondere die Überlegungen über eine Fertigung in Hamburg sah Quandt als großen Vorteil seiner Bewerbung, denn „unsere weiteren bemuehungen, den preis fuer den standard panzer zu reduzieren, haben zu der feststellung gefuehrt, dass die steuerlichen gegebenheiten einer fertigung im freihafengebiet hamburg eine preisermassigung von dm 40.000, – pro panzer gestatten. [...] das bedeutet bei der vorerst vorgesehenen stueckzahl von 1.500 eine entlastung des verteidigungsetats von dm 60 millionen.“¹⁴⁷³ Eine „enge zusammenarbeit des bundesverteidigungsministeriums, des bundesfinanzministeriums und des generalunternehmers ist hierbei erforderlich.“¹⁴⁷⁴

Alle Versuche Quandts, den LEOPARD 1 Auftrag zu erhalten waren jedoch nicht von Erfolg gekrönt. In einem persönlichen Brief teilte Verteidigungsminister von Hassel Harald Quandt mit, dass er sich gegen das Angebot der Quandt-Gruppe entschieden hatte. „Ich möchte nicht versäumen, Ihnen anlässlich dieser für Sie zweifellos enttäuschenden Entscheidung meinen besonderen Dank für die Mühe und die Sorgfalt zum Ausdruck zu bringen, mit der Sie sich des Objektes angenommen und zu seiner Klärung beigetragen haben.“¹⁴⁷⁵

Dennoch freute sich der Minister, dass Quandt eine Kompensationsleistung erhalten hatte, die Reparaturwerkstatt in Ichendorf, auf die noch einzugehen sein wird. „Es ist mir daher eine Genugtuung, daß über den Panzerreparaturbetrieb Ichendorf der Kontakt zu Ihrer Unternehmensgruppe enger gestaltet werden konnte.“¹⁴⁷⁶ Von Hassel freute sich auf weitere Zeiten „gedeihlicher Zusammenarbeit“¹⁴⁷⁷.

Ähnliche Briefe wie Quandt erhielten auch die Büssing-Werke und Hüge Stinnes. Büssing empfahl er, sich wegen einer Beteiligung am Programm mit Krauss-Maffei Kontakt aufzunehmen. „Für Ihre Bemühungen darf ich Ihnen meinen besten Dank aussprechen und Sie bitte, sich wegen einer etwaigen Einschaltung in das Fertigungsprogramm unmittelbar mit dem Generalunternehmer ins Benehmen zu setzen.“¹⁴⁷⁸ Stinnes wurde ebenfalls abgesagt, mit dem Brief jedoch auch mitgeteilt, dass seine Interessen nicht vergessen werden würden. „Nach Abwägung aller Umstände habe

1472 Vgl., ebd., S. 3.

1473 Fernschreiben von Harald Quandt an den Bundesminister der Verteidigung, Kai-Uwe von Hassel, vom 12.07.1963, BA-MA - BW 1 / 478303, S. 1.

1474 Ebd.

1475 Schreiben des Bundesverteidigungsministers, Kai-Uwe von Hassel, an Konsul Harald Quandt, BA-MA - BW 1 / 478306.

1476 Ebd.

1477 Ebd.

1478 Schreiben des Bundesverteidigungsministers, Kai-Uwe von Hassel, an den Vorstand der Büssing Automobilwerke AG, BA-MA - BW 1 / 478306.

ich mich entschlossen, als Generalunternehmer für die Produktion des mittleren Kampfpanzers die Krauss-Maffei AG in München zu bestimmen. [...] Ich habe zugleich Anweisung gegeben, die gegenüber der MaK/Kiel bestehenden Verpflichtungen im Rahmen der Generalunternehmertätigkeit zu berücksichtigen und darüber hinaus dieses Unternehmen gemäß den geleisteten Vorarbeiten, den vorhandenen Einrichtungen und den gegebenen Prüfungsmöglichkeiten angemessen an der Produktion zu beteiligen. [...] Ich darf bei dieser Gelegenheit meinen Dank für Ihre Bemühungen zum Ausdruck bringen, den ich auch an Ihre Mitarbeiter weiterzuleiten bitte. [...] Zugleich gebe ich meiner Hoffnung auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit der Krauss-Maffei AG Ausdruck.¹⁴⁷⁹

Da die Brüsing AG immer wieder in Negativschlagzeilen kam und Zweifel an ihrer Liquidität bestanden, ist davon auszugehen, dass sie daher beim Panzerbauprogramm von Seiten des Ministeriums weniger Unterstützung erhielt, als andere Unternehmen.¹⁴⁸⁰ Auch die Luther und Jordan Werke interessierten sich für die Produktion des Kampfpanzers. Bereits 1961 und 1962 hatten sich deren Ingenieure intensiv mit dem Kampfpanzer auseinandergesetzt.¹⁴⁸¹ „Auf Grund unserer Erfahrungen und der uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten bieten wir uns Ihnen als Hauptauftragnehmer an. [...] Wir sind bereit und in der Lage, als Hauptauftragnehmer aufzutreten und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen zu übernehmen, wobei wir Ihnen die Versicherung abgeben können, daß wie diese Aufgabe, wie schon viele Aufgaben in Ihrem Auftrag, zu Ihrer Zufriedenheit lösen werden.“¹⁴⁸²

Als Referenz für Erfahrungen im Panzerbau führte Jordan die Panzerinstandsetzung für das amerikanische Heer an. 7500 Fahrzeuge waren es insgesamt im bereits erwähnten Werk Quadrath-Ichendorf, das später von Hugel Stinnes gekauft wurde. Dort waren 750 Beschäftigte und 281 instandgesetzte Panzer der Bundeswehr von April 1961 bis Juli 1962 zu verzeichnen. In Braunschweig existierte schon eine kleine Panzerstraße, die nur wegen der geringen Stückzahl noch nicht größer sei. Fach- und Führungskräfte wären vorhanden.¹⁴⁸³ Jordan gab sich zuversichtlich: „Wir sind in die Lage versetzt, in einem Werk im Westen der Bundesrepublik 50 Panzer pro Monat zu montieren. [...] Den

1479 Schreiben des Bundesverteidigungsministers, Kai-Uwe von Hassel, an Hugo Stinnes, BA-MA - BW 1 / 478306.

1480 Vgl. dazu ausf. Kap. V.5.

1481 Vgl. Schreiben von Walter Jordan an die Abteilung W im Bundesministerium der Verteidigung bzgl. Der Standard-Panzer Großserie vom 17.07.1962, BA-MA - BW 1 / 478303, S. 1.

1482 Ebd.

1483 Vgl. ebd., S. 1f.

erforderlichen Investitionsbedarf, insbesondere für die Taktstraßen werden wir Ihnen zur gegebenen Zeit einreichen. Dieser Investitionsbedarf wird sich jedoch in Grenzen halten. [...] Falls Sie sich bei Vergebung des Hauptauftrages für uns entscheiden sollten, erklären wir, daß wir mit den AGM-Firmen Porsche, und insbesondere den Fertigungsfirmen Jung und MaK, auf der Basis unserer Verträge zusammenarbeiten und deren Kapazitäten in Anspruch nehmen werden. Auch sind wir bereit, Wünsche und Forderungen Ihrerseits in Bezug auf die Aufteilung der Produktion zu respektieren.“¹⁴⁸⁴ In seiner Rückantwort gab Referatsleiter Dr. Beyer Luther & Jordan zu verstehen, dass die Auswahl für den Generalunternehmer noch nicht in der Entscheidungsfindung sei und blieb gegenüber dem Bewerber sehr unverbindlich. „Wegen der mit der Modellentscheidung für den Standardpanzer zusammenhängenden Probleme ist die Frage der Auftragsvergabe für die Hauptserie z.Zt. nicht entscheidungsreif. [...] In Verbindung mit den Erfahrungen aus dem Vorserienauftrag darf ich Ihr Schreiben vom 17.07.1962 als Anregung für die künftige Produktionsregelung werten.“¹⁴⁸⁵ Im Jahr später kam Jordan jedoch aufgrund verschiedener Skandale nicht mehr als Generalunternehmer in Betracht.

Dem Unternehmen wurde das Reparaturwerk Ichendorf von Hugel Stinnes abgekauft. Die ebenfalls zu seinem Industrieimperium gehörende Atlas-MaK Kiel hatte sich, wie bereits erwähnt, ebenfalls um die Generalunternehmerschaft bemüht und die Vorteile der Firma dargelegt.¹⁴⁸⁶ „Aufgrund des am 5.4. ds. Js. geäußerten Wunsches möchten wir uns hiermit noch einmal unter Berücksichtigung der von uns in gleicher Angelegenheit unterbreiteten Vorgänge um die Federführung des Kampfpanzer-Auftrages bewerben. [...] In den vorliegenden Punkten [...] glauben wir überzeugend dargelegt zu haben, daß die Firma MaK die idealen Voraussetzungen für die Übernahme der Generalunternehmerschaft dieses Auftrages mitbringt.“¹⁴⁸⁷

Interessanter Weise sprachen sich MaK Kiel und Krauss-Maffei ab, um sich die Produktion in angemessener Weise zu teilen und so die Panzerproduktion redundant zu gestalten. „Um aber dem Auftrag noch einen größeren Effekt hinsichtlich der Preisgestaltung, Lieferzeit und Kontinuität des Ausstoßes zu geben, haben wir

1484 Ebd., S. 3.

1485 Schreiben des Referatsleiters W III 3 im Bundesministerium der Verteidigung, MinR Dr. Beyer, an Walter Jordan bzgl. Der Standardpanzer-Großserie vom 07.08.1962, BA-MA - BW 1 / 478303, S. 1.

1486 Schreiben der Geschäftsführung der Maschinenbau Kiel GmbH an das Bundesministerium der Verteidigung bezgl. der Serienfertigung Kampfpanzer mittel vom 10.05.1963, BA-MA - BW 1 / 478305, S. 1-4.

1487 Ebd., S. 1 u. 4.

uns mit der Firma Krauss-Maffei, einer ebenfalls im Schwerfahrzeugbau erfahrenen Firma, dahingehend verständigt, daß bei einer Auftragserteilung an uns eventuell deren technische und produktionstechnische volle Mitarbeit gesichert ist. [...] Wenn bei verschiedenen Besuchen aller für die Beurteilung maßgeblichen Herren des BMVtg bzw. BWB immer wieder festgestellt wurde, daß unser Werk ausgezeichnete Voraussetzungen für die Übernahme dieses Großauftrages mit sich bringt, so dürfen wir Sie heute abschließend noch einmal darum bitten, uns mit der Generalfederführung für diesen Auftrag zu betrauen. Wir sichern Ihnen technisch und wirtschaftlich gewissenhafte Bearbeitung dieser Aufgabe zu.“¹⁴⁸⁸

MaK scheute keine Kosten und Mühen, um dem Ministerium zu zeigen, dass es die Generalunternehmerschaft übernehmen könne. „Um zum Zeitpunkt der Auftragserteilung auf die Serie die unbedingt notwendigen Vorbereitungen weitgehendst getroffen zu haben und so schnell wie irgend möglich mit den Lieferungen aus der Serienfertigung zu beginnen“¹⁴⁸⁹ wurden alle nötigen Weichenstellungen vorgenommen. „Wir wollen diese für den rechtzeitigen Anlauf der Serie unbedingt notwendigen Arbeiten noch stärker forcieren, wären aber dankbar, wenn Sie unsere Bemühungen durch ein vorläufiges Auftragsschreiben, das sich lediglich auf die Planungsarbeiten erstrecken braucht, unterstützen würden.“¹⁴⁹⁰ Die MaK wollte damit Unterlieferanten ansprechen, um die Serienfertigung vorzubereiten.¹⁴⁹¹

Es scheint, dass die Unternehmensführung sehr sicher mit dem Zuschlag für den Kampfpanzer rechnete.¹⁴⁹² Doch es kam anders. Selbst als die Generalunternehmerschaft bereits feststand, bemühte sich Hüge Stinnes noch sehr, um dem Ministerium zu demonstrieren, wie wichtig er das Panzerprogramm nahm. Es ist davon auszugehen, dass er sich mögliche Folgeaufträge erhoffte, was mit dem Bergepanzer dann auch eintrat. In einem Schreiben informierte er den Abteilungsleiter W, Dr. Knieper, von der Veränderung an der Spitze der Unternehmensführung.¹⁴⁹³ „Der Aufsichtsrat der Atlas-Werke hat gestern beschlossen, Herrn Direktor Raue zum Vorsitz des Vorstandes der Atlas-Werke zu berufen. [...] Herr Raue wird gleichzeitig zum Vorsitz der Geschäftsführung der MaK in Kiel berufen. [...] Meine Gründe für

1488 Ebd., S. 5.

1489 Schreiben der Maschinenbau Kiel GmbH an den Referatsleiter W III 3 im Bundesverteidigungsministeriums, MinR Dr. Beyer, bezgl. Standardpanzer-Serienfertigung, BA-MA - BW 1 / 478303, S. 1.

1490 Ebd.

1491 Vgl. ebd.

1492 Vgl. zu den Hintergründen für diese Annahme ausf. Kap. V.5.

1493 Vgl. Schreiben von Hüge Stinnes an den Abteilungsleiter W im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr. Knieper, vom 01.08.1963, BA-MA - BW 1 / 478306.

diese Berufung [...] sind der als unerlässlich erkannte Wunsch, eine ganz klare Verantwortung bei beiden Unternehmen und den dazugehörigen Tochterfirmen in einer Hand zu schaffen. [...] Ich glaube, diese Massnahme liegt auch im ausgesprochenen Interesse des Panzerauftrages – gleichgültig, in welcher Form und in welchem Umfang wir daran mitwirken, um einen einheitlichen Einsatz beider Unternehmungen MaK und Atlas-Werke mit einer Belegschaft von über 6000 Menschen sicherzustellen.“¹⁴⁹⁴

Den Zuschlag für die Generalunternehmerschaft erhielt der Konkurrent der MaK aus München – Krauss-Maffei. Die Münchner Firma war bereits seit Gründung der Bundeswehr sehr stark an Rüstungsaufträgen interessiert, nicht zuletzt wegen der schwierigen Lage beim Omnibusbau. Ende Oktober 1956 schrieb der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Grabowski an den Vorstand und stellte in den Raum, inwieweit Krauss-Maffei durch Verteidigungsminister Strauß an Rüstungsaufträgen partizipieren könnte. Er fragte daher, „ob wir diese seltene Gelegenheit nicht benutzen sollten, rechtzeitig mit ihm wegen der Erteilung von Aufträgen aus seinem Ressort Fühlung aufzunehmen. Ich habe den bestimmten Eindruck, dass bisher allein die Ruhr oder sonstige grosse Konzerne bevorzugt behandelt worden sind, weil sie zu den massgebenden Stellen, insbesondere auch zu Herrn Staatssekretär Dr. Rust, über ausgezeichnete persönliche Beziehungen verfügen. Wenn jetzt ein Bayer an der Spitze des Verteidigungsministeriums steht, dann haben wir alle Veranlassung, dafür zu sorgen, dass sich dieser Mann für die bayerischen Belange einsetzt. [...] Bei dieser Gelegenheit darf ich sagen, dass mit die Einschleusung von langfristigen Aufträgen über Herrn Strauss schon deshalb wichtig erscheint, weil wir früher oder später doch vor der sehr ernsten Entscheidung stehen, den Omnibusbau zu behalten oder auszugeben.“¹⁴⁹⁵

Der Vorstandsvorsitzende Oskar Stamm stellte in der Tat einen Kontakt her und berichtete Dr. Grabowski einen Monat später darüber. „Wir hatten mir Herrn Minister Strauss schon von jeher eine laufende Verbindung durch die verschiedenen Veranstaltungen seitens des Landesverbandes der bayerischen Industrie, der Bayerischen Staatsbürgerlichen Vereinigung und der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Bayern e.V. [...] Im Verlauf dieser Unterhaltung sagte Herr Minister Strauss weitgehende persönliche Unterstützung ausserhalb des Kabinetts zu.“¹⁴⁹⁶ Auch auf die

1494 Ebd., S. 1f.

1495 Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an den Vorstand der Krauss-Maffei AG vom 26.10.1956, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63, S. 1.

1496 Schreiben des Vorstandsmitgliedes Dr. Stamm an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, vom 13.11.1956, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei

Benachteiligung von Firmen, die nicht aus dem Ruhrgebiet stammten ging er ein. „Dies trifft aber keinesfalls für KM zu, denn tatsächlich wurden auf Grund der jahrelangen laufenden Verbindung mit dem ehemaligen Amt Blank, und hier dem Referat Schanze für Neuentwicklungen [...] konkrete Erfolge erzielt. [...] In Anbetracht der geschilderten Situation erscheint es im Augenblick wohl nicht notwendig, erneut an Herrn Minister Strauss heranzutreten.“¹⁴⁹⁷

Bei der genannten Eigenentwicklung handelte es sich um eine Vollkettenzugmaschine, die jedoch letztendlich nicht gebaut wurde. Für die Ausfälle forderte die Firma eine adäquate Kompensation. Einen Unterstützer fanden sie dabei in Dr. Knieper.

Bei einem Treffen zwischen Dr. Oskar Stamm und dem Abteilungsleiter W wurde offen über die Ansprüche gesprochen. „Die ganze Gesprächsatmosphäre war ausgesprochen aufgeschlossen und offenbar von der ehrlichen Absicht bestimmt, KM bei der Durchsetzung seiner als berechtigt anerkannten Abgeltungsansprüche in jeder Form behilflich zu sein“¹⁴⁹⁸. Dr. Stamm war der Meinung, dass Krauss-Maffei bei Abgeltungsaufträgen anders behandelt werden müsse, wie andere Firmen. „Es sei also nicht damit getan, dass wir wieder zu Projekten herangezogen würden, um dann in der Endphase erklärt zu bekommen, daß wir teurer seien als die anderen. [...] Den sichersten und für das BfV einfachsten Weg sähe ich in der Vergabe von weiteren und laufenden Kettenaufträgen bis zu mindestens 10 Mio, zumal wie hier durch das Vorhandensein der Transferstrasse grundsätzlich in einer besseren Situation seien als Hotchkiss und Deutz.“¹⁴⁹⁹

Die guten Verbindungen von Dr. Knieper von Krauss-Maffei traten bereits im Gespräch von 1961 deutlich zu Tage. Sein Mitarbeiter Oberregierungsrat Witte stellte sogar einen geheimen Zusatzgewinn in Aussicht. „Herr Witte wies darauf hin, dass er schon verschiedene Möglichkeiten, uns einen getarnten Mehrpreis zu konzедieren, gefunden habe, so z.B. Transport und Verpackung. [...] Herr Dr. Knieper fügte hinzu, dass auch die Gewinnung eines neuen Fabrikationsstützpunktes für Ketten in Süddeutschland ebenfalls ein wichtiges Argument bei diesen Überlegungen sein könne. [...] Darüber hinaus meinte er, und hieraus ging wieder sein absoluter Wunsch und Wille hervor, das

AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63, S. 1.

1497 Ebd., S. 1f.

1498 Schreiben des Vorstandsmitgliedes Dr. Stamm an den restlichen Vorstand der Krauss-Maffei AG bezüglich einer Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. Knieper und Oberregierungsrat Witte über den nicht getätigten Entwicklungsauftrag auf ein Kettenfahrzeug vom 20.03.1961, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63, S. 1.

1499 Ebd.

Problem zu einer für beide Teile befriedigenden Lösung zu bringen: dann müsse man sich noch andere kluge Dinge einfallen lassen, die er auch zuversichtlich zu hoffen finde.“¹⁵⁰⁰

Man kann zumindest vermuten, dass auch nicht legale Optionen diskutiert wurden. „Es wurden von Herrn Dr. Knieper auch noch verschiedene andere wesentliche Angaben zu diesem Problem gemacht, über die ich nicht schriftlich berichten möchte, aber aus denen eindeutig hervor ging, dass Herr Dr. Knieper die Berechtigung unserer Forderungen anerkennt und ernsthaft bemüht ist, das Problem möglichst schnell zu lösen, damit die leidige KM-Angelegenheit, die andere vom BfV eingebrockt hätten, nun endlich einmal von seinem Tisch käme.“¹⁵⁰¹ Dr. Stamm kam zu dem Schluss, „dass wir von allen bisherigen Gesprächspartnern [sic!] in Herrn Dr. Knieper einen für unsere Belange am positivsten eingestellten Gesprächspartner haben. Sollten nun in der nachgeschalteten Bearbeiterebene, nicht zuletzt auch durch ein mögliches Störfeuer seitens des Herrn Dr. Stier, die Dinge wieder auf ein anderes Gleis verschoben werden, würde ich Herrn Dr. Knieper nochmals aufsuchen.“¹⁵⁰²

Der Abteilungsleiter hielt Wort. Bereits sechs Wochen später konnte der Vorstand von Krauss-Maffei dem Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Grabowski über den Erfolg der Verhandlungen berichten.¹⁵⁰³ „Wir erhalten einen Auftrag auf Ketten für den Hotchkiss-Panzer in Höhe von 9 Mio DM, der unsere Transfer-Strasse bis Anfang 1963 beschäftigt und in dessen Preis unsere Entwicklungsaufwendungen für den bewußten Kettenschlepper mit nahezu 400.000.- eingerechnet werden konnten. [...] Außerdem liegt bei uns ein Auftrag in Höhe von DM 1,8 Mio für Abwurfbehälter – eine uns sehr willkommene Schweißarbeit, die von der Gruppe MAN – BMW weggenommen und auf uns übertragen wurde. Auch hier ist der Preis durchaus zufriedenstellend.“¹⁵⁰⁴

Auch für die Zukunft wollte Krauss-Maffei sich einen Stück des Rüstungskuchens dauerhaft sichern. „Die Prüfung, welche Möglichkeiten bei Rüstungsaufträgen für unser Werk gegeben sind, findet laufend statt. Unser Bonner Behörden-Vertreter, Herr Dipl.Ing. Prokurist Schnicke, hat es verstanden, sich bei allen in Betracht kommenden Bonner Dienststellen eine gute Resonanz zu verschaffen.“¹⁵⁰⁵

1500 Ebd.

1501 Ebd., S. 2.

1502 Ebd.

1503 Vgl. Schreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an den Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Grabowski bezüglich Rüstungsaufträgen vom 04.05.1961, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

1504 Ebd., S. 1.

1505 Ebd., S. 1.

Es war daher aus Sicht der Firma nur konsequent sich für die Generalunternehmerschaft beim Standard-Panzer zu bewerben. Bereits am 13.11.1962 wurde von Krauss-Maffei ein Angebot abgegeben. Am 3. April 1963 waren der Abteilungsleiter T Dr.-Ing. Fischer und Oberst Williken in Allach, um sich die Anlagen vor Ort anzusehen. Dabei war auch der von Hassel Vertraute Generaldirektor Rohde anwesend, der zugleich Aufsichtsratsmitglied von MaK Kiel und Krauss-Maffei war. Im Zuge dieses Besuches wurde dem Unternehmen mitgeteilt, dass das Ministerium eine umfassende Eingabe bezüglich der Generalunternehmerschaft erwartete.

Der Flick-Manager Alfred Rohde verwendete sich in einem Brief vom 18. April an seinen Freund von Hassel sehr eindringlich für Krauss-Maffei. „Zunächst möchte ich Ihnen danken, dass Sie eine Besprechung mit den Herren Ministerialdirektor Dr. Knieper und Ministerialdirektor Dr. Fischer möglich gemacht haben. In dieser Unterhaltung, die am 14.3. stattgefunden hat, haben wir erläutert, welche Vorteile die Zusammenarbeit der Gruppe MaK / Krauss-Maffei für das vorliegende Projekt hat. [...] Am 3.4. war Herr Ministerialdirektor Dr. Fischer in München und besichtigte eingehend Krauss-Maffei. Er hob dabei mehrmals ausdrücklich hervor, dass er von den Werksanlagen sehr beeindruckt sei. Auch mir gegenüber hat Herr Dr. Fischer sich besonders anerkennend geäußert und erklärt, dass der Krauss-Maffei für den Bau von Panzern bestens geeignet halte. [...] Im Verlauf der Besprechung in Bonn mit den Herren Ministerialdirektoren Dr. Knieper und Dr. Fischer sowie bei der Anwesenheit von Herrn Dr. Fischer in München haben wir nochmals besonders darauf hingewiesen, dass die MaK mit Krauss-Maffei bei Durchführung des Gesamtprojektes eine Zusammenarbeit vereinbart hat.“¹⁵⁰⁶

Gleiches versicherte die Gegenseite. „Eine entsprechende Erklärung ist auch von Herrn Hüge Stinnes bei der Besprechung, die die Herren Dr. Knieper und Dr. Fischer am 5 d. M. mit Herrn Quandt und dessen Mitarbeitern sowie mit den Firmen Vertretern der MaK, Jung, Luther & Jordan und dem Konstruktionsbüro Porsche gehabt haben, abgegeben worden. [...] Herr Hugo Stinnes hat in der Bonner Besprechung für die MaK abgelehnt, unter einem Management der Firma Quandt zu arbeiten.“¹⁵⁰⁷

Rohde schloss sein Schreiben mit der Aussicht, dass Flick sich in Zukunft noch mehr im norddeutschen Raum engagieren könnte. „Bei nächster Gelegenheit möchte ich Sie auch gern unterrichten über Ausbaupläne, die wir mit Herrn Dr. Flick zur Zeit bearbeiten. In

1506 Schreiben von Alfred Rohde an den Bundesminister der Verteidigung, Kai-Uwe von Hassel, vom 18.04.1963, BA-MA - BW 1 / 478305, S. 1.

1507 Ebd.

diese Pläne könnte auch das Lübecker Werk einbezogen werden, was für die Wirtschaft von Lübeck und Schleswig-Holstein von beachtlicher Bedeutung sein würde.“¹⁵⁰⁸

Wenige Tage später schrieb der Vorstand von Krauss Maffei einen Brief an Rohde, in dem die Abteilung T um Dr. Fischer vom Vorschlag der Münchner weniger überzeugt klingt. Rohde scheint nicht allzu positive Rückmeldung aus dem Ministerium erhalten zu haben. Dissonanzen zwischen Fischer und Krauss-Maffei traten dabei ebenfalls offen zu Tage.

„Bei den verschiedenen Gesprächen wegen der Übernahme der GU für den Standardpanzer mittel stellten Sie die Frage, warum KM sich nicht früher in diese Entwicklung eingeschaltet habe. Ähnlich hatte sich auch Herr Ministerialdirektor Fischer andeutungsweise geäußert, obwohl gerade er am besten wissen muesste, wie die Verhältnisse in Wirklichkeit lagen. [...] Der AR hatte damals dem Vorschlag des Vorstandes ausdrücklich zugestimmt, keine neue Panzer-Entwicklung aufzugreifen, sondern sich auf die seit 1952 bei KM laufende eigene Entwicklung einer Vollkettenzugmaschine für Geschütz- und Munitionstransport zu konzentrieren, da diese Entwicklung aussichtsreicher und für unser Haus auch geeigneter erschien. [...] Als dann dieses eigene Projekt der Vollkettenzugmaschine 1959 vom BWB plötzlich unmittelbar vor Vertragsabschluss eingestellt wurde, verlangte der Linksunterzeichnete (Anm. Dr. Stamm) in seinem damaligen Gespräch mit Herrn Dr. Fischer am 28.4.59 nicht nur eine Entschädigung für die geleistete und nicht durch Schuld von KM nicht zum Zuge gekommene Entwicklung, sondern auch Ersatzaufträge für die Jahre hindurch für dieses Projekt freigehaltenen Kapazitäten.“¹⁵⁰⁹

Es erscheint, dass Dr. Fischer im Gegensatz zu Dr. Knieper eher der norddeutschen Industrie zugetan war. „Es ist daher zu überlegen, ob wir nicht Herrn Dr. Fischer an diese Vorgänge nochmals erinnern, da er auch bei unseren Gesprächen über den Standardpanzer sehr häufig von moralischen Verpflichtungen gegenüber MaK, Jung und Lutter & Jordan für geleistete Entwicklungsarbeit sprach. [...] Überdies sollte auch mit solcher Feststellung endlich einmal Schluss mit der – aus ganz anderen Motiven geborenen – Version des BWB gemacht und unser moralischer Anspruch auf eine Ersatzfertigung erneut angemeldet wird. [sic!] Sollten wir nämlich beim Standardpanzer nicht zum Zuge kommen, bietet uns die wiederholte Erinnerung des Herrn Dr. Fischer

1508 Ebd., S. 2

1509 Schreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an den Generaldirektor Alfred Rohde vom 25.04.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

an diese Verpflichtung eine zusätzliche Chance, uns mit anderen Entwicklungsvorhaben zu entschädigen.“¹⁵¹⁰ Der Vorstand von Krauss-Maffei kontaktierte bereits im März das Ministerium, im Speziellen Ministerialdirektor Frahm, Unterabteilungsleiter W 3, um ihn vor den vermeintlichen Gefahren einer Generalunternehmerschaft durch die Quandt-Gruppe zu warnen. Er nahm dabei Bezug auf ein bereits in dieser Sache geführtes Gespräch. „In dieser Besprechung sagten wir Ihnen zu, noch einmal unsere Argumente zusammenzutragen, die gegen eine Einschaltung der Werftindustrie sprechen. Unsere Eignung und Prädestinierung für die Übernahme der Generalunternehmerschaft haben wir in unserem Angebot zum Ausdruck gebracht und Sie haben sich selbst [...] von der Tragfähigkeit überzeugen können. [...] Sie müssen bei der Vergabe des Auftrages grundsätzlich berücksichtigen, daß Sie einer gewachsenen Organisation diese Aufgabe anvertrauen. Es liegt uns Ferne, die Mitbewerber hinsichtlich ihrer Qualifizierung für die Durchführung der Aufgabe des Management zu“¹⁵¹¹ kritisieren. „Wir halten es aber für unsere Pflicht, auf die Folgen aufmerksam zu machen, die sich daraus aufgrund unserer Erfahrungen ergeben. [...] Ein neu zu erstellendes Unternehmen würde Jahre brauchen, um wirklich funktions- und schlagkräftig zu werden. Wir sind durch persönliche Unterredungen mit der MaK in der Lage zu versichern, daß eine Zusammenarbeit zwischen beiden Firmen im Falle unserer Generalfederführung genauso gesichert ist wie im umgekehrten Falle.“¹⁵¹²

Neben dem Agieren hinter den Kulissen trug Krauss Maffei auch der Forderung nach einer umfassenden Darlegung der Planungen in einem Schreiben des Vorstandes an das Verteidigungsministerium vom 10. Mai Rechnung.¹⁵¹³ Dem Ministerium waren insbesondere vier Punkte wichtig, auf die Krauss-Maffei Rücksicht nehmen sollte. Erstens eine Beteiligung von MaK, Jung/Jungenthal und Luther & Jordan am Panzerauftrag. „Mit dem Schreiben des Bundesministers für Verteidigung vom 11.4.63 wurden wir ermächtigt, mit den Entwicklungsfirmen Verbbindung aufzunehmen. [...] Die Firmen Jung/Jungenthal und Luther & Jordan, Braunschweig, haben mündlich und schriftlich bestätigt, daß sie bereit sind, ihre Erfahrungen bei einer Übertragung der

1510 Ebd.

1511 Schreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an Ministerialdirektor Frahm vom 11.03.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 25 Pz. 1962-1966, S. 1.

1512 Ebd.

1513 Vgl. Schreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an das Bundesministerium der Verteidigung anlässlich der Generalunternehmerschaft für den Kampfpanzer LEOPARD vom 10.05.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 25 P 1962-66, S. 1f.

Generalunternehmerschaft an uns in vollem Umfang zur Verfügung zu stellen und mit uns zusammenzuarbeiten. [...] Auch wir bestätigen hiermit noch einmal ausdrücklich, daß wir die Produktionsbeteiligung der Entwicklungsfirmen wünschen und im Rahmen der innerhalb der Arbeitsgemeinschaft getroffenen und dem Ministerium bekannten Vereinbarung realisieren werden.“¹⁵¹⁴

Dem Ministerium ging es insbesondere darum, dass ihm keine Kosten entstanden, andererseits aber das Wissen der Firmen verwertet werden konnte. Beides wollte Krauss-Maffei erfüllen. „Demzufolge ist sichergestellt, daß Entschädigungszahlungen für die Vorarbeit dieser Firmen seitens des Ministeriums nicht in Betracht kommen. [...] Die Forderung des Ministeriums, die bisherigen Erfahrungen der Arbeitsgemeinschaft auszuwerten und die berechtigten Ansprüche zu befriedigen, ist somit erfüllt.“¹⁵¹⁵

Um den Auftrag zu erhalten, haben sich MaK und Krauss-Maffei gegen die Quandt-Gruppe verbündet, die auf dem Gelände der Schlieker-Werft die Generalunternehmerschaft durchführen wollte. Beide Firmen bewarben sich zwar um die Generalunternehmerschaft, versprachen aber, sich gegenseitig soweit wie möglich zu beteiligen.

„Die Tatsache, daß die Möglichkeit der Vergabe der Generalunternehmerschaft an eine Bewerbergruppe, die die Fertigung in einem Hamburger Werftbetrieb erst aufbauen will, nicht nur ernsthaft erwogen, sondern auch der Entscheidung vorausgreifend von dritter Stelle publiziert wurde, gibt uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß ein Unternehmen, welches bislang nicht mit einer auch nur ähnlichen Fertigung befasst war, weder über die notwendigen Erfahrungen, noch über die eingearbeiteten technischen Fachkräfte und das politisch zuverlässige Personal sowie die Einrichtungen verfügt, die für die Abwicklung eines solchen Auftrages unabdingbar sind.“¹⁵¹⁶ Mit Verweis auf den drohenden Zeitverlust und die Kosten ging der Vorstand von Krauss-Maffei mit dem Vorschlag Quandts hart ins Gericht. „Eine durchgreifende Rationalisierung zur Erzielung eines optimalen Preises [wird dadurch] in Frage gestellt. [...] Darüber hinaus gestatten wir uns, darauf hinzuweisen, daß bei dieser Lösung auch Investitionen gemacht werden müssen, die bei der Einschaltung vorhandener Kapazitäten nicht nötig sind.“¹⁵¹⁷ Auch die geringe Anzahl an benötigten Arbeitskräften für die Endmontage wurde ins Feld geführt, um deutlich zu machen wie gering der Beschäftigungseffekt für

1514 Ebd., S. 2f.

1515 Ebd., S. 3.

1516 Ebd., S. 5f.

1517 Ebd., S. 6.

den angeschlagenen Werftbetrieb in Hamburg wäre. Große Baugruppen (Wanne, Turm mit Waffe, Motor und Getriebe) waren ja bereits vergeben. Daher „verbleibt außer der Montage nur ein geringer Fertigungsanteil. Im Höchstfall können dadurch nach unserer hochgegriffenen Schätzung etwa 500 bis höchstens 800 Arbeitskräfte zusätzlich beschäftigt werden.“¹⁵¹⁸ Die Werft beschäftigte jedoch 31000 Mann. So „ergibt sich, daß auch wirtschaftspolitisch gesehen der gedachte Effekt bei der Vergebung (sic!) der Generalunternehmerschaft einschließlich der Endmontage an eine Werftgruppe nicht erreicht werden kann.“¹⁵¹⁹

Sicherlich mag für Krauss-Maffei die Herkunft des neuen Verteidigungsministers von Hassel aus Schleswig-Holstein bei der Kooperation mit MaK eine Rolle gespielt haben. „Über die Bereitwilligkeit der MaK, mit uns eng zusammenzuarbeiten, ist das Ministerium durch unser Schreiben vom 11.3.63 und mehrfache Besprechungen mit der MaK und mit uns unterrichtet. [...] In den folgenden Ausführungen fassen wir noch einmal die Vorteile einer engen Verzahnung zwischen MaK und uns zusammen.“¹⁵²⁰

Die zweite Forderung war die technische und organisatorische Durchführung der Generalunternehmerschaft mit besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit mit MaK Kiel.¹⁵²¹ Dabei hob man zunächst die eigenen Expertise in den Vordergrund. „Krauss-Maffei ist erfahren im Schwerfahrzeugbau; so sind u.a. im 2. Weltkrieg bei Krauss-Maffei 5000 Halbkettenzugmaschinen gebaut worden. [...] Die Erfahrungen erstrecken sich von der Konstruktion bis zur Fertigung und Montage. Ein großer Teil des seinerzeit leitenden und ausführenden Personals ist heute noch im Werk tätig und kann sofort für diese Aufgabe freigestellt werden. [...] Krauss-Maffei erfüllt sämtliche räumlichen Voraussetzungen, um die Endmontage des Panzers mit einer monatlichen Stückzahl von 50 Fahrzeugen bzw. in jedem gewünschten Umfang ohne Schwierigkeit durchführen zu können.“¹⁵²²

Die vorhandenen Spezialisten, sowie eine hohe Fertigungstiefe unterstrich Krauss-Maffei besonders, um darauf hinzuweisen, dass auch Ausfälle von Zulieferern zu keinem Produktionsengpass führen würde.¹⁵²³ „Infolge der aus den vorhandenen Werkstätten und Einrichtungen resultierenden großen Produktionstiefe ist Krauss-Maffei somit in der Lage, fast jede Arbeit im eigenen Hause durchzuführen, wenn

1518 Ebd.

1519 Ebd.

1520 Ebd., S. 3.

1521 Vgl. ebd.

1522 Ebd., S. 4.

1523 Vgl. ebd.

Ausfälle oder Fertigungsengpässe bei den Zulieferanten dies notwendig machen oder Verbilligungsmöglichkeiten praktisch nachgewiesen werden müssen.“¹⁵²⁴ Die Kooperation mit MaK sollte eine Reihe von Vorteilen bringen, „die über das hinausgehen, was ein einzelnes, für die Generalunternehmerschaft überhaupt infrage kommendes Unternehmen dem Ministerium bieten kann.“¹⁵²⁵ Die Expertise von Krauss-Maffei würde „durch die Erfahrungen der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Kiel aus der Mitbeteiligung an der Konstruktion und aus dem Bau der Vorserie des Standardpanzers“¹⁵²⁶ ergänzt werden.

Innerhalb weniger Monate sollte durch Spezialisten ein Festpreis ermittelt werden. Obwohl beide Firmen eng kooperieren wollten und profitierten, hätte das Bundesministerium nach wie vor mit Krauss-Maffei einen Generalunternehmer als Ansprechpartner gehabt.¹⁵²⁷ Dafür war das Unternehmen zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. „Auch den Wünschen des Ministeriums in Bezug auf die Verlagerung des maximalen Beschäftigungsumfanges, dann allerdings an bereits bestehende Kapazitäten im norddeutschen Raum würden wir Rechnung tragen. [...] Ferner sind wir bereit, gleichzeitig mit der Produktion eine ausreichende und den Wünschen des Verteidigungsministeriums und der Truppe entsprechende Reparatur- und Instandsetzungswerkstätte auszubauen.“¹⁵²⁸

Die Befürchtung des Ministeriums im dritten Punkt, ob MaK finanziell und wirtschaftlich in der Lage wäre den Auftrag zu begleiten, versuchte Krauss-Maffei zu entkräften. Dr. Pohle „hat gegenüber Herrn Min.Dir. Dr.-Ing. Fischer gegenüber die Erklärung abgegeben, daß die Flick-Gruppe für die Verpflichtungen der MaK einstehe, soweit diese für die Durchführung der Generalunternehmerschaft für das Standard-Panzer-Programm in Zusammenhang stünden.“¹⁵²⁹ Die Landesbank Schleswig-Holstein hätte darüber hinaus eine Ausfallbürgschaft für MaK übernommen.¹⁵³⁰

Der Flick-Konzern wäre sogar bereit gewesen für die Generalunternehmerschaft sein Engagement in Norddeutschland zu verstärken. „Bei den verschiedenen Besprechungen

1524 Ebd., S. 5.

1525 Ebd., S. 6.

1526 Ebd.

1527 Vgl. ebd., S. 7f.

1528 Ebd., S. 8. Vgl. auch Anschreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an das Bundesministerium der Verteidigung anlässlich der Generalunternehmerschaft für den Kampfpanzer LEOPARD vom 10.05.1963, BA-MA - BW 1 / 478305, S. 2.

1529 Schreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an das Bundesministerium der Verteidigung anlässlich der Generalunternehmerschaft für den Kampfpanzer LEOPARD vom 10.05.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 25 P 1962-66, S. 9.

1530 Ebd., S. 8f.

wurde von Seiten des Ministeriums immer wieder der Gesichtspunkt einer wirtschaftspolitischen oder innenpolitischen Optik hervorgehoben, derzufolge es nicht angängig sei, die Generalunternehmerschaft nach Süddeutschland zu vergeben. [...] In Würdigung dieser Wünsche haben die Herren Dr. jur. Pohle und Dr.-Ing. e.h. Franz Grabowski darauf hingewiesen, daß auch die Flick-Gruppe gegebenenfalls in der Lage ist, diesem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen. [...] Es wird hier vorläufig davon Abstand genommen, nähere Angaben zu machen, da Herr Min.Dir. Dr.-Ing. Fischer ausdrücklich betonte, daß ein Zusammenhang, wie oben skizziert, nicht mehr besteht und somit die Entscheidung nach rein sachlichen Gesichtspunkten gefällt werden kann. Wir haben zur Kenntnis genommen, daß auch demzufolge keine wirtschaftspolitischen oder innerpolitischen Bedenken bestehen, die Generalunternehmerschaft nach München zu vergeben.¹⁵³¹

Auf die Forderung des Ministeriums, die norddeutsche Industrie zu fördern, ging Krauss-Maffei besonders ein. „Für den Fall der Übertragung der Generalunternehmerschaft hat die Krauss-Maffei A.G. den wirtschaftspolitischen Wünschen des Ministeriums dadurch Rechnung getragen, daß der norddeutsche Raum und die Werftindustrie in einem Umfang beteiligt sein werden, wie es keine andere Firmenkonzeption besser zu bieten vermag.“¹⁵³²

Gleichzeitig sicherte das Unternehmen eine langfristige Begleitung der Bundeswehr und die Liefersicherheit mit Verweis auf die Verflechtung des Konzerns zu. „Der bevorstehende Auslauf von zwei größeren Produktionssparten bei der Krauss-Maffei A.G. gibt dem Ministerium die Gewähr für das ernsthafte Interesse der Krauss-Maffei A.G. an einer dauerhaften Einschaltung in die Rüstungsproduktion, insbesondere in das Panzerprogramm.“¹⁵³³ Dr. Grabowski persönlich sollte die Aufsicht über das Gesamtprogramm führen. Als Aufsichtsratsvorsitzender von Krauss-Maffei und Vorstandsvorsitzender der Buderus'schen Eisenwerke A.G., die 19 Tochtergesellschaften hatte, wäre es laut Krauss-Maffei ohne Probleme möglich gewesen, im technischen wie auch kaufmännischen Bereich bei Bedarf auf deren Ressourcen zurückzugreifen.¹⁵³⁴

Als die Entscheidung unmittelbar bevorstand, wurde von Seiten des Ministeriums nochmals der Versuch unternommen, zu vermitteln. Darauf deutet eine Sitzung vom 18. Juni 1963, kurz vor der Vergabe des Generalunternehmerauftrages hin, an der Vertreter

1531 Ebd., S. 9f.

1532 Ebd., S. 13.

1533 Ebd., S. 14.

1534 Vgl. ebd., S. 11.

von Krauss-Maffei, Quandt, MaK und dem Ministerium teilnahmen. Dr. Beyer machte dabei den Vorschlag, dass ein Unternehmen den Generalunternehmerauftrag und die Endmontage bekommen könne, der andere den Reparaturauftrag Ichendorf und Reparaturen am Standard- und Bergepanzer. Quandt und Krauss-Maffei lehnten dies ab.¹⁵³⁵ „KM vertrat unter Hinweis auf die vorangegangenen Verhandlungen noch einmal den Standpunkt, daß KM in der Lage ist, das ganze Projekt zu bewältigen, daß aber durch eine Zusammenarbeit mit MAK, die ja früher vom Ministerium gewünscht wurde, gegebenenfalls ein noch besserer Effekt erzielt werden könne. [...] Der Vorstand KM nimmt wie folgt Stellung: Zu der neu aufgetauchten Grundsatzfrage der Zusammenarbeit mit Quandt ist der Vorstand KM negativ eingestellt, da Quandt 1. keinerlei Erfahrungen im Schwerfahrzeugbau hat, 2. nicht an der Vorserie beteiligt war 3. nicht über ein Ingenieur-Team verfügt, wie es die MAK z.B. zur Verfügung stellen kann.“¹⁵³⁶ Keine der Firmen wollte sich bewegen – der Vermittlungsversuch scheiterte. Kurz vor und nach der Auftragsvergabe war der KM-Aufsichtsratsvorsitzenden Grabowski sehr darauf bedacht, den Informationsfluss möglichst gering zu halten. Den Vorstand wies er an, nichts ohne ihn herauszugeben. „Ich bitte, unbedingt darauf zu achten, dass ohne meine Genehmigung bzw. ohne Abstimmung mit mir keinerlei Erklärungen an die Presse oder an sonstige Stellen über den Stand es Panzer-Auftrages gegeben werden dürfen. Hier ist strengste Diskretion erforderlich. [...] Sobald die endgültige Entscheidung gefallen ist, werden wir den Kreis derjenigen Mitarbeiter zu bestimmen haben, die zur Erledigung dieses Auftrages hinzugezogen werden. [...] In der bevorstehenden Hauptversammlung wollen wir auf entsprechende Anfragen über den Stand der Angelegenheit lediglich erklären, dass Krauss-Maffei sich neben einer Reihe anderer Gesellschaften um diesen Auftrag bzw. um die Montage bemüht habe, dass aber eine Entscheidung seitens des Bundesverteidigungsministeriums noch nicht getroffen worden ist.“¹⁵³⁷ Diese restriktive Informationspolitik bestätigte er nochmals Ende Juli gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Stamm.¹⁵³⁸

1535 Vgl. Bericht über eine Besprechung in Bonn anlässlich der Ausschreibung des Standardpanzers mittel am 18.06.1963 an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG Dr. Grabowski, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63, S. 1.

1536 Ebd., S. 2f.

1537 Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an den Vorstand der Krauss-Maffei AG bezüglich des Panzerauftrages vom 16.07.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

1538 Fernschreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an den Vorstand der Krauss-Maffei AG z.Hd. von Herrn Dr. Stamm vom 29.07.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Die immense Rolle von Dr. Knieper für Krauss-Maffei wird nicht zuletzt deutlich, als er Ende 1966 auf den Posten eines verbeamteten Staatssekretärs im Bundeskanzleramt wechselte. Dr. Pohle brachte in einem Fernschreiben an Grabowski sein Bedauern darüber zum Ausdruck. „wie ich soeben telefonisch hoere, hat trotz meiner gegenteiligen interventionen bei kiesinger und strauss das bundeskabinett soeben beschlossen, ministerialdirektor dr. knieper zum (beamteten) staatssekretär in der bundeskanzlei zu berufen. ich habe soeben mit herrn knieper darueber telefoniert. wir werden uns morgen oder uebermorgen treffen.“¹⁵³⁹ Dr. Knieper als auch die Industrie waren an einer adäquaten Nachbesetzung interessiert. „ich habe herrn knieper erneut gesagt, dass sein weggang aus dem bundesverteidigungsministerium be der gesamten deutschen industrie inbesondere der beschaffungsindustrie fuer den wehrmachtsbereich, ein ganz ausserordentliches bedauern ausgeloeet habe. mit ihm muesse jetzt sofort klar ueberlegt werden, wie die frage der nachfolge fuer ihn zu klaeren sei. herr knieper schlaegt dafuer den biserhigen ministerialdirektor in der haushaltsabteilung des bundesverteidigungsministeriums, herrn schiffers, vor. Er bat mich, darueber noch heute mit schroeder und in diesen tagen mit ihm (knieper) selbst zu sprechen.“¹⁵⁴⁰ Dr. Knieper war der Industrie sehr zugetan. Herr „knieper bemerkte, dass er auch fuer die deutsche industrie an der nahtstelle, an die er jetzt berufen sei, erhebliche arbeit leisten koenne. er koenne von dort aus ganz anderen einfluss auch auf den bundesfinanzminister wegen der entstandenen zahlungsstockungen und zahlungen nehmen.“¹⁵⁴¹ Pohle kündigte gleichzeitig an, „dass wir demnaechst das gesamte programm, bei dem uns herr dr. knieper helfen kann, durchsprechen werden.“¹⁵⁴²

Bereits kurz vor seinem Wechsel ins Kanzleramt fand ein Gespräch zwischen Dr. Pohle und Dr. Knieper über die Möglichkeiten von Krauss-Maffei im Rüstungsgeschäft statt. In der Notiz von Pohle für Friedrich Flick wird die immense Lobby für Krauss-Maffei in Bonn und der Einfluss des Flick-Imperiums in der Ministerialbürokratie deutlich. „Bei der besagten Unterhaltung hat Herr Dr. Knieper uns mitgeteilt (Herrn Dr. Wolf, KM, und mir) daß für 1967 Mittel für die nationale Weiterentwicklung (Kampfwertsteigerung LEOPARD, Fla-Panzer und Brückenleger) nicht zur Verfügung stünden. [...] Das BMVtdg empfiehlt uns trotzdem dringend, da eine eine Besserung

1539 Fernschreiben Nr. 1113 Gesellschafters der Friedrich Flick KG, Dr. Pohle, an den Generaldirektor Dr.-Ing. e.h. Franz Grabowski, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967.

1540 Ebd.

1541 Ebd.

1542 Ebd.

dieser Verhältnisse für 1967 nach Abschluß der Haushaltsüberlegungen durchaus möglich ist, die Entwicklungsarbeiten auf eigenes Risiko und auf eigene Kosten weiter zu betreiben und auch unsere Konsorten (Porsche und Wegmann) in diese Richtung zu beeinflussen. [...] Eine Entscheidung über die Priorität der Entwicklungsvorhaben und die vom BMVtdg gewünschte terminliche Folge ist von Herrn General Willikens zu erfahren. Mit ihm werden wir in Kürze zusammentreffen.“¹⁵⁴³

Der Wunsch des Ministeriums, den monatlichen Ausstoß an Kampfpanzern von 50 auf 40 zu reduzieren stieß auf massiven Widerstand.¹⁵⁴⁴ Dagegen „haben wir [...] scharf protestiert. [...] Inzwischen haben sich die Herren Dr. Franz-Josef Strauß ebenso wie Dr. Zimmermann in die Sache eingeschaltet. Beide haben bereits Vorstellungen bei Staatssekretär Gumbel und Ministerialdisrektor Dr. Knieper erhoben. [...] Ich selbst werde [...] mit Staatssekretär Grund und Ministerialdirigent Dr. Korff sprechen.“¹⁵⁴⁵

Sogar ein teilweiser oder gar kompletter Zahlungsstopp des Bundesfinanzministers stand wegen einer Lücke von 1,2 Milliarden DM im Raum, die Kabinett und Ressorts ausgegeben, das Parlament aber nicht genehmigt hatten.¹⁵⁴⁶ „Dr. Franz Josef Strauß [ist] auf die Sache angesprochen worden. Er wird in diesen Tagen von sich aus einen massiven Druck auf die Staatssekretäre Gumbel (Bundesverteidigungsministerium) und Grund (Bundesfinanzministerium) ausüben, um alle Folgen zu vermeiden, die sich künftig auf die Privatwirtschaft auswirken.“¹⁵⁴⁷

Aber nicht nur mit dem Ministerium hatte Krauss Maffei zu kämpfen. Nach Vergabe des Auftrages erreichten den Aufsichtsratsvorsitzenden beunruhigende Berichte. Wiederum wurden CSU-Politiker bemüht, um sich für das Unternehmen einzusetzen. „Im Hinblick auf die mir zugegangenen Informationen, dass die MAK sehr massiv auf der politischen Ebene in Bonn vorgeht, um uns mindestens 50 % der Generalunternehmerschaft und der Aufträge streitig zu machen, halte ich das Eingreifen der uns befreundeten politischen Stellen für dringend erforderlich. Ich schlage vor, dass Sie sich sofort mit Herrn Dr. Zimmermann in Verbindung setzen und ihn über die derzeitige Situation informieren. [...] Ausserdem würde ich empfehlen, auch Herrn Ministerpräsident Goppel zu unterrichten, damit auch er in Bonn anfragt, welche Bewandtnis es mit den Gerüchten

1543 Notiz von Dr. Wolfgang Pohle an Dr. Friedrich Flick vom 26.10.1966, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967, S. 1.

1544 Vgl., ebd.

1545 Ebd., S. 2.

1546 Vgl. Notiz von Dr. Wolfgang Pohle an Dr. Friedrich Flick vom 14.10.1966, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967, S. 2f.

1547 Ebd., S. 2.

hat. [...] Selbstverständlich müssen sie den Herren der bayerischen Regierung genaue Informationen geben, damit die Rückfragen in Bonn so gehalten sind, dass nicht etwa Porzellan zerschlagen wird.“¹⁵⁴⁸

Auch an den Verteidigungsminister wandte sich Grabowski. „Wir haben sowohl bereits bei den Vorverhandlungen als auch jetzt immer wieder betont, dass Krauss-Maffei als Generalunternehmer bereit ist, die MAK ebenso wie die notleidende Werftindustrie in besonderem Maße in das Standardpanzer-Programm einzubeziehen. [...] Eine Teilung der Endmontage scheint [...] für den Generalunternehmer nicht mehr zumutbar. Durch die geringe Beschäftigung würde sie aber auch nicht für die MAK Kiel oder einen anderen norddeutschen Betrieb die Lösung bringen, die gerade Ihnen, Herr Bundesminister, am Herzen liegt.“¹⁵⁴⁹

Grabowski malte die Gefahr aus, dass sich Produktion verzögerte und gab MaK die Schuld. „Entgegen der ursprünglichen Annahme hat sich in den letzten Monaten herausgestellt, dass die Technik des Standardpanzers keineswegs ausgereift ist. [...] Ich möchte bemerken, dass leider auch gerade die von der MaK Kiel bearbeiteten elektrischen Anlagen weitgehende Mängel hinsichtlich Betriebssicherheit, Einfachheit und Vereinheitlichung der Turmelektrik mit der Fahrwerkselektrik aufweisen, die zu beseitigen sind. [...] Wenn nicht in einer von uns angestrebten und organisatorisch bereits unterbauten ganz straffen Konzentration der technischen Arbeiten die Mängel zügig behoben werden können, treten mit Sicherheit grössere Terminverschiebungen ein.“¹⁵⁵⁰

Grabowski ging davon aus, dass die Probleme in den Griff zu bekommen wären, „aber nur bei örtlicher und personeller Zusammenfassung aller Kräfte. [...] Mit dem Vorhergesagten hängt das Problem der Endmontage eng zusammen. Ich verhehle nicht, dass wir durch die Mitteilungen und Anfragen des BWB, die eine Spaltung der Endmontage zum Gegenstand haben, äusserst beunruhigt sind. [...] Es hat sich gegenüber der ursprünglichen Annahme als ein grundlegender Irrtum herausgestellt, dass es möglich ist, nach einer kurzen Überarbeitung der Zeichnungen zum Zweck der Serienreife das Fahrzeug theoretisch an jedem beliebigen Ort zusammenbauen und voll

1548 Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an den Vorstand der Krauss-Maffei AG vom 06.12.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63, S. 1f.

1549 Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an Bundesverteidigungsminister von Hassel vom 06.12.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63, S. 3f.

1550 Ebd., S. 2.

funktionsfähig übergeben zu können.“¹⁵⁵¹ Um den Generalunternehmervertrag zu behalten war der Aufsichtsratsvorsitzende zu weitergehenden Zugeständnissen bereit. „Wir haben sowohl bereits bei den Vorverhandlungen als auch jetzt immer wieder betont, dass Krauss-Maffei als Generalunternehmer bereit ist, die MaK ebenso wie die notleidende Werftindustrie in besonderem Maße in das Standardpanzerprogramm einzubeziehen. [...] Alles muss getan werden, um „den arbeitenden Menschen in den Bundesrandgebieten Hamburg und Schleswig-Holstein langfristig Arbeitsplätze zu sichern. [...] Wir haben uns auch bereits dem BWB gegenüber bereit erklärt, über die bestehenden Ansprüche hinaus die MaK Kiel mit Arbeit zu versorgen.“¹⁵⁵²

Im März 1964 wandte sich Grabowski nochmal an den Minister, um eine Veränderung des Vertrages zu verhindern. „Auf Grund der großen Verantwortung, die ich sehe und trage, komme ich zu dem Ergebnis, daß ich Ihnen im Interesse der Sache dringend von einer Teilung der Endmontage abraten muß. [...] Gleichzeitig darf ich aber die Versicherung geben, daß ich mich persönlich darum kümmern werde, daß die MaK hinsichtlich Beschäftigung nicht nur ausgleichend, sondern wesentlich besser gestellt sein wird, als wenn sie einen Teil der Montage übernimmt.“¹⁵⁵³ Letztendlich konnte sich der Münchner Konzern durchsetzen und eine Teilung der Generalunternehmerschaft oder der Endmontage verhindern.

Während MaK Krauss-Maffei Teile des Auftrages streitig machte, wollte Fritz Aurel Goergen eine engere Kooperation der beiden Generalunternehmer für Kampf- und Schützenpanzer. „Nachdem nunmehr der Standard-Panzer-Auftrag an die Firma Krauss-Maffei erteilt worden ist, möchte ich auf mein Schreiben vom 28. Januar 1963 und Ihr Antwortschreiben vom 10. März 1963 zurückkommen und erneut anregen, ob nicht eine Koordinierung zwischen Generalunternehmern der beiden Panzer-Programme erfolgen sollte.“¹⁵⁵⁴ Obwohl sich das Ministerium zunächst aus Angst vor möglichen Preisabsprachen sträubte,¹⁵⁵⁵ nahm Krauss-Maffei diesen Gedanken auf, nachdem das Ministerium selbst seine Meinung änderte und um die Mithilfe der Firma bat.

„Wiederholte Anregungen maßgeblicher Stellen des Bundesverteidigungsministeriums und des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung sowie gleichlautende

1551 Ebd., S. 3.

1552 Ebd., S. 3f.

1553 Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an Bundesverteidigungsminister von Hassel vom 03.03.1964, BA-MA - BW 1 / 482143, S. 1.

1554 Schreiben von Fritz-Aurel Goergen an den Abteilungsleiter W im Bundesverteidigungsministerium, Dr. Knieper, bzgl. der Koordination Standard-Panzer und Schützen-Panzer Fertigung vom 05.08.1963, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

1555 Vgl. ebd.

Vorstellungen und Vorschläge seitens der Rheinischen Stahlwerke/Rheinstahl-Hanomag lassen es angezeigt erscheinen, daß sich die Krauss Maffei A.G. dafür entscheidet, künftig neben Management, Teilefertigung und Montage von Hauptkampfpanzern auch Entwicklungsaufgaben auf diesem Gebiet federführend - unter Einbeziehung bewährter und erfahrener anderer Firmen - zu übernehmen. [...] Wir haben uns entschlossen, zur Erhaltung der für die Beschäftigung des Werkes und seiner Zukunftssicherung wichtigen künftigen Fertigungs- und Montage-Aufträgen, derartige Entwicklungsaufgaben grundsätzlich nicht zurückzuweisen, sondern sie in das Tätigkeitsprogramm von KM mit einzubeziehen.“¹⁵⁵⁶

Dies tat Krauss-Maffei vor allem angesichts der Gewinnerwartungen ihrer Zivilsparte. „Wir gehen dabei von der Annahme aus, daß das derzeitige Zivilprogramm Lokomotivbau, Verfahrenstechnik, Kunststoffmaschinen, Gießerei und allgemeiner Maschinenbau zwar durchaus entwicklungsfähig ist und ertragsbringend gestaltet werden kann, jedoch auf Grund der ungünstigen Zukunftsaussichten des Lokomotivbaues ein weiteres tragendes Programm für KM auf lange Sicht gesehen, unbedingt geschaffen werden muß. [...] Das als Nachfolgeprogramm für den ausgelaufenen Omnibusbau begonnene Behördengeschäft in Panzerfahrzeugen bietet uns hierbei sehr günstige Voraussetzungen. Das Verhältnis zwischen der erzielbaren Beschäftigung, den Umsatz- und Ertrags-Chancen und dem erforderlichen Kapital- und Personaleinsatz ist erheblich günstiger als bei anderen denkbaren neuen Programmen.“¹⁵⁵⁷ Daher wollte der Vorstand vom Aufsichtsrat die Genehmigung „zur Übernahme von Pz-Entwicklungen“¹⁵⁵⁸. Daraus entstand eine eigene Sparte, die später von Dr. Beyer geleitet wurde.

Krauss-Maffei und MaK blieben weiterhin auf die staatlichen Aufträge angewiesen, gerade für die Zeit nach dem Auslaufen des LEOPARD 1 und des Bergepanzers. „Dann entsteht bei beiden Firmen nach heutiger Sicht eine Lücke, die beide Firmen selbstverständlich ausfüllen wollen. Hierüber werden wir mit MaK in den nächsten Monaten eingehend sprechen. Der MaK-Vorstand wird voraussichtlich in der ersten Oktoberwoche wieder in München sein.“¹⁵⁵⁹ Mittlerweile war Krauss-Maffei

1556 Schreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an den Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Grabowski bezüglich der Entwicklung von Kampfpanzern vom 18.04.1966, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63, S. 1.

1557 Ebd., S. 1f.

1558 Ebd., S. 2.

1559 Schreiben des Vorstandsmitgliedes Dr. Wolf an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, vom 13.09.1966, Bayerisches Wirtschaftsarchiv Historisches - Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63, S. 1.

unumstrittener Marktführer für den Kampfpanzerbau. „Die Herren von MaK haben uns ausdrücklich bestätigt, daß sie KM als führende Firma für schwere Panzer anerkennen u. zw. sowohl in der Produktion als auch der Entwicklung. Sie sind auch damit einverstanden, daß der Fla-Panzer von KM entwickelt wird und KM die Serie 07 managt. [...] MaK will eine angemessene Teilefertigung und Beschäftigung ihres kleinen Montagebestandes. Die beiderseitigen Beschäftigungsinteressen wird man nach dieser Grundsatzentscheidung von Krupp/MaK sicher vernünftig abstimmen können. Die alte Rivalität ist jedenfalls beendet.“¹⁵⁶⁰

Mit anderen Konzernen sollte eine engere Zusammenarbeit angestrebt werden, nachdem die großen Aufträge vergeben waren. „Interessant war, daß auch die Herren Dr. Gres und Siber vom Direktorium Krupp in Kiel waren. Die Herren unterhielten sich mit mir. Wir sind eingeladen, ein Grundsatzgespräch über die Beziehungen Krupp/KM in der ersten oder zweiten Oktoberwoche in Essen mit den Herren des Krupp-Direktoriums zu führen. [...] Die Herren von Rheinstahl-Hanomag Gebser, Schirp und Bevilaqua haben sich für den 23.9.66 in München angesagt, um ein Vorstandsgespräch Rheinstahl/KM vorzubereiten. Es geht um die Abgrenzung der Interessen im Programm 07 vor allem hinsichtlich der Fertigung, ferner um die Serienreifmachung dieses Fahrzeugs, die uns übertragen werden soll und um die Parallelschaltung des gemeinsamen Vorgehens im BMVtdg in der der sog. Nationalen Weiterentwicklung.“¹⁵⁶¹

Selbst einer der ehemals härtesten Konkurrenten, Quandt, war gesprächsbereit. „Ebenfalls in München angesagt hat sich für Anfang Oktober Herr Dr. Griebel, von Harald Quandt als Leiter für das gesamte Sonderfertigungsprogramm der Quandt-Gruppe eingesetzt.“¹⁵⁶² Der Vorstand von Blohm & Voss wurde ebenfalls in München erwartet. „Hier geht es um die Abstimmung der Produktionsinteressen im Bereich Prototyp 07 und der späteren Serie.“¹⁵⁶³

Insbesondere für die zivilen Bereich von Krauss-Maffei wurden die Rüstungsaufträge immer bedeutender. „Hier geht es also um ein sehr beachtliches Fertigungsvolumen bei den vorgesehenen 1200-1500 Fahrzeugeinheiten! Wir haben bei den Prototypen durchgesetzt, daß wir ein Turmgehäuse fertigen und wollen erreichen, daß wir wenigstens ein Drittel, möglichst aber die Hälfte der Turmgehäuse aus der Serie 07 erhalten. [...] Für unsere voraussichtlich Lokbau-unterbeschäftigte Schweißerei ist diese

1560 Ebd.

1561 Ebd., S. 2.

1562 Ebd.

1563 Ebd.

Sache langfristig von besonderer Bedeutung. [...] Damit wären die wesentlichen Voraussetzungen für die Sicherung unserer Interessen in der Weiterentwicklung und in der künftigen Serienfertigung für die Jahre 1970-1975 eingeleitet bzw. geschaffen, soweit heute eine derartig langfristige Planung überhaupt stattfinden kann.“¹⁵⁶⁴

Der Kampf um die Vergabe des Kampfpanzers wurde von Seiten der Unternehmen auf mehreren Ebenen geführt. Neben den Kriterien der Qualität, des qualifizierten Personals und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren es insbesondere zwei informelle Kanäle. Zum einen über den Firmen gewogene Politiker, zum anderen auf dem Weg des persönlichen Kontaktes einzelnen Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder und der Ministerialbürokratie oder dem Minister selbst. Krauss-Maffei und der Flick-Konzern konnten sich dabei durchsetzen.

V.5 Objektive Entscheidung? Der Prozess um die Auftragsvergabe im Bundesministerium der Verteidigung

Erstmalig beschäftigten sich Beamte des Verteidigungsministeriums 1957 mit dem Standardpanzerprojekt. Im Nachgang wandte sich der Vorsitzende des Ausschusses Öffentliches Auftragswesen des BDI, Oberbaurat Schmidt an den damaligen Leiter der Abteilung T im Bundesverteidigungsministerium, General Vorwald. „Nachdem bei der am 18.6.57 im Bundesverteidigungsministerium stattgefundenen Sitzung die Herren Oberst Schanze, Ministerialrat Dr. Lippold und Ministerialrat Baier über die für die Entwicklung eines 30 t-Panzers bestehenden Absichten des Bundesverteidigungsministeriums vorgetragen hatten, haben die anwesenden Firmen gebeten, ihnen eine kurze interne Besprechung zu ermöglichen.“¹⁵⁶⁵

Das Ministerium wollte das Projekt auf einer Zeitschiene vorantreiben, die die Unternehmen nicht einhalten konnten. „Im Auftrag der anwesenden Firmen habe ich zu verschiedenen Punkten der Ausführungen der vortragenden Herren Stellung genommen und mitgeteilt, dass die anwesenden Vertreter einer ganzen Reihe von Firmen sich ausserstande erklärt haben, sich ohne Rücksprache [...] zu den Vorschlägen [...] zu äussern.“¹⁵⁶⁶ Daher „wurde vereinbart, dass die Firmen am 28.6.57 vormittags in den

¹⁵⁶⁴ Ebd., S. 2f.

¹⁵⁶⁵ Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses „Öffentliches Auftragswesen“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Oberbaurat Schmidt, an den Leiter der Abteilung XII im Bundesministerium der Verteidigung, General Vorwald, bzgl. Der Standardpanzer-Entwicklung vom 04.07.1957, BA-MA - BW 1 / 1951, S. 1.

¹⁵⁶⁶ Ebd.

Räumen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zusammentreten, um Vorschläge zu erarbeiten, die geeignet sein sollten, das Projekt einer Panzerentwicklung so zweckmässig wie möglich voranzutreiben. [...] Unsere Einladung an die Herren Oberst Schanze, Ministerialrat Dr. Lippold und Ministerialrat Baier, an dem Nachmittag des gleichen Tages weitere Verhandlungen zu führen, wurde angenommen.“¹⁵⁶⁷

Am 28. Juni waren Vertreter aller Firmen anwesend.¹⁵⁶⁸ Bereits zu diesem Zeitpunkt kristallisierte sich heraus, dass nicht alle Unternehmen Interesse am Bau eines kompletten Kampfpanzers hatten. BMW, Daimler-Benz A.G., Klöckner-Humboldt-Deutz A.G. und MAN gaben gleich zu Beginn bekannt, dass sie „nicht beabsichtigen, sich mit der Entwicklung eines kompletten Panzers zu befassen. [...] Ihr Interesse gilt ausschliesslich der motorischen Ausrüstung.“¹⁵⁶⁹

Auch andere Firmen spezialisierten sich auf einzelne Bereiche. „Die Firmen Rheinmetall und Ruhrstahl bearbeiten die Konstruktion der Panzerkuppel unter Berücksichtigung des vom Bundesverteidigungsministerium ausgewählten Geschützes.“¹⁵⁷⁰ Der Kreis der Unternehmen, die sich für die Komplettentwicklung interessierten war dadurch sehr überschaubar. „Die Firmen Borgward GmbH., Hanomag AG., Henschel & Sohn, Lokomotivfabrik Jung, Ingenieurbüro Kniepkamp, Luther & Jordan, MAK Kiel, Dr. Ing. h.c. F. Porsche KG., als 8 Firmen, wünschen, das Gesamtprojekt zu bearbeiten.“¹⁵⁷¹

Die Firmen sahen sich aber vor großen Herausforderungen. „Die vom Bundesverteidigungsministerium gestellte Aufgabe, nach bekanntgegebenen Richtlinien einen Panzer zu entwickeln, der den im NATO-Bereich vorhandenen Panzern in jeder Hinsicht überlegen sein soll, ist sehr schwierig und kostspielig, zumal Entwürfe verlangt werden, die so fundiert sind, dass sie detaillierreif sind.“¹⁵⁷²

Schmidt äußerte sich auch skeptisch über die Kapazitäten des Ministeriums und schlug die später verwirklichte Idee von Arbeitsgemeinschaften vor. „Nach meiner Auffassung ist es gänzlich unmöglich, dass die zuständige Entwicklungsabteilung des Bundesverteidigungsministeriums personell der so zu erwartenden Inanspruchnahme gewachsen sein wird. [...] Ich habe deshalb den 8 Firmen bzw. Ingenieurbüros vorgeschlagen, höchstens drei, besser zwei Arbeitsgemeinschaften zu bilden, innerhalb

1567 Ebd.

1568 Vgl. ebd.

1569 Ebd., S. 2.

1570 Ebd.

1571 Ebd.

1572 Ebd.

derer je eine Firma die Federführung zu übernehmen [...] hätte. [...] Ich darf wohl annehmen, dass das Bundesverteidigungsministerium die Gründung solcher Arbeitsgemeinschaften begrüßen wird. Die Aussichten, auf diesem Weg zu ausführungsfähigen Entwürfen zu kommen, scheinen mir günstig, abgesehen von der damit verbundenen geringeren Belastung des Entwicklungsreferats.“¹⁵⁷³

Bis auf Borgward beteiligten sich alle Unternehmen an einer der beiden Arbeitsgemeinschaften.¹⁵⁷⁴ Schmidt schloss seinen Brief an das Ministerium mit der Versicherung, dass sich alle der Bedeutung des Projektes bewusst seien. „Es ist selbstverständlich, dass alle Firmen die Verpflichtung empfinden, dem Bundesverteidigungsministerium bei der hier gestellten Aufgabe mit ihrer gesamten technischen Potenz zur Verfügung zu stehen.“¹⁵⁷⁵

Im Vorfeld der Entscheidung über die Auftragsvergabe wurde das Ministerium anders als bei der Entwicklung von sich aus bei der Suche nach geeigneten Kandidaten aktiv. Abteilungsleiter T Dr. Fischer nahm sehr früh Kontakt zur ihm bestens bekannten Werftindustrie auf, wie er Dr. Knieper in einem Schreiben mitteilte.

Von Anfang favorisierte er seinen eigenen ehemaligen Industriezweig. „Entsprechend unserer Verabredung habe ich am 30.4.1962 gelegentlich [...] mit den Herren Direktoren Schecker und Direktor Röhrs von Howaldt Hamburg über die Möglichkeiten des Baues von Standardpanzern bei Howaldt Hamburg gesprochen. Im besonderen war zu prüfen, ob Howaldt Hamburg bereit und in der Lage ist, die Endmontage von Standardpanzern durchzuführen und damit dem BMVtdg gegenüber als Generalunternehmer aufzutreten. [...] Als vorläufiges Ergebnis der Besprechung konnte ich feststellen, daß Howaldt Hamburg grundsätzlich bereit sein wird, als Generalunternehmer für die Produktion von Standardpanzern aufzutreten. Ich gebe Ihnen diese Benachrichtigung vorweg, damit wir uns in unserem weiteren Verhalten hinsichtlich Vergabe der Produktion Standardpanzer aufeinander abstimmen können.“¹⁵⁷⁶

Dr. Knieper wiederum brachte gegenüber Verteidigungsminister Strauß seine Einschätzung zum Ausdruck, dass für ein Programm dieses Umfanges wie bereits bei der Entwicklung die staatlichen Kapazitäten zu gering waren und er einen

1573 Ebd., S. 3.

1574 Vgl. ebd.

1575 Ebd., S. 4.

1576 Schreiben des Abteilungsleiters T MinDir Dr.-Ing. Fischer an den Abteilungsleiter W im Bundesverteidigungsministerium, MinDir Dr. Knieper, bezgl. eines Generalunternehmers für den Bau von Standardpanzern vom 02.05.1962, BA-MA - BW 1 / 478303, S. 1.

Generalunternehmer vorschläge. Die Entwicklungsfirmen kämen dabei jedoch nicht in Frage. „Unabhängig von der Modellentscheidung über den Standardpanzer wird der wesentliche Teil der Produktion für den Bundeswehrbedarf in der Bundesrepublik abgewickelt werden. Der Umfang des Kampfpanzerprogramms, die Schwierigkeit der Koordinierung der Produktionsvorgänge, die Beurteilung des Einflusses technischer Änderungen am Produktionsgegenstand auf den Zeitablauf der Fertigung und auf die Kostengestaltung, die Beherrschung des differenzierten Wirtschaftsapparates einer so vielschichtigen Produktion können behördlicherseits schwerlich gemeistert werden. Erfahrungen mit anderen Großprojekten zeigen, daß vor allem im BWB die personellen Voraussetzungen für ein solches mit erheblichen Risiken verbundenes Management nicht ausreichen. [...] Es läge nahe, eine der drei Entwicklungsfirmen zum Generalunternehmer zu bestellen, da sie mit dem Fertigungsgegenstand bereits weitgehend vertraut sind. Bei ihnen besteht jedoch durchweg ein Mißverhältnis zwischen wirtschaftlicher Potenz und dem zu erwartenden Auftragsvolumen.“¹⁵⁷⁷

Im weiteren ging er auf die einzelnen Firmen ein. „Luther & Jordan in der Panzerreparatur sind nur bedingt für die Panzerproduktion anwendbar. Wegen einer laufenden Untersuchung nach der Verordnung vom 6.1.1961 (VMBI. S. 360) ist Herr Jordan zudem aus persönlichen Gründen nicht geeignet.“¹⁵⁷⁸ Er war in einen Finanzskandal seiner Firma verwickelt. Auch Jung & Jungenthal kamen für Dr. Knieper nicht in Frage. Sie war eine „Familien-GmbH von geringer Finanzkraft, die vorwiegend Lokomotiven und Werkzeugmaschinen herstellt.“¹⁵⁷⁹ Als dritte Firma war die Hugo Stinnes gehörende MaK im Gespräch. Auch wenn „MAK im Kreis der drei Entwicklungsfirmen wirtschaftlich und fertigungstechnisch eindeutig an der Spitze liegt [...] steht [...] ihr [...] der Apparat für die Gesamtleitung des Kampfpanzerprogramms [nicht] zur Verfügung.“¹⁵⁸⁰

Hanomag und Henschel waren mit dem Auftrag für den Schützenpanzer bzw. den Jagdpanzer vollauf beschäftigt und fielen damit aus.¹⁵⁸¹ Bei anderen Unternehmen sah es auch nicht gut aus. „Die übrigen Kraftfahrzeugfirmen sind kapazitätsmäßig soweit ausgelastet, daß die Unterbringung des Standardpanzerauftrages nicht ohne wesentliche

1577 Schreiben des Abteilungsleiters W im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr. Knieper, an Minister Franz Josef Strauß vom 26.06.1962 bezgl. Fertigung Standardpanzer, BA-MA - BW 1 / 478303, S. 1.

1578 Ebd., S. 4.

1579 Ebd.

1580 Ebd.

1581 Vgl. ebd., S. 5f.

Investitionen möglich wäre. Dies trifft auch auf die KHD zu, wo die durch Auslauf des Hotchkiss-Auftrags freigewordenen Kapazitäten nicht ausreichen, um die Fertigung des amphibischen Brückenfahrzeugs zu bewältigen.“¹⁵⁸²

Nur eine Gruppe kam laut Knieper von den Voraussetzungen in Frage. „Lediglich die Büssing AG, Braunschweig, bietet personell und materiell die erforderlichen Voraussetzungen. Nicht zuletzt im Hinblick auf die vitale Persönlichkeit des Firmenleiters [...] darf um Ermächtigung gebeten werden, die mit der Brüßing AG aufgenommenen Verhandlungen fortzusetzen, ihr das Management für die Standardpanzerproduktion zu übertragen.“¹⁵⁸³

Zusätzlich brachte er noch die Schiffsindustrie in Gestalt der Howaldtwerke Hamburg ins Gespräch, die Fischer favorisierte. „Schiffswerften bieten sich deshalb an, weil für die nächsten Jahre aller Voraussicht nach in der Werftindustrie ein so großer Auftragsmangel bestehen wird, daß nur dort freiwerdende Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.“¹⁵⁸⁴ Von Krauss-Maffei war Mitte des Jahres 1962 noch keine Rede.

In einem internen Bericht der Abteilung W zum Besuch des Howaldt-Direktors Schecker im Ministerium wird auf die Lage der Schiffsindustrie nochmals Bezug genommen. Dabei treten auch die Spannungen zwischen den Abteilungen T und W zu Tage. „Es ist zu erwarten, daß Direktor Schecker das Schwergewicht seiner Rücksprache auf folgende Themen zu legen beabsichtigt: Howaldtwerke Einstieg beim Standardpanzerprogramm und Vergabe Bauauftrag U-Boote 13-20. [...] Es haben mehrfach Besprechungen zwischen ihm und Herrn AL T stattgefunden, über deren Inhalt Einzelheiten nicht bekannt sind. Die Erwartungen Scheckers sollen jedenfalls so weit gehen, daß die Howaldtwerke Hamburg mit der Generalunternehmerfunktion betraut werden könnten. Ob und inwieweit mündliche Aussagen von Herrn AL T hierzu Veranlassung geben konnten, kann nicht beurteilt werden.“¹⁵⁸⁵

Zwar wurde zwischen den beiden Abteilungsleitern davon gesprochen, die Werftindustrie am Panzerprogramm zu beteiligen. Aber von einer Generalunternehmerschaft habe Knieper gegenüber Fischer nie gesprochen. „Der Generalunternehmer eines solchen Auftrages muß über Erfahrungen in der Serienproduktion möglichst von

1582 Ebd., S. 6.

1583 Ebd., S. 6f.

1584 Ebd., S. 8.

1585 Schreiben des Referates W III 4 an den Abteilungsleiter W, MinDir Dr. Knieper, bezgl. des Besuches von Direktor Schecker (Howaldtwerke Hamburg) beim Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium am 11.07.1962 vom 09.07.1962, BA-MA - BW 1 / 478303, S. 1f.

Kraftfahrzeugen verfügen.“¹⁵⁸⁶ Auch Dr. Kniepers ursprünglicher Favorit, die Büssing AG, kam mittlerweile nicht mehr als Generalunternehmer in Betracht. „Durch die bei der Büssing-AG eingetretene personelle Änderung und durch die in Vorbereitung befindliche Verschiebung in den Beteiligungen am Aktienkapital ist ein Schwebenzustand entstanden, der die Fortführung der begonnenen Verhandlungen über die Erteilung des Gesamtauftrages ‚Standard-Pz‘ zur Zeit nicht gestattet. [...] Der Ehrenvorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Egger-Büssing sen., ist im Juni verstorben. Er vertrat 60 % des im Familienbesitz befindlichen Aktienkapitals. Über die gemeinschaftliche Vertretung dieses Aktienkapitals ist eine Regelung bisher nicht getroffen. Der Vorsitz des Vorstandes, Dipl.Ing. Bertsch, ist mit Wirkung vom 4.7.1962 aus dem Unternehmen ausgeschieden und durch den Vorsitz des Vorstandes der Linke-Hoffmann AG (Tochter der Salzgitter-AG) ersetzt worden.“¹⁵⁸⁷ Die Salzgitter-AG hatte großes Interesse an der Büssing-AG. Sie wollte 50 Prozent des Aktienkapitals erwerben, wozu die Genehmigung durch den Staat nötig gewesen wäre. Aber „eine vernünftige Begründung für eine Beteiligung der Salzgitter-AG an dem Kfz-Unternehmen Büssing läßt sich schwerlich finden.“¹⁵⁸⁸

Das Ministerium ging davon aus, dass der Panzer-Auftrag für das Interesse nicht unerheblich war. Die Salzgitter-AG war davon scheinbar informiert. „Es sprechen einige Anzeichen dafür, daß der mit Büssing in erster Fühlungnahme verhandelte Standard-Pz-Auftrag in den Verhandlungen mit Salzgitter eine entscheidende Rolle gespielt hat. Dabei hat offensichtlich keine Klarheit darüber bestanden, daß das BMVtdg bezüglich der Stahllieferungen bereits an Phoenix-Rheinrohr (Konkurrenz zu Salzgitter) und bezüglich der Wannenschweissung an Bloom & Voss (Konkurrenz zu Howaldt im Salzgitter-Konzern) gebunden ist.“¹⁵⁸⁹

Aufgrund der unklaren Lage nahm die Haushaltsabteilung Abstand von der Idee, die Büssing-AG mit dem Generalunternehmerauftrag zu betrauen. „Stützungs- bzw. Sanierungsabsichten seien eine denkbar schlechte Grundlage für ein Vorhaben vom Range der Standard-Pz-Fertigung.“¹⁵⁹⁰ Scheinbar existierte sogar eine Vorlage der Wirtschaftsabteilung, der Büssing-AG den Auftrag zu übertragen. Dr. Beyer schrieb in

1586 Ebd., S. 2.

1587 Schreiben des Referatsleiters W III 3 MinR Dr. Beyer an den Abteilungsleiter W, MinDir Dr. Knieper, bzgl. der Fertigung des Standardpanzers bei einem mögl. Generalunternehmer Büssing vom 17.07.1962, BA-MA - BW 1 / 478303, S. 1.

1588 Ebd., S. 2.

1589 Ebd., S. 3.

1590 Ebd.

dieser Angelegenheit an seinen Unterabteilungsleiter Ministerialdirigent Frahm: „Mit obiger Vorlage wurde Herr Minister gebeten, der Auswahl der Büssing AG als Generalunternehmer für den Standardpanzer zuzustimmen. Herr Minister hat seine Entscheidung von einer Besprechung abhängig gemacht. Zwischenzeitlich haben sich bei der Büssing AG solche strukturelle Verschiebungen ergeben, daß der Vorschlag vom 26.6.1962 ohne Überprüfung der von einem Generalunternehmer einzubringenden Voraussetzungen nicht aufrechterhalten werden kann. [...] Während bei der bisherigen Konstellation seitens der Büssing AG wegen der in vollem Fluß befindlichen Gesundungsaktion auf dem Gebiet der Lkw- und Omnibus-Fertigung eher Zurückhaltung gegenüber dem Generalunternehmerprojekt zu verzeichnen war, hat mit dem Übergang des Vorsitzeposten im AK und im Vorstand auf Salzgitter bzw. die Tochtergesellschaft Linke-Hoffmann geradezu ein Run auf das BMVtdg um den Panzerauftrag eingesetzt. [...] Diese Aktivität läßt die Vermutung entstehen als ob Büssing für Salzgitter nur über den Panzerauftrag attraktiv wäre und gibt Veranlassung zu besonderer Vorsicht. Es sollte zumindest so lange keine Entscheidung für Büssing getroffen werden, als nicht feststeht, daß sich dieses Unternehmen auch ohne den Panzerauftrag auf dem Markt behaupten kann.“¹⁵⁹¹

Dr. Beyer vertrat in diesem Punkt eine eindeutige Haltung. „Es erscheint nicht angängig, daß der Panzerauftrag Gegenstand der Geschäftspolitik der Industrie wird. Vorsorglich wurde daher nach einer Alternativlösung gesucht.“¹⁵⁹² Sie hieß Krauss-Maffei. „Die Krauss-Maffei AG in München gehört über die Buderus AG zum Interessensbereich von Flick. Sie beschäftigt vorwiegend einschichtig 5.000 Arbeitskräfte. Der Jahresumsatz beträgt 150 Mill. DM, das AK 13 Mill. DM, Bilanzsumme 99,5 Mill. DM. [...] Der Omnibusbau wird fallengelassen und läuft mit Unterlieferaufträgen an Büssing aus.“¹⁵⁹³

Der Referatsleiter hob die Vorteile von Krauss-Maffei sehr deutlich hervor. „Bei Krauss-Maffei handelt es sich um ein vom Vorsitz des Vorstandes Dipl.Ing. Dr. Stamm energisch geführtes Unternehmen mit einer guten mittleren Führungsschicht. [...] Aus dem ehemals umfangreicheren Lokomotivbau ist Gebäude- und Anlagekapazität frei bzw. leicht frei zu machen, zumal etwa 10 % des Umsatzes auf Fremdfertigung entfallen. Ausreichende Krananlagen stehen zur Verfügung, so daß keine nennenswerten

1591 Schreiben des Referatsleiters W III 3 im Bundesministerium der Verteidigung, MinR Dr. Beyer, an den Unterabteilungsleiter W III bzgl. einer alternativen Generalunternehmerschaft Standardpanzer vom 20.08.1962, BA-MA - BW 1 / 478303, S. 1f.

1592 Ebd., S. 2.

1593 Ebd.

allgemeine (sic!) Investitionen erforderlich würden.“¹⁵⁹⁴ Neben den genannten Aspekten spielten wohl auch die Erfahrungen im Militärfahrzeugbau und das vorhandene Personal eine Rolle. „Die betonte Ausrichtung auf Einzel- und Kleinserienfertigung wird bei Krauss-Maffei durch Kriegserfahrungen im Halbkettenfahrzeugbau ergänzt. Außerdem stand für das Panzerprogramm das aus dem Omnibus-Serienbau freiwerdende Personal zur Verfügung.“¹⁵⁹⁵

Auch die Einbindung in den Flick-Konzern erschien von Vorteil zu sein. „Der festgefügte Firmenverband, in dem Krauss-Maffei steht, verhindert, daß der Generalunternehmerauftrag zum Gegenstand geschäftspolitischen Tauziehens wird, so daß Störungen von dieser Seite nicht zu erwarten sind. Diese Gewißheit spricht angesichts des hektischen Bemühens von Salzgitter/Büssing für eine Entscheidung zugunsten von Krauss-Maffei. [...] Die bei Krauss-Maffei verfügbare Guß-, Schmiede- und Bearbeitungskapazität bringt über die Montage hinaus neue Konkurrenz-Gesichtspunkte in den Fertigungsablauf ein.“¹⁵⁹⁶

Im September 1962 gab das Ministerium dem BWB gekannt, dass noch drei Unternehmen ernsthaft in Betracht gezogen würden. MaK, Krauss-Maffei und die Quandt-Gruppe.¹⁵⁹⁷ Die spätere Konstellation mit Quandt auf der einen und Krauss-Maffei bzw. MaK auf der anderen Seite schien sich hier bereits abzuzeichnen. „Die bei einem Besuch von MinRat Dr. Beyer (W III 3) in München und einem Gegenbesuch der Firma bei Min Dirig Frahm (W III) aufgenommenen Verhandlungen sind fortzusetzen. [...] Die in Gegenwart von ORR Bode / BWB – K B II 5 – bei Min Dirig Frahm (W III) mit Herrn Quandt eingeleiteten Verhandlungen sind fortzusetzen. [...] Im Falle der mangelnden Eignung von MaK als Generalunternehmer ist auf eine Bereitschaft zur engen Zusammenarbeit mit dem endgültig auszuwählenden Generalunternehmer hinzuarbeiten.“¹⁵⁹⁸ Weitere Verhandlungen mit Interessenten waren nur nach Absprache mit dem Abteilungsleiter W aufzunehmen. „Die Verhandlungen mit weiteren Firmen, die nach dortiger Ansicht als Generalunternehmer geeignet sein könnten, sind nur nach

1594 Ebd., S. 2f.

1595 Ebd., S. 3.

1596 Ebd., S. 3. Zur Überprüfung der Produktion des Kampfpanzers wollte Dr. Beyer zusätzlich mit Dipl.-Ing. Severin Bartsch einen erfahrenen Ingenieur engagieren. Vgl. Schreiben von Dipl.-Ing. Severin Bartsch an den MinR Dr. Beyer im Bundesministeriums der Verteidigung vom 21.08.1962, BA-MA - BW 1 / 478303, S. 1.

1597 Vgl. Schreiben der Referate W III 3 und T III 2 des Bundesministeriums der Verteidigung an das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz bezgl. Generalunternehmerschaft für den Kampfpanzer mittel vom 11.09.1962, BA-MA - BW 1 / 4387, S. 2.

1598 Ebd.

vorheriger Abstimmung mit mir aufzunehmen.“¹⁵⁹⁹

Während die Suche nach einem Generalunternehmer für den Kampfpanzerauftrag nicht einfach war, gestaltete sie sich beim Kanonenjagdpanzer wesentlich einfacher. Da Henschel und Hanomag als einzige Firmen das Interesse, die Erfahrung und die Kapazitäten hatten sowie alle anderen Voraussetzungen erfüllten, wurden die Verhandlungen sehr zügig geführt.

Am 8. Oktober 1962 erging eine Order des Ministeriums an das BWB. „Bevor eine Beschaffungsanweisung ergeht, sind mit den als Auftragnehmer in Betracht kommenden Firmen Verhandlungen über die Prod. Organisation, die Kosten hierfür und den Preis für das Fahrzeug [...] aufzunehmen. Im Interesse der Einheitlichkeit der Ausstattung der Verbände wird Wert darauf gelegt, daß einem [...] wirtschaftlich potenten Unternehmen ein Gesamtauftrag über die Fahrzeuge der Spz-Familie erteilt wird. In Sinne dieser Forderung sind beide in der Entwicklung des Jagd-Pz Kanone beteiligten Firmen, und zwar die Rheinstahl-Hanomag AG in Hannover und die Henschel AG in Kassel, gleichermaßen in Ihre Erhebungen einzubeziehen.“¹⁶⁰⁰

Bereits zum Jahresende 1962 konnte im Rahmen einer Besprechung zwischen Ministerium und den beiden Firmen das Ergebnis der Suche nach einem Generalunternehmen präsentiert werden. „In mehreren getrennt geführten Vorbesprechungen wurde Einigkeit darüber erzielt, daß beide Firmen etwa zu gleichen Teilen an der Produktion beteiligt werden sollten und daß wegen der vom Auftraggeber geforderten horizontalen Produktionsaufteilung und der dadurch bedingten gegenseitigen Abhängigkeit der Firmen die getrennte Angebotsvorlage nicht sinnvoll sei. Die Rheinstahl-Hanomag AG und die Henschel AG bilden für die Produktion des Jagdpanzers, Kanone und seiner Nachfolgevarianten aus der Reihe der SPz (neu) eine GmbH, die dem Auftraggeber gegenüber die volle technische und wirtschaftliche Verantwortung übernimmt. [...] Die beiden Gesellschafter benennen Anfang Januar 1963 dem BWB-KB die mit allen erforderlichen Vollmachten ausgestatteten Persönlichkeiten, die in der schnellstens zu gründenden GmbH mit der Durchführung des Produktionsauftrages betraut werden sollen.“¹⁶⁰¹

1599 Ebd.

1600 Schreiben der Referate W III 3 und T III 2 des Bundesministeriums der Verteidigung an das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung KB II bzgl. eines Generalunternehmers Schützenpanzer neu / Jagdpanzer Kanone vom 08.10.1962, BA-MA - BW 1 / 67186, S. 1.

1601 Ergebnisprotokoll des Referates W III 3 des Bundesministeriums der Verteidigung bzgl. Der Besprechung mit der Rheinstahl AG und der Henschel AG über die Generalunternehmerschaft SPz neu vom 20. Dezember 1962, BA-MA - BW 1 / 67186, S. 1-3.

Zeitlich ging der Kampf um den Standardpanzer-Auftrag in die entscheidende Phase. Ein Vermerk der Wirtschaftsabteilung aus dem März 1963 hielt eine Besprechung zwischen dem Ministerium und Harald Quandt fest. Die Planungen von Quandt wurden von Fischers Abteilung Technik eingehend begutachtet. Er wollte die Schlieker-Werft in Hamburg übernehmen.¹⁶⁰² „Die vorgelegten Planungsentwürfe, die anhand von Fabrikationsskizzen erörtert wurden, wurden von Abteilung T für technisch einwandfrei befunden“¹⁶⁰³. Quandt zeigte sich darüber hinaus im Bereich Personal zuversichtlich. „Für die mittlere Führungsschicht und die leitenden produktiven Arbeitskräfte stehe ihm in der Still-AG/Hamburg eine leistungsfähige Reserve zur Verfügung. Außerdem könne er innerhalb der gesamten Quandt-Gruppe auf ein Reservoir von 70.000 Arbeitskräften zurückgreifen.“¹⁶⁰⁴

Er bot auch wie Krauss-Maffei an, MAK zu beteiligen. „Herr Quandt erklärte sich bereit, im Fall einer Übernahme des Managements in die Verpflichtungen des Bundes gegenüber den Entwicklungsfirmen [...] einzutreten und darüber hinaus insbesondere die Gruppe Hugo Stinnes (persönlich) die Möglichkeit einzuräumen, sich mit weiteren Unterlieferungen am Programm zu beteiligen.“¹⁶⁰⁵ Wie aus den Akten ersichtlich ist und bereits erwähnt wurde, lehnte MaK dieses Ansinnen später ab.

Dr. Fischer kam zu dem Schluss, dass der „Vorschlag von Herrn Quandt [...] technisch und wirtschaftlich annehmbar“¹⁶⁰⁶ erschien. Im Vermerk findet sich der interessante Hinweis, dass er und Dr. Knieper einen Favoriten für die Generalunternehmerschaft hätten. „Er habe sich für diesen Fall mit Herrn AL W abgestimmt, die Quandt-Gruppe dem Herrn Minister als Generalunternehmer vorzuschlagen.“¹⁶⁰⁷ Fischer führte vor allem die Situation der Werftindustrie ins Feld. „Dem Anliegen der Werft-Industrie eine neue Ausrichtung zu geben, werde durch die Quandt-Lösung Rechnung getragen. [...] In diesem Sinn sei die von Quandt erstrebte Zusammenarbeit mit der benachbarten Werft Blohm & Voß geradezu ideal.“¹⁶⁰⁸

Fischer drängte zur Eile. „Die Abteilungen W und T werden bemüht sein, innerhalb von 14 Tagen von Herrn Minister von Hassel eine Entscheidung zu erhalten, um Herrn Quandt [...] die erforderlichen Sicherheiten [bezüglich der Schlieker-Anlagen] zu

1602 Vgl. Vermerk des Referates W III 3 des Bundesministeriums der Verteidigung über eine Besprechung mit Harald Quandt am 08.03.1963 vom 09.03.1963, BA-MA - BW 1 / 478305, S. 1.

1603 Ebd., S. 2.

1604 Ebd.

1605 Ebd.

1606 Ebd.

1607 Ebd., S. 3.

1608 Ebd.

geben.“¹⁶⁰⁹ Er war sich andererseits bewusst, dass es andere Strömungen in Politik und Verwaltung gab. „Auf die mit jeder Entscheidung verbundenen und bis in die höchsten Stellen von Bund und Ländern reichenden gegenläufigen Bestrebungen müsse besonders hingewiesen werden.“¹⁶¹⁰

Das Referat T III 2 schlüsselte für seinen Abteilungsleiter Dr. Fischer am 19. März 1963 aus seiner Sicht nochmals Vor- und Nachteile der einzelnen Bewerber auf. Sieben Firmen haben sich im Laufe der Zeit beworben. MaK Kiel, Büssing AG Braunschweig, Krauss-Maffei, Quandt-Gruppe, Luther & Jordan Braunschweig, Henschel-Werke AG Kassel, Rheinstahl-Hanomag AG Hannover.¹⁶¹¹ „Von diesen Firmen schieden Rheinstahl-Hanomag und Henschel aus, weil ihnen der Auftrag für die SPz-Fertigung in Aussicht gestellt wurde.“¹⁶¹² Büssing und Luther & Jordan schieden ebenfalls aus verschiedenen Gründen aus.¹⁶¹³

Bei den übrigen drei Bewerbern legte das Referat Vor- und Nachteile offen. MaK hatte eine gewisse Erfahrung aus Entwicklung und Prototypenbau, bei der Serienfertigung von Großfahrzeugen und ein weites Portfolio, falls Unterlieferanten ausfallen würden. Nachteile waren die Verschachtelung der Fabrikationsstätten was eine Geheimhaltung schwierig machte, die Halle für Montage schien nicht groß genug zu sein. Hüge Stinnes war dem Referat zu sehr marktwirtschaftlich ausgerichtet, gute Angestellte verließen das Unternehmen.¹⁶¹⁴

Quandt wurde „bestes Management in der Person des Herrn Konsul Harald Quandt“¹⁶¹⁵ bescheinigt. Das Schlieker Gelände neben Blohm und Voss lag günstig. Die Geheimhaltung konnte gewährleistet werden, weil die Hallen nur für den Panzerbau verwendet wurden. Ein Export war durch den Hafen so gut möglich wie bei MaK und ebenso wie bei MaK bestand für die Anwohnern wenig Lärmbelastung. Als Nachteil wurden „fehlende Erfahrungen im Panzerbau, die nicht zu gering eingeschätzt werden“¹⁶¹⁶ durften in Felde geführt. „Herr Quandt neigt [außerdem] zu sehr dazu, das Kampfmittel Panzer mit einem Vielzweckfahrzeug zu vergleichen.“¹⁶¹⁷ Auch eine längere Dauer nach Produktionsbeginn war einzukalkulieren, das das Personal keine

1609 Ebd.

1610 Ebd.

1611 Vgl. Schreiben des Referates T III 2 an den Abteilungsleiter T im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr.-Ing. Fischer, vom 19.03.1963, BA-MA - BW 1 / 478305, S. 1.

1612 Ebd.

1613 Vgl. ebd., S. 2.

1614 Vgl. ebd., S. 2f.

1615 Ebd., S. 4.

1616 Ebd.

1617 Ebd.

Erfahrung hatte.¹⁶¹⁸ Krauss-Maffei verfügte über den Vorteil, dass das Unternehmen ein breites Portfolio an Fabrikationsprodukten anbieten konnte. Die Firma hatte eine „sehr gute technische Leitung mit ausreichendem Führungspersonal zur Übernahme von Großaufträgen“¹⁶¹⁹, Erfahrung im Großfahrzeugbau durch die Lokomotivenproduktion, die Geheimhaltung war durch übersichtliche Werksanordnung gut möglich, die Fertigungsstätten waren sofort verfügbar, Güteprüf- und Einfahrgelände vorhanden. Als Nachteile wurden die „fehlende Erfahrung im Panzerbau und deshalb längere Einarbeitungszeit des Personals“¹⁶²⁰, die Neuentwicklung von Vorrichtungen, die weite Entfernung von Erprobungsstätten und bisherigen Entwicklern, und die fehlende „Möglichkeit, Funktionsschießen in der Nähe durchzuführen“¹⁶²¹ aufgezeigt.

Die bereits erwähnte unklare finanzielle Situation bei Hugel Stinnes fand seinen Widerhall in einem internen Schreiben an Referatsleiter W III 3 Dr. Beyer. Darin hieß es, dass „verschiedene Stellen [...] angesetzt worden [sind], um über die Stinnes-Gesellschaften [...] Erkundigungen einzuziehen.“¹⁶²² Über den Mutterkonzern der MaK, Atlas, wurde folgendes festgehalten: „Die Bilanzstruktur erscheint nicht sehr günstig, wie aus der Spalte ‚Bilanzrelationen‘ ersichtlich. So hat sich das Verhältnis Eigenkapital zum Anlagevermögen von 1958 bis 1961 von 89 % auf 49 % verschlechtert; das Fremdkapital zum Eigenkapital macht 462 % aus. Eine weitere Verschlechterung soll 1962/63 eingetreten sein. [...] Diese Holdinggesellschaft – für sich betrachtet – dürfte also kaum die Sicherheit dafür bieten, einen so umfangreichen Auftrag bei ihrer Tochter zu platzieren.“¹⁶²³

Ein Vorstandsmitglied der Commerzbank gab vertrauliche Informationen an das Ministerium weiter. „Die gegebenen vertraulichen Auskünfte lauteten, daß sämtliche drei Großbanken Stinnes Kredite verweigert hätten.“¹⁶²⁴ Für weitere Informationen sollte sich Dr. Beyer an die Bundesbank wenden.¹⁶²⁵ Damit war auch MaK Kiel als Generalunternehmer so gut wie aus dem Rennen. Übrig blieben die Quandt-Gruppe und Krauss-Maffei. In einer gemeinsamen Mitteilung vom 25. März 1963 bezüglich der Auftragsvergabe wandten sich die beiden Abteilungsleiter Dr. Knieper und Dr. Fischer

1618 Vgl. ebd.

1619 Ebd., S. 5.

1620 Ebd.

1621 Ebd.

1622 Schreiben an den Referatsleiter W III 3 im Bundesministerium der Verteidigung, MinR Dr. Beyer, vom 21.03.1963, BA-MA - BW 1 / 478305, S. 1.

1623 Ebd., S. 1f.

1624 Ebd., S. 2.

1625 Vgl. ebd., S. 3.

an den Minister und kamen zusammenfassend zu dem Schluss, dass „bei entsprechendem Abwägen der Vor- und Nachteile [...] sich die Wahl des Herrn Quandt als Generalunternehmer an[bietet].“¹⁶²⁶ Fischer hatte sich mit seinem Vorschlag innerhalb des Beamtenapparates des Ministeriums scheinbar zunächst durchgesetzt.

Einen Monat später fand in diesem Zusammenhang auch ein Treffen in Bonn statt, an dem neben den beiden Abteilungsleitern Wehrtechnik und -wirtschaft auch das BWB, Quandt und Hugo Stinnes nebst jeweiligen Konzernmanagern und Vertreter von Jung-Jungenthal und Luther & Jordan teilnahmen.¹⁶²⁷

„Die Besprechung diente der Feststellung, ob und inwieweit die Gruppe Hugo Stinnes (pers.) bereit wäre, unter einer Generalunternehmerschaft Quandt [...] mitzuarbeiten [...] Das Anliegen wurde an Stinnes herangetragen, da er – wie am 3.4. durch MinDir. Dr. Fischer bei der Krauss-Maffei AG festgestellt wurde – der Flick-Gruppe gegenüber bereits eine Loyalitätserklärung bezüglich seiner Mitarbeit unter dem Management von Krauss-Maffei abgegeben hat“¹⁶²⁸.

Hugo Stinnes wich im Gespräch aus. Er „erklärte, daß er sich selbst noch um die Generalunternehmerschaft bemühe und als älteste Entwicklungsfirma einen Anspruch auf die Auftragserteilung geltend mache. Er sehe nicht ein, daß er vor der Auftragsentscheidung sich nach irgendeiner Richtung binden oder eine Erklärung abgeben sollte.“¹⁶²⁹ Dr. Fischer versuchte alles, um ihm die Aussage abzurufen, auch mit der Quandt-Gruppe zusammenzuarbeiten. „Auch unter Hinweis darauf, daß für die Entscheidung des Herrn Minister den Bewerbern gleiche Voraussetzungen für ihre Angebote gegeben werden müssen, war Stinnes nicht zu einem Zugeständnis bereit.“¹⁶³⁰ Für Dr. Fischer und die Freunde einer Generalunternehmerschaft der Quandt-Gruppe konnte diese Aussage nicht befriedigend sein.

Jung-Jungenthal und Luther & Jordan wurden informiert, dass die drei übrigen Bewerber sich mit Ihnen über eine Beteiligung in Verbindung setzen sollten.¹⁶³¹ „Beide Firmen sagten loyale Zusammenarbeit zu, wobei sie sich die Wahrung ihrer eigenen

1626 Schreiben der Abteilungsleiter T und W im Bundesministerium der Verteidigung, Dr.-Ing. Fischer und Dr. Knieper, an Minister von Hassel bzgl. der Standardpanzer-Fertigung vom 25.03.1963, BA-MA - BW 1 / 478305, S. 7.

1627 Vgl. Ergebnisprotokoll über eine Sitzung beim Abteilungsleiter T im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr.-Ing. Fischer, bzgl. der Generalunternehmerschaft Standardpanzer vom 20.04.1963, BA-MA - BW 1 / 478305, S. 1.

1628 Ebd., S. 1f.

1629 Ebd., S. 2.

1630 Ebd.

1631 Vgl. ebd.

geschäftlichen Interessen vorbehielten.“¹⁶³² Dr. Fischer hatte bereits am 18. April, zwei Tage vor der Besprechung, eine Vorlage zu den Panzerprogrammen an den unter Strauß berufenen Verteidigungsstaatssekretär Dr. Volkmar Hopf weitergeleitet. Darin schreibt er über das Kampf-, Schützen- und Radpanzerprogramm. „Sämtliche 3 Programme können in Aufträgen an die deutsche Industrie vergeben werden, daß alle vernünftigen Wünsche der Bundesländer und der Interessenten berücksichtigt werden können.“¹⁶³³ Als erstes erläuterte er die Situation beim Schützenpanzer. „Dieses Programm ist an die Firmen Henschel, Kassel, und Rheinstahl-Hanomag, Hannover, vergeben.“¹⁶³⁴ Die Verteilung der Zulieferungen sah folgendermaßen aus: Schleswig-Holstein 4 Prozent, Hamburg 1 Prozent, Niedersachsen und Hessen je 20 Prozent, Nordrhein-Westfalen 29 Prozent, Saar 2 Prozent, Baden-Württemberg 15 Prozent und Bayern 9 Prozent.¹⁶³⁵

Beim Standardpanzer hatten alle drei verbliebenen Bewerber die Auflage, die Entwicklungsfirmen zu beteiligen. „Der Gesamtanteil der Montage beim Standardpanzer ist gering. Er beträgt nur etwa 500 Stunden. Die Montage ist deshalb nicht entscheidend für die anteilmäßige Beteiligung der Bundesländer.“¹⁶³⁶

Dr. Fischer sprang wiederum für Quandt in die Bresche, was bei Hopf auf Unverständnis stieß. Er stellte eine Rechnung auf, für den Fall dass der Auftrag nach Hamburg kommen sollte. Hopf versah diese mit einem dicken Fragezeichen und dem Zusatz „aber daß ist noch nicht klar“¹⁶³⁷ Weiterhin war Fischer der Meinung, dass es „schon lange einem Wunsche der Bundesregierung [entsprach], in Gebiete der Werftindustrie zusätzliche Arbeit zu legen.“¹⁶³⁸ Auch diese Zeilen konnotierte Dr. Hopf mit einem Fragezeichen.¹⁶³⁹

Blohm & Voss könne laut Dr. Fischer das Schweißen der Wannen und Türme übernehmen. Bei Bedarf könnten „andere Großwerften im Hamburger Raum, wie z.B. die Howaldtswerke oder auch das Motorenwerk der MAN hinzugezogen werden. [...] Der besondere Vorteil dieser Lösung wäre, daß alle großen Arbeiten im Hamburger Raum durchgeführt werden können und damit Transporte entfallen.“¹⁶⁴⁰ Auf die MaK kam er ebenfalls kurz zu sprechen. „Die Schlußmontage bei der MaK in Kiel ist

1632 Ebd.

1633 Panzerprogramm, BA-MA - BW 1 / 478308, S. 1.

1634 Ebd.

1635 Vgl. ebd.

1636 Ebd., S. 2.

1637 Ebd.

1638 Ebd., S. 3.

1639 Vgl. ebd.

1640 Ebd.

möglich, wenn auch die Platzverhältnisse nicht so gut, wie im Hamburger Raum sind. [...] Schwierigkeiten bestehen hinsichtlich der wirtschaftlichen Kraft der MaK, der ein Auftrag im Werte des Panzerauftrags nicht übergeben werden kann.“¹⁶⁴¹ Krauss-Maffei fand auch in einem Satz Erwähnung, stieß bei Dr. Hopf aber auf großes Interesse. „Die Montage im Münchner Raum bei Krauss-Maffei ist möglich. Die Firma bietet beste Voraussetzungen für diese Arbeiten.“¹⁶⁴² Das Wort beste wurde von Hopf dick unterstrichen, was auf eine gegensätzliche Meinung zu Fischer hindeutete.¹⁶⁴³

Dr. Fischer gab noch „zu bedenken [...], daß in Bayern und Württemberg bereit die Aufträge vieler unserer Großgeräte, wie Flugzeuge, Triebwerke, LKW's und dergl. Liegen.“ Der Staatssekretär notierte lapidar „Montage 500 h! Ist doch nicht sehr viel Wertschöpfung“¹⁶⁴⁴.

Sein Antwortschreiben an Fischer war demnach entsprechend skeptisch zu dessen Vorschlägen und seiner Eile. „Bei dieser Sachlage warne ich davor, sich schon jetzt nach außen wegen der Serie zu binden. Eine Verzögerung der Entscheidung um einige Monate – bis Frühherbst – schadet auch deshalb nicht, weil dann unsere Entwicklung reifer ist und später die Produktion weniger durch Änderungen gestört und verzögert wird.“¹⁶⁴⁵ Eine Montage in München sah er nicht negativ, sondern vielmehr als sinnvoll an. „Wir müssen dorthin gehen, wo wir voraussehen, daß die Arbeit am besten gemacht wird. Daß in Bayern viele Aufträge liegen, sollte uns nicht dazu veranlassen, eine sachlich vielleicht unrichtige Entscheidung zu treffen.“¹⁶⁴⁶

Entgegen der im Verteidigungsausschuss und innerhalb des Ministeriums gegebenen Empfehlung von Dr. Fischer, den Generalunternehmer möglichst zügig auszusuchen, wurde die Entscheidung vertagt. Die blieb nicht ohne Folgen, wie ein Bericht von Referatsleiter W III 3 Dr. Beyer an seinen Abteilungsleiter Dr. Knieper belegt. „Wie zu erwarten war, hat die Aufschiebung der Entscheidung über die Generalunternehmer zu einer verstärkten politischen Aktivität der Flick-Gruppe zu Gunsten einer Auftragserteilung an Krauss-Maffei geführt. Sowohl im Wirtschaftsministerium als auch bei dem

1641 Ebd., S. 3f.

1642 Ebd., S. 4.

1643 Vgl. ebd.

1644 Ebd.

1645 Bemerkungen des Herrn Staatssekretär Hopf zur Vorlage des Abteilungsleiters T, Dr.-Ing. Fischer vom 18. April 1963 vom 02.05.1963, BA-MA - BW 1 / 478308, S. 1.

1646 Ebd., S. 2. Auch über den Radpanzer und die Überlegungen den Auftrag an Büssing zu vergeben, machte er sich Gedanken. „Büssing gehört zu 26 % Salzgitter; also einem 100 %igen Bundeskonzern. Ich habe grundsätzlich Bedenken, den Auftrag dorthin zu geben. Wir sind oft – zu Unrecht – angegriffen worden, daß wir einen staatlichen Rüstungskonzern aufbauen. Auftrag dieser Größe an Büssing würde den bisher unberechtigten Verdacht bestätigen, zumal Howaldt/Kiel (U-Boote) 100 %ige Tochter ebenfalls von Salzgitter ist.“ Ebd., S. 1f.

Herrn Bundesminister der Finanzen ist die Konzernleitung von Flick vorstellig geworden.¹⁶⁴⁷ Auch die CSU setzte sich massiv für Krauss-Maffei ein. Denn „dem Vernehmen nach soll dabei das Argument ‚Befriedigung bayerischer Erwartungen‘ und damit ‚Friedliche Koexistenz mit dem politischen Bündnispartner‘ eine gewichtige Rolle gespielt haben.“¹⁶⁴⁸ Es ging nach Dr. Beyers Einschätzung nicht mehr um den eigentlichen Sinn des Auftrages. „Die sachliche Argumentation, der Bw einen funktionsfähigen Panzer in angemessener Zeit und zu tragbaren wirtschaftlichen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, tritt dabei in den Hintergrund.“¹⁶⁴⁹

Von der neuen Kooperation zwischen München und Kiel hielt er nichts. „Die Gedanken, die von der Flick-Gruppe als auch von der im Wettbewerb stehenden Krauss-Maffei AG über das eigentliche Management vorgebracht werden, sind durch die konstruierte Verbindung mit der wirtschaftlich durchaus nicht kongruenten Stinnes-Gruppe wenig überzeugend. [...] Ein gemeinsames Management zweier organisatorisch nicht zusammengehöriger Firmen, die sich im übrigen auf dem Lokomotivsektor starke Konkurrenz machen, muß eine Fiktion bleiben.“¹⁶⁵⁰

Verbindungen mehrerer Firmen sah Beyer grundsätzlich als nicht einfach an. „Es ist schon schwierig, bei der Firmengemeinschaft Henschel-Hanomag, wo im Falle des SPz die Montage bei beiden Firmen erfolgen muß, was im vorliegenden Falle zur Kostenersparnis und zur Verhütung der Einrichtung von Überkapazitäten vermieden werden muß.“¹⁶⁵¹

Die Reaktion auf das Verhalten der Flick-Gruppe ließ ebenfalls nicht lange auf sich warten. „Die politische Aktivität der Flick-Gruppe hat Quandt nunmehr veranlasst, seinerseits entsprechend vorzugehen.“¹⁶⁵² Dr. Beyer machte keinen Hehl daraus, welches Unternehmen er favorisierte. „Im Gegensatz zur Konzernleitung Flick, deren Führungskräfte den Panzer weder gesehen haben, noch klare Produktionsvorstellungen vermitteln konnten, hat Quandt sich von Anbeginn persönlich eingehend mit dem zu fertigenden Objekt, der Einrichtung der Fabrikationsstätte und der Kalkulation befasst, wobei die Firmen Porsche, Jung-Jungenthal und Luther & Jordan entsprechend ihrer Zusage anlässlich der Besprechung vom 5.4.1963 mit zweckdienlichen Unterlagen zur

1647 Schreiben des Referatsleiters W III 3 MinR Dr. Beyer an den Abteilungsleiter W, MinDir Dr. Knieper, bzgl. der Generalunternehmerschaft des Standardpanzers vom 08.05.1963, BA-MA - BW 1 / 478305, S. 1.

1648 Ebd.

1649 Ebd.

1650 Ebd.

1651 Ebd., S. 1f.

1652 Ebd., S. 2.

Verfügung standen.“¹⁶⁵³ Die Äußerungen des von Hassel Vertrauten Rohde über die Kooperationsbereitschaft von Hugu Stinnes ließen den Referatsleiter unbeeindruckt. „Die Behauptung von Herrn Rohde, daß Herr Stinnes seine Mitarbeit unter einem Management Quandt ablehnt, ist falsch. Er hat lediglich von einer Stellungnahme zu dieser Frage so lange abgesehen, wie er selbst im Wettbewerb um die Generalunternehmerschaft steht.“¹⁶⁵⁴

Rohde wandte sich an das Ministerium, nachdem im SPIEGEL über die Überlegungen berichtet wurde, dass die Schlicker-Werft für die Montage des LEOPARD 1 eine Rolle spielen könnte. „Die Frage von Herrn Rohde zu den in der Presse erschienen Artikeln über einen Pz-Bau in Hamburg könnte dahingehend beantwortet werden, daß die Presseberichterstattung durchweg sachlich richtig ist, da sie auf die noch ausstehende endgültige Entscheidung ausdrücklich hinweist (eine Ausnahme bildet lediglich der in der letzten Spiegelausgabe erschienene Aufsatz ‚Brigade Quandt‘.“¹⁶⁵⁵

Auch wenn Dr. Beyer die Verschiebung der Entscheidung grundsätzlich nicht als gut erachtete, hatte sie doch eine andere Seite. „Die positive Auswirkung der Verzögerung der Generalunternehmerentscheidung soll in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden: Seitens des BWB wurde die Zeit benutzt, um im Wettbewerb zu klaren Preisvorstellungen zu gelangen. Es liegen nunmehr die Angebote der MaK mit 837.000,-- DM je Fahrzeug und der Quandt-Gruppe mit 830.000,-- DM vor.“¹⁶⁵⁶

Das Wirtschaftsministerium war vom Vorschlag die Generalunternehmerschaft nach Norddeutschland zu geben weniger begeistert. „Die Presse berichtet über Bestrebungen, auf dem Gelände der früheren Schlickerwerft in Hamburg eine Fertigung für den neuen Standardpanzer einzurichten. Sollte dies der Fall sein, so möchte ich empfehlen, ein solches Vorhaben mit besonderer Sorgfalt zu prüfen.“¹⁶⁵⁷

Scheinbar ging man von einer Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten aus. „Angesichts der Gesamtlage der eisenverarbeitenden Industrie im norddeutschen Raum wird man die Errichtung einer neuen Kapazität für diese Fertigung, die mit Sicherheit auch auf Kritik im parlamentarischen Raum stoßen wird, nur dann verantworten können, wenn sich überzeugend nachweisen läßt, daß auf vorhandene Produktionseinrichtungen für die Fertigung einschließlich des Zusammenbaues nicht zurückgegriffen werden kann. [...]

1653 Ebd.

1654 Ebd.

1655 Ebd.

1656 Ebd.

1657 Schreiben von MinDir Dr. Krautwig aus dem Bundeswirtschaftsministerium an den Verteidigungsstaatssekretär Dr. Hopf vom 07.05.1963, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

„Proteste gegen die in der Presse publizierten Pläne sind hier bereits eingegangen.“¹⁶⁵⁸
Abschließend bat das Wirtschaftsministerium um eine Aussage von Staatssekretär Hopf.
„Ich wäre Ihnen, Herr Staatssekretär, sehr dankbar, wenn ich Ihre Auffassung dazu erfahren dürfte.“¹⁶⁵⁹

Die Antwort erfolgte nicht durch den Staatssekretär, sondern durch Dr. Knieper. Obwohl er als Krauss-Maffei freundlich galt, hatte er sich die Argumentation Dr. Fischers zueigen gemacht. „Wie inzwischen in Referatengesprächen erläutert wurde, handelt es sich für den Fall, daß Hamburg als Montageort für den Standardpanzer ausgewählt werden sollte, nicht um die Schaffung neuer Kapazitäten auf dem Gebiet der eisenschaffenden Industrie, sondern um reine Montage und damit lediglich um die Ausnutzung einer brachliegenden Werftkapazität, auf deren Beschäftigung der Senat der Stadt Hamburg kritisch bedacht ist. Gerade die kritische Beschäftigungslage der eisenschaffenden Industrie im norddeutschen Raum legt es nahe, die Montage dorthin zu verlegen, da die infolge Rückgangs der Schiffbauaufträge beschäftigungsarme metallverarbeitende Zulieferindustrie eine für die Preisgestaltung günstige Konkurrenzsituation erwarten läßt. Zugleich könnte die Panzermontage in Hamburg der eisenschaffenden Industrie Norddeutschlands damit neue, auf einen Strukturwandel hinweisende Impulse geben.“¹⁶⁶⁰

Neue Kapazitäten sollten keinesfalls aufgebaut werden. „Gleichgültig zu wessen Gunsten die Generalunternehmerentscheidung fallen mag, brauchen neue Produktionseinrichtungen nicht geschaffen werden. Die Montage erfordert lediglich geeignete Räumlichkeiten. Die in begrenztem Umfang für Vorrichtungen erforderlichen Investitionen müssen jedoch unabhängig vom Montageort in jedem Falle vorgenommen werden.“¹⁶⁶¹

Die abschließenden Worte Dr. Kniepers lassen klar erkennen, dass auch seine Präferenz im Mai 1963 nicht beim bayerischen Unternehmen, sondern in Norddeutschland lag. „Ohne durch dieses Schreiben der Entscheidung über die Generalunternehmerschaft vorgegriffen zu haben, hielt ich es für erforderlich, Ihnen die Gründe, die neben der Nachbarschaft des Montagebetriebs zu dem Wannenhersteller Blohm & Voß für Hamburg sprechen, darzulegen.“¹⁶⁶²

1658 Ebd.

1659 Ebd.

1660 Schreiben von MinDir Dr. Knieper aus dem Bundesministerium für Verteidigung an MinDir Dr. Krautwig im Bundeswirtschaftsministerium, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

1661 Ebd.

1662 Ebd., S. 2.

Im Juni 1963 erstellte das Referat W III 3 nochmals einen Vermerk über die Generalunternehmerschaft beim Standardpanzer und legt seine Präferenz gleich fest. „Von den vier Bewerbern um die Generalunternehmerschaft für die Produktion des Standardpanzers erscheint die Quandt-Gruppe am geeignetsten.“¹⁶⁶³ Besonders der Firmenbesitzer selbst wurde hervorgehoben. Scheinbar waren die politischen Versuche der Flick-Gruppe im Ministerium nicht besonders gut angekommen, das Verhalten Quandts hingegen schon. „Er hat sich mit dem zu fertigenden Objekt vertraut gemacht und unter Verzicht auf politische Interventionen ausschließlich durch sachliche Argumentation seine Eignung als Generalunternehmer nachgewiesen. [...] Sollte die Entscheidung zugunsten von Quandt fallen, so wäre ein baldiger Vorbescheid erforderlich, da anders der Erwerb der Schlieker-Werft nicht sichergestellt werden könnte.“¹⁶⁶⁴

Hugo Stinnes wurde nach wie vor als nicht geeignet eingeschätzt. „Die eng begrenzte Kreditwürdigkeit von Stinnes und die Zahlungsgepflogenheiten seiner tragenden Firmen sind nicht geeignet, ein Vertrauen in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu begründen.“¹⁶⁶⁵ Trotz der Einkaufs- und Fertigungsorganisation durch den ehemaligen Ministeriumsmitarbeiter Raue „ist aber keine ausreichende Grundlage für das Management, zumal sie sich nicht gegen die eigensinnigen geschäftspolitischen Tendenzen von H. Stinnes durchzusetzen vermag.“¹⁶⁶⁶ Selbst die Zulieferer waren nicht begeistert mit Stinnes zusammenzuarbeiten.¹⁶⁶⁷ „Angesichts der Vollbeschäftigung der MaK, der betrieblichen Enge und der zugegebenen Schwierigkeit der Arbeitskräftebeschaffung ist das Drängen von Stinnes auf die Generalunternehmerschaft nicht verständlich und auch nicht gerechtfertigt.“¹⁶⁶⁸

Bei Krauss-Maffei war die Montagebetriebseignung ist unbestritten, die Bonität ebenso. Die Gründe, die gegen Krauss-Maffei ins Feld geführt werden erscheinen zum Teil nicht wirklich stichhaltig. Das Ministerium befürchtete, dass das Unternehmen bei der Durchführung des Auftrages nicht so engagiert sein würde, wie bei der Akquise. Die Führung sei zwar gut, aber bald im Rentenalter.¹⁶⁶⁹ „Die räumliche Entfernung von KM zu den Entwicklungsfirmen, zum Wannenhersteller, zum Panzerprüfstand und zu den

1663 Vermerk des Referates W III 3 des Bundesministeriums der Verteidigung bzgl. Entscheidungsgründe für die Auswahl des Generalunternehmers Standardpanzer, BA-MA - BW 1 / 478305, S. 1.

1664 Ebd., S. 1f.

1665 Ebd., S. 2.

1666 Ebd.

1667 Ebd.

1668 Ebd., S. 3.

1669 Vgl. ebd.

für den Abnahmebeschluß geeigneten militärischen Prüffeldern spricht neben der starken Fluktuation von Arbeitskräften im Münchener Raum (ca. 25 %) gegen eine Entscheidung zugunsten KM.¹⁶⁷⁰

Wirtschaftspolitische Gründe wollte das Ministerium nicht ins Feld geführt sehen. „Politische Gründe können für KM nicht geltend gemacht werden. [...] Die Frage Nord- oder Süddeutschland sollte überhaupt im Hinblick auf die weite Streuung der Zulieferungen über das ganze Bundesgebiet keinen Entscheidungsgrund liefern.“¹⁶⁷¹

Maximal ein Teilauftrag war aus Sicht des Referates W III 3 für Krauss-Maffei vertretbar. „Es bleibt zu erwägen, ob im Rahmen der Generalunternehmerschaft Quandt KM als Montagebetrieb für vorerst circa 250 Bergepanzer mit Eigenfertigung der vom Standardpanzer abweichenden Teile vorgesehen werden soll.“¹⁶⁷²

Büssing schied mittlerweile für das Ministerium durch dessen interne Probleme aus.¹⁶⁷³ Außerdem waren „die politischen Gründe Niedersachsens [...] ebenso wenig wie diejenigen Bayerns stichhaltig. [...] Niedersachsen ist durch Hanomag mit der Hälfte an der Generalunternehmerschaft des auf die Dauer gewichtigeren Spz-Programms und durch Luther & Jordan an der Entwicklung und Zulieferung zum Standardpanzer beteiligt.“¹⁶⁷⁴

Unterstützung erhielt Krauss-Maffei durch Fritz Aurel Goergen, der die Nähe zum Flick-Konzern suchte. „Die bereits mündlich vorgetragene Vermutung, daß Herr Goergen persönlich und möglicherweise auf für die Henschel AG Anschluß an den Flick-Konzern sucht, wird durch Herrn Bertsch (ehemals Büssing, jetzt Quandt) bekräftigt. [...] Herr Goergen bemüht sich stark um einen Eintritt von Bertsch in die Henschel AG und hat in persönlichem Gespräch damit argumentiert, daß Quandt doch keine Chancen mehr habe, Generalunternehmer für den Standardpanzer zu werden.“¹⁶⁷⁵

Goergen versuchte auch den Minister von seiner Idee zu überzeugen, nicht zuletzt wohl weil er davon profitieren konnte. „Aus persönlichen Gesprächen mit Herrn Goergen ist mir bekannt, daß er sich für die Flick-Lösung stark macht und in diesem Sinne auch bei Herrn Minister v. Hassel intervenieren wollte und dies nach seinen eigenen Angaben auch am 15.06. getan hat. [...] Das Eintreten Goergens für Flick wäre unmotiviert, wenn

1670 Ebd.

1671 Ebd.

1672 Ebd.

1673 Vgl. ebd., S. 4.

1674 Ebd.

1675 Schreiben des Referatsleiters W III 3 MinR Dr. Beyer an den Abteilungsleiter W, MinDir Dr. Knieper, bzgl. der Generalunternehmerschaft des Standardpanzers vom 26.06.1963, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

er hierbei nicht seinen eigenen Vorteil finden würde. [...] Die Anschlußtendenzen von Goergen/Henschel an eine starke Unternehmensgruppe sind seit seinen Verhandlungen mit Ford/USA offenbar.“¹⁶⁷⁶

Obwohl zuletzt die Abteilungsleiter beider entscheidenden Abteilungen W und T für Quandt plädierten, zeigten die Bemühungen der Flick-Gruppe und ihrer Unterstützer Wirkung – der Auftrag ging nach Bayern.¹⁶⁷⁷ In einem Schreiben an die Unterabteilung W III teilte Dr. Knieper seinen Mitarbeitern mit, dass „der Herr Minister [...] nach Abwägung aller Umstände als Hauptauftragnehmer für die Produktion des Kampfpanzers die Firma Krauss-Maffei, München, bestimmt [hat], mit der Maßgabe, daß für die Produktionsaufteilung innerhalb des Produktions- und Zulieferungssystems zu berücksichtigen sind“¹⁶⁷⁸ Er ging auch auf die Auflagen für die Herstellung von Komponenten die bereits vereinbart worden und die Beteiligung der Entwicklungsfirmen ein. „Dabei wird, nachdem der Hauptauftrag nicht in den norddeutschen Wirtschaftsraum geht, besonderes Augenmerk auf eine angemessene Beteiligung der MaK gelegt werden müssen, die sich auch wegen der dort vorhandenen Einrichtungen und Prüfmöglichkeiten anbietet“¹⁶⁷⁹ Sie erhielt später den Bergepanzerauftrag.¹⁶⁸⁰

Interessant ist die Tatsache, dass eine Kooperation mit der Ford Motor Corporation, jener Firma mit der Goergen zusammenarbeiten wollte, insbesondere im Bereich der Verschleißteile zu prüfen sei.¹⁶⁸¹ Bei der Entscheidung über den Generalunternehmerauftrag spielten politische und wirtschaftliche Interessen keine geringe Rolle. Bereits im August 1963 fand im Beisein von Dr. Beyer im Ministerium eine Besprechung von Krauss-Maffei und des im BWB zuständigen Referates KB II 5

1676 Ebd., S. 1f. Das Ministerium fürchtete nicht zuletzt, dass eine Monopolbildung zustande kommen könnte. „Der Standardpanzer-Auftrag bei Flick würde bei einer wie auch immer gearteten Zusammenschaltung Flick Henschel ein monopolartiges Übergewicht des Flick-Konzerns in der gesamten deutschen Panzerproduktion mit sich bringen, an dem auch die 50 %ige Beteiligung des Rheinstahlkonzerns am Spz-Programm angesichts der Aktivität Goergens nichts ändern würde. Eine solche Entwicklung würde die Position des BWB gegenüber dem Generalunternehmer für den Schützenpanzer empfindlich schwächen. [...] Der von ihm erzielbare ‚Einstandspreis‘ wird angesichts des wenig attraktiven zivilen Geschäfts bei Henschel um so höher liegen, je stärker Goergen seine Stellung als Bundeswehrlieferant im angestrebten neuen Rahmen untermauern kann.“ Ebd.

1677 Vgl. Standardpanzer ging durchs Ziel, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 7 (1963), S. 263.

1678 Schreiben des Abteilungsleiters W im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr. Knieper, an die Unterabteilung W III bzgl. Vergabe des Kampfpanzerauftrages vom 16.07.1963, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

1679 Ebd.

1680 Vgl. Besprechungsgrundlage für die Wehrtechnische Jahresbesprechung beim BMVtgd T III 2 am 19.12.1966, BA-MA - BW 1 / 478315, S. 78.

1681 Vgl. Schreiben des Abteilungsleiters W im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr. Knieper, an die Unterabteilung W III bzgl. Vergabe des Kampfpanzerauftrages vom 16.07.1963, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

statt.¹⁶⁸² Dies sollte jedoch eine Ausnahme sein. „In Zukunft habe der Generalunternehmer alle Fragen an das BWB heranzutragen.“¹⁶⁸³

Zunächst ging es um mögliche Exporte nach Belgien und in die Niederlande. Hier wollte das Ministerium die Verhandlungen komplett selbstständig führen. Der Generalunternehmer hatte sich komplett rauszuhalten.¹⁶⁸⁴ Daraufhin ging es um die Kooperation der Münchner mit MaK in Kiel, von der Krauss-Maffei auf einmal nichts mehr wissen wollte. „Vor der Generalunternehmerentscheidung hat die Fa. KRAUSS-MAFFEI wiederholt betont, sie habe eine Absprache mit der Fa. MaK über die Aufteilung der Fertigung und gemeinsame Bearbeitung des Gesamtprojektes durch beide Konstruktionsbüros. Damals hat die Firma MaK die Existenz einer derartigen Absprache bestritten. Heute nach der Generalunternehmerentscheidung behauptet die Firma KRAUSS-MAFFEI, es existiere keine Absprache, dagegen hat nach Erklärung von Herrn Dr. Beyer Herr Direktor Raue, MaK, erklärt, eine Absprache wäre existent, jedoch von KRAUSS-MAFFEI würde sie nicht eingehalten.“¹⁶⁸⁵

In der Tat widersprachen sich die offiziellen Dokumente von Krauss-Maffei und die Aussage des Aufsichtsratsvorsitzenden nach der Entscheidung signifikant. „Auf die Frage, an Herrn Dr. Grabowski, was nun Sache sei, erklärte dieser, dass in den Gesprächen zwischen Herrn Pohle (Friedrich Flick KG) und Herrn Stinnes sowie Herrn Min.Dir. Sureth (Wirtschaftsministerium Kiel) wohl in loser Form von einer Fertigungsbeteiligung gesprochen worden wäre, dass jedoch verbindliche Absprachen nicht vorlägen.“¹⁶⁸⁶

Gerade die Absprache, von der vermutet werden darf, dass sie mitentscheidend für die Auftragserteilung an Krauss-Maffei war, wurde nun negiert. „Offenbar ist der Herr Minister der Auffassung, dass eine Beteiligung der Fa. MaK an der Serie zu erfolgen habe, denn er soll lt. Dr. Beyer auf einem Schreiben einen handschriftlichen Vermerk angebracht haben, dass wohl kein Zweifel darüber existiere, dass MaK zu 50 % zu beteiligen sei.“¹⁶⁸⁷ Krauss-Maffei spielte nach Meinung des Referates W III 3 ein falsches Spiel mit Ministerium und den anderen Unternehmen. „Aus Gesprächen, die die beteiligten Firmen in den letzten Tagen mit dem BWB geführt hätten, sei der

1682 Vgl. Vermerk des Referates KB II 5 des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung über eine Besprechung beim Referat W III 3 des Bundesministeriums der Verteidigung bzgl. des Generalunternehmers Standardpanzer vom 30.08.1963, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

1683 Ebd.

1684 Vgl. ebd.

1685 Ebd., S. 1f.

1686 Ebd., S. 2.

1687 Ebd.

Eindruck entstanden, dass die Fa. KRAUSS-MAFFEI den Sinn der Generalunternehmer-Aufgabe darin sehe, einen möglichst großen Anteil der Fertigung in den eigenen Betrieb zu legen. [...] Dies sei nicht ausgeschlossen, obwohl KRAUSS-MAFFEI vor der Generalunternehmerentscheidung schriftlich erklärt habe, dass sie auch an dem Objekt interessiert wären, wenn sie nur Management und Montage durchführen könnten.“¹⁶⁸⁸

Dem wollte das Ministerium durch strenge Auflagen einen Riegel vorschieben. „Um zu vermeiden, dass das BWB den Generalunternehmer [...] desavouieren müsse, wurde verlangt, dass von allen Verhandlungen [...] Besprechungsniederschriften unmittelbar nach den geführten Gesprächen an das BWB zu senden seien“¹⁶⁸⁹, wenn Krauss-Maffei als Generalunternehmer im Namen und auf Rechnung des Bundes verhandelte. „Darüber hinaus sei von allen beabsichtigten grundsätzlichen Verhandlungen das BWB vorab zu unterrichten, damit entschieden werden könne, ob ein Vertreter des BWB hieran teilnehme. [...] Diese Forderung stiess zunächst auf Widerspruch bei KM, wurde jedoch angenommen.“¹⁶⁹⁰ Die Kooperation mit Ford wurde abschlägig beschieden, weil sie als nicht realisierbar eingeschätzt wurde.¹⁶⁹¹

Das BWB vermerkte sichtlich desillusioniert: „Die Skepsis, die einem Management KRAUSS-MAFFEI entgegengebracht worden ist, ist leider bestätigt worden. Die Firma KRAUSS-MAFFEI hat es in der bisherigen kurzen Zeit verstanden, die gesamten beteiligten Interessenten durch Beteiligungsforderungen an der Fertigung gegen sich aufzubringen. Die beteiligten Firmen sprechen deswegen laufend bei KB II vor. Die durch den Generalunternehmer erwartete Entlastung des Amtes dürfte vorerst nicht eintreten. Es kommt entscheidend darauf an, welche Persönlichkeiten die Flick-Gruppe für diese Aufgabe herausstellen wird.“¹⁶⁹²

Aus dieser Sicht heraus werden auch die Versuche von MaK Kiel in der zweiten Jahreshälfte 1963 verständlicher, Krauss-Maffei zumindest einen Teil der Generalunternehmerschaft streitig zu machen.

Zu diesem Zweck fand am 9. September eine Besprechung zwischen dem BWB und der Kieler Firma statt. Anwesend waren die Herren Raue, Arendt und Miller von Seiten der MaK und die Referatsleiter KB II 5, KB II 6, Bode und Klöckner sowie der

1688 Ebd., S. 4.

1689 Ebd., S. 5.

1690 Ebd.

1691 Vgl. ebd., S. 8.

1692 Ebd.

Unterabteilungsleiter KB II, Oberst Littmann.¹⁶⁹³ MaK zeigte grundsätzlich zwei Möglichkeiten auf. Entweder eine Managementbeteiligung oder ein Wettbewerb um die Endmontage. Raue bejahte grundsätzlich die Managementoption, MaK hatte aber Bedenken. „Sie wolle nicht das Risiko eingehen, daß die Fa. Krauss-Maffei sich zwar die Erkenntnisse und Erfahrungen der Fa. MaK zu eigen mache, dann aber allein und gegen die Auffassungen der Firma entscheide. Dies müsse auch in dem vom BWB mit Fa. Krauss-Maffei abzuschließenden Vertrag irgendwie seinen Niederschlag finden.“¹⁶⁹⁴ Das BWB begrüßte die Managementvariante. MaK sollte sich unter Führung von Raue beteiligen. Aber „die Herren der Fa. MaK berichteten, daß durch die bisherige Tätigkeit der Fa. Krauss-Maffei (Dir. Stamm) erheblich Unruhe bei den bisher beteiligten Firmen entstanden sei.“¹⁶⁹⁵

Es gab auch Streit mit Porsche wegen der Konstruktion. Man fand zwar eine Einigung, aber Weiterentwicklungen wolle Krauss-Maffei im Alleingang machen.¹⁶⁹⁶ „Diese Auffassung widerspricht vollständig den der Fa. Krauss-Maffei gekannten Auffassungen des BMVtdg. und BWB, wonach die konstruktive Weiterentwicklung bei der Fa. Porsche verbleiben soll.“¹⁶⁹⁷

Die Lage beruhigte sich auch im Laufe des Herbstes nur unwesentlich. Über die genaue Aufschlüsselung des Auftrages schrieb Dr. Fischer an den Bundesverteidigungsminister. „Da wir beabsichtigen, die MAK zur Produktion am Standardpanzer maßgeblich heranzuziehen, sollte nicht dem Ermessen der Firma Krauss Maffei überlassen bleiben, wie dies geschieht. Es ist zu befürchten, daß dann nur unwesentliche Lieferaufträge an die MAK gegeben werden. Dies ist nicht in unserem Interesse.“¹⁶⁹⁸

Fischer malte ein düsteres Bild an die Wand. „Nach meinen langjährigen Erfahrungen in der serienmäßigen Herstellung von Waffengeräten können beim Anlauf der Panzerfertigung bei Krauss Maffei dieselben Fehler und Mängel wieder auftreten, die bei der MAK bereits erkannt und überwunden sind. Es werden zusätzliche Kosten und schlechtere Panzer entstehen.“¹⁶⁹⁹ Daher sprach sich Dr. Fischer, nicht zuletzt weil er die Chance sah nochmals nachzuverhandeln, für zwei getrennte Produktionslinien aus. „Ich

1693 Vgl. Vermerk des Referates KB II 5 des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung über eine Besprechung mit der Firma MaK bzgl. der Standardpanzer-Serie vom 09.09.1963, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

1694 Ebd.

1695 Ebd., S. 2.

1696 Vgl. ebd., S. 2f.

1697 Ebd., S. 3.

1698 Schreiben des Abteilungsleiters T, MinDir Dr.-Ing. Fischer, an den Bundesminister der Verteidigung, Kai-Uwe von Hassel, vom 13.11.1963, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

1699 Ebd., S. 2.

halte die Lösung einer Fertigung in zwei grundsätzlich räumlich getrennten Produktionsländern, nicht zuletzt auch nach den Erfahrungen des letzten Krieges, für dringend geboten. [...] Durch eine Fertigung über zwei getrennte Bänder wird nach meinen betriebstechnischen Erfahrungen letzten Endes eine billigere und bessere Produktion erreicht werden, weil die Tatsache, daß zwei konkurrierende Firmen im Wettbewerb arbeiten, zu qualitativ und wirtschaftlich gesteigerten Anstrengungen Anlaß sein wird.“¹⁷⁰⁰

Der Abteilungsleiter drängte zur Eile. „Da Sie in wenigen Tagen für mehrere Wochen in die USA reisen, bitte ich Sie, noch vor Ihrer Abreise die grundsätzliche Entscheidung zu fällen, daß der Standardpanzer auf zwei Produktionsbändern, einmal bei MAK und einmal bei Krauss Maffei, produziert werden soll und Abteilung W anzuweisen, das BWB zu beauftragen, nach dieser Richtlinie mit den Firmen zu verhandeln. [...] Die Einrichtung eines übergeordneten Fabrikations-Managment, in welchem Vertreter beider Firmen arbeiten müssen, wäre nach Ihrer grundsätzlichen Zustimmung sofort von Abt. W und Abt. T mit dem BWB in Angriff zu nehmen.“¹⁷⁰¹

Dr. Knieper fürchtete jedoch steigende Kosten. „Der Herr Abteilungsleiter W hat sich bisher mit meinem Vorschlag (2 Montagebänder) nicht einverstanden erklären können. Ich hoffe, daß er meiner Auffassung beitreten wird, sobald anhand von Zahlenmaterial, das die Firmen vorlegen werden, nachgewiesen werden kann, daß eine Verteuerung der Produktion durch die 2-Bändermontage nicht eintritt.“¹⁷⁰²

Die Kosten für eine zusätzliche Montage überprüfte das BWB. Deren Leiter Dr. Benecke schrieb in dieser Sache Ende November an von Hassel. Krauss-Maffei hatte Glück. „Um die Montage des mittleren Kampfpanzers haben sich [...] bei mir die Firmen MaK, Kiel und Jung, Jungenthal, beworben. Da [...] angeordnet ist, dass die Montage des Kampfpanzers mittel nur an einer Stelle durchzuführen sei, habe ich in den mit den genannten Firmen geführten Gesprächen beide Firmen abschlägig beschieden. Das Ergebnis der Ermittlungen, das mit einer Mehrbelastung von rd. 6,7 Mio DM abschliesst, habe ich den Abteilungen T und W mit Bericht vom 14.11.1963 vorgelegt.“¹⁷⁰³ Nicht nur Krauss-Maffei, sondern auch MaK spielte ein gefährliches

1700 Ebd.

1701 Ebd., S. 2f.

1702 Ebd., S. 3.

1703 Schreiben des Präsidenten des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung, Dr. Benecke, an den Bundesverteidigungsminister, Kai-Uwe von Hassel, bzgl. Montage des mittleren Kampfpanzers vom 27.11.1963, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

Spiel. „Die MaK versucht offenbar, die Abt. T gegen das BWB auszuspielen.“¹⁷⁰⁴ Die Abteilung T sagte, MaK wolle die Hälfte des Auftrages inkl. der Montage, bei BWB gab die MaK an, dass sie mit den anderen beiden Entwicklern ein Drittel des Gesamtauftrages haben wolle, wie im Entwicklungsvertrag vorgesehen.¹⁷⁰⁵

Benecke, der Strauß aus seinen Zeiten als Bundesminister verbunden war, schien alles andere als begeistert. „Von der Flick-Gruppe und der Quandt-Gruppe bin ich darüber unterrichtet, dass die Verkaufsverhandlungen mit der Bank für Gemeinwirtschaft bzw. Herrn Münemann fortgeführt werden. Die Flick-Gruppe hat wohl auf ihre Option an den Atlas-Werken verzichtet, dies gilt jedoch nicht für die MaK. Nach meiner Unterrichtung wird z.Zt. untersucht, inwieweit eine Ausgliederung der MaK aus den Atlas-Werken möglich ist.“¹⁷⁰⁶

Er machte sich beim Minister für den Verbleib der Generalunternehmerschaft bei Krauss-Maffei stark. „Im Interesse einer klaren Verantwortung für die Serienfertigung bitte ich, darauf Einfluss zu nehmen, dass die Generalunternehmerentscheidung zu Gunsten der Firma KRAUSS-MAFFEI bestehen bleibt, damit nicht eine Situation ähnlich im Spz-neu Programm geschaffen wird.“¹⁷⁰⁷

Dr. Knieper war derselben Meinung wie Dr. Benecke. Zwei Montagelinien seien nicht unbedingt nötig, um die Entwicklungsfirmen adäquat zu beteiligen.¹⁷⁰⁸ Außerdem verwendete er Fischers ehemaliges Argument für die Werftindustrie, wonach eigentlich jede Firma einen Panzer bauen könne, nun gegen ihn. „Im übrigen glaube ich mich mit Herrn Abt.Ltr.T einig, der auch in Gegenwart von Herrn Minister den Panzer als eine von jeder ordentlichen Maschinenbau- oder Kraftfahrzeugfirma montierbare ‚Blechbüchse‘ bezeichnet hat, wenn ich die Mitwirkung der Entwicklungsfirma bei der Montage nicht überbewerte.“¹⁷⁰⁹

Die wirtschaftlichen Aspekte waren nach Knieper eindeutig. „Die beiden Hauptbewerber um die Generalunternehmerschaft (Flick und Quandt), deren Kompetenz für Fragen der Serienproduktion unbestritten sein dürfte, haben die Teilung der Montage stets als unwirtschaftlich bezeichnet. Quandt hat noch kürzlich in Gegenwart von Herrn Abt.Ltr. T und mir erklärt, daß er im Fall eines Erwerbs der MaK

1704 Ebd., S. 4.

1705 Vgl. ebd.

1706 Ebd.

1707 Ebd., S. 5.

1708 Schreiben des Abteilungsleiters W im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr. Knieper, an Minister Kai-Uwe von Hassel bzgl. des Panzerauftrages vom 07.12.1963, BA-MA - BW 1 / 478306, S. 1.

1709 Ebd.

aus diesem Grund keinen Anspruch auf eine zweite Montagelinie geltend machen würde.“¹⁷¹⁰ Mit ins Spiel kam hierbei noch die unklare Zukunft von MaK Kiel. Möglicherweise wolle sich MaK mit einer zweiten Fertigungsstraße attraktiv für zukünftige Käufer machen. Dr. Kniepers Urteil war eindeutig. „Die Geschäftsführung der MaK läßt die erforderliche wirtschaftliche Seriösität vermissen, als daß die Argumentation zugunsten einer zweiten Montagelinie überzeugend wirken könnte. Die Vermögenstransaktionen der jüngsten Vergangenheit haben noch keine entscheidende Änderung gebracht. Die Erkenntnisse aus dem Verfahren gegen Luther u. Jordan lassen die Möglichkeit offen, daß zwischen den Entwicklungsfirmen kalkulatorische Absprachen zum Nachteil des Bundes getroffen worden sind. [...] Ich schließe mich dem Votum des Herrn Präsidenten des BWB an und darf bitten, die Entscheidung über die zweite Montagelinie bis auf weiteres auszusetzen.“¹⁷¹¹

Das Votum von Dr. Benecke und Dr. Knieper zeigte Wirkung. Dr. Fischer verließ das Ministerium zum Jahresende und Krauss-Maffei konnte sich als Generalunternehmer und einziger Standort für die Endmontage dauerhaft durchsetzen. MaK erhielt dafür wenig später den Zuschlag für die Endmontage des Bergepanzers als Kompensation. Neuer Eigentümer von MaK und dem Mutterkonzern Atlas wurde 1964 weder die Flick- noch die Quandt-Gruppe, sondern ein anderer Akteur der die Rüstungsindustrie über Jahrzehnte dominiert hatte. Die Friedrich Krupp AG vollzog damit den endgültigen Wiedereinstieg ins Rüstungsgeschäft.

VI. Fazit

Das Beschaffungsverfahren um die Fahrzeugfamilien des LEOPARD 1 und des MARDER war ein hochkomplexer Vorgang, der sich über mehr als ein Jahrzehnt hinzog. Obwohl die Bundesregierung, das Verteidigungsministerium, Parlamentarier aller Ebenen, die militärische Führung und die deutsche Industrie versuchten, jeweils ihre eigenen Interessen bei diesen Rüstungsprojekten durchzusetzen, kann man die Programme mit Recht als Erfolgsgeschichte bezeichnen. Im Gegensatz zu vielen anderen Rüstungsbeschaffungen verliefen sie weitgehend von der Öffentlichkeit neutral bis positiv begleitet und ohne größere Zeitverzögerung. Auch die Kosten blieben grosso modo im Rahmen und die Bundeswehr war mit dem gelieferten Material zufrieden. Hinter den

¹⁷¹⁰ Ebd., S. 2.

¹⁷¹¹ Ebd., S. 3f.

Kulissen kam es jedoch durchaus zu Konflikten, insbesondere rund um die Beschaffung des LEOPARD 1, die bis dato weitgehend unbekannt waren. Zu Beginn der Arbeit wurden insbesondere acht Fragen im Bezug auf die Beschaffung von LEOPARD 1 und MARDER aufgeworfen, die geklärt werden sollten.

Zunächst ob 1. NATO-Strategie und die Überlegungen der militärischen und politischen Führung der Bundesrepublik die Einführung von LEOPARD 1 und MARDER begünstigten. Diese Frage kann eindeutig positiv beschieden werden. Insbesondere der Strategiewechsel auf NATO-Ebene hin zur flexible response und die damit verbundene Stärkung der konventionellen Streitkräfte der NATO in Europa machten es notwendig, einen modernen Kampfpanzer zu entwickeln, der allen klassischen und atomaren Bedrohungsszenarien gewachsen war.

Die Parteien im Deutschen Bundestag unterstützten diesen Strategiewechsel geschlossen. Insbesondere um das Territorium der Bundesrepublik Deutschland zu schützen, setzten sich Regierung und Parlament für die Vorwärtsverteidigung und eine abgestufte Abschreckung ein. Dazu wurden starke gepanzerte konventionelle Truppen benötigt, die auch Strauß trotz seiner atomaren Pläne im Rahmen der Qualitätsarmee verwirklichen wollte. Die militärische Führung war hinsichtlich der Gewichtung der einzelnen Teilstreitkräfte bis Anfang der 1960er Jahre zwar uneinig, aber dass ein adäquates Waffensystem für die Panzerkräfte benötigt wurde, war unumstritten. Gerade die Tatsache, dass viele Heeresgeneräle der ehemaligen Operationsabteilung aus der Weltkriegszeit angehörten, prägte deren operatives Verständnis eines Gefechtes. Sie waren überzeugt davon, dass nur eine starke Panzerwaffe den gewünschten Abwehrerfolg gegen den Warschauer Pakt sicherstellen konnte.

Der gesamthistorische Kontext muss ebenfalls beachtet werden. Waren sowohl ein Großteil der Bevölkerung als auch einige Parlamentarier gegen eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, änderte sich das Stimmungsbild in der Hochphase des Kalten Krieges. Gerade die Zweite Berlin-, die Kubakrise und der Mauerbau sorgten dafür, dass die Bevölkerung ein immenses Sicherheitsbedürfnis hatte. Der Führungsspitze des Verteidigungsministeriums und den Parlamentariern des Verteidigungsausschusses, wissend um die Unzulänglichkeiten der Bundeswehrerstaussattung mit veraltetem amerikanischen Gerät, konnte es gar nicht schnell genug gehen, Kampf- und Schützenpanzerfamilie einzuführen.¹⁷¹² Der Wunsch nach Vereinheitlichung der Fahrzeugtypen

¹⁷¹² Vgl. AMX 30 und der deutsche Standardpanzer, S. 264; Kollmer, „Klotzen nicht kleckern!“, S. 490.

und die damit verbundenen Synergieeffekte taten ihr Übriges.¹⁷¹³ Oftmals mussten die Politiker sogar von den technischen und vertragsrechtlichen Experten der Ministerialbürokratie in ihrer Euphorie gebremst werden. Diese Gesamtkonstellation hatte einen großen Einfluss auf die Beschaffungsvorgänge um LEOPARD 1 und MARDER. Der Abteilungsleiter T im Bundesverteidigungsministerium Dr.-Ing. Fischer brachte die Interessenskoalition auf den Punkt. „Der Panzer ist nach unserer Auffassung ein zeitloses Gerät, der nicht in das übliche Schema konventioneller Waffen einzugliedern ist, sondern der Panzer ist ein Gerät, mit dem man über ein verseuchtes Schlachtfeld fahren kann, der Panzer ist das Gerät, das dem Soldaten überhaupt noch einen einigermaßen wirksamen Schutz geben kann. Jedes Bemühen, jedes Entwickeln auf diesem Gebiet ist also zweifellos lebenswichtig und auch zukunftsweisend.“¹⁷¹⁴

2. war zu beantworten, welche Gründe dazu führten, dass die deutsche Industrie mit den beiden Fahrzeugplattformen das erste vollständig in Deutschland entwickelte und produzierte Rüstungsprogramm nach dem Zweiten Weltkrieg auflegte. Hierbei müssen drei Ebenen betrachtet werden, die militärische, die politische und die wirtschaftliche. Auf militärischer Ebene wurde bereits von Beginn der Wiederbewaffnung an von Bundeswehrführung und der Truppe gewünscht, dass im Inland Rüstungsgüter produziert wurden. Zum einen weil die Nachschubfrage virulent war und kurze Wege von Seiten der Bundeswehr bevorzugt wurden. Zum anderen waren die Soldaten mit dem Gerät zur Erstausrüstung nicht zufrieden. Entweder war es veraltet oder entsprach nicht den Anforderungen für das mitteleuropäische Terrain. Als Beispiel sei hier nochmals der Kampfpanzer M 47 erwähnt, der für ein Kampfgebiet mit kurzen Entfernungen und wenig Deckung eine viel zu hohe Silhouette hatte. Hinzu kamen Neuanschaffungen aus dem Ausland, wie der HS 30 oder Munition aus der Türkei, die die Erwartungen enttäuschten.

Auf politischer Ebene setzten sich Politiker wie Franz-Josef Strauß frühzeitig für eine eigene deutsche Rüstungsindustrie ein. Zum einen weil er viele Punkte der militärischen Seite teilte, zum anderen weil die Rüstung für ihn nicht zuletzt ein Technologiemotor war, von dem auch die zivile Wirtschaft profitieren konnte. Die regionale Wirtschaftsförderung in manchen Gegenden der Bundesrepublik und die Gründung von Rüstungszentren wie München war ebenfalls auf Politiker wie Franz-Josef Strauß zurückzuführen. Eine generelle Ablehnung der Rüstungsindustrie wird auf der Ebene

1713 Vgl. Das Kampfwagenprogramm der Bundeswehr, S. 388.

1714 Fischer, Aktuelle Probleme der Wehrtechnik, S. 395.

des Verteidigungsausschusses und seiner Mitglieder oder gar in der Bundesregierung nicht sichtbar. Nicht zuletzt setzte sich das Primat der inländischen Beschaffung durch, nachdem in den 1950er Jahren oftmals ein Waffensystem aus außen- oder bündnispolitischen Gründen im Ausland angeschafft wurde.¹⁷¹⁵ Erste Versuche einer europäischen Rüstungskooperation¹⁷¹⁶ Ende der 1950er Jahre beim LEOPARD 1 und später beim Hauptkampfpanzer 70 scheiterten an nationalen Interessen, jedoch wurden LEOPARD 1 und 2 später aufgrund ihrer Qualität dennoch die Wegbereiter zu einer engeren Kooperation zwischen den NATO-Staaten und in verschiedenen Armeen eingeführt. Für den MARDER war gar keine Kooperation vorgesehen, da die deutsche Kampfweise der Panzergrenadiere auf Schützenpanzer einzigartig innerhalb der NATO war.

Vor allem aber änderte sich das Klima innerhalb der deutschen Industrie in den 1960er Jahren. Während nach dem Krieg die zivile Wirtschaft und der Aufschwung die Kapazitäten weitgehend auslastete, veränderte sich die Lage gegen Ende der 1950er Jahre. Nicht die gesamtdeutsche Wirtschaft in ihrer ganzen Breite, aber dennoch einige Firmen wollten den Wiedereinstieg in die Rüstungsproduktion forcieren und als politische Konjunkturspritze nutzen.¹⁷¹⁷ Dabei handelte es sich in erster Linie um Unternehmen, die bereits Erfahrung in diesem Bereich hatten wie Daimler-Benz, ZF Friedrichshafen oder die Quandt-Gruppe. Insbesondere Firmen, die in der zivilen Produktion nicht mehr wettbewerbsfähig waren, wie Krauss-Maffei freie Kapazitäten hatten oder deren Industriezweig wie in der Werftindustrie vor Umstrukturierungen stand, bewarben sich um größere Rüstungsaufträge.

Durch ihre Expertise beim Panzerbau aus der Vergangenheit und die Bereitschaft alle Investitionen für einen reibungslosen Ablauf zu tätigen, waren sowohl die Kenntnisse als auch die Kapazitäten vorhanden, Kettenfahrzeuge wie den LEOPARD 1 und den MARDER aus deutscher Produktion zu entwickeln und in Serie zu produzieren.¹⁷¹⁸

3. stellte sich die Frage, welche Maßnahmen das Verteidigungsministerium nach dem

1715 Vgl. Kollmer, „Klotzen, nicht kleckern!“, S. 612 u. Vortrag des Bundeskanzlers Konrad Adenauer über den Wunsch des britischen Verteidigungsministers Watkinson Panzer an Deutschland zu verkaufen,

86. Kabinettsitzung (3. Wahlperiode) vom 20.11.1959 (online unter:

http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0001/k/k1959k/kap1_2/kap2_45/para3_10.html? Zuletzt aufgerufen am 13.04.2015)

1716 Vgl. Schreiben des Unterabteilungsleiters XII C im Bundesministerium der Verteidigung Oberstleutnant Schanze an den Abteilungsleiter XII, General Vorwald, bzgl. Standard-Panzer vom 24.06.1957, BA-MA – BW 1 / 45252.

1717 Ähnliches geschah auch in der Sowjetunion. Vgl. dazu Köppl, Rüstungsmanagement und Verteidigungsfähigkeit der Nato, S. 5.

1718 Vgl. Senger und Etterlin, Der Kampfpanzer Leopard, S. 176.

Debakel um die Beschaffung des Schützenpanzers HS-30 ergriff, um Heeresrüstungsprojekte schneller, effizienter und vor allem kostengünstiger umzusetzen. Die Beschaffung des Schützenpanzers HS 30 wirkte wie ein heilsamer Schock und führte zu umfassenden Veränderungen im Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung. Zunächst wurde der Verwaltungsapparat personell verstärkt, um die Einzelprojekte besser abwickeln zu können. Darüber hinaus wurden die jeweiligen Schritte bis zur Serienfertigung ausdifferenziert und nur noch individuell abgerechnet.

Im Gegensatz zum früheren Procedere wurden mit den Prototypen und Serienfahrzeugen umfassende Tests in den Wehrtechnischen Dienststellen und im Ausland durchgeführt, genauso wie ausführliche Truppenversuche. Nach jeder Testreihe wurden mit der Industrie die Schwachstellen besprochen und so effizient verbessert. Nicht zuletzt moderne Projektmanagementelemente und die Beauftragung eines Generalunternehmers, der für den gesamten Beschaffungsvorgang gegenüber dem Ministerium verantwortlich zeichnete, führten zu einer Reduktion der Unwägbarkeiten bei den Rüstungsprojekten LEOPARD 1 und MARDER.¹⁷¹⁹ Da die Aufgaben für den Generalunternehmer des MARDER bei weitem noch nicht ausgereift waren, kann man zurecht das Kampfpanzerprojekt von Krauss-Maffei als erste erfolgreiche Generalunternehmerschaft der Bundesrepublik im Rüstungsbereich bezeichnen. Betrachtet man den Ablauf der Beschaffung und Einführung hatte sie sich vollauf bewährt. Freiherr von Senger und Etterlin kam zu dem Schluss, dass „das deutsche Heer mit diesem Kampfpanzer das Beste erhalten [hat], was unter den gegebenen Umständen erreichbar war. Es ist besser als alles, was andere erreicht haben.“¹⁷²⁰

Neben dem sichtbaren Erfolg der beiden Rüstungsprojekte, gibt deren Ablauf aber auch Einblicke hinter die Kulissen frei, die einen anderen Blickwinkel ermöglichen. Zunächst war in diesem Zusammenhang 4. zu klären, in welchem Verhältnis Parlament, stellvertretend der Verteidigungsausschuss, und Ministerialbürokratie bzw. Ministerium bei den Vorgängen rund um LEOPARD 1 und MARDER standen, wie der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren war und ob es einen Wissensvorsprung einer Seite gab. Dabei ist zu konstatieren, dass es einen erheblichen Austausch zwischen Ministerialbürokratie und Parlamentariern gab, der Verteidigungsausschusses aber erst relativ spät über die Planungen für Schützen- und Kampfpanzer informiert wurde. Der Ausschuss wollte in erster Linie eine schnelle Serienfertigung erreichen und fragte

1719 Vgl. Abresch / Lützow, Vom M 47 zum Leopard 2, S. 478 u. Bernuth, Planung und Vorbereitung der Serienfertigung des Kampfpanzers Leopard, S. 178.

1720 Senger und Etterlin, Der Kampfpanzer Leopard, S. 176.

immer wieder ungeduldig nach. Technische Details, Abläufe oder konkrete Maßnahmen wurden nicht diskutiert. Um Einzelheiten kümmerte sich das Ministerium, lediglich bei politisch heiklen Themen wie der Beschaffung der 1500 105 mm-Kanonen für den LEOPARD 1 aus Großbritannien wurde im Ausschuss länger gesprochen.

Insbesondere die Abteilungsleiter Wehrwirtschaft und Wehrtechnik, Dr. Knieper und Dr.-Ing. Fischer, verfügten über ein immenses Wissen und waren umfassend über alle Vorgänge im Bilde. Nach Sichtung des Aktenbestandes darf festgehalten werden, dass die Abgeordneten des Verteidigungsausschusses nur einen Bruchteil der verfügbaren Informationen erhalten haben. Der Kontakt kam hauptsächlich im Ausschuss zu Stande, das Verhältnis zwischen Parlamentariern und Ministerialbürokratie war von Sachlichkeit und gegenseitigem Respekt geprägt. In die wichtige Vergabe der Generalunternehmenschaft war der Verteidigungsausschuss nicht involviert und nur am Rande informiert, vertraute aber laut Akten offiziell der ministerialen Leitungsebene bei ihrer Entscheidung.

Daran anknüpfend war 5. zu erörtern, inwieweit Politiker versuchten, auf die Entscheidung des Ministeriums bei der Auftragsvergabe Einfluss zu nehmen. Hier ist zunächst festzuhalten, dass es vor allem um den Kampfpanzerauftrag ging. Für den Schützenpanzer war von Anfang an klar, dass Henschel und HANOMAG die einzigen beiden Interessenten mit entsprechender Kapazität waren. Später fusionierten sie und firmierten unter dem Namen Rheinstahl-Henschel. Es gab also keinen größeren Konkurrenzkampf um den Auftrag. Dementsprechend war die Quellenlage auch weit weniger ergiebig als beim LEOPARD 1. Unter Bezug auf Frage 4 muss zunächst festgehalten werden, dass der Verteidigungsausschuss nicht der Ort war, an dem eine Einflussnahme geschah. Eine solche wurde mittels persönlicher Korrespondenz oder Gesprächen versucht. Meistens handelte es sich um Briefe in denen wahlweise die Vorzüge eines Unternehmens gepriesen oder daran erinnert wurde, dass das jeweilige Bundesland doch entsprechend mit Aufträgen bedacht werden sollte bzw. die Situation der jeweiligen Betriebe oder Industriezweige angespannt sei.

Bei Politikern aller Ebenen sind zwei Grundmotive festzustellen, die sie bewogen haben, im Ministerium vorzusprechen. Einerseits, wenn mögliche Produktionsstandorte ihren Wahlkreis oder ihre Region betrafen, andererseits wenn enge persönliche Kontakte zu einem der konkurrierenden Unternehmen bestanden. Beispielhaft sei der Einsatz der Bayerischen Staatsregierung für Krauss-Maffei oder des Senates der Freien und Hansestadt Hamburg für die Schlieker-Werft zu nennen. Andere Politiker waren vorsichtiger.

In der Fachzeitschrift WEHR UND WIRTSCHAFT wurde sogar vermutet, von Hassel hätte den Zuschlag für die Generalunternehmerschaft des LEOPARD 1 nicht nach Kiel vergeben, um sich nicht als ehemaliger Ministerpräsident Schleswig-Holsteins dem Vorwurf der Parteilichkeit auszusetzen.¹⁷²¹ In erster Linie waren es aber Wahlkreis-abgeordnete oder Landespolitiker, die sich um eine Einflussnahme bemühten. Die Verteidigungsexperten aus dem Ausschuss hielten sich weitgehend zurück. Eine Ausnahme bildeten die Abgeordneten der CSU unter Führung von Dr. Friedrich Zimmermann, die sich massiv für Krauss-Maffei einsetzten. Als Ansprechpartner wählten die Politiker in erster Linie den Minister selbst, also die höchste mögliche Führungsebene, auf die Ministerialbürokratie wirkten sie kaum ein.

6. war zu klären, ob und in welcher Form Industrieunternehmen die Vergabe der Rüstungsaufträge LEOPARD 1 und MARDER zu beeinflussen versuchten. Beim MARDER-Projekt konnten aus bereits erwähnten Gründen aufgrund der Quellenlage keine Einflussversuche festgestellt werden. Beim LEOPARD 1 jedoch war die Situation eine andere. Alle drei zuletzt in Frage kommenden Generalunternehmer, Krauss-Maffei, MaK und die Quandt-Gruppe versuchten über diverse Wege, das Verteidigungsministerium davon zu überzeugen, dass sie den Auftrag erhalten sollten. Im Gegensatz zu den Politikern erfolgten diese Kontaktaufnahmen in erster Linie auf der Arbeitsebene – sprich über die Abteilungen T und W bzw. die zuständigen Referate des Ministeriums sowie über die zuständigen Pendants im BWB. Dabei waren die Beamten sehr daran interessiert, einen Interessensausgleich zu schaffen und auszuloten ob durch Kompensationsaufträge eine Einigung zu erzielen sei.

Das war jedoch letztendlich nicht im Vorfeld möglich. Um den Auftrag zu erhalten, nahmen die Unternehmen sogar untereinander Kontakt auf, wie man an der Kooperation von Krauss-Maffei und der MaK Kiel erkennen kann. Selbst die Schaffung von Arbeitsplätzen in Norddeutschland stellte Friedrich Flick in Aussicht, um den Auftrag zu ergattern. Letztendlich erhielt Krauss-Maffei tatsächlich den Zuschlag unter der Prämisse, sowohl MaK als auch die ehemaligen Entwicklerfirmen bei den Unteraufträgen zu bedenken. Bemerkenswert ist, dass andere Firmen des Flickkonzerns wie Daimler-Benz ebenfalls durch verschiedene Zulieferverträge profitierten.¹⁷²² Die Quandt-Gruppe konnte dennoch beispielsweise über Keller & Knappich einen Anteil am Auftrag erhalten. Somit waren alle Unternehmen auf irgendeine Art und Weise am

¹⁷²¹ Vgl. Standardpanzer ging durchs Ziel, S. 263.

¹⁷²² Vgl. Auer / Engpasser, Krauss-Maffei, S. 258.

Großprojekt LEOPARD 1 beteiligt. Das war nicht zuletzt den personellen Verquickungen zwischen Industrie, Politik und Ministerialbürokratie geschuldet, die Frage 7 zum Thema hatte. Sie führten dazu, dass alle Interessen mit bedacht wurden. Die spätere Berufung des Industriemanagers Mommsen als Staatssekretär war nur eines der prominentesten Beispiele für derartige Verbindungen. Der maßgeblich am Auftrag beteiligte Referatsleiter W III 3 des Ministeriums, Ministerialrat Dr. Beyer, wechselte später als Manager zu Krauss-Maffei, Abteilungsleiter T Dr. Fischer war der Werftindustrie auch in seiner Zeit als Ministerialdirektor noch sehr verbunden und die Flick-Vertrauten Pohle und Rohde, der bei Krauss-Maffei und MaK im Aufsichtsrat saß, waren gute Bekannte der Minister Strauß und von Hassel.

Innerhalb des Ministeriums waren durchaus Lager zu erkennen, die der einen oder anderen Firma enger verbunden waren. Während die Abteilung T eher den norddeutschen Unternehmen zugeneigt war, präferierte die Abteilung W unter Dr. Knieper eher Krauss-Maffei. Das war jedoch nur ein Ausdruck der Friktionen zwischen diesen beiden Spitzenbeamten. Den schwelenden internen Machtkampf entschied der spätere Staatssekretär Dr. Knieper für sich. Dr. Fischer bat zum 60. Geburtstag um seine Versetzung in den Ruhestand. Insbesondere Pohle spielte darüber hinaus bei der Lobbyarbeit für Krauss-Maffei als Generalbevollmächtigter von Flick, Bundestagsabgeordneter und Schatzmeister der CSU sowie als Kontaktmann ins Ministerium eine tragende Rolle.

Für die Bewertung der 8. Frage sind all diese Aspekte von Bedeutung. Zunächst ist festzuhalten, dass die Ministerialebene sich unmittelbar vor der Entscheidungsfindung nicht für Krauss-Maffei als Generalunternehmer aussprach. Das gilt sowohl für die technische als auch die wirtschaftliche Abteilung. Insbesondere die Abteilung T unter Dr. Fischer sprach sich für eine Vergabe in den Norden der Bundesrepublik aus. Wäre es nach den Experten des Ministeriums gegangen, hätte die Quandt-Gruppe und nicht Krauss-Maffei den Zuschlag erhalten. Es kam jedoch anders. Die politische Leitung des Hauses entschied sich für das Münchner Unternehmen der Flick-Gruppe.

Ausschlaggebend dürfte der politische Einfluss der bayerischen Lobbygruppe gewesen sein. Staatssekretär Hopf wurde noch unter Minister Strauß ins Amt eingeführt und von Hassel wurde zugesichert, dass ein beachtlicher Teil des Gesamtauftrages in Norddeutschland seinen Niederschlag finden würde. Die Bayerische Staatsregierung und die Verteidigungspolitiker der CSU setzten sich ebenfalls mit Nachdruck für Krauss-Maffei ein. Obwohl es bei der konkreten Ausgestaltung der Generalunternehmerschaft nochmals zu massiven Problemen mit Krauss-Maffei kam, wurde

das Kampfpanzerprojekt letztendlich zuverlässig und zügig umgesetzt. War es ein Einsatz von unlauteren Mitteln? Die Quellenlage legt zwar die Vermutung nahe, dass massive Werbung für Krauss-Maffei gemacht wurde, jedoch können keine illegalen Vorgänge nachgewiesen werden. Die Bemühungen der Politiker bewegten sich im damals üblichen Rahmen des Vorgehens bei Aufträgen dieser Größenordnung. Auch die Kontaktaufnahme der Unternehmen mit dem Ministerium auf der Arbeitsebene sind nachvollziehbar, da sich die Protagonisten aller Seiten persönlich kannten. Abschließend ist aber zu konstatieren, dass sich im Zweifelsfall die politischen Entscheider über die Empfehlungen der Ministerialbürokratie hinwegsetzten, wenn sie aus wirtschafts-, regional- oder machtpolitischen Gründen der Ansicht waren, anders entscheiden zu müssen.

VII. Quellen- und Literaturverzeichnis

VII.1 Ungedruckte Quellen

Abschrift des Erläuterungsberichtes bezgl. des Vertrages mit der Firma Krauss-Maffei AG über die Organisation der Fertigung und Lieferung von 1500 Kampfpanzern „Leopard“ vom 23.07.1964, BA-MA - BW 1 / 34328.

Akten über die Fertigung des Kampfpanzers LEOPARD 1962-1967, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 25 - I 31.

Aktennotiz bzgl. Eignung der Quandt-Gruppe für die Übernahme des Standardpanzer-Auftrages, BA-MA - BW 1 / 478303.

Aktennotiz des Vorstandsmitgliedes Dr. Wolf bzgl. der Zentralen Kampfpanzerentwicklung bei der Krauss-Maffei AG vom 16.11.1966, Bayerisches Wirtschaftsarchiv Historisches - Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Aktenvermerk KB II 5 des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung bezgl. einer Besprechung zur Vorbereitung der Serienfertigung Standard-Panzer vom 30.07.1963, BA-MA - BW 1 / 388491c.

Anschreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an das Bundesministerium der Verteidigung anlässlich der Generalunternehmenschaft für den Kampfpanzer LEOPARD vom 10.05.1963, BA-MA - BW 1 / 478305.

Beglaubigte Abschrift über den Entwurf eines Management-Vertrages über 1500 Kampfpanzer LEOPARD zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Krauss-Maffei Aktiengesellschaft, BA-MA - BW 1 / 34328.

Bemerkungen des Herrn Staatssekretär Hopf zur Vorlage des Abteilungsleiters T, Dr.-Ing. Fischer vom 18. April 1963 vom 02.05.1963, BA-MA - BW 1 / 478308.

Beratung des Einzelplans 14 für das Jahr 1961, Kurzprotokoll der 157. Sitzung des Haushaltsausschusses (3. Wahlperiode) vom 09.02.1961. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages.

Beratung des Einzelplans 14 für das Jahr 1962, Kurzprotokoll der 9. Sitzung des Haushaltsausschusses (4. Wahlperiode) vom 16.02.1962. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages.

Beratung des Einzelplans 14 für das Jahr 1963, Kurzprotokoll der 64. Sitzung des Haushaltsausschusses (4. Wahlperiode) vom 13.03.1963. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages.

Beratung des Einzelplans 14 für das Jahr 1964, Kurzprotokoll der 120. Sitzung des Haushaltsausschusses (4. Wahlperiode) vom 11.03.1964. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages.

Beratung des Einzelplans 14 für das Jahr 1965, Kurzprotokoll der 162. Sitzung des Haushaltsausschusses (4. Wahlperiode) vom 21.01.1965. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages.

Beratung über die Beschaffung des 4. Loses von LEOPARD 1-Panzern, Protokoll der 59. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 05.10.1967. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages – Bestand 3119 A5/5 Prot. 59.

Beratung über die Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen Nummer 74/67 über die Beschaffung von 345 weiteren Kampfpanzern LEOPARD, Kurzprotokoll der 83. Sitzung des Haushaltsausschusses (5. Wahlperiode) vom 12.10.1967. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages.

Bericht des Bundesverteidigungsministeriums über das Kampfwagenprogramm, Protokoll der 7. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 15.02.1962. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 7.

Bericht des Verteidigungsstaatssekretärs über den Stand der Bundeswehrplanung in Zusammenhang mit der mittelfristigen Finanzplanung, Protokoll der 58. Sitzung des Ausschusses der Verteidigung vom 07.09.1967. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A5/5 Prot. 58.

Bericht über eine Besprechung in Bonn anlässlich der Ausschreibung des Standardpanzers mittel am 18.06.1963 an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG Dr. Grabowski, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Bericht von General Foertsch über die Übung FALLEX 62, Protokoll der 35. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 07.03.1962. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 35.

Bericht zur militärischen Lage und zur Übung FALLEX 62 durch Generalmajor Kuntzen und Ministerialdirektor Dr.-Ing. Fischer (BMVg), Protokoll der 24. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 06.12.1962. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 24.

Besichtigung des Standardpanzers und des Kanonenjagdpanzers in Munsterlager, Protokoll der 44. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 20.05.1963. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 44.

Besprechungsgrundlage für die Routinebesprechung beim BMVtdg T III 2 am 4. Mai 1965, BA-MA - BW 1 / 478315.

Besprechungsgrundlage für die Wehrtechnische Jahresbesprechung beim BMVtdg T III 2 am 19.12.1966, BA-MA - BW 1 / 478315.

Besuchsbericht des Ingenieurs Herrn Peine am Standort Munsterlager vom 13.01.1966 anlässlich der Übernahme des Kampfpanzers LEOPARD, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 25 P 1962-66.

Bildung eines Unterausschusses des Verteidigungsausschusses wegen Erprobungsmängeln von Panzern, Protokoll der 80. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 11.06.1964. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A 4/5 Prot. 80.

Dankeschreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Dr. Alfons Goppel, vom 10.08.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Dankeschreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an den Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Dr. Otto Schedl, vom 12.08.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Diskussion über den Bundeshaushaltsplan 1963 Kapitel 1415 Titel 852, Protokoll der 25. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 12.12.1962. Parlamentsarchiv des deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 25.

Diskussion über den Bundeshaushaltsplan 1963 Kapitel 1415 Titel 852, Protokoll der 31. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 17.01.1963. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 31.

Diskussion über den Bundeshaushaltsplan 1965 Kapitel 1415 Titel 852, Protokoll der 106. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 17.03.1965. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 106.

Diskussion über den Bundeshaushaltsplan 1967 Kapitel 1415 Titel 852, Protokoll der 46. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 22.02.1967. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A5/5 Prot. 46.

Diskussion über die Vorlage des Bundesverteidigungsministeriums H II 3 Az: 27-40-15-52 vom 18.06.1963 Kampffahrzeugprogramm Kap. 1415 Tit. 852; hier: Standardpanzer und Jagdpanzer-Kanone, Protokoll der 51. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 26.06.1963. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A4/5 Prot. 51.

Dokumentation über den Anlauf des Kampfpanzers LEOPARD und die hierzu durchgeführten Arbeiten im B-Bereich vom 25.01.1966, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Ergebnisprotokoll des Referates W III 3 des Bundesministeriums der Verteidigung bzgl. Der Besprechung mit der Rheinstahl AG und der Henschel AG über die Generalunternehmenschaft SPz neu vom 20. Dezember 1962, BA-MA - BW 1 / 67186.

Ergebnisprotokoll über eine Sitzung beim Abteilungsleiter T im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr.-Ing. Fischer, bzgl. der Generalunternehmenschaft Standardpanzer vom 20.04.1963, BA-MA - BW 1 / 478305.

Fernschreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an den Vorstad der Krauss-Maffei AG z.Hd. von Herrn Dr. Stamm vom 29.07.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Fernschreiben Nr. 945 des Vorstandsmitgliedes Dr. Stamm an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Herrn Dr. Grabowski, bezüglich der Serienreifmachung des Kampfpanzers LEOPARD vom 26.05.1964, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Fernschreiben Nr. 1113 Gesellschafters der Friedrich Flick KG, Dr. Pohle, an den Generaldirektor Dr.-Ing. e.h. Franz Grabowski, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967.

Fernschreiben von Harald Quandt an den Bundesminister der Verteidigung, Kai-Uwe von Hassel, vom 12.07.1963, BA-MA - BW 1 / 478303.

Fernschreiben von Harald Quandt an den Referatsleiter W III 3 im Bundesministerium der Verteidigung, MinR Dr. Beyer, bzgl. Generalunternehmenschaft vom 29.08.1962, BA-MA - BW 1 / 478303.

Fortsetzung der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 Kap. 1415 (Feldzeugwesen Fortsetzung), Stenographisches Protokoll über die 51. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung vom 19.03.1959. Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages - Bestand 3119 A3/5 Prot. 51.

Gesamtbericht über die deutsche technische Erprobung des Kampfpanzers Leopard auf Sardinien vom 25.07. bis 22.08.1964, BA-MA - BW 1 / 478311.

Kampftruppenschule II ATV / Takt u. Auswtg PzGren an Inspektion der Kampftruppen 5 / Köln bzgl. Abschlussbericht Truppenversuch mit SPz Marder vom 01.07.1970, BA-MA - BW 1 / 446740.

Kampftruppenschule II Spezialstab ATV an Inspektion der Kampftruppen 5 / Köln bzgl. Des erweiterten Truppenversuchs bis Bataillonsebene mit Kampfpanzer „Leopard“ vom 29.10.1965, BA-MA - BW 1 / 388491c.

Lebenslauf des Obersten Gerd Ruge vom 14.04.1971, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Nachlass Bernd C. Hesslein (Materialsammlung Bundeswehr) - ED 447, Band 14.

Memorandum des Senates der Freien und Hansestadt Hamburg bzgl. der Vergabe Generalunternehmenschaft Standardpanzer, BA-MA - BW 1 / 478305.

Niederschrift über die Besprechung zwischen dem französischen und deutschen Verteidigungsminister am 01.10.1962 durch Abteilungsleiter T des Bundesministeriums der Verteidigung vom 02.10.1962, BA-MA - BW 1 / 478308.

Notiz von Dr. Wolfgang Pohle an Dr. Friedrich Flick vom 14.10.1966, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) I 22 Pz. 1966/1967.

Notiz von Dr. Wolfgang Pohle an Dr. Friedrich Flick vom 26.10.1966, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967.

Panzerprogramm, BA-MA - BW 1 / 478308.

Presseauswertung des Informations- und Pressezentrum des Bundesministeriums der Verteidigung anlässlich der Vorstellung des neuen SPZ „MARDER“ vom 28.05.1969, BA-MA - BW 1 / 25282.

Protokoll der Besprechung über den Kampfpanzer LEOPARD bei der Panzerlehrbrigade 9 am 20.05.1966 in Munster, Historisches Archiv - Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 28 Pz. 1963-1967.

Protokoll der Vorstandssitzung der Krauss-Maffei AG vom 21.01.1963 (3/1963), Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Vorstandssitzungen-Protokolle) - B 33 1963.

Protokoll über die Sitzung der deutsch-französischen Zusammenarbeit Unterausschuss Heer (Arbeitsgruppe „Panzer“) vom 6. und 7.05.1957, BA-MA - BW 1 / 452528.

Rohübersetzung des Übersetzerdienstes der Bundeswehr der Protokolle über die Erprobung des LEOPARD durch Italien auf Sardinien und im Veneto vom 14.06.1965, BA-MA - BW 1 / 1939.

Schreiben an den Referatsleiter W III 3 im Bundesministerium der Verteidigung, MinR Dr. Beyer, vom 21.03.1963, BA-MA - BW 1 / 478305.

Schreiben der Abteilungsleiter T und W im Bundesministerium der Verteidigung, Dr.-Ing. Fischer und Dr. Knieper, an Minister von Hassel bzgl. der Standardpanzer-Fertigung vom 25.03.1963, BA-MA - BW 1 / 478305.

Schreiben der Geschäftsführung der Maschinenbau Kiel GmbH an das Bundesministerium der Verteidigung bzgl. der Serienfertigung Kampfpanzer mittel vom 10.05.1963, BA-MA - BW 1 / 478305.

Schreiben der Krauss-Maffei Fahrzeug-GmbH an Brigadegeneral Mühllehner bzgl. Libyen vom 05.03.1968, BA-MA - BW 1 / 374223.

Schreiben der Maschinenbau Kiel GmbH an den Referatsleiter W III 3 im Bundesverteidigungsministeriums, MinR Dr. Beyer, bzgl. Standardpanzer-Serienfertigung, BA-MA - BW 1 / 478303.

Schreiben der Referate W III 3 und T III 2 des Bundesministeriums der Verteidigung an das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz bzgl. Generalunternehmenschaft für den Kampfpanzer mittel vom 11.09.1962, BA-MA - BW 1 / 4387.

Schreiben der Referate W III 3 und T III 2 des Bundesministeriums der Verteidigung an das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung KB II bzgl. eines Generalunternehmers Schützenpanzer neu / Jagdpanzer Kanone vom 08.10.1962, BA-MA - BW 1 / 67186.

Schreiben des Abteilungsleiters T MinDir Dr.-Ing. Fischer an den Abteilungsleiter W im Bundesverteidigungsministerium, MinDir Dr. Knieper, bzgl. eines Generalunternehmers für den Bau von Standardpanzern vom 02.05.1962, BA-MA - BW 1 / 478303.

Schreiben des Abteilungsleiters T Min Dir Dr.-Ing. Fischer an den Abteilungsleiter W im Bundesverteidigungsministerium, MinDir Dr. Knieper, bzgl. Standard-Panzer Fertigung vom 22.06.1962, BA-MA - BW 1 / 478308.

Schreiben des Abteilungsleiters T, MinDir Dr.-Ing. Fischer, an den Bundesminister der Verteidigung, Kai-Uwe von Hassel, vom 13.11.1963, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben des Abteilungsleiters W im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr. Knieper, an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr bzgl. Der Beteiligung der bayerischen Wirtschaft am Kampfpanzerprogramm vom 26.06.1963, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben des Abteilungsleiters W im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr. Knieper, an die Unterabteilung W III bzgl. Vergabe des Kampfpanzerauftrages vom 16.07.1963, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben des Abteilungsleiters W im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr. Knieper, an Minister Franz Josef Strauß vom 31.03.1962 bzgl. des Standardpanzers, BA-MA - BW 1 / 478303.

Schreiben des Abteilungsleiters W im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr. Knieper, an Minister Franz Josef Strauß vom 26.06.1962 bzgl. Fertigung Standardpanzer, BA-MA - BW 1 / 478303.

Schreiben des Abteilungsleiters W im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr. Knieper, an Minister Kai-Uwe von Hassel bzgl. des Panzerauftrages vom 07.12.1963, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an Bundesverteidigungsminister von Hassel vom 06.12.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an Bundesverteidigungsminister von Hassel vom 03.03.1964, BA-MA - BW 1 / 482143.

Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an Bundesverteidigungsminister von Hassel vom 28.07.1964, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an den Vorstand der Krauss-Maffei AG vom 26.10.1956, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an den Vorstand der Krauss-Maffei AG bezüglich des Panzerauftrages vom 16.07.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, an den Vorstand der Krauss-Maffei AG vom 06.12.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr an den Bundesminister der Verteidigung bzgl. Beteiligung von bayerischen Unternehmen an der Kampfpanzerproduktion für die Bundeswehr vom 06.05.1963, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben des Bundestagsabgeordneten Dr. Friedrich Zimmermann an den Bundesverteidigungsminister, Kai-Uwe von Hassel, bzgl. der Generalunternehmerschaft für den Standard-Panzer vom 20.02.1963, BA-MA - BW 1 / 478305.

Schreiben des Bundesverteidigungsministers, Kai-Uwe von Hassel, an den hamburger Bürgermeister Engelhard bzgl. Der Fertigung des Standardpanzers durch Quandt auf dem Gelände der ehemaligen Schliekerwerft vom 06.08.1963, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben des Bundesverteidigungsministers, Kai-Uwe von Hassel, an den Vorstand der Büssing Automobilwerke AG, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben des Bundesverteidigungsministers, Kai-Uwe von Hassel, an Konsul Harald Quandt, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben des Bundesverteidigungsministers, Kai-Uwe von Hassel, an Hugo Stinnes, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben des geschäftsführenden Gesellschafters der Friedrich Flick KG, Eberhard von Brauchitsch, an das Vorstandsmitglied der Krauss-Maffei AG, Dr. Wolf, vom 25.07.1967, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967.

Schreiben des hessischen Ministerpräsidenten Dr. h.c. Dr e.h. Georg August Zinn an den geschäftsführenden Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Eberhard von Brauchitsch vom 20.07.1967, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967.

Schreiben des Journalisten Bernd C. Hesslein an den Bundestagsabgeordneten Karl-Wilhelm Berkhan vom 06.08.1971, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Nachlass Bernd C. Hesslein (Materialsammlung Bundeswehr) - ED 447, Band 14.

Schreiben des Journalisten Bernd C. Hesslein an den Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung, Karl-Wilhelm Berkhan vom 05.03.1971, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Nachlass Bernd C. Hesslein (Materialsammlung Bundeswehr) - ED 447, Band 14.

Schreiben des Journalisten Bernd C. Hesslein an den Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung, Karl-Wilhelm Berkhan vom 23.03.1971, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Nachlass Bernd C. Hesslein (Materialsammlung Bundeswehr) - ED 447, Band 14.

Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung Karl-Wilhelm Berkhan an den Journalisten Bernd C. Hesslein vom 18.03.1971, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Nachlass Bernd C. Hesslein (Materialsammlung Bundeswehr) - ED 447, Band 14.

Schreiben des Präsidenten des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung, Dr. Benecke, an den Bundesverteidigungsminister, Kai-Uwe von Hassel, bzgl. Montage des mittleren Kampfpanzers vom 27.11.1963, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben des Referates T III 2 an den Abteilungsleiter T im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr.-Ing. Fischer, vom 19.03.1963, BA-MA - BW 1 / 478305.

Schreiben des Referates W I 4 an das Auswärtige Amt bezgl. eines möglichen Exports von Kampfpanzern an Libyen vom 08.03.1968, BA-MA - BW 1 / 374223.

Schreiben des Referates W I 5 an die Geschäftsführung der Krauss-Maffei GmbH bzgl. Des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen vom 15.07.1968, BA-MA - BW 1 / 374223.

Schreiben des Referates W III 4 an den Abteilungsleiter W, MinDir Dr. Knieper, bezgl. des Besuches von Direktor Schecker (Howaldtwerke Hamburg) beim Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium am 11.07.1962 vom 09.07.1962, BA-MA - BW 1 / 478303.

Schreiben des Referatsleiters W III 3 MinR Dr. Beyer an den Abteilungsleiter W, MinDir Dr. Knieper, bzgl. der Fertigung des Standardpanzers bei einem mögl. Generalunternehmer Büssing vom 17.07.1962, BA-MA - BW 1 / 478303.

Schreiben des Referatsleiters W III 3 MinR Dr. Beyer an den Abteilungsleiter W, MinDir Dr. Knieper, bzgl. der Generalunternehmerschaft des Standardpanzers vom 08.05.1963, BA-MA - BW 1 / 478305.

Schreiben des Referatsleiters W III 3 MinR Dr. Beyer an den Abteilungsleiter W, MinDir Dr. Knieper, bzgl. der Generalunternehmerschaft des Standardpanzers vom 26.06.1963, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben des Referatsleiters W III 3 im Bundesministerium der Verteidigung, MinR Dr. Beyer, an den Unterabteilungsleiter W III bzgl. einer alternativen Generalunternehmerschaft Standardpanzer vom 20.08.1962, BA-MA - BW 1 / 478303.

Schreiben des Referatsleiters W III 3 im Bundesministerium der Verteidigung, MinR Dr. Beyer, an Walter Jordan bzgl. Der Standardpanzer-Großserie vom 07.08.1962, BA-MA - BW 1 / 478303.

Schreiben des Sprechers des Bundesministerium der Verteidigung Armin Halle an den Journalisten Bernd C. Hesslein vom 06.10.1971, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Nachlass Bernd C. Hesslein (Materialsammlung Bundeswehr) - ED 447, Band 14.

Schreiben des Unterabteilungsleiters XII C im Bundesministerium der Verteidigung Oberstleutnant Schanze an den Abteilungsleiter XII, Generalleutnant a. D. Vorwald, bzgl. Standard-Panzer vom 24.06.1957, BA-MA - BW 1 / 452528.

Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses „Öffentliches Auftragswesen“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Oberbaurat Schmidt, an den Leiter der Abteilung XII im Bundesministerium der Verteidigung, General Vorwald, bzgl. Der Standardpanzer-Entwicklung vom 04.07.1957, BA-MA - BW 1 / 1951.

Schreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an den Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Grabowski bezüglich Rüstungsaufträgen vom 04.05.1961, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Schreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an den Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Grabowski bezüglich der Entwicklung von Kampfpanzern vom 18.04.1966, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Schreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an das Bundesministerium der Verteidigung anlässlich der Generalunternehmenschaft für den Kampfpanzer LEOPARD vom 10.05.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 25 P 1962-66.

Schreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an den Generaldirektor Alfred Rohde vom 25.04.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Schreiben des Vorstandes der Krauss-Maffei AG an Ministerialdirektor Frahm vom 11.03.1963, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 25 Pz. 1962-1966.

Schreiben des Vorstandsmitgliedes Dr. Stamm an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, vom 13.11.1956, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Schreiben des Vorstandsmitgliedes Dr. Stamm an den restlichen Vorstand der Krauss-Maffei AG bezüglich einer Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. Knieper und Oberregierungsrat Witte über den nicht getätigten Entwicklungsauftrag auf ein Kettenfahrzeug vom 20.03.1961, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Schreiben des Vorstandsmitgliedes Dr. Wolf an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, vom 13.09.1966, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Schreiben des Vorstandsmitgliedes Dr. Wolf an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Krauss-Maffei AG, Dr. Grabowski, vom 25.11.1966, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967.

Schreiben des Vorstandsmitgliedes Dr. Wolf an den Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Dr. Pohle, vom 23.03.1967, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1967.

Schreiben des Vorstandsmitgliedes Dr. Wolf an den Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Dr. Pohle, vom 20.03.1968, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967.

Schreiben des Vorstandsmitgliedes Dr. Wolf an den Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Dr. Pohle, vom 16.07.1968, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967.

Schreiben von Alfred Rohde an den Bundesminister der Verteidigung, Kai-Uwe von Hassel, vom 18.04.1963, BA-MA - BW 1 / 478305.

Schreiben von Dipl.-Ing. Severin Bertsch an den MinR Dr. Beyer im Bundesministerium der Verteidigung vom 21.08.1962, BA-MA - BW 1 / 478303.

Schreiben von Fritz-Aurel Goergen an den Abteilungsleiter W im Bundesverteidigungsministerium, Dr. Knieper, bzgl. der Koordination Standard-Panzer und Schützen-Panzer Fertigung vom 05.08.1963, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben von Hugu Stinnes an den Abteilungsleiter W im Bundesministerium der Verteidigung, MinDir Dr. Knieper, vom 01.08.1963, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben von MinDir Dr. Krautwig aus dem Bundeswirtschaftsministerium an den Verteidigungsstaatssekretär Dr. Hopf vom 07.05.1963, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben von MinDir Dr. Knieper aus dem Bundesministerium für Verteidigung an MinDir Dr. Krautwig im Bundeswirtschaftsministerium, BA-MA - BW 1 / 478306.

Schreiben von Oberst Gerd Ruge an den Journalisten Bernd C. Hesslein vom 19.03.1971, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Nachlass Bernd C. Hesslein (Materialsammlung Bundeswehr) - ED 447, Band 14.

Schreiben von Walter Jordan an die Abteilung W im Bundesministerium der Verteidigung bzgl. Der Standard-Panzer Großserie vom 17.07.1962, BA-MA - BW 1 / 478303.

Technische Daten in Zusammenhang mit der Fertigung LEOPARD vom 14.09.1965, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 56-63.

Umlaufprotokoll bezüglich der Gründung der Krauss-Maffei Fahrzeug G.m.b.H. vom 31.03.1967, Bayerisches Wirtschaftsarchiv - Historisches Archiv Krauss-Maffei AG (Wehrtechnik-Korrespondenz) - I 22 Pz. 1966/1967.

Vermerk des Referates KB II 5 des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung über eine Besprechung beim Referat W III 3 des Bundesministeriums der Verteidigung bzgl. des Generalunternehmers Standardpanzer vom 30.08.1963, BA-MA - BW 1 / 478306.

Vermerk des Referates KB II 5 des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung über eine Besprechung mit der Firma MaK bzgl. der Standardpanzer-Serie vom 09.09.1963, BA-MA - BW 1 / 478306.

Vermerk des Referates W III 3 des Bundesministeriums der Verteidigung über eine Besprechung mit Harald Quandt am 08.03.1963 vom 09.03.1963, BA-MA - BW 1 / 478305.

Vermerk des Referates W III 3 des Bundesministeriums der Verteidigung bzgl. Entscheidungsgründe für die Auswahl des Generalunternehmers Standardpanzer, BA-MA - BW 1 / 478305.

VII.2 Veröffentlichte Quellen

Abresch, Rolf / Lützow, Rolf-Jürgen: Vom M47 zum Leopard 2. Die Ausrüstung des Heeres, in: SOLDAT UND TECHNIK 8 (1995), S. 478-505.

Adenauer, Konrad: Bericht zur politischen Lage vor dem engeren CDU-Bundesparteivorstand in Bonn (Palais Schaumburg), in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Konrad Adenauer. Reden 1917-1967, Stuttgart 1975, S. 431-442.

AMX 30 und der deutsche Standardpanzer. Keine europäische Gemeinschaftsentwicklung, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 7 (1963), S. 264f.

Baumann, Gerhard: Devisenausgleichsabkommen als rechtlich-wirtschaftliches Problem, in: WEHRKUNDE 12 (1966), S. 628-634.

Baumann, Gerhard: Die militärpolitische Lage am Jahresende, in: WEHRKUNDE 12 (1973), S. 609-619.

Beaufre, André: Vorfeld und Hinterland. Verteidigung für Deutschland und Frankreich Gemeinsamkeiten und Gegensätze, in: Raven, Wolfram von (Hrsg.): Armee gegen den Krieg, Stuttgart 1966, S. 176-192.

Bedingt abwehrbereit. Strategie, in: DER SPIEGEL vom 10.10.1962 (Nr. 41/1962), S. 33-53.

Bedingt abwehrbereit. Wehrdebatte, in: DER SPIEGEL vom 27.01.1965 (Nr. 5/1965), S. 17.

Beer, Albert: Kampfpanzer oder „Kampfhubschrauber“?, in: WEHRKUNDE 2 (1968), S. 79-82.

Benecke, Theodor: Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung Mittler zwischen Industrie und Bundeswehr, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 8 (1966), S. 329-338.

Benecke, Theodor: Modernes Management bei der Entwicklung von Großgerät der Bundeswehr, in: JAHRBUCH DER WEHRTECHNIK 4 (1969), S. 14-16.

Bernuth, Hans Dietrich von: Planung und Vorbereitung der Serienfertigung des Kampfpanzers Leopard, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 177f.

Beschaffungsprobleme der Verteidigung, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 11 (1964), S. 494-497.

BMVtdg berichtet über Projekt „Hauptkampfpanzer 70“, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 10 (1965), S. 524.

Bohrmann, Kurt: Die Entwicklung des SPz „MARDER“, in: SOLDAT UND TECHNIK 6 (1971), S. 312-319.

Bohrmann, Kurt: Schützenpanzerentwicklung 1960 bis 1970. Der Weg zum SPz MARDER, in: JAHRBUCH DER WEHRTECHNIK 5 (1970), S. 66-72.

Braucht die Bundeswehr noch Panzerjäger?, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 4 (1969), S. 196-198.

Brigade Quandt. Panzer, in: DER SPIEGEL vom 08.05.1963 (Nr. 19/1963), S. 25f.

Brossollet, Guy: Das Ende der Schlacht, Versuch über die „Nicht-Schlacht“, in: Verteidigung ohne Schlacht, München – Wien 1976, S. 93-214.

Brücken-Panzer Leopard 1, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 9 (1971), S. 411.

Bundeshaushaltspläne 1959-1967, Bonn 1959-1967.

Claer, Carl-Gideon von: Panzerjagd an der Zonengrenze? in: DER SPIEGEL vom 05.12.1966 (Nr. 50/1966), S. 62.

Claer, Carl-Gideon von: Schwerer, stärker, schneller als ein „LEOPARD“, in: DER SPIEGEL vom 05.05.1965 (Nr. 19/1965), S. 29.

Das Geld, die Macht und FJS. Wie Franz Josef Strauß Politik und Geschäft miteinander verquickte (I), in: DER SPIEGEL vom 22.07.1996 (Nr. 30/1996), S. 52-60.

Das Kampfwagenprogramm der Bundeswehr, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 10 (1963), S. 385-388.

De Maizière, Ulrich: Die Konzeption des Heeres. Vortrag vor der Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik e.V. und des Arbeitskreises für Wehrforschung, gehalten am 30. April 1965 in Bad Godesberg, in: ders.: Soldatische Führung - heute. Vorträge und Reden zur Aufgabe und Situation der Bundeswehr (Truppe und Verwaltung Band 12), Hamburg - Berlin 1966, S. 59-74.

De Maizière, Ulrich: Heer im Atomzeitalter. Konsequenzen des neuen Kriegsbildes Entscheidend bleibt der Mensch, in: Raven, Wolfram von (Hrsg.): Armee gegen den Krieg, Stuttgart 1966, S. 224-241.

Der Elysee-Vertrag, in: Auswärtiges Amt (Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dokumente von 1949 bis 1994, Köln 1995, S. 275-278.

Der erste „Leopard“ rollte vom Fließband, in: SOLDAT UND TECHNIK 10 (1965), S. 541.

Der französische Standardpanzer AMX 30. Prototyp seit Jahresbeginn im Truppenversuch zur Vergleichserprobung mit deutschem Standardpanzer im Herbst, in: SOLDAT UND TECHNIK 8 (1963), S. 430f.

Der Jagdpanzer mit 90 mm Kanone. Das erste Mitglied der leichten Panzerfamilie Serienfertigung läuft an, in: SOLDAT UND TECHNIK 8 (1963), S. 428f.

Der „Leopard“. Deutsche Version des europäischen Standardpanzers, in: SOLDAT UND TECHNIK 8 (1963), S. 426-428.

Der neue Panzer der Bundeswehr, in: DER SPIEGEL vom 27.03.1963 (Nr. 13/1963), S. 20.

Der neue Schützenpanzer des Heeres. Ausgereifte Entwicklung führt zum modernen SPz, in: SOLDAT UND TECHNIK 10 (1968), S. 554-558.

Deutscher Standardpanzer, in: WEHRKUNDE 3 (1963), S. 162f.

Die deutsch-amerikanische Gemeinschaftsentwicklung: Kampfpanzer 70, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 11 (1967), S. 574f.

Die Kampfpanzer der 30-t-Klasse. Ein Überblick über den gegenwärtigen Stand der Technik – Begriffsbestimmungen, in: SOLDAT UND TECHNIK 7 (1963), S. 372-376.

Die neue Kampfpanzergeneration des deutschen Heeres: „Leopard“ und „Kampfpanzer 70“, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 5 (1967), S. 281-287.

Die neue Rüstungsplanung, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 3 (1972), S. 112.

Eisele, Karl: Das Fernmeldegerät des Leopard, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 197-201.

Engelien, Fritz: Auswirkungen der Vorneverteidigung auf die Nationale Verteidigung, in: WEHRKUNDE 7 (1969), S. 345-349.

Erler, Fritz: Opposition und Wehrbeitrag. Hypotheken aus der Vergangenheit Rüstung im gespaltenen Deutschland, in: Raven, Wolfram von (Hrsg.): Armee gegen den Krieg, Stuttgart 1966, S. 72-103.

Entscheidungen über Marder-Auftrag, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 9 (1969), S. 463.

Fechner, Eberhard: Turm und Bewaffnung des Leopard, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 190-195.

Fehr, Heinrich / Fürch, Rudolf / Nieme, Hans-Joachim: Pflege, Wartung und Instandsetzung des Leopard, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 206-214.

Fischer, Karl: Aktuelle Probleme der Wehrtechnik, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 10 (1963), S. 389-404.

Fischer, Karl: Die neuen deutschen Panzerentwicklungen serienreif. Standardpanzer und Kanonenjagdpanzer entsprechen allen Anforderungen, in SOLDAT UND TECHNIK 9 (1963), S. 481f.

Flakpanzer. Luftschild der Heere, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 12 (1973), S. 673-677.

Forderungen an den modernen Panzer, in: SOLDAT UND TECHNIK 2 (1958), S. 77.

Fortsetzung der Beratung der großen Anfrage der Fraktion FDP betr. die Lage in der Bundeswehr (Drucksache IV/2426), in: Verhandlungen des deutschen Bundestages, 156. Sitzung der 4. Wahlperiode (1961-1965), S. 7669C-7697D.

Fortsetzung der Beratung der großen Anfrage der Fraktion FDP betr. die Lage in der Bundeswehr (Drucksache IV/2426), in: Verhandlungen des deutschen Bundestages, 157. Sitzung der 4. Wahlperiode (1961-1965), S. 7754B.

Generalunternehmer für Entwicklungen, in: DER BUNDESWEHRBEAMTE 4 (1967), S. 88f.

Geisenheyner, Stefan: Hat der Panzer eine Überlebenschance, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 4 (1973), S. 242.

Grossner, Claus: Wir wurden schon kräftig hereingelegt. Die Verflechtung von Rüstungswirtschaft, Militär und Politik in der Bundesrepublik, in: DER SPIEGEL vom 15.03.1971 (Nr. 12/1971), S. 84-94.

Guderian, Heinz: Führung und Kampf der gepanzerten Truppen. Gepanzerte Verbände sind und bleiben vielseitigstes Mittel der Kampfführung zu Lande, in: SOLDAT UND TECHNIK 6 (1971), S. 297-301.

Guderian, Heinz: Panzer Marsch, hrsg. u. bearb. von Oskar Munzel, 2. Auflage München 1957.

Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu: Die grundlegenden Probleme der NATO, WEHRKUNDE 4 (1966), S. 176-178.

Hauska, Fritz: Gedanken zur Entwicklung von Kettenfahrzeugen, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 11 (1961), S. 481-484.

Heggemann, Dieter / Kahn, Helmut Wolfgang: Mehr Sicherheit für weniger Geld, in: STERN vom 08.11.1970 (Nr. 46/1970), S. 58-66.

Heusinger, Adolf: Sicherheit und Entspannung, in: Sicherheit und Entspannung. Zum siebzigsten Geburtstag von General a. D. Adolf Heusinger, Köln 1967, S. 57-73.

Hilmes, Rolf: 20 Jahre Kampfpanzer LEOPARD 1. Zum Jubiläum eines bewährten Waffensystems, in: SOLDAT UND TECHNIK 9 (1985), S. 530-531.

Icken, Theodor: Das Fahrgestell des Leopard, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 182-189.

Jahn, Edgar: Wehrpolitik und Rüstung, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 5/6 (1967), S. 207-210.

Kampf ums Rohr. Europa-Panzer, in: DER SPIEGEL vom 19.06.1963 (Nr. 25/1963), S. 22-24.

- Kampfpanzer-Entwicklung, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 4 (1969), S. 178.
- Kampfpanzer 70 auf Eis, in WEHR UND WIRTSCHAFT 10 (1969), S. 527f.
- Kampfpanzer 70 ein totgeborenes Kind?, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 9 (1969), S. 463f.
- Kampfpanzer 80-Studie, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 9 (1970), S. 463.
- Kampfwertgesteigerter KPz Leopard 1 A1. Erste Abwandlung (A1) des Grundmodells, in SOLDAT UND TECHNIK 5 (1972), S. 234.
- Kirsch, Karl: Turm und Bewaffnung des Schützenpanzer „Marder“, in: SOLDAT UND TECHNIK 6 (1971), S. 326-331.
- Kissinger, Henry A.: Das nukleare Dilemma der Allianz. Eine kritische Untersuchung der amerikanischen politisch-strategischen Planung für Europas Verteidigung, in: WEHRKUNDE 5 (1963), S. 229-245.
- Klennert, Wolfgang / Schneider, Klaus: Der neue deutsche Schützenpanzer, in: SOLDAT UND TECHNIK 6 (1971), S. 306-311.
- Koch, Peter: Die Fertigung des Kampfpanzers Leopard, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 179f.
- Köhl, Joachim: Pionierpanzer und Brückenlegepanzer der Leopard-Familie, in: JAHR-
BUCH DER WEHRTECHNIK 4 (1969), S. 52-59.
- Kostensenkung für Panzer 70 angestrebt, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 12 (1969), S. 645.
- Kreft, Fritz Hermann: Die Erprobung des Schützenpanzers „MARDER“, in: JAHR-
BUCH DER WEHRTECHNIK 4 (1969), S. 42-50.
- Kruls, Hendrik J.: Strategisches Reserve-Korps für den Westen. General H. J. Kruls über: „Das militärische Potential des Westens“, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 6 (1959), S. 8.
- Kuckartz, Hubert J.: Hauptkampfpanzer 70, in: WEHRKUNDE 8 (1967), S. 433-437.
- Lemm, Heinz-Georg: Die Infanterie in modernen Heeren, in: WEHRKUNDE 4 (1967), S. 169-175.
- Leopard, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 8 (1968), S. 371f.
- „Leopard“ auch für Italien. Wichtiger Schritt zur Standardisierung der NATO-Waffen, in: SOLDAT UND TECHNIK 3 (1970), S. 124.
- „Leopard“ der augenblicklich beste Panzer, in: WEHRKUNDE 10 (1965), S. 544f.

- Leopard ein Exportschlager, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 10 (1969), S. 528.
- „Leopard“ zunächst mit Dieselmotor, in: WEHRKUNDE 12 (1964), S. 660.
- Leopard-Export, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 12 (1967), S. 619.
- „Leopard II“ als Kampfpanzer der 70er Jahre. Nachfolgepanzer des M-48, in: SOLDAT UND TECHNIK 3 (1970), S. 124.
- Licht vom Mond. Panzerbau, in: DER SPIEGEL vom 03.11.1969 (Nr. 46/1969), S. 57-60.
- Magirus, Werner: Der Kampfpanzer „Leopard“. Übergabe des ersten Serien-Standardpanzers, in WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 9 (1965), S. 347-357.
- Medert, Ekkehard: Der Kampfpanzer im atomar geführten Gefecht (I), in: WEHRKUNDE 11 (1963), S. 592-598.
- Medert, Ekkehard: Der Kampfpanzer im atomar geführten Gefecht (II), in: WEHRKUNDE 12 (1963), S. 668-673.
- Mesnet, M.: Grenzen und Möglichkeiten der Europäischen Verteidigungsindustrie, in: WEHRKUNDE 5 (1971), S. 225-230.
- Meyer-Detring, Wilhelm: Konventionelle Verteidigung in Mitteleuropa, in: WEHRKUNDE 6 (1974), S. 286-290.
- Michels, Willi K.: Jagdpanzer „Leopard“ und Kanonenpanzer, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 8/9 (1964), S. 359.
- Middeldorf, Eike: Führung und Gefecht. Grundriss der Taktik, 2. völlig neu bearbeitete Auflage Frankfurt am Main 1968.
- Middeldorf, Eike: Taktik im Rußlandfeldzug. Erfahrungen und Folgerungen, Darmstadt 1956.
- Ministerialdirektor Dr. Fischer 60 Jahre, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 9 (1964), S. 351f.
- Mirscht, R.: Gedanken über eine neue Panzergeneration, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 10 (1970), S. 543f.
- Molinari, Karl-Theodor: Panzerprobleme von heute, in: WEHRKUNDE 11 (1959), S. 593f.
- Mosig, Georg: Die Versorgung des SPz „Marder“. Verfahren zur rechtzeitigen Bereitstellung von Technischen Dienstvorschriften und Ersatzteilen, in: SOLDAT UND TECHNIK 6 (1971), S. 334-336.

- Neue deutsche Schützenpanzerfamilie, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 1 (1969), S. 17.
- Neuformierter Verteidigungsausschuss, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 11 (1969), S. 589.
- Noelle, Elisabeth / Neumann, Erich Peter (Hrsg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1958-1964, Allensbach 1965.
- Noelle, Elisabeth / Neumann, Erich Peter (Hrsg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1965-1967, Allensbach 1967.
- Panzer, in: DER SPIEGEL 22.06.1960 (Nr. 26/1960), S. 13.
- Panzer der Bundeswehr, in: SOLDAT UND TECHNIK 12 (1964), S. 673-675.
- Panzererprobung in Kanada verschoben, in: WEHRKUNDE 12 (1964), S. 660.
- Panzerexporte, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 1 (1968), S. 16.
- Papenbroock, Günter: Krauss-Maffei baut den ersten deutschen Nachkriegspanzer „Leopard“, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 4 (1966), S. 254-256.
- Pedlow, Gregory W. (Hrsg.): NATO Strategy Documents, 1949-1969, Brüssel 1997 (online unter: <http://www.nato.int/archives/strategy.htm>. Zuletzt aufgerufen am 14.07.2011).
- Pein, Ernst: Der Schützenpanzer MARDER. Das neue Kampffahrzeug der Panzergranadiere im Vergleich zu dem bisherigen Schützenpanzer HS 30, in: TRUPPEN-PRAXIS 2 (1972), S. 106-114.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Weissbuch 1969. Zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung, Bonn 1969.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Weißbuch 1970. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr. Ein Auszug, Bonn 1970.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Weißbuch 1971/72. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr. Bonn 1972.
- Rautenberg, Hans-Jürgen / Wiggershaus, Norbert: Die „Himmeroder Denkschrift“ vom Oktober 1950, Karlsruhe 1977.
- Ruge, Gerd: Jegliches hat seine Zeit auch der Kampfpanzer, in: WEHRKUNDE 3 (1972), S. 131-135.
- Rheinmetall. Porträt eines Unternehmens der Wehrtechnik, in: SOLDAT UND TECHNIK 12 (1970), S. 706-711 u. 745.

Säulen des Unbehagens. Rüstung, in: DER SPIEGEL vom 05.08.1964 (Nr. 32/1964), S. 28-31.

Scharrer, Rudolf: Erster Bergepanzer „Leopard“ an die Truppe übergeben. Ein erprobtes, zuverlässiges und fortschrittliches Fahrzeug, in: SOLDAT UND TECHNIK 10 (1966), S. 515f.

Schmidt, Werner: Hecklafette des SPz „Marder“. Bedienung der Waffe unter Panzerschutz, in: SOLDAT UND TECHNIK 6 (1971), S. 332.

Schneider, Erich: Begrenzter Krieg Konventionelle Waffen, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 10 (1959), S. 313-316.

Schneider, Erich: Der neue Bundesverteidigungsminister und seine Probleme, in WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 1 (1967), S. 1-7.

Schneider, Erich: Die Ausbaulücken des Heeres müssen vorrangig geschlossen werden, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 10 (1968), S. 405-412.

Schneider, Erich: Dies ater der deutschen Wehrtechnik, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 9 (1964), S. 317-323.

Schneider, Erich: Wehrtechnik von heute und morgen, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 6 (1960), S. 235-242.

Schneider, Erich: Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen beim Aufbau einer Rüstungswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: WEHRTECHNISCHE MONATSHEFTE 7 (1957), S. 241-245.

„Schnell - Beweglich - Feuerstark“. Die NATO-Länder werden den überlegenen Kampfpanzer gemeinsam entwickeln müssen, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 1 (1957), S. 42-44.

Schnez, Albert: Die Rüstungskonzeption des deutschen Heeres, in: WEHRKUNDE 6 (1969), S. 277-282.

Schönefeld, Helmut: Kampfpanzer 70. Zwischenstand über den Bericht der Entwicklung, in: SOLDAT UND TECHNIK 8 (1968), S. 424-431.

Schöner Brocken, in: DER SPIEGEL vom 01.05.1972 (Nr. 19/1972), S. 33f.

Schreckliche Erfahrungen. Panzer 70, in: DER SPIEGEL vom 16.10.1967 (Nr. 43/1967), S. 32-34.

Schützenpanzer. Kontur verschwimmt, in: DER SPIEGEL vom 12.05.1969 (Nr. 20/1969), S. 39 u. 41.

Schützenpanzer-Auftrag für Rheinstahl, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 2 (1970), S. 66.

- Schützenpanzer-Beschaffung, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 5 (1969), S. 284f.
- Schwerin, Rudolf: Fahrgestell des SPz „Marder“, in: SOLDAT UND TECHNIK 6 (1971), S. 321-325.
- Senger und Etterlin, Ferdinand M. von: Atomkrieg und Panzertruppe, in: WEHR-KUNDE 9 (1956), S. 438-441.
- Senger und Etterlin, Ferdinand M. von: Der Kampfpanzer Leopard. Entwicklungsgeschichte und Leistungsvergleich, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 171-176.
- Senger und Etterlin, Ferdinand M. von: Die Panzergrenadiere. Geschichte und Gestalt der mechanisierten Infanterie 1930-1960, München 1961.
- Serienfertigung des neuen Schützenpanzers Marder, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 4 (1971), S. 178-180.
- So oder so. England-Hilfe, in: DER SPIEGEL vom 31.03.1965 (Nr. 14/1965), S. 31.
- Speidel, Hans: Aus unserer Zeit. Erinnerungen, 4. Auflage Frankfurt am Main - Wien 1977.
- Speidel, Hans: Die Verteidigung Mitteleuropas. Gedanken und Erfahrungen - Rüstung und Abrüstung, in: Raven, Wolfram von (Hrsg.): Armee gegen den Krieg, Stuttgart 1966, S. 205-223.
- Speisebecher, Wilhelm: Panzerartillerie, in: WEHRKUNDE 7 (1968), S. 370-373.
- Standard-Bergepanzer (39 t), in: WEHR UND WIRTSCHAFT 4 (1968), S. 147.
- Standardpanzer ging durchs Ziel, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 7 (1963), S. 263.
- Stark, leicht, schnell. Panzer, in: DER SPIEGEL vom 24.01.1962 (Nr. 4/1962), S. 20-22.
- Stellungnahme des Generals der Kampftruppen, Generalmajor Guderian, zu dem Artikel „Mehr Sicherheit für weniger Geld“ im Stern Nr. 46 vom 8. November 1970, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 11 (1970), S. 616.
- Strauß, Franz Josef: Allianz zwischen zwei Kontinenten. Dimensionen unserer Sicherheitspolitik - Eine logische Lösung für die NATO, in: Raven, Wolfram von (Hrsg.): Armee gegen den Krieg, Stuttgart 1966, S. 33-42.
- Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989.
- Strauß, Franz Josef: „Wehrpolitik - Wehrführung - Wehrtechnik“. Vortrag des Bundesministers für Verteidigung Dr. h. c. Franz Josef Strauß vor dem Arbeitskreis für Wehrforschung und der Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik am 26.10.1957 in Bad Godesberg, in: WEHRTECHNISCHE MONATSFESTE 1 (1958), S. 1-7.

Verteuerung beim Schützenpanzer, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 3 (1970), S. 118.

Vortrag des Bundeskanzlers Konrad Adenauer über den Wunsch des britischen Verteidigungsministers Watkinson Panzer an Deutschland zu verkaufen, 86. Kabinettsitzung (3. Wahlperiode) vom 20.11.1959 (online unter: http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0001/k/k1959k/kap1_2/kap2_45/para3_10.html? Zuletzt aufgerufen am 21.02.2013).

Vortrag über die Bedeutung von Atomwaffen für die Kriegsführung und die Bodenverteidigung durch General a.D. Adolf Heusinger, 90. Kabinettsitzung (2. Wahlperiode) vom 11.07.1955 (online unter: http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0001/k/k1955k/kap1_2/kap2_33/para3_1.html? Zuletzt aufgerufen am 21.02.2013).

Vortrag über die gemeinsame deutsch-französische Beschaffung des mittleren Transportflugzeuges „Transall C160“ durch Ministerialdirektor Gumbel, 82. Kabinettsitzung (4. Wahlperiode) vom 03. Juli 1963 (online unter: http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0001/k/k1963k/kap1_2/kap2_27/para3_12.html? Zuletzt aufgerufen am 01.11.2014).

Walker, Patrick Gordon: Das Ziel heißt Entspannung. Deutschland im englischen Verteidigungsprogramm - Politik des Gleichgewichts, in: Raven, Wolfram von (Hrsg.): Armee gegen den Krieg, Stuttgart 1966, S. 161-175.

Werner, Franz-Georg: Panzer an der Wende?, in: WEHRKUNDE 6 (1969), S. 253f.

Wieck, Hans-Georg: Die Bundesrepublik Deutschland und das Nordatlantische Bündnis - Rückblick und Perspektiven, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): 30 Jahre Bundeswehr 1955-1985. Friedenssicherung im Bündnis, Mainz 1985, S. 299-311.

Willikens, Dietrich: Planungen zum Panzerbau. Grundsätzliche Gedanken zum Konzept von gepanzerten Kraftfahrzeugen, in: SOLDAT UND TECHNIK 4 (1967), S. 165f.

Wir suchten PANZERNAMEN! in: SOLDAT UND TECHNIK 11 (1960), S. 582f.

Wörner, Manfred: Bundeswehr und Haushalt, in: WEHRKUNDE 7 (1973), S. 350f.

Zerbel, Alfred: Heeresaufbau in der Endphase. Eine Zwischenbilanz der bisherigen Arbeit, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 6 (1962), S. 276f.

Zimmermann, Friedrich: Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 1 (1969), S. 19-24.

Zwissler, Tilbert: Probleme der Wehrwirtschaft und Rüstung, in: WEHRKUNDE 5 (1971), S. 231-236.

200 Standard-Panzer Leopard, in: WEHR UND WIRTSCHAFT 6 (1971), S. 282.

VII.3 Literatur

Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004.

Abelshauser, Werner: Wirtschaft und Rüstung in den fünfziger Jahren, in: ders. / Schwenngler, Walter (Hrsg.): Wirtschaft und Rüstung, Sicherheit und Souveränität (Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik Bd. 4), München 1997, S. 1-185.

Abild, Bruno / Klinker, Bruno / Suhle, Karl-Berthold: Organisation und Verfahren, in: Benecke, Theodor / Schöner, Günter: Wehrtechnik für die Verteidigung. Bundeswehr und Industrie - 25 Jahre Partner für den Frieden (1956-1981), S. 48-71.

Ahrens, Ralf / Frei, Norbert / Osterloh, Jürgen / Schanetzky, Tim: Flick. Der Konzern, die Familie, die Macht, München 2009.

Albrecht, Ulrich: Der Handel mit Waffen, München 1971.

Albrecht, Ulrich: Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation, Köln 1980.

Anweiler, Karl / Blank, Reiner: Die Rad- und Kettenfahrzeuge der Bundeswehr. 1956 bis heute, Augsburg 1998.

Auer, Alois (Hrsg.) / Engasser Gerald: Krauss-Maffei. Lebenslauf einer Münchner Fabrik und ihrer Belegschaft, Kösching 1988.

Bald, Detlev: Alte Kameraden. Offizierkader in der Bundeswehr, in: Breymayer, Ursula / Ulrich, Bernd / Wieland, Karin (Hrsg.): Willensmenschen. Über deutsche Offiziere, Frankfurt am Main 1999, S. 50-64.

Bald, Detlev: Die Atombewaffnung der Bundeswehr in den fünfziger Jahren. Öffentlichkeit und die Kontrolle der Militärpolitik, in: Dülffer, Jost (Hrsg.): Parlamentarische und öffentlich Kontrolle von Rüstung in Deutschland 1700-1970, Düsseldorf 1992, S. 203-217.

Bald, Detlev / Sahner, Wilhelm / Zimmer, Matthias (Hrsg.): Parlamentarische Kontrolle, Bundeswehr und öffentliche Meinung, dargestellt am Beispiel der Großen und Kleinen Anfragen des Deutschen Bundestages 1953-1987 (Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts Band 46), München 1989.

Barth, Peter: Rüstung und Öffentlichkeit in den fünfziger und sechziger Jahren - Das Beispiel HS 30, in: Dülffer, Jost (Hrsg.): Parlamentarische und öffentlich Kontrolle von Rüstung in Deutschland 1700-1970, Düsseldorf 1992, S. 219-240.

Bauer, Harald: Die autonome Sicherheitspolitik Frankreichs und ihre industriellen Konsequenzen, in: Karl, Wilfried (Hrsg.): Rüstungskoooperation und Technologiepolitik als Problem der westeuropäischen Integration, Opladen 1994, S. 175-230.

Baumann, Carl-Friedrich: 175 Jahre Henschel. Der ständige Weg in die Zukunft 1810-1985, Moers 1985.

Beckmann, Heinrich Felix: Schild und Schwert. Die Panzertruppe der Bundeswehr. Geschichte einer Truppengattung, Friedberg 1989.

Berg, Hans-Joachim: Der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages. Kontrollorgan zwischen Macht und Ohnmacht, München 1982.

Beutenmüller, Jörg: Die Entwicklung der Militärausgaben in Deutschland von der Reichsgründung bis zur Gegenwart und ihr Einfluß auf das Wirtschaftswachstum, Reinheim 1971.

Bielfeldt, Carola / Schlotter, Peter: Die militärische Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Einführung und Kritik, Frankfurt am Main 1980.

Blume, Peter: Das Heer der Bundeswehr im Kalten Krieg 1967 - 1990 (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5010), Erlangen 2005.

Blume, Peter: Die Anfangsjahre des Heeres 1956 - 1966 (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5002), Erlangen 2003.

Blume, Peter: Die Panzergrenadiere der Bundeswehr 1956 - heute (Fahrzeugprofile Band 4), Illertissen 1995.

Blume, Peter: Flugabwehrpanzer der Bundeswehr 1956 - heute (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5021), Erlangen 2008.

Blume, Peter: Kanonen/Raketen-Jagdpanzer der Bundeswehr (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5016), Erlangen 2007.

Blume, Peter: Panzerhaubitzen der Bundeswehr, M7-M52-M44-M55-M109 (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5026), Erlangen 2010.

Blume, Peter / Kemp, Carsten: Panzerjäger des Deutschen Heeres 1916 - 1996 (Fahrzeugprofile Band 12), Illertissen 1997.

Blume, Peter: Panzerpioniere der Bundeswehr 1956 - 2000 (Fahrzeugprofile Band 18), Stengelheim 2001.

Blume, Peter / Böhm, Walter: Panzertruppe der Bundeswehr 2004 - 2012 (Fahrzeugprofile Band 53), Stengelheim 2012.

Blume, Peter: Raketenartillerie der Bundeswehr Honest John - Sergeant - Lance — LARS 1 (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5029), Erlangen 2010.

Blume, Peter: Schützenpanzer kurz, Hotchkiss / lang, HS 30 (Tankograd — Militärfahrzeuge Spezial Band 5018), Erlangen 2008.

Blume, Peter: SPz MARDER. Der Schützenpanzer der Bundeswehr - Geschichte, Einsatz, Technik (Tankograd - Militärfahrzeuge Spezial Band 5017), Erlangen 2007.

Bode, Hans-Günter: Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland (Die Bundeswehr. Eine Gesamtdarstellung Band 10), Regensburg 1978.

Bode, Hans-Günter: Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen und ihr Einfluß auf die Rüstung der Bundesrepublik Deutschland, in: Benecke, Theodor / Schöner, Günther (Hrsg.): Wehrtechnik für Verteidigung, Bundeswehr und Industrie - 25 Jahre Partner für den Frieden (1956-1981), Koblenz 1984, S. 13-47.

Bontrup, Heinz-Josef / Zdrowomyslaw, Norbert: Die deutsche Rüstungsindustrie. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik. Ein Handbuch, Heilbronn 1988.

Brandt, Gerhard: Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik (Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr Band 3), Witten - Berlin 1966.

Buchholz, Frank: Strategische und militärpolitische Diskussionen in der Gründungsphase Bundeswehr 1949-1960, Frankfurt am Main u.a. 1991.

Burigana, David: La coopération en matière de production d'armements en Europe. Évolutions et débats des années 1950 à nos jours, in: Wassenberg, Birte / Faleg, Giovanni / Mlodecki, Martin W. (Hrsg.): L'OTAN et l'Europe. Quels liens pour la sécurité et la défense européenne? Brüssel 2010, S. 53-74.

Caspar, Elmar: Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und sein Geschäftsbereich, Bonn 1969.

Classen, Werner: Rüstungsausgaben und Wirtschaftsentwicklung. Eine Untersuchung des rüstungswirtschaftlichen Einflusses auf Produktion, Einkommen und Beschäftigung, Tübingen 1971.

Deinhardt, André: Panzergrenadiere im Kalten Krieg. Die Geschichte einer Truppengattung zwischen „Massive Retaliation“ und „Flexible Response“ 1960 bis 1970 (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 11), München 2012.

Enders, Thomas: Franz-Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung, Koblenz 1984.

Engelmann, Bernt: Schützenpanzer HS30 Starfighter F-104G. Oder wie man unseren Staat zugrunde richtet, München 1967.

Falge, Dieter: Die Entscheidung über den Einsatz deutscher NATO-Streitkräfte, Würzburg 1967.

Friedrich, Hannes: Staatliche Verwaltung und Wissenschaft. Die wissenschaftliche Beratung der Politik aus der Sicht der Ministerialbürokratie, Frankfurt am Main 1970.

Gablik, Axel F.: Strategische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland 1955-1967: Politische Kontrolle oder militärische Notwendigkeit? (Nuclear History Programm Band 5), Baden-Baden 1996.

- Geyer, Michael: Deutsche Rüstungspolitik 1860-1960, Frankfurt am Main 1984.
- Gollwitzer, Mathias: Hierarchie im Heer aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Analyse von Einflussgrößen auf die Führungsspanne in Militärorganisationen, Erlangen 1992.
- Gottwaldt, Alfred: Der glücklose Lokomotivenkönig. Erinnerung an Oscar R. Henschel, in: Nautz, Jürgen (Hrsg.): Henschel und Kassel. Fallstudien zur Geschichte des Unternehmens und der Familie Henschel, Darmstadt 2012, S. 82-98.
- Grams, Christoph: Transatlantische Rüstungskoooperation, Bedingungsfaktoren und Strukturen im Wandel (1990-2005), Baden-Baden 2007.
- Hammerich, Helmut R.: Der Fall „MORGENGRUSS“. Die 2. Panzergrenadierdivision und die Abwehr eines überraschenden Feindangriffs westlich der Fulda 1963, in: Nägler, Frank (Hrsg.): Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden - Einsichten - Perspektiven, München 2007, S. 297-312.
- Hammerich, Helmut R.: Kommiss kommt von Kompromiss. Das Heer der Bundeswehr zwischen Wehrmacht und U.S. Army (1950 bis 1970), in: ders. / Kollmer, Dieter H. / Rink, Martin / Schlaffer, Rudolf / Poppe, Michael (Hrsg.): Das Heer 1950 bis 1970. Konzeption, Organisation und Aufstellung (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 3), München 2006, S. 17-351.
- Hammerich, Helmut R.: Ostfronterfahrungen und Landesverteidigung im Kalten Krieg: Oberst Gerd Ruge und Oberst Josef Rettemeier, in: ders. / Schlaffer, Rudolf J. (Hrsg.): Militärische Aufbaugenerationen der Bundeswehr 1955 bis 1970. Ausgewählte Biographien (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 10), München 2011, S. 237-263.
- Haslinger, Thomas: Verteidigungspolitik und Ausrüstung: Die Beschaffung des LEOPARD 1 im Spannungsfeld zwischen Bundeswehr, Politik und Rüstungsindustrie (unveröffentlichte Magisterarbeit an der Ludwig-Maximilians Universität), München 2012.
- Hubatschek, Gerhard (Hrsg.): Waffensysteme der Bundeswehr, Frankfurt am Main, 1999.
- James, Harold: Krupp. A history of the legendary german firm, Princeton 2012.
- Kern, Ulrich / Köllner, Lutz: Zur langfristigen Entwicklung des Verteidigungshaushaltes der Bundesrepublik Deutschland 1955-1983 und einiger ausgewählter Kapitel. Eine Skizze, in: Berichte des Sozialwissenschaftliches Institutes der Bundeswehr Band 36 (1984), S. 1-37.
- Knecht, Raimund (Hrsg.): Kampfpanzer Leopard, München 1972.

Kollmer, Dieter H.: „Klotzen, nicht kleckern!“ Die materielle Aufrüstung des Heeres von den Anfängen bis Ende der sechziger Jahre, in: Hammerich, Helmut R. / ders. / Rink, Martin / Schlaffer, Rudolf / Poppe, Michael (Hrsg.): Das Heer 1950 bis 1970. Konzeption, Organisation und Aufstellung (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 3), München 2006, S. 487-614.

Kollmer, Dieter H.: „Nun siegt mal schön!“ Aber womit? Die Aufrüstung des Heeres der Bundeswehr 1953 bis 1972, in: Nägler, Frank (Hrsg.): Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden - Einsichten - Perspektiven (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 7), München 2007, S. 397-415.

Kollmer, Dieter H.: Rüstungsgüterbeschaffung in der Aufbauphase der Bundeswehr. Der Schützenpanzer HS 30 als Fallbeispiel 1953-1961 (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Band 93), Stuttgart 2002.

Kollmer, Dieter H.: Zwischen Zahlenbilanzüberschuss und Skalenerträgen: Deutsche Interessen in den Anfangsjahren der deutsch-französischen Rüstungskoooperation von 1953 bis 1972, in: Echternkamp, Jörg / Martens, Stefan (Hrsg.): Militär in Deutschland und Frankreich 1870-2010. Vergleich, Verflechtung und Wahrnehmung zwischen Konflikt und Kooperation, Paderborn u.a. 2012, S. 159-173.

Köppl, Bruno J.: Rüstungsmanagement und Verteidigungsfähigkeit der NATO. Probleme des multinationalen Rüstungsmanagement und deren Auswirkungen auf die Verteidigungsfähigkeit der NATO-Staaten unter dem Aspekt der wachsenden sowjetischen Bedrohung (Staatswissenschaften Band 2), Straubing - München 1979.

Krüger, Dieter: Der Strategiewechsel der Nordatlantischen Allianz und die Luftwaffe, in: Lemke, Bernd / ders. / Rebhan, Heinz / Schmidt, Wolfgang (Hrsg.): Die Luftwaffe 1950 bis 1970. Konzeption, Integration, Aufbau (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 2), München 2006, S. 41-69.

Kulla, Ralf / Vollmer, Thomas: Panzer aus Kassel. Die Rüstungsproduktionen der Firmen Henschel und Wegmann, Kassel 1994.

Large, David Clay: Die deutsch-amerikanische Verteidigungspartnerschaft und die Sicherheit in Europa 1950-1968, in: Junker, Detlev (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990. Ein Handbuch (Band 1), München - Stuttgart, S. 325-336.

Lemke, Bernd: Vorwärtsverteidigung, Integration, Nuklearisierung. Die gesamt-strategische Entwicklung bis 1959, in: ders. / Krüger, Dieter / Rebhan, Heinz / Schmidt, Wolfgang (Hrsg.): Die Luftwaffe 1950 bis 1970. Konzeption, Integration, Aufbau (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 2), München 2006, S. 17-40.

Lingen, Kerstin von: Von der Freiheit der Gewissensentscheidung. Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Hans Röttiger, in: Hammerich, Helmut R. / Schlaffer, Rudolf J. (Hrsg.): Militärische Aufbaugenerationen der Bundeswehr 1955 bis 1970. Ausgewählte Biographien (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 10), München 2011, S. 383-407.

Linnenkamp, Hilmar: Rüstungsplanung und Rüstungspolitik, in: Sonntag, Philipp (Hrsg.): Rüstung und Ökonomie (Aroldshainer Schriften zur Interdisziplinären Ökonomie Band 3), Frankfurt am Main 1982, S. 33-47.

Lobitz, Frank: Kampfpanzer Leopard 1 in der Bundeswehr. Band 1 - Frühe Jahre, Erlangen 2006.

Mann, Siegfried: Das Bundesministerium der Verteidigung (Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland Band 28), Bonn 1971.

Mastny, Vojtech: NATO from the Soviet and East European Perspectives 1949-1968, in: Harder, Hans-Joachim (Hrsg.): Von Truman bis Harmel. Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischer Integration, München 2000, S. 55-73.

Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950-1972, München 1975.

Nautz, Jürgen: Einleitende Bemerkungen, in: ders. (Hrsg.): Henschel und Kassel. Fallstudien zur Geschichte des Unternehmens und der Familie Henschel, Darmstadt 2012, S. 7-20.

Obermann, Emil (Hrsg.): Gesellschaft und Verteidigung. Idee, Gesellschaft, Weltstrategie, Bundeswehr - ein Handbuch, Stuttgart 1970.

Ogger, Günter: Friedrich Flick der Große, Bern - München 1971.

Pauli, Frank: Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr. Das kriegsgediente Offizierkorps der Bundeswehr und die Innere Führung 1955 bis 1970, Paderborn - München - Wien - Zürich 2010.

Pommerin, Reiner: Von der „massive retaliation“ zur „flexible response“. Zum Strategiewechsel der sechziger Jahre, in: Thoß, Bruno (Hrsg.): Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995, München 1995, S. 525-542.

Rodejohann, Jo: Die Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg in die Krise, Frankfurt am Main 1985.

Rohde, Joachim: Der Transfer amerikanischer Militärtechnologie nach Deutschland, in: Junker, Detlev (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990. Ein Handbuch (Band 2), München - Stuttgart, S. 257-267.

Schatz, Heribert: Der Parlamentarische Entscheidungsprozeß. Bedingungen der verteidigungspolitischen Willensbildung im Deutschen Bundestag (Mannheimer sozialwissenschaftliche Studien Band 1), Meisenheim 1970.

Scheibert, Michael: Schützenpanzer der NATO. Hauptwaffensysteme der Infanterie (Waffen-Arsenal Sonderband S-28), Friedberg 1993.

Schmid, Günther / Treiber, Hubert: Bürokratie und Politik. Zur Struktur und Funktion der Ministerialbürokratie in der Bundesrepublik Deutschland, München 1975.

Schmidt, Günther: BSI-DEW-ThyssenKrupp. 1927-2002. 75 Jahre Schmiede Remscheid, Remscheid 2003.

Schmidt-Eenboom, Erich / Wax-Wörner, Ulrike: Die bayerische Waffenwirtschaft, in: Angerer, Jo / Schmidt-Eenboom, Erich (Hrsg.): Rüstung in Weiß-Blau - Politik und Waffenwirtschaft in Bayern, Starnberg 1988, S. 64-73.

Schreiber, Friedrich: Die Wehrtechnik bei der HANOMAG aus Hannover von 1914-1967, 2. überarb. und erw. Auflage Altwarmbüchen 2013.

Seeliger, Rolf (Hrsg.): Bonns Graue Eminenzen. Aktuelle Beiträge zum Thema Ministerialbürokratie und sozialdemokratische Reformpolitik, München 1970.

Seiller, Florian: „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“? Die Anfänge der deutsch-französischen Rüstungskoooperation im konventionellen Bereich, in: MILITÄR-GESCHICHTLICHE ZEITSCHRIFT 67 (2008), S. 53-104.

Seydel, Hans Otto / Kanno, Hans-Georg: Die Rüstung, in: Carstens, Karl / Mahncke, Dieter (Hrsg.): Westeuropäische Verteidigungskooperation, München - Wien 1972, S. 160-213.

Spielberger, Walter J.: Der mittlere Kampfpanzer Leopard und seine Abarten (Militärfahrzeuge Band 1), Stuttgart 1974.

Spielberger, Walter J.: Der Weg zum Flak-Panzer Gepard. Die geschichtliche Entwicklung der deutschen Flugabwehrpanzer, München 1980.

Spielberger, Walter J. / Doyle, Hilary L. / Jentz, Thomas L.: Leichte Jagdpanzer. Entwicklung - Fertigung - Einsatz (Militärfahrzeuge Band 14), Stuttgart 1992.

Spielberger Walter J.: Von der Zugmaschine zum Leopard 2. Geschichte der Wehrtechnik bei Krauss-Maffei, München 1979.

Steinbrink, Konrad: Wehrtechnik und Beschaffung. Aufgabe und Organisation des Geschäftsbereiches des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (Truppe und Verwaltung Band 11), Hamburg - Berlin 1965.

Stenglein, Frank: Krupp. Höhen und Tiefen eines Industrieunternehmens (Wir in Nordrhein-Westfalen Unsere gesammelten Werke Band 88), überarb. und aktual. Neuauflage Essen 2009.

Stutz, Alfred: Raumverteidigung - Utopie oder Alternative? Vorschläge, Modelle und Kontroversen, Zürich 1982.

Thoß, Bruno: Einführung, in: Hammerich, Helmut R. / Kollmer, Dieter H. / Rink, Martin / Schlaffer, Rudolf / Poppe, Michael (Hrsg.): Das Heer 1950 bis 1970. Konzeption, Organisation und Aufstellung (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 3), München 2006, S. 1-15.

Thoß, Bruno: NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Verteidigungsstrategie 1952 bis 1960 (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland Band 1), München 2006.

Vogel, Winfried: Karl Wilhelm Berkhan. Ein Pionier deutscher Sicherheitspolitik nach 1945 [Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit e.V. (WIFIS) Band 21], Bremen 2004.

Vollmer, Günter: Die Streitkräfte (Die Bundeswehr. Eine Gesamtdarstellung Band 8), Regensburg 1978.

Warnke, Rudolf: Der Offizier im Truppendienst (I). Eine Einführung in die Untersuchungsreihe „Der Offizier der Bundeswehr“ (Wehrsoziologische Studien Band 7), Bonn-Beuel 1970.

Wenzke, Rüdiger / Zündorf, Irmgard: „Ein Eisener Vorhang ist niedergegangen.“ Militärgeschichte im Kalten Krieg 1945-1968/70, in: Neugebauer, Karl-Volker (Hrsg.): Die Zeit nach 1945. Armeen im Wandel (Grundkurs deutsche Militärgeschichte Band 3), München 2008, S. 1-149.

Willikens, Dietrich: Wehrtechnik Land, in: Benecke, Theodor / Schöner, Günther (Hrsg.): Wehrtechnik für Verteidigung, Bundeswehr und Industrie - 25 Jahre Partner für den Frieden (1956-1981), Koblenz 1984, S. 120-162.

Wüst, Heinrich: Leopard Symbol eines umfassenden Waffensystems, in: Jahrbuch des Heeres 1967/68 (Jahrbuch des Heeres Band 1), S. 22-32.

Yost, David S.: Franco-German Defence Cooperation, in: Szabo, Stephan F. (Hrsg.): The Bundeswehr and Western Security, London 1990, S. 217-247.

Zdrowomyslaw, Norbert: Wirtschaft, Krise und Rüstung. Die Militärausgaben in ihrer wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bedeutung in Deutschland von der Reichsgründung bis zur Gegenwart, Bremen 1985.

Zimmermann, Horst / Klingemann, Hans D.: Der Einfluss der Verteidigungsverkäufe auf die Regionalstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, Raumforschung und Raumordnung 2 (1967), S. 49-59.

Zimmermann, John: Ulrich de Maizière. General der Bonner Republik 1912 bis 2006, München 2012.